

Lebenslagen in Deutschland

Daten und Fakten

Materialband zum ersten Armuts- und Reichtumsbericht
der Bundesregierung

Inhaltsverzeichnis

Einleitung

- 1. Datengrundlagen**
- 2. Forschungsbedarf und -perspektiven**

Exkurs: Armuts- und Reichtumsberichterstattung im internationalen Kontext

Teil A: Die soziale Lage in Deutschland bis 1998

I. Einkommen, Vermögen und Überschuldung

I.1 Die Verteilung von Einkommen auf Personen und Haushalte

I.1.1 Methodische Besonderheiten der EVS 1998

I.1.2 Einkommensreichtum

I.1.2.1 Die erweiterte 10%-Stichprobe der Lohn- und Einkommensteuerstatistik

I.1.2.2 Schematische Darstellung für die Ermittlung des Nettoeinkommens

I.1.2.3 Verbesserte Datenbasis durch die Kombination von Statistiken

I.1.3 Zusammenfassung von zukünftigen Datenerfordernissen für die Armuts- und Reichtumsberichterstattung im Bereich „Einkommen“

I.1.4 Daten und Fakten

| | | |
|---------------|-----|---|
| Anhangtabelle | I.1 | Entwicklung gesamtwirtschaftlicher Indikatoren 1973 - 1998 |
| Anhangtabelle | I.2 | Entwicklung von Bevölkerung, der Erwerbsbeteiligung und der Arbeitslosigkeit 1973 - 1998 |
| Anhangtabelle | I.3 | Entwicklung der Verteilung der Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit für Arbeitnehmer 1973 bis 1998 nach ausgewählten Ungleichheitsmaßen - Westdeutschland - |
| Anhangtabelle | I.4 | Entwicklung der Verteilung der Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit auf Arbeitnehmer 1993 und 1998 nach ausgewählten Ungleichheitsmaßen - West-, Ost- und Gesamtdeutschland - |
| Anhangtabelle | I.5 | Entwicklung der Verteilung der Bruttoeinkommen aus selbstständiger Arbeit auf Bezieherhaushalte 1973 bis 1998 nach ausgewählten Ungleichheitsmaßen - Westdeutschland - |

| | | |
|---------------|------|--|
| Anhangtabelle | I.6 | Entwicklung der Verteilung der Bruttoeinkommen aus selbstständiger Arbeit auf Bezieher 1993 und 1998 nach ausgewählten Ungleichheitsmaßen - West-, Ost- und Gesamtdeutschland - |
| Anhangtabelle | I.7 | Entwicklung der Verteilung der Bruttoeinkommen aus Vermögen auf Bezieher von Vermögenseinkommen 1973 bis 1998 nach ausgewählten Ungleichheitsmaßen - Westdeutschland - |
| Anhangtabelle | I.8 | Entwicklung der Verteilung der Bruttoeinkommen aus Vermögen auf Bezieher von Vermögenseinkommen 1993 und 1998 nach ausgewählten Ungleichheitsmaßen - West-, Ost- und Gesamtdeutschland - |
| Anhangtabelle | I.9 | Entwicklung der Verteilung der Marktäquivalenzeinkommen auf alle Personen von 1973 bis 1998 nach ausgewählten Ungleichheitsmaßen - Westdeutschland - |
| Anhangtabelle | I.10 | Entwicklung der Verteilung der Marktäquivalenzeinkommen auf alle Personen 1993 und 1998 nach ausgewählten Ungleichheitsmaßen - West-, Ost- und Gesamtdeutschland - |
| Anhangtabelle | I.11 | Entwicklung der Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen von 1973 bis 1998 nach ausgewählten Ungleichheitsmaßen und Dezilen - Westdeutschland - |
| Anhangtabelle | I.12 | Entwicklung der Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen 1993 und 1998 nach ausgewählten Ungleichheitsmaßen und Dezilen - West-, Ost- und Gesamtdeutschland - |
| Anhangtabelle | I.13 | Gruppenspezifische Armutsquoten nach dem eigenen Alter für alternative Armutsgrenzen 1973 bis 1998 (Alte OECD-Skala) - Westdeutschland - |
| Anhangtabelle | I.14 | Gruppenspezifische Armutsquoten nach dem eigenen Alter für alternative Armutsgrenzen 1973 bis 1998 (Neue OECD-Skala) - Westdeutschland - |
| Anhangtabelle | I.15 | Gruppenspezifische Armutsquoten nach dem eigenen Alter für alternative Armutsgrenzen 1993 und 1998 (Alte OECD-Skala) - West-, Ost- und Gesamtdeutschland - |
| Anhangtabelle | I.16 | Gruppenspezifische Armutsquoten nach dem eigenen Alter für alternative Armutsgrenzen 1993 und 1998 (Neue OECD-Skala) - West-, Ost- und Gesamtdeutschland - |
| Anhangtabelle | I.17 | Gruppenspezifische Armutsquoten nach Alter und Geschlecht der Bezugsperson für alternative Armutsgrenzen 1973 bis 1998 (Alte OECD-Skala) - Westdeutschland - |
| Anhangtabelle | I.18 | Gruppenspezifische Armutsquoten nach Alter und Geschlecht der Bezugsperson für alternative Armutsgrenzen 1973 bis 1998 (Neue OECD-Skala) - Westdeutschland - |
| Anhangtabelle | I.19 | Gruppenspezifische Armutsquoten nach Alter und Geschlecht der Bezugsperson für alternative Armutsgrenzen 1993 und 1998 (Alte OECD-Skala) - West-, Ost- und Gesamtdeutschland - |
| Anhangtabelle | I.20 | Gruppenspezifische Armutsquoten nach Alter und Geschlecht der Bezugsperson für alternative Armutsgrenzen 1993 und 1998 (Neue OECD-Skala) - West-, Ost- und Gesamtdeutschland - |
| Anhangtabelle | I.21 | Gruppenspezifische Armutsquoten nach Haushaltstypen 1973 bis 1998 (Alte OECD-Skala) - Westdeutschland - |

| | | |
|---------------|------|---|
| Anhangtabelle | I.22 | Gruppenspezifische Armutsquoten nach Haushaltstypen 1973 bis 1998 (Neue OECD-Skala) - Westdeutschland - |
| Anhangtabelle | I.23 | Gruppenspezifische Armutsquoten nach Haushaltstypen für alternative Armutsgrenzen 1993 und 1998 (Alte OECD-Skala) - West-, Ost- und Gesamtdeutschland - |
| Anhangtabelle | I.24 | Gruppenspezifische Armutsquoten nach Haushaltstypen für alternative Armutsgrenzen 1993 und 1998 (Neue OECD-Skala) - West-, Ost- und Gesamtdeutschland - |
| Anhangtabelle | I.25 | Dynamik der Nettoäquivalenzeinkommen nach Einkommensgruppen - Einkommensdynamik nach Einkommensklassen - Glass-Prais-Index - |
| Anhangtabelle | I.26 | Mobilität zwischen Jahres- und permanenten Einkommen - Haushaltsnettoeinkommen (OECD alt - Median) - |
| Anhangtabelle | I.27 | Entwicklung des Haushaltsnettoeinkommens nach Geschlecht und Alter der Bezugsperson (DM/Monat und %) - Haushalte mit deutscher Bezugsperson, die an den Wellen 1 und 2 teilgenommen haben |
| Anhangtabelle | I.28 | Entwicklung des Haushaltsnettoeinkommens nach der überwiegenden Einkommensart in Welle 1 (DM/Monat und %) - Haushalte mit deutscher Bezugsperson, die an den Wellen 1 und 2 teilgenommen haben |
| Anhangtabelle | I.29 | Einkommensmobilität der Haushalte im unteren Einkommensbereich - Haushalte mit deutscher Bezugsperson, die an den Wellen 1 und 2 teilgenommen haben |
| Anhangtabelle | I.30 | Veränderung der Höhe wichtiger Einkommen nach Einkommensarten bei Aussteigern und Haushalten mit Verbleib im Niedrigeinkommensbereich (DM/Monat) - Haushalte mit deutscher Bezugsperson, die an den Wellen 1 und 2 teilgenommen haben |
| Anhangtabelle | I.31 | Aussteiger und Haushalte mit Verbleib im Niedrigeinkommensbereich nach Veränderungen der Höhe wichtiger Einkommensarten und Haushaltgröße (%) - Haushalte mit deutscher Bezugsperson, die an den Wellen 1 und 2 teilgenommen haben |
| Anhangtabelle | I.32 | Aussteiger und Haushalte mit Verbleib im Niedrigeinkommensbereich nach Alter der Bezugsperson, Zahl der Kinder unter 18 Jahren und Haushaltstyp (% quer) - Haushalte mit deutscher Bezugsperson, die an den Wellen 1 und 2 teilgenommen haben |
| Anhangtabelle | I.33 | Aussteiger und im HLU-Bezug verbleibende Haushalte nach Geschlecht der Bezugsperson und Zahl der Kinder unter 18 Jahren (% quer) - Haushalte mit deutscher Bezugsperson, die an den Wellen 1 und 2 teilgenommen haben |
| Anhangtabelle | I.34 | Veränderung der Höhe wichtiger Einkommensarten bei HLU-Aussteigern und im HLU-Bezug verbleibenden Haushalten (DM) - Haushalte mit deutscher Bezugsperson, die an den Wellen 1 und 2 teilgenommen haben |
| Anhangtabelle | I.35 | Haushalte mit verringertem Nettoeinkommen und die übrigen Haushalte nach Haushaltstyp, Alter der Bezugsperson und Zahl der Kinder unter 18 Jahren (%) - Haushalte mit deutscher Bezugsperson, die an den Wellen 1 und 2 teilgenommen haben |

| | | |
|---------------|------|--|
| Anhangtabelle | I.36 | Veränderung der Höhe der Einkommensarten bei Haushalten mit verringertem Nettoeinkommen im Vergleich zu den übrigen Haushalten (DM) - Haushalte mit deutscher Bezugsperson, die an den Wellen 1 und 2 teilgenommen haben |
| Anhangtabelle | I.37 | Zum Vergleich von EVS und der Einkommensteuerstatistik - Differenz der hochgerechneten Fallzahl |
| Anhangtabelle | I.38 | Einkommensteuerstatistik 1995 nach Einkommensbegriffen der EVS Haushaltsnettoeinkommen und Personen-Nettoäquivalenzeinkommen (Alte und Neue OECD-Skala) |
| Anhangtabelle | I.39 | Reiche und ihr Einkommen – Reichtumsgrenzen: Millionäre und >200% des Mittelwertes, Einkommen (Brutto und Netto) 1995, Geschlecht: Alle, Männer und Frauen |
| Anhangtabelle | I.40 | Hohe Einkommen (Brutto) – Millionäre und >200% des Mittelwertes, Verteilungsmaße 1995, Berufliche Stellung: Alle, Selbstständige und abhängig Beschäftigte |
| Anhangtabelle | I.41 | Hohe Einkommen (Brutto) – Millionäre und >200% des Mittelwertes - Verteilungsmaße 1995, Geschlecht: Alle, Männer, Frauen |
| Anhangtabelle | I.42 | Strukturmerkmale von Einkommensreichen und Nichtreichen: Millionäre |
| Anhangtabelle | I.43 | Strukturmerkmale von Reichen und Nicht-Reichen: 200%-Grenze |
| Anhangtabelle | I.44 | Was bestimmt die Wahrscheinlichkeit reich zu sein? PROBIT-Schätzungen zur gemeinsamen Analyse signifikanter sozio-ökonomischer Einflussgrößen Millionäre und >200% des arithmetischen Mittels, jeweils Brutto |

I.2 Vermögensverteilung

I.2.1 Das Haushaltskonzept als sachgerechter Untersuchungsansatz für die Verteilung der Privatvermögensbestände, der Vermögenseinkommen und der Vermögensbildung privater Haushalte

I.2.2 Schwierigkeiten bei der Interpretation der vermögensstatistischen Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

I.2.3 Zur Analyse der Vermögensverteilung unter Berücksichtigung der Position der Haushalte im Lebens- und Familienzyklus

I.2.4 Daten und Fakten

| | | |
|---------------|------|---|
| Anhangtabelle | I.45 | Vermögen privater Haushalte in den alten und neuen Ländern 1998 |
| Anhangtabelle | I.46 | Entwicklung einzelner Vermögensformen privater Haushalte - Anteil an allen Haushalten in Prozent - |
| Anhangtabelle | I.47 | Vermögen westdeutscher privater Haushalte nach Vermögensformen und sozialer Stellung 1998 |
| Anhangtabelle | I.48 | Vermögensbestand, Vermögenseinkommen und Vermögensbildung der privaten Haushalte in Westdeutschland 1988, 1993 und 1998 |
| Anhangtabelle | I.49 | Kombinierte Vermögens- und Einkommensverteilung der westdeutschen privaten Haushalte 1998 |

| | | |
|---------------|------|---|
| Anhangtabelle | I.50 | Vermögen und Einkommen der Haushalte an den Rändern der kombinierten Vermögens- und Einkommensverteilung in Westdeutschland 1998 |
| Anhangtabelle | I.51 | Sozioökonomische Struktur der Haushalte an den Rändern der kombinierten Einkommens- und Vermögensverteilung in Westdeutschland 1998 |
| Anhangtabelle | I.52 | Kennzahlen zur Verteilung des Privatvermögens 1993 und 1998 |
| Anhangtabelle | I.53 | Anzahl der Haushalte in 32 Gruppen nach Alter und Haushaltsgröße 1993 und 1998 in Westdeutschland |
| Anhangtabelle | I.54 | Veränderung der Verteilung des Nettoprivatvermögens westdeutscher Haushalte von 1993 bis 1998 innerhalb von 32 Gruppen |
| Anhangtabelle | I.55 | Verteilung des Nettoprivatvermögens innerhalb von 32 Gruppen 1993 Westdeutsche Haushalte, gruppiert nach Alter und Haushaltsgröße |
| Anhangtabelle | I.56 | Vermögenseinkommen in 32 Gruppen nach Alter und Haushaltsgröße Durchschnitt je Haushalt 1993 und 1998 in Westdeutschland |
| Anhangtabelle | I.57 | Verteilung der Vermögenseinkommen innerhalb von 32 Gruppen 1993 Westdeutsche Haushalte, gruppiert nach Alter und Haushaltsgröße |
| Anhangtabelle | I.58 | Vermögensbildung in 32 Gruppen nach Alter und Haushaltsgröße Durchschnitt je Haushalt 1993 und 1998 in Westdeutschland |
| Anhangtabelle | I.59 | Verteilung der Vermögensbildung innerhalb von 32 Gruppen 1993 Westdeutsche Haushalte, gruppiert nach Alter und Haushaltsgröße |
| Anhangtabelle | I.60 | Vergleich der Rangfolge bei Vermögensbestand, Vermögenseinkommen und Vermögensbildung für 32 Gruppen nach Alter und Haushaltsgröße 1993 und 1998 in Westdeutschland |
| Anhangtabelle | I.61 | Betriebe und betriebliche Beteiligungen privater Haushalte 1995 |
| Anhangtabelle | I.62 | Produktivvermögen der Unternehmen nach Rechtsformen |
| Anhangtabelle | I.63 | Humanvermögen je Person nach Altersgruppen und Geschlecht |
| Anhangtabelle | I.64 | Verteilungsmaße des Humanvermögens 1995 |
| Anhangtabelle | I.65 | Vermögensteuerpflichtige mit einem steuerlichen Gesamtvermögen von 1 Million DM und mehr |

I.3 Überschuldung privater Haushalte

Daten und Fakten

| | | |
|---------------|------|---|
| Anhangtabelle | I.66 | Auslösende Faktoren der Überschuldung - Bundesgebiet 1999 |
| Anhangtabelle | I.67 | Anteile der Familien an den überschuldeten Haushalten - Ost- und Westdeutschland 1999 |
| Anhangtabelle | I.68 | Einkommensquellen überschuldeter Haushalte 1999 in % |
| Anhangtabelle | I.69 | Gläubiger der überschuldeten Haushalte - Ost- und Westdeutschland 1999 |
| Anhangtabelle | I.70 | Schuldenhöhen bei überschuldeten Haushalten - Bundesgebiet 1999 |

II. Sozialhilfe

II.1 Maßnahmen der „Hilfe zur Arbeit“

II.2 Daten und Fakten

| | | |
|-----------------|-------|---|
| Anhangtabelle | II.1 | Regelsätze für die Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Bundessozialhilfegesetz in DM/Monat (gültig vom 1.7.2000 bis 30.6.2001) |
| Anhangtabelle | II.2 | Durchschnittliche Bedarfe im Rahmen der Hilfe zum Lebensunterhalt (Stand 1.7.2000) |
| Anhangtabelle | II.3 | Entwicklung des Nominal- und Realwerts der Eckregelsätze |
| Anhangtabelle | II.4 | Empfänger/-innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt zum Jahresende (1963-1998) |
| Anhangtabelle | II.5 | Entwicklung der Sozialhilfe- und der Arbeitslosenquote (Zeitreihe 1963 - 1998) - Deutschland |
| Anhangtabelle | II.6 | Empfänger/-innen von Hilfe in besonderen Lebenslagen im Laufe des Jahres (1963 - 1998) |
| Anhangtabelle | II.7 | Empfänger/-innen von Hilfe in besonderen Lebenslagen nach Art der Unterbringung und Hilfearten während des Jahres 1998 - Deutschland |
| Anhangtabelle | II.8 | Empfänger/-innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen nach Staatsangehörigkeit, Geschlecht und Altersgruppen zum Jahresende 1998 - Deutschland |
| Anhangtabelle | II.9 | Langfristige Entwicklung der Sozialhilfeausgaben - Hilfe zum Lebensunterhalt (Zeitreihe 1963 - 1998) |
| Anhangtabelle | II.10 | Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe 1998 nach Hilfearten - Deutschland |
| Anhangtabelle | II.11 | Erwerbsstatus der Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen 1998 |
| Anhangtabelle | II.12 | Empfänger/-innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen nach Altersgruppen und Geschlecht zum Jahresende Quoten (Zeitreihe 1980 - 1998) |
| Anhangtabelle | II.13 | Sozialhilfequoten von Frauen und Männern (Empfängerinnen und Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen) - Deutschland |
| Anhangtabelle | II.14 | Alleinerziehende Empfänger/-innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen zum Jahresende (Zeitreihe 1975 - 1998) |
| Anhangtabelle | II.15 | Bedeutung des Unterhalts für Haushalte von allein Erziehenden mit Bezug von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt zum Jahresende 1998 nach Haupteinkommensart und Zahl der Kinder - Deutschland |
| Anhangtabelle | II.16 | Erwerbstätige Bezieher von Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen 1994 - 1998 |
| Anhangschaubild | II.1 | Entwicklung der Sozialhilfe- und der Arbeitslosenquote 1963 - 1998 Deutschland |

| | | |
|-----------------|------|--|
| Anhangschaubild | II.2 | Entwicklung der Sozialhilfequoten der Empfänger/-innen von Hilfe in besonderen Lebenslagen für ausgewählte Hilfearten während des Jahres (1963-1998) Deutschland |
| Anhangschaubild | II.3 | Entwicklung der Bruttoausgaben für die Hilfe zum Lebensunterhalt in Relation zum Bruttoinlandsprodukt sowie zu den kommunalen Ausgaben 1963 - 1998 in jeweiligen Preisen - Deutschland |
| Anhangschaubild | II.4 | Schätzung des Arbeitskräftepotentials der Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt zum Jahresende 1998 Deutschland - für 18 - 59-Jährige |
| Anhangschaubild | II.5 | Schätzung des Arbeitskräftepotentials der Empfängerinnen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt zum Jahresende 1998 Deutschland - für 18 - 59-Jährige |
| Anhangschaubild | II.6 | Aufnahmestatus der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler 1993 - 2000 (in %) |

III. Lebenslagen von Familien und Kindern

III.1 Einkommenschichtungen von Familien im Familienlasten- bzw. Familienleistungsausgleich (FLA)

III.2 Daten und Fakten

| | | |
|---------------|-------|--|
| Anhangtabelle | III.1 | Anteile der nicht steuerbelasteten FLA - Familien in den alten und neuen Ländern 1993 und 1998 in Prozent |
| Anhangtabelle | III.2 | Steuermindereinnahmen durch Familienkomponenten des Einkommensteuerrechts (in Mrd. DM) |
| Anhangtabelle | III.3 | Haushaltswirkungen familienbezogener Transferleistungen bei Bund und Ländern (in Mrd. DM) |
| Anhangtabelle | III.4 | Erwerbstätigenquote bei Eltern nach Familientyp und alter des jüngsten minderjährigen Kindes 1998 |
| Anhangtabelle | III.5 | Geschätzte endgültige Kinderzahl der 1901 bis 1965 geborenen Frauen |
| Anhangtabelle | III.6 | Wohnentfernung zum nächstwohnenden Kind und nächstwohnenden Elternteil - 1996 |
| Anhangtabelle | III.7 | Kontakthäufigkeit zum nächstwohnenden Kind und nächstwohnenden Elternteil außerhalb des eigenen Haushalts - 1996 |

III.3 Verzeichnis der Expertisen

IV. Bildung

IV.1 Zur Definition von Bildungsarmut und -reichtum

IV.2 Zusammenfassung von zukünftigen Datenerfordernissen für die Armuts- und Reichtumsberichterstattung im Bereich „Bildung“

V. Arbeitsmarkt

Daten und Fakten

| | | |
|---------------|------|---|
| Anhangtabelle | V.1 | Entwicklung der Zahl der Erwerbspersonen und der Erwerbstätigkeit nach Erwerbsstatus |
| Anhangtabelle | V.2 | Entwicklung der abhängigen Beschäftigung in Teilzeit |
| Anhangtabelle | V.3 | Entwicklung der Erwerbsbeteiligung nach Altersgruppen (Früheres Bundesgebiet) |
| Anhangtabelle | V.4 | Entwicklung der Erwerbstätigkeit nach Altersgruppen (Früheres Bundesgebiet) |
| Anhangtabelle | V.5 | Entwicklung der Erwerbsbeteiligung nach Altersgruppen (Neue Länder) |
| Anhangtabelle | V.6 | Entwicklung der Erwerbstätigkeit nach Altersgruppen (Neue Länder) |
| Anhangtabelle | V.7 | Struktur der Arbeitslosen - Ende September (Früheres Bundesgebiet) |
| Anhangtabelle | V.8 | Struktur der Arbeitslosen - Ende September (Neue Länder) |
| Anhangtabelle | V.9 | Höhe der Arbeitslosenhilfe |
| Anhangtabelle | V.10 | Durchschnittliches, monatliches Haushaltsnettoeinkommen der Arbeitslosenhilfeempfänger in DM (Bestandsstichprobe) |
| Anhangtabelle | V.11 | Struktur der Erwerbstätigen in Deutschland 1985 - 1998 |
| Anhangtabelle | V.12 | Verteilung der monatlichen Bruttoerwerbseinkommen 1985 - 1998* |
| Anhangtabelle | V.13 | Armuts- und Niedrigeinkommensquoten in Erwerbstätigenhaushalten und allen Haushalten 1985 bis 1998 (Alte OECD-Skala und 50% des arithmetischen Mittels) |
| Anhangtabelle | V.14 | Personen in Arbeitslosenhaushalten nach Erwerbskonstellationen 1985 bis 1998 |
| Anhangtabelle | V.15 | Armutsquoten in Arbeitslosenhaushalten nach Erwerbskonstellationen 1985 - 1998 (Alte OECD-Skala und 50% des arithmetischen Mittels) |
| Anhangtabelle | V.16 | Armutsquoten von Erwerbstätigenhaushalten nach Haushaltstyp und Erwerbskonstellation 1998 (Alte OECD-Skala und 50% des arithmetischen Mittels) |

VI. Wohnen

VI.1 Datengrundlage Wohngeldstatistik

VI.2 Zur Definition von Wohnungsnotfällen

VI.2.1 Hilfsinstrumente zur Bekämpfung der Wohnungslosigkeit

VI.2.2 Zur gesundheitlichen Versorgung von Wohnungslosen

VI.2.3 Erkenntnisse und Erfahrungen zu Wohnungsnotfällen aus einigen Ländern und Kommunen

VI.3 Daten und Fakten

| | | |
|-----------------|-------|---|
| Anhangtabelle | VI.1 | Gebäudestruktur des Wohnungsbestandes |
| Anhangtabelle | VI.2 | Größenstruktur des Wohnungsbestandes 1998 |
| Anhangtabelle | VI.3 | Eigentümerquote nach Haushaltsgröße |
| Anhangtabelle | VI.4 | Wohnflächenversorgung nach Haushaltsgröße |
| Anhangtabelle | VI.5 | Wohnungsversorgung von Familien und Senioren 1998 |
| Anhangtabelle | VI.6 | Ausstattung mit Sammelheizung 1998 |
| Anhangtabelle | VI.7 | Mietenstruktur 1998 |
| Anhangtabelle | VI.8 | Miethöhe nach Baualter 1998 |
| Anhangtabelle | VI.9 | Eigentümerquote reicher Haushalte 1998 |
| Anhangtabelle | VI.10 | Wohnflächenversorgung reicher Haushalte 1998 |
| Anhangtabelle | VI.11 | Mietbelastung reicher Haushalte 1998 |
| Anhangtabelle | VI.12 | Wohnungsversorgung einkommensschwacher Haushalte mit und ohne Kinder 1998 |
| Anhangtabelle | VI.13 | Ausstattung einkommensschwacher Mieter mit Sammelheizung und Bad 1998 |
| Anhangtabelle | VI.14 | Schätzung der Zahl der Wohnungslosen 1994 - 1999 durch die BAG-W |
| Anhangschaubild | VI.1 | In nordrhein-westfälischen Obdachlosenunterkünften untergebrachte Personen 1980 - 1999 |
| Anhangschaubild | VI.2 | Anzahl der Personen, die stationäre Hilfe bzw. ambulante Hilfe gem. § 72 BSHG vom überörtlichen Träger der Sozialhilfe erhalten haben |

VII. Gesundheitliche Situation und Pflegebedürftigkeit

VII.1 Die Gesetzliche Krankenversicherung

VII.2 Die Private Krankenversicherung

VII.3 Krankenhilfe

VII.4 Schutz vor finanzieller Überforderung in der GKV

VII.5 Die gesetzliche Unfallversicherung

VII.6 Das Pflegeversicherungssystem

VII.7 Daten und Fakten

| | | |
|-----------------|--------|---|
| Anhangtabelle | VII.1 | Zuzahlungen auf einen Blick |
| Anhangtabelle | VII.2 | Unterschicht und Risikofaktoren sowie ausgewählte Krankheiten und Inanspruchnahmeverhalten |
| Anhangtabelle | VII.3 | Arbeitslosigkeit und Risikofaktoren sowie ausgewählte Krankheiten |
| Anhangtabelle | VII.4 | Arbeitslosigkeit, gesundheitliche Merkmale und Zufriedenheit |
| Anhangtabelle | VII.5 | Häufigkeit somatischer Erkrankungen bei stationär-psychiatrischen Patienten in Baden-Württemberg 1984-1986 |
| Anhangtabelle | VII.6 | Entwicklung der Zahl der Vollarbeiter, der meldepflichtigen Arbeitsunfälle, der tödlichen Arbeitsunfälle und der Häufigkeiten von Arbeitsunfällen und tödlichen Arbeitsunfällen |
| Anhangtabelle | VII.7 | Entwicklung der Zahl der Vollarbeiter, der Anzeigen auf Verdacht einer Berufskrankheit, der anerkannten Berufskrankheiten und der neuen Rentenfälle |
| Anhangtabelle | VII.8 | Ausgewählte Arbeitsbelastungen an Arbeitsplätzen nach Wirtschaftsabteilungen in Deutschland (Schwerpunkte) in % je Wirtschaftsabteilung und Gesamt |
| Anhangtabelle | VII.9 | Schwerpunktmäßige Beschwerden betroffener Erwerbstätiger in % aller Befragten |
| Anhangtabelle | VII.10 | Leistungsempfänger der sozialen Pflegeversicherung in Deutschland am Jahresende nach Pflegestufen |
| Anhangtabelle | VII.11 | Leistungsempfänger der sozialen Pflegeversicherung in Deutschland im Jahresdurchschnitt nach Leistungsarten |
| Anhangtabelle | VII.12 | Pflegebedürftige in Privathaushalten - Haushaltsnettoeinkommen von Pflegehaushalten im Vergleich zur Gesamtbevölkerung |
| Anhangtabelle | VII.13 | Empfänger von Hilfe zur Pflege nach dem BSHG am Jahresende |
| Anhangtabelle | VII.14 | Empfänger von Hilfe zur Pflege nach dem BSHG außerhalb und innerhalb von Einrichtungen während des Jahres |
| Anhangtabelle | VII.15 | Ausgaben der Sozialhilfe für Hilfe zur Pflege |
| Anhangschaubild | VII.1 | Klassenunterteilung nach Bildungsstand aus den Angaben der Studienteilnehmer zu Schul- und Berufsbildung |

VIII. Behinderung

VIII.1 Rechtsgrundlagen für behinderte Menschen

VIII.2 Leistungen für behinderte Menschen

VIII.3 Daten und Fakten

| | | |
|---------------|--------|--|
| Anhangtabelle | VIII.1 | Schwerbehinderte Menschen nach dem Alter, dem Geschlecht und der Art der Behinderung (Dezember 1999) |
|---------------|--------|--|

| | | |
|---------------|--------|--|
| Anhangtabelle | VIII.2 | Schwerbehinderte Menschen am 31.12.1999 nach Ursache der schwersten Behinderung, Grad der Behinderung und Geschlecht |
| Anhangtabelle | VIII.3 | Persönliches Nettoeinkommen von behinderten Frauen nach Region in den Jahren 1996 bis 1998 |
| Anhangtabelle | VIII.4 | Häusliche Wohnformen von Frauen mit Behinderung in den Jahren 1997 -1998 in Deutschland |

IX. Zuwanderung

IX.1 Das Sozio-ökonomische Panel als Datenbasis zur Einkommensverteilung bei Ausländerinnen und Ausländern

IX.2 Rechtsgrundlagen für die Aufnahme von Spätaussiedlern

IX.3 Regelungen des Bundessozialhilfegesetzes für Ausländer/-innen

IX.4 Das Asylbewerberleistungsgesetz - gesetzliche Rahmenbedingungen

IX.5 Integrationsleistungen

IX.6 Daten und Fakten

| | | |
|---------------|-------|---|
| Anhangtabelle | IX.1 | Bevölkerung insgesamt und ausländische Bevölkerung |
| Anhangtabelle | IX.2 | Übersicht über die Zahl der eingetroffenen Aussiedler einschließlich der Vertriebenen, die über das Ausland in die Bundesrepublik Deutschland gekommen sind 1950 - 1998 |
| Anhangtabelle | IX.3 | Alters- und Geschlechtsstruktur der Aussiedler 1995 bis 1998 |
| Anhangtabelle | IX.4 | Berufsstruktur der Aussiedler |
| Anhangtabelle | IX.5 | Ausländer/-innen nach Staatsangehörigkeit 1994 - 1998 |
| Anhangtabelle | IX.6 | Ausländeranteil nach Bundesländern 31.12.1998 |
| Anhangtabelle | IX.7 | Ausländer/-innen nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und nach der Aufenthaltsdauer am 31.12.1998 |
| Anhangtabelle | IX.8 | Verteilung der ausländischen Schüler nach Schularten (%) |
| Anhangtabelle | IX.9 | Anteil der ausländischen Schulabgänger an allen Abgängern nach Art des Abschlusses (%) |
| Anhangtabelle | IX.10 | Marktäquivalenz- und Nettoäquivalenzeinkommen von Deutsche und Ausländer/-innen (Früheres Bundesgebiet, Alte OECD-Skala, in DM) |
| Anhangtabelle | IX.11 | Marktäquivalenz- und Nettoäquivalenzeinkommen von Deutsche und Ausländer/-innen (Früheres Bundesgebiet, Neue OECD-Skala) |
| Anhangtabelle | IX.12 | Armuts- und Wohlstandsraten für Deutsche und Ausländer/-innen (Früheres Bundesgebiet, Arithmetisches Mittel) |
| Anhangtabelle | IX.13 | Armuts- und Wohlstandsraten für Deutsche und Ausländer/-innen (Früheres Bundesgebiet, Median) |

| | | |
|-----------------|-------|---|
| Anhangtabelle | IX.14 | Empfänger/-innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt am Jahresende Deutschland - Zeitreihe 1980 - 1998 |
| Anhangtabelle | IX.15 | Empfänger/- innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen am Jahresende nach Altersgruppen - Zeitreihe 1980 - 1998 (Nichtdeutsche) |
| Anhangtabelle | IX.16 | Empfänger/- innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen am Jahresende nach Altersgruppen je 1 000 Einwohner - Zeitreihe 1980 - 1998 (Nichtdeutsche) |
| Anhangtabelle | IX.17 | Ausgaben und Einnahmen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) |
| Anhangtabelle | IX.18 | Bruttoausgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz |
| Anhangtabelle | IX.19 | Ausgaben und Einnahmen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz nach Hilfearten Deutschland |
| Anhangtabelle | IX.20 | Empfänger und Empfängerinnen von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz jeweils am Jahresende |
| Anhangtabelle | IX.21 | Empfänger/-innen von Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz am 31.12.1998 nach Altersgruppen und Geschlecht |
| Anhangtabelle | IX.22 | Heimatüberweisungen ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Mio. DM |
| Anhangschaubild | IX.1 | Wanderungsverläufe zwischen Deutschland und dem Ausland, 1984-1998 |
| Anhangschaubild | IX.2 | Zuzug von Aussiedlerinnen und Aussiedlern nach Herkunftsländern in % |
| Anhangschaubild | IX.3 | Empfänger/-innen von Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz am 31.12.1998 nach Staatsangehörigkeit, Deutschland |

Einleitung

1. Datengrundlagen

Der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung kann auf eine Vielzahl bewährter und fundierter Datenquellen zurückgreifen. Gleichzeitig ist es Aufgabe des Berichts, die vorhandenen Datenquellen einer kritischen Überprüfung, insbesondere mit Blick auf den Erkenntniswert und ihre Verwendbarkeit für die Armuts- und Reichtumsberichterstattung, zu unterziehen. Die Bestandsaufnahme der Datenlage, die Prüfung der Qualität der Daten und der Hinweis auf Datenlücken und Beschränkungen der Datenquellen sind Voraussetzungen für eine perspektivische Behebung der Defizite.

Generell lassen sich Daten, die aus unterschiedlichen amtlichen und / oder nichtamtlichen Statistiken gewonnen werden, bisher gar nicht oder nur eingeschränkt miteinander verknüpfen, so dass die Lebenssituation ausgewählter Gruppen nicht im Zusammenhang analysiert werden kann.¹ Unter Berücksichtigung dieser Schwierigkeiten sind zum einen amtliche Statistiken so weit wie möglich auszuschöpfen; zum andern sind Mikrodatensätze auszuwerten, um Analysemöglichkeiten auf der Haushalts- und Personenebene nutzen zu können.

Makroebene

Auf der Makroebene werden die Gesamteinkommens- und Vermögenswerte in folgenden Statistiken abgebildet:

- **Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung** (VGR) werden auf der Grundlage von Ergebnissen aus praktisch allen Gebieten der Wirtschafts- und Finanzstatistik sowie verwandter Statistikbereiche aufgestellt. In unregelmäßigen Abständen wird das Einkommen nach Haushaltsgruppen ermittelt. Der Nachweis der Verteilung und Verwendung der Einkommen der privaten Haushalte nach sozioökonomischen Haushaltsgruppen, nach Einkommensgrößenklassen, nach der Haushaltsgröße, nach dem Geschlecht der Bezugsperson und evtl. weiteren Merkmalen ergänzt die aggregierte Einkommensdarstellung für den Sektor „Private Haushalte“. Den jährlichen Vermögensrechnungen lassen sich Daten über die Sachvermögensbildung entnehmen.
- Aus den **Finanzierungsrechnungen** und **Kreditstatistiken** der Deutschen Bundesbank geht eher der finanzielle Aspekt hervor, die Geldvermögensbildung und die eingegangenen Verpflichtungen.

¹ Ein Modell zur Kombination zweier Datenquellen (EVS und Lohn- und Einkommensteuerstatistik) findet sich im Materialband Kap. I.1.2.3.

- Über Immobilienvermögen geben weiterhin die **Gebäude- und Wohnungszählung** 1987 sowie die **Gebäude- und Wohnungsstichprobe** 1993 Auskunft. Für Wohnungen wurde u.a. Größe, Ausstattung, Zahl der Räume und Mietpreis erhoben.

Im Hinblick auf untere Bereiche der Wohlstandsverteilung stehen auf der Makroebene folgende Statistiken zur Verfügung:

- Die **Arbeitslosenstatistik** gibt Auskunft über Alter, Geschlecht, schulische und berufliche Ausbildung von Arbeitslosen sowie die Dauer der Arbeitslosigkeit (in regionaler Differenzierung). Nicht erfasst sind hier die Aspekte des Wohnens, der Gesundheit und subjektive Einschätzungen.
- Die **Sozialhilfestatistik** und die **Asylbewerberleistungsstatistik** enthalten neben den sozio-demografischen Merkmalen auch Angaben über den Erwerbsstatus und die Bezugsdauer. Mit der seit 1994 verbesserten Statistik ergeben sich neue Möglichkeiten einer differenzierten Analyse, indem beispielsweise das Merkmal der Arbeitslosigkeit mit weiteren Lebenslage-Indikatoren verknüpft werden kann. Die Ursachen, die zum Sozialhilfebezug geführt haben, werden ebenfalls differenzierter erhoben, so dass nunmehr Hintergrundinformationen über die besondere soziale Situation des Hilfeempfängers vorliegen, in der u.a. die Gründe für die Hilfestellung zu suchen sind. Allerdings hat sich gezeigt, dass Sozialhilfebedürftigkeit nicht in erster Linie auf Grund einer besonderen sozialen Ausnahmesituation entsteht, vielmehr sind die Ursachen hierfür eher im Zusammenhang mit dem Erwerbsstatus begründet.
- Die **Kinder- und Jugendhilfestatistik** erfasst jährlich grundlegende soziodemografische Merkmale der Personen, die in Maßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe einbezogen sind. Sie gibt aber nur wenig Auskunft über die lebensweltlichen Hintergründe dieser Leistungsbezieher. Alle vier Jahre werden die Einrichtungen und in der Jugendhilfe tätigen Personen sowie die in der Jugendarbeit durchgeführten Maßnahmen erfasst.
- Die **Wohnungsstichprobe** enthält Daten zur Wohnraumversorgung und zur Bau- und Wohnungsqualität, erlaubt aber keine Verknüpfung mit differenzierten Lebenslageaspekten.
- Die **Wohngeldstatistik** vermittelt tiefgegliederte Informationen über die soziale Struktur und die Wohnverhältnisse einkommensschwacher Haushalte. Sie liefert jährlich Daten zu den Wohnkosten, Einkommen und Wohngeldansprüchen von 3 Mio. Haushalten (s. dazu auch Materialband Kap. VI.1).
- Die **Krankenkassen- und Pflegekassenstatistik** verknüpfen die Inanspruchnahme gesundheitlicher und pflegerischer Leistungen mit wenigen sozio-demografischen Merkmalen,

sind aber nicht für mehrdimensionale Analysen oder für regionale Differenzierungen nutzbar.

- Die (**Aus-**) **Bildungsstatistik** enthält neben der Verteilung der Abschlüsse nach Geschlecht, Alter und Nationalität keine weiteren Merkmale, die sich für Lebenslageanalysen nutzen ließen. (Zu den Datenerfordernissen und offenen Forschungsfragen im Bereich Bildung s. auch Materialband Kap. IV.2)

Einige dieser Statistiken sind an sozialstaatliche Leistungen geknüpft; wer keine Arbeitserlaubnis hat, kann in der Arbeitslosenstatistik nicht auftauchen, wer (aus Unkenntnis oder anderen Gründen) keine Sozialhilfe- oder Wohngeldleistungen geltend macht, wird dort nicht registriert usw. Die Aussagefähigkeit der Statistik ist daher von dem tatsächlichen Bezug einer Leistung und von der sozialstaatlichen Gesetzgebung unmittelbar abhängig (so hat z.B. die Herausnahme der Asylbewerber aus der Sozialhilfe (eigene Asylbewerberleistungsstatistik) die Struktur der in der Sozialhilfestatistik registrierten Ausländer beeinflusst).

Mikrodatensätze

Die Problematik der Datenlage liegt vor allem darin, dass die o.g. Statistiken zwar über einzelne Aspekte Auskunft geben, aber integrierte Auswertungsmöglichkeiten, vor allem im Zusammenhang mit der Einkommensdimension, sehr begrenzt sind. Zum Teil kann diese Situation durch die Analyse von Mikrodatensätzen, die insbesondere durch Haushaltsbefragungen gewonnen werden, gelöst werden. Die Berechnungen des Ausmaßes relativer Armut basieren daher in erster Linie auf den Einzel- (oder Mikro-)datensätzen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) sowie des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP). Ergänzend werden für Einkommensanalysen die Mikrodatensätze des Niedrigeinkommenspanel (NIEP) und der Einkommensteuerstatistik herangezogen. Information über die Vermögenssituation auf Haushaltsebene können ebenfalls der EVS entnommen werden.

Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) wird seit 1962/63 in ca. fünfjährlichem Turnus vom Statistischen Bundesamt in Zusammenarbeit mit den Statistischen Landesämtern durchgeführt und liefert Daten zur wirtschaftlichen Situation privater Haushalte. Während einer einjährigen Erhebungsperiode werden Einkommen und Ausgaben detailliert dokumentiert, was zu einem hohen Grad an Genauigkeit führt.²

2 Die Anschreibungsperiode wurde im Zuge der Neukonzeption der EVS auf ein Rotationsverfahren mit Quartalsanschreibungen umgestellt. Damit wird insbesondere die Vergleichbarkeit mit den Vorjahren beeinträchtigt und es kommt zu einer höheren Streuung.

Die EVS ist eine Quoten-, keine Zufallsstichprobe und wird auf der Basis des jeweiligen Mikrozensus hochgerechnet. Haushalte mit besonders hohen Einkommen bleiben unberücksichtigt, wobei die Obergrenze in den einzelnen Wellen der Preis- und Wohlstandsentwicklung angepasst wurde: Sie lag 1969 bei 10.000 DM/ Monat und wurde angehoben bis auf 35.000 DM/ Monat in den Jahren 1993 und 1998. Unabhängig von der vielzitierten Abschneidegrenze muss aber damit gerechnet werden, dass auch unterhalb dieses sehr hohen Grenzbereichs die Haushalte zu schwach repräsentiert sind. Von einer möglicherweise unzureichenden Erfassung bereits ab einem jährlichen Haushaltsnettoeinkommen von 150.000 DM könnte eine stärkere Verzerrung der Verteilungsergebnisse ausgehen als von dem Ausschluss der Haushalte oberhalb von 420.000 DM. Auch am unteren Rand werden bestimmte Bevölkerungsgruppen ausgeblendet; Personen, die in Einrichtungen leben (z.B. Justizvollzug, Kasernen, Pflegeheime) werden ebenso wenig erfasst wie Wohnungslose.

Die 7. EVS 1993 wurde erstmals in West- und Ostdeutschland durchgeführt, außerdem wurden hier erstmals Haushalte von Ausländern mit einbezogen. Die Teilnahmebereitschaft dieser Gruppe ist aber so gering, dass spezielle Analysen zur Situation der ausländischen Bevölkerung sich aus stichprobentheoretischen Gründen verbieten. Darüber hinaus ist mit Verzerrungen zu rechnen, da die ausländische Bevölkerung nicht gesondert hochgerechnet wird. Die Einkommensverteilung fällt nahezu identisch aus. Ein unplausibler Tatbestand, der sich auch auf Basis des SOEP nicht verifizieren lässt.

Ein Vorteil der EVS gegenüber anderen Stichproben liegt in der kontinuierlichen Erhebung der Einnahmen und der Ausgaben privater Haushalte, was zu einem höheren Grad an Genauigkeit, als bei retrospektiven Fragen oder bei einer Momentaufnahme nach dem Stichtagskonzept führt. Hinsichtlich der Exaktheit der Einkommenserfassung stellt die EVS die verlässlichste Datenquelle dar. Ein weiterer Vorteil der EVS gegenüber anderen sozialwissenschaftlichen Umfragen ist ihr großer Stichprobenumfang von maximal 0,3 Prozent aller privaten Haushalte. In der EVS 1998 wurde dieser Zielwert mit rd. 69.000 beteiligten Haushalten nahezu erreicht.

Den Vorteilen stehen auf der anderen Seite in Reihen von Nachteilen gegenüber. In der einschlägigen Veröffentlichungen insbesondere der deutschen Armutsforschung wird immer wieder auf vorhandene Unzulänglichkeiten dieser Datenquelle hingewiesen. So detailliert das Fragenprogramm der EVS bei den Einnahmen und Ausgaben ist, so begrenzt ist es auf der anderen Seite hinsichtlich in den davon (mehr oder weniger) unabhängigen Lebenslageaspekten. Es fehlen z.B. jegliche Informationen zur Biografie der erwachsenen Personen, Angaben zum Gesundheitszustand, zur Behinderung oder zur subjektiven Zufriedenheit, eingeschränkt vor-

handen sind Angaben zur Wohnsituation. Analysen unter Berücksichtigung des Lebenslagenansatzes sind dadurch nur in geringem Umfang möglich.

Zu den methodischen Besonderheiten der EVS 1998 im Hinblick auf Fragen der Einkommensverteilung sowie den damit verbundenen Einschränkungen, methodischen Brüchen und Problemen wird im Materialband Kap. I.1.1 gesondert eingegangen. Die Schwierigkeiten, die sich im Hinblick auf die Interpretation der vermögensstatistischen Daten der EVS ergeben, sind im Materialband Kap. I.2.2.

Sozio-ökonomisches Panel

Das Sozio-ökonomische Panel (SOEP) wird von Infratest Sozialforschung im Auftrag des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) durchgeführt und vom DIW ausgewertet. Es stellt eine repräsentative Längsschnittbefragung dar, die 1984 mit der Befragung von ca. 6.000 Haushalten begann. Seitdem wird jedes Haushaltsmitglied, das älter ist als 16 Jahre, jährlich zu den verschiedensten Bereichen befragt (ca. 12.000 Personeninterviews). 1990 wurde das SOEP auf das Gebiet der ehemaligen DDR ausgeweitet (ca. 2.000 Haushalte mit ca. 4.000 Befragungspersonen). Das Panel umfasst die deutsche und die ausländische Wohnbevölkerung und weist in Welle 15 (1998) einen Stichprobenumfang von etwa 5.800 westdeutschen und 1.900 ostdeutschen Haushalten auf.

Der Vorteil des SOEP liegt zum einen darin, dass es als Panelbefragung eine Analyse im Zeitverlauf erlaubt. Zum anderen erfasst das SOEP auch die ausländische Bevölkerung. Auf die Einzelheiten wird im Materialband Kap. IX.1 näher eingegangen.

Von einer Untererfassung besonders hoher Einkommen ist aber auch im SOEP auszugehen, ebenso von einer Untererfassung der wohnungslosen oder in Einrichtungen lebenden Personen. Dazu kommt, dass der beschränkte Stichprobenumfang (etwa ein Zehntel der in der EVS erfassten Haushalte) keine differenzierteren Analysen von Teilgruppen (z.B. der Bezieher niedriger Einkommen) erlaubt.

Niedrigeinkommens-Panel

Das Niedrigeinkommens-Panel (NIEP) basiert auf einer repräsentativen Zufallsstichprobe von bundesweit 10.000 Privathaushalten, von denen das untere Fünftel der Einkommenschichtung als Stichprobe ausgewählt wurde. Das NIEP ist ebenso wie das SOEP eine Panelerhebung, allerdings ist es in seiner Laufzeit auf sechs Wellen beschränkt. Die Haushalte werden alle sechs Monate telefonisch befragt, erstmals im Zeitraum von 11/98 – 5/99; das Ende der letzten

Befragung ist für 11/01 vorgesehen. Das NIEP wird von Infratest Sozialforschung im Auftrag der Bundesregierung durchgeführt

Der wesentlich Vorteil des NIEP ist der äußerst detaillierte Fragenkatalog. Die Daten des NIEP sollen über die Ursachen niedriger Einkommen Aufschluss geben sowie aktuelle Informationen zur Analyse bestimmter Problemsituationen liefern, wie etwa Arbeitslosigkeit, Kinderreichtum, Niedrigeinkommen, Gesundheit und Verschuldung. Die Daten des NIEP ermöglichen Langzeitanalysen des Niedrigeinkommensbereichs, auch im weiter gefassten Bereich des „prekären Wohlstands“ und hinsichtlich des zeitlichen Verlaufs von „Armutskarrieren“ und deren einzelner Episoden. Auch Verknüpfungsmöglichkeiten monetärer Armutsanalysen mit einem mehrdimensionalen Lebenslagenkonzept werden auf dieser Datenbasis eröffnet. Die Betroffenheit von einzelnen Deprivationen und kumulierte Deprivation, hier insbesondere der Zusammenhang mit Einkommens- und Vermögensarmut, können im Zeitverlauf untersucht werden.

Ebenso wie beim SOEP besteht der grundlegende Nachteil des NIEP in der im Vergleich zur EVS relativ kleinen Fallzahl. Bei differenzierten Auswertungen kann dies zu Problemen mit der Zellenbesetzung führen. Da nur Haushalte mit Telefonanschluss und einem deutschsprachigen Haushaltsvorstand oder (Ehe-)partner befragt werden, sind hier bestimmte Problemgruppen wie Obdachlose, Heimbewohner etc. ausgeblendet.

Mikrodaten der Sozialhilfestatistik

Mikrodaten der Sozialhilfestatistik werden nach § 132 Abs. 2 BSHG erhoben. Danach sind die Länder verpflichtet, aus der aufbereiteten Bestandserhebung (Vollerhebung) in Form einer 25-Prozent-Zufallsstichprobe Einzeldaten zu den Empfängern laufender Hilfe zum Lebensunterhalt an das Statistische Bundesamt weiterzuleiten. Im Jahr 1997 umfasst der Datensatz 723.177 Fälle.

Gegenüber den aggregierten veröffentlichten Daten haben Mikrodaten den Vorteil, dass sie - abgestellt auf spezielle Fragestellungen - Merkmalskombinationen (Gruppen-, Haushalts- und Leistungsmerkmale) und Verknüpfungen von Datensätzen zulassen, die mit dem Standard-Veröffentlichungsprogramm nicht möglich sind und weit darüber hinausgehen. Durch diesen anonymisierten Mikrodatensatz können Analysen der Sozialhilfebedürftigkeit optimiert werden. Weitere Analysen lassen sich auf der Basis der Wohngeldstatistik durchführen, die sowohl den weiteren Kreis der einkommensschwachen Haushalte (Empfänger von Tabellenwohngeld) als auch die Sozialhilfeempfänger (Bezieher von pauschalierem Wohngeld) umfasst.

Gleichwohl ist sind die Mikrodaten der Sozialhilfestatistik nur als Ergänzung nutzbar, da sie in-

haltlich auf die im BSHG geregelten Tatbestände beschränkt sind.

Einkommensteuerstatistik

Eine weitere Datenquelle auf der Basis von Einzeldatensätzen stellt die Einkommensteuerstatistik dar. Die Lohn- und Einkommenssteuerstatistik ist eine Totalerhebung mit knapp 30 Mio. Datensätzen aus der Einkommensteuerveranlagung. Erfasst werden 400 Merkmale für knapp 40 Mio. Personen. Eine 10%-Stichprobe in Form von Einzeldatensätzen wurde erstmalig aus der Erhebung 1995 bereitgestellt. Im Rahmen der Armut- und Reichtumsberichterstattung war die Nutzung dieser Datenquelle erstmals möglich.

Angesichts vielfältiger Abschreibungsmöglichkeiten ist aber das zu versteuernde Einkommen im Hinblick auf das tatsächlich erzielte Einkommen gerade im oberen Bereich nur eingeschränkt aussagekräftig. Problematisch ist auch, dass die Lohn- und Einkommensteuerstatistik aufgrund der langen Fristen im Steuerverfahren erst mit einem relativ großem Time-Lag verfügbar ist. Der vorliegende Bericht basiert auf der Erhebung aus dem Jahr 1995. Zu berücksichtigen ist auch, dass die Lohn- und Einkommensteuerstatistik für steuerliche Zwecke und nicht für die Armut- oder Reichtumsforschung konzipiert wurde. Diese macht sich z.B. bei Analysen im Haushaltszusammenhang oder bei der Art der verfügbaren Variablen bemerkbar.

Eine ausführliche Darstellung der Lohn- und Einkommensteuerstatistik findet sich im Materialband Kap. I.1.2.

Weitere Datenquellen

Die vom Umfang her größte Haushalts-Stichprobe ist der vom Statistischen Bundesamt in jährlichem Abstand durchgeführte **Mikrozensus**, der 1% der Bevölkerung umfasst (somit rd. 800.000 Personen in rd. 370.000 Haushalten). Da der Mikrozensus als Mehrzweckstichprobe (erhoben werden u.a. differenzierte Angaben zur familiären Situation, zur Erwerbsbeteiligung und zum Versicherungsschutz der Bevölkerung) angelegt ist, stellt er keine ausreichend differenzierten Einkommensdaten zur Verfügung. Die Angaben zum Einkommen, sind - da klassifiziert erhoben - nur eingeschränkt verwendbar (Vermögensdaten werden nicht erhoben).

Weitere Datenquellen, die aber zur Analyse der Einkommens- und Vermögenssituation (bisher) in geringerem Maße herangezogen werden, sind der **Wohlfahrtssurvey** sowie die **Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS)** des Mannheimer Zentrums für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA). Der ALLBUS ist eine repräsentative Umfrageserie zu Einstellungen, Verhaltensweisen und Sozialstruktur der Bevölkerung. Die Erhebungen wer-

den seit 1980 in zweijährigem Abstand durchgeführt. Die Grundgesamtheit für die Befragung besteht seit 1991 aus der erwachsenen Wohnbevölkerung in West- und Ostdeutschland. Die Stichprobengröße betrug bis 1990 3.000 Befragte. Seither werden 2.400 Interviews in den alten Ländern und 1.100 in den neuen Ländern durchgeführt.

Ferner ist das **Europäische Haushaltspanel** (European Community Household Panel - ECHP) zu nennen. Das ECHP basiert allerdings - rechtlich bedingt - mit rd. 4.700 Haushalten auf einer noch kleineren Stichprobe als das SOEP; die Abweichungen gerade der Einkommensangaben im ECHP gegenüber der EVS sind erheblich. Insbesondere bei sehr differenzierten Auswertungen, wie sie z.B. für die Untersuchung von Armutsfragen erforderlich sind, kann dies zu statistisch nicht mehr gesicherten Ergebnissen auf Grund der zu geringen Zellenbesetzungen führen.

Information über die ältere Bevölkerung stellt die 1986, 1992, 1995 und 1999 von Infratest Sozialforschung im Auftrag der Bundesregierung durchgeführte Untersuchung **Alterssicherung in Deutschland (ASID)** bereit. Verfügbar sind detaillierte Angaben zu den Alterseinkommen von rd. 37.000 Personen ab 55 Jahren. Ergänzt wird die ASID durch die erstmals 1996 vom Verband Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR) und der Bundesregierung gemeinsam durchgeführte Erhebung **Altersvorsorge in Deutschland (AVID)**. Diese Erhebung stellt über Modellrechnungen auf der Basis komplexer Mikrosimulationsverfahren Angaben über die zu erwartenden Alterseinkommen der 40-60-Jährigen (bezogen auf 1996) bereit. Ermöglicht wird mit- hin eine - wenn auch unsichere - Einschätzung über die zukünftigen Einkommensverhältnisse dieses Personenkreises.

Das Ausmaß der Verschuldung wird in aller Regel mit dem Ausmaß der Konsumentenkreditaufnahme angegeben. Das Ausmaß der Überschuldung kann hingegen durch empirische Untersuchungen nur näher eingegrenzt, aber nicht exakt bestimmt werden. Empirische Untersuchungen zur Überschuldung in der Bundesrepublik liegen nur wenige vor - sie basieren zumeist auf einer **Untersuchung der Schuldsituation** von Klientinnen und Klienten von Schuldnerberatungsstellen und beziffern somit einen Bereich bekannter, aber nicht der verdeckten Überschuldung. „Harte“ Indikatoren für das Vorliegen von Überschuldung sind die Zahlen der Eidesstattlichen Versicherungen und die Mietschulden.³

Zur Problematik von **Obdachlosigkeit und Wohnungsnotfällen** gibt es keine gesicherten Datengrundlagen; eine einmalige Erhebung der Bundesregierung über Wohnungslose und Woh-

3 S. u. a. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Überschuldungssituation in Deutschland im Jahr 1997, 1998.

nungsnotfälle beruht auf Stichproben, deren Hochrechnung angesichts der wenig untersuchten Problematik schwierig ist.⁴

Als Datenquellen zur Bestimmung „absoluter Armut“ werden **ernährungswissenschaftliche Untersuchungen** über den täglichen Bedarf an Nahrungsmitteln hinzu gezogen und zusätzlich die Bedarfe an Kleidung und Wohnraum definiert. Auf die Schwierigkeit, dies unabhängig von sozial-historischen Veränderungen „objektiv“ zu ermitteln, ist hinzuweisen.

Fazit

Für eine kontinuierlich angelegte Armuts- und Reichtumsberichterstattung ist eine empirische Grundlage anzustreben, die eine zusammenfassende Betrachtung verschiedener Lebenslagen im Längsschnitt ermöglicht.

Die Analyse im Teil A des Berichts hat gezeigt, dass es eine Reihe von Datenlücken und -problemen gibt.⁵ Daten, die aus unterschiedlichen amtlichen und nichtamtlichen Statistiken gewonnen werden, sind bisher gar nicht oder nur eingeschränkt miteinander zu verknüpfen. Darüber hinaus werden im unteren Einkommenssegment Personen ohne festen Wohnsitz nicht erreicht, im oberen Einkommenssegment ist die Auskunftsbereitschaft so eingeschränkt, so dass auch hier die benötigten Daten fehlen. Bei all diesen Erhebungen besteht das generelle, bisher ungelöste Problem - wie auch eine Vielzahl von wissenschaftlichen Untersuchungen belegen - dass Befragungen nach dem Einkommen tendenziell zu einer Untererfassung führen. Einkommensangaben, die zu einem bestimmten Stichtag (z. B. beim sozio-ökonomischen Panel) oder in einer bestimmten Berichtswoche (z. B. beim Mikrozensus) erhoben werden, sind generell deshalb mit Zurückhaltung zu bewerten, da davon auszugehen ist, dass nur ein geringer Teil der Befragten in der Lage ist, an einem Stichtag alle, auch die unregelmäßig zufließenden Einkommen eines Haushalts auch nur annähernd treffgenau anzugeben. (Zu den offenen Forschungsfragen im Einkommensbereich s. auch Materialband Kap. I.1.3)

In Bezug auf monetären Reichtum sind hinsichtlich des Einkommens neben Erwerbseinkommen auch die Vermögenseinkommen zu berücksichtigen; der Vermögensbegriff umfasst neben Geldvermögen (Bankeinlagen, Versicherungsguthaben, Wertpapiere etc.) auch Immobilien- und anderes Sachvermögen. In diesem Zusammenhang ist zu berücksichtigen, dass eine trennscharfe Abgrenzung zwischen Unternehmensvermögen und Privatvermögen nicht möglich ist.

4 S. hierzu Bundestagsdrucksache 13/10141 vom 13.3.1998.

5 Die Probleme werden im einzelnen im Zusammenhang mit den relevanten Fragestellungen aufgegriffen. Zu den Datenerfordernissen im Bereich „Einkommen“ s. speziell Materialband Kap. I.1.3 und zum Bereich „Bildung“ Materialband Kap. IV.2.

Weitere Forschungsbemühungen sind notwendig, um die obersten Einkommen und Vermögen in statistisch zuverlässiger Weise zu erfassen.

Darüber hinaus muss bei Stichprobenerhebungen außerhalb der amtlichen Statistik, die Einkommensinformationen liefern, beachtet werden, dass sie entweder bestimmte Bevölkerungsgruppen unter erfassen, oder einen relativ kleinen Stichprobenumfang aufweisen. Dadurch sind die Analysemöglichkeiten eingeschränkt. Des Weiteren liegen repräsentative Daten zu wohnungslosen Personen bundesweit bisher nicht vor. Ebenso wenig ist darüber bekannt, ob und wenn ja wie viele Leistungsberechtigte im Bereich der Sozialhilfe ihre Ansprüche nicht geltend machen (Dunkelzifferproblematik). Bislang fehlt auch eine Erhebung, die Auskunft über die Überwindung der Sozialhilfebedürftigkeit gibt. Insofern liegt es im Interesse der weiteren Berichterstattung - und ist gleichermaßen einer ihrer vordringlichsten Aufgaben - die Grundlagen für eine Verbesserung der Datenlage zu schaffen.

Vor dem Hintergrund der beschriebenen Ausgangslage und Rahmenbedingungen ist der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung ein erster Schritt, um auf einer verlässlichen und von vielen mitgetragenen Grundlage die soziale Situation in Deutschland zu analysieren. Er soll Informationen und Fakten liefern, auf deren Basis die Entwicklung geeigneter und zielgenauer Maßnahmen zur Prävention und Beseitigung von Armut und Unterversorgungslagen ermöglicht oder erleichtert wird.

2. Forschungsbedarf und -perspektiven

Eine zentrale Aufgabe der Armuts- und Reichtumsberichterstattung ist es, auf dem aktuellen Forschungsstand Analysen über die Armuts- und Reichtumlagen in Deutschland durchzuführen und deren Ergebnisse zu erörtern. Dabei wird zunächst an verbreitete begriffliche Definitionen und methodische Vorgehensweisen angeknüpft. Parallel dazu sollen im Rahmen der Berichterstattung aber auch die gängigen Definitionen und Methoden selbst thematisiert werden, um die theoretischen Grundlagen für den weiteren Fortgang der Armuts- und Reichtumsberichterstattung weiter zu entwickeln. Flankierend zu diesen theoretischen Arbeitsschritten besteht eine grundlegende Aufgabe in einer umfassenden Literaturrecherche einschließlich einer Aufbereitung internationaler und nationaler Beiträge in Form einer Datenbank mit Überblicks-Rezensionen. Diese Gutachten zur Grundlagenforschung wurden zu Beginn der Berichterstattung in Auftrag gegeben. Die jeweils zu bearbeitende Materie bedingt allerdings unterschiedliche Zeithorizonte der einzelnen Gutachten, daher kann der erste Armuts- und Reichtumsbericht lediglich teilweise Zwischenergebnisse präsentieren, während abschließende Forschungser-

gebnisse zu diesen Aspekten erst im weiteren Verlaufe des langfristig angelegten Prozesses der Armuts- und Reichtumsberichterstattung zu integrieren sind.

Möglichkeiten und Probleme der Operationalisierung der Armuts- und Reichtungsmessung

In einem Gutachten zu den „Möglichkeiten und Problemen der Operationalisierung der Armuts- und Reichtungsmessung in Deutschland“ sollen konzeptionelle Grundlagen für eine Diagnostik von Armut und Reichtum erarbeitet werden. In diesem Zusammenhang sind erstens die vielfach angewandten relativen Armutsmaße (s. dazu auch einführende Bemerkungen im Bericht Teil A, Einleitung unter 5.) kritisch auf ihre Begründbarkeit hin zu überprüfen; zweitens ist zu untersuchen, welche Ansätze es zur Bestimmung eines absoluten Armutsmaßes gibt und welche Möglichkeiten der empirischen Operationalisierung solcher Maße möglich sind; drittens ist der Stellenwert subjektiver Ansätze im Vergleich zu (und ggf. in der Kombinierbarkeit mit) objektiven Messmethoden zu erörtern; viertens sind auf dieser Grundlage Definitionen von Armutskriterien und Armutsschwellen vorzunehmen, die für die weitere Berichterstattung leitend sein können; und schließlich sind diese Arbeitsschritte ebenso im Hinblick auf die theoretischen Grundlagen der Reichtungsforschung durchzuführen.

Analysen von Lebensstandard-Niveaus

In Erweiterung und ggf. als Alternative zur einkommensbezogenen Armuts- und Reichtungsmessung sind im Rahmen eines weiteren Gutachtens Analysen von Lebensstandard-Niveaus zu prüfen, die auf der Grundlage empirischer Befragungen zunächst einen common sense über notwendige Lebensstandards (bzw. abgestufte Lebensstandard-Niveaus) ermittelt, um dann im zweiten Schritt die empirische Verteilung dieser Niveaus zu messen.

Theoretische und empirische Begründung des Lebenslagenkonzeptes

Ein dritter Bereich, in dem Grundlagenforschung erforderlich erscheint, betrifft die theoretische und empirische Begründung des Lebenslagenkonzeptes: Zum einen ist die Eigenständigkeit des Lebenslagen-Ansatzes in Abgrenzung gegenüber der monetären Dimension zu begründen; zum andern sind die Interdependenz von Lebenslage-Faktoren untereinander und weiterhin die Wechselwirkungen mit der monetären Dimension zu analysieren; schließlich sind Probleme der Definition von Kriterien und Schwellen für Armut (und ggf. Reichtum) in nicht-monetären Dimensionen zu berücksichtigen. Methodisch ist darauf hinzuweisen, dass die Schwellen der Unterversorgung in bisherigen Untersuchungen in der Regel unter Berufung auf (Forschungs-) Konventionen bzw. heuristisch definiert wurden. Die Ergebnisse der darauf basierenden Analysen

mögen zwar erste Hinweise über Unterversorgungslagen geben; für systematische Lebenslagen-Untersuchungen reicht dieses Vorgehen aber nicht aus. Solche Schwellen müssen in einem gesonderten Diskurs begründet und im Hinblick auf ihre Messbarkeit operationalisiert werden. An dieser Stelle wird ein weiterer Forschungsbedarf ersichtlich, und diese Aufgabe sollte frühzeitig angegangen werden, da sämtliche Aussagen im Rahmen des Lebenslagenkonzeptes entscheidend von der Definition und Operationalisierung der Dimensionen und Unterversorgungs-Schwellen beeinflusst werden. Zu klären ist (auch in international vergleichenden Untersuchungen), welche Unterversorgungslagen anhand welcher Kriterien definiert werden sollten und welches Gewicht einzelnen Dimensionen im Zusammenhang des Gesamtbildes der Deprivation beizumessen ist.

Untersuchung des Ausmaßes der Nicht-Inanspruchnahme

In der Bundesrepublik Deutschland ist die Sozialhilfe das wichtigste Instrument zur Verhinderung und Beseitigung von Unterversorgungslagen. Die Wirksamkeit dieses Instrumentes hängt allerdings davon ab, dass dieses Ziel auch tatsächlich erreicht wird. Nicht alle Haushalte mit einem unter der Sozialhilfeschwelle liegenden Einkommen nehmen die Sozialhilfe auch in Anspruch. Die Schätzungen, welches Ausmaß diese „verdeckte Armut“ in Deutschland hat, und die Analysen, welche Gründe dafür ausschlaggebend sind, variieren allerdings erheblich. Eine Untersuchung des Ausmaßes der Nicht-Inanspruchnahme zustehender Sozialhilfeleistungen und der Gründe für diesen „irrational“ erscheinenden Verzicht berührt die Frage der Wirksamkeit der sozialstaatlichen Instrumentarien und trifft insofern ein zentrales Interesse der Armuts- und Reichtumsberichterstattung. Um eine differenzierte und der Problematik angemessene Auseinandersetzung mit dem Phänomen der Nicht-Inanspruchnahme der gegen Armut gerichteten staatlichen Hilfen zu ermöglichen, hat die Bundesregierung eine Vorstudie erstellen lassen, die den aktuellen Forschungsstand zur Nicht-Inanspruchnahme zustehender Sozialhilfeleistungen aufarbeitet und Vorschläge zur weiteren Bearbeitung der Thematik unterbreitet.⁶

Die Vorstudie kommt zu dem Schluss, dass die bisherigen Untersuchungen höchst unterschiedlich sowohl bezüglich der zu Grunde gelegten Daten als auch in der Berechnungsweise der Anspruchsberechtigung einerseits und der anzurechnenden Einkommen und Vermögen andererseits sind. Daher ist es nur eingeschränkt möglich, die Ergebnisse zueinander in Beziehung zu setzen. Aussagen über eine „Tendenz“, sei es einer steigenden oder neuerlich wieder rückläufigen Inanspruchnahme, lassen sich auf der Grundlage der Ergebnisse nicht rechtfertigen. Eine genaue Klärung der Frage, ob ein Haushalt, der keine Sozialhilfe bezieht, eigentlich einen Anspruch darauf hätte, ist letztlich nur auf der Grundlage einer Einzelfallprüfung möglich.

Gleichwohl schlägt die Vorstudie die Durchführung einer ausführlichen Untersuchung auf der Basis unterschiedlicher Datengrundlagen vor, die der Fragestellung des Ausmaßes und der Gründe der Nicht-Inanspruchnahme explizit nachgeht. Die Bundesregierung beabsichtigt eine solches Forschungsprojekt in nächster Zukunft in die Weg zu leiten.

Menschen in extremer Armut

Um Abschätzungen von Ursachen und Wirkungen von Unterversorgungslagen vornehmen zu können, sind fundierte empirische Untersuchungen notwendig. Im Rahmen bisheriger Untersuchungen hat sich gezeigt, dass die Lebenssituation von Personen in außergewöhnlichen Unterversorgungslagen im Sinne von extremer Armut bislang durch Untersuchungen nicht oder nur unzureichend erfasst sind. Auch die amtlichen Statistiken stellen über Menschen in extremer Armut, zu denen z.B. Obdachlose oder Straßenkinder zählen könnten, keine oder nur einige wenige Angaben zur Verfügung. Zur Verminderung dieser Erkenntnisdefizite können in einem ersten Schritt qualitative Befragungen beitragen, auf deren Grundlage exemplarisch Strukturen herausgearbeitet und Erkenntnisse über Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge von extremer Armut gewonnen werden. Derartige Fallbeispiele sind jedoch nur begrenzt aussagefähig und nicht verallgemeinerbar. Erst in einem zweiten Schritt - sofern die methodischen und praktischen Grundlagen hierfür gegeben sind - wären weiterführende wissenschaftliche Untersuchungen extremer Armut zu diskutieren, die dem Anspruch auf Repräsentativität genügen.

Im Rahmen der Armuts- und Reichtumsberichterstattung hat das Bundesregierung ein Projekt zur Erarbeitung von Grundlagen und Methoden zur Untersuchung des Bereichs extremer Armut angestoßen. In diesem Zusammenhang ist es zunächst erforderlich, den Begriff der „extremen Armut“ gegen andere Armutsbegriffe abzugrenzen, um dann die Gruppen von Betroffenen zu bestimmen und methodische Grundlagen für eine empirische Untersuchung zu entwickeln. Zur Untersuchung von Unterversorgungslagen sollte das Lebenslagenkonzept zu Grunde gelegt werden, das neben der Einkommenssituation auch nicht-monetäre Dimensionen der Armut berücksichtigt. Untersuchungen nach diesem Konzept liegen bislang jedoch kaum vor; Darstellungen zu den Ursache-Wirkungszusammenhängen, zur Stabilisierung sowie zur Veränderung dieser Lebenslage fehlen völlig. An dieses über einen Zeitraum von drei Jahren angelegte Forschungsprojekt wird die Erwartung geknüpft, dass es ein Konzept für die Erforschung dieses extremen Randes der Armut entwickelt.

Das Forschungsprojekt soll insbesondere die folgenden Schwerpunkte einbeziehen:

6 Engels, D. und Sellin, C.: Vorstudie zur Nicht-Inanspruchnahme zustehender Sozialhilfeleistungen.

- Klärung und Darstellung der methodischen Grundlagen für die Feldforschung extremer Armut im Zusammenhang mit der Armuts- und Reichtumsberichterstattung,
- Herausarbeitung und Beschreibung der Personengruppen, die es im Rahmen der Feldforschung zu betrachten gilt,
- Entwicklung von standardisierten Befragungsunterlagen, um zu qualifizierten Ursachenbeschreibungen für extrem belastete Lebenslagen und soziale Ausgrenzung zu kommen,
- Durchführung von Interviews und Auswertung der Ergebnisse im Hinblick auf die Ursachen von extremer Armut,
- Diskussion von Konzepten für weiterführende Untersuchungen.

In einem schrittweisen Vorgehen wird mit dem Erhebungsinstrument der qualifizierten Befragung die Identifikation der relevanten Lebenslagendimensionen sowie die Rekonstruktion extremer Verarmungsprozesse zu erarbeiten sein. Auf dieser Grundlage werden sich die Personengruppen beschreiben lassen, die sich in einer extrem armen sozialen Lage befinden. Darüber hinaus wird ein teilstandardisiertes Erhebungsinstrument zu entwickeln sein, um zu qualifizierten Ursachenbeschreibungen extrem belasteter Lebenslagen und sozialer Ausgrenzung zu kommen. Derzeit muss offen bleiben, ob die Datengrundlage ausreichen wird, um eine weiterführende Untersuchung mit repräsentativem Charakter zu konzipieren. Die Untersuchung wird sich auf eine geschlechtsdifferenzierte Betrachtungsweise der Gruppen der extrem Armen konzentrieren. Ebenso müssen regionale Unterscheidungskriterien in die Erhebung einbezogen werden.

Verlaufs- und Ausstiegsanalyse Sozialhilfe

Die Sozialhilfepopulation ist keine statische Größe. Häufig erfolgt die Fluktuation in und aus dem Sozialhilfebezug recht kurzfristig. Über die Gründe für diese „Sozialhilfekarrieren“ Bewegungen ist nur wenig bekannt, insbesondere nicht über die Faktoren, die zu einer erfolgreichen Bewältigung der prekären Situation beigetragen haben. Der sich hieraus ergebende Erkenntnisbedarf kann mit den Daten der amtlichen Sozialhilfestatistik und mit den bisher vorliegenden Daten der Umfrageforschung nicht voll abgedeckt werden.

Zur Untersuchung des Verlaufs von sog. „Sozialhilfekarrieren“ und der Ausstiegsmöglichkeiten aus dem Sozialbezug hat die Bundesregierung daher ein auf vier Jahre angelegtes Forschungsprojekt „Verlaufs- und Ausstiegsanalyse Sozialhilfe“ vergeben.

Ökonomische und soziale Situation allein Erziehender

Die ökonomische und soziale Situation allein Erziehender ist häufig in vielfältiger Hinsicht mit Schwierigkeiten verbunden. So sind beispielsweise allein erziehende Frauen - auf der Haushaltsebene betrachtet - mit Abstand relativ am häufigsten auf Sozialhilfe angewiesen. Die Verbesserung der schwierigen Situation allein Erziehender steht seit längerem im Blickfeld des Gesetzgebers. Der Bundesregierung liegen über die Problemgruppe der allein Erziehenden in der Sozialhilfe, über die Wirkung der getroffenen Maßnahmen und notwendige, auf die besondere Situation der allein Erziehenden abgestellte Hilfskonzepte keine ausreichenden Kenntnisse vor. Diese Lücke soll durch ein Forschungsprojekt geschlossen werden. Erwartet wird, dass das Forschungsprojekt Bedingungsanalysen liefert, die die Wege allein Erziehender in die Sozialhilfe und Möglichkeiten der Überwindung von Sozialhilfeabhängigkeit aufzeigen. Darüber hinaus sollen die Wirkung der gesetzlichen Maßnahmen analysiert werden, die in den letzten Jahren zur Verbesserung der Situation der allein Erziehenden ergriffen wurden. Auf der Grundlage dieser Ergebnisse sollten sich zielorientierte sozialpolitische Lösungsvorschläge entwickeln lassen, die zu einer Verbesserung der Situation allein Erziehender im Sozialhilfebezug führen.

Aussiedler in der Sozialhilfe

Auch wenn der Zuzug von Aussiedlern (Spätaussiedlern) rückläufig ist, kommt der offenbar gestiegenen Zahl von Aussiedlern in der Sozialhilfe und ihren besonderen Integrationsschwierigkeiten wachsende Bedeutung zu. Die amtliche Sozialhilfestatistik erlaubt keine Aussagen über Spätaussiedler, da sie die Sozialhilfeempfänger nicht nach dem Merkmal „Aussiedler bzw. Übersiedler“ differenziert. Angesichts dieser Datenlage verfügt die Bundesregierung bisher über keine fundierten und repräsentativen Erkenntnisse über die Zusammensetzung der Empfängergruppe der Aussiedler, die Ursachen ihrer Hilfebedürftigkeit, ihre spezifischen Notlagen sowie spezifische Maßnahmen, die diesen Personenkreis bei der Überwindung der Angewiesenheit auf Sozialhilfe unterstützen könnten. Diese Lücke soll durch ein Forschungsvorhaben mit folgenden Schwerpunkten geschlossen werden. Untersucht werden sollen die Auswirkungen des Zuzugs von Aussiedlern auf die Sozialhilfe und deren Funktion im Hinblick auf die gesellschaftliche Integration dieser Bevölkerungsgruppe. Aus den Untersuchungsergebnissen sollen Empfehlungen zur (Weiter-) Entwicklung integrationsfördernder Maßnahmen und ggf. auch zur Abstimmung des Sozialhilferechts auf den spezifischen Hilfebedarf dieser Empfängergruppe abgeleitet werden.

Forschungsvorhaben zu § 15a BSHG

Wohnungslosigkeit ist in der Bundesrepublik Deutschland kein allgemeines sozial- und woh-

nungspolitisches Problem. Denn die Wohnflächenversorgung der Bevölkerung ist insgesamt gut. Wohnungslosigkeit ist aber eine Gefahr für Haushalte, die sich in besonderen sozialen Schwierigkeiten befinden. Es besteht allseits Konsens darüber, dass vor allem der Prävention bei den Maßnahmen zur Vermeidung und Bekämpfung von Wohnungsverlusten eine zentrale Aufgabe zufällt. Eine der Hauptursachen für drohende Wohnungsverluste sind Mietzahlungsprobleme. Außer Beratungsleistungen und Hilfen zur Selbstentschuldung spielen die in § 15a BSHG normierten finanziellen Hilfen bei der Wohnraumsicherung eine wichtige Rolle. Mit diesen Hilfen ist es den örtlichen Trägern der Sozialhilfe häufig möglich, drohende Wohnungslosigkeit bei diesen Ursachenzusammenhängen abzuwenden.

Im Rahmen der Reform des Sozialhilferechts wurde u.a. § 15a BSHG überarbeitet (Leistungsverpflichtung gemäß § 15 a Abs. 1 Satz 2 BSHG und Mitteilungspflicht der Gerichte bei Räumungsklagen wegen Zahlungsverzug nach § 554 BGB an das zuständige Sozialamt s. § 15 Abs. 2 BSHG). Nachdem seit Inkrafttreten der Änderung am 1.8.1996 einige Zeit vergangen ist, soll mit der Untersuchung eine Bestandsaufnahme der Veränderungen der Verwaltungspraxis sowie eine Wirkungsanalyse der präventiven Strategie bei den örtlichen Trägern der Sozialhilfe erfolgen. Mittelpunkt des Vorhabens soll eine Vorher-/Nachher-Bestandsaufnahme der Verwaltungspraxis sowie eine Wirkungsanalyse der präventiven Maßnahmen in Wohnungsnotfällen sein.

Panel-Erhebung zum Niedrigeinkommensbereich

Um über die Ursachen niedriger Einkommen Aufschluss zu erhalten sowie aktuelle Informationen zur Analyse bestimmter Problemsituationen zu erheben, wie etwa Arbeitslosigkeit, Kinderreichtum, Niedrigeinkommen hat die Bundesregierung eine Panel-Erhebung zum Niedrigeinkommensbereich in Auftrag gegeben.

Befragt werden Haushalte, die zum unteren Fünftel der Einkommensschichtung gehören alle sechs Monate im Zeitraum von 11/98 - 11/01. Die Daten des NIEP ermöglichen Langzeitanalysen des Niedrigeinkommensbereichs, auch im weiter gefassten Bereich des „prekären Wohlstands“ und hinsichtlich des zeitlichen Verlaufs von „Armutskarrieren“ und deren einzelner Episoden. Auch Verknüpfungsmöglichkeiten monetärer Armutsanalysen mit einem mehrdimensionalen Lebenslagenkonzept werden auf dieser Datenbasis eröffnet. Die Betroffenheit von einzelnen Deprivationen und kumulierte Deprivation, hier insbesondere der Zusammenhang mit Einkommens- und Vermögensarmut, können im Zeitverlauf untersucht werden.

Exkurs: Armuts- und Reichtumsberichterstattung im internationalen Kontext

Auf der Grundlage der Auskünfte der Botschaften sowie aktueller Überblicksstudien⁷ ergibt sich folgendes Bild der Armuts- und Reichtumsberichterstattung auf internationaler Ebene:

1. Mitgliedstaaten der Europäischen Union

Belgien

Auf nationaler Ebene wurde in Belgien einmalig im Jahr 1995 ein „Allgemeiner Bericht über Armut“ im Auftrag der Bundesregierung erstellt, der anhand grundlegender Bürgerrechte strukturiert ist (Rechte auf Unterhalt einer Familie, auf Beschäftigung, auf Wohnung und auf Teilnahme an Bildung und Kultur). Eine im Anschluss daran eingerichtete Forschungsgruppe bereitet derzeit eine in zweijährlichen Abständen geplante Armutsberichterstattung vor, die die beiden Teile der empirischen Bestandsanalyse und der Evaluation politischer Maßnahmen umfasst.

Bereits seit 1991 veröffentlicht die Region Flamen jährliche Berichte über Armut und soziale Ausgrenzung (neunter Bericht: 2000). Die Region Wallonie plant eine jährliche Berichterstattung, der erste Armutsbericht ist im Januar 2001 erschienen.

Dänemark

In Dänemark gibt es keinen regierungsamtlichen Armuts- und Reichtumsbericht. Allerdings enthalten die jährlichen Berichte einzelner Ministerien Berichtsteile über Armut, hier sind insbesondere die Abschnitte über Einkommensverteilung und Beschäftigung im Bericht des Finanzministeriums sowie der Abschnitt „Familie und Einkommen“ im Bericht des Wirtschaftsministeriums zu nennen.

Finnland

In Finnland hat das Sozialministerium die staatliche Forschungsanstalt „Stakes“ (nationales Forschungs- und Entwicklungszentrum für Wohlfahrt und Gesundheit) mit Untersuchungen zu den Themen Armut, soziale Ausgrenzung und geeigneten Gegenmaßnahmen beauftragt. 1996 wurde eine Expertengruppe eingesetzt, die die Lage in Finnland analysieren und mit Maßnahmenvorschlägen in einem Memorandum zusammenfassen sollte. Im gleichen Jahr hielt die finnische Regierung ein Expertenseminar ab, in dem das zitierte Memorandum als Hintergrunddokument diente. Die Expertengruppe setzt ihre Arbeit bis heute fort. Sie veröffentlichte einen

⁷ Höft-Dzemski, R.: Armuts- und Reichtumsberichterstattung im internationalen Kontext. – Vranken, J., Estivill, J. und Breuer, W. u.a.: Towards a policy-relevant European database on forms of social exclusion, Antwerpen, 2001.

weiteren Bericht im April 1998 und im November 1999 eine aktualisierte Fassung desselben. In diesem wird insbesondere eingegangen auf

- die Definition von Armut und Wege zu ihrer Erfassung,
- Armut und soziale Ausgrenzung,
- die aktuelle Situation und das Ausmaß des Problems in Finnland und im internationalen Vergleich,
- künftige Maßnahmen auf internationaler und nationaler Ebene sowie
- den spezifischen finnischen Forschungsbedarf zum Thema.

Der lediglich 20 Seiten starke kursorische Bericht macht nur sehr grobe statistische Angaben auf makroökonomischer Basis. Das finnische Sozialministerium fördert Untersuchungen von „Stakes“ zur Armut, um jederzeit ausreichende Basisinformationen als Handlungsgrundlage für die - im Vergleich zu anderen nordischen Staaten - etwas pragmatischer ausgeprägte Sozialpolitik des Landes verfügbar zu haben.

Frankreich

Im Jahr 1998 wurde vom französischen Ministerium für Arbeit und Solidarität ein Gremium mit Vertretern aus Wissenschaft, Verwaltung und Verbänden eingerichtet (Observatoire National de la Pauvreté et de l'Exclusion Sociale), dessen Aufgaben die statistische Analyse und Berichterstattung über Armut und soziale Ausgrenzung sind und das jährlich einen Bericht mit einem Schwerpunktbereich erarbeiten soll. Der erste Bericht des Gremiums ist am Jahresende 2000 erschienen und beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit der Armut und sozialen Ausgrenzung Jugendlicher. Die Ergebnisse dieses und weiterer Berichte sollen in den im zweijährigen Rhythmus zu erstellenden regierungsamtlichen Bericht über den Stand der Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung einfließen.

Griechenland

In Griechenland gibt es keine regierungsamtliche Armuts- bzw. Reichtumsberichterstattung, sondern lediglich einzelne Statistiken über die Einkommensverteilung sowie über die Verteilung einzelner Vermögensarten.

Irland

In Irland wurde 1986 die staatliche „Combat Poverty Agency“ (Stelle zur Bekämpfung der Armut) eingerichtet mit dem Ziel, „den Minister für Soziales zu allen Aspekten der Wirtschafts- und Sozialplanung in Bezug auf die Armut im Land zu beraten, Maßnahmen zur Überwindung dieser Armut einzuleiten und diese Maßnahmen zu bewerten“. Diese Agentur erarbeitet einen

jährlichen Armutsbericht, der einen Schwerpunkt der irischen Sozialpolitik darstellt. In diesem Zusammenhang werden ähnliche Themen behandelt, wie sie für den Bericht der Bundesregierung vorgesehen sind.

Die Berichterstattung ist Teil der Anti-Armutsstrategie Irlands, die sich zum Ziel gesetzt hat, den Armen-Anteil in der Bevölkerung bis 2004 auf unter 5% zu drücken. Diese Strategie umfasst vor allem fünf Bereiche: Nachteile auf dem Gebiet der Erziehung, Arbeitslosigkeit, ungleiche Einkommensverteilung, benachteiligte städtische Gebiete und ländliche Armut.

Auf politischer Ebene befasst sich ein spezieller Kabinettsausschuss monatlich mit der Thematik, der zuständige Sozialminister trägt die Verantwortung für das politische Tagesgeschäft. Auf Verwaltungsebene besteht ein interministerieller Ausschuss, der die in dem Nationalen Anti-Armutsstrategieplan beschlossenen Maßnahmen einem permanenten Controlling unterwirft. Die Nationale Anti-Armuts-Strategie und damit die einschlägige Berichterstattung haben ebenfalls Eingang gefunden in das im Frühjahr 2000 zwischen den Sozialpartnern geschlossene neue lohnwirtschaftliche Gesamtabkommen „Programme for Prosperity and Fairness“ (Programm für Wohlstand und Gerechtigkeit) im Rahmen des Abschnitts "Social Inclusion" (Soziale Einbeziehung).

Italien

In Italien erscheint seit mehreren Jahren in unregelmäßigen Abständen (höchstens alle 1-2 Jahre) ein Armutsbericht, der vom Ministerium für soziale Angelegenheiten herausgegeben wird. Hauptverantwortlich für die Erstellung des Berichts ist die „Commissione di indagine sulla poverta e sull' emarginazione“ (Kommission zur Untersuchung von Armut und gesellschaftlicher Ausgrenzung) in Zusammenarbeit mit dem Zentralamt für Statistik (ISTAT). Diese Kommission, die sich aus 12 Wissenschaftlern und Vertretern der öffentlichen Hand zusammensetzt, wird durch Dekret des Präsidenten des Ministerrates eingesetzt. Ihre Aufgaben sind, „auch in Verbindung mit ähnlichen Initiativen Armut und Ausgrenzung in Italien zu erforschen, das Wissen darüber in den Institutionen und der Öffentlichkeit zu verbreitern, Vorschläge zu formulieren, um Ursachen und Wirkungen zu beseitigen.“ Sie soll der Regierung jährlich einen Bericht über die Armutsentwicklung mit entsprechenden Schlussfolgerungen und Vorschlägen unterbreiten. Die eher unregelmäßigen Veröffentlichungen der Kommission lassen allerdings den Schluss zu, dass ihr Selbstverständnis weniger auf direkte Politikempfehlungen ausgerichtet ist, sondern auf die Erhebung, Dokumentation und den Ausbau eines Informationsnetzwerkes. Dabei wird auf Forschungsergebnisse anderer Institutionen ebenso hingewiesen wie auf praktische Projekte (z. B. Gesundheitsversorgung von Obdachlosen in Rom).

Zusammenfassungen der Armutsberichte werden im Internet in italienischer und englischer Sprache publiziert. Allerdings scheint der italienische Armutsbericht weniger ausdifferenziert als das deutsche Modell. Er ist beschränkt auf Kernfragen der Armut in Italien und ist gegliedert in einen Teil „relative Armut“ und einen Teil „absolute Armut“. Bei der Berechnung der Daten zur Armut sind Obdachlose, Einrichtungsbewohner und Personen ohne legalen Wohnsitz explizit ausgenommen. Neben diesem Armutsbericht informiert die o.g. Kommission mehrmals pro Jahr durch ein sogenanntes „Fax poverta“ (Fax zur Armut) oder per E-Mail über neueste Erkenntnisse und Zahlen zur Armut.

Außerhalb der Regierung beschäftigen sich verschiedene gesellschaftliche Organisationen mit dem Thema „Armut“, wie z.B. Gewerkschaften, Caritas oder die Banca d' Italia, die 1997 einen ausführlichen Sonderbericht über Armut bei Minderjährigen veröffentlichte. Möglichkeiten zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Ausgrenzung (vor allem im Mezzogiorno), aber auch die Fragestellung, welches soziale Netz notwendig ist, um Armut zu vermeiden, untersuchen Analysen anderer Institutionen, wie etwa des Nationalen Rates für Ökonomie und Arbeit (CNEL). In dessen Jahresbericht 1998/99 ist etwa ein Kapitel über das Mindesteinkommen und seine Ausgestaltung im europäischen Vergleich aufgenommen worden. Zugleich bearbeiten weitere Forschungsprojekte Armut von Immigranten, Obdachlosen sowie das schwerer zu fassende Problem der sozialen Ausgrenzung.

Luxemburg

Luxemburg erstellt keinen Armutsbericht. Entsprechende Fragen werden regelmäßig zwischen den Sozialpartnern erörtert. Die Gewerkschaften, die zunehmend auf Armut hinweisen, beziehen sich in ihrer Argumentation auf entsprechende EU-Studien. Mit dem Thema Armut hat sich jedoch der die Regierung beratende Wirtschafts- und Sozialrat befasst. Dieser kommt in seinen im April 2000 formulierten Empfehlungen zu dem Ergebnis, dass es in Luxemburg eine Zunahme relativer Armut gebe, die eine baldige gründliche Untersuchung rechtfertige. Sollte diese zu entsprechenden Ergebnissen kommen, müsste die Regierung einen Zehnjahresplan entwickeln mit dem Ziel einer Rückführung der Armut auf eine der niedrigsten Raten innerhalb der Europäischen Union. Die luxemburgische Regierung hat die Feststellungen des Wirtschafts- und Sozialrats aufgegriffen.

Niederlande

In den Niederlanden wird seit 1996 im Auftrag des Ministeriums für soziale Angelegenheiten und Beschäftigung ein jährlicher Bericht über Armut und soziale Ausgrenzung herausgegeben. Er enthält Abschnitte zu speziellen Themen wie Altersarmut, soziale Integration und zum Zusammenhang von Armut und Krankheit. Einen „Reichtumsbericht“ gibt es bisher nicht.

Darüber hinaus wird in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Zentralbüro (CBS) jährlich ein sog. „Armoedemonitor“ (Armut-Überblick) durch ein interministerielles Forschungsorgan, das „Sociaal & Cultureel Planbureau“ (SPC, Soziales und kulturelles Planungsbüro) erstellt. Er basiert auf dem Datenmaterial beider Institutionen, erstreckt sich über ein breites Spektrum unterschiedlicher Lebenslagenaspekte. „Armut“ wird darin als Unterschreiten der Mindesteinkommensgrenze in Verbindung mit weiteren Indikatoren wie Dauer der Einkommensarmut oder deren subjektive Wahrnehmung definiert. Der Bericht umfasst auch Empfehlungen zur Armutsbekämpfung. Der dritte Bericht wurde 1999 veröffentlicht.

Österreich

In Österreich wurde im Mai 1999 ein Bericht „Einbinden statt ausgrenzen - Neue Strategien gegen die Armut“ vorgelegt. Der Bericht stützt sich auf die Tätigkeit einer Arbeitsgruppe, in der Experten aus Wohlfahrtsverbänden, der Wissenschaft und öffentlichen sozialen Institutionen vertreten waren. Er bietet eine Analyse der Armut in Österreich und der Wirksamkeit der bisherigen sozialpolitischen Instrumente der Armutsvermeidung und -bekämpfung sowie Diskussionsbeiträge zu Reformoptionen. Das Thema „Reichtum“ bzw. Verteilungsungleichheit wurde in diesem Bericht nicht behandelt. Die dort eingenommenen Positionen geben auch nicht die Stellungnahme der Regierung wieder. Über diesen Bericht hinaus legte das Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales für die Jahre 1996, 1997 und 1998 einen Bericht über die soziale Lage in Österreich vor, der einen Daten- und einen Analyseband enthält. Dieser Bericht weist deutliche Parallelen zur deutschen Konzeption auf. Im Herbst 2000 hat die österreichische Regierung nun auch einen Reichtumsbericht ausgeschrieben.

Portugal

Einen dem deutschen Armuts- bzw. Reichtumsbericht vergleichbaren Bericht gibt es in Portugal nicht. Einzelne Bereiche, die im Bericht der Bundesregierung enthalten sein sollen, sind jedoch immer wieder Gegenstand von Studien, die durch das Arbeits- und Sozialministerium, durch Universitäten oder Gewerkschaften veröffentlicht werden. Beispiele hierfür sind Berichte über die Wohnungsversorgung, zur Einführung der Sozialhilfe, zu Verdienstmöglichkeiten von Berufsanfängern, zu Lebensbedingungen von Rentnern oder zur Gesundheitsversorgung.

Schweden

Im Auftrag des schwedischen Sozialministeriums wird ein „Sozialreport“ in etwa dreijährlichem Turnus herausgegeben; die erste Ausgabe erschien 1994, die zweite Ausgabe 1997/98 und die dritte Ausgabe ist für 2001 vorgesehen. Ziel der von einer „Nationalen Plattform für Gesundheit und Wohlfahrt“ erstellten Berichte sind Deskription und Analyse sozialer Problemfelder wie z.B. Ausgrenzung und Arbeitsmarkt, Armut und finanzielle Belastungen, deviantes Verhalten und

Wohnungsnotfälle (Sozialreport 1997). Weiterhin wurde in einem im Auftrag des Sozialministeriums erstellten Gutachten mit dem Titel „Wohlfahrt am Scheideweg“ die Entwicklung des schwedischen Wohlfahrtssystems während der 90er Jahre untersucht.

Daneben veröffentlichte das Statistische Zentralamt im Jahr 1997 eine Untersuchung mit dem Titel „Lebensbedingungen und Ungleichheit in Schweden 1975 bis 1995“, in dem die quantitative Entwicklung der Armut in Schweden analysiert und in den internationalen Vergleich gestellt wird. Ergänzt werden diese monetär ausgerichteten Analysen durch Untersuchungen zu nicht-monetären Aspekten wie Bildung, Beschäftigung, Wohnverhältnisse, politische Partizipation und Gesundheit.

Spanien

In Spanien gibt es bisher keine dem deutschen Modell vergleichbare Armutsberichterstattung der Regierung. Es bestehen aber Überlegungen - auch im Zusammenhang mit europäischen Vorhaben - eine solche Berichterstattung zu institutionalisieren. Gedacht ist dabei an einen entsprechenden Auftrag an das „Instituto Nacional Estadística“ (INE, Nationales Statistik-Institut). In mehreren jährlichen Berichten der Regierung werden aber Aspekte von Armut und Armutsbekämpfung dargestellt. Darüber hinaus hat die spanische Caritas in den Jahren 1986, 1996 und 1998 Armutsberichte veröffentlicht.

Weiterhin ist die Armutsberichterstattung auf der Ebene der autonomen Regionen Spaniens zu nennen, die seit Ende der 80er Jahre (Baskenland, Katalonien) sowie in den 90er Jahren (Galizien, Aragon, Castilla-Leon, Madrid, Navarra und Andalusien) zum Teil regelmäßige Armutsberichte mit Schwerpunkt auf der Mindestsicherung herausgeben.

Vereinigtes Königreich

Die Regierung des Vereinigten Königreichs bezeichnet ihren erstmals 1999 veröffentlichten Bericht „Opportunity for all - tackling poverty und social exclusion“ (Chancen für alle - Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung) als „Jahresbericht“, sodass von Folgeberichten ausgegangen werden kann. Im Wesentlichen fasst die Regierung in dieser Veröffentlichung die von ihr bereits in Angriff genommenen bzw. angekündigten Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung zusammen.

Bemerkenswert sind ebenfalls die im Auftrag der Regierung erschienene Untersuchung „Monitoring Poverty and Social Exclusion: Labour's Inheritance“ (Studie zu Armut und sozialer Ausgrenzung: Das der Labour-Partei überlassene Erbe) des New Social Policy Institut (1998) sowie die Nachfolgestudie der Joseph Rowntree Foundation „Monitoring poverty and social exclusion

1999“ (Studie zur Armut und sozialen Ausgrenzung 1999). Diese Studie enthält aktualisierte Statistiken zu 50 monetären und nicht-monetären Indikatoren und zeichnet ein umfassendes Bild der Armutssituation in Großbritannien. Dieser Bericht soll jährlich erscheinen, der letzte wurde im November 2000 veröffentlicht.

2. Informationen über die Armutsberichterstattung außerhalb der Europäischen Union

Über die Armuts- und Reichtumsberichterstattung in den Ländern außerhalb der Europäischen Union konnten im Rahmen der o.g. Recherche nur vereinzelt Informationen gewonnen werden. Demnach gibt es beispielsweise in den Staaten Australien, Japan, Kanada und Neuseeland keine regelmäßige Armutsberichterstattung, sondern allenfalls sporadische Veröffentlichungen zur Einkommenslage.

Norwegen

Das Sozial- und Gesundheitsministerium in Norwegen gibt jährlich in einem Bericht an das Parlament die sog. „Utjammingsmeldinga“ (Bericht über den Ausgleich von Einkommen und Lebensbedingungen) heraus. Dabei handelt es sich um detaillierte empirische Analysen zur Einkommens- und Vermögensverteilung sowie zu weiteren Lebenslageaspekten wie Ausbildung, Beschäftigung und Gesundheit.

Schweiz

Eine regelmäßige nationale Armutsberichterstattung gibt es in der Schweiz nicht. Der im Jahr 2000 veröffentlichte schweizerische Sozialbericht befasst sich mit Lebenslagen in ländlichen Regionen sowie mit politischen Einstellungen der Bürger, gibt aber keinen aktuellen Überblick über die Einkommens- und Vermögenslage, da hierfür keine regelmäßig erhobenen Daten zur Verfügung stehen.

Vereinigte Staaten von Amerika

In den Vereinigten Staaten stellen mehrere Behörden und Institutionen Informationen zu den Themen Armut bzw. Reichtum bereit: Das „US-Census Bureau“ (die für die Volkszählung zuständige Behörde) stellt eine spezielle Seite über Armut im Internet bereit. Der letzte Report bezieht sich auf das Jahr 1998 und liefert Zeitreihen zur Armut von 1959 bis 1998, differenziert nach Einzelstaaten sowie Alter, Geschlecht, Rasse usw.

Der von der Regierungsbehörde „Council of Economic Advisors“ (Rat der Wirtschaftsberater) jährlich herausgegebene „Economic Report of the President“ (Bericht des Präsidenten zur Wirtschaftslage) geht in erster Linie auf die wirtschaftliche Entwicklung ein; einige Berichte machen

aber auch Angaben über Aspekte der Armuts- und Reichtumsproblematik, z.B. die ökonomische Lage der Frauen, Familien, Kinder usw. Das Gesundheitsministerium stellt ebenfalls eine Seite im Internet zur Problematik von Armut unter gesundheitsbezogenen Aspekten bereit.

Das „Economic Policy Institute“ (EPI, Wirtschaftspolitisches Institut) gilt als führende Forschungseinrichtung auf dem Gebiet von Verteilungsfragen und gibt im Zwei-Jahres-Rhythmus (jeweils im September) die empirisch orientierte Publikation „The State of Working America“ (Die Situation der Arbeitnehmer in Amerika) heraus. Darin enthalten sind Kapitel über Familieneinkommen, Steuerbelastung, Einkommens- und Vermögensverteilung, Regionalverteilung sowie internationale Vergleiche.

Die Einrichtungen „Institute for Research on Poverty“ (Institut für Armutsforschung) der University of Wisconsin und „Joint Center for Poverty Research“ (Gemeinsames Zentrum für Armutsforschung) der Northwestern University und University of Chicago stellen Publikationen und Forschungsergebnisse bereit.

I.1 Die Verteilung von Einkommen auf Personen und Haushalte

I.1.1 Methodische Besonderheiten der EVS 1998

Während die Anschreibungsperiode der EVS bis einschließlich 1993 ein Jahr umfasste – was zweifellos für die beteiligten Haushalte eine erhebliche Belastung war –, wurde sie im Zuge der Neukonzeption der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte auf ein Vierteljahr reduziert. Dies ist allerdings nicht gleichzusetzen mit einer entsprechenden Verkürzung der Erhebungsperiode, denn durch ein Rotationsverfahren erstreckte sich die Umfrage trotzdem auf das gesamte Jahr 1998; je ein Viertel der geworbenen Haushalte wurde in einem der Quartale befragt. Somit wurden auch Einkommensarten, die insbesondere zu bestimmten kalendarischen Zeitpunkten anfallen oder geändert werden, insgesamt erhoben. Dennoch hat diese methodische Änderung des Erhebungsverfahrens gravierende inhaltliche Effekte, da derartige saisonale und kalendarische Ereignisse, die nicht innerhalb eines Quartals auftreten, nicht mehr auf individueller Ebene erfasst werden. Beispielsweise kann das Weihnachtsgeld bzw. 13. Monatsgehalt nur noch bei einem Viertel der befragten Arbeitnehmer anfallen, während sicher auch ein Teil der in den ersten drei Quartalen teilnehmenden Personen Anspruch darauf hat; entsprechendes gilt auch für andere Einmalzahlungen (Urlaubsgeld, Erfolgsprämien) sowie für Zinsen und Dividenden, die nicht kontinuierlich gutgeschrieben werden. Auch bezüglich des Mietwerts selbstgenutzten Wohneigentums kann sich die verkürzte Anschreibungsperiode auswirken. Denn es gibt Haushalte, die erst im Laufe der Erhebungsperiode Wohneigentum erwerben und dieses beziehen bzw. umgekehrt, die das Wohneigentum im Laufe des Jahres veräußern. Durch diese unterjährigen Besitzverhältnisse werden die bei Jahresanschreibungen resultierenden Jahreswerte des Mietwerts möglicherweise stärker reduziert als bei Quartalsanschreibungen. Die Hochrechnung der Quartals- auf Jahreswerte setzt voraus, dass die Besitzverhältnisse das gesamte Jahr andauern. Wie groß der daraus resultierende Effekt ist, kann allerdings nicht ohne weiteres abgeschätzt werden.

Durch das Rotationsverfahren mit Quartalsanschreibungen ist also eine gegenüber Jahresanschreibungen höhere Streuung der Einkommensvariablen und damit höhere Ungleichheit der Verteilung systematisch angelegt. Dies beeinträchtigt die Vergleichbarkeit von Verteilungsergebnissen mit denen früherer EVS.

Um diesem methodischen Problem Rechnung zu tragen, ist für die vorliegende Untersuchung ein recht aufwendiges Auswertungsverfahren angewendet worden. Zur Ermittlung von aggregierten Verteilungsmaßen, Verteilungen nach relativen Einkommensklassen und Armutsquoten wurden diese zunächst für jedes einzelne Quartal berechnet, um dann aus den Quartalsergeb-

nissen das arithmetische Mittel zu bilden. Vergleichsauswertungen auf der Basis der Gesamtstichprobe ohne Quartalsdifferenzierung haben ergeben, dass erwartungsgemäß die Ungleichheitsindikatoren auf der Basis der Quartalsmittelwerte etwas geringer ausfallen; die Abweichungen sind allerdings moderat. Dieses Verfahren der Bereinigung um methodisch bedingte Überzeichnungen der Streuung hat allerdings dann seine Grenzen, wenn Strukturen von Teilpopulationen aufgezeigt werden sollen – z. B. die Zusammensetzung der Armutspopulation nach sozio-ökonomischen Merkmalen oder einzelner Einkommensklassen nach der Vermögenslage. Für diese Fragestellungen wurde die Gesamtstichprobe ohne Quartalsdifferenzierung zugrunde gelegt, was – wie sich gezeigt hat – trotz aller theoretischen Einwendungen eine gute Näherungslösung darstellt.

Der Übergang von Jahres- zu Quartalsanschreibungen hat aber weitere Konsequenzen, die bei der Interpretation der Ergebnisse zu beachten sind. Da die soziale Stellung einer Person während der Befragungsperiode wechseln kann, gilt im Rahmen der EVS grundsätzlich das Konzept der „überwiegenden sozialen Stellung“, d. h. für Typisierungen wird die soziale Stellung verwendet, welche die Befragten für die längste Zeit des Anschreibungszeitraums innehatten. „Überwiegend“ während eines Quartals hat aber eine andere inhaltliche Bedeutung als „überwiegend“ während eines gesamten Jahres. Dies gilt insbesondere hinsichtlich der Übergänge zwischen Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit. So sind die mit früheren EVS nachgewiesenen arbeitslosen Personen – mit wenigen Ausnahmen – länger als ein halbes Jahr arbeitslos, während zu der Vergleichsgruppe der EVS 1998 auch Personen mit einer Arbeitslosigkeitsdauer von lediglich sechs Wochen zählen. Insofern wird mit der EVS 1998 ein größerer Anteil der während des Jahres von Arbeitslosigkeit betroffenen Personen der Kategorie „arbeitslos“ zugeordnet als mit früheren Erhebungen. Andererseits müsste sich aus der EVS 1998 ceteris paribus eine vergleichsweise günstigere wirtschaftliche Situation und geringere Betroffenheit der als arbeitslos klassifizierten Personen/Haushalte von relativer Einkommensarmut ergeben; denn die Einkommenseinbußen sind tendenziell umso geringer, je kürzer die Dauer der Arbeitslosigkeit ist.

Auch hinsichtlich der Abschneidegrenze, die die wenigen Haushalte mit besonders hohem Einkommen wegen ihrer unzureichenden Repräsentativität ausschließt (s. auch Materialband, Einleitung unter 1.), hat die Reduzierung der Einkommensanschreibungen auf Quartale eine leichte Inkonsistenz gegenüber früheren Datensätzen der EVS zur Folge. Denn insbesondere bei Einmalzahlungen ist die Zurechnung des Gesamtbetrages auf das jeweilige Quartal für die Ermittlung des relevanten Haushaltsnettoeinkommens unsystematisch. Beispielsweise kann das Nettoeinkommen des Haushalts eines hochrangigen Managers, der im vierten Quartal befragt wurde, infolge der Hinzurechnung einer erheblichen Erfolgsbeteiligung höher als die Abschnei-

degrenze von 35.000 DM pro Monat (105.000 DM im Quartal) ausfallen, während dieser Haushalt nach dem Konzept der Jahresansreibungen noch unter die Abschneidegrenze fallen und damit im Datensatz verbleiben würde. Die ohnehin geringen Fallzahlen im obersten Einkommensbereich werden dadurch tendenziell noch kleiner.

Schließlich ist für die EVS 1998 auch ein gegenüber früheren Erhebungen verändertes Hochrechnungsverfahren angewendet worden. Um eine differenziertere Gliederung der Anpassungsmerkmale zu ermöglichen, wurde vom „Prinzip der freien Hochrechnung mit aktuellem Hochrechnungsrahmen“ zur „Hochrechnung nach dem Prinzip des minimalen Informationsverlustes“ übergegangen. Ohne auf das mathematisch sehr anspruchsvolle Konzept an dieser Stelle näher eingehen zu können, ist doch darauf hinzuweisen, dass auch eine - grundsätzlich begrüßenswerte - methodische Verbesserung zu einer Einschränkung der Vergleichbarkeit der jüngsten EVS mit den früheren Stichproben führen kann. Die Hochrechnung wurde darüber hinaus insofern verändert, als sie nunmehr - im Gegensatz zu früheren Vorgehensweisen - explizit auf die Bevölkerung ohne Haushalte oberhalb der Abschneidegrenze vorgenommen wurde. Dabei wurde von 120.000 Haushalten in diesem höchsten Einkommenssegment ausgegangen, die Gesamtzahl der hochgerechneten Haushalte liegt also entsprechend unter der sich aus dem Mikrozensus ergebenden Vergleichsgröße.

Insgesamt ergibt sich also der Eindruck, dass mit der EVS 1998 einige methodische Brüche vollzogen wurden, so dass Veränderungen der ausgewiesenen Verteilungsindikatoren sehr vorsichtig interpretiert werden sollten. Inwieweit die Interpretation von Veränderungen zwischen früheren Erhebungen und der von 1998 eingeschränkt wird, ließ sich bislang nicht abschließend klären. Dies ist bei der Lektüre der Ausführungen im Bericht unbedingt zu beachten.

I.1.2 Einkommensreichtum

I.1.2.1 Die erweiterte 10%-Stichprobe der Lohn- und Einkommensteuerstatistik

Die Lohn- und Einkommensteuerstatistik ist als Totalerhebung mit knapp 30 Millionen Datensätzen, in denen bis zu 400 Merkmale für knapp 40 Millionen Personen erfasst sind, die umfassendste sekundärstatistische Quelle für eine Analyse der Einkommensverteilung. Erfasst werden sämtliche zur Einkommensteuer veranlagte Inländer, mit deren verschiedenen steuerpflichtigen Einkünften; teilweise sind auch nicht steuerpflichtige Einkünfte (einzelne Sozialtransfers) nachgewiesen. Damit stellt die Einkommensteuerstatistik eine wichtige und herausragende Informationsquelle für Analysen zur Einkommensverteilung dar. Da Personen mit höheren Einkommen nahezu vollständig einkommensteuerpflichtig sind, gilt dies insbesondere im Hinblick auf den oberen Einkommensbereich, der in der EVS nicht bzw. untererfasst und damit nicht

repräsentativ abgebildet werden kann.

Da die Einkommensteuerstatistik gemäß steuerstatistischem Gesetz alle drei Jahre durchgeführt wird und es allein $2\frac{3}{4}$ Jahre dauert, bis die Finanzämter ihre Daten an die Statistischen Landesämter weitergegeben haben, liegen erst im vierten Jahr nach Ende des Erhebungszeitraums Ergebnisse vor. Damit ist die Lohn- und Einkommensteuerstatistik von 1995 die aktuell verfügbare Statistik, die vom Statistischen Bundesamt erst 1999 veröffentlicht wurde.

Da die Lohn- und Einkommensteuerstatistik 1995 rund 30 Mio. Einzeldatensätze mit pro Satz zum Teil über 400 Merkmalen umfasst, sind komplexe Auswertungen über den gesamten Datensatz nicht möglich. Eine repräsentative Stichprobe ist daher notwendig. Eine solche Stichprobe ist für weitergehende Analysen - wie hier für die Analyse hoher Einkommen - vom Gesetzgeber explizit ermöglicht worden und steht als 10%-Stichprobe mit ca. 3 Mio. Einzeldatensätzen für Rechnungen im Statistischen Bundesamt seit kurzem zur Verfügung.

Die Stichprobe ist, wie die früheren Stichproben, als geschichtete Zufallsstichprobe angelegt. Da davon auszugehen ist, dass signifikante Unterschiede in der Einkommensverteilung sowie in weiteren, vor allem sozioökonomischen Merkmalen insbesondere zwischen den neuen und alten Ländern vorhanden sind, wurde eine Schichtung nach alten bzw. neuen Ländern vorgenommen. Als weiteres Schichtungsmerkmal wurde die „Veranlagungsart“ herangezogen. Da die Grundtabellenfälle in solche mit und ohne Haushaltsfreibetrag unterteilt sind und die Splittingfälle die Anzahl der Einkommensbezieher (ein oder zwei) berücksichtigt, ergeben sich insgesamt vier Ausprägungen dieses Merkmals. Weiter wurde bei der Schichtung die Anzahl der Kinderfreibeträge mit vier Kategorien berücksichtigt. Die Heranziehung dieses Merkmals führt zu einer gewissen Ungenauigkeit bei Haushalten mit Kindern, da die Anerkennung von Kinderfreibeträgen nicht an den Wohnort der Kinder gebunden ist. Als viertes Schichtungsmerkmal wurde die überwiegende Einkunftsart mit sieben Kategorien ausgewählt. Hinzu kam das zu versteuernde Einkommen. Als weiteres quantitatives Merkmal wurde der Gesamtbetrag der Einkünfte mit acht Kategorien (Größenklassen) in die Schichtung der 10%-Stichprobe einbezogen. Die vollständige Kombination dieser Merkmale miteinander führt zu einer Anzahl von 3.584 Schichten. Da die auf diese Weise gebildeten Schichten zum Teil nur gering oder nicht besetzt waren, galt es im nächsten Schritt, die Anzahl der Schichten durch Zusammenfassen zu reduzieren. Es zeigte sich, dass nur eine geringe Anzahl von Grundtabellenfällen Kinderfreibeträge aufwies. Aus diesem Grund wurden hier nur zwei Ausprägungen des Merkmals „Kinderfreibetrag“ berücksichtigt, bei Splittingfällen hingegen vier Ausprägungen. Für die 10%-Stichprobe ergaben sich auf diesem Weg letztendlich 1.568 Schichten.

Die 10%-Stichprobe wurde nun für die Mikroanalysen erweitert. Jeder Einzeldatensatz wurde um die jeweiligen Komponenten - mit diversen Varianten - des ökonomischen Einkommensbegriffs ergänzt.

I.1.2.2 Schematische Darstellung für die Ermittlung des Nettoeinkommens

Eine Zusammenstellung vom Gesamtbetrag der Einkünfte bis zum versteuernden Einkommen findet sich in Übersicht I.1.

Übersicht I.1

Vom Gesamtbetrag der Einkünfte bis zum „Zu versteuernden Einkommen“ der Lohn- und Einkommensteuerstatistik 1995

| |
|---|
| Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft + Einkünfte aus Gewerbebetrieb + Einkünfte aus selbstständiger Arbeit + Einkünfte aus nicht-selbstständiger Arbeit + Einkünfte aus Kapitalvermögen + Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung + Sonstige Einkünfte |
| = Summe der Einkünfte (nach Abzug der Werbungskosten/Betriebsausgaben) |
| + nachzuversteuernder Betrag nach § 10a EStG + noch nicht aufgelöste Akkumulationsrücklage nach § 58 Abs. 2 EStG + Hinzurechnungsbetrag (§ 2a Abs. 3 Satz 3, Abs. 4 EStG, § 2 Abs. 1 Satz 3, Abs. 2 AIG - ausländische Verluste bei DBA nach § 2a Abs. 3 Satz 1 EStG - Vom Ehegatten in 1995 geerbte nicht ausgeglichene Verluste - Altersentlastungsbetrag (§ 24a EStG) - Freibetrag für Land- und Forstwirte (§ 13 Abs. 3 EStG) |
| = Gesamtbetrag der Einkünfte (§ 2 Abs. 3 EStG) |
| - Sonderausgaben (§§ 10, 10b, 10c EStG) - Steuerbegünstigter nicht entnommener Gewinn (§ 10a EStG) - außergewöhnliche Belastungen (§§ 33 bis 33c EStG, § 33a i.V.m. § 52 Abs. 22 und 23, § 53a EStG) - Steuerbegünstigungen für Wohnzwecke (§§ 10e bis 10i, 52 Abs. 21 Sätze 4 bis 7 EStG, § 7 FördG) - Verlustabzug (§ 10d EStG, § 2a Abs. 3 Satz 2 EStG) |
| = EINKOMMEN (§ 2 Abs. 4 EStG) |
| - Kinderfreibeträge (§ 32 Abs. 6 EStG) - Haushaltsfreibetrag (§ 32 Abs. 7 EStG) - Härteausgleich (§ 46 Abs. 3 EStG, § 70 EstDV) - Sonderfreibetrag für beschränkt Steuerpflichtige (§ 50 Abs. 3 EStG) |
| = Zu versteuerndes Einkommen (§ 2 Abs. 5 EStG) |
| - festgesetzte Einkommensteuer |
| = Nettoeinkommen (kein steuerlicher Begriff) |

Quelle: Merz, J.: Hohe Einkommen, ihre Struktur und Verteilung – Mikroanalysen auf Basis der Einkommenssteuerstatistik

Die Einkommensteuerstatistik ist natürlich hinsichtlich steuerlicher Belange ausgelegt. Damit ist auch der zugrundegelegte Einkommensbegriff, vom Gesamtbetrag der Einkünfte bis zum zu versteuernden Einkommen, ein steuerlicher. Die Analyse der Einkommen und ihrer Verteilung mit dem Schwerpunkt auf hohe Einkommen benötigt jedoch einen nach ökonomischen Ge-

sichtspunkten ausgerichteten Einkommensbegriff, der dann auch eher mit den Einkommensbegriffen anderer Statistiken (wie dem der EVS oder dem der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen) vergleichbar ist. Hinzu kommt, dass ein Einkommensbegriff benötigt wird, der als (primäres) Markteinkommen sozusagen das tatsächlich erwirtschaftete („pre government“) Einkommen charakterisiert, der zudem im Falle hoher Einkommen, mögliche Gestaltungsspielräume über diverse Abschreibungen bspw. reduziert. Festzulegen ist daher ein neuer ökonomischer Einkommensbegriff auf der Basis der Möglichkeiten und Grenzen der Einkommensteuerstatistik, der als Bruttoeinkommen ein Markteinkommen verkörpert, und der über die diversen steuerlichen Abgaben und staatlichen Transfers schließlich zu einem Nettoeinkommen im Sinne eines verfügbaren Einkommens führt.

Zusammenfassend sind in Übersicht I.2 alle Komponenten vom Brutto- bis Nettoeinkommen des neuen ökonomischen Einkommensbegriffs aufgeführt.

Übersicht I.2

Die Ermittlung des ökonomischen Einkommensbegriffs auf der Basis der Einkommensteuerstatistik

| | | |
|---|---|--|
| | Land- und forstwirtschaftliche Einkünfte | |
| + | Gewerbliche Einkünfte | |
| + | Einkünfte aus selbstständiger Arbeit | |
| + | Einkünfte aus Kapitalvermögen | |
| + | Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung | |
| + | Arbeitseinkünfte | |
| + | Sonstige Einkünfte | |
| | davon: | |
| | Einkünfte aus Leibrenten | |
| | + Lohn- und Einkommensersatzleistungen | |
| | + Einkünfte aus Spekulationsgeschäften | |
| | + steuerfreie Auslandseinkünfte | |
| + | Steuervergünstigungen der Unternehmen (lt. Anlage ST) | |
| + | Abschreibungen und Steuervergünstigungen bei Einkünften aus Vermietung und Verpachtung (lt. Anlage ST) | |
| = | Summe der Einkünfte neu | |
| | (korrigierte Einkünfte aus Unternehmertätigkeit, Vermögen und unselbstständiger Arbeit; entspricht primärem Markteinkommen) | |
| + | Sparzulage und vermögenswirksame Leistungen | |
| + | Kindergeld (berechnet) | |
| + | Unterhaltsleistungen vom geschiedenen oder dauernd getrennt lebenden Ehegatten | |
| - | festgesetzte Einkommensteuer und Solidaritätszuschlag | |
| - | berechnete Sozialversicherungsbeiträge (für alle sozialen Gruppen) | |
| - | Unterhaltsleistungen an den geschiedenen oder dauernd getrennt lebenden Ehegatten | |
| - | Überbelastungsbetrag bei anerkannten außergewöhnlichen Belastungen | |
| - | Freibetrag für Unterhalt | |
| - | Freibetrag für Ausbildung | |
| = | Nettoeinkommen | |

Quelle: Merz, J.: Hohe Einkommen, ihre Struktur und Verteilung – Mikroanalysen auf Basis der Einkommenssteuerstatistik

I.1.2.3 Verbesserte Datenbasis durch die Kombination von Statistiken

Im Folgenden wird eine mikroanalytisch fundierte Kombination der Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS) mit der ESt-Statistik vorgestellt, mit der sich die in der EVS nicht enthaltenen hohen Einkommen schätzen lassen. Damit ist gleichzeitig die Grundlage gelegt für die Ergänzung vorliegender Ergebnisse der Verteilungsforschung anhand eines integrierten Mikrodatenfiles, mit dem die Vorteile zweier Datenbasen genutzt werden können.

Mit den EVS werden Einkommen und Einnahmen der privaten Haushalte vergleichsweise detailliert erfasst. Allerdings gibt es zahlreiche Hinweise, dass die Randbereiche der Verteilung, insbesondere die obersten Schichten, unterrepräsentiert sind. So liegen die aus den EVS hochgerechneten Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen wesentlich stärker unter den entsprechenden Aggregaten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen als die Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit. Dies ist ein allgemeines Problem der Umfrageforschung, so dass zur Überprüfung der EVS auch keine andere bevölkerungsrepräsentative Umfrage zur Verfügung steht. Die geringe Teilnahmebereitschaft des obersten Einkommensbereichs führt zu geringen Fallzahlen oberhalb eines bestimmten Grenzwertes („Abschneidegrenze“), so dass das Statistische Bundesamt diese Haushalte aus stichprobentheoretischen Gründen aus den Datensätzen eliminiert. 1993 und 1998 lag dieser Grenzwert bei einem Haushaltsnettoeinkommen von monatlich 35.000 DM bzw. 420.000 DM im Jahr. Damit ist implizit eine Grenze für sehr hohe Einkommen definiert, die sich allerdings nicht inhaltlich herleitet.

Es stellt sich nun die Frage, wie viele Haushalte über dieser „Abschneidegrenze“ liegen und inwieweit in einem Bereich unterhalb dieses Grenzwertes, der auch bereits sehr hohe Einkommen umfasst, eine Unterrepräsentation in der EVS vorliegt. Diese Fragen sind von großem Interesse, da eine unzureichende Erfassung des oberen Rands der Verteilung zu Verzerrungen der insgesamt gemessenen Einkommensverteilung führt. Vor diesem Hintergrund liegt es nahe, die ESt-Statistik als Statistik heranzuziehen, die das ganze Spektrum der Einkommen umfasst. Ein einfacher Vergleich ist allerdings nicht möglich, da der Einkommensbegriff der ESt-Statistik nicht identisch ist mit dem der EVS. Es kommt erschwerend hinzu, dass der Haushaltsbegriff der EVS nicht mit dem Steuerpflichtigen-Konzept der ESt-Statistik übereinstimmt. Notwendig ist also die Annäherung über eine Größe, die in beiden Statistiken vorkommt: die jährlich gezahlten Steuern. Damit lässt sich die folgende Verknüpfungsstrategie entwickeln:

EVS:

Gruppierung der Haushalte nach Größenklassen der gezahlten Einkommensteuer

Berechnung von klassenspezifischen Quoten hinsichtlich einer Einkommensvariablen, wobei im

vorliegenden Zusammenhang das Haushaltsnettoeinkommen sinnvoll erscheint:

$$\text{Quote} = \text{Steuerzahlbetrag} / \text{Haushaltsnettoeinkommen (für jede Klasse)}$$

ESt-Statistik:

für jeden Steuerpflichtigen in der ESt-Statistik wird ein fiktives Haushaltsnettoeinkommen über die zugeordnete Quote berechnet, also:

$$\text{fiktives Haushaltsnettoeinkommen} = \text{festgesetzte Einkommensteuer} / \text{Quote.}$$

Ein besonderes Problem dieser Vorgehensweise besteht darin, dass Steuerpflichtige als (fiktive) Haushalte in den Verknüpfungsprozess eingehen, was vermutlich für viele nach der Grundtabelle Veranlagte nicht zutrifft; dies ist bei der Interpretation der Ergebnisse zu berücksichtigen. Auf der anderen Seite hat der Verknüpfungsansatz den Vorteil, dass näherungsweise alle Einkommensbestandteile aller Haushaltsmitglieder berücksichtigt werden, also beispielsweise auch nicht zu versteuernde Transfers.

Da die ESt-Statistik neben Veranlagungsart und Steuerklasse auch Kinderinformationen enthält, konnten die oben definierten Quoten für folgende Haushaltstypen getrennt berechnet und zur Bestimmung des Haushaltsnettoeinkommens in der ESt-Statistik verwendet werden:

- Alleinlebende
- allein Erziehende mit einem Kind
- allein Erziehende mit mehr als einem Kind
- Ehepaare (ohne Kinder)
- Ehepaare mit einem Kind
- Ehepaare mit mehr als einem Kind.

Nachdem die beiden unterschiedlichen Statistiken auf diese Weise vergleichbar gemacht worden sind, kann man anhand der Anhangtabelle I.37 die Differenz zwischen ESt-Statistik und EVS für o.g. Haushaltstypen nach Steuerzahlungsbetragsklassen ablesen. Negative Fallzahlen deuten auf eine Untererfassung der EVS und positive Fallzahlen auf eine der ESt hin.

Die Abweichung zwischen den Statistiken ist in der Gruppe, die keine Einkommenssteuer entrichtet, und in den unteren Steuerzahlungsbetragsklassen (insbesondere bis 16.000 DM) wenig überraschend. Denn in der ESt-Statistik fehlt die Bevölkerungsgruppe, die hauptsächlich von nicht steuerpflichtigen Transfers lebt und in den unteren Steuerzahlungsbetragsklassen weist die ESt-Statistik wesentlich mehr Alleinstehende aus als die EVS, bei denen es sich größtenteils

um „unechte Singles“ handeln dürfte, die nach dem EVS-Konzept als Mitglieder von größeren Haushalten erfasst werden.

Auch die Besetzungshäufigkeiten der höheren Steuerzahlbetragsklassen sind in der ESt-Statistik wesentlich größer als in der EVS, insbesondere oberhalb einer Grenze von 40.000 DM. Hier ist aber weniger von den Effekten der Unterschiede zwischen Steuerpflichtigen und Haushalten auszugehen. Vielmehr kann dieses Ergebnis als Bestätigung der eingangs geäußerten Hypothese gewertet werden, dass die EVS den oberen Einkommensbereich nur unzureichend repräsentiert. Diese Untererfassung scheint sich nicht auf die Schicht oberhalb der „Abschneidegrenze“ zu beschränken, die nur eine Teil der obersten, offenen Zahlbetragsklasse der ESt-Statistik ausmachen kann. Vielmehr sind auch Einkommensgruppen, die grundsätzlich in der EVS noch erfasst sind, dort zu schwach repräsentiert. Bei Einkommensteuerzahlbeträgen zwischen 40.000 DM und 200.000 DM weist die EVS 214.000 Haushalte weniger als die ESt-Statistik aus, bei darüber liegenden Zahlungen liegt die Untererfassung bei „nur“ 58.000 Haushalten.

Neben gruppenspezifischen Quoten aus Steuerzahlbetrag und Haushaltsnettoeinkommen wurden aber auch Quotienten aus Steuerzahlbetrag und Netto-Äquivalenzeinkommen innerhalb der EVS berechnet, wieder nach Größenklassen der Einkommensteuerzahlbeträge und den genannten Haushaltstypen differenziert. Über die gruppendurchschnittlichen Äquivalenzgewichte werden somit die relevanten Haushaltsstrukturen indirekt aus der EVS übernommen. Mit der zunächst zur Ableitung von vergleichbaren Haushaltsnettoeinkommen entwickelten Verknüpfungsstrategie ordnete man den Fällen der ESt-Statistik in Abhängigkeit der festgesetzten Einkommensteuer und des (fiktiven) Haushaltstyps also auch personenbezogene Äquivalenzeinkommen zu. Das Ergebnis ist dann eine Häufigkeitstabelle der fiktiven Haushaltsnettoeinkommen aus der ESt-Statistik, mit der Anzahl der in der EVS fehlenden Haushalte mit sehr hohen Einkommen, insbesondere oberhalb der „Abschneidegrenze“ (Anhangtabelle I.38). Dabei kann es sich nur um eine näherungsweise Abschätzung handeln, da Steuerpflichtige nicht in jedem Fall mit Haushalten gleichzusetzen sind und die Angaben der Befragten der EVS nicht immer fehlerfrei sind.

In Anhangtabelle I.38 ist die Verteilung der Einkommensteuerstatistik 1995 nach Einkommensbegriffen der EVS dargestellt. Insbesondere ist dabei die Abschneidegrenze der EVS-Informationen von $12 \text{ mal } 35.000 = 420.000 \text{ DM}$ im Jahr als Klassengrenze berücksichtigt. Neben den aus der EVS nach den obigen Steuerklassen übertragenen und zugeordneten Haushaltsnettoeinkommen sind auch die Personen-Nettoäquivalenzeinkommen sowohl nach der alten OECD als auch nach der neuen OECD-Äquivalenzskala zu finden. Anhangtabelle I.38 enthält darüber

hinaus auch die entsprechenden Verteilungen der Personen-Nettoäquivalenzeinkommen (nach der alten sowie nach der neuen OECD-Skala). Es zeigt sich, dass die Gruppe mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von mehr als 35.000 DM („Abschneidegrenze“ der EVS) lediglich gut 37.000 (37.345) Haushalte umfasst. Damit ist das Ausmaß der Unterrepräsentation oberhalb der „Abschneidegrenze“ näherungsweise quantifiziert. Außerdem verdeutlicht dies erneut, dass das Problem weit über die häufig auf die „Abschneidegrenze“ reduzierte Diskussion hinaus geht. Denn geht man von der These aus, dass sich das Problem der Untererfassung nur auf die Haushalte oberhalb der Abschneidegrenze beschränkt, dürfte die in Anhangtabelle I.37 ausgewiesene Differenz zwischen den Statistiken auch eben nur diese 37.000 betragen. Dort zeigt sich aber, dass die anhand der ESt-Statistik ermittelte Untererfassung der EVS bei Einkommensteuerzahlungsbeträgen ab 40.000 DM mit etwa 272.000 Haushalten um ein Vielfaches höher ist.

I.1.3 Zusammenfassung von zukünftigen Datenerfordernissen für die Armuts- und Reichtumsberichterstattung im Bereich „Einkommen“

Nachfolgend wird ein Auszug aus dem Gutachten von Prof. Dr. Richard Hauser „Einkommensverteilung im Querschnitt und im Zeitverlauf 1973 - 1998“ wörtlich wiedergegeben, das im Auftrag der Bundesregierung für den Armuts- und Reichtumsbericht erstellt wurde.

„Die vorliegende Analyse der Entwicklung der personellen Einkommensverteilung hat gezeigt, dass noch eine größere Anzahl von offenen Forschungsfragen bestehen, die nur in einem längeren Prozess geklärt werden können. Dabei beschränken sich die folgenden Ausführungen auf die Analyse der personellen Einkommensverteilung, die sich allerdings von der Untersuchung der personellen Vermögensverteilung nicht völlig trennen lässt; deren Probleme werden daher ansatzweise mit angesprochen. Außerdem beschränken wir uns auf die anwendungsorientierten, verteilungspolitischen Fragen, während allgemeinere theoretische Probleme ausgeklammert bleiben⁸.

Die offenen Forschungsfragen lassen sich unterteilen in:

- Probleme der besseren Datenerfassung;
- Probleme der Ergänzung der objektiven Einkommensvariablen durch subjektive Einschätzung der daraus resultierenden Bedarfsdeckung bzw. Zufriedenheit mit dem Einkommen;

8 Einen breiteren Überblick über den Stand der theoretischen und empirischen Forschung auf dem Gebiet der Einkommens- und Vermögensverteilung geben Atkinson, A.B. und Bourguignon F. (Hrsg.): Handbook of Income Distribution, vol 1, Amsterdam, 2000. Probleme der Verteilungsmessung werden umfassend behandelt in Silber, J. (Hrsg.): Handbook on Income Inequality Measurement, Boston, 1999.

- Probleme der Ermittlung der in der Bevölkerung vertretenen Vorstellungen über die Höhe eines angemessenen sozio-kulturellen Existenzminimums sowie über das erforderliche Ausmaß an Chancengleichheit und sozialer Gerechtigkeit einschließlich des Ausmaßes der durch staatliche Sicherungssysteme abzudeckenden sozialen Risiken;
- Ursachenanalyse in Bezug auf die Verteilung der Markteinkommen;
- Probleme der empirischen Wirkungsanalyse einzelner sozial- und verteilungspolitischer Instrumente;
- Probleme der empirischen Analyse von Effekten, die von einem bestimmten Ausmaß an Ungleichheit in der personellen Einkommensverteilung auf die wirtschaftliche Entwicklung ausgehen.

Als offene Probleme bei der *Erfassung von Einkommens- und Vermögensdaten* sind zu nennen:

1. Bei Querschnittsbefragungen wie der EVS wäre insbesondere eine vollständige und repräsentative Erfassung der gesamten Bevölkerung erforderlich. Zunächst wäre zu prüfen, ob die Querschnittsbefragungen (insbesondere die Einkommens- und Verbrauchsstichproben und der Mikrozensus) ausgeweitet oder durch auf administrativem Weg gewonnene Datensätze (z.B. Steuerstatistiken) systematisch ergänzt werden könnten. Gegebenenfalls wären getrennte Erhebungen für die Bevölkerung in Einrichtungen, für die Wohnungslosen sowie für die Haushalte mit sehr hohen Einkommen vorzusehen. Unbedingt erforderlich ist auch eine repräsentative Erfassung der Haushalte mit ausländischem Haushaltsvorstand. Um die für politische Entscheidungen erforderliche Zeitnähe zu erreichen, sind ein kürzerer Turnus (EVS) und eine schnellere Aufbereitung zur Auswertung durch die Wissenschaft (EVS und Mikrozensus) nötig. Generell ist eine verstärkte Repräsentativitätsprüfung der erhobenen Haushaltsdaten und eine bessere Abstimmung mit den Makroaggregaten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nötig. Angesichts der Untererfassung bestimmter Einkommenskategorien sind Forschungen nötig, wie diesem Problem begegnet werden kann. Außerdem sind Ergänzungen des Befragungskatalogs um zusätzliche Informationen über die Zeitdauer des Bezugs unterjährig fließender Einkommen und einmaliger Zahlungen sowie um weitere die Einkommenshöhe determinierende Faktoren (z.B. Bildungsstand, Gesundheitszustand, Arbeitszeit, soziale Risiken und latente Sozialversicherungsansprüche) erforderlich. Eine vollständige Erhebung der vorhandenen Vermögensbestände und Schulden (einschließlich des in Form von Unternehmensanteilen gehaltenen Vermögens) wäre nicht nur bedeutsam für die Analyse der Vermögens- und Einkommensverteilung, sondern stellte auch einen weiteren Faktor zur Untersuchung einerseits des vorhandenen wirtschaftlichen Wohlstandes und andererseits zur Analyse der Chancenverteilung dar. Diese letztgenannte Problematik

könnte durch Retrospektivfragen über erhaltene Erbschaften und über die Lage der Eltern während der Jugendzeit der Befragten weiter vertieft werden.

Zur Verbesserung von Wirkungsanalysen wäre der Übergang Panelbefragungen oder die Ausweitung der bereits vorhandenen Panelbefragungen (Sozio-ökonomisches Panel des DIW, Europäische Panelbefragung von EUROSTAT) erforderlich. Die Ausweitung müsste sich insbesondere auf die Ermittlung der vorhandenen langlebigen Konsumgüter, auf die monatlichen Konsumausgaben sowie auf die Ersparnis und die Vermögensbestände beziehen.

2. Die Weiterentwicklung von im Bereich der Soziologie entwickelte, auf Befragungen beruhende *subjektive Indikatoren* über die Zufriedenheit mit dem Einkommen und mit dem Vermögen sowie über die Risikobereitschaft und die befürchteten sozialen Risiken, könnte eine wesentliche Ergänzung der "objektiven" Einkommensvariablen darstellen und zu einer umfassenderen Sicht der Wohlstandsverteilung und ihrer Änderungen beitragen.
3. Die Ermittlung der *in der Bevölkerung herrschenden Vorstellungen* über die Höhe eines angemessenen sozio-kulturellen Existenzminimums, über die Einschätzung der vorhandenen Chancenungleichheiten und über die Einschätzung der möglicherweise wirksam werdenden sozialen Risiken und der darauf gerichteten sozialpolitischen Sicherungsmaßnahmen durch Befragungen stellt ein noch sehr wenig bearbeitetes Feld dar, auf dem Fortschritte erreichbar scheinen
4. Die *Ursachenanalyse* in Bezug auf die Verteilung der Markteinkommen setzt zum einen an der Abhängigkeit der Arbeitseinkommen von der Humankapitalausstattung und von der Arbeitsmarktintegration an. Hierfür liegen vielfältige Untersuchungen vor. Andererseits ist die Verteilung der Arbeitseinkommen auch von der Arbeitsnachfrageseite, von der Arbeitsmarktordnung und dem Wirken der Arbeitsmarktparteien abhängig. Weiterer Forschungsbedarf besteht daher vor allem in Bezug auf die Arbeitsnachfrageseite und den die Arbeitsplatzstruktur determinierenden Faktoren. Darüber hinaus ist das Zusammenwirken der Arbeitsangebotsseite und der Arbeitsnachfrageseite unter dem Einfluss von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden sowie der Arbeitsmarktordnung insbesondere im Hinblick auf seine Bedeutung für die Verteilung der Arbeitseinkommen immer noch ein wenig erforschtes Gebiet. Dies hat auch Bedeutung für die ungeklärte Frage, welche verteilungsmäßigen Auswirkungen von einer vielfach geforderten Deregulierung der Arbeitsmärkte ausgehen würden.

Empirisch weitgehend ungeklärt sind die Vorgänge der Vermögensakkumulation und der Veränderung der Vermögensportfolios sowie der Bestimmung der Vermögenserträge bzw.

der Ertragsstruktur einschließlich der Wertänderungen des Vermögensbestandes. Dieser für die Markteinkommensverteilung mit steigenden durchschnittlichen Vermögen und einer weiterhin sehr starken Vermögenskonzentration (insbesondere der ertragreicheren Vermögensarten) bei den einkommensreichen Schichten immer mehr an Bedeutung gewinnende Bereich stellt einen fast völlig weißen Fleck in der deutschen Forschungslandschaft dar. Gerade auch im Hinblick auf die politischen Bestrebungen, die Risikovorsorge, insbesondere für das Alter, stärker in den privaten Bereich zu verlagern, besteht hier dringender Forschungsbedarf. Auch hier ist eine verbesserte Datenbasis unabdingbare Voraussetzung.

5. Die *empirische Analyse der Auswirkungen* verschiedener steuerpolitischer und sozialpolitischer Instrumente in Bezug auf die Einkommensverteilung, insbesondere im gegenseitigen Zusammenwirken verschiedener, getrennt eingeführter steuer- und sozialpolitischer Regelungen, stellt ebenfalls ein bisher nicht ausreichend bearbeitetes Feld dar, obwohl derartige Informationen eine unabdingbare Voraussetzung für zielgerichtete verteilungspolitische Eingriffe darstellen. Bei bereits vorgenommenen Eingriffen handelt es sich um eine verbesserte Erfolgskontrolle im Hinblick auf die angestrebten Wirkungen. Beide Untersuchungsrichtungen setzen Verbesserungen der Datenlage voraus; für komplexe Analysen von Bündeln von Maßnahmen sind die bereits vorhandenen Mikrosimulationsmodelle weiterzuentwickeln⁹.
6. Die empirische Untersuchung der *Auswirkungen der personellen Einkommensverteilung und auch der personellen Vermögensverteilung auf die wirtschaftlichen Verhaltensweisen* und das gesamtwirtschaftliche Wachstum ist ein besonders wenig entwickeltes Gebiet. Hier wird mangels fundierter empirischer Analysen besonders häufig mit nur theoretisch abgeleiteten Hypothesen über die Incentive- oder Disincentive-Wirkungen von Änderungen der Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen durch steuer- und sozialpolitische Maßnahmen gearbeitet. Dabei wird häufig sogar der Haushaltszusammenhang vernachlässigt, und es wird von der Unterschiedlichkeit der wirtschaftlichen Akteure (Leistungsfähigkeit, Gesundheitszustand, sonstige Verpflichtungen) und von den sozialen Massenrisiken abstrahiert. Außerdem wird meist unterstellt, dass das Verhalten ausschließlich von ökonomischen Anreizen bestimmt wird. Der Einfluss der Vermögensverteilung wird in der Regel völlig ausgeklammert. Empirische Analysen könnten demgegenüber die Fülle der Einflussfaktoren bzw. die begrenzte Erklärungskraft ausschließlich ökonomischer Anreize offen legen.“

9 Eine guten Überblick über die Verwendung von statischen und dynamischen Mikrosimulationsmodellen für umfassende Verteilungsanalysen bietet der Band von G. H. Orcutt., J. Merz und H. Quinke (Hrsg.): *Microanalytic Simulation Models to Support Social and Financial Policy*, Amsterdam, 1986.

I.1.4 Daten und Fakten

Anhangtabelle I.1

Entwicklung gesamtwirtschaftlicher Indikatoren 1973 - 1998

| Jahr | Nominales VolksE. (in Mrd. DM) | Lohnquote unbereinigt (in %) | Lohnquote bereinigt (in %) | ArbeitsE. quote / KapitalE. quote (in %) | Sozialleistungsquote (in % des BIP) | Steuerquote (in % des BIP) | Lohnsteuerquote (in % des BIP) | veranlagte ESt. und KSt.-Quote (% des BIP) | Sozialversicherungsabgaben (in % des BIP) | Preisniveauinterindex (1995 = 100) | Preisänderungsrate (in %) | Reales Volkseinkommen pro Kopf (in DM) | Veränderung reales Volkseinkommen pro Kopf (%) | Reales verfügbares E. pro Kopf (in DM) | Veränderung reales verf. Eink. pro Kopf (in %) | Reale Netto-lohn- und ge-halt-summe je Beschäftigtem |
|--------------------|--------------------------------|------------------------------|----------------------------|--|-------------------------------------|----------------------------|--------------------------------|--|---|------------------------------------|---------------------------|--|--|--|--|--|
| Alte Länder | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 1973 | 720,4 | 71,4 | 64,5 | 83,5 / 16,5 | 23,2 | 21,9 | 5,5 | 3,3 | 13,5 | 48,1 | | 24.166 | | 19.274 | | 28.709 |
| 1974 | 769,7 | 74,0 | 66,4 | 86,0 / 14,0 | 24,7 | 24,1 | 6,6 | 4,1 | 14,0 | 51,4 | 6,9 | 24.166 | 0,0 | 19.228 | -0,2 | 29.418 |
| 1975 | 800,6 | 74,1 | 66,5 | 86,2 / 13,8 | 29,7 | 24,7 | 7,4 | 3,9 | 15,1 | 54,5 | 6,0 | 24.132 | -0,1 | 19.822 | 3,1 | 29.572 |
| 1976 | 878,2 | 72,9 | 64,9 | 84,2 / 15,8 | 26,4 | 22,7 | 6,6 | 3,5 | 15,6 | 56,8 | 4,2 | 23.758 | -1,5 | 20.500 | 3,4 | 29.646 |
| 1977 | 933,7 | 73,7 | 65,2 | 84,5 / 15,5 | 29,2 | 23,9 | 7,1 | 4,0 | 15,6 | 58,9 | 3,7 | 25.128 | 5,8 | 21.036 | 2,6 | 30.253 |
| 1978 | 1.007,2 | 72,9 | 64,3 | 83,3 / 16,7 | 28,8 | 24,7 | 7,3 | 4,5 | 15,4 | 60,5 | 2,7 | 25.818 | 2,7 | 22.013 | 4,6 | 31.317 |
| 1979 | 1.084,0 | 73,3 | 64,2 | 83,2 / 16,8 | 28,4 | 24,1 | 6,9 | 4,3 | 15,4 | 63,0 | 4,1 | 27.145 | 5,1 | 22.792 | 3,5 | 31.949 |
| 1980 | 1.139,6 | 75,8 | 66,2 | 85,8 / 14,2 | 28,8 | 24,4 | 6,8 | 4,2 | 15,7 | 66,4 | 5,4 | 28.042 | 3,3 | 22.553 | -1,1 | 31.904 |
| 1981 | 1.179,8 | 76,8 | 67,0 | 86,8 / 13,2 | 29,7 | 24,8 | 7,5 | 3,9 | 16,3 | 70,6 | 6,3 | 27.877 | -0,6 | 22.088 | -2,1 | 31.392 |
| 1982 | 1.214,2 | 76,9 | 67,1 | 87,0 / 13,0 | 29,8 | 24,3 | 7,6 | 3,5 | 16,7 | 74,3 | 5,2 | 27.092 | -2,8 | 21.728 | -1,6 | 30.744 |
| 1983 | 1.278,1 | 74,6 | 65,1 | 84,4 / 15,6 | 29,9 | 23,7 | 7,5 | 3,2 | 16,2 | 76,7 | 3,2 | 26.513 | -2,1 | 21.992 | 1,2 | 30.482 |
| 1984 | 1.347,1 | 73,4 | 64,0 | 82,9 / 17,1 | 28,5 | 23,7 | 7,5 | 3,2 | 16,2 | 78,6 | 2,5 | 27.129 | 2,3 | 22.422 | 2,0 | 30.316 |
| 1985 | 1.406,8 | 73,0 | 63,6 | 82,4 / 17,6 | 28,4 | 24,1 | 7,7 | 3,2 | 16,4 | 80,2 | 2,0 | 28.744 | 6,0 | 22.883 | 2,1 | 30.219 |
| 1986 | 1.497,6 | 72,1 | 62,7 | 81,3 / 18,7 | 28,2 | 23,9 | 7,8 | 3,4 | 16,3 | 80,1 | -0,1 | 30.616 | 6,5 | 24.521 | 7,2 | 31.453 |
| 1987 | 1.550,0 | 72,6 | 63,0 | 81,6 / 18,4 | 28,6 | 23,8 | 7,8 | 3,2 | 16,4 | 80,3 | 0,2 | 31.604 | 3,2 | 25.294 | 3,2 | 32.041 |
| 1988 | 1.635,5 | 71,5 | 62,0 | 80,3 / 19,7 | 28,5 | 23,4 | 8,0 | 2,9 | 16,3 | 81,3 | 1,2 | 32.738 | 3,6 | 26.407 | 4,4 | 32.702 |
| 1989 | 1.738,1 | 70,3 | 60,9 | 78,9 / 21,1 | 27,6 | 23,0 | 7,7 | 3,0 | 16,1 | 83,6 | 2,8 | 33.499 | 2,3 | 26.684 | 1,0 | 32.457 |
| 1990 | 1.892,2 | 69,6 | 60,1 | 77,9 / 22,1 | 25,4 | 23,1 | 7,6 | 3,0 | 15,8 | 85,8 | 2,6 | 34.866 | 4,1 | 28.232 | 5,8 | 34.038 |
| 1991 | 2.042,5 | 69,6 | 60,1 | 77,8 / 22,2 | - | - | - | - | 16,0 | 89,0 | 3,7 | 35.816 | 2,7 | 28.226 | 0,0 | 33.767 |
| 1992 | 2.139,7 | - | - | 79,2 / 20,8 | - | - | - | - | 16,1 | 92,5 | 3,9 | 35.661 | -0,4 | 27.938 | -1,0 | - |
| 1993 | 2.121,8 | - | - | 80,7 / 19,3 | - | - | - | - | 16,8 | 95,8 | 3,6 | 33.797 | -5,2 | 26.778 | -4,2 | - |
| 1994 | 2.199,9 | - | - | 79,3 / 20,7 | - | - | - | - | 17,2 | 98,4 | 2,7 | 33.948 | 0,4 | 26.020 | - | - |
| 1995 | - | - | - | - | - | - | - | - | - | 100,0 | 1,6 | - | - | - | - | - |
| 1996 | - | - | - | - | - | - | - | - | - | 101,3 | 1,3 | - | - | - | - | - |
| 1997 | - | - | - | - | - | - | - | - | - | 103,2 | 1,9 | - | - | - | - | - |
| 1998 | - | - | - | - | - | - | - | - | - | 104,1 | 0,9 | - | - | - | - | - |

- Fortsetzung der Tabelle auf der nächsten Seite -

| Jahr | Nominales VolksE. (in Mrd. DM) | Lohnquote unbereinigt (in %) | Lohnquote bereinigt (in %) | ArbeitsE. quote / KapitalE. quote (in %) | Sozialleistungsquote (in % des BIP) | Steuerquote (in % des BIP) | Lohnsteuerquote (in % des BIP) | veranlagte ESt. und KSt.-Quote (% des BIP) | Sozialversicherungsabgaben (in % des BIP) | Preisniveauinterindex (1995 = 100) | Preisänderungsrate (in %) | Reales Volkseinkommen pro Kopf (in DM) | Veränderung reales Volkseinkommen pro Kopf (%) | Reales verfügbares E. pro Kopf (in DM) | Veränderung reales Eink. pro Kopf (in %) | Reale Netto-lohn- und ge-halt-summe je Beschäftigtem |
|--------------------------|--------------------------------|------------------------------|----------------------------|--|-------------------------------------|----------------------------|--------------------------------|--|---|------------------------------------|---------------------------|--|--|--|--|--|
| Gesamtdeutschland | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 1991 | 2.282,8 | 72,3 | 72,3 | 79,8 / 20,2 | 27,0 | 23,5 | 7,5 | 2,7 | 17,2 | 87,2 | | 32.730 | | 27.194 | | 31.380 |
| 1992 | 2.430,3 | 73,6 | 73,8 | 81,2 / 18,8 | 28,4 | 23,9 | 8,0 | 2,6 | 17,6 | 91,6 | 5,0 | 32.919 | 0,6 | 27.490 | 1,1 | 32.499 |
| 1993 | 2.456,2 | 74,5 | 75,0 | 82,3 / 17,7 | 29,1 | 23,9 | 7,8 | 2,1 | 18,2 | 95,7 | 4,5 | 31.616 | -4,0 | 27.121 | -1,3 | 32.630 |
| 1994 | 2.547,9 | 73,6 | 74,3 | 81,0 / 19,0 | 29,0 | 23,9 | 7,8 | 1,5 | 18,6 | 98,3 | 2,7 | 31.834 | 0,7 | 27.011 | -0,4 | 31.872 |
| 1995 | 2.657,3 | 73,1 | 73,9 | 80,9 / 19,1 | 29,5 | 23,8 | 8,3 | 1,2 | 19,2 | 100,0 | 1,7 | 32.540 | 2,2 | 27.336 | 1,2 | 31.643 |
| 1996 | 2.701,6 | 72,8 | 73,7 | 80,0 / 20,0 | 30,5 | 22,8 | 8,6 | 1,2 | 19,7 | 101,4 | 1,4 | 32.533 | 0,0 | 27.483 | 0,5 | 31.285 |
| 1997 | 2.751,5 | 71,6 | 72,8 | 78,1 / 21,9 | | 22,4 | 8,5 | 1,2 | 19,6 | 103,3 | 1,9 | 32.462 | -0,2 | 27.463 | -0,1 | 30.460 |
| 1998 | 2.823,2 | 70,9 | 72,2 | 76,3 / 23,7 | | 22,8 | 8,4 | 1,4 | 19,2 | 104,3 | 1,0 | 32.998 | 1,7 | 27.967 | 1,8 | 30.628 |

Quelle: Hauser, R. und Becker, I.: Einkommensverteilung im Querschnitt und im Zeitverlauf 1973 bis 1998

Anhangtabelle I.2

Entwicklung von Bevölkerung, der Erwerbsbeteiligung und der Arbeitslosigkeit 1973-1998

| Jahr | Bevölkerung (in 1000) | darunter: Ausländer (in 1000) | Durchschnittliche Haushaltsgröße | Erwerbspersonen (einschl. Soldaten) in % der Wohnsitzbevölkerung | | | Teilzeitquoten | Arbeitslosenquote (in % der abh. ziv. Erw. pers.) | Langzeitarbeitslose (in % aller Arbeitslosen) |
|--------------------------|--------------------------|-------------------------------------|-------------------------------------|---|--------------|--------|----------------|--|--|
| | | | | Selbstständige | Arbeitnehmer | gesamt | | | |
| Alte Länder | | | | | | | | | |
| 1973 | 61.976 | 3.966 | 2,64 | 6,4 | 37,9 | 44,3 | 11,4 | 1,2 | 6,9 |
| 1974 | 62.054 | 4.127 | 2,60 | 6,1 | 38,1 | 44,2 | 11,4 | 2,6 | 5,0 |
| 1975 | 61.829 | 4.090 | 2,57 | 5,9 | 38,1 | 44,0 | 12,1 | 4,7 | 9,0 |
| 1976 | 61.531 | 3.948 | 2,54 | 5,6 | 38,3 | 43,9 | 12,1 | 4,6 | 15,2 |
| 1977 | 61.400 | 3.948 | 2,52 | 5,4 | 38,6 | 44,0 | 12,6 | 4,5 | 12,7 |
| 1978 | 61.326 | 3.981 | 2,50 | 5,3 | 39,1 | 44,4 | 12,3 | 4,3 | 12,8 |
| 1979 | 61.359 | 4.144 | 2,48 | 5,2 | 39,7 | 44,9 | 12,6 | 3,8 | 13,0 |
| 1980 | 61.566 | 4.453 | 2,46 | 5,1 | 40,3 | 45,4 | 11,9 | 3,8 | 11,9 |
| 1981 | 61.682 | 4.630 | 2,44 | 5,1 | 40,8 | 45,9 | 12,5 | 5,5 | 12,8 |
| 1982 | 61.638 | 4.667 | 2,41 | 5,0 | 41,3 | 46,3 | 12,5 | 7,5 | 17,8 |
| 1983 | 61.423 | 4.535 | 2,37 | 5,0 | 41,6 | 46,6 | 13,9 | 9,1 | 23,6 |
| 1984 | 61.175 | 4.364 | 2,34 | 4,9 | 41,9 | 46,8 | 13,3 | 9,1 | 27,2 |
| 1985 | 61.024 | 4.379 | 2,32 | 5,0 | 42,4 | 47,4 | 13,2 | 9,3 | 28,9 |
| 1986 | 61.066 | 4.513 | 2,30 | 5,0 | 42,8 | 47,8 | 13,4 | 9,0 | 29,4 |
| 1987 | 61.077 | 4.241 | 2,28 | 4,9 | 43,2 | 48,1 | 13,3 | 8,9 | 30,1 |
| 1988 | 61.449 | 4.489 | 2,26 | 4,9 | 43,3 | 48,2 | 13,8 | 8,7 | 30,6 |
| 1989 | 62.063 | 4.846 | 2,25 | 4,8 | 43,2 | 48,0 | 14,2 | 7,9 | 29,0 |
| 1990 | 63.253 | 5.343 | 2,24 | 4,8 | 43,2 | 48,0 | 16,3 | 7,2 | 27,2 |
| 1991 | 64.074 | 5.772 | 2,24 | 4,8 | 43,1 | 47,9 | 17,0 | 6,3 | 26,9 |
| 1992 | 64.865 | 6.313 | 2,23 | 4,7 | 43,0 | - | - | 6,6 | 26,2 |
| 1993 | 65.532 | 6.666 | 2,21 | 4,7 | 42,5 | - | - | 8,2 | 26,2 |
| 1994 | 65.858 | 6.769 | - | - | - | - | - | 9,2 | 31,2 |
| 1995 | 66.156 | 6.932 | - | - | - | - | - | 9,3 | 32,3 |
| 1996 | 66.444 | 7.063 | - | - | - | - | - | 10,1 | 32,2 |
| 1997 | 66.612 | 7.116 | - | - | - | - | - | 11,0 | 35,0 |
| 1998 | 66.668 | 7.078 | - | - | - | - | - | 10,5 | 35,5 |
| Neue Länder | | | | | | | | | |
| 1991 | 15.910 | 111 | - | - | - | 53,4 | - | 10,3 | - |
| 1992 | 15.730 | 183 | - | - | - | 50,2 | - | 14,8 | 23,2 |
| 1993 | 15.648 | 212 | - | - | - | 49,2 | - | 15,8 | 31,0 |
| 1994 | 15.564 | 222 | - | - | - | 50,1 | - | 16,0 | 31,6 |
| 1995 | 15.505 | 242 | - | - | - | 50,3 | - | 14,9 | 28,4 |
| 1996 | 15.451 | 251 | - | - | - | 50,4 | - | 16,7 | 25,3 |
| 1997 | 15.417 | 250 | - | - | - | - | - | 19,5 | 30,1 |
| 1998 | 15.346 | 241 | - | - | - | - | - | 19,5 | 30,8 |
| Gesamtdeutschland | | | | | | | | | |
| 1991 | 79.984 | 5.882 | 2,27 | 4,5 | 45,5 | 50,0 | 15,4 | 7,3 | - |
| 1992 | 80.595 | 6.496 | 2,26 | 4,5 | 44,9 | 49,4 | 15,7 | 8,5 | 25,0 |
| 1993 | 81.180 | 6.878 | 2,25 | 4,5 | 44,4 | 48,9 | 16,6 | 9,8 | 27,8 |
| 1994 | 81.422 | 6.991 | 2,23 | 4,7 | 44,1 | 48,8 | 17,1 | 10,6 | 31,3 |
| 1995 | 81.661 | 7.174 | 2,22 | 4,7 | 43,8 | 48,5 | 17,5 | 10,4 | 31,1 |
| 1996 | 81.896 | 7.314 | 2,20 | 4,7 | 43,6 | 48,3 | 17,9 | 11,5 | 30,2 |
| 1997 | 82.053 | 7.366 | 2,20 | 4,8 | 43,6 | 48,4 | 18,9 | 12,7 | 33,5 |
| 1998 | 82.029 | 7.320 | 2,19 | 4,9 | 43,4 | 48,3 | 19,6 | 12,3 | 34,0 |

Quelle: Hauser, R. und Becker, I.: Einkommensverteilung im Querschnitt und im Zeitverlauf 1973 bis 1998

Anhangtabelle I.3

Entwicklung der Verteilung der Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit für Arbeitnehmer 1973 bis 1998 nach ausgewählten Ungleichheitsmaßen - Westdeutschland -

| Verteilungsmaß | 1973 | 1978 | 1983 | 1988 | 1993 | 1998 |
|--------------------------------------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|
| Mittelwerte (in DM p.a.) | | | | | | |
| arithmetisches Mittel | 20.448 | 28.425 | 35.509 | 39.961 | 50.199 | 54.603 |
| Median | 20.093 | 27.823 | 34.000 | 38.400 | 47.774 | 52.106 |
| Relative Differenz (%) ²⁾ | -1,7 | -2,1 | -4,3 | -3,9 | -4,8 | -4,6 |
| Gini-Koeffizient | 0,2972 | 0,2985 | 0,3065 | 0,3156 | 0,3169 | 0,3197 |
| Atkinson-Maß | | | | | | |
| $\epsilon = 1$ | 0,1721 | 0,1725 | 0,1791 | 0,1898 | 0,1923 | 0,1998 |
| $\epsilon = 2$ | 0,4071 | 0,4007 | 0,4235 | 0,4386 | 0,4835 | 0,5305 |

Datenbasis: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

- 1 Überwiegende soziale Stellung: Arbeiter, Angestellter oder Beamter
- 2 Abweichung des Medians vom arithmetischen Mittel in % des arithmetischen Mittels.

Quelle: Hauser, R. und Becker, I.: Einkommensverteilung im Querschnitt und im Zeitverlauf 1973 bis 1998

Anhangtabelle I.4

Entwicklung der Verteilung der Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit auf Arbeitnehmer¹ 1993 und 1998 nach ausgewählten Ungleichheitsmaßen - West-, Ost- und Gesamtdeutschland -

| Verteilungsmaß | 1993 | | | 1998 | | |
|--------------------------------------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|
| | West | Ost | Gesamt | West | Ost | Gesamt |
| Mittelwerte (in DM p.a.) | | | | | | |
| arithmetisches Mittel | 50.199 | 32.989 | 46.789 | 54.603 | 39.933 | 51.714 |
| Median | 47.774 | 32.204 | 43.768 | 52.106 | 37.976 | 48.799 |
| Relative Differenz (%) ²⁾ | -4,8 | -2,4 | -6,5 | -4,6 | -4,9 | -5,6 |
| Gini-Koeffizient | 0,3169 | 0,2711 | 0,3233 | 0,3197 | 0,2871 | 0,3223 |
| Atkinson-Maß | | | | | | |
| $\epsilon = 1$ | 0,1923 | 0,1402 | 0,1927 | 0,1998 | 0,1563 | 0,1972 |
| $\epsilon = 2$ | 0,4835 | 0,3314 | 0,4646 | 0,5305 | 0,3864 | 0,5089 |

Datenbasis: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

- 1 Überwiegende soziale Stellung: Arbeiter, Angestellter oder Beamter
- 2 Abweichung des Medians vom arithmetischen Mittel in % des arithmetischen Mittels.

Quelle: Hauser, R. und Becker, I.: Einkommensverteilung im Querschnitt und im Zeitverlauf 1973 bis 1998

Anhangtabelle I.5

Entwicklung der Verteilung der Bruttoeinkommen aus selbstständiger Arbeit auf Bezieherhaushalte 1973 bis 1998 nach ausgewählten Ungleichheitsmaßen - Westdeutschland -

| Verteilungsmaß | 1973 | 1978 | 1983 | 1988 | 1993 | 1998 |
|-------------------------------------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|
| Mittelwerte (in DM p.a.) | | | | | | |
| arithmetisches Mittel | 34.470 | 49.568 | 43.658 | 53.188 | 65.284 | 60.061 |
| Median | 24.408 | 32.912 | 31.000 | 39.100 | 44.985 | 42.980 |
| Relative Differenz (%) ² | -29,2 | -33,6 | -29,0 | -26,5 | -31,1 | -28,4 |
| Gini-Koeffizient | 0,4632 | 0,5057 | 0,5001 | 0,4799 | 0,5034 | 0,4707 |
| Atkinson-Maß | | | | | | |
| $\epsilon = 1$ | 0,3469 | 0,4094 | 0,4117 | 0,3975 | 0,4426 | 0,3622 |
| $\epsilon = 2$ | 0,8764 | 0,9942 | 0,7828 | 0,7889 | 0,8540 | 0,7511 |

Datenbasis: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

- 1 Haushalte mit Bezug von Einkommen aus Landwirtschaft, Gewerbebetrieb und/oder freiberuflicher Tätigkeit. Die Angaben beziehen sich vereinfachend auf Haushalte mit Bezug von Selbstständigeneinkommen, nicht auf Personen als Einkommensbezieher, da diese Einkommensart erst seit 1983 personell zurechenbar ist.
- 2 Abweichung des Medians vom arithmetischen Mittel in % des arithmetischen Mittels.

Quelle: Hauser, R. und Becker, I.: Einkommensverteilung im Querschnitt und im Zeitverlauf 1973 bis 1998

Anhangtabelle I.6

Entwicklung der Verteilung der Bruttoeinkommen aus selbstständiger Arbeit auf Bezieher¹ 1993 und 1998 nach ausgewählten Ungleichheitsmaßen - West-, Ost- und Gesamtdeutschland -

| Verteilungsmaß | 1993 | | | 1998 | | |
|-------------------------------------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|
| | West | Ost | Gesamt | West | Ost | Gesamt |
| Mittelwerte (in DM p.a.) | | | | | | |
| arithmetisches Mittel | 71.456 | 38.001 | 66.866 | 62.912 | 39.715 | 59.569 |
| Median | 51.491 | 27.311 | 47.248 | 47.037 | 29.422 | 42.842 |
| Relative Differenz (%) ² | -27,9 | -28,1 | -29,3 | -25,2 | -25,9 | -28,1 |
| Gini-Koeffizient | 0,4493 | 0,4421 | 0,4596 | 0,4377 | 0,4275 | 0,4447 |
| Atkinson-Maß | | | | | | |
| $\epsilon = 1$ | 0,3139 | 0,2879 | 0,3242 | 0,2994 | 0,2829 | 0,3065 |
| $\epsilon = 2$ | 0,6335 | 0,4894 | 0,6263 | 0,5641 | 0,5049 | 0,5675 |

Datenbasis: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

- 1 Selbstständige Landwirte, Gewerbetreibende und freiberuflich Tätige (Personen). Die Angaben sind nicht mit Tabelle I.2 vergleichbar.
- 2 Abweichung des Medians vom arithmetischen Mittel in % des arithmetischen Mittels.

Quelle: Hauser, R. und Becker, I.: Einkommensverteilung im Querschnitt und im Zeitverlauf 1973 bis 1998

Anhangtabelle I.7

Entwicklung der Verteilung der Bruttoeinkommen aus Vermögen auf Bezieher von Vermögenseinkommen¹ 1973 bis 1998 nach ausgewählten Ungleichheitsmaßen - Westdeutschland -

| Verteilungsmaß | 1973 | 1978 | 1983 | 1988 | 1993 | 1998 |
|-------------------------------------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|
| Mittelwerte (in DM p.a.) | | | | | | |
| arithmetisches Mittel | 2.946 | 4.300 | 6.384 | 7.642 | 11.101 | 18.308 |
| Median | 1.672 | 2.892 | 4.500 | 6.000 | 8.482 | 15.317 |
| Relative Differenz (%) ² | -43,2 | -32,7 | -29,5 | -21,5 | -23,6 | -16,3 |
| Gini-Koeffizient | 0,5838 | 0,5575 | 0,5495 | 0,5134 | 0,5220 | 0,4003 |
| Atkinson-Maß | | | | | | |
| $\epsilon = 1$ | 0,5190 | 0,4962 | 0,4937 | 0,4700 | 0,4719 | 0,3093 |
| $\epsilon = 2$ | 0,7672 | 0,7623 | 0,7728 | 0,7828 | 0,7800 | 0,6718 |

Datenbasis: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

- 1 Einnahmen aus Zinsen, Dividenden und sonstigen Ausschüttungen sowie aus Vermietung und Verpachtung einschl. des Mietwerts selbstgenutzten Wohneigentums. Haushalte mit nur marginalen Vermögenseinkommen wurden nicht berücksichtigt, wobei als Untergrenze 0,5% des durchschnittlichen Haushaltsbruttoeinkommens herangezogen wurde.
- 2 Abweichung des Medians vom arithmetischen Mittel in % des arithmetischen Mittels.

Quelle: Hauser, R. und Becker, I.: Einkommensverteilung im Querschnitt und im Zeitverlauf 1973 bis 1998

Anhangtabelle I.8

Entwicklung der Verteilung der Bruttoeinkommen aus Vermögen auf Bezieher von Vermögenseinkommen¹ 1993 und 1998 nach ausgewählten Ungleichheitsmaßen - West-, Ost- und Gesamtdeutschland -

| Verteilungsmaß | 1993 | | | 1998 | | |
|-------------------------------------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|
| | West | Ost | Gesamt | West | Ost | Gesamt |
| Mittelwerte (in DM p.a.) | | | | | | |
| arithmetisches Mittel | 11.101 | 2.986 | 9.664 | 18.308 | 8.706 | 16.722 |
| Median | 8.482 | 1.450 | 6.666 | 15.317 | 7.717 | 14.129 |
| Relative Differenz (%) ² | -23,6 | -51,4 | -31,0 | -16,3 | -11,4 | -15,5 |
| Gini-Koeffizient | 0,5220 | 0,5573 | 0,5562 | 0,4003 | 0,4967 | 0,4270 |
| Atkinson-Maß | | | | | | |
| $\epsilon = 1$ | 0,4719 | 0,4509 | 0,5100 | 0,3093 | 0,4680 | 0,3594 |
| $\epsilon = 2$ | 0,7800 | 0,6757 | 0,7919 | 0,6718 | 0,7636 | 0,7277 |

Datenbasis: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

- 1 Einnahmen aus Zinsen, Dividenden und sonstigen Ausschüttungen sowie aus Vermietung und Verpachtung einschl. des Mietwerts selbstgenutzten Wohneigentums. Haushalte mit nur marginalen Vermögenseinkommen wurden nicht berücksichtigt, wobei als Untergrenze 0,5% des durchschnittlichen Haushaltsbruttoeinkommens herangezogen wurde.
- 2 Abweichung des Medians vom arithmetischen Mittel in % des arithmetischen Mittels.

Quelle: Hauser, R. und Becker, I.: Einkommensverteilung im Querschnitt und im Zeitverlauf 1973 bis 1998

Anhangtabelle I.9

**Entwicklung der Verteilung der Marktäquivalenzeinkommen¹ auf alle Personen
von 1973 bis 1998 nach ausgewählten Ungleichheitsmaßen
- Westdeutschland -**

| Verteilungsmaß | 1973 | 1978 | 1983 | 1988 | 1993 | 1998 |
|-------------------------------------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|
| Alte OECD-Skala | | | | | | |
| Mittelwerte (in DM p.a.) | | | | | | |
| arithmetisches Mittel | 12.233 | 16.365 | 20.976 | 23.444 | 31.718 | 34.580 |
| Median | 11.186 | 14.754 | 19.133 | 21.222 | 27.609 | 30.094 |
| Relative Differenz (%) ² | -8,6 | -9,8 | -8,8 | -9,5 | -13,0 | -13,0 |
| Gini-Koeffizient | 0,3860 | 0,4300 | 0,4301 | 0,4503 | 0,4425 | 0,4435 |
| Atkinson-Maß | | | | | | |
| $\epsilon = 1$ | 0,5319 | 0,6095 | 0,6607 | 0,7377 | 0,5843 | 0,8439 |
| $\epsilon = 2$ ³ | 1,0000 | 1,0000 | 1,0000 | 1,0000 | 1,0000 | 1,0000 |
| Neue OECD-Skala | | | | | | |
| Mittelwerte (in DM p.a.) | | | | | | |
| arithmetisches Mittel | 14.958 | 19.716 | 25.181 | 27.913 | 37.636 | 40.747 |
| Median | 14.019 | 18.293 | 23.667 | 26.217 | 33.989 | 36.886 |
| Relative Differenz (%) ² | -6,3 | -7,2 | -6,0 | -6,1 | -9,7 | -9,5 |
| Gini-Koeffizient | 0,3776 | 0,4194 | 0,4229 | 0,4437 | 0,4350 | 0,4353 |
| Atkinson-Maß | | | | | | |
| $\epsilon = 1$ | 0,5368 | 0,6145 | 0,6654 | 0,7415 | 0,5873 | 0,8457 |
| $\epsilon = 2$ ³ | 1,0000 | 1,0000 | 1,0000 | 1,0000 | 1,0000 | 1,0000 |

Datenbasis: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

- 1 Summe aller Markteinkommen im Haushalt (Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit, aus selbstständiger Tätigkeit (einschl. sonstiger Einnahmen aus selbstständiger Arbeit), aus Zinsen, Dividenden und sonstigen Ausschüttungen, aus Vermietung und Verpachtung einschl. des Mietwerts selbstgenutzten Wohneigentums.) dividiert durch die Summe der Äquivalenzgewichte der Haushaltsmitglieder Dieser Wert wird allen Haushaltsmitgliedern zugeordnet.
- 2 Abweichung des Medians vom arithmetischen Mittel in % des arithmetischen Mittels.
- 3 Die hohe Sensitivität des Atkinson-Maßes bei $\epsilon = 2$ führt bei Messung der Ungleichheit der Verteilung der Marktäquivalenzeinkommen dazu, dass in allen aufgeführten Jahren der Maximalwert erreicht wird

Quelle: Hauser, R. und Becker, I.: Einkommensverteilung im Querschnitt und im Zeitverlauf 1973 bis 1998

Anhangtabelle I.10

**Entwicklung der Verteilung der Marktäquivalenzeinkommen¹ auf alle Personen 1993 und 1998 nach ausgewählten Ungleichheitsmaßen
- West-, Ost- und Gesamtdeutschland -**

| Verteilungsmaß | 1993 | | | 1998 | | |
|-------------------------------------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|
| | West | Ost | Gesamt | West | Ost | Gesamt |
| Alte OECD-Skala | | | | | | |
| Mittelwerte (in DM p.a.) | | | | | | |
| arithmetisches Mittel | 31.718 | 18.536 | 28.733 | 34.580 | 23.133 | 32.645 |
| Median | 27.609 | 16.770 | 24.569 | 30.094 | 20.728 | 28.140 |
| Relative Differenz (%) ² | -13,0 | -9,5 | -14,5 | -13,0 | -10,4 | -13,8 |
| Gini-Koeffizient | 0,4425 | 0,4678 | 0,4631 | 0,4435 | 0,4813 | 0,4570 |
| Atkinson-Maß | | | | | | |
| $\epsilon = 1$ | 0,5843 | 0,6249 | 0,6373 | 0,8439 | 0,9295 | 0,8656 |
| $\epsilon = 2$ ³ | 1,0000 | 1,0000 | 1,0000 | 1,0000 | 1,0000 | 1,0000 |
| Neue OECD-Skala | | | | | | |
| Mittelwerte (in DM p.a.) | | | | | | |
| arithmetisches Mittel | 37.636 | 22.329 | 34.163 | 40.747 | 27.519 | 38.507 |
| Median | 33.989 | 20.609 | 30.281 | 36.886 | 25.053 | 34.424 |
| Relative Differenz (%) ² | -9,7 | -7,7 | -11,4 | -9,5 | -9,0 | -10,6 |
| Gini-Koeffizient | 0,4350 | 0,4638 | 0,4558 | 0,4353 | 0,4770 | 0,4496 |
| Atkinson-Maß | | | | | | |
| $\epsilon = 1$ | 0,5873 | 0,6113 | 0,6404 | 0,8457 | 0,9313 | 0,8674 |
| $\epsilon = 2$ ³ | 1,0000 | 1,0000 | 1,0000 | 1,0000 | 1,0000 | 1,0000 |

Datenbasis: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

- 1 Summe aller Markteinkommen im Haushalt (Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit, aus selbstständiger Tätigkeit (einschl. sonstiger Einnahmen aus selbstständiger Arbeit), aus Zinsen, Dividenden und sonstigen Ausschüttungen, aus Vermietung und Verpachtung einschl. des Mietwerts selbstgenutzten Wohneigentums.) dividiert durch die Summe der Äquivalenzgewichte der Haushaltsmitglieder Dieser Wert wird allen Haushaltsmitgliedern zugeordnet.
- 2 Abweichung des Medians vom arithmetischen Mittel in % des arithmetischen Mittels.
- 3 Die hohe Sensitivität des Atkinson-Maßes bei $\epsilon = 2$ führt bei Messung der Ungleichheit der Verteilung der Marktäquivalenzeinkommen dazu, dass in allen aufgeführten Jahren der Maximalwert erreicht wird

Quelle: Hauser, R. und Becker, I.: Einkommensverteilung im Querschnitt und im Zeitverlauf 1973 bis 1998

Anhangtabelle I.11

**Entwicklung der Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen von 1973 bis 1998
nach ausgewählten Ungleichheitsmaßen und Dezilen
- Westdeutschland -**

| Verteilungsmaß | 1973 | 1978 | 1983 | 1988 | 1993 | 1998 |
|-------------------------------------|---|--------|--------|--------|--------|--------|
| Alte OECD-Skala | | | | | | |
| Mittelwerte (in DM pro Monat) | | | | | | |
| arithmetisches Mittel | 981 | 1.362 | 1.756 | 2.000 | 2.648 | 2.924 |
| Median | 864 | 1.201 | 1.569 | 1.789 | 2.328 | 2.579 |
| Relative Differenz (%) ¹ | -11,9 | -11,8 | -10,7 | -10,6 | -12,1 | -11,8 |
| Gini-Koeffizient | 0,2481 | 0,2473 | 0,2502 | 0,2527 | 0,2670 | 0,2696 |
| Atkinson-Maß | | | | | | |
| $\epsilon = 1$ | 0,0949 | 0,0947 | 0,0980 | 0,1007 | 0,1103 | 0,1134 |
| $\epsilon = 2$ | 0,1704 | 0,1714 | 0,1842 | 0,1942 | 0,2062 | 0,2134 |
| Dezile | Dezilsanteile (% des Gesamtnettoäquivalenzeinkommens) | | | | | |
| 1. Dezil | 4,6 | 4,6 | 4,3 | 4,2 | 4,0 | 4,0 |
| 2. Dezil | 5,9 | 5,9 | 5,8 | 5,8 | 5,5 | 5,5 |
| 3. Dezil | 6,7 | 6,7 | 6,7 | 6,8 | 6,5 | 6,5 |
| 4. Dezil | 7,5 | 7,5 | 7,6 | 7,6 | 7,4 | 7,4 |
| 5. Dezil | 8,4 | 8,4 | 8,5 | 8,5 | 8,3 | 8,3 |
| 6. Dezil | 9,3 | 9,3 | 9,4 | 9,4 | 9,3 | 9,3 |
| 7. Dezil | 10,3 | 10,4 | 10,5 | 10,5 | 10,5 | 10,5 |
| 8. Dezil | 11,8 | 11,8 | 11,9 | 11,9 | 12,0 | 12,0 |
| 9. Dezil | 14,0 | 13,9 | 14,0 | 14,1 | 14,4 | 14,3 |
| 10. Dezil | 21,5 | 21,3 | 21,2 | 21,3 | 22,0 | 22,2 |
| Perzentilsverhältnisse | | | | | | |
| 90/10 | 2,88 | 2,87 | 2,96 | 3,04 | 3,26 | 3,29 |
| 90/50 | 1,77 | 1,77 | 1,75 | 1,76 | 1,85 | 1,83 |
| 50/10 | 1,63 | 1,63 | 1,69 | 1,73 | 1,76 | 1,80 |
| Neue OECD-Skala | | | | | | |
| Mittelwerte (in DM pro Monat) | | | | | | |
| arithmetisches Mittel | 1183 | 1616 | 2080 | 2351 | 3113 | 3414 |
| Median | 1054 | 1443 | 1878 | 2120 | 2752 | 3037 |
| Relative Differenz (%) ¹ | -10,9 | -10,7 | -9,7 | -9,8 | -11,6 | -11,0 |
| Gini-Koeffizient | 0,2417 | 0,2418 | 0,2464 | 0,2499 | 0,2623 | 0,2640 |
| Atkinson-Maß | | | | | | |
| $\epsilon = 1$ | 0,0914 | 0,0918 | 0,0963 | 0,0993 | 0,1071 | 0,1098 |
| $\epsilon = 2$ | 0,1666 | 0,1683 | 0,1849 | 0,1995 | 0,2020 | 0,2101 |
| Dezile | Dezilsanteile (% des Gesamtnettoäquivalenzeinkommens) | | | | | |
| 1. Dezil | 4,6 | 4,6 | 4,2 | 4,1 | 4,0 | 3,9 |
| 2. Dezil | 6,0 | 6,0 | 5,9 | 5,8 | 5,6 | 5,6 |
| 3. Dezil | 6,9 | 6,9 | 6,8 | 6,8 | 6,6 | 6,6 |
| 4. Dezil | 7,7 | 7,7 | 7,7 | 7,7 | 7,5 | 7,5 |
| 5. Dezil | 8,5 | 8,5 | 8,6 | 8,6 | 8,4 | 8,4 |
| 6. Dezil | 9,4 | 9,4 | 9,5 | 9,5 | 9,4 | 9,4 |
| 7. Dezil | 10,4 | 10,5 | 10,6 | 10,6 | 10,5 | 10,6 |
| 8. Dezil | 11,7 | 11,8 | 11,9 | 11,9 | 12,0 | 12,0 |
| 9. Dezil | 13,8 | 13,8 | 14,0 | 14,1 | 14,3 | 14,3 |
| 10. Dezil | 21,1 | 21,0 | 20,9 | 21,0 | 21,7 | 21,7 |
| Perzentilsverhältnisse | | | | | | |
| 90/10 | 2,78 | 2,79 | 2,93 | 3,04 | 3,18 | 3,26 |
| 90/50 | 1,72 | 1,72 | 1,71 | 1,74 | 1,82 | 1,80 |
| 50/10 | 1,62 | 1,62 | 1,71 | 1,74 | 1,75 | 1,81 |

Datenbasis: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

1 Abweichung des Medians vom arithmetischen Mittel in % des arithmetischen Mittels.

Quelle: Hauser, R. und Becker, I.: Einkommensverteilung im Querschnitt und im Zeitverlauf 1973 bis 1998

Anhangtabelle I.12

**Entwicklung der Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen 1993 und 1998
nach ausgewählten Ungleichheitsmaßen und Dezilen
- West-, Ost- und Gesamtdeutschland -**

| Verteilungsmaß | 1993 | | | 1998 | | |
|-------------------------------------|---|--------|--------|--------|--------|--------|
| | West | Ost | Gesamt | West | Ost | Gesamt |
| Alte OECD-Skala | | | | | | |
| Mittelwerte (in DM pro Monat) | | | | | | |
| Arithmetisches Mittel | 2.648 | 1.783 | 2.477 | 2.924 | 2.212 | 2.787 |
| Median | 2.328 | 1.662 | 2.148 | 2.579 | 2.041 | 2.440 |
| Relative Differenz (%) ¹ | -12,1 | -6,8 | -13,3 | -11,8 | -7,7 | -12,5 |
| Gini-Koeffizient | 0,2670 | 0,1994 | 0,2699 | 0,2696 | 0,2170 | 0,2678 |
| Atkinson-Maß | | | | | | |
| $\epsilon = 1$ | 0,1103 | 0,0634 | 0,1114 | 0,1134 | 0,0751 | 0,1112 |
| $\epsilon = 2$ | 0,2062 | 0,1173 | 0,2042 | 0,2134 | 0,1383 | 0,2063 |
| Dezile | Dezilsanteile (% des Gesamtnettoäquivalenzeinkommens) | | | | | |
| 1. Dezil | 4,0 | 5,3 | 4,1 | 4,0 | 4,9 | 4,1 |
| 2. Dezil | 5,5 | 6,6 | 5,5 | 5,5 | 6,3 | 5,5 |
| 3. Dezil | 6,5 | 7,4 | 6,5 | 6,5 | 7,2 | 6,5 |
| 4. Dezil | 7,4 | 8,2 | 7,3 | 7,4 | 8,0 | 7,4 |
| 5. Dezil | 8,3 | 9,0 | 8,2 | 8,3 | 8,8 | 8,3 |
| 6. Dezil | 9,3 | 9,7 | 9,2 | 9,3 | 9,6 | 9,3 |
| 7. Dezil | 10,5 | 10,5 | 10,4 | 10,5 | 10,5 | 10,4 |
| 8. Dezil | 12,0 | 11,5 | 12,0 | 12,0 | 11,7 | 11,9 |
| 9. Dezil | 14,4 | 13,2 | 14,4 | 14,3 | 13,3 | 14,3 |
| 10. Dezil | 22,0 | 18,8 | 22,4 | 22,2 | 19,7 | 22,3 |
| Perzentilsverhältnisse | | | | | | |
| 90/10 | 3,26 | 2,35 | 3,27 | 3,29 | 2,53 | 3,23 |
| 90/50 | 1,85 | 1,54 | 1,89 | 1,83 | 1,58 | 1,84 |
| 50/10 | 1,76 | 1,53 | 1,73 | 1,80 | 1,60 | 1,75 |
| Neue OECD-Skala | | | | | | |
| Mittelwerte (in DM pro Monat) | | | | | | |
| Arithmetisches Mittel | 3.113 | 2.113 | 2.915 | 3.414 | 2.589 | 3.255 |
| Median | 2.752 | 1.963 | 2.545 | 3.037 | 2.391 | 2.878 |
| Relative Differenz (%) ¹ | -11,60 | -7,10 | -12,69 | -11,04 | -7,65 | -11,58 |
| Gini-Koeffizient | 0,2623 | 0,1988 | 0,2655 | 0,2640 | 0,2162 | 0,2631 |
| Atkinson-Maß | | | | | | |
| $\epsilon = 1$ | 0,1071 | 0,0630 | 0,1084 | 0,1098 | 0,0748 | 0,1082 |
| $\epsilon = 2$ | 0,2020 | 0,1173 | 0,2003 | 0,2101 | 0,1393 | 0,2038 |
| Dezile | Dezilsanteile (% des Gesamtnettoäquivalenzeinkommens) | | | | | |
| 1. Dezil | 4,0 | 5,2 | 4,1 | 3,9 | 4,9 | 4,0 |
| 2. Dezil | 5,6 | 6,6 | 5,6 | 5,6 | 6,3 | 5,6 |
| 3. Dezil | 6,6 | 7,4 | 6,5 | 6,6 | 7,2 | 6,6 |
| 4. Dezil | 7,5 | 8,2 | 7,4 | 7,5 | 8,0 | 7,5 |
| 5. Dezil | 8,4 | 8,9 | 8,3 | 8,4 | 8,8 | 8,4 |
| 6. Dezil | 9,4 | 9,7 | 9,2 | 9,4 | 9,7 | 9,3 |
| 7. Dezil | 10,5 | 10,6 | 10,4 | 10,6 | 10,5 | 10,5 |
| 8. Dezil | 12,0 | 11,6 | 12,0 | 12,0 | 11,7 | 12,0 |
| 9. Dezil | 14,3 | 13,1 | 14,4 | 14,3 | 13,4 | 14,3 |
| 10. Dezil | 21,7 | 18,7 | 22,0 | 21,7 | 19,5 | 21,8 |
| Perzentilsverhältnisse | | | | | | |
| 90/10 | 3,18 | 2,35 | 3,21 | 3,26 | 2,55 | 3,23 |
| 90/50 | 1,82 | 1,55 | 1,85 | 1,80 | 1,59 | 1,81 |
| 50/10 | 1,75 | 1,52 | 1,73 | 1,81 | 1,61 | 1,78 |

Datenbasis: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

1 Abweichung des Medians vom arithmetischen Mittel in % des arithmetischen Mittels.

Quelle: Hauser, R. und Becker, I.: Einkommensverteilung im Querschnitt und im Zeitverlauf 1973 bis 1998

Anhangtabelle I.13

**Gruppenspezifische Armutsquoten nach dem eigenen Alter
für alternative Armutsgrenzen 1973 bis 1998 (Alte OECD-Skala)
- Westdeutschland-**

| | 1973 | 1978 | 1983 | 1988 | 1993 | 1998 |
|---------------|--------------------------------|-------|-------|-------|------|------|
| | bis 6 Jahre | | | | | |
| 50 % / Mittel | 8,0 | 7,6 | 11,5 | 14,1 | 17,0 | 15,9 |
| 50 % / Median | 3,4 | 3,4 | 6,6 | 8,9 | 10,0 | 9,6 |
| 60 % / Mittel | 22,0 | 20,6 | 25,7 | 28,0 | 32,0 | 31,6 |
| 60 % / Median | 11,3 | 10,7 | 16,2 | 18,4 | 21,1 | 19,8 |
| | 7 bis ca. 13 Jahre | | | | | |
| 50 % / Mittel | 7,6 | 7,2 | 9,9 | 12,7 | 14,8 | 15,3 |
| 50 % / Median | 3,2 | 3,2 | 5,4 | 7,5 | 8,7 | 8,5 |
| 60 % / Mittel | 20,1 | 19,4 | 22,2 | 23,7 | 28,0 | 28,6 |
| 60 % / Median | 10,5 | 10,2 | 13,4 | 16,0 | 18,4 | 18,3 |
| | ca. 14 bis ca. 17 Jahre | | | | | |
| 50 % / Mittel | 4,2 | 8,8 | 7,3 | 9,9 | 14,3 | 14,9 |
| 50 % / Median | (1,8) | 4,1 | 4,3 | 6,8 | 9,4 | 9,3 |
| 60 % / Mittel | 12,8 | 21,8 | 17,2 | 18,3 | 24,7 | 25,4 |
| 60 % / Median | 6,2 | 12,2 | 10,2 | 12,6 | 17,0 | 16,7 |
| | ca. 18 bis 24 Jahre | | | | | |
| 50 % / Mittel | 4,6 | 5,2 | 12,0 | 10,7 | 11,2 | 13,3 |
| 50 % / Median | (2,2) | (2,6) | (7,6) | (6,4) | 7,2 | 8,2 |
| 60 % / Mittel | 11,5 | 12,5 | 21,2 | 19,3 | 19,6 | 21,6 |
| 60 % / Median | 6,3 | 6,9 | 15,6 | 13,5 | 13,3 | 15,7 |
| | 25 bis 54 Jahre | | | | | |
| 50 % / Mittel | 4,0 | 4,6 | 5,8 | 7,6 | 9,0 | 9,6 |
| 50 % / Median | 1,7 | 2,0 | 3,4 | 4,9 | 5,6 | 5,9 |
| 60 % / Mittel | 11,8 | 12,5 | 13,2 | 14,5 | 17,1 | 18,1 |
| 60 % / Median | 5,8 | 6,5 | 8,1 | 9,7 | 11,1 | 11,7 |
| | 55 bis 64 Jahre | | | | | |
| 50 % / Mittel | 6,2 | 4,4 | 4,9 | 5,7 | 6,4 | 7,5 |
| 50 % / Median | 3,1 | 2,1 | 3,0 | (3,0) | 3,6 | 4,1 |
| 60 % / Mittel | 13,2 | 10,3 | 11,6 | 12,2 | 13,8 | 12,8 |
| 60 % / Median | 8,3 | 5,9 | 6,8 | 7,7 | 7,6 | 8,8 |
| | 65 u.m. Jahre | | | | | |
| 50 % / Mittel | 13,3 | 10,7 | 11,9 | 9,2 | 8,5 | 10,9 |
| 50 % / Median | 7,3 | 6,0 | 7,3 | 4,9 | 4,8 | 6,6 |
| 60 % / Mittel | 24,7 | 21,7 | 23,8 | 19,3 | 19,2 | 20,3 |
| 60 % / Median | 16,2 | 13,4 | 15,9 | 12,4 | 11,1 | 13,3 |
| | Alle | | | | | |
| 50 % / Mittel | 6,5 | 6,5 | 7,7 | 8,8 | 10,1 | 10,9 |
| 50 % / Median | 3,1 | 3,2 | 4,6 | 5,4 | 6,1 | 6,6 |
| 60 % / Mittel | 16,0 | 16,0 | 16,9 | 17,1 | 19,6 | 20,0 |
| 60 % / Median | 8,8 | 8,9 | 10,6 | 11,4 | 12,5 | 13,1 |

Datenbasis: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Anm.: „Mittel“ bezeichnet das arithmetische Mittel. Die Altersgruppenabgrenzungen unter 25 Jahren können in den Datensätzen bis einschließlich 1988 nur ungefähr eingehalten werden, da das ältere anonymisierte Datenmaterial nicht die genauen Geburtsjahrgänge, sondern nur Angaben zu Jahrganggruppen enthält; dies kann auch die Ursache für die teilweise etwas un stetigen Änderungen über die Zeit bei diesen jungen Gruppen sein. Bei einer Fallzahl in der Stichprobe von weniger als 30 wurden keine Ergebnisse ausgewiesen (*), bei einer Fallzahl von 30 bis unter 100 wurden die Ergebnisse in Klammern ausgewiesen.

Quelle: Hauser, R. und Becker, I.: Einkommensverteilung im Querschnitt und im Zeitverlauf 1973 bis 1998

Anhangtabelle I.14

**Gruppenspezifische Armutsquoten nach dem eigenen Alter
für alternative Armutsgrenzen 1973 bis 1998 (Neue OECD-Skala)
- Westdeutschland-**

| | 1973 | 1978 | 1983 | 1988 | 1993 | 1998 |
|--------------------------------|-------|-------|-------|-------|-------|------|
| bis 6 Jahre | | | | | | |
| 50 % / Mittel | 4,8 | 4,3 | 8,1 | 10,0 | 11,4 | 10,8 |
| 50 % / Median | 2,0 | (2,0) | 5,4 | 7,5 | 7,1 | 6,9 |
| 60 % / Mittel | 15,7 | 14,2 | 18,7 | 20,3 | 24,4 | 23,1 |
| 60 % / Median | 7,7 | 6,9 | 11,6 | 13,3 | 14,6 | 14,2 |
| 7 bis ca. 13 Jahre | | | | | | |
| 50 % / Mittel | 4,2 | 4,1 | 6,7 | 8,8 | 9,6 | 9,9 |
| 50 % / Median | 1,9 | (2,0) | (4,2) | (5,6) | 5,6 | 5,5 |
| 60 % / Mittel | 13,5 | 13,1 | 15,1 | 17,0 | 20,8 | 21,0 |
| 60 % / Median | 6,7 | 6,5 | 9,6 | 12,4 | 12,7 | 13,1 |
| ca. 14 bis ca. 17 Jahre | | | | | | |
| 50 % / Mittel | (3,0) | 6,1 | 6,2 | 8,6 | 11,2 | 11,6 |
| 50 % / Median | * | 3,1 | 4,0 | 6,4 | (7,5) | 7,5 |
| 60 % / Mittel | 9,9 | 16,9 | 12,9 | 15,5 | 20,5 | 19,8 |
| 60 % / Median | 4,7 | 9,3 | 8,3 | 11,3 | 13,8 | 14,2 |
| ca. 18 bis 24 Jahre | | | | | | |
| 50 % / Mittel | 5,2 | 5,8 | 14,0 | 12,2 | 11,5 | 13,9 |
| 50 % / Median | (3,0) | (3,6) | 10,7 | (9,5) | 8,2 | 9,5 |
| 60 % / Mittel | 11,3 | 11,7 | 22,5 | 20,5 | 19,2 | 21,7 |
| 60 % / Median | 7,0 | 7,3 | 17,0 | 14,9 | 13,8 | 16,6 |
| 25 bis 54 Jahre | | | | | | |
| 50 % / Mittel | 3,0 | 3,5 | 5,3 | 7,1 | 8,3 | 9,1 |
| 50 % / Median | 1,3 | 1,8 | 3,5 | 5,3 | 5,5 | 6,0 |
| 60 % / Mittel | 9,2 | 9,9 | 10,9 | 12,6 | 15,2 | 16,6 |
| 60 % / Median | 4,5 | 5,3 | 7,2 | 9,1 | 10,1 | 11,2 |
| 55 bis 64 Jahre | | | | | | |
| 50 % / Mittel | 9,0 | 5,7 | 6,7 | 7,4 | 7,4 | 8,9 |
| 50 % / Median | 5,2 | 3,4 | 4,1 | 4,5 | 4,9 | 5,8 |
| 60 % / Mittel | 17,1 | 12,4 | 14,0 | 14,3 | 15,4 | 14,5 |
| 60 % / Median | 11,9 | 8,0 | 9,5 | 9,9 | 9,8 | 10,6 |
| 65 u.m. Jahre | | | | | | |
| 50 % / Mittel | 19,2 | 15,9 | 18,0 | 13,6 | 13,5 | 14,8 |
| 50 % / Median | 12,9 | 10,2 | 12,4 | 8,7 | 7,8 | 10,4 |
| 60 % / Mittel | 33,0 | 28,5 | 31,3 | 26,0 | 25,3 | 24,8 |
| 60 % / Median | 23,6 | 20,4 | 23,2 | 18,8 | 16,2 | 18,0 |
| Alle | | | | | | |
| 50 % / Mittel | 6,3 | 6,4 | 8,2 | 8,9 | 9,7 | 10,6 |
| 50 % / Median | 3,6 | 3,7 | 5,5 | 6,2 | 6,2 | 7,1 |
| 60 % / Mittel | 14,8 | 14,8 | 16,0 | 16,5 | 18,6 | 18,9 |
| 60 % / Median | 8,7 | 9,0 | 11,0 | 11,8 | 12,0 | 13,1 |

Datenbasis: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Anm.: „Mittel“ bezeichnet das arithmetische Mittel. Die Altersgruppenabgrenzungen unter 25 Jahren können in den Datensätzen bis einschließlich 1988 nur ungefähr eingehalten werden, da das ältere anonymisierte Datenmaterial nicht die genauen Geburtsjahrgänge, sondern nur Angaben zu Jahrganggruppen enthält; dies kann auch die Ursache für die teilweise etwas un stetigen Änderungen über die Zeit bei diesen jungen Gruppen sein. Bei einer Fallzahl in der Stichprobe von weniger als 30 wurden keine Ergebnisse ausgewiesen (*), bei einer Fallzahl von 30 bis unter 100 wurden die Ergebnisse in Klammern ausgewiesen.

Quelle: Hauser, R. und Becker, I.: Einkommensverteilung im Querschnitt und im Zeitverlauf 1973 bis 1998

Anhangtabelle I.15

**Gruppenspezifische Armutsquoten nach dem eigenen Alter
für alternative Armutsgrenzen 1993 und 1998 (Alte OECD-Skala)
- West-, Ost- und Gesamtdeutschland -**

| | Jeweilige Mittelwerte | | | | Gesamtdeutsche Mittelwerte | | | | | |
|---------------|--------------------------------|-------|------|-------|----------------------------|------|-------|--------|------|-------|
| | 1993 | | 1998 | | 1993 | | | 1998 | | |
| | West | Ost | West | Ost | Gesamt | West | Ost | Gesamt | West | Ost |
| | bis 6 Jahre | | | | | | | | | |
| 50 % / Mittel | 17,0 | (6,6) | 15,9 | (6,5) | 16,2 | 13,0 | 31,7 | 14,5 | 13,0 | 28,2 |
| 50 % / Median | 10,0 | (3,6) | 9,6 | (4,1) | 8,8 | 7,0 | 17,4 | 8,3 | 7,6 | 14,8 |
| 60 % / Mittel | 32,0 | 17,1 | 31,6 | 21,5 | 31,2 | 26,3 | 54,5 | 29,5 | 27,0 | 51,9 |
| 60 % / Median | 21, | 11,1 | 19,8 | 14,5 | 18,7 | 15,2 | 35,6 | 17,7 | 15,9 | 34,0 |
| | 7 bis ca. 13 Jahre | | | | | | | | | |
| 50 % / Mittel | 14,8 | (5,1) | 15,3 | 6,1 | 14,5 | 11,4 | 24,8 | 13,8 | 11,9 | 21,1 |
| 50 % / Median | 8,7 | (2,6) | 8,5 | (3,5) | 7,5 | 5,8 | 13,2 | 7,7 | 6,7 | 11,4 |
| 60 % / Mittel | 28,0 | 13,2 | 28,6 | 17,0 | 28,3 | 22,8 | 46,0 | 27,2 | 24,1 | 39,1 |
| 60 % / Median | 18,4 | 8,9 | 18,3 | 11,5 | 17,2 | 13,5 | 29,2 | 17,5 | 15,4 | 25,5 |
| | ca. 14 bis ca. 17 Jahre | | | | | | | | | |
| 50 % / Mittel | 14,3 | (4,1) | 14,9 | (7,3) | 14,7 | 11,4 | 24,1 | 15,5 | 12,5 | 23,8 |
| 50 % / Median | 9,4 | * | 9,3 | (4,9) | 8,7 | 6,9 | 14,0 | 9,0 | 7,8 | 12,4 |
| 60 % / Mittel | 24,7 | 13,8 | 25,4 | 19,3 | 26,9 | 20,5 | 45,2 | 27,2 | 22,0 | 41,7 |
| 60 % / Median | 17,0 | (7,9) | 16,7 | 12,5 | 17,2 | 13,2 | 28,3 | 18,6 | 15,0 | 28,3 |
| | ca. 18 bis 24 Jahre | | | | | | | | | |
| 50 % / Mittel | 11,2 | (6,0) | 13,3 | (6,5) | 13,3 | 9,0 | 27,5 | 12,8 | 11,2 | 17,9 |
| 50 % / Median | 7,2 | (3,6) | 8,2 | (5,4) | 7,9 | 5,8 | 15,3 | 7,4 | 6,7 | 9,6 |
| 60 % / Mittel | 19,6 | 15,3 | 21,6 | 14,2 | 22,1 | 15,6 | 44,0 | 22,3 | 19,2 | 32,2 |
| 60 % / Median | 13,3 | (9,9) | 15,7 | 10,2 | 14,8 | 10,3 | 30,3 | 15,4 | 13,3 | 21,8 |
| | 25 bis 54 Jahre | | | | | | | | | |
| 50 % / Mittel | 9,0 | 2,6 | 9,6 | 4,0 | 8,9 | 7,1 | 16,5 | 9,3 | 8,1 | 14,6 |
| 50 % / Median | 5,6 | (1,4) | 5,9 | 2,6 | 4,9 | 4,0 | 8,2 | 5,2 | 4,8 | 7,1 |
| 60 % / Mittel | 17,1 | 8,1 | 18,1 | 11,5 | 17,7 | 13,8 | 33,7 | 17,9 | 15,5 | 28,5 |
| 60 % / Median | 11,1 | 5,0 | 11,7 | 7,4 | 10,5 | 8,2 | 20,0 | 11,2 | 9,6 | 17,9 |
| | 55 bis 64 Jahre | | | | | | | | | |
| 50 % / Mittel | 6,4 | * | 7,5 | (2,1) | 5,9 | 4,8 | 10,5 | 6,6 | 5,9 | 9,1 |
| 50 % / Median | 3,6 | * | 4,1 | * | 2,8 | 2,5 | (4,3) | 3,5 | 3,3 | (4,4) |
| 60 % / Mittel | 13,8 | (4,3) | 12,8 | 7,5 | 13,0 | 10,7 | 23,0 | 13,5 | 11,3 | 22,2 |
| 60 % / Median | 7,6 | (3,0) | 8,8 | (4,5) | 6,9 | 5,6 | 12,6 | 8,5 | 7,4 | 12,9 |
| | 65 u.m. Jahre | | | | | | | | | |
| 50 % / Mittel | 8,5 | * | 10,9 | * | 8,0 | 6,3 | 16,7 | 9,1 | 8,8 | 10,8 |
| 50 % / Median | 4,8 | * | 6,6 | * | 3,0 | 2,5 | (5,1) | 5,1 | 5,0 | (5,6) |
| 60 % / Mittel | 19,2 | (5,1) | 20,3 | (8,4) | 18,6 | 14,4 | 39,3 | 18,3 | 17,2 | 22,9 |
| 60 % / Median | 11,1 | * | 13,3 | (5,7) | 9,7 | 7,5 | 20,4 | 11,6 | 10,9 | 14,4 |
| | Alle | | | | | | | | | |
| 50 % / Mittel | 10,1 | 3,1 | 10,9 | 4,4 | 10,0 | 7,8 | 19,0 | 10,1 | 9,0 | 15,0 |
| 50 % / Median | 6,1 | (1,7) | 6,6 | 2,8 | 5,2 | 4,2 | 9,4 | 5,7 | 5,3 | 7,7 |
| 60 % Mittel | 19,6 | 9,3 | 20,0 | 11,9 | 19,9 | 15,6 | 37,3 | 19,6 | 17,2 | 29,6 |
| 60 % / Median | 12,5 | 5,8 | 13,1 | 7,9 | 11,7 | 9,1 | 22,5 | 12,4 | 10,9 | 18,8 |

Datenbasis: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Anm.: „Mittel“ bezeichnet das arithmetische Mittel. Bei einer Fallzahl in der Stichprobe von weniger als 30 wurden keine Ergebnisse ausgewiesen (*), bei einer Fallzahl von 30 bis unter 100 wurden die Ergebnisse in Klammern ausgewiesen.

Quelle: Hauser, R. und Becker, I.: Einkommensverteilung im Querschnitt und im Zeitverlauf 1973 bis 1998

Anhangtabelle I.16

**Gruppenspezifische Armutsquoten nach dem eigenen Alter
für alternative Armutsgrenzen 1993 und 1998 (Neue OECD-Skala)
- West-, Ost- und Gesamtdeutschland -**

| | Jeweilige Mittelwerte | | | | Gesamtdeutsche Mittelwerte | | | | | |
|---------------|--------------------------------|--------|------|-------|----------------------------|-------|-------|--------|------|-------|
| | 1993 | | 1998 | | 1993 | | | 1998 | | |
| | West | Ost | West | Ost | Gesamt | West | Ost | Gesamt | West | Ost |
| | bis 6 Jahre | | | | | | | | | |
| 50 % / Mittel | 11,4 | (3,5) | 10,8 | * | 11,2 | 8,9 | 22,2 | 10,3 | 9,2 | 19,8 |
| 50 % / Median | 7,1 | * | 6,9 | * | 6,2 | 5,1 | 11,2 | 6,0 | 5,7 | (9,2) |
| 60 % / Mittel | 24,4 | 11,2 | 23,1 | 15,7 | 23,0 | 18,7 | 43,2 | 21,1 | 18,9 | 40,6 |
| 60 % / Median | 14,6 | (7,9) | 14,2 | (8,8) | 13,6 | 10,8 | 26,7 | 12,7 | 11,4 | 24,4 |
| | 7 bis ca. 13 Jahre | | | | | | | | | |
| 50 % / Mittel | 9,6 | (2,3) | 9,9 | (3,9) | 9,5 | 7,2 | 17,1 | 9,5 | 8,1 | 14,7 |
| 50 % / Median | 5,6 | * | 5,5 | (2,3) | 5,0 | 4,0 | 8,5 | 5,2 | 4,5 | 7,6 |
| 60 % / Mittel | 20,8 | 8,4 | 21,0 | 11,0 | 20,5 | 15,8 | 35,8 | 20,4 | 17,8 | 30,2 |
| 60 % / Median | 12,7 | (5,6) | 13,1 | 7,5 | 11,8 | 9,0 | 20,9 | 12,5 | 10,6 | 19,5 |
| | ca. 14 bis ca. 17 Jahre | | | | | | | | | |
| 50 % / Mittel | 11,2 | * | 11,6 | (5,0) | 11,5 | 8,9 | 19,1 | 12,4 | 10,0 | 19,0 |
| 50 % / Median | (7,5) | * | 7,5 | * | 6,8 | (6,0) | (8,9) | 6,8 | 5,7 | 10,0 |
| 60 % / Mittel | 20,5 | (8,7) | 19,8 | 15,6 | 22,2 | 16,7 | 37,9 | 21,8 | 16,8 | 35,4 |
| 60 % / Median | 13,8 | (5,7) | 14,2 | 9,7 | 13,6 | 10,5 | 22,5 | 15,0 | 12,0 | 23,5 |
| | ca. 18 bis 24 Jahre | | | | | | | | | |
| 50 % / Mittel | 11,5 | (6,9) | 13,9 | (7,7) | 13,4 | 9,4 | 26,9 | 13,3 | 11,9 | 17,5 |
| 50 % / Median | 8,2 | (5,9) | 9,5 | (5,7) | 9,3 | 6,9 | 17,5 | 8,5 | 7,6 | 11,1 |
| 60 % / Mittel | 19,2 | 17,3 | 21,7 | 14,8 | 22,0 | 15,6 | 43,7 | 22,5 | 19,6 | 31,6 |
| 60 % / Median | 13,8 | (10,9) | 16,6 | 11,3 | 15,8 | 10,9 | 32,4 | 16,4 | 14,5 | 22,1 |
| | 25 bis 54 Jahre | | | | | | | | | |
| 50 % / Mittel | 8,3 | 2,4 | 9,1 | 3,9 | 8,2 | 6,6 | 14,6 | 8,8 | 7,8 | 13,2 |
| 50 % / Median | 5,5 | (1,4) | 6,0 | 2,6 | 4,9 | 4,3 | 7,5 | 5,4 | 5,0 | 7,0 |
| 60 % / Mittel | 15,2 | 7,4 | 16,6 | 10,6 | 15,9 | 12,3 | 30,5 | 16,5 | 14,1 | 26,9 |
| 60 % / Median | 10,1 | 5,0 | 11,2 | 7,0 | 9,9 | 7,8 | 18,1 | 10,8 | 9,4 | 17,0 |
| | 55 bis 64 Jahre | | | | | | | | | |
| 50 % / Mittel | 7,4 | (2,3) | 8,9 | (4,2) | 7,4 | 6,0 | 13,6 | 8,8 | 7,7 | 12,8 |
| 50 % / Median | 4,9 | * | 5,8 | (1,5) | 4,0 | 3,5 | 6,4 | 5,0 | 4,2 | 7,8 |
| 60 % / Mittel | 15,4 | 6,2 | 14,5 | 10,0 | 15,6 | 12,5 | 29,2 | 15,3 | 12,8 | 25,0 |
| 60 % / Median | 9,8 | (4,3) | 10,6 | 7,6 | 8,7 | 7,0 | 16,3 | 10,6 | 9,1 | 16,0 |
| | 65 u.m. Jahre | | | | | | | | | |
| 50 % / Mittel | 13,5 | * | 14,8 | (6,3) | 12,6 | 10,1 | 25,1 | 13,3 | 12,7 | 16,0 |
| 50 % / Median | 7,8 | * | 10,4 | * | 7,0 | 5,7 | 13,1 | 8,4 | 7,9 | 10,8 |
| 60 % / Mittel | 25,3 | 12,5 | 24,8 | 13,8 | 25,7 | 20,1 | 53,1 | 23,4 | 21,8 | 31,0 |
| 60 % / Median | 16,2 | (8,1) | 18,0 | 10,6 | 15,8 | 12,5 | 32,2 | 16,3 | 15,4 | 20,2 |
| | Alle | | | | | | | | | |
| 50 % / Mittel | 9,7 | 2,9 | 10,6 | 4,8 | 9,6 | 7,6 | 17,9 | 10,2 | 9,1 | 14,7 |
| 50 % / Median | 6,2 | (1,8) | 7,1 | 2,9 | 5,6 | 4,7 | 9,3 | 6,2 | 5,6 | 8,5 |
| 60 % Mittel | 18,6 | 9,1 | 18,9 | 11,9 | 19,0 | 14,8 | 36,2 | 18,7 | 16,3 | 28,9 |
| 60 % / Median | 12,0 | 6,1 | 13,1 | 8,4 | 11,7 | 9,1 | 22,0 | 12,5 | 11,0 | 18,7 |

Datenbasis: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Anm.: „Mittel“ bezeichnet das arithmetische Mittel. Bei einer Fallzahl in der Stichprobe von weniger als 30 wurden keine Ergebnisse ausgewiesen (*), bei einer Fallzahl von 30 bis unter 100 wurden die Ergebnisse in Klammern ausgewiesen.

Quelle: Hauser, R. und Becker, I.: Einkommensverteilung im Querschnitt und im Zeitverlauf 1973 bis 1998

Anhangtabelle I.17

**Gruppenspezifische Armutsquoten nach Alter und Geschlecht der Bezugsperson
für alternative Armutsgrenzen 1973 bis 1998 (Alte OECD-Skala)
- Westdeutschland-**

| | | 1973 | 1978 | 1983 | 1988 | 1993 | 1998 |
|---|---------------|--------|--------|------------------------|--------|--------|--------|
| | | | | bis 24 Jahre | | | |
| m | 50 % / Mittel | (9,7) | (9,9) | 25,1 | (27,0) | (31,0) | (26,0) |
| | 50 % / Median | (4,9) | (6,2) | (16,9) | (17,3) | (22,3) | (14,9) |
| | 60 % / Mittel | 21,0 | (20,8) | 39,1 | 41,2 | 44,5 | 36,0 |
| | 60 % / Median | (12,6) | (11,9) | 31,7 | (30,6) | 35,9 | (28,2) |
| w | 50 % / Mittel | * | (19,4) | 26,1 | (25,7) | (28,1) | (32,6) |
| | 50 % / Median | * | * | (18,9) | (19,2) | (19,9) | (22,2) |
| | 60 % / Mittel | (30,1) | (33,5) | 38,5 | 39,3 | 42,9 | 48,7 |
| | 60 % / Median | (19,6) | (25,6) | 32,3 | 31,9 | (31,2) | 38,9 |
| | | | | 25 bis 54 Jahre | | | |
| m | 50 % / Mittel | 5,0 | 5,4 | 5,7 | 6,8 | 9,8 | 9,1 |
| | 50 % / Median | 2,0 | 2,2 | 3,0 | 4,2 | 5,6 | 5,2 |
| | 60 % / Mittel | 14,8 | 15,3 | 14,6 | 14,9 | 19,6 | 19,0 |
| | 60 % / Median | 7,2 | 7,8 | 8,4 | 9,3 | 12,4 | 11,4 |
| w | 50 % / Mittel | 10,4 | 13,6 | 18,4 | 20,2 | 17,2 | 18,7 |
| | 50 % / Median | (6,1) | (8,7) | 13,0 | 13,5 | 11,9 | 12,6 |
| | 60 % / Mittel | 17,7 | 23,1 | 28,5 | 29,3 | 26,4 | 29,4 |
| | 60 % / Median | 12,9 | 16,3 | 22,1 | 23,2 | 19,8 | 21,8 |
| | | | | 55 bis 64 Jahre | | | |
| m | 50 % / Mittel | 4,3 | 3,4 | 3,9 | 4,6 | 6,6 | 6,4 |
| | 50 % / Median | (2,2) | (1,4) | (2,4) | (2,7) | 4,2 | 3,7 |
| | 60 % / Mittel | 10,4 | 9,0 | 9,6 | 10,4 | 13,3 | 10,7 |
| | 60 % / Median | 5,9 | 4,6 | 5,5 | 6,5 | 7,7 | 7,3 |
| w | 50 % / Mittel | 9,2 | (7,4) | (8,8) | (10,1) | (8,3) | (9,9) |
| | 50 % / Median | (4,8) | 3,8 | (5,3) | (5,6) | (4,4) | (4,8) |
| | 60 % / Mittel | 17,2 | 13,6 | 18,6 | 19,7 | 16,8 | 17,3 |
| | 60 % / Median | 11,1 | 9,6 | 10,9 | 13,4 | (10,5) | 12,0 |
| | | | | 65 u.m. Jahre | | | |
| m | 50 % / Mittel | 11,3 | 9,1 | 8,9 | 8,3 | 6,2 | 10,1 |
| | 50 % / Median | 6,1 | 5,2 | 5,8 | (3,9) | 3,5 | 6,6 |
| | 60 % / Mittel | 22,0 | 19,0 | 19,4 | 17,4 | 16,2 | 18,7 |
| | 60 % / Median | 14,1 | 11,5 | 12,4 | 11,1 | 8,4 | 12,1 |
| w | 50 % / Mittel | 16,6 | 12,9 | 16,9 | 10,4 | 10,9 | 14,4 |
| | 50 % / Median | 9,2 | 7,2 | 9,8 | (6,2) | 6,0 | (8,3) |
| | 60 % / Mittel | 29,0 | 25,6 | 30,5 | 21,6 | 23,4 | 25,9 |
| | 60 % / Median | 19,9 | 16,1 | 21,5 | 13,9 | 14,1 | 17,7 |
| | | | | Alle | | | |
| | 50 % / Mittel | 6,5 | 6,5 | 7,7 | 8,8 | 10,1 | 10,9 |
| | 50 % / Median | 3,1 | 3,2 | 4,6 | 5,4 | 6,1 | 6,6 |
| | 60 % / Mittel | 16,0 | 16,0 | 16,9 | 17,1 | 19,6 | 20,0 |
| | 60 % / Median | 8,8 | 8,9 | 10,6 | 11,4 | 12,5 | 13,1 |

Datenbasis: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Anm.: „Mittel“ bezeichnet das arithmetische Mittel. Bei einer Fallzahl in der Stichprobe von weniger als 30 wurden keine Ergebnisse ausgewiesen (*), bei einer Fallzahl von 30 bis unter 100 wurden die Ergebnisse in Klammern ausgewiesen.

Quelle: Hauser, R. und Becker, I.: Einkommensverteilung im Querschnitt und im Zeitverlauf 1973 bis 1998

Anhangtabelle I.18

**Gruppenspezifische Armutsquoten nach Alter und Geschlecht der Bezugsperson
für alternative Armutsgrenzen 1973 bis 1998 (Neue OECD-Skala)
- Westdeutschland-**

| | | 1973 | 1978 | 1983 | 1988 | 1993 | 1998 |
|---|---------------|------------------------|--------|-------|--------|--------|--------|
| | | bis 24 Jahre | | | | | |
| m | 50 % / Mittel | (10,6) | (11,1) | 28,2 | 29,8 | (35,2) | (26,6) |
| | 50 % / Median | (5,9) | (6,8) | 21,4 | (24,6) | (29,1) | (19,4) |
| | 60 % / Mittel | 22,4 | 21,7 | 42,3 | 42,4 | 47,4 | 37,9 |
| | 60 % / Median | (14,0) | (14,1) | 33,0 | 33,6 | (38,5) | (34,1) |
| w | 50 % / Mittel | (27,6) | (30,0) | 35,5 | 33,1 | 35,1 | 42,2 |
| | 50 % / Median | (19,7) | (23,5) | 30,4 | 27,7 | (27,8) | (27,1) |
| | 60 % / Mittel | (37,5) | 40,1 | 45,2 | 46,6 | 51,7 | 58,9 |
| | 60 % / Median | (32,9) | (32,2) | 40,3 | 38,4 | 40,2 | 48,9 |
| | | 25 bis 54 Jahre | | | | | |
| m | 50 % / Mittel | 3,0 | 3,4 | 4,2 | 5,3 | 7,2 | 6,8 |
| | 50 % / Median | 1,1 | 1,5 | 2,6 | 3,9 | 4,4 | 4,4 |
| | 60 % / Mittel | 10,4 | 11,1 | 10,5 | 11,0 | 15,2 | 14,6 |
| | 60 % / Median | 4,8 | 5,5 | 6,3 | 7,2 | 9,3 | 8,6 |
| w | 50 % / Mittel | 9,4 | 13,8 | 18,8 | 18,9 | 17,3 | 19,0 |
| | 50 % / Median | (6,6) | 9,3 | 13,8 | 13,7 | 12,1 | 12,8 |
| | 60 % / Mittel | 19,0 | 23,7 | 29,8 | 29,5 | 27,0 | 30,0 |
| | 60 % / Median | 13,3 | 17,1 | 22,9 | 23,9 | 20,0 | 23,2 |
| | | 55 bis 64 Jahre | | | | | |
| m | 50 % / Mittel | 4,8 | 3,3 | 3,9 | 5,0 | 6,5 | 6,6 |
| | 50 % / Median | 2,4 | (1,4) | (2,3) | 2,8 | 4,3 | 4,1 |
| | 60 % / Mittel | 10,8 | 8,5 | 9,5 | 10,3 | 13,0 | 10,9 |
| | 60 % / Median | 6,6 | 4,9 | 5,9 | 6,7 | 8,4 | 7,9 |
| w | 50 % / Mittel | 15,0 | 12,1 | 15,2 | 15,3 | 13,0 | 14,5 |
| | 50 % / Median | 10,4 | 8,1 | 9,3 | (10,9) | (8,5) | (9,2) |
| | 60 % / Mittel | 26,9 | 20,7 | 25,4 | 26,7 | 22,8 | 22,8 |
| | 60 % / Median | 19,0 | 15,0 | 19,4 | 20,2 | 15,6 | 16,9 |
| | | 65 u.m. Jahre | | | | | |
| m | 50 % / Mittel | 14,3 | 10,9 | 11,1 | 9,5 | 7,7 | 11,3 |
| | 50 % / Median | 8,9 | 6,9 | 7,0 | 5,7 | 4,2 | 7,8 |
| | 60 % / Mittel | 26,1 | 21,8 | 22,7 | 19,3 | 18,0 | 20,4 |
| | 60 % / Median | 18,1 | 14,6 | 15,3 | 13,7 | 10,1 | 14,2 |
| w | 50 % / Mittel | 28,6 | 24,0 | 28,9 | 18,8 | 20,8 | 23,5 |
| | 50 % / Median | 20,8 | 15,9 | 21,1 | 12,8 | 12,8 | 16,8 |
| | 60 % / Mittel | 46,2 | 39,3 | 44,7 | 34,8 | 35,4 | 35,2 |
| | 60 % / Median | 34,7 | 29,6 | 35,7 | 25,6 | 24,3 | 27,5 |
| | | Alle | | | | | |
| | 50 % / Mittel | 6,3 | 6,4 | 8,2 | 8,9 | 9,7 | 10,6 |
| | 50 % / Median | 3,6 | 3,7 | 5,5 | 6,2 | 6,2 | 7,1 |
| | 60 % / Mittel | 14,8 | 14,8 | 16,0 | 16,5 | 18,6 | 18,9 |
| | 60 % / Median | 8,7 | 9,0 | 11,0 | 11,8 | 12,0 | 13,1 |

Datenbasis: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Anm.: „Mittel“ bezeichnet das arithmetische Mittel. Bei einer Fallzahl in der Stichprobe von weniger als 30 wurden keine Ergebnisse ausgewiesen (*), bei einer Fallzahl von 30 bis unter 100 wurden die Ergebnisse in Klammern ausgewiesen.

Quelle: Hauser, R. und Becker, I.: Einkommensverteilung im Querschnitt und im Zeitverlauf 1973 bis 1998

Anhangtabelle I.19

**Gruppenspezifische Armutsquoten nach Alter und Geschlecht der Bezugsperson
für alternative Armutsgrenzen 1993 und 1998 (Alte OECD-Skala)
-West-, Ost- und Gesamtdeutschland -**

| | | Jeweilige Mittelwerte | | | | Gesamtdeutsche Mittelwerte | | | | | |
|---|---------------|------------------------|-------|--------|--------|----------------------------|--------|--------|--------|--------|--------|
| | | 1993 | | 1998 | | 1993 | | | 1998 | | |
| | | West | Ost | West | Ost | Gesamt | West | Ost | Gesamt | West | Ost |
| | | bis 24 Jahre | | | | | | | | | |
| m | 50 % / Mittel | (31,0) | * | (26,0) | (15,8) | (37,1) | (28,6) | * | (21,9) | (20,7) | (38,7) |
| | 50 % / Median | (22,3) | * | (14,9) | * | (20,2) | (19,1) | * | (9,6) | (8,2) | (24,6) |
| | 60 % / Mittel | 44,5 | * | 36,0 | (34,0) | 50,9 | (37,6) | (72,9) | 34,8 | (33,4) | 53,1 |
| | 60 % / Median | 35,9 | * | (28,2) | (27,4) | (38,5) | (29,1) | * | (26,3) | (26,0) | (41,9) |
| w | 50 % / Mittel | (28,1) | * | (32,6) | - | 29,9 | (24,3) | (37,4) | 35,7 | (30,5) | - |
| | 50 % / Median | (19,9) | * | (22,2) | - | (22,0) | (16,6) | * | (22,1) | (18,5) | - |
| | 60 % / Mittel | 42,9 | * | 48,7 | - | 45,3 | 35,0 | (59,3) | 51,9 | 47,5 | - |
| | 60 % / Median | (31,2) | * | 38,9 | - | 32,0 | (27,0) | (38,9) | 38,7 | (32,6) | - |
| | | 25 bis 54 Jahre | | | | | | | | | |
| m | 50 % / Mittel | 9,8 | (2,7) | 9,1 | (3,8) | 9,4 | 7,3 | 18,5 | 8,5 | 7,2 | 15,4 |
| | 50 % / Median | 5,6 | * | 5,2 | (2,6) | 4,8 | 3,9 | 9,1 | 4,6 | 4,2 | 6,8 |
| | 60 % / Mittel | 19,6 | 9,0 | 19,0 | 11,2 | 19,6 | 15,6 | 37,5 | 18,4 | 15,9 | 31,2 |
| | 60 % / Median | 12,4 | 5,2 | 11,4 | 6,8 | 11,3 | 8,8 | 22,3 | 10,7 | 9,1 | 19,4 |
| w | 50 % / Mittel | 17,2 | (4,9) | 18,7 | 6,7 | 16,7 | 14,2 | 22,0 | 17,1 | 16,6 | 18,5 |
| | 50 % / Median | 11,9 | (3,4) | 12,6 | 4,1 | 9,8 | 8,5 | 12,5 | 10,8 | 10,6 | 11,3 |
| | 60 % / Mittel | 26,4 | 12,4 | 29,4 | 16,1 | 28,0 | 22,8 | 39,0 | 28,0 | 26,1 | 32,6 |
| | 60 % / Median | 19,8 | (8,2) | 21,8 | 11,8 | 18,9 | 15,8 | 25,6 | 19,7 | 18,9 | 21,8 |
| | | 55 bis 64 Jahre | | | | | | | | | |
| m | 50 % / Mittel | 6,6 | * | 6,4 | * | 6,1 | 5,3 | (11,8) | 5,9 | 5,2 | (9,2) |
| | 50 % / Median | 4,2 | * | 3,7 | * | (3,1) | (2,9) | * | 3,2 | (2,8) | (5,2) |
| | 60 % / Mittel | 13,3 | * | 10,7 | (7,7) | 11,9 | 10,3 | 23,0 | 11,9 | 9,3 | 24,7 |
| | 60 % / Median | 7,7 | * | 7,3 | (5,1) | 6,9 | 6,0 | (13,1) | 7,5 | 6,4 | (12,9) |
| w | 50 % / Mittel | (8,3) | * | (9,9) | * | 7,4 | (6,1) | (10,1) | 8,4 | (7,3) | (11,0) |
| | 50 % / Median | (4,4) | * | (4,8) | * | (4,3) | (3,3) | * | (4,0) | (4,3) | * |
| | 60 % / Mittel | 16,8 | * | 17,3 | * | 17,2 | 14,1 | 24,0 | 17,8 | 15,7 | 22,6 |
| | 60 % / Median | (10,5) | * | 12,0 | * | 8,8 | (7,1) | (12,5) | 11,7 | (9,8) | (16,1) |
| | | 65 u.m. Jahre | | | | | | | | | |
| m | 50 % / Mittel | 6,2 | - | 10,1 | * | 5,6 | 4,4 | (13,3) | 8,2 | 8,8 | * |
| | 50 % / Median | 3,5 | - | 6,6 | * | (2,3) | (2,0) | * | 4,7 | (5,2) | * |
| | 60 % / Mittel | 16,2 | * | 18,7 | (8,8) | 14,8 | 11,4 | 36,7 | 16,0 | 15,7 | 17,4 |
| | 60 % / Median | 8,4 | * | 12,1 | (5,9) | 6,9 | 5,3 | (16,7) | 9,8 | 10,1 | (8,2) |
| w | 50 % / Mittel | 10,9 | * | 14,4 | - | 10,5 | 8,0 | (20,5) | 12,7 | 10,9 | (19,8) |
| | 50 % / Median | 6,0 | * | (8,3) | - | (3,7) | (3,1) | * | (7,3) | (6,4) | * |
| | 60 % / Mittel | 23,4 | * | 25,9 | - | 22,9 | 18,1 | 42,5 | 24,3 | 22,1 | 32,7 |
| | 60 % / Median | 14,1 | * | 17,7 | - | 12,8 | 9,7 | (25,2) | 16,7 | 14,5 | (25,1) |
| | | Alle | | | | | | | | | |
| | 50 % / Mittel | 10,1 | 3,1 | 10,9 | 4,4 | 10,0 | 7,8 | 19,0 | 10,1 | 9,0 | 15,0 |
| | 50 % / Median | 6,1 | (1,7) | 6,6 | 2,8 | 5,2 | 4,2 | 9,4 | 5,7 | 5,3 | 7,7 |
| | 60 % / Mittel | 19,6 | 9,3 | 20,0 | 11,9 | 19,9 | 15,6 | 37,3 | 19,6 | 17,2 | 29,6 |
| | 60 % / Median | 12,5 | 5,8 | 13,1 | 7,9 | 11,7 | 9,1 | 22,5 | 12,4 | 10,9 | 18,8 |

Datenbasis: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Anm.: „Mittel“ bezeichnet das arithmetische Mittel. Bei einer Fallzahl in der Stichprobe von weniger als 30 wurden keine Ergebnisse ausgewiesen (*), bei einer Fallzahl von 30 bis unter 100 wurden die Ergebnisse in Klammern ausgewiesen.

Quelle: Hauser, R. und Becker, I.: Einkommensverteilung im Querschnitt und im Zeitverlauf 1973 bis 1998

Anhangtabelle I.20

**Gruppenspezifische Armutsquoten nach Alter und Geschlecht der Bezugsperson
für alternative Armutsgrenzen 1993 und 1998 (Neue OECD-Skala)
-West-, Ost- und Gesamtdeutschland -**

| | | Jeweilige Mittelwerte | | | | Gesamtdeutsche Mittelwerte | | | | | |
|---|---------------|------------------------|--------|--------|--------|----------------------------|--------|--------|--------|--------|--------|
| | | 1993 | | 1998 | | 1993 | | | 1998 | | |
| | | West | Ost | West | Ost | Gesamt | West | Ost | Gesamt | West | Ost |
| | | bis 24 Jahre | | | | | | | | | |
| m | 50 % / Mittel | (35,2) | * | (26,6) | (23,5) | 38,4 | (31,4) | * | 26,0 | (24,5) | (43,3) |
| | 50 % / Median | (29,1) | * | (19,4) | (19,7) | (26,3) | (23,6) | * | (15,9) | (15,9) | (30,5) |
| | 60 % / Mittel | 47,4 | * | 37,9 | (40,7) | 52,9 | 40,9 | (72,8) | 36,7 | 35,4 | 56,1 |
| | 60 % / Median | (38,5) | * | (34,1) | (30,5) | 45,0 | (34,3) | (62,7) | 28,5 | (27,0) | (46,8) |
| w | 50 % / Mittel | 35,1 | * | 42,2 | - | 34,3 | (31,5) | (38,1) | 40,2 | 35,0 | - |
| | 50 % / Median | (27,8) | * | (27,1) | - | 27,1 | (23,5) | (31,9) | 27,6 | (22,9) | - |
| | 60 % / Mittel | 51,7 | (31,9) | 58,9 | - | 54,5 | 44,1 | (68,7) | 58,5 | 55,1 | - |
| | 60 % / Median | 40,2 | * | 48,9 | - | 39,6 | 34,4 | (46,7) | 48,6 | 44,7 | - |
| | | 25 bis 54 Jahre | | | | | | | | | |
| m | 50 % / Mittel | 7,2 | (1,3) | 6,8 | (3,0) | 6,9 | 5,5 | 13,3 | 6,7 | 5,8 | 11,2 |
| | 50 % / Median | 4,4 | * | 4,4 | (1,8) | 3,9 | 3,4 | 6,0 | 3,8 | 3,6 | 5,3 |
| | 60 % / Mittel | 15,2 | 5,9 | 14,6 | 8,2 | 15,1 | 11,6 | 30,8 | 14,2 | 11,9 | 26,3 |
| | 60 % / Median | 9,3 | (3,8) | 8,6 | 5,2 | 8,5 | 6,7 | 17,0 | 8,4 | 7,0 | 15,5 |
| w | 50 % / Mittel | 17,3 | (4,9) | 19,0 | 5,8 | 16,5 | 14,2 | 21,4 | 16,6 | 16,1 | 18,0 |
| | 50 % / Median | 12,1 | (3,1) | 12,8 | 4,0 | 9,9 | 9,0 | 12,0 | 10,8 | 10,7 | 11,1 |
| | 60 % / Mittel | 27,0 | 11,8 | 30,0 | 15,8 | 27,4 | 23,4 | 36,1 | 28,4 | 27,2 | 31,4 |
| | 60 % / Median | 20,0 | 8,4 | 23,2 | 11,2 | 19,1 | 16,5 | 24,6 | 20,5 | 20,2 | 21,7 |
| | | 55 bis 64 Jahre | | | | | | | | | |
| m | 50 % / Mittel | 6,5 | * | 6,6 | * | 6,2 | 5,3 | (12,5) | 6,7 | 5,8 | (11,0) |
| | 50 % / Median | 4,3 | * | 4,1 | * | 3,5 | (3,3) | (4,8) | 3,4 | 2,9 | (5,6) |
| | 60 % / Mittel | 13,0 | (4,5) | 10,9 | (7,4) | 12,2 | 10,4 | 24,9 | 12,1 | 9,4 | 25,2 |
| | 60 % / Median | 8,4 | * | 7,9 | (5,6) | 7,3 | 6,2 | 14,8 | 8,1 | 6,8 | 14,9 |
| w | 50 % / Mittel | 13,0 | * | 14,5 | * | 12,2 | (10,4) | 16,1 | 14,1 | 12,1 | 19,0 |
| | 50 % / Median | (8,5) | * | (9,2) | * | 7,5 | (6,1) | (10,5) | 8,7 | (6,9) | (12,8) |
| | 60 % / Mittel | 22,8 | (10,4) | 22,8 | * | 24,2 | 19,2 | 35,3 | 22,7 | 20,4 | 28,5 |
| | 60 % / Median | 15,6 | (7,5) | 16,9 | * | 14,2 | 12,2 | 18,8 | 16,8 | 14,8 | 21,6 |
| | | 65 u.m. Jahre | | | | | | | | | |
| m | 50 % / Mittel | 7,7 | * | 11,3 | (6,2) | 7,2 | 5,7 | (16,6) | 9,4 | 9,8 | (7,2) |
| | 50 % / Median | 4,2 | - | 7,8 | * | 3,5 | (3,0) | * | 5,6 | 6,0 | * |
| | 60 % / Mittel | 18,0 | * | 20,4 | 13,8 | 17,7 | 13,5 | 44,4 | 18,1 | 17,5 | 20,9 |
| | 60 % / Median | 10,1 | * | 14,2 | (10,5) | 9,7 | 7,3 | 25,1 | 11,6 | 11,7 | (11,1) |
| w | 50 % / Mittel | 20,8 | * | 23,5 | - | 19,3 | 15,6 | 34,7 | 22,1 | 20,0 | 30,3 |
| | 50 % / Median | 12,8 | * | 16,8 | - | 11,3 | 9,3 | (19,8) | 14,6 | 12,6 | (22,6) |
| | 60 % / Mittel | 35,4 | (18,7) | 35,2 | - | 35,5 | 29,0 | 62,1 | 35,2 | 32,0 | 48,0 |
| | 60 % / Median | 24,3 | (11,8) | 27,5 | - | 23,1 | 19,0 | 39,8 | 26,6 | 24,6 | 34,8 |
| | | Alle | | | | | | | | | |
| | 50 % / Mittel | 9,7 | 2,9 | 10,6 | 4,8 | 9,6 | 7,6 | 17,9 | 10,2 | 9,1 | 14,7 |
| | 50 % / Median | 6,2 | (1,8) | 7,1 | 2,9 | 5,6 | 4,7 | 9,3 | 6,2 | 5,6 | 8,5 |
| | 60 % / Mittel | 18,6 | 9,1 | 18,9 | 11,9 | 19,0 | 14,8 | 36,2 | 18,7 | 16,3 | 28,9 |
| | 60 % / Median | 12,0 | 6,1 | 13,1 | 8,4 | 11,7 | 9,1 | 22,0 | 12,5 | 11,0 | 18,7 |

Datenbasis: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Anm.: „Mittel“ bezeichnet das arithmetische Mittel. Bei einer Fallzahl in der Stichprobe von weniger als 30 wurden keine Ergebnisse ausgewiesen (*), bei einer Fallzahl von 30 b. u. 100 wurden die Ergebnisse in Klammern ausgewiesen.

Quelle: Hauser, R. und Becker, I.: Einkommensverteilung im Querschnitt und im Zeitverlauf 1973 bis 1998

Anhangtabelle I.21

**Gruppenspezifische Armutsquoten nach Haushaltstypen 1973 bis 1998
(Alte OECD-Skala)
- Westdeutschland-**

| | 1973 | 1978 | 1983 | 1988 | 1993 | 1998 |
|--------------------------|---------------------------|--------|--------|--------|--------|--------|
| Alleinstehende | Ledige | | | | | |
| 50 % / Mittel | 11,5 | 12,1 | 16,0 | 15,8 | 16,6 | 14,5 |
| 50 % / Median | 6,9 | 7,5 | 11,5 | 10,6 | 11,5 | 9,9 |
| 60 % / Mittel | 20,6 | 21,1 | 25,8 | 23,8 | 24,7 | 23,4 |
| 60 % / Median | 14,3 | 14,8 | 19,9 | 18,8 | 19,1 | 17,4 |
| | Geschiedene | | | | | |
| 50 % / Mittel | 18,1 | 13,8 | 15,8 | 15,0 | 13,5 | 14,8 |
| 50 % / Median | (10,2) | (7,1) | (9,7) | (9,0) | (8,5) | 8,8 |
| 60 % / Mittel | 25,9 | 25,3 | 24,9 | 23,0 | 22,5 | 23,6 |
| 60 % / Median | 20,3 | 17,2 | 19,3 | 18,1 | 16,2 | 18,1 |
| | Verwitwete | | | | | |
| 50 % / Mittel | 11,0 | 7,8 | 11,8 | 7,7 | 8,9 | 11,6 |
| 50 % / Median | 5,9 | 4,2 | 7,2 | (4,0) | (4,5) | (7,0) |
| 60 % / Mittel | 20,9 | 17,5 | 23,1 | 18,1 | 20,1 | 21,8 |
| 60 % / Median | 13,5 | 10,2 | 15,5 | 10,7 | 11,5 | 13,9 |
| Ehepaare | ohne Kinder | | | | | |
| 50 % / Mittel | 6,3 | 5,4 | 5,2 | 5,5 | 4,8 | 6,3 |
| 50 % / Median | 3,4 | 2,9 | 3,3 | 2,8 | 2,7 | 3,4 |
| 60 % / Mittel | 13,2 | 11,4 | 11,5 | 11,5 | 11,0 | 12,1 |
| 60 % / Median | 8,2 | 6,8 | 7,3 | 7,5 | 5,9 | 7,7 |
| | mit 1 Kind | | | | | |
| 50 % / Mittel | 1,7 | 2,5 | 4,2 | 5,5 | 5,8 | 11,3 |
| 50 % / Median | (0,5) | (1,0) | 2,4 | 3,9 | (3,7) | (7,4) |
| 60 % / Mittel | 7,0 | 8,2 | 10,9 | 11,5 | 14,2 | 20,4 |
| 60 % / Median | 2,7 | 3,6 | 6,3 | 7,2 | 8,1 | 12,8 |
| | mit 2 Kindern | | | | | |
| 50 % / Mittel | 4,8 | 4,9 | 6,4 | 7,3 | 10,5 | 10,4 |
| 50 % / Median | 1,7 | 1,9 | 3,2 | 4,1 | 6,0 | 5,7 |
| 60 % / Mittel | 16,5 | 17,3 | 17,3 | 17,8 | 23,9 | 23,4 |
| 60 % / Median | 7,3 | 8,0 | 9,9 | 10,1 | 13,8 | 13,6 |
| | mit 3 u.m. Kindern | | | | | |
| 50 % / Mittel | 11,7 | 14,8 | 10,0 | 12,0 | 22,2 | 15,9 |
| 50 % / Median | 5,1 | 6,4 | (4,7) | (7,3) | (12,1) | (7,7) |
| 60 % / Mittel | 31,0 | 34,5 | 26,7 | 26,8 | 39,8 | 31,8 |
| 60 % / Median | 16,6 | 20,2 | 14,3 | 16,9 | 27,9 | 19,3 |
| allein Erziehende | mit 1 Kind | | | | | |
| 50 % / Mittel | (10,7) | (10,1) | (15,7) | 27,9 | (22,2) | 29,0 |
| 50 % / Median | * | * | (9,7) | (20,9) | (13,9) | (17,4) |
| 60 % / Mittel | (19,7) | (18,6) | 27,7 | 40,8 | 39,8 | 48,2 |
| 60 % / Median | (13,6) | (12,0) | 19,8 | 33,1 | (26,0) | 34,6 |
| | mit 2 Kindern | | | | | |
| 50 % / Mittel | (15,1) | 32,7 | 37,4 | 47,2 | 50,6 | 43,7 |
| 50 % / Median | * | * | (28,3) | (29,6) | (37,4) | (28,9) |
| 60 % / Mittel | (28,5) | 50,1 | 52,2 | 62,3 | 67,2 | 62,9 |
| 60 % / Median | (18,2) | 38,2 | 42,2 | 53,2 | 56,3 | 47,5 |
| Alle | | | | | | |
| 50 % / Mittel | 6,5 | 6,5 | 7,7 | 8,8 | 10,1 | 10,9 |
| 50 % / Median | 3,1 | 3,2 | 4,6 | 5,4 | 6,1 | 6,6 |
| 60 % / Mittel | 16,0 | 16,0 | 16,9 | 17,1 | 19,6 | 20,0 |
| 60 % / Median | 8,8 | 8,9 | 10,6 | 11,4 | 12,5 | 13,1 |

Datenbasis: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Anm.: „Mittel“ bezeichnet das arithmetische Mittel. Bei einer Fallzahl in der Stichprobe von weniger als 30 wurden keine Ergebnisse ausgewiesen (*), bei einer Fallzahl von 30 b. u. 100 wurden die Ergebnisse in Klammern ausgewiesen.

Quelle: Hauser, R. und Becker, I.: Einkommensverteilung im Querschnitt und im Zeitverlauf 1973 bis 1998

Anhangtabelle I.22

**Gruppenspezifische Armutsquoten nach Haushaltstypen 1973 bis 1998
(Neue OECD-Skala)
- Westdeutschland-**

| | 1973 | 1978 | 1983 | 1988 | 1993 | 1998 |
|--------------------------|--------|--------|--------|---------------------------|--------|--------|
| Alleinstehende | | | | | | |
| | | | | Ledige | | |
| 50 % / Mittel | 20,7 | 20,7 | 25,1 | 22,9 | 23,8 | 22,1 |
| 50 % / Median | 15,6 | 14,8 | 19,9 | 18,4 | 18,3 | 16,5 |
| 60 % / Mittel | 29,7 | 28,8 | 33,7 | 31,1 | 31,8 | 31,5 |
| 60 % / Median | 23,8 | 23,8 | 29,5 | 26,5 | 26,9 | 25,4 |
| | | | | Geschiedene | | |
| 50 % / Mittel | 26,1 | 24,6 | 24,4 | 22,4 | 21,7 | 22,4 |
| 50 % / Median | 21,2 | 17,3 | 19,3 | 17,7 | 15,5 | 17,4 |
| 60 % / Mittel | 34,8 | 34,1 | 34,0 | 31,9 | 31,0 | 32,8 |
| 60 % / Median | 29,3 | 28,3 | 28,2 | 26,2 | 24,1 | 25,3 |
| | | | | Verwitwete | | |
| 50 % / Mittel | 21,3 | 16,5 | 22,1 | 16,4 | 18,7 | 19,8 |
| 50 % / Median | 14,2 | 10,2 | 15,5 | 10,1 | 10,5 | 13,0 |
| 60 % / Mittel | 38,2 | 30,6 | 36,0 | 31,6 | 32,2 | 29,9 |
| 60 % / Median | 27,0 | 21,3 | 28,4 | 22,5 | 22,1 | 23,5 |
| Ehepaare | | | | ohne Kinder | | |
| 50 % / Mittel | 8,4 | 6,5 | 6,5 | 6,5 | 5,5 | 7,0 |
| 50 % / Median | 4,8 | 3,9 | 4,0 | 3,8 | 3,2 | 4,2 |
| 60 % / Mittel | 16,2 | 13,4 | 13,9 | 13,0 | 12,5 | 13,5 |
| 60 % / Median | 10,8 | 8,8 | 9,0 | 9,1 | 7,2 | 9,0 |
| | | | | mit 1 Kind | | |
| 50 % / Mittel | 1,6 | 2,1 | 3,7 | 4,7 | (5,0) | 9,5 |
| 50 % / Median | (0,5) | (0,9) | (2,1) | (3,6) | (2,8) | (6,7) |
| 60 % / Mittel | 6,4 | 7,0 | 9,6 | 9,8 | 12,2 | 18,1 |
| 60 % / Median | 2,7 | 3,5 | 5,8 | 6,5 | 6,7 | 11,8 |
| | | | | mit 2 Kindern | | |
| 50 % / Mittel | 3,0 | 2,9 | 4,3 | 4,8 | 6,9 | 6,8 |
| 50 % / Median | (1,1) | (1,2) | (2,2) | (2,9) | (4,3) | (3,6) |
| 60 % / Mittel | 11,7 | 11,9 | 12,1 | 11,9 | 16,6 | 15,9 |
| 60 % / Median | 5,0 | 5,3 | 6,6 | 6,9 | 9,2 | 8,8 |
| | | | | mit 3 u.m. Kindern | | |
| 50 % / Mittel | 5,6 | 8,3 | (4,9) | (6,5) | (12,0) | (7,1) |
| 50 % / Median | (2,3) | (3,8) | (3,2) | (5,0) | (5,9) | (4,6) |
| 60 % / Mittel | 19,1 | 24,0 | 14,2 | 15,9 | 27,9 | 19,9 |
| 60 % / Median | 9,3 | 12,7 | 8,3 | 9,6 | 16,6 | 10,4 |
| allein Erziehende | | | | mit 1 Kind | | |
| 50 % / Mittel | (12,5) | (10,7) | 18,5 | 29,2 | (24,6) | 29,8 |
| 50 % / Median | * | * | (11,7) | (22,1) | (15,4) | (20,0) |
| 60 % / Mittel | (22,5) | (21,2) | 30,9 | 42,1 | 43,1 | 49,0 |
| 60 % / Median | (18,0) | (13,8) | 22,1 | 35,1 | 28,8 | 38,2 |
| | | | | mit 2 Kindern | | |
| 50 % / Mittel | * | (29,2) | 33,0 | 34,7 | (41,6) | 34,5 |
| 50 % / Median | * | (20,5) | (25,7) | (24,7) | (32,0) | (22,1) |
| 60 % / Mittel | (27,1) | 46,7 | 48,4 | 56,9 | 61,1 | 52,9 |
| 60 % / Median | (17,1) | 34,9 | 38,2 | 47,3 | 47,1 | 41,9 |
| Alle | | | | | | |
| 50 % / Mittel | 6,3 | 6,4 | 8,2 | 8,9 | 9,7 | 10,6 |
| 50 % / Median | 3,6 | 3,7 | 5,5 | 6,2 | 6,2 | 7,1 |
| 60 % / Mittel | 14,8 | 14,8 | 16,0 | 16,5 | 18,6 | 18,9 |
| 60 % / Median | 8,7 | 9,0 | 11,0 | 11,8 | 12,0 | 13,1 |

Datenbasis: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Anm.: „Mittel“ bezeichnet das arithmetische Mittel. Bei einer Fallzahl in der Stichprobe von weniger als 30 wurden keine Ergebnisse ausgewiesen (*), bei einer Fallzahl von 30 b. u. 100 wurden die Ergebnisse in Klammern ausgewiesen.

Quelle: Hauser, R. und Becker, I.: Einkommensverteilung im Querschnitt und im Zeitverlauf 1973 bis 1998

Anhangtabelle I.23

**Gruppenspezifische Armutsquoten nach Haushaltstypen
für alternative Armutsgrenzen 1993 und 1998 (Alte OECD-Skala)
- West-, Ost- und Gesamtdeutschland -**

| | Jeweilige Mittelwerte | | | | Gesamtdeutsche Mittelwerte | | | | | |
|--------------------------|-------------------------------|--------|---------------|--------|----------------------------|--------|--------|-------------|--------|--------|
| | 1993 | | 1998 | | 1993 | | | 1998 | | |
| | West | Ost | West | Ost | Gesamt | West | Ost | Gesamt | West | Ost |
| Alleinstehende | Alle | | | | Ledige | | | | | |
| 50 % / Mittel | 16,6 | * | 14,5 | (7,1) | 15,5 | 14,0 | (25,4) | 13,9 | 12,9 | 19,5 |
| 50 % / Median | 11,5 | * | 9,9 | (4,7) | 9,9 | 9,3 | (14,0) | 9,1 | 8,4 | (12,7) |
| 60 % / Mittel | 24,7 | (9,1) | 23,4 | 15,4 | 24,3 | 21,5 | 43,1 | 23,1 | 21,0 | 35,2 |
| 60 % / Median | 19,1 | (5,4) | 17,4 | 10,6 | 16,8 | 15,2 | (27,3) | 15,8 | 14,5 | 23,3 |
| | Geschieden | | | | | | | | | |
| 50 % / Mittel | 13,5 | - | 14,8 | - | 13,9 | 10,8 | (28,6) | 15,5 | 11,4 | 29,6 |
| 50 % / Median | (8,5) | - | 8,8 | - | (6,2) | (5,2) | (10,6) | 8,6 | (7,4) | (12,7) |
| 60 % / Mittel | 22,5 | - | 23,6 | - | 24,8 | 19,8 | 47,7 | 27,3 | 21,6 | 47,3 |
| 60 % / Median | 16,2 | - | 18,1 | - | 16,0 | 12,5 | 32,3 | 20,3 | 15,0 | 38,7 |
| | Verwitwete | | | | | | | | | |
| 50 % / Mittel | 8,9 | - | 11,6 | -- | 8,1 | (6,5) | * | (8,3) | (9,0) | * |
| 50 % / Median | (4,5) | - | (7,0) | - | (2,8) | (2,3) | * | (5,2) | (5,5) | * |
| 60 % / Mittel | 20,1 | - | 21,8 | - | 18,2 | 15,2 | (30,5) | 17,5 | 18,6 | * |
| 60 % / Median | 11,5 | - | 13,9 | - | 10,1 | (7,9) | (19,1) | 10,8 | 11,6 | * |
| Ehepaare | ohne Kinder | | | | | | | | | |
| 50 % / Mittel | 5,4 | * | 6,3 | * | 5,8 | 4,1 | 12,9 | 5,4 | 5,2 | (6,2) |
| 50 % / Median | 3,2 | * | 3,4 | * | 2,9 | 2,2 | (6,0) | 2,7 | 2,5 | (3,4) |
| 60 % / Mittel | 11,6 | (6,0) | 12,1 | (5,0) | 12,8 | 8,7 | 29,7 | 11,4 | 10,1 | 16,8 |
| 60 % / Median | 6,6 | (3,2) | 7,7 | (3,8) | 6,8 | 4,7 | 15,8 | 6,8 | 6,3 | 8,7 |
| | mit K. | | mit K. | | 1 Kind | | | | | |
| 50 % / Mittel | 6,4 | (3,8) | 12,2 | (4,9) | 6,8 | (5,0) | 13,0 | 11,4 | 10,3 | (15,4) |
| 50 % / Median | (4,2) | * | (8,2) | (3,3) | (3,1) | (2,4) | (5,4) | 7,1 | (6,8) | (8,1) |
| 60 % / Mittel | 14,8 | 10,8 | 21,8 | 15,3 | 15,6 | 11,0 | 30,8 | 21,3 | 19,0 | 29,5 |
| 60 % / Median | 8,7 | 6,9 | 13,7 | 9,9 | 8,2 | 5,7 | 16,7 | 13,5 | 12,2 | (18,2) |
| | mit 2 Kindern | | | | mit 2+ K | | | | | |
| 50 % / Mittel | 10,6 | - | 10,9 | - | 10,7 | 7,6 | 20,8 | 10,9 | 8,7 | 21,9 |
| 50 % / Median | 6,0 | - | 5,9 | - | 5,6 | (4,2) | (10,0) | 5,4 | (4,6) | (10,7) |
| 60 % / Mittel | 23,9 | - | 24,1 | - | 24,7 | 18,4 | 44,6 | 23,6 | 19,9 | 41,9 |
| 60 % / Median | 13,9 | - | 14,1 | - | 13,1 | 9,5 | 24,7 | 13,6 | 10,9 | 27,1 |
| | mit 3 und mehr Kindern | | | | | | | | | |
| 50 % / Mittel | 22,5 | - | 16,0 | - | 22,2 | 17,4 | 49,9 | 13,6 | 11,5 | - |
| 50 % / Median | (12,2) | - | (8,1) | - | 10,7 | (7,6) | (28,7) | (8,0) | (6,5) | - |
| 60 % / Mittel | 40,0 | - | 32,3 | - | 39,4 | 33,9 | 71,4 | 30,2 | 27,2 | - |
| 60 % / Median | 28,1 | - | 19,6 | - | 25,2 | 20,2 | 53,8 | 18,2 | 15,9 | - |
| allein Erziehende | Alle | | Alle | | 1 Kind | | | Alle | | |
| 50 % / Mittel | (22,2) | * | 29,0 | (13,0) | 24,8 | (18,4) | (40,6) | 26,5 | 23,6 | 41,7 |
| 50 % / Median | (13,9) | * | 17,4 | * | (14,5) | (10,2) | (25,0) | 15,1 | (14,2) | (24,7) |
| 60 % / Mittel | 39,8 | (31,3) | 48,2 | 35,7 | 41,2 | 33,1 | 60,9 | 48,2 | 44,1 | 65,2 |
| 60 % / Median | (26,0) | (21,7) | 34,6 | (25,5) | 26,8 | (20,7) | (41,7) | 32,3 | 29,6 | 47,9 |
| | 2 und mehr Kinder | | | | | | | | | |
| 50 % / Mittel | 50,6 | - | 43,7 | - | 46,4 | (43,9) | (54,5) | 42,1 | 39,1 | - |
| 50 % / Median | (37,4) | - | (29,5) | - | (32,5) | (30,1) | (40,5) | 26,5 | (24,3) | - |
| 60 % / Mittel | 67,2 | - | 62,9 | - | 65,9 | 61,4 | (80,7) | 58,9 | 54,9 | - |
| 60 % / Median | 56,3 | - | 48,0 | - | 51,5 | (47,6) | (64,1) | 47,2 | 43,7 | - |
| | Alle | | | | | | | | | |
| 50 % / Mittel | 10,1 | 3,1 | 10,9 | 4,4 | 10,0 | 7,8 | 19,0 | 10,1 | 9,0 | 15,0 |
| 50 % / Median | 6,1 | (1,7) | 6,6 | 2,8 | 5,2 | 4,2 | 9,4 | 5,7 | 5,3 | 7,7 |
| 60 % / Mittel | 19,6 | 9,3 | 20,0 | 11,9 | 19,9 | 15,6 | 37,3 | 19,6 | 17,2 | 29,6 |
| 60 % / Median | 12,5 | 5,8 | 13,1 | 7,9 | 11,7 | 9,1 | 22,5 | 12,4 | 10,9 | 18,8 |

Datenbasis: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Anm.: „Mittel“ bezeichnet das arithmetische Mittel. Bei einer Fallzahl in der Stichprobe von weniger als 30 wurden keine Ergebnisse ausgewiesen (*), bei einer Fallzahl von 30 b. u. 100 wurden die Ergebnisse in Klammern ausgewiesen.

Quelle: Hauser, R. und Becker, I.: Einkommensverteilung im Querschnitt und im Zeitverlauf 1973 bis 1998

Anhangtabelle I.24

**Gruppenspezifische Armutsquoten nach Haushaltstypen
für alternative Armutsgrenzen 1993 und 1998 (Neue OECD-Skala)
- West-, Ost- und Gesamtdeutschland -**

| | Jeweilige Mittelwerte | | | | Gesamtdeutsche Mittelwerte | | | | | |
|--------------------------|-------------------------------|--------|--------|--------|----------------------------|--------|--------|--------|--------|--------|
| | 1993 | | 1998 | | 1993 | | | 1998 | | |
| | West | Ost | West | Ost | Gesamt | West | Ost | Gesamt | West | Ost |
| Alleinstehende | Alle | | | | Ledige | | | | | |
| 50 % / Mittel | 23,8 | (8,5) | 22,1 | 14,0 | 23,5 | 20,6 | 42,4 | 21,5 | 19,7 | 32,2 |
| 50 % / Median | 18,3 | (5,3) | 16,5 | 9,4 | 16,4 | 14,9 | (26,2) | 15,3 | 14,0 | 22,6 |
| 60 % / Mittel | 31,8 | 22,5 | 31,5 | 28,0 | 33,1 | 29,1 | 59,8 | 32,5 | 29,1 | 51,4 |
| 60 % / Median | 26,9 | 16,2 | 25,4 | 22,9 | 26,0 | 23,1 | 45,3 | 24,7 | 22,5 | 37,5 |
| | Geschieden | | | | | | | | | |
| 50 % / Mittel | 21,7 | - | 22,4 | - | 23,8 | 19,0 | 46,1 | 26,4 | 20,8 | 46,1 |
| 50 % / Median | 15,5 | - | 17,4 | - | 15,4 | 12,1 | 30,5 | 18,6 | 13,8 | 35,3 |
| 60 % / Mittel | 31,0 | - | 32,8 | - | 32,7 | 26,6 | 61,0 | 35,9 | 29,2 | 59,1 |
| 60 % / Median | 24,1 | - | 25,3 | - | 26,2 | 21,1 | 49,7 | 29,0 | 23,1 | 49,8 |
| | Verwitwete | | | | | | | | | |
| 50 % / Mittel | 18,7 | - | 19,8 | - | 16,5 | 13,5 | (29,1) | 15,4 | 16,4 | * |
| 50 % / Median | 10,5 | - | 13,0 | - | 9,6 | (7,6) | (18,3) | 9,5 | 10,4 | * |
| 60 % / Mittel | 32,2 | - | 29,9 | - | 32,5 | 26,3 | 58,7 | 26,9 | 27,4 | (23,8) |
| 60 % / Median | 22,1 | - | 23,5 | - | 20,7 | 17,1 | (35,7) | 19,6 | 20,7 | (13,6) |
| Ehepaare | ohne Kinder | | | | | | | | | |
| 50 % / Mittel | 6,2 | * | 7,0 | * | 6,6 | 4,7 | 14,8 | 6,2 | 5,8 | 7,7 |
| 50 % / Median | 3,8 | * | 4,2 | * | 3,7 | 2,8 | (7,4) | 3,3 | 3,1 | (4,2) |
| 60 % / Mittel | 13,1 | (7,4) | 13,5 | (5,6) | 15,0 | 10,5 | 33,8 | 12,8 | 11,3 | 19,1 |
| 60 % / Median | 7,9 | (4,3) | 9,0 | (4,1) | 8,5 | 5,8 | 20,0 | 8,0 | 7,3 | 10,9 |
| | mit K. | | | | 1 Kind | | | | | |
| 50 % / Mittel | 5,6 | * | 10,4 | (3,2) | 5,9 | (4,5) | (10,5) | 10,4 | 9,3 | (14,3) |
| 50 % / Median | (3,4) | * | (7,5) | * | (2,7) | (2,0) | (4,7) | (6,2) | (6,0) | * |
| 60 % / Mittel | 12,7 | 6,4 | 19,3 | 10,0 | 13,5 | 9,4 | 26,8 | 18,3 | 16,1 | 26,2 |
| 60 % / Median | 7,3 | (4,3) | 12,7 | (5,8) | 7,1 | (5,1) | 13,7 | 11,8 | 10,7 | (16,0) |
| | mit 2 Kindern | | | | mit 2+ K | | | | | |
| 50 % / Mittel | 6,9 | - | 7,2 | - | 7,3 | (5,5) | 12,9 | 6,7 | 5,6 | 13,1 |
| 50 % / Median | (4,3) | - | (3,5) | - | (4,1) | (3,4) | (6,3) | (3,3) | (2,7) | (6,1) |
| 60 % / Mittel | 16,6 | - | 16,3 | - | 17,1 | 12,5 | 31,7 | 15,9 | 13,0 | 29,9 |
| 60 % / Median | 9,3 | - | 9,3 | - | 8,9 | 6,4 | 17,0 | 9,4 | 7,6 | 18,3 |
| | mit 3 und mehr Kindern | | | | | | | | | |
| 50 % / Mittel | (12,2) | - | (7,2) | - | 11,4 | (8,2) | (30,3) | (8,0) | (6,5) | - |
| 50 % / Median | (6,0) | - | (4,7) | - | (5,1) | (4,0) | * | (4,8) | (4,3) | - |
| 60 % / Mittel | 28,2 | - | 20,2 | - | 25,7 | 20,7 | 54,6 | 18,0 | 15,8 | - |
| 60 % / Median | 16,8 | - | 10,6 | - | 15,0 | (11,4) | (35,7) | 9,5 | (7,8) | - |
| allein Erziehende | Alle | | | | 1 Kind | | | | | |
| 50 % / Mittel | (24,6) | * | 29,8 | (9,3) | 25,6 | (19,3) | (41,1) | 28,0 | 24,8 | 39,4 |
| 50 % / Median | (15,4) | * | (20,0) | * | (16,3) | (12,0) | (26,7) | 17,0 | (15,0) | (23,4) |
| 60 % / Mittel | 43,1 | (28,0) | 49,0 | 35,6 | 42,7 | 34,2 | 63,5 | 49,2 | 45,1 | 63,8 |
| 60 % / Median | 28,8 | (20,1) | 38,2 | (23,9) | 28,9 | (22,3) | (44,9) | 33,3 | 30,4 | 45,9 |
| | 2 und mehr Kinder | | | | | | | | | |
| 50 % / Mittel | (41,6) | - | 34,5 | - | 38,6 | (35,0) | (50,2) | 32,5 | (29,5) | - |
| 50 % / Median | (32,0) | - | (22,1) | - | (25,2) | (23,7) | * | (18,8) | (17,3) | - |
| 60 % / Mittel | 61,1 | - | 52,9 | - | 59,8 | 55,6 | (73,7) | 53,3 | 49,0 | - |
| 60 % / Median | 47,1 | - | 42,0 | - | 44,4 | (41,6) | (53,6) | 39,5 | 35,8 | - |
| | Alle | | | | | | | | | |
| 50 % / Mittel | 9,7 | 2,9 | 10,6 | 4,8 | 9,6 | 7,6 | 17,9 | 10,2 | 9,1 | 14,7 |
| 50 % / Median | 6,2 | (1,8) | 7,1 | 2,9 | 5,6 | 4,7 | 9,3 | 6,2 | 5,6 | 8,5 |
| 60 % / Mittel | 18,6 | 9,1 | 18,9 | 11,9 | 19,0 | 14,8 | 36,2 | 18,7 | 16,3 | 28,9 |
| 60 % / Median | 12,0 | 6,1 | 13,1 | 8,4 | 11,7 | 9,1 | 22,0 | 12,5 | 11,0 | 18,7 |

Datenbasis: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Anm.: „Mittel“ bezeichnet das arithmetische Mittel. Bei einer Fallzahl in der Stichprobe von weniger als 30 wurden keine Ergebnisse ausgewiesen (*), bei einer Fallzahl von 30 b. u. 100 wurden die Ergebnisse in Klammern ausgewiesen.

Quelle: Hauser, R. und Becker, I.: Einkommensverteilung im Querschnitt und im Zeitverlauf 1973 bis 1998

Anhangtabelle I.25

Dynamik der Nettoäquivalenzeinkommen nach Einkommensgruppen
 - Einkommensdynamik nach Einkommensklassen - Glass-Preis-Index -

| Glass-Preis-Index | Relative Einkommensposition (Mean, OECD alt) | | | | | | | Quintile (OECD alt) | | | | |
|-------------------|--|----------|-----------|------------|------------|------------|--------|---------------------|------------|------------|------------|---------------|
| | 0-<50% | 50%-<75% | 75%-<100% | 100%-<125% | 125%-<150% | 150%-<200% | >=200% | Unter. Quintil | 2. Quintil | 3. Quintil | 4. Quintil | Ober. Quintil |
| D | | | | | | | | | | | | |
| 1992-95 | .563 | .684 | .763 | .778 | .760 | .601 | .401 | .555 | .784 | .825 | .698 | .372 |
| 1995-98 | .572 | .603 | .684 | .717 | .706 | .589 | .425 | .503 | .711 | .744 | .652 | .361 |
| NBL | | | | | | | | | | | | |
| 1992-95 | .739 | .765 | .846 | .874 | .864 | .740 | .811 | .631 | .876 | .947 | .867 | .569 |
| 1995-98 | .674 | .695 | .750 | .764 | .799 | .643 | .601 | .565 | .787 | .771 | .816 | .483 |
| ABL | | | | | | | | | | | | |
| 1985-88 | .533 | .619 | .719 | .789 | .741 | .606 | .503 | .482 | .720 | .762 | .753 | .417 |
| 1988-91 | .482 | .605 | .679 | .711 | .736 | .641 | .437 | .500 | .740 | .697 | .673 | .374 |
| 1992-95 | .465 | .664 | .701 | .742 | .757 | .580 | .401 | .461 | .685 | .721 | .694 | .397 |
| 1995-98 | .506 | .584 | .672 | .716 | .756 | .575 | .405 | .478 | .699 | .748 | .647 | .377 |
| | Relative Einkommensposition (Mean, OECD neu) | | | | | | | Quintile (OECD neu) | | | | |
| D | | | | | | | | | | | | |
| 1992-95 | .586 | .691 | .769 | .747 | .720 | .588 | .387 | .543 | .810 | .823 | .714 | .376 |
| 1995-98 | .532 | .573 | .707 | .707 | .707 | .593 | .453 | .485 | .679 | .733 | .663 | .350 |
| NBL | | | | | | | | | | | | |
| 1992-95 | .751 | .750 | .826 | .817 | .918 | .786 | .866 | .652 | .804 | .926 | .849 | .599 |
| 1995-98 | .700 | .696 | .708 | .742 | .753 | .646 | .403 | .526 | .823 | .771 | .758 | .421 |
| ABL | | | | | | | | | | | | |
| 1985-88 | .568 | .640 | .688 | .790 | .750 | .597 | .536 | .504 | .713 | .725 | .759 | .419 |
| 1988-91 | .487 | .622 | .740 | .724 | .745 | .535 | .478 | .474 | .700 | .752 | .695 | .383 |
| 1992-95 | .457 | .668 | .753 | .743 | .721 | .501 | .412 | .441 | .736 | .764 | .676 | .369 |
| 1995-98 | .494 | .570 | .733 | .715 | .772 | .574 | .386 | .465 | .682 | .771 | .665 | .378 |

Datenbasis: SOEP August 2000; 1995 ohne Zuwandererstichprobe und 1998 ohne E-Stichprobe; gewichtet in Tsd.

Einkommen des Vorjahres / 1% Bottomcoding; Realeinkommen zu Preisen von 1998, getr. Ost und West, ohne weitergehende Kaufkraftbereinigung.

Der Glass Preis-Index setzt die Gruppierung nach Einkommensklassen voraus. Hier wird für jede Einkommensklasse ein eigener Mobilitätswert berechnet. Dadurch können auch Unterschiede im Mobilitätsverlauf zwischen Einkommensgruppen aufgedeckt werden.

$$GP_i = \frac{1 - p_{ii}}{1 - p_{.i}}, i = 1, \dots, k$$

Quelle: Wagner, G. und Krause, P.: Einkommensverteilung und Einkommensmobilität

Anhangtabelle I.26

Mobilität zwischen Jahres- und permanenten Einkommen
- Haushaltsnettoeinkommen (OECD alt - Median) -

| - Relative Einkommens Pos. im Jahr | Relative Einkommensschwelen bezogen auf den Median | | | | | | Bev. in % |
|------------------------------------|--|----------|------------|------------|-------|--------------|-----------|
| | 0%-<60% | 60%-100% | >100%-150% | >150%-200% | >200% | Insges. in % | |
| D 1992 | Permanente Einkommensposition der Jahre 1993 - 95 | | | | | | |
| 0%-<60% | 52,0 | 43,2 | 4,8 | 0,0 | 0,0 | 100,0 | 15,1 |
| 60%-100% | 10,6 | 70,2 | 17,7 | 1,4 | 0,1 | 100,0 | 34,0 |
| >100%-150% | 1,4 | 24,9 | 62,8 | 10,0 | 0,9 | 100,0 | 27,8 |
| >150%-200% | 0,2 | 5,4 | 41,4 | 47,8 | 5,3 | 100,0 | 13,6 |
| >200% | 0,5 | 0,8 | 6,7 | 27,9 | 64,1 | 100,0 | 9,6 |
| D 1995 | Permanente Einkommensposition der Jahre 1996 - 98 | | | | | | |
| 0%-<60% | 59,8 | 34,6 | 5,1 | 0,4 | 0,1 | 100,0 | 14,6 |
| 60%-100% | 7,3 | 70,8 | 20,5 | 1,0 | 0,5 | 100,0 | 34,2 |
| >100%-150% | 1,1 | 20,4 | 68,7 | 8,6 | 1,2 | 100,0 | 28,9 |
| >150%-200% | 0,2 | 4,0 | 34,5 | 51,5 | 9,9 | 100,0 | 13,0 |
| >200% | 0,8 | 1,9 | 5,6 | 21,4 | 70,4 | 100,0 | 9,2 |
| NBL 1992 | Permanente Einkommensposition der Jahre 1993 - 95 | | | | | | |
| 0%-<60% | 34,6 | 60,0 | 4,7 | 0,7 | 0,0 | 100,0 | 8,6 |
| 60%-100% | 9,1 | 63,6 | 26,3 | 1,1 | 0,0 | 100,0 | 39,5 |
| >100%-150% | 1,8 | 31,7 | 58,5 | 7,1 | 0,9 | 100,0 | 39,5 |
| >150%-200% | 0,3 | 6,7 | 51,9 | 38,2 | 2,9 | 100,0 | 9,2 |
| >200% | 0,0 | 1,7 | 17,2 | 35,0 | 46,1 | 100,0 | 3,2 |
| NBL 1995 | Permanente Einkommensposition der Jahre 1996 - 98 | | | | | | |
| 0%-<60% | 44,9 | 52,0 | 2,8 | 0,3 | 0,0 | 100,0 | 10,3 |
| 60%-100% | 4,8 | 72,6 | 22,2 | 0,4 | 0,0 | 100,0 | 38,1 |
| >100%-150% | 1,9 | 25,4 | 66,0 | 6,1 | 0,6 | 100,0 | 36,8 |
| >150%-200% | 0,2 | 2,6 | 52,6 | 35,7 | 9,0 | 100,0 | 11,0 |
| >200% | 0,0 | 0,6 | 10,5 | 44,7 | 44,2 | 100,0 | 3,8 |
| ABL 1985 | Permanente Einkommensposition der Jahre 1986 - 88 | | | | | | |
| 0%-<60% | 54,3 | 38,0 | 7,2 | 0,1 | 0,4 | 100,0 | 13,3 |
| 60%-100% | 9,1 | 70,0 | 18,9 | 1,5 | 0,5 | 100,0 | 36,4 |
| >100%-150% | 1,6 | 23,4 | 63,9 | 10,3 | 0,9 | 100,0 | 31,6 |
| >150%-200% | 0,4 | 4,2 | 31,4 | 50,4 | 13,6 | 100,0 | 12,0 |
| >200% | 1,3 | 1,5 | 11,3 | 21,3 | 64,7 | 100,0 | 6,7 |
| ABL 1988 | Permanente Einkommensposition der Jahre 1989 - 91 | | | | | | |
| 0%-<60% | 64,1 | 31,8 | 2,8 | 0,9 | 0,5 | 100,0 | 13,7 |
| 60%-100% | 7,8 | 71,6 | 19,1 | 1,5 | 0,1 | 100,0 | 36,6 |
| >100%-150% | 0,7 | 21,6 | 67,5 | 9,1 | 1,1 | 100,0 | 31,6 |
| >150%-200% | 0,4 | 3,4 | 29,5 | 52,3 | 14,4 | 100,0 | 11,7 |
| >200% | 0,0 | 1,5 | 8,0 | 28,9 | 61,6 | 100,0 | 6,6 |
| ABL 1992 | Permanente Einkommensposition der Jahre 1993 - 95 | | | | | | |
| 0%-<60% | 67,9 | 27,2 | 4,8 | 0,2 | 0,0 | 100,0 | 13,3 |
| 60%-100% | 14,6 | 67,0 | 17,1 | 1,2 | 0,1 | 100,0 | 35,5 |
| >100%-150% | 1,4 | 21,1 | 64,9 | 11,2 | 1,4 | 100,0 | 31,0 |
| >150%-200% | 0,3 | 5,3 | 33,3 | 51,0 | 10,1 | 100,0 | 12,7 |
| >200% | 0,4 | 0,8 | 6,5 | 25,9 | 66,4 | 100,0 | 7,6 |
| ABL 1995 | Permanente Einkommensposition der Jahre 1996 - 98 | | | | | | |
| 0%-<60% | 61,1 | 31,9 | 6,1 | 0,8 | 0,0 | 100,0 | 15,1 |
| 60%-100% | 7,9 | 71,3 | 19,2 | 1,0 | 0,6 | 100,0 | 33,5 |
| >100%-150% | 0,8 | 18,2 | 68,9 | 10,8 | 1,3 | 100,0 | 29,1 |
| >150%-200% | 0,2 | 2,0 | 35,9 | 50,6 | 11,3 | 100,0 | 13,3 |
| >200% | 1,2 | 2,1 | 5,4 | 18,5 | 72,8 | 100,0 | 9,1 |

Datenbasis: SOEP August 2000; 1995 ohne Zuwandererstichprobe und 1998 ohne E-Stichprobe; gewichtet in Tsd.

Permanente Einkommen in Realeinkommen zu Preisen von 1998, getr. Ost und West, ohne weitergehende Kaufkraftbereinigung;

Quelle: Wagner, G. und Krause, P.: Polarisierung der Einkommensverteilung und Einkommensmobilität

Anhangtabelle I.27

Entwicklung des Haushaltsnettoeinkommens nach Geschlecht und Alter der Bezugsperson (DM/Monat und %) - Haushalte mit deutscher Bezugsperson, die an den Wellen 1 und 2 teilgenommen haben

| | Differenz in DM | | | Wachstum in % | | |
|--------------------------|-----------------|-------|-------|---------------|------|------|
| | Insg. | nBL | aBL | Insg. | nBL | aBL |
| Männer | | | | | | |
| 18 b. u. 25 Jahre | 353 | (175) | (418) | 23 | (19) | (25) |
| 25 b. u. 55 Jahre | 168 | 150 | 175 | 10 | 7 | 11 |
| 55 b. u. 65 Jahre | 248 | 220 | 259 | 16 | 12 | 17 |
| 65 b. u. 80 Jahre | 93 | / | 89 | 9 | / | 9 |
| 80 Jahre u. älter | / | - | / | / | - | / |
| Insgesamt | 184 | 192 | 163 | 11 | 9 | 11 |
| Frauen | | | | | | |
| 18 b. u. 25 Jahre | 190 | (103) | (235) | 16 | (10) | (20) |
| 25 b. u. 55 Jahre | 164 | 108 | 180 | 11 | 8 | 12 |
| 55 b. u. 65 Jahre | 23 | 37 | 16 | 2 | 3 | 1 |
| 65 b. u. 80 Jahre | -19 | (-34) | -15 | -1 | (-1) | -1 |
| 80 Jahre u. älter | / | / | / | / | / | / |
| Insgesamt | 101 | 113 | 63 | 7 | 8 | 5 |
| Männer und Frauen | | | | | | |
| Insgesamt | 184 | 163 | 192 | 11 | 9 | 12 |

Datenbasis: Niedrigeinkommenspanel

Quelle: Kortmann, K. und Sopp, P.: Die Bevölkerung in unteren Einkommensbereich – Demographische Strukturen, Einstiegsgründe und Ausstiegsdynamik

Anhangtabelle I.28

Entwicklung des Haushaltsnettoeinkommens nach der überwiegenden Einkommensart in Welle 1 (DM/Monat und %) - Haushalte mit deutscher Bezugsperson, die an den Wellen 1 und 2 teilgenommen haben

| | Differenz in DM | | | Wachstum in % | | |
|---|-----------------|------------|------------|---------------|----------|-----------|
| | Insg. | nBL | aBL | Insg. | nBL | aBL |
| Erwerbseinkommen ² | | | | | | |
| > 50% d. HH-Netto (m) ¹ | 222 | 173 | 238 | 11 | 7 | 13 |
| > 50% d. HH-Netto (w) | 118 | 157 | 107 | 8 | 11 | 8 |
| Rentnerhaushalte ³ | | | | | | |
| > 50% d. HH-Netto (m) | 109 | 134 | 104 | 6 | 6 | 7 |
| > 50% d. HH-Netto (w) | 0 | -9 | 3 | 0 | 0 | 0 |
| Arbeitslosenhaushalte ⁴ | | | | | | |
| > 50% d. HH-Netto (m) ¹ | 258 | 268 | 252 | 14 | 14 | 14 |
| > 50% d. HH-Netto (w) | 153 | 52 | 213 | 12 | 7 | 15 |
| Sozialhilfehaushalte ⁵ | | | | | | |
| Männl. Bezugsperson | 136 | 73 | 153 | 14 | 6 | 16 |
| Weibl. Bezugsperson | 96 | 51 | 104 | 7 | 4 | 8 |
| Insgesamt | 184 | 163 | 192 | 11 | 9 | 12 |

Datenbasis: Niedrigeinkommenspanel

- 1 Geschlecht der Bezugsperson: (m) = männlich und (w) = weiblich
- 2 Anteil Erwerbseinkommen > 50% des Haushaltsnettoeinkommens (Welle 1)
- 3 Anteil eigenes und abgeleitetes Alterseinkommen > 50% des Haushaltsnettoeinkommens
- 4 Anteil Arbeitslosenunterstützung (ALG, ALH) > 50% des Haushaltsnettoeinkommens
- 5 Haushalte mit laufender Hilfe zum Lebensunterhalt

Quelle: Kortmann, K. und Sopp, P.: Die Bevölkerung in unteren Einkommensbereich – Demographische Strukturen, Einstiegsgründe und Ausstiegssdynamik

Anhangtabelle I.29

Einkommensmobilität der Haushalte im unteren Einkommensbereich¹ - Haushalte mit deutscher Bezugsperson, die an den Wellen 1 und 2 teilgenommen haben

| | Deutschland | | Alte Länder | | neue Länder | |
|--------------------------------------|-------------|-----|-------------|-----|-------------|-----|
| | Tsd. | % | Tsd. | % | Tsd. | % |
| Haushalte (Tsd.) | 4.663 | 100 | 3.494 | 100 | 1.169 | 100 |
| HH-Nettoeinkommen² | | | | | | |
| verringert | 713 | 15 | 510 | 15 | 202 | 17 |
| konstant | 2.469 | 53 | 1.913 | 55 | 557 | 48 |
| erhöht | 1.481 | 32 | 1.071 | 31 | 410 | 35 |
| HLU-Bezug | | | | | | |
| Nie HLU | 3.635 | 78 | 2.653 | 76 | 982 | 84 |
| HLU nur 1. Welle | 228 | 5 | 156 | 4 | 72 | 6 |
| HLU nur 2. Welle | 65 | 1 | 52 | 1 | 13 | 1 |
| HLU beide Wellen | 735 | 16 | 634 | 18 | 101 | 9 |
| Niedrigeinkommen | | | | | | |
| Weder noch ³ | 665 | 14 | 482 | 14 | 183 | 16 |
| nur 1. Welle | 619 | 13 | 430 | 12 | 189 | 16 |
| nur 2. Welle ³ | 190 | 4 | 122 | 3 | 68 | 6 |
| beide Wellen | 3.189 | 68 | 2.460 | 70 | 729 | 62 |

Datenbasis: Niedrigeinkommenspanel

- 1 Abweichungen von der Summe der Einzelkomponenten bzw. 100% sind rundungsbedingt.
- 2 Änderung von mehr als +/- 3% des Haushaltsnettoeinkommens gegenüber 1. Welle
- 3 Haushalte mit Wohngeld, HLU oder Arbeitslosenunterstützung der Bezugsperson mit Nettoeinkommen über der Niedrigeinkommensgrenze in Welle 1

Quelle: Kortmann, K. und Sopp, P.: Die Bevölkerung in unteren Einkommensbereich – Demographische Strukturen, Einstiegsgründe und Ausstiegsgynamik

Anhangtabelle I.30

Veränderung der Höhe wichtiger Einkommen nach Einkommensarten bei Aussteigern und Haushalten mit Verbleib im Niedrigeinkommensbereich (DM/Monat) - Haushalte mit deutscher Bezugsperson, die an den Wellen 1 und 2 teilgenommen haben

| | Ausstieg | | | Verbleib | | |
|----------------------------|----------|-------|-------|----------|-----|-----|
| | Insg. | nBL | aBL | Insg. | nBL | aBL |
| männl. Bezugsperson | | | | | | |
| Erwerbseinkommen | 1.206 | 1.307 | 1.019 | 39 | 59 | -29 |
| Kinder-/Erziehungsgeld | -18 | 10 | -70 | -5 | -5 | -4 |
| Ausbildungsförderung | 17 | 26 | 0 | 16 | 16 | 15 |
| Arbeitslosengeld | -101 | -67 | -165 | -10 | 4 | -54 |
| Arbeitslosenhilfe | -128 | -97 | -185 | 4 | -17 | 73 |
| Wohngeld | -3 | -1 | -6 | -7 | -4 | -16 |
| Unterhalt | -7 | -10 | 0 | 5 | 3 | 14 |
| Unterhaltsvorschuss | -15 | -22 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Private Unterstützung | -11 | -11 | -12 | -6 | -8 | 0 |
| HLU | -40 | -63 | 1 | -18 | -12 | -36 |
| HbL | -1 | 0 | -4 | 0 | 0 | 0 |
| Eigenes Alterseinkommen | 143 | 130 | 166 | 27 | 21 | 46 |
| Hinterbliebeneneink. | 9 | 10 | 6 | 0 | 0 | 1 |
| Summe Veränderung | 1.063 | 1.233 | 748 | 34 | 45 | -1 |
| weibl. Bezugsperson | | | | | | |
| Erwerbseinkommen | 1.402 | 1.536 | 965 | 45 | 54 | 12 |
| Kinder-/Erziehungsgeld | 16 | 26 | -16 | -3 | -5 | 1 |
| Ausbildungsförderung | 30 | 10 | 95 | 17 | 7 | 53 |
| Arbeitslosengeld | -227 | -228 | -224 | 7 | 16 | -24 |
| Arbeitslosenhilfe | -62 | -48 | -109 | -9 | -4 | -26 |
| Wohngeld | -10 | -7 | -18 | 0 | 0 | 2 |
| Unterhalt | -10 | -14 | 1 | -4 | -6 | 4 |
| Unterhaltsvorschuss | -1 | -1 | 0 | -2 | -1 | -5 |
| Private Unterstützung | -19 | -19 | -19 | -4 | -7 | 4 |
| HLU | -113 | -156 | 28 | -12 | -7 | -30 |
| HbL | -2 | -2 | -1 | -15 | -17 | -9 |
| Eigenes Alterseinkommen | 64 | 36 | 158 | 6 | 3 | 17 |
| Hinterbliebeneneink. | 4 | 5 | - | -6 | -9 | 2 |
| Summe Veränderung | 1.091 | 1.141 | 925 | 15 | 22 | -10 |

Datenbasis: Niedrigeinkommenspanel

Quelle: Kortmann, K. und Sopp, P.: Die Bevölkerung in unteren Einkommensbereich – Demographische Strukturen, Einstiegsgründe und Ausstiegsdynamik

Anhangtabelle I.31

Aussteiger und Haushalte mit Verbleib im Niedrigeinkommensbereich nach Veränderungen der Höhe wichtiger Einkommensarten und Haushaltsgröße (%) ¹ - Haushalte mit deutscher Bezugsperson, die an den Wellen 1 und 2 teilgenommen haben

| | Alte Länder | | | Neue Länder | | |
|--|-------------|----------|----------|-------------|----------|----------|
| | Insg. | Ausstieg | Verbleib | Insg. | Ausstieg | Verbleib |
| Haushalte (Tsd.) | 2.891 | 431 | 2.460 | 918 | 189 | 729 |
| Anteil (%) | | | | | | |
| Arbeitslosenunterstützung² | | | | | | |
| weggefallen | 6 | 26 | 3 | 12 | 33 | 7 |
| reduziert | 3 | 1 | 3 | 10 | 16 | 9 |
| unverändert ³ | 88 | 68 | 91 | 66 | 34 | 75 |
| gestiegen | 1 | 1 | 1 | 6 | 10 | 6 |
| hinzugekommen | 3 | 5 | 2 | 5 | 8 | 4 |
| Alterseinkommen ⁴ | | | | | | |
| weggefallen | 1 | 0 | 1 | 0 | 0 | -1 |
| reduziert | 2 | - | 2 | 0 | - | 0 |
| unverändert ³ | 80 | 77 | 81 | 80 | 82 | 79 |
| gestiegen | 16 | 17 | 15 | 18 | 20 | 20 |
| hinzugekommen | 2 | 5 | 1 | 2 | 7 | 1 |
| Erwerbseinkommen ⁵ | | | | | | |
| weggefallen | 2 | 2 | 3 | 3 | 2 | 3 |
| reduziert | 4 | 3 | 5 | 4 | 4 | 4 |
| unverändert ³ | 67 | 14 | 77 | 68 | 22 | 80 |
| gestiegen | 17 | 43 | 11 | 15 | 34 | 10 |
| hinzugekommen | 10 | 39 | 5 | 11 | 38 | 4 |
| Haushaltsgröße | | | | | | |
| verkleinert | 4 | 2 | 4 | 3 | 3 | 3 |
| unverändert ³ | 94 | 85 | 95 | 95 | 90 | 96 |
| größer | 3 | 13 | 1 | 2 | 7 | 1 |
| Insgesamt | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 |

Datenbasis: Niedrigeinkommenspanel

- 1 Abweichungen von der Summe der Einzelkomponenten bzw. 100% sind rundungsbedingt
- 2 ALG und ALH summiert.
- 3 +/- 0, ggf. auch Nichtbezug in beiden Wellen
- 4 Eigene Alterseinkommen und Hinterbliebeneneinkommen summiert.
- 5 Lohn, Gehalt, Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit und Einkommen aus Nebentätigkeit summiert.

Quelle: Kortmann, K. und Sopp, P.: Die Bevölkerung in unteren Einkommensbereich – Demographische Strukturen, Einstiegsgründe und Ausstiegssdynamik

Anhangtabelle I.32

Aussteiger und Haushalte mit Verbleib im Niedrigeinkommensbereich nach Alter der Bezugsperson, Zahl der Kinder unter 18 Jahren und Haushaltstyp (% quer) - Haushalte mit deutscher Bezugsperson, die an den Wellen 1 und 2 teilgenommen haben

| | Alte Länder | | | Neue Länder | | |
|-------------------------------|-------------|----------|----------|-------------|----------|----------|
| | Insg. | Ausstieg | Verbleib | Insg. | Ausstieg | Verbleib |
| Haushalte (Tsd.) | 2.891 | 431 | 2.460 | 918 | 189 | 729 |
| Anteil (% quer) | 100 | 15 | 85 | 100 | 26 | 74 |
| Alter der Bezugsperson | | | | | | |
| 18 b.u. 25 Jahren | 100 | 28 | 72 | 100 | 13 | 87 |
| 25 b.u. 55 Jahren | 100 | 17 | 86 | 100 | 17 | 83 |
| 55 b.u. 65 Jahren | 100 | 14 | 86 | 100 | 17 | 83 |
| 65 J. u. älter | 100 | 4 | 96 | 100 | 7 | 93 |
| Kinder u. 18 Jahren | | | | | | |
| 0 | 100 | 13 | 87 | 100 | 17 | 83 |
| 1 | 100 | 18 | 82 | 100 | 36 | 64 |
| 2 u.m. | 100 | 20 | 80 | 100 | 17 | 83 |
| Haushaltstyp | | | | | | |
| Alleinlebende Männer | 100 | 13 | 87 | 100 | 13 | 87 |
| Alleinlebende Frauen | 100 | 12 | 88 | 100 | 10 | 90 |
| Ehepaare/Lebensgem. | | | | | | |
| keine Kinder u. 18 J. | 100 | 15 | 85 | 100 | 33 | 67 |
| 1 Kind u. 18 J. | 100 | 23 | 77 | 100 | 47 | 53 |
| 2 u.m. Kdr. u. 18 J. | 100 | 23 | 77 | 100 | 25 | 75 |
| Alleinerziehende | 100 | 15 | 85 | 100 | 4 | 96 |
| Sonstige Haushalte | 100 | 16 | 84 | 100 | 14 | 86 |

Datenbasis: Niedrigeinkommenspanel

Quelle: Kortmann, K. und Sopp, P.: Die Bevölkerung in unteren Einkommensbereich – Demographische Strukturen, Einstiegsgründe und Ausstiegsdynamik

Anhangtabelle I.33

Aussteiger und im HLU-Bezug verbleibende Haushalte nach Geschlecht der Bezugsperson und Zahl der Kinder unter 18 Jahren (% quer) - Haushalte mit deutscher Bezugsperson, die an den Wellen 1 und 2 teilgenommen haben

| | Früheres Bundesgebiet | | | Neue Länder und Berlin-Ost | | |
|------------------------------------|-----------------------|----------|----------|----------------------------|----------|----------|
| | Insg. | Ausstieg | Verbleib | Insg. | Ausstieg | Verbleib |
| Haushalte (Tsd.) | 790 | 156 | 634 | 173 | 72 | 101 |
| Anteil (% quer) | 100 | 20 | 80 | 100 | 42 | 58 |
| Geschlecht der Bezugsperson | | | | | | |
| Männer | 100 | 15 | 85 | 100 | / | / |
| Frauen | 100 | 23 | 77 | 100 | 38 | 62 |
| Kinder u. 18 J. | | | | | | |
| 0 | 100 | 14 | 86 | 100 | (48) | (52) |
| 1 | 100 | 29 | 71 | 100 | (33) | (67) |
| 2 und mehr | 100 | 28 | 72 | 100 | (34) | (66) |

Datenbasis: Niedrigeinkommenspanel

/ Kein Nachweis, da der Wert aufgrund zu geringer Zellenbesetzung statistisch nicht hinreichend gesichert ist (Zellenbesetzung n der Basis < 10).

Quelle: Kortmann, K. und Sopp, P.: Die Bevölkerung in unteren Einkommensbereich – Demographische Strukturen, Einstiegsgründe und Ausstiegssdynamik

Anhangtabelle I.34

Veränderung der Höhe wichtiger Einkommensarten bei HLU-Aussteigern und im HLU-Bezug verbleibenden Haushalten¹⁾ (DM) - Haushalte mit deutscher Bezugsperson, die an den Wellen 1 und 2 teilgenommen haben

| | Deutschland | | |
|-------------------------|-------------|----------|----------|
| | Insg. | Ausstieg | Verbleib |
| Erwerbseinkommen | 229 | 783 | 58 |
| Kinder-/Erziehungsgeld | -11 | -19 | -9 |
| Ausbildungsförderung | 9 | 39 | 0 |
| Arbeitslosengeld | 27 | 85 | 9 |
| Arbeitslosenhilfe | -16 | -8 | -19 |
| Unterhalt | 1 | 22 | -6 |
| Private Unterstützung | -8 | -32 | 0 |
| HLU | -160 | -734 | 18 |
| HbL | -1 | -8 | 2 |
| Eigenes Alterseinkommen | 46 | 96 | 30 |

Datenbasis: Niedrigeinkommenspanel

1 Einkommensarten ohne Besetzung und mit geringen Beträgen, die sich zwischen den beiden Kategorien nicht unterscheiden, sind nicht aufgeführt.

Quelle: Kortmann, K. und Sopp, P.: Die Bevölkerung in unteren Einkommensbereich – Demographische Strukturen, Einstiegsgründe und Ausstiegssdynamik“

Anhangtabelle I.35

Haushalte mit verringertem Nettoeinkommen und die übrigen Haushalte nach Haushaltstyp, Alter der Bezugsperson und Zahl der Kinder unter 18 Jahren (%)¹ - Haushalte mit deutscher Bezugsperson, die an den Wellen 1 und 2 teilgenommen haben

| | Alte Länder | | | Neue Länder | | |
|-------------------------------|-------------|----------|--------|-------------|----------|--------|
| | Insg. | Verring. | Übrige | Insg. | Verring. | Übrige |
| Haushalte (Tsd.) | 3.494 | 510 | 2.984 | 1.170 | 203 | 967 |
| Anteil (% quer) | 100 | 15 | 85 | 100 | 17 | 83 |
| Alter der Bezugsperson | | | | | | |
| 18 b.u. 25 Jahren | 100 | 14 | 86 | 100 | (14) | (86) |
| 25 b.u. 55 Jahren | 100 | 17 | 83 | 100 | 19 | 81 |
| 55 b.u. 65 Jahren | 100 | 9 | 91 | 100 | 16 | 84 |
| 65 J. u. älter | 100 | 11 | 89 | 100 | (13) | (87) |
| Kinder u. 18 Jahren | | | | | | |
| 0 | 100 | 13 | 87 | 100 | 13 | 87 |
| 1 | 100 | 18 | 82 | 100 | 21 | 79 |
| 2 u.m. | 100 | 18 | 82 | 100 | 28 | 72 |
| Haushaltstyp | | | | | | |
| Alleinlebende Männer | 100 | 14 | 86 | 100 | 4 | 96 |
| Alleinlebende Frauen | 100 | 13 | 87 | 100 | 14 | 86 |
| Ehepaare/Lebensgem. | | | | | | |
| keine Kinder u. 18 J. | 100 | 12 | 88 | 100 | 16 | 84 |
| 1 Kind u. 18 J. | 100 | 14 | 86 | 100 | 28 | 72 |
| 2 u.m. Kdr. u. 18 J. | 100 | 14 | 86 | 100 | 24 | 76 |
| Alleinerziehende | 100 | 22 | 78 | 100 | 19 | 82 |
| Sonstige Haushalte | 100 | 15 | 86 | 100 | (41) | (59) |

Datenbasis: Niedrigeinkommenspanel

(...) Wert statistisch nur schwach gesichert (9 < n < 30).

1 Abweichungen von der Summe der Einzelkomponenten bzw. 100% sind rundungsbedingt.

Quelle: Kortmann, K. und Sopp, P.: Die Bevölkerung in unteren Einkommensbereich – Demographische Strukturen, Einstiegsgründe und Ausstiegssdynamik

Anhangtabelle I.36

Veränderung der Höhe der Einkommensarten bei Haushalten mit verringertem Nettoeinkommen im Vergleich zu den übrigen Haushalten ¹ (DM) - Haushalte mit deutscher Bezugsperson, die an den Wellen 1 und 2 teilgenommen haben

| | Alte Länder | | | Neue Länder | | |
|-------------------------------|-------------|----------|--------|-------------|----------|--------|
| | Insg. | Verring. | Übrige | Insg. | Verring. | Übrige |
| Männliche Bezugsperson | | | | | | |
| Erwerbseinkommen | 241 | -290 | 329 | 219 | -405 | 344 |
| Kinder-/Erziehungsgeld | -6 | -96 | 9 | -21 | -405 | 344 |
| Ausbildungsförderung | 15 | 2 | 17 | 11 | 26 | 8 |
| Vermietung u. Verpachtung | -7 | -65 | 2 | 0 | 0 | 0 |
| Arbeitslosengeld | -5 | 68 | -18 | -53 | 7 | -66 |
| Arbeitslosenhilfe | -23 | -4 | -26 | 0 | 145 | -29 |
| Unfallrente | 0 | 14 | 2 | -5 | -14 | -4 |
| Wohngeld | -8 | -22 | -5 | -15 | -14 | -16 |
| Unterhalt | 4 | 14 | 2 | 8 | 7 | 8 |
| Unterhaltsvorschuss | -3 | 0 | -4 | 0 | 0 | 0 |
| Private Unterstützung | -7 | -43 | -1 | -3 | -1 | -3 |
| HLU | -15 | -19 | -15 | -35 | -91 | -24 |
| HbL | 0 | 1 | 0 | -1 | 1 | -1 |
| Eigenes Alterseinkommen | 33 | -27 | 42 | 74 | 0 | 89 |
| Hinterbliebeneneinkommen | 1 | 0 | 2 | 2 | 0 | 2 |
| Veränderung insgesamt | 219 | -496 | 337 | 179 | -419 | 299 |
| Weibliche Bezugsperson | | | | | | |
| Erwerbseinkommen | 228 | -73 | 281 | 152 | -187 | 226 |
| Kinder-/Erziehungsgeld | -3 | -32 | 2 | -4 | -49 | 6 |
| Ausbildungsförderung | 6 | 1 | 7 | 47 | 2 | 56 |
| Vermietung u. Verpachtung | 0 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| Arbeitslosengeld | -17 | 17 | -23 | -35 | 42 | -52 |
| Arbeitslosenhilfe | -10 | 0 | -11 | -34 | -11 | -39 |
| Unfallrente | 0 | 1 | 0 | -2 | -11 | 0 |
| Wohngeld | -2 | -10 | 0 | -2 | -5 | -1 |
| Unterhalt | -12 | -83 | 1 | 1 | -14 | 4 |
| Unterhaltsvorschuss | -1 | 1 | -1 | -3 | 0 | -4 |
| Private Unterstützung | -7 | 3 | -9 | -1 | -9 | 1 |
| HLU | -27 | -60 | -21 | -24 | -101 | -7 |
| HbL | -13 | -7 | -14 | -7 | -33 | -1 |
| Entgelt PV | -2 | 1 | -3 | 0 | -39 | 9 |
| Eigenes Alterseinkommen | 6 | 0 | 8 | 32 | -7 | 41 |
| Hinterbliebeneneinkommen | -12 | -60 | -3 | 2 | 2 | 1 |
| Veränderung insgesamt | 136 | -301 | 214 | 121 | -420 | 240 |

Datenbasis: Niedrigeinkommenspanel

1 Einkommensarten ohne Besetzung nicht aufgeführt.

Quelle: Kortmann, K. und Sopp, P.: Die Bevölkerung in unteren Einkommensbereich – Demographische Strukturen, Einstiegsgründe und Ausstiegsdynamik

Anhangtabelle I.37

Zum Vergleich von EVS und der Einkommensteuerstatistik - Differenz der hochgerechneten Fallzahl

| Steuerzahlbetragsklassen | | | Differenz absolut | | | | | | | Differenz in Prozentpunkten | | | | | | |
|--------------------------|------|---------|-------------------|---------------------|-------------------|------------|------------------|-----------------|------------|-----------------------------|---------------------|-------------------|-------|------------------|-----------------|----------|
| | | | Single | Single, ein Kind | Single >1 Kind | Paar | Paar ein Kind | Paar >1 Kind | zusammen | Single | Single, ein Kind | Single >1 Kind | Paar | Paar ein Kind | paar >1 Kind | zusammen |
| | | 0 | -2.958.401 | -209.280 | -5.119 | -2.499.411 | 112.772 | 333.865 | -5.225.575 | -27,8 | -20,4 | -20,5 | -23,3 | 4,9 | 8,9 | -13,8 |
| 1 | - | 2.000 | 752.700 | -108.634 | 17.921 | 5.977 | -119.783 | -146.963 | 401.218 | 5,0 | -3,2 | -4,2 | 3,2 | -1,2 | -1,2 | 2,4 |
| 2.000 | - | 4.000 | 689.993 | -62.696 | 71.930 | -34.204 | -132.477 | -277.750 | 254.795 | 4,8 | 4,5 | 4,2 | 2,3 | -1,1 | -3,3 | 1,8 |
| 4.000 | - | 6.000 | 669.503 | -38.387 | 76.398 | -93.871 | -196.887 | -227.020 | 189.736 | 4,6 | 7,3 | 6,2 | 1,6 | -2,1 | -2,2 | 1,7 |
| 6.000 | - | 8.000 | 649.425 | -26.147 | 57.071 | -93.973 | -147.876 | -159.276 | 279.225 | 4,4 | 5,6 | 4,8 | 1,2 | -1,3 | -1,3 | 1,9 |
| 8.000 | - | 10.000 | 389.418 | -30.423 | 32.037 | -31.506 | -91.852 | -120.090 | 147.584 | 2,4 | 2,4 | 2,2 | 1,6 | -0,4 | -0,8 | 1,3 |
| 10.000 | - | 12.000 | 269.266 | -14.442 | 24.274 | 23.001 | -89.626 | -104.659 | 107.815 | 1,7 | 1,9 | 2,1 | 2,0 | -0,5 | -0,8 | 1,0 |
| 12.000 | - | 14.000 | 205.410 | -10.666 | 16.947 | -3.066 | -60.110 | -51.760 | 96.754 | 1,4 | 1,3 | 1,6 | 1,6 | 0,0 | -0,1 | 0,8 |
| 14.000 | - | 16.000 | 124.274 | -8.481 | 12.014 | 44.631 | -43.014 | -46.768 | 82.656 | 0,8 | 0,8 | 1,1 | 2,0 | 0,1 | -0,2 | 0,6 |
| 16.000 | - | 18.000 | 88.807 | -11.179 | 8.326 | -11.921 | -46.038 | -45.507 | -17.513 | 0,6 | 0,5 | 0,8 | 1,1 | -0,2 | -0,3 | 0,2 |
| 18.000 | - | 20.000 | 76.125 | -7.811 | 3.740 | -16.870 | -18.720 | -13.636 | 56.569 | 0,5 | -0,1 | 0,2 | 1,2 | 0,2 | 0,2 | 0,4 |
| 20.000 | - | 22.000 | 43.897 | -5.214 | 3.876 | -5.698 | -14.500 | -21.527 | 834 | 0,3 | 0,1 | 0,3 | 0,7 | 0,2 | -0,1 | 0,2 |
| 22.000 | - | 24.000 | 32.436 | -3.000 | 785 | -6.635 | -21.269 | -27.615 | -25.297 | 0,2 | -0,3 | -0,1 | 0,5 | -0,1 | -0,2 | 0,1 |
| 24.000 | - | 26.000 | 13.998 | -84 | 1.682 | 14.460 | -24.371 | -1.666 | 4.018 | 0,1 | -0,1 | 0,1 | 0,7 | -0,2 | 0,2 | 0,1 |
| 26.000 | - | 28.000 | 15.520 | -208 | 1.367 | -16.949 | -19.198 | -22.664 | -42.131 | 0,1 | 0,0 | 0,1 | 0,2 | -0,2 | -0,2 | 0,0 |
| 28.000 | - | 30.000 | 18.260 | 548 | 1.888 | 5.989 | -1.560 | -12.418 | 12.707 | 0,1 | | | 0,4 | 0,1 | -0,1 | 0,1 |
| 30.000 | - | 32.000 | 11.853 | -1.226 | 1.615 | 6.530 | -2.548 | -9.981 | 6.244 | 0,1 | | | 0,3 | 0,1 | -0,1 | 0,1 |
| 32.000 | - | 34.000 | 11.578 | 308 | 418 | 196 | -2.349 | -8.007 | 2.145 | 0,1 | -0,1 | 0,0 | 0,2 | 0,1 | 0,0 | 0,1 |
| 34.000 | - | 36.000 | 7.862 | 244 | 603 | -2.769 | -2.013 | -5.354 | -1.426 | 0,1 | -0,1 | 0,0 | 0,1 | 0,1 | 0,0 | 0,0 |
| 36.000 | - | 38.000 | 6.112 | 231 | -912 | -9.778 | -2.319 | -704 | -7.370 | 0,0 | -0,3 | -0,2 | 0,0 | 0,0 | 0,1 | 0,0 |
| 38.000 | - | 40.000 | 5.701 | -1.250 | 814 | -3.173 | 594 | 940 | 3.625 | 0,0 | | | 0,1 | 0,1 | 0,1 | 0,0 |
| 40.000 | - | 42.000 | 8.858 | 183 | 754 | -317 | -4.024 | 4.255 | 9.710 | 0,1 | | | 0,1 | 0,0 | 0,1 | 0,1 |
| 42.000 | - | 44.000 | 3.368 | 126 | 667 | -822 | -1.531 | 383 | 2.191 | 0,0 | | | 0,1 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 44.000 | - | 48.000 | 9.166 | -299 | 1.113 | 9.800 | 1.439 | -1.567 | 19.652 | 0,1 | | | 0,3 | 0,1 | 0,0 | 0,1 |
| 48.000 | - | 52.000 | 9.916 | 175 | 877 | -2.531 | 1.694 | 2.328 | 12.459 | 0,1 | | | 0,1 | 0,1 | 0,1 | 0,1 |
| 52.000 | - | 60.000 | 8.750 | 276 | 1.450 | 6.987 | 3.189 | 487 | 21.139 | 0,1 | | | 0,2 | 0,2 | 0,1 | 0,1 |
| 60.000 | - | 70.000 | 9.256 | 254 | -474 | 5.753 | 3.475 | 3.517 | 21.781 | 0,1 | -0,3 | -0,2 | 0,2 | 0,1 | 0,1 | 0,1 |
| 70.000 | - | 90.000 | 9.646 | 258 | 724 | 16.661 | 11.668 | 7.766 | 46.723 | 0,1 | -0,1 | 0,0 | 0,3 | 0,3 | 0,2 | 0,2 |
| 90.000 | - | 100.000 | 3.884 | -859 | 467 | 5.048 | 359 | 2.817 | 11.715 | 0,0 | | | 0,1 | 0,0 | 0,1 | 0,0 |
| 100.000 | - | 120.000 | 706 | -424 | 721 | 7.687 | 3.125 | 5.905 | 17.721 | 0,0 | | | 0,1 | 0,1 | 0,1 | 0,1 |
| 120.000 | - | 140.000 | 4.840 | 91 | 503 | 7.749 | 1.584 | 5.318 | 20.086 | | | | 0,1 | 0,1 | 0,1 | 0,1 |
| 140.000 | - | 160.000 | 2.012 | 52 | 327 | 5.360 | 2.605 | 3.286 | 13.642 | 0,0 | | | 0,1 | 0,1 | 0,1 | 0,0 |
| 160.000 | - | 180.000 | 406 | 37 | 248 | 2.537 | 2.071 | 1.637 | 6.935 | 0,0 | | | 0,1 | 0,1 | 0,0 | 0,0 |
| 180.000 | - | 200.000 | 1.915 | 30 | 179 | 2.922 | 1.123 | 3.589 | 9.757 | | | | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0,0 |
| 200.000 | u.m. | | 12.152 | 170 | 1.131 | 18.238 | 9.896 | 16.572 | 58.159 | | | | 0,3 | 0,3 | 0,4 | 0,2 |
| Zusammen | | | | | | | | | | 8,4 | -1,5 | 1,3 | -5,8 | -1,4 | -1,1 | |
| Anteil | | | | | | | | | | | | | | | | |

Quelle: Merz, J.: Hohe Einkommen, ihre Struktur und Verteilung – Mikroanalysen auf Basis der Einkommensteuerstatistik

Anhangtabelle I.38

Einkommensteuerstatistik 1995 nach Einkommensbegriffen der EVS Haushaltsnettoeinkommen und Personen-Nettoäquivalenzeinkommen (Alte und Neue OECD-Skala)

| Lfd. Nr. | Haushalts- Nettoeinkommen | | Haushaltsnettoeinkommen | | Personen-Nettoäquivalenzeinkommen (Alte OECD-Skala) | | Personen-Nettoäquivalenzeinkommen (neue OECD-Skala) | |
|----------|--|------------------|-------------------------|---------------|--|---------------|--|---------------|
| | Personen-Nettoäquivalenzeinkommen (alte, neue OECD-Skala) | | Stpfl. | Tsd. DM | Stpfl. | Tsd. DM | Stpfl. | Tsd. DM |
| | von ... | bis unter ... DM | | | | | | |
| 01 | 1 | - 5 000 | 319.178 | .797.748 | 801.993 | 1.947.786 | 719.336 | 1.735.037 |
| 02 | 5 000 | - 10 000 | 303.193 | 2.272.574 | 730.033 | 5.431.710 | 686.106 | 5.124.253 |
| 03 | 10 000 | - 15 000 | 264.269 | 3.305.792 | 1.305.682 | 17.015.838 | 606.861 | 7.618.031 |
| 04 | 15 000 | - 20 000 | 534.042 | 9.578.280 | 3.777.460 | 67.926.178 | 1.873.412 | 33.168.999 |
| 05 | 20 000 | - 25 000 | 819.521 | 18.703.380 | 8.151.607 | 185.211.976 | 4.215.658 | 96.155.614 |
| 06 | 25 000 | - 30 000 | 1.577.693 | 43.914.277 | 9.588.177 | 261.813.443 | 8.030.395 | 222.728.513 |
| 07 | 30 000 | - 40 000 | 4.083.408 | 141.318.389 | 14.074.771 | 487.052.522 | 16.393.945 | 563.473.108 |
| 08 | 40 000 | - 50 000 | 2.969.479 | 133.115.122 | 5.665.694 | 250.825.755 | 8.761.842 | 388.019.433 |
| 09 | 50 000 | - 60 000 | 3.141.446 | 173.078.851 | 2.571.535 | 139.355.595 | 3.828.331 | 207.877.823 |
| 10 | 60 000 | - 75 000 | 3.687.937 | 247.849.358 | 1.486.474 | 98.165.971 | 2.219.353 | 146.228.025 |
| 11 | 75 000 | - 100 000 | 3.183.915 | 269.313.895 | 669.453 | 56.653.922 | 1.278.439 | 107.353.976 |
| 12 | 100 000 | - 250 000 | 1.944.964 | 253.074.344 | 350.621 | 46.107.213 | 550.539 | 71.993.469 |
| 13 | 250 000 | - 420 000 | 68.778 | 20.335.770 | 19.455 | 6.102.955 | 25.285 | 8.094.854 |
| 14 | 420 000 | - 500 000 | 9.432 | 4.370.319 | 2.735 | 1.250.893 | 3.591 | 1.645.223 |
| 15 | 500 000 | - 1 Mill. | 20.724 | 13.409.199 | 5.905 | 4.023.225 | 7.542 | 5.127.760 |
| 16 | 1 Mill. | - 2 Mill. | 4.559 | 6.187.719 | 2.151 | 2.933.053 | 2.751 | 3.729.358 |
| 17 | 2 Mill. | - 5 Mill. | 1.932 | 5.704.995 | 948 | 2.851.495 | 1.208 | 3.624.636 |
| 18 | 5 Mill. | - 10 Mill. | 483 | 3.290.634 | 167 | 1.090.134 | 249 | 1.649.170 |
| 19 | 10 Mill. und mehr | | 215 | 3.995.060 | 45 | .713.019 | 62 | 1.038.791 |
| 20 | Insgesamt | | 22.935.168 | 1.353.615.708 | 49.204.907 | 1.636.472.681 | 49.204.907 | 1.876.386.072 |
| 21 | Verlustfälle | | 6.740.659 | 0 | 13.428.466 | 0 | 13.428.466 | 0 |
| | Summe: > 420.000 DM | | 37 345 | 36 957 927 | 11 952 | 12 861 818 | 15 404 | 16 814 938 |
| | in % von Insgesamt | | 0,1628 | 2,7303 | 0,0243 | 0,7859 | 0,0313 | 0,8961 |

Quelle: Merz, J.: Hohe Einkommen, ihre Struktur und Verteilung – Mikroanalysen auf Basis der Einkommensteuerstatistik

Anhangtabelle I.39

**Reiche und ihr Einkommen – Reichtumsgrenzen: Millionäre und >200% des Mittelwertes, Einkommen (Brutto und Netto)
1995, Geschlecht: Alle, Männer und Frauen**

| | Reichtumsgrenzen | | | | | | | |
|---------------|------------------|------------|------------------------|-----------|----------------------------|------------|--------------------------------------|-----------|
| | > Million | | > Million Anteile % | | > 200% des Mittelwertes | | > 200% des Mittelwertes Anteile % | |
| | N | Mittelwert | N | Einkommen | N | Mittelwert | N | Einkommen |
| <i>Brutto</i> | | | | | | | | |
| Alle | 5.891 | 3.121.113 | 0,0416 | 3,0090 | 819.031 | 154.663 | 5,7883 | 20,7289 |
| Männer | 4.364 | 3.131.087 | 0,0308 | 2,2362 | 568.957 | 159.085 | 4,0210 | 14,8116 |
| Frauen | 1.527 | 3.092.603 | 0,0108 | 0,7728 | 250.074 | 144.600 | 1,7674 | 5,9173 |
| <i>Netto</i> | | | | | | | | |
| Alle | 2.942 | 3.149.323 | 0,0208 | 2,2637 | 714.964 | 103.154 | 5,0466 | 18,0190 |
| Männer | 2.214 | 3.158.062 | 0,0156 | 1,7086 | 457.800 | 109.071 | 3,2314 | 12,2000 |
| Frauen | 728 | 3.121.058 | 0,0051 | 0,5551 | 257.164 | 92.621 | 1,8152 | 5,8194 |

Datenbasis: Lohn- und Einkommensteuerstatistik

Quelle: Merz, J.: Hohe Einkommen, ihre Struktur und Verteilung – Mikroanalysen auf Basis der Einkommensteuerstatistik

Anhangtabelle I.40

Hohe Einkommen (Brutto) – Millionäre und >200% des Mittelwertes, Verteilungsmaße 1995, Berufliche Stellung: Alle, Selbstständige und abhängig Beschäftigte

| | Alle | Selbstständige | abhängig Beschäftigte |
|----------------------------------|-----------|----------------|-----------------------|
| Millionäre | | | |
| Steuerpflichtigenanteil % | 100,0 | 76,2 | 23,8 |
| Einkommensanteil % | 100,0 | 83,2 | 16,8 |
| Mittelwert | 2.738.759 | 2.989.630 | 1.934.104 |
| Median | 1.529.831 | 1.602.219 | 1.372.526 |
| Verteilungsmaße | | | |
| Gini | 0,46622 | 0,48991 | 0,32674 |
| 90/10 ratio | 11,5 | 12,9 | 6,0 |
| n | 26.762 | 20.484 | 6.278 |
| N | 27.230 | 20.758 | 6.472 |
| >200% des Mittelwertes | | | |
| Steuerpflichtigenanteil % | 100,0 | 25,7 | 74,3 |
| Einkommensanteil % | 100,0 | 39,8 | 60,2 |
| Mittelwert | 243.770 | 377.973 | 197.386 |
| Median | 170.433 | 217.957 | 162.749 |
| Verteilungsmaße | | | |
| Gini | 0,32720 | 0,46742 | 0,20848 |
| 90/10 ratio | 6,0 | 11,8 | 3,4 |
| n | 562.241 | 325.863 | 236.378 |
| N | 1.996.386 | 512.777 | 1.483.608 |

Datenbasis: Lohn- und Einkommensteuerstatistik

Quelle: Merz, J.: Hohe Einkommen, ihre Struktur und Verteilung – Mikroanalysen auf Basis der Einkommensteuerstatistik

Anhangtabelle I.41

**Hohe Einkommen (Brutto) – Millionäre und >200% des Mittelwertes -
Verteilungsmaße 1995, Geschlecht: Alle, Männer, Frauen**

| | Alle | Männer | Frauen |
|----------------------------------|-----------|-----------|-----------|
| Millionäre | | | |
| Steuerpflichtigenanteil % | 100,0 | 74,1 | 25,9 |
| Einkommensanteil % | 100,0 | 74,3 | 25,7 |
| Mittelwert | 3.121.113 | 3.131.087 | 3.092.603 |
| Median | 1.628.793 | 1.633.775 | 1.619.438 |
| Verteilungsmaße | | | |
| Gini | 0,49861 | 0,50114 | 0,49119 |
| 90/10 ratio | 13,7 | 13,8 | 13,3 |
| n | 5.761 | 4.274 | 1.514 |
| N | 5.891 | 4.364 | 1.527 |
| >200% des Mittelwertes | | | |
| Steuerpflichtigenanteil % | 100,0 | 69,5 | 30,5 |
| Einkommensanteil % | 100,0 | 71,5 | 28,5 |
| Mittelwert | 154.663 | 159.085 | 144.600 |
| Median | 106.445 | 108.164 | 102.964 |
| Verteilungsmaße | | | |
| Gini | 0,33426 | 0,34440 | 0,30695 |
| 90/10 ratio | 6,2 | 6,5 | 5,5 |
| n | 191.031 | 138.349 | 52.682 |
| N | 819.031 | 568.957 | 250.074 |

Datenbasis: Lohn- und Einkommensteuerstatistik

Quelle: Merz, J.: Hohe Einkommen, ihre Struktur und Verteilung – Mikroanalysen auf Basis der Einkommensteuerstatistik

Anhangtabelle I.42

Strukturmerkmale von Einkommensreichen und Nichtreichen: Millionäre

| Angaben in % | Millionäre (Brutto) | | | Millionäre (Netto) | | |
|--|---------------------|-----------------|-----------|--------------------|-----------------|-----------|
| | reich (1) | nicht reich (2) | (1) – (2) | reich (3) | nicht reich (4) | (3) – (4) |
| Geschlecht | | | | | | |
| Frauen | 25,9 | 45,4 | -19,5 | 24,7 | 45,4 | -20,7 |
| Alter, Männer | | | | | | |
| Unter 20 | 0,3 | 2,9 | -2,7 | 0,4 | 2,9 | -2,5 |
| 20 bis unter 30 Jahre | 1,7 | 18,6 | -16,9 | 1,9 | 18,6 | -16,7 |
| 30 bis unter 40 Jahre | 9,5 | 25,0 | -15,5 | 9,4 | 25,0 | -15,7 |
| 40 bis unter 50 Jahre | 22,5 | 19,8 | 2,7 | 21,6 | 19,8 | 1,8 |
| 50 bis unter 60 Jahre | 37,7 | 20,1 | 17,6 | 36,9 | 20,1 | 16,8 |
| 60 und älter | 28,2 | 13,4 | 14,8 | 29,8 | 13,4 | 16,4 |
| Alter, Frauen | | | | | | |
| Unter 20 | 0,2 | 2,6 | -2,4 | 0,2 | 2,6 | -2,3 |
| 20 bis unter 30 Jahre | 2,6 | 19,5 | -16,9 | 2,9 | 19,4 | -16,5 |
| 30 bis unter 40 Jahre | 14,8 | 25,5 | -10,7 | 14,8 | 25,5 | -10,6 |
| 40 bis unter 50 Jahre | 27,5 | 20,6 | 6,8 | 26,8 | 20,6 | 6,1 |
| 50 bis unter 60 Jahre | 36,0 | 19,1 | 16,8 | 35,2 | 19,2 | 16,0 |
| 60 und älter | 19,0 | 12,7 | 6,3 | 20,1 | 12,7 | 7,4 |
| Berufliche Stellung | | | | | | |
| Arbeiter, Angestellter | 10,5 | 66,5 | -56,0 | 7,9 | 66,5 | -58,5 |
| Beamte | 4,8 | 7,5 | -2,7 | 3,2 | 7,5 | -4,3 |
| Unternehmer | 62,0 | 6,6 | 55,5 | 68,4 | 6,6 | 61,8 |
| Freiberufler | 8,5 | 1,4 | 7,0 | 5,6 | 1,4 | 4,2 |
| Sonstige | 14,2 | 18,0 | -3,8 | 14,9 | 18,0 | -3,1 |
| Einkunftsarten | | | | | | |
| Gewinneinkünfte | 91,9 | 17,5 | 74,3 | 94,6 | 17,6 | 77,0 |
| Einkünfte a. nichtselbstständiger Arbeit | 65,1 | 86,0 | -20,9 | 62,6 | 86,0 | -23,4 |
| Einkünfte aus VuV | 87,5 | 16,2 | 71,3 | 88,9 | 16,2 | 72,7 |
| Einkünfte aus Kapitalvermögen | 82,4 | 4,6 | 77,8 | 85,1 | 4,6 | 80,5 |
| Sonstige Einkünfte | 23,7 | 13,2 | 10,5 | 26,1 | 13,2 | 12,9 |
| Region | | | | | | |
| Neue Länder und Berlin - Ost | 2,0 | 14,3 | -12,4 | 1,8 | 14,3 | -12,6 |

Datenbasis: Lohn- und Einkommensteuerstatistik

1 Bezogen auf alle alleinveranlagten Steuerpflichtigen

Quelle: Merz, J.: Hohe Einkommen, ihre Struktur und Verteilung – Mikroanalysen auf Basis der Einkommensteuerstatistik

Anhangtabelle I.43

Strukturmerkmale von Reichen und Nicht-Reichen: 200%-Grenze

| Angaben in % | >200% (Brutto) | | | >200% (Netto) | | |
|---|----------------|-----------------|-----------|---------------|-----------------|-----------|
| | reich (1) | nicht reich (2) | (1) – (2) | reich (3) | nicht reich (4) | (3) – (4) |
| Geschlecht¹ | | | | | | |
| Frauen | 25,6 | 45,6 | -20,0 | 29,1 | 45,6 | -16,5 |
| Alter, Männer | | | | | | |
| Unter 20 | 0,0 | 3,2 | -3,2 | 0,0 | 3,2 | -3,2 |
| 20 bis unter 30 Jahre | 2,5 | 20,2 | -17,7 | 2,1 | 20,1 | -18,1 |
| 30 bis unter 40 Jahre | 20,4 | 25,5 | -5,0 | 21,3 | 25,4 | -4,0 |
| 40 bis unter 50 Jahre | 32,2 | 18,6 | 13,5 | 32,6 | 18,7 | 13,9 |
| 50 bis unter 60 Jahre | 33,5 | 18,9 | 14,6 | 31,8 | 19,1 | 12,7 |
| 60 und älter | 11,4 | 13,6 | -2,2 | 12,2 | 13,5 | -1,3 |
| Alter, Frauen | | | | | | |
| Unter 20 | 0,0 | 2,8 | -2,8 | 0,0 | 2,8 | -2,8 |
| 20 bis unter 30 Jahre | 5,3 | 20,8 | -15,5 | 4,7 | 20,8 | -16,1 |
| 30 bis unter 40 Jahre | 25,8 | 25,4 | 0,4 | 27,3 | 25,3 | 2,1 |
| 40 bis unter 50 Jahre | 34,6 | 19,3 | 15,3 | 33,9 | 19,4 | 14,5 |
| 50 bis unter 60 Jahre | 26,8 | 18,4 | 8,4 | 25,8 | 18,5 | 7,2 |
| 60 und älter | 7,5 | 13,3 | -5,7 | 8,3 | 13,2 | -4,9 |
| Berufliche Stellung | | | | | | |
| Arbeiter, Angestellter | 58,0 | 67,1 | -9,1 | 53,1 | 67,4 | -14,3 |
| Beamte | 12,4 | 7,1 | 5,2 | 17,9 | 6,7 | 11,1 |
| Unternehmer | 15,9 | 5,9 | 9,9 | 14,2 | 6,1 | 8,1 |
| Freiberufler | 6,6 | 1,0 | 5,5 | 6,0 | 1,1 | 4,9 |
| Sonstige | 7,2 | 18,8 | -11,6 | 8,8 | 18,7 | -9,9 |
| Einkunftsarten | | | | | | |
| Gewinneinkünfte | 44,8 | 15,5 | 29,3 | 43,0 | 15,8 | 27,2 |
| Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit | 88,1 | 85,8 | 2,2 | 89,2 | 85,7 | 3,5 |
| Einkünfte aus VuV | 50,6 | 13,6 | 37,0 | 50,8 | 13,7 | 37,1 |
| Einkünfte aus Kapitalvermögen | 19,9 | 3,5 | 16,3 | 20,2 | 3,6 | 16,7 |
| Sonstige Einkünfte | 10,0 | 13,5 | -3,5 | 10,7 | 13,4 | -2,7 |
| Region | | | | | | |
| Früheres Bundesgebiet | 93,4 | 85,1 | 8,3 | 92,9 | 85,1 | 7,7 |

Datenbasis: Lohn- und Einkommensteuerstatistik

1 Bezogen auf alle alleinveranlagten Steuerpflichtigen

Quelle: Merz, J.: Hohe Einkommen, ihre Struktur und Verteilung – Mikroanalysen auf Basis der Einkommensteuerstatistik

Anhangtabelle I.44

Was bestimmt die Wahrscheinlichkeit reich zu sein? PROBIT-Schätzungen zur gemeinsamen Analyse signifikanter sozio-ökonomischer Einflussgrößen Millionäre und >200% des arithmetischen Mittels, jeweils Brutto

| | Millionäre (Brutto) Koeffizient | Marginaler Effekt | >200% (Brutto) Koeffizient | Marginaler Effekt |
|---|---|----------------------|---|----------------------|
| Berufliche Stellung | | | | |
| Beamter | 0,0365 | 0,0010(15) | 0,0775*** | -0,0209(14) |
| Unternehmer | 0,8082*** | 0,0219(3) | 0,3643*** | -0,0981(7) |
| Freiberufler | 0,0370 | 0,0010(14) | 0,5947*** | 0,1601(5) |
| Sonstige | -0,0932*** | -0,0025(10) | -0,6577*** | -0,1771(3) |
| Einkunftsarten | | | | |
| Gewinneinkünfte | 0,5016*** | 0,0136(5) | 0,3597*** | 0,0968(8) |
| Einkünfte aus VuV | 0,5360*** | 0,0145(4) | 0,8337*** | 0,2245(2) |
| Einkünfte aus Kapitalvermögen | 1,4126*** | 0,0382(1) | 1,3605*** | 0,3663(1) |
| Sonstige Einkünfte | -0,1406*** | -0,0038(9) | -0,1526*** | -0,0411(11) |
| Haushaltstyp | | | | |
| Single | -0,3283*** | -0,0089(6) | -0,6039*** | -0,1626(4) |
| Allein Erziehend mit einem Kind | -0,1930*** | -0,0052(7) | -0,3916*** | -0,1054(6) |
| Allein Erz. m. mehr als 1 Kind | -0,0664 | -0,0018(13) | -0,1570*** | -0,0423(10) |
| Paar mit einem Kind | 0,0739*** | -0,0020(12) | 0,1018*** | 0,0274(13) |
| Paar mit zwei Kindern | 0,0849*** | 0,0023(11) | 0,1387*** | 0,0374(12) |
| Paar mit mehr als zwei Kindern | 0,1436*** | 0,0039(8) | 0,0410** | 0,0110(15) |
| Region | | | | |
| Ostdeutschland | -0,8946*** | -0,0241(2) | -0,2742*** | -0,0738(9) |
| Konstante | -2,8501*** | -0,0771(-) | -1,2354 | -0,3326(-) |
| Modellgüte | | | | |
| N | 247.285 | - | 247.285 | - |
| Pseudo R ² | 60,6% | - | 63,3% | - |
| Likelihood-Ratio Test: Chi ² | 63.253*** | | 121.806*** | |

Datenbasis: Lohn- und Einkommensteuerstatistik

Binomiales PROBIT-Modell, n=247.485, alle Steuerpflichtige (alleinveranlagt und zusammenveranlagt)
Referenzkategorie: Arbeiter oder Angestellter, Einkünfte aus nichtsselbstständiger Arbeit, Paar ohne Kinder, Westdeutschland, Die jeweiligen Koeffizienten sind auf die Referenzkategorie zu beziehen.

Signifikanzniveau: ***: $\alpha=0,001$, **: $\alpha=0,01$, *: $\alpha=0,05$

Marginale Effekte als partielle Ableitungen berechnet am jeweiligen Mittelwert aller Beobachtungen, da der nichtlineare PROBIT-Ansatz den marginalen Einfluss aus den Koeffizienten nicht kennzeichnet.

Die marginalen Effekte geben die einzelnen Wahrscheinlichkeitsbeiträge an, die die Wahrscheinlichkeit insgesamt ‚reich zu sein‘ für eine bestimmte personelle Situation bestimmt. Die Klammerwerte bei den marginalen Effekten geben die Rangfolge nach den absoluten Wahrscheinlichkeitsbeiträgen an. Insgesamt sind beide Schätzungen mit einem Pseudo R² von über 60% der zu erklärenden Varianz gut und im Gesamtansatz hoch signifikant. Die betrachteten Erklärungsmerkmale sind bis auf wenige interessante Ausnahmen ebenfalls hoch signifikant und belegen damit einen in der Erklärung insgesamt und variablenbezogen treffenden und überzeugenden Schätzansatz.

Quelle: Merz, J.: Hohe Einkommen, ihre Struktur und Verteilung – Mikroanalysen auf Basis der Einkommenssteuerstatistik

I.2 Vermögensverteilung

I.2.1 Das Haushaltskonzept als sachgerechter Untersuchungsansatz für die Verteilung der Privatvermögensbestände, der Vermögenseinkommen und der Vermögensbildung privater Haushalte

Die Darstellung und Analyse der Verteilung des Privatvermögens geht folgerichtig vom Haushalt als Beobachtungseinheit und Merkmalsträger aus, d.h. es wird die Verteilung auf Haushalte betrachtet.

Zwar ist im konkreten Einzelfall eine Zuordnung der Haushaltsbeträge auf die einzelnen Mitglieder von Mehrpersonen-Haushalten entsprechend den eigentumsrechtlichen Verhältnissen prinzipiell möglich. Aber eine solche formalrechtliche personelle Zuordnung ist mit den verfügbaren Daten statistisch nicht durchführbar und wäre letztlich nur wenig aussagefähig, denn es ist vorwiegend und typischerweise der Haushalt, der als Wirtschaftsgemeinschaft der ihm angehörenden Haushaltsmitglieder das Vermögen und seine Erträge zum großen Teil gemeinsam nutzt und in dem über die Verwendung des gemeinsamen verfügbaren Einkommens für Sparen oder Konsum entschieden wird. Wenn der Haushaltsbegriff wirtschaftswissenschaftlich und statistisch überhaupt Sinn macht, dann gerade für die das Vermögen betreffenden Vorgänge und Sachverhalte.

Auf einen Übergang zur personellen Verteilung durch rechnerische Umlegung der statistisch erfassten Haushaltsbeträge auf die Personen in den Haushalten wird verzichtet. Für eine nicht schematische Berechnung personeller Vermögensbeträge fehlt es an einer sachlogisch begründeten, differenzierten Personengewichtung.

Die personelle Umrechnung der Vermögensbestände, Vermögenseinkommen und Vermögensbildung ist im Gegensatz zur Äquivalenzgewichtung von Haushaltseinkommen derzeit noch kaum erforscht und begründet. Die einfache schematische Umrechnung in durchschnittliche Pro-Kopf-Beträge erscheint sachlogisch wenig befriedigend, denn Kleinkinder, junge und alte Erwachsene, Erwerbstätige und Nichterwerbstätige werden gleichgestellt ohne Rücksicht auf die Stellung im Lebenszyklus und auf den Bedarf an Sicherheit durch Vermögen. Dies entspricht formal einer einheitlichen Gewichtung aller Haushaltsmitglieder mit dem Wert 1, während die unkorrigierte Verwendung der Haushaltsbeträge einer Gewichtung der ersten Person im Haushalt mit dem Wert 1 und aller weiteren Haushaltsmitglieder einheitlich mit dem Wert 0 entspricht. Zwischen beiden Extremen liegt die abgestufte Äquivalenzgewichtung, die in diesem Armuts- und Reichtumsbericht bei der Messung der Einkommensarmut angewendet wird, aber nicht einfach auf Vermögenssachverhalte übertragbar ist.

Doch auch wenn der Haushaltsansatz für die Darstellung und Analyse der Verteilung des Privatvermögens gewählt wird, muss die Zahl der Haushaltsmitglieder die ihr zukommende Beachtung finden. Die Haushaltsgröße wird deshalb als Einflussfaktor für die Vermögenshöhe beschrieben und als Parameter zur Strukturierung der Vermögensverteilung nach der Position der Haushalte im Lebens- und Familienzyklus verwendet.

Auf der methodischen Alternative zwischen Haushalts- und Personenkonzept beruhen die Abweichungen zwischen den Ergebnissen zur sozioökonomischen Zusammensetzung der Haushalte am oberen Rand der kombinierten Vermögens- und Einkommensverteilung in Anhangtafel I.52 und den Angaben über die sozioökonomische Zusammensetzung der Reichtumsbevölkerung im Gutachten von Prof. Richard Hauser für diesen Armuts- und Reichtumsbericht.¹⁰ Legt man personenbezogene statt haushaltsbezogene Reichtumsgrenzen zugrunde, ergibt sich zwangsläufig teilweise eine andere sozioökonomische Struktur der wohlhabenden Bevölkerung. Denn werden z.B. die Vermögen der großen Haushalte fiktiv auf alle Haushaltsmitglieder aufgeteilt, errechnen sich oft relativ geringe Beträge für die Mitglieder großer Haushalte, so dass diese seltener als beim Haushaltskonzept zu den Wohlhabenden und Reichen zählen.

I.2.2 Schwierigkeiten bei der Interpretation der vermögensstatistischen Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

Zur langfristigen Verbreitung des Privatvermögens

Zweifel oder zumindest Vorbehalte gegenüber Schlussfolgerungen aus den verfügbaren Indikatoren zur langfristigen Entwicklung der Verteilung des Privatvermögens können sich insbesondere aus folgenden statistischen Sachverhalten ergeben:

- Auch beim Immobilienvermögen und damit beim Nettogesamtvermögen kann es Abweichungen von der langfristigen Tendenz abnehmender Ungleichmäßigkeit der Verteilung geben, wie zum Beispiel die beobachtete Zunahme der Ungleichmäßigkeit von 1993 auf 1998. Inwieweit dies schon eine Trendänderung bedeutet oder auf statistischen Besonderheiten der EVS 1993 und 1998 beruht, bedarf jedoch noch der näheren Untersuchung. 1993 dürften Ansprüche Westdeutscher auf Immobilien in der ehemaligen DDR angegeben worden sein, die sich als nicht durchsetzbar erwiesen haben und deshalb 1998 entfallen sind, während zugleich das Geldvermögen 1998 im Vergleich zu 1993 schlechter erfasst zu sein scheint, wofür ähnlich wie beim Geldvermögenseinkommen der Übergang zur vierteljährlichen Anschreibung der Grund sein kann.
- Ein Zeitvergleich der Schichtung des privaten Nettogesamtvermögens ist in langfristiger Per-

spektive nicht auf Basis statistisch erhobener Beträge durchführbar, weil in den EVS vor 1993 die Guthaben bei Lebensversicherungen und die Verkehrswerte der Immobilien nicht erhoben wurden. Ob auf Basis der Versicherungssummen und steuerlichen Einheitswerte, die auch für frühere Jahre verfügbar sind, hinreichend zuverlässige Schätzungen der Versicherungsguthaben und Verkehrswerte möglich sind, bleibt weiteren Untersuchungen vorbehalten.

- Schwer einzuschätzen sind die Effekte auf die Entwicklung der Vermögensschichtung, die sich aus der Untererfassung des Geldvermögens und aus der Nichtberücksichtigung der Haushalte von Ausländern (vor 1993) und mit sehr hohem Einkommen ergeben. Die Einbeziehung der Ausländer mit meist unterdurchschnittlichem Vermögen ab 1993 dürfte die Verteilung jedoch eher ungleichmäßiger gemacht haben. Soweit im Zeitverlauf die Reichsten in schwankendem Maße ausgeschlossen sind, ihr Vermögen anders als in der Gesamtheit der erfassten Haushalte wächst und das Geldvermögen der befragten Haushalte in schwankendem Maße zu niedrig angegeben ist, wird zwar der Vergleich von Schichtungen beeinträchtigt, aber der Vergleich der Daten zur Verbreitung von Vermögensformen, insbesondere von Immobilien, bleibt davon weitgehend unberührt,

Zu den Vermögensbeständen und Vermögenseinkommen in der EVS 1998

An der Entwicklung von Vermögensbeständen, Vermögenseinkommen und Vermögensbildung und von Kennzahlen für die Zusammenhänge zwischen diesen Größen, die in Anhangtabelle I.49 für den Durchschnitt aller westdeutschen Haushalte auf Basis der EVS für 1988, 1993 und 1998 wiedergegeben sind, fallen im Vergleich von 1998 mit 1993 die Sprünge bei den Renditen von Geldvermögen und Immobilien, die niedrigen Veränderungsrate der Vermögensbestände und die sehr unterschiedlichen Veränderungsrate bei den einzelnen Vermögenseinkommensarten auf.

Die Vermögensbestände sind lt. EVS von 1993 auf 1998 nur schwach gestiegen. Die stärkere Zunahme gesamtwirtschaftlicher Eckzahlen lässt darauf schließen, dass die Erfassung des Vermögensbestände in der EVS 1998 relativ niedriger ist als 1993. Die Geldvermögenseinkommen sind sogar um fast die Hälfte gesunken, was wohl nicht allein auf dem Rückgang des Zinsniveaus, sondern auch auf zunehmender Untererfassung beruht. Im Gegensatz dazu sind die als Vermögenseinkommen angesetzten Mietwerte selbstgenutzten Wohneigentums stark gestiegen, was zwar auf der Orientierung an den in der EVS erfassten Mieten und Mietnebenkosten beruht, aber nicht im Einklang mit der schwächeren Zunahme des gesamtwirtschaftli-

10 Hauser, R. und Becker, I.: Einkommensverteilung im Querschnitt und im Zeitverlauf 1973 bis 1998.

chen Aggregats für den Mietwert und auch unter Berücksichtigung von Qualitätsverbesserungen und Wohnflächenzunahme nicht im Einklang mit der schwächeren Zunahme der westdeutschen Mieten im Preisindex für Lebenshaltung steht. Die Schichtung der Vermögenseinkommen in der EVS müsste durch diese gegenläufigen Entwicklungen 1998 ungleichmäßiger als 1993 ausgewiesen sein, ist aber ohnehin nicht mehr aussagefähig den Daten der EVS 1998 zu entnehmen, weil als Folge der Verkürzung des Anschreibungszeitraums von 12 auf 3 Monate viel zu wenig Haushalte überhaupt Geldvermögenseinkommen angegeben haben. Im einzelnen:

- Die Vermögenseinkommen der westdeutschen privaten Haushalte sind lt. EVS von 1993 auf 1998 insgesamt deutlich stärker gestiegen als die Vermögen, und zwar stieg das durchschnittliche monatliche Vermögenseinkommen aller Haushalte um 21% gegenüber einem Anstieg der Vermögensbestände um lediglich 5%.
- Der relativ starke Anstieg der Vermögenseinkommen insgesamt beruht auf dem Anstieg der errechneten Mietwerte der Eigentümerwohnungen um 62%, während die durchschnittlichen Geldvermögenseinkommen um 46% abgenommen haben. Damit hat sich der Anteil des Mietwerts an den Vermögenseinkommen von etwa der Hälfte auf rund zwei Drittel erhöht, während der Anteil des Einkommens aus Geldvermögen von 29% auf 13% gesunken ist. Weil nur knapp die Hälfte aller Haushalte über selbstgenutztes Wohneigentum verfügt, aber rund 90% irgendeine Form von Geldvermögen haben, muss allein durch diese Verschiebung die Verteilung der Vermögenseinkommen ungleichmäßiger ausgewiesen werden.
- Hinzu kommt, dass aufgrund der Änderung des Erhebungsverfahrens ein Vergleich mit 1993 bei einigen Einkommensarten stark beeinträchtigt ist. In der EVS 1998 wurde die Anschreibungsperiode der Haushalte von einem Jahr auf drei Monate reduziert. Dadurch werden die Geldvermögenseinkommen, die nicht regelmäßig und nicht in ungefähr gleicher Höhe über das Jahr verteilt auftreten, offenbar nur noch von weniger Befragten angegeben und in der auf das Jahr hochgerechneten Höhe bei den Haushalten mit Angaben gespreizt. Damit ist eine größere Ungleichmäßigkeit der Verteilung zwischen den Haushalten systematisch angelegt.
- Die Erfassungsproblematik der EVS 1998 wird an folgendem ganz deutlich: Nur noch bei 22% der Haushalte sind Geldvermögenseinkommen erfasst, gegenüber 88% in 1993, was auch dem Anteil der Geldvermögensbesitzer in 1998 entsprechen würde. Dadurch ist bei Haushalten, die nicht über Wohneigentum verfügen, sehr oft kein Vermögenseinkommen nachgewiesen.

In Anhangtabelle I.58 wird daher die Verteilung der Vermögenseinkommen innerhalb von Haushaltsgruppen nur anhand der Ergebnisse der EVS 1993 dargestellt. Da die Schichtung der

Geldvermögenseinkommen 1998 systematisch verzerrt ist, können Aussagen über die Entwicklung der Verteilung seit 1993 nicht mehr getroffen werden.

Zur Vermögensbildung durch Ersparnis

Ersparnis ist der Saldo aus den Einnahmen und Ausgaben eines Haushaltes. Sie ist deutlich ungleichmäßiger verteilt als die Vermögen und die Vermögenseinkommen. Das liegt hauptsächlich daran, dass die Ersparnis durch sich abwechselnde Phasen von stärkerem Konsum und Konsumverzicht größeren Schwankungen im Zeitverlauf unterworfen ist.

Ein Beispiel: Ein Haushalt spart fünf Jahre lang auf den Kauf eines neuen Autos und/oder tilgt ein Darlehen für das alte Auto. In den fünf Jahren gehört er durch diesen Sparprozess zu den Haushalten mit hoher Ersparnis. Im sechsten Jahr wird das bis dahin Ersparte dann zum Kauf verwendet, d.h. der Haushalt entspart auf einen Schlag das, was er vorher fünf Jahre lang gespart hat; zugleich nimmt er einen neuen Kredit für die Restfinanzierung des neuen Autos auf. In diesem einen Jahr würde er also zu den Haushalten gehören, die kräftig entsparen, was sich zahlenmäßig in einer hohen negativen Ersparnis ausdrückt. Ob und wie viel ein Haushalt spart oder entspart, hängt also anders als grundsätzlich beim Vermögen oder Vermögenseinkommen auch sehr stark von der Länge und Zufälligkeit des Betrachtungszeitraumes ab.

Querschnittsdaten, wie sie mit der EVS erhoben werden, eignen sich daher von vornherein nur eingeschränkt zu Aussagen über die Verteilung der Vermögensbildung. Dies gilt umso mehr, seit mit der EVS 1998 die Anschreibungsperiode auf ein Quartal verkürzt wurde und damit nicht einmal die im Jahresverlauf auftretenden Glättungen der Ersparnis erfasst werden. Aus diesem Grund wird bei der Darstellung der Verteilung der Vermögensbildung innerhalb von Haushaltsgruppen (Anhangtabelle I.60) auf die Daten der EVS 1993 zurückgegriffen und ein Vergleich mit 1998 nicht durchgeführt.

Zum Abgleich mit gesamtwirtschaftlichen Eckzahlen

Die gesamtwirtschaftliche Größenordnung des Vermögens privater Haushalte beläuft sich nach Schätzungen der Deutschen Bundesbank auf netto 14,6 Billionen DM per Ende 1999 (Stand: Juni 2000; brutto, d.h. vor Abzug der Schulden, sind es 17,3 Billionen DM; fortgeschrieben auf Ende 2000 dürften es ca. 15 Billionen DM netto und 18 Billionen DM brutto sein). Für 8,2 Billionen DM davon gibt es Verteilungsinformationen in der EVS 1998. Die Differenz zwischen beiden Summen beruht vor allem auf der Abgrenzung des Vermögensbegriffs und ist somit kein Grund, die Daten wegen Unzuverlässigkeit abzulehnen:

Nur etwa ein Viertel der gesamten Differenz ist darauf zurückzuführen, dass die befragten Haushalte ihre Geldvermögensbestände zu niedrig angeben und die 100.000 bis 200.000 Haushalte mit über 420.000 DM Jahresnettoeinkommen nicht in der EVS abgebildet sind. Die Differenz ist dagegen zu etwa zwei Dritteln in einem unterschiedlichen Umfang des Vermögensbegriffs begründet. U.a. das Gebrauchsvermögen (Autos, Wohnungseinrichtungen u.ä.), die Ansprüche gegen betriebliche Altersversorgung und Schadensversicherungen, Bargeld und Guthaben auf Girokonten, das Betriebsvermögen von Einzelunternehmern und das Vermögen privater Organisationen (z.B. Kirchen, Verbände) sind anders als bei der Schätzung der Bundesbank nicht in die EVS einbezogen. Außerdem sind die unterschiedlichen Zeitpunkte zu berücksichtigen.

I.2.3 Zur Analyse der Vermögensverteilung unter Berücksichtigung der Position der Haushalte im Lebens- und Familienzyklus

Das Konzept

Die Differenzierung im Bericht Teil A Tabelle I.12 ausbauend, wird ein Ansatz zugrunde gelegt, bei dem die Gesamtheit der privaten Haushalte konsequent nach ihrer Position im Lebens- und Familienzyklus strukturiert wird. Auf diese Weise können die Ungleichmäßigkeiten der Vermögensverteilung herausgearbeitet werden, die sich insgesamt aus den Einflüssen des beruflichen Status und des verfügbaren Einkommens auf Sparfähigkeit und Sparneigung sowie aus den freien persönlichen Entscheidungen für mehr oder weniger Sparen ergeben.

Um eine Verwischung durch Vermögensunterschiede, die sich aus der Biografie von Bürgern der ehemaligen DDR ergeben, nach Möglichkeit zu vermeiden, wird die Aufbereitung auf Westdeutschland beschränkt. Von einer gesonderten gleichartigen Darstellung für die ostdeutschen Haushalte wird abgesehen, da hierfür die Zahl der Datensätze in der Stichprobe teilweise zu gering ist.

Zur Strukturierung der Haushalte nach ihrer Position im Lebens- und Familienzyklus werden näherungsweise die Merkmale Lebensalter (des Haupteinkommensbeziehers) und Haushaltsgröße verwendet. Durch diese Operationalisierung werden Unschärfen hinsichtlich Haushaltstyp und Lebensalter der weiteren Haushaltsmitglieder in Kauf genommen, um die Gliederung der Haushalte übersichtlich zu halten. Bei der Bildung der Haushaltsgruppen ist außerdem im Interesse der Repräsentativität der Ergebnisse darauf geachtet worden, dass für jedes Fünftel der Verteilung innerhalb einer Gruppe hinreichend viele Datensätze aus der Stichprobe zu Verfügung stehen. Durch Zusammenfassung von schwach besetzten fünfjährigen Altersgruppen und

Haushaltsgrößen wird trotzdem eine vollständige Zerlegung der Gesamtheit der Haushalte erreicht.

Auf diese Weise ergeben sich 32 Gruppen privater Haushalte, die hinsichtlich Alter und Haushaltsgröße möglichst homogen und untereinander unterschiedlich sind, so dass sie jeweils eine bestimmte Position im Lebens- und Familienzyklus repräsentieren. Innerhalb jeder Gruppe werden die Haushalte nach der Höhe ihres Nettovermögens bzw. ihres Vermögenseinkommen bzw. ihrer Ersparnis geordnet und in Fünfteln zusammengefasst, um die Ungleichmäßigkeit der Verteilungen festzustellen.

Mit der Verwendung der Haushaltsgröße als Gruppenmerkmal wird zugleich das Problem der personellen Zurechnung von Haushaltsbeträgen eliminiert oder zumindest entschärft. Die Unterschiede zwischen Haushalten mit unterschiedlicher Personenzahl sollen im Vergleich zwischen den Gruppen sichtbar gemacht werden, ohne dass sie durch Einflüsse des Lebensalters überlagert sind. Ebenso sollen die Unterschiede zwischen Haushalten mit unterschiedlichem Lebensalter der Bezugsperson im Vergleich zwischen den Gruppen sichtbar gemacht werden, ohne dass sie durch Einflüsse der Haushaltsgröße überlagert sind. Für die Verteilung innerhalb jeder Gruppe spielen Einflüsse der Haushaltsgröße keine Rolle mehr (von den wenigen zusammenfassenden Gruppen abgesehen). Der Zeitvergleich der Verteilungen zwischen 1993 und 1998 zeigt die Richtung und das Ausmaß der Verteilungsänderungen bei nach Alter und Haushaltsgröße konstanter Bevölkerungsstruktur.

In weiterführenden Untersuchungen könnte dieser methodische Ansatz für die Analyse der Vermögensverteilung unter Berücksichtigung des Lebens- und Familienzyklus vertieft werden. Beispielsweise wäre es nicht uninteressant, die statistischen Maßzahlen der Gesamtstreuung bzw. die Konzentrationsmaße der Verteilungen für die Gesamtheit der privaten Haushalte in die Intergruppen-Streuung und die Intragruppen-Streuung zu zerlegen. Zur Interpretation der Unterschiede zwischen den Gruppen und zur Interpretation der Verteilung innerhalb der Gruppen können weitere Merkmale der Haushalte herangezogen werden, z.B. die soziale Stellung oder der Anteil der Haushalte mit bestimmten Vermögensformen.

Die Zahl der Haushalte in den Haushaltsgruppen nach dem Lebens- und Familienzyklus

Wie viele westdeutsche Haushalte 1993 und 1998 in die einzelnen Gruppen fallen, ist in Anhangtabelle I.54 wiedergegeben. Sie zeigt, dass sich der Bevölkerungsaufbau bereits binnen fünf Jahren merklich verändert hat. Der Anteil der einzelnen Gruppen an der Gesamtzahl der Haushalte liegt 1993 und 1998 zusammengenommen zwischen 1,4% und 7,1%, wobei sich die

Spreizung dieser Anteilswerte in dieser Zeit erhöht hat. Die Zahl der Haushalte in den Gruppen hat sich von 1993 bis 1998 sehr unterschiedlich verändert; die Veränderungsraten reichen von -42% bis +46%. Dies könnte sich bei Vergleichen zwischen 1993 und 1998 spürbar in den statistischen Maßzahlen für die Ungleichmäßigkeit (Streuung, Konzentration) von Verteilungen in der Gesamtheit der Haushalte ausgewirkt haben. Langfristig jedenfalls hat z.B. der Trend steigender Anteile von Ein-Personen-Haushalten und von Haushalten junger Menschen, die in der Regel relativ wenig Vermögen haben, bewirkt, dass die Anteile der Haushalte mit bestimmten Vermögensformen im Zeitverlauf niedriger ausfallen, als sie ohne die eingetretenen Verschiebungen in der Haushaltsstruktur wären. Mit dem statistischen Verfahren der Standardisierung könnten solche Struktureffekte quantifiziert und eliminiert werden.

Die Verteilung der Vermögensbestände

Im Bericht Teil A Kap. I.2.1.5 Tabelle I.13 wird das durchschnittliche Nettogesamtvermögen der jeweiligen Haushaltsgruppen, die Rangfolge zwischen den Gruppen und die Veränderung von 1993 auf 1998 wiedergegeben.

Alleinstehende im Alter von 60 bis 69 Jahren haben 1998 durchschnittlich fast sechsmal soviel Vermögen wie Alleinstehende von 25 bis 29 Jahren (198.000 DM gegenüber 35.000 DM). Bei Haushalten mit zwei Personen wird das höchste Vermögen im Alter von 55 bis 59 Jahren erreicht, es ist fast sechsmal so groß wie das durchschnittliche Vermögen in der Altersgruppe 25 bis 29 Jahre der Zweipersonen-Haushalte (442.000 DM gegenüber 75.000 DM). In den dazwischen liegenden Altersgruppen steigt das durchschnittliche Vermögen mit dem Alter jeweils deutlich an.

Auch der Einfluss der Haushaltsgröße, die die Familiensituation widerspiegelt, lässt sich gut erkennen. In der gleichen Altersgruppe haben kleinere Haushalte durchweg weniger Vermögen als Haushalte mit mehr Haushaltsmitgliedern. So verfügen Zweipersonen-Haushalte von 30- bis 39-Jährigen 1998 durchschnittlich über 129.000 DM Nettogesamtvermögen gegenüber 75.000 DM bei Einpersonen-Haushalten gleichen Alters. Dies gilt auch für ältere und größere Haushalte. So liegt in der Altersgruppe der 45- bis 49-Jährigen das durchschnittliche Vermögen der Vierpersonen-Haushalte mit 434.000 DM immer noch deutlich über dem der Dreipersonen-Haushalte mit 327.000 DM.

Im Durchschnitt aller westdeutschen Haushalte hat sich das Nettogesamtvermögen von 1993 auf 1998 von 241.000 DM um 5% auf 254.000 DM je Haushalt erhöht. Betrachtet man die Veränderung bei den einzelnen Haushaltsgruppen, fällt auf, dass der Anstieg unabhängig von der

Haushaltsgröße in den mittleren Altersgruppen am geringsten ist. Insbesondere bei Mehrpersonen-Haushalten mit Bezugspersonen um die 40 Jahre ist das durchschnittliche Nettovermögen teilweise sogar geringer als 1993, während insbesondere die Älteren die stärksten Vermögensanstiege zu verzeichnen haben. Dies bewirkt allerdings keine grundsätzlichen Verschiebungen bei der nach der Höhe des durchschnittlichen Nettovermögens gebildeten Rangfolge zwischen den Haushaltsgruppen. 1998 wie 1993 gilt, dass die Haushalte umso vermögender sind, je älter die Bezugsperson und je größer der Haushalt ist.

Die Ungleichmäßigkeit der Vermögensverteilung ist unter den jungen Haushalten (unter 30 Jahre) am größten und nimmt in der ersten Hälfte des Erwerbslebens mit fortschreitender Vermögensbildung stark ab. Von den jungen Haushalten haben vier Fünftel kaum Vermögen, dagegen verfügen von der Mitte des Erwerbslebens an (ab 40 Jahre) vier Fünftel der Mehrpersonen-Haushalte über ein nennenswertes Vermögen.

Von allen Haushalten hat das oberste Fünftel 1993 im Schnitt fünfmal soviel (s. Bericht Teil A Tabelle I.14) und 1998 sogar fast sechsmal soviel (s. Anhangtabelle I.56) Vermögen wie das mittlere Fünftel der Haushalte, während das unterste Fünftel im Schnitt kein Vermögen hat. Dieses Bild von der Streuung der Vermögenshöhe privater Haushalte wird relativiert durch die Vermögensverteilung in den einzelnen, nach Alter und Haushaltsgröße unterschiedenen Haushaltsgruppen. Hier ist die Streuung der Vermögenshöhe bei den Haushalten bis zum Alter 34 / 39 Jahre noch größer, aber bei den Mehrpersonen-Haushalten ab Alter 35 / 40 Jahre erheblich kleiner als bei allen Haushalten. In den einzelnen Gruppen der Mehrpersonen-Haushalte ab Alter 35 / 40 Jahre hat das oberste Fünftel im Schnitt etwa nur noch dreimal soviel Vermögen wie das mittlere Fünftel der Haushalte. Der relative Abstand der reichen Haushalte zu den mittleren Haushalten ist also viel kleiner als in der Gesamtheit aller Haushalte (fünf- bis sechsmal soviel Vermögen).

Die große Streuung der Vermögenshöhe, die in der Gesamtheit aller Haushalte besteht, beruht zu einem erheblichen Teil darauf, dass junge Haushalte und Einpersonen-Haushalte, die relativ wenig Vermögen haben, dabei verglichen werden mit Haushalten ab der Mitte des Erwerbslebens und mit Mehrpersonen-Haushalten, die relativ viel Vermögen haben. Ein solcher Vergleich erscheint wenig sinnvoll.

Die Anhangtabelle I.55 zeigt die Veränderung der Verteilung von 1993 auf 1998 in den einzelnen Fünfteln der 32 Gruppen. Betrachtet man zunächst alle Haushalte, so zeigt sich, dass die unteren drei Fünftel 1998 über weniger Vermögen verfügen als 1993, während der Vermögensbestand des vierten Fünftels leicht (um 3%) und der des obersten Fünftels deutlich (um 9%) an-

gewachsen ist. Dies bedeutet, dass die Polarisierung zugenommen hat und die Verteilung insgesamt ungleichmäßiger geworden ist. Allerdings ist hierbei zu beachten, dass dies nicht für alle Haushaltsgruppen gilt. Insgesamt hat aber das reichste Fünftel in den meisten Gruppen am stärksten von einem Vermögenszuwachs profitiert.

Die Verteilung der Vermögenseinkommen und der Vermögensbildung durch Ersparnis

Da die Vermögenseinkommen aus den Vermögen erwirtschaftet werden, ist zu erwarten, dass sich die Verteilung der Vermögenseinkommen ähnlich darstellt wie die Verteilung der Vermögensbestände. In Anhangtabelle I.57 lässt sich der große Einfluss von Alter und Haushaltsgröße auf die Verteilung auch bei den Vermögenseinkommen wieder erkennen.

Auch die Ersparnis steigt zunächst mit dem Alter und der Haushaltsgröße, allerdings nicht so lange und nicht in dem Maße wie das Vermögen. Mehrpersonen-Haushalte von 30- bis 44-Jährigen sparen nur rund doppelt soviel wie die gleichaltrigen Einpersonen-Haushalte. Auch wird die höchste Ersparnis deutlich früher (etwa im Alter von 40 bis 49 Jahren) erreicht als das höchste Vermögen. Bereits in jungen Jahren wird also gespart und damit Vermögen aufgebaut. Sobald ausreichend Vermögen vorhanden ist, lässt auch die Notwendigkeit und damit die Neigung zum Sparen nach. Dass auch bei den Älteren teilweise noch ein sehr hohe Ersparnis stattfindet, hängt damit zusammen, dass auf Grund hoher Vermögen hohe Vermögenseinkommen vorhanden sind und dass das Vererbungsmotiv für das Sparen an Bedeutung gewinnt.

In Anhangtabelle I.60 erkennt man die große Ungleichmäßigkeit der Ersparnisverteilung innerhalb der Haushaltsgruppen. So wird im untersten Fünftel der nach der Höhe der Ersparnis geordneten Haushalte durchweg deutlich entspart (-908 DM monatlich im Durchschnitt aller Haushalte 1993). Bereits im zweiten Fünftel wird aber in den meisten Gruppen schon gespart, und spätestens ab dem dritten Fünftel wird überall Vermögen gebildet.

Vergleich der Rangfolge der Gruppen bei Vermögensbestand, Vermögenseinkommen und Vermögensbildung

Die Unterschiede der Rangfolge, die die Durchschnittsbeträge der 32 Gruppen jeweils bei Vermögensbestand, Vermögenseinkommen und Vermögensbildung einnehmen, spiegeln den Zusammenhang dieser Vermögensgrößen mit dem Lebens- und Familienzyklus und bestätigen mit dessen Berücksichtigung die Konsistenz der Ergebnisse der EVS für die drei Größen (s. Anhangtabelle I.61). Die kombinierte Gruppierung der privaten Haushalte nach Alter und Haushaltsgröße erweist sich hierbei als ein geeigneter analytischer Ansatz zur Untersuchung von Vermögenssachverhalten bei privaten Haushalten.

- Die Rangfolge bei den Vermögenseinkommen ist erwartungsgemäß sehr ähnlich der Rangfolge bei den Vermögensbeständen. Die Rangfolge-Unterschiede sind bei diesem Vergleichspaar am geringsten. Sie dürften auf Unterschieden der Renditen und der Zusammensetzung der Vermögensbestände beruhen sowie darauf, dass das Nettogesamtvermögen auch das Kapital bei Lebensversicherungen enthält und durch Abzug der Schulden ermittelt wird, während in den Vermögenseinkommen die Zinsen der Lebensversicherungen und die Schuldzinsen nicht berücksichtigt sind.
- Bei der Rangfolge nach der Höhe der Ersparnis nehmen die Haushalte jüngerer Personen einen höheren Rang ein als bei der Rangfolge nach der Höhe des Nettovermögens, während die Haushalte älterer Personen bei der Rangfolge nach der Höhe der Ersparnis einen niedrigeren Rang als bei der Rangfolge nach der Höhe des Nettovermögens einnehmen. Mit diesem Befund wird die Lebenszyklus-These des Sparens in modifizierter Form bestätigt. Wie der Vorzeichenwechsel der Rangdifferenzen beim Alter von 50 bis 59 Jahren in Anhangtabelle I.61 ausweist, findet die Umorientierung der Haushalte beim Sparen in Relation zum angesammelten Vermögensbestand bereits im rentennahen Alter statt. Dagegen ergibt sich bei der Rangfolge nach der Höhe der Ersparnis allein (s. Anhangtabelle I.59) ein anderes Bild: Bei gleicher Haushaltsgröße steigt der absolute Betrag der Ersparnis im Rentenalter teilweise sogar noch an, und im Durchschnitt der Haushaltsgruppen in diesem Alter ist durchgängig eine positive Ersparnis und kein Entsparen zur Ergänzung des laufenden Einkommens festzustellen. Die Erklärung für diese unterschiedlichen Befunde in den Anhangtabellen I.59 und I.61 dürfte in der Alimentierung der Ersparnis aus den Vermögenseinkommen liegen, die aus den Vermögensbeständen resultieren. Dieser Zusammenhang, der im Rangvergleich der Anhangtabelle I.61 berücksichtigt ist, gewinnt nach Erreichen der maximalen Vermögensbestände nach der Mitte des Erwerbslebens offensichtlich an Gewicht.
- Die Differenzen zwischen den Rangfolgen bei den Vermögenseinkommen und bei der Ersparnis spiegeln die Ergebnisse der beiden anderen Rangfolge-Vergleiche wider. Bei der Rangfolge nach der Höhe der Vermögenseinkommen nehmen die Haushalte jüngerer Personen einen niedrigeren Rang ein als bei der Rangfolge nach der Höhe der Ersparnis, die Haushalte älterer Personen dagegen einen höheren Rang.

I.2.3 Daten und Fakten

Anhangtabelle I.45

Vermögen privater Haushalte in den alten und neuen Ländern 1998

| a) Nettogesamtvermögen | | | |
|--|---------------------------|---------------------------|-----------------------|
| durchschnittlich je Haushalt | alte Länder Tausend DM | neue Länder Tausend DM | Ost-West- Relation |
| alle Haushalte | 254 | 88 | 35 % |
| Arbeitnehmer | 237 | 103 | 43 % |
| Selbstständige | 560 | 192 | 34 % |
| Nichterwerbstätige | 228 | 62 | 27 % |
| unter 35 Jahre | 100 | 52 | 52 % |
| 35 bis 45 Jahre | 213 | 101 | 48 % |
| 45 bis 55 Jahre | 332 | 124 | 37 % |
| 55 bis 65 Jahre | 385 | 109 | 28 % |
| ab 65 Jahre | 257 | 59 | 23 % |
| b) Immobilien | | | |
| Die Verteilung des Immobilienvermögens bestimmt maßgeblich die Verteilung des Privatvermögens. Immobilien (meist Wohneigentum) hatten 1998 | | | |
| 49 % der westdeutschen Haushalte | | | |
| und 34 % der ostdeutschen Haushalte, | | | |
| wobei der ostdeutsche Durchschnittswert je Haushalt mit Immobilien um | | | |
| 50 % niedriger lag als der westdeutsche Durchschnittswert. | | | |
| c) Geldvermögen | | | |
| Am gleichmäßigsten verteilt ist das Geldvermögen, denn über drei Viertel der Haushalte haben zumindest ein Sparbuch, über die Hälfte haben eine Lebensversicherung und über die Hälfte haben Wertpapiere, Termingeld u.ä. | | | |
| Spar- und Bausparguthaben, Wertpapiere, Termingeld und angesammeltes Kapital bei Lebensversicherungen zusammen (= Bruttogeldvermögen) sind in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 mit 2,3 Billionen DM erfasst, davon 2,1 in den alten und 0,2 in den neuen Ländern. | | | |
| Das sind in den | alten Ländern | neuen Ländern | |

durchschnittlich **71.000 DM** **32.000 DM** Bruttogeldvermögen je Haushalt. Viele Haushalte haben jedoch erheblich weniger:

Von den Privathaushalten (geordnet nach der Höhe des Bruttogeldvermögens) haben **25 %** **25 %** höchstens **8.000 DM** **6.000 DM** Bruttogeldvermögen und einen Anteil von **1%** **1,5%** an der Summe des Bruttogeldvermögens aller Haushalte.

Die unteren **50 %** **50 %** der Privathaushalte haben höchstens **33.000 DM** **19.000 DM** Bruttogeldvermögen und einen Anteil von **7,5%** **11%** an der Summe des Bruttogeldvermögens aller Haushalte.

Das Geldvermögen ist in den neuen Ländern niedriger, aber gleichmäßiger verteilt als in den alten Ländern.

d) Produktivvermögen

Zum Geldvermögen gehören auch Aktien und Aktienfondsanteile, mit denen sich alle Bevölkerungsgruppen am Produktivvermögen beteiligen können.

Da Aktienfondsanteile in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe nicht gesondert erfasst sind, können sie nicht in die Auswertung zur Beteiligung am Produktivvermögen einbezogen werden.

1998 waren insgesamt rd. 22% der westdeutschen und rd. 14% der ostdeutschen Privathaushalte als Aktionäre oder unmittelbar als Selbstständige am Produktivkapital beteiligt.

Aktionäre waren 1998 in Westdeutschland 14% der Arbeiter-Haushalte und 24% der Angestellten-Haushalte. In Ostdeutschland waren es 9% bzw. 18%.

Anteil der Haushalte mit Aktien

| Prozent der Haushalte der jeweiligen Gruppe | alte Länder | neue Länder |
|---|-------------|-------------|
| alle Haushalte | 18 % | 11 % |
| Arbeitnehmer | 20 % | 15 % |
| darunter: Arbeiter | 14 % | 9 % |
| Angestellte | 24 % | 18 % |
| Selbstständige | 25 % | (23 %) |
| Nichterwerbstätige | 13 % | 6 % |

Quelle: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, Sonderauswertung des BMA

Anhangtabelle I.46

**Entwicklung einzelner Vermögensformen privater Haushalte
- Anteil an allen Haushalten in Prozent -**

| Jahr | Bruttogeldvermögen i.e.S. | | | | | Lebens- versi- che- rungen | Immo- bilien | Be- tei- li- gun- gen (ohne Ak- tien) | Schulden | |
|------------------------------------|-----------------------------|-------------------------------------|-----------------------------------|-----------------------|-------------------------------------|-------------------------------------|-----------------|--|-------------------------------|-----------------------|
| | Spar- gut- ha- ben | Bau- spar- gut- ha- ben | Wertpapiere, Termingelder u.ä. | | | | | | Kon- sum- schul- den | Bau- schul- den |
| | | | zu- sam- men | Wert- pa- piere | Ter- min- gel- der u.ä. | | | | | |
| Früheres Bundesgebiet | | | | | | | | | | |
| 1962 | 60 | 12 | - | (8) | - | 41s | 38 | - | - | - |
| 1969 | 88 | 23 | - | 20 | - | 77 | 39 | 5 | - | - |
| 1973 | 91 | 35 | - | 24 | - | 76 | 40 | 6 | 16 | 22 |
| 1978 | 91 | 37 | - | 26 | - | 70 | 44 | - | 15 | 26 |
| 1983 | 90 | 40 | - | 30 | 6 | 67 | 45 | 6 | 17 | 27 |
| 1988 | 88 | 39 | - | 32 | 5 | 64 | 47 | - | 20 | 25 |
| 1993 | 90 | 42 | 53 | 46 | 20 | 68 | 50 | - | 18 | 27 |
| 1998 | 78 | 44 | 53 | - | - | 57 | 49 | - | 18 | 27 |
| Neue Länder und Berlin-Ost- | | | | | | | | | | |
| 1993 | 87 | 34 | 52 | 36 | - | 65 | 28 | - | 19 | 10 |
| 1998 | 76 | 37 | 50 | - | - | 55 | 34 | - | 23 | 17 |
| Deutschland | | | | | | | | | | |
| 1993 | 90 | 40 | 53 | 44 | 21 | 67 | 46 | - | 18 | 24 |
| 1998 | 77 | 43 | 53 | - | - | 56 | 46 | - | 19 | 25 |

(...) = geschätzt
- = nicht erhoben

Quelle: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe; Berechnungen des BMA

Anhangtabelle I.47

Vermögen westdeutscher privater Haushalte nach Vermögensformen und sozialer Stellung 1998

| | alle privaten Haus- halte | Soziale Stellung der Bezugsperson (Haushaltsvorstand) des Haushalts | | | | | | | | | |
|--|------------------------------------|---|---------------|------------------|-------------|----------------|-------------------------------|----------------|--------------------|-----------------------------|------------------|
| | | Arbeitnehmer | | | | Selbstständige | | | Nichterwerbstätige | | |
| | | Ins- gesamt | Arbei- ter | Ange- stellte | Beam- te | Ins- gesamt | Gewer- betrei- bende 1) | Land- wirte | Ins- gesamt | ohne Arbeits- lose 2) | Arbeits- lose |

a) Durchschnittlicher Wert, bezogen auf alle Haushalte der jeweiligen sozialen Gruppe, in 1000 DM

| | | | | | | | | | | | |
|--|--------------|--------------|-------|-------|-------|--------------|-------|-------|--------------|-------|-------|
| Sparguthaben | 15,5 | 13,8 | 11,1 | 14,5 | 19,8 | 19,5 | 18,4 | 29,6 | 17,0 | 18,3 | 7,0 |
| + Bausparguthaben | 5,1 | 7,0 | 6,3 | 6,8 | 10,4 | 7,7 | 7,5 | 10,3 | 2,3 | 2,3 | 1,9 |
| + Anleihen u.ä. | 3,9 | 2,6 | 0,9 | 3,4 | 4,1 | 8,9 | 9,2 | 6,6 | 4,8 | 5,2 | 2,2 |
| + Termingelder, Sparbriefe u.ä. | 10,7 | 8,6 | 6,1 | 9,4 | 13,5 | 19,7 | 20,3 | 13,9 | 12,1 | 13,1 | 4,2 |
| + Aktien | 6,3 | 4,9 | 1,9 | 6,5 | 7,3 | 18,7 | 19,9 | 7,3 | 6,1 | 6,4 | 3,5 |
| + Anteile an Investmentfonds u.ä. | 7,4 | 5,2 | 2,6 | 6,6 | 7,6 | 28,3 | 30,7 | 5,6 | 6,9 | 7,4 | 3,3 |
| + Verliehenes Geld | 1,1 | 0,7 | 0,4 | 0,9 | 1,0 | 2,2 | 2,4 | 0,6 | 1,5 | 1,5 | 0,8 |
| = Bruttogeldvermögen i.e.S. | 49,9 | 42,8 | 29,4 | 48,1 | 63,6 | 105,0 | 108,4 | 73,9 | 50,6 | 54,3 | 22,9 |
| + Lebensversicherungen | 21,2 | 24,1 | 20,4 | 25,9 | 28,4 | 73,4 | 76,2 | 47,4 | 9,2 | 8,7 | 13,4 |
| = Bruttogeldvermögen gesamt | 71,2 | 67,0 | 49,7 | 74,0 | 92,0 | 178,4 | 184,6 | 121,3 | 59,9 | 63,0 | 36,3 |
| + Immobilien (Verkehrswert) | 225,9 | 226,4 | 179,7 | 237,4 | 337,5 | 514,4 | 508,6 | 567,6 | 179,9 | 188,5 | 114,6 |
| <i>steuerlicher Einheitswert</i> | 22,8 | 22,7 | 17,9 | 23,8 | 34,4 | 49,6 | 49,6 | 49,3 | 18,6 | 19,6 | 11,6 |
| = Bruttovermögen gesamt | 297,1 | 293,3 | 229,4 | 311,4 | 429,5 | 692,7 | 693,2 | 688,9 | 239,7 | 251,4 | 151,0 |
| Konsumschulden | 2,9 | 3,3 | 3,4 | 3,4 | 3,0 | 10,6 | 11,6 | 1,7 | 1,0 | 0,9 | 1,8 |
| + Bauschulden | 40,4 | 53,4 | 36,8 | 60,6 | 75,6 | 121,8 | 127,9 | 65,6 | 10,5 | 10,1 | 13,4 |
| = Schulden gesamt | 43,3 | 56,8 | 40,2 | 64,0 | 78,6 | 132,5 | 139,5 | 67,3 | 11,5 | 11,0 | 15,3 |
| Nettogeldvermögen 3) | 68,3 | 63,6 | 46,3 | 70,6 | 88,9 | 167,8 | 173,0 | 119,6 | 58,9 | 62,1 | 34,5 |
| + Nettogrundvermögen 4) | 185,5 | 172,9 | 142,9 | 176,8 | 261,9 | 392,5 | 380,7 | 502,0 | 169,4 | 178,3 | 101,2 |
| = Nettovermögen gesamt 5) | 253,8 | 236,6 | 189,2 | 247,4 | 350,9 | 560,3 | 553,7 | 621,6 | 228,3 | 240,5 | 135,7 |
| Durchschnittliches Nettogesamtvermögen | | | | | | | | | | | |
| alle Haushalte = 100 | 100% | 93% | 75% | 97% | 138% | 221% | 218% | 245% | 90% | 95% | 53% |

- Fortsetzung der Tabelle auf der nächsten Seite -

| | alle privaten Haus- halte | Soziale Stellung der Bezugsperson (Haushaltsvorstand) des Haushalts | | | | | | | | | |
|--|------------------------------------|---|---------------|------------------|-------------|----------------|-------------------------------|----------------|--------------------|-----------------------------|------------------|
| | | Arbeitnehmer | | | | Selbstständige | | | Nichterwerbstätige | | |
| | | Ins- gesamt | Arbei- ter | Ange- stellte | Beam- te | Ins- gesamt | Gewer- betrei- bende 1) | Land- wirte | Ins- gesamt | ohne Arbeits- lose 2) | Arbeits- lose |

b) Anteil der sozialen Gruppen am Gesamtwert der einzelnen Vermögensformen

| | | | | | | | | | | | |
|-------------------------------------|--------------|--------------|--------------|--------------|-------------|--------------|--------------|-------------|--------------|--------------|-------------|
| Sparguthaben | 100% | 47,5% | 13,9% | 26,8% | 6,8% | 8,0% | 6,8% | 1,2% | 44,5% | 42,4% | 2,1% |
| + Bausparguthaben | 100% | 72,6% | 23,9% | 38,0% | 10,7% | 9,6% | 8,4% | 1,2% | 17,8% | 16,1% | 1,8% |
| + Anleihen u.ä. | 100% | 35,0% | 4,3% | 25,2% | 5,5% | 14,6% | 13,6% | 1,0% | 50,4% | 47,7% | 2,7% |
| + Termingelder, Sparbriefe u.ä. | 100% | 42,8% | 11,1% | 25,1% | 6,6% | 11,7% | 10,9% | 0,8% | 45,5% | 43,6% | 1,9% |
| + Aktien | 100% | 41,7% | 5,8% | 29,7% | 6,2% | 19,0% | 18,3% | 0,7% | 39,3% | 36,7% | 2,6% |
| + Anteile an Investmentfonds u.ä. | 100% | 37,7% | 6,8% | 25,5% | 5,4% | 24,4% | 23,9% | 0,5% | 37,9% | 35,8% | 2,1% |
| + Verliehenes Geld | 100% | 34,8% | 6,6% | 23,4% | 4,8% | 12,5% | 12,2% | 0,3% | 52,8% | 49,4% | 3,3% |
| = Bruttogeldvermögen i.e.S. | 100% | 45,6% | 11,4% | 27,6% | 6,7% | 13,4% | 12,5% | 0,9% | 41,0% | 38,8% | 2,2% |
| + Lebensversicherungen | 100% | 60,5% | 18,5% | 34,9% | 7,1% | 22,0% | 20,6% | 1,4% | 17,6% | 14,6% | 3,0% |
| = Bruttogeldvermögen gesamt | 100% | 50,1% | 13,5% | 29,7% | 6,8% | 15,9% | 14,9% | 1,1% | 34,0% | 31,6% | 2,4% |
| + Immobilien (Verkehrswert) | 100% | 53,3% | 15,4% | 30,1% | 7,9% | 14,5% | 12,9% | 1,6% | 32,2% | 29,8% | 2,4% |
| <i>steuerlicher Einheitswert</i> | <i>100%</i> | <i>53,0%</i> | <i>15,2%</i> | <i>29,9%</i> | <i>8,0%</i> | <i>13,9%</i> | <i>12,5%</i> | <i>1,3%</i> | <i>33,1%</i> | <i>30,7%</i> | <i>2,4%</i> |
| = Bruttovermögen gesamt | 100% | 52,5% | 14,9% | 30,0% | 7,6% | 14,8% | 13,4% | 1,4% | 32,6% | 30,2% | 2,4% |
| Konsumschulden | 100% | 62,5% | 23,2% | 33,6% | 5,6% | 23,7% | 23,3% | 0,4% | 13,8% | 10,8% | 3,0% |
| + Bauschulden | 100% | 70,3% | 17,6% | 42,9% | 9,9% | 19,2% | 18,2% | 1,0% | 10,5% | 8,9% | 1,6% |
| = Schulden gesamt | 100% | 69,8% | 17,9% | 42,3% | 9,6% | 19,5% | 18,5% | 1,0% | 10,7% | 9,1% | 1,7% |
| Nettogeldvermögen 3) | 100% | 49,5% | 13,1% | 29,6% | 6,9% | 15,6% | 14,5% | 1,1% | 34,8% | 32,5% | 2,4% |
| + Nettogrundvermögen 4) | 100% | 49,6% | 14,9% | 27,3% | 7,5% | 13,5% | 11,8% | 1,7% | 36,9% | 34,3% | 2,6% |
| = Nettovermögen gesamt 5) | 100% | 49,6% | 14,4% | 27,9% | 7,3% | 14,1% | 12,5% | 1,5% | 36,3% | 33,8% | 2,5% |
| Zum Vergleich: Anzahl der Haushalte | | | | | | | | | | | |
| <i>in Millionen</i> | <i>29,29</i> | <i>15,59</i> | <i>5,66</i> | <i>8,38</i> | <i>1,55</i> | <i>1,86</i> | <i>1,68</i> | <i>0,18</i> | <i>11,84</i> | <i>10,46</i> | <i>1,38</i> |
| alle Haushalte = 100 | 100% | 53,2% | 19,3% | 28,6% | 5,3% | 6,4% | 5,7% | 0,6% | 40,4% | 35,7% | 4,7% |

1) und Freiberufler

2) d.h. Nichterwerbspersonen

3) Bruttogeldvermögen gesamt abzüglich Konsumschulden

4) Immobilien zum Verkehrswert abzüglich Bauschulden

5) Bruttovermögen gesamt abzüglich Schulden gesamt

Quelle: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe; Sonderauswertung des BMA

Anhangtabelle I.48

**Vermögensbestand, Vermögenseinkommen und Vermögensbildung
der privaten Haushalte in Westdeutschland 1988, 1993 und 1998**

| Durchschnitt aller Haushalte | 1988 | 1993 | 1998 | Veränderungsrate | |
|--|--------|--------|--------|---------------------------|---------------------------|
| | | | | 1993 gegenüber 1988 | 1998 gegenüber 1993 |
| <u>Vermögensbestand</u> <u>1.000 DM am Stichtag</u> | | | | | |
| Geldvermögen (ohne Lebensversicherungen) | 25,66 | 41,07 | 49,94 | 60% | 22% |
| + Lebensversicherungen (Rückkaufwert) | - | 20,73 | 21,25 | - | 2,5% |
| + Immobilien (Verkehrswert) | - | 213,99 | 225,91 | - | 5,6% |
| = Bruttovermögen | - | 275,80 | 297,10 | - | 7,7% |
| - Schulden (Bau, Konsum) | 25,99 | 34,50 | 43,30 | 33% | 25% |
| = Nettovermögen | - | 241,29 | 253,80 | - | 5,2% |
| <u>Vermögenseinkommen</u> <u>DM jährlich</u> | | | | | |
| Zinsen, Dividenden (ohne Lebensversicherungen) | 1.152 | 2.459 | 1.316 | 113% | -46% |
| + Miet- u. Pachteinkünfte | 1.187 | 1.816 | 2.153 | 53% | 19% |
| = zugeflossene Vermögenserträge | 2.339 | 4.275 | 3.469 | 83% | -19% |
| + Mietwert des selbstgenutz- ten Wohneigentums | 3.067 | 4.210 | 6.830 | 37% | 62% |
| = Vermögenseinkommen | 5.406 | 8.485 | 10.300 | 57% | 21% |
| <u>Ersparnis</u> | 5.544 | 8.095 | 7.768 | 46% | -4,0% |
| <u>verfügbares Einkommen</u> | 45.573 | 60.512 | 65.302 | 33% | 7,9% |
| <u>Einkommensrelationen</u> <u>Verhältnis zum verfügbaren Einkommen</u> | | | | | |
| Nettovermögen | - | 399% | 389% | - | - |
| Vermögenseinkommen | 11,9% | 14,0% | 15,8% | - | - |
| Ersparnis (Sparquote) | 12,2% | 13,4% | 11,9% | - | - |
| <u>Renditen</u> <u>Erträge im Verhältnis zum Vermögensbestand</u> | | | | | |
| Geldvermögen (ohne LV) | 4,5% | 6,0% | 2,6% | - | - |
| Immobilien | - | 2,8% | 4,0% | - | - |
| Bruttovermögen (ohne Lebensversicherungen) | - | 3,3% | 3,7% | - | - |

Quelle: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998; Sonderauswertung des BMA

Anhangtabelle I.49

**Kombinierte Vermögens- und Einkommensverteilung
der westdeutschen privaten Haushalte 1998**

| | | erstes | zweites | drittes | viertes | fünftes | alle Haushalte |
|--|---|---|---------|---------|---------|---------|----------------|
| | | Fünftel der nach dem Nettovermögen geordneten Haushalte | | | | | |
| Anteil an der Gesamtzahl der Haushalte | | | | | | | |
| erstes | Fünftel der nach dem verfügbaren Einkommen geordneten Haushalte | 10,7% | 6,0% | 2,2% | 0,8% | 0,3% | 20,0% |
| zweites | | 5,1% | 6,2% | 4,6% | 3,0% | 1,1% | 20,0% |
| drittes | | 2,7% | 4,6% | 5,2% | 4,7% | 2,8% | 20,0% |
| viertes | | 1,1% | 2,3% | 4,8% | 6,1% | 5,6% | 20,0% |
| fünftes | | 0,4% | 0,8% | 3,3% | 5,4% | 10,1% | 20,0% |
| alle Haushalte | | 20,0% | 20,0% | 20,0% | 20,0% | 20,0% | 100,0% |
| Anteil am gesamten Nettoprivatvermögen | | | | | | | |
| erstes | Fünftel der nach dem verfügbaren Einkommen geordneten Haushalte | -0,02% | 0,46% | 1,0% | 0,9% | 0,8% | 3,1% |
| zweites | | -0,04% | 0,54% | 2,0% | 3,8% | 2,9% | 9,2% |
| drittes | | -0,06% | 0,43% | 2,4% | 6,0% | 7,4% | 16,1% |
| viertes | | -0,18% | 0,24% | 2,3% | 7,9% | 15,5% | 25,8% |
| fünftes | | -0,02% | 0,09% | 1,7% | 7,1% | 36,9% | 45,8% |
| alle Haushalte | | -0,32% | 1,8% | 9,4% | 25,8% | 63,4% | 100,0% |
| Anteil am gesamten verfügbaren Einkommen | | | | | | | |
| erstes | Fünftel der nach dem verfügbaren Einkommen geordneten Haushalte | 3,5% | 2,2% | 0,8% | 0,3% | 0,1% | 6,8% |
| zweites | | 2,9% | 3,6% | 2,7% | 1,8% | 0,7% | 11,7% |
| drittes | | 2,2% | 3,8% | 4,4% | 4,0% | 2,4% | 16,8% |
| viertes | | 1,3% | 2,7% | 5,6% | 7,2% | 6,8% | 23,6% |
| fünftes | | 0,6% | 1,5% | 6,2% | 10,3% | 22,4% | 41,0% |
| alle Haushalte | | 10,5% | 13,7% | 19,7% | 23,7% | 32,4% | 100,0% |
| Durchschnittliches Nettovermögen je Haushalt in 1000 DM | | | | | | | |
| erstes | Fünftel der nach dem verfügbaren Einkommen geordneten Haushalte | -0,4 | 19,2 | 112,1 | 298,4 | 650,2 | 39,0 |
| zweites | | -2,1 | 22,1 | 113,0 | 314,7 | 644,9 | 116,3 |
| drittes | | -5,5 | 23,7 | 114,4 | 325,5 | 672,5 | 204,8 |
| viertes | | -38,8 | 26,3 | 124,1 | 330,8 | 695,7 | 327,6 |
| fünftes | | -17,0 | 27,6 | 134,0 | 336,1 | 922,4 | 581,1 |
| alle Haushalte | | -4,0 | 22,3 | 119,4 | 327,2 | 804,0 | 253,8 |
| Durchschnittliches verfügbares Einkommen je Haushalt in 1000 DM /Jahr | | | | | | | |
| erstes | Fünftel der nach dem verfügbaren Einkommen geordneten Haushalte | 21,3 | 23,4 | 23,6 | 24,1 | 18,8 | 22,2 |
| zweites | | 37,1 | 37,7 | 38,3 | 39,4 | 39,8 | 38,1 |
| drittes | | 53,9 | 54,4 | 54,9 | 55,5 | 56,1 | 55,0 |
| viertes | | 74,5 | 75,3 | 76,8 | 77,6 | 78,6 | 77,2 |
| fünftes | | 112,5 | 116,6 | 122,8 | 125,5 | 144,4 | 134,0 |
| alle Haushalte | | 34,4 | 44,9 | 64,2 | 77,3 | 105,8 | 65,3 |

Quelle: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe; Sonderauswertung des BMA

Anhangtabelle I.50

**Vermögen und Einkommen der Haushalte an den Rändern
der kombinierten Vermögens- und Einkommensverteilung
in Westdeutschland 1998**

| | alle Haus- halte | darunter am | | Anteil des | |
|------------------------------|------------------------|---------------------|---------|----------------------|--------|
| | | unteren | oberen | unteren | oberen |
| | | Rand der Verteilung | | Rands der Verteilung | |
| Anzahl der Haushalte in 1000 | 29.288 | 3.144 | 2.972 | 10,7% | 10,1% |
| Vermögen | | | | | |
| Grenze in 1000 DM | | unter | über | | |
| | | 6,3 | 448 | | |
| Mittelwert in 1000 DM | 253,8 | -0,4 | 922,5 | | |
| Summe Mrd. DM | 7.433,4 | -1,2 | 2.741,7 | -0,02% | 36,9% |
| Einkommen | | | | | |
| Grenze DM monatlich | | unter | über | | |
| | | 2.567 | 7667 | | |
| Mittelwert DM monatlich | 5442 | 1.773 | 12.030 | | |
| Jahressumme Mrd. DM | 1.912,6 | 66,9 | 429,1 | 3,5% | 22,4% |

Definitionen / Abgrenzungen:

Vermögen = Immobilien und verzinsliches Geldvermögen abzüglich Bau- und Konsumschulden

Einkommen = ausgabefähige Einkommen und Einnahmen = verfügbares Einkommen

Unterer Rand = Haushalte, die zum untersten Fünftel der Vermögensverteilung und zugleich zum untersten Fünftel der Einkommensverteilung gehören

Oberer Rand = Haushalte, die zum obersten Fünftel der Vermögensverteilung und zugleich zum obersten Fünftel der Einkommensverteilung gehören

Die Haushalte sind dabei jeweils nach der Höhe der Beträge je Haushalt geordnet.

Quelle: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe; Sonderauswertung des BMA

Anhangtabelle I.51

Sozioökonomische Struktur der Haushalte an den Rändern der kombinierten Einkommens- und Vermögensverteilung in Westdeutschland 1998

| Sozioökonomische Gruppen | Anzahl der Haushalte in 1000 | | | Von der Gruppe entfallen auf den | | Anteil der Gruppen | | |
|---|------------------------------|-------------|---------|----------------------------------|-----------|---------------------|---------|-----------|
| | gesamt | darunter am | | unteren oberen | | an allen Haushalten | am | |
| | | unteren | oberen | unteren | oberen | | unteren | oberen |
| | | | | | | | | |
| alle privaten Haushalte | 29288 | 3144 | 2972 | 10,7% | 10,1% | 100% | 100% | 100% |
| <u>Haushaltsgröße bzw. Haushaltstyp</u> | | | | | | | | |
| Alleinlebende Frau | 6860 | 1656 | 72 | 24,1% | 1,0% | 23,4% | 52,7% | 2,4% |
| Alleinlebender Mann | 3711 | 892 | 110 | 24,0% | 3,0% | 12,7% | 28,4% | 3,7% |
| Haushalte mit 2 Personen | 9841 | 447 | 1119 | 4,5% | 11,4% | 33,6% | 14,2% | 37,7% |
| <i>darunter: Alleinerziehend mit 1 Kind</i> | 824 | 188 | (20) | 22,8% | (2,4%) | 2,8% | 6,0% | (0,7%) |
| Haushalte mit 3 und mehr Personen | 8877 | 151 | 1672 | 1,7% | 18,8% | 30,3% | 4,8% | 56,3% |
| <i>darunter: Alleinerziehend mit Kindern</i> | 433 | (58) | (21) | (13,4%) | (4,8%) | 1,5% | (1,8%) | (0,7%) |
| <u>Alter des Haushaltsvorstandes</u> | | | | | | | | |
| bis 34 Jahre | 5655 | 1004 | 171 | 17,8% | 3,0% | 19,3% | 31,9% | 5,8% |
| 35 bis 44 Jahre | 6124 | 530 | 563 | 8,7% | 9,2% | 20,9% | 16,9% | 18,9% |
| 45 bis 54 Jahre | 4779 | 313 | 905 | 6,5% | 18,9% | 16,3% | 10,0% | 30,5% |
| 55 bis 64 Jahre | 5529 | 435 | 904 | 7,9% | 16,4% | 18,9% | 13,8% | 30,4% |
| 65 bis 69 Jahre | 1840 | 158 | 167 | 8,6% | 9,1% | 6,3% | 5,0% | 5,6% |
| ab 70 Jahre | 5362 | 703 | 261 | 13,1% | 4,9% | 18,3% | 22,4% | 8,8% |
| <u>Soziale Stellung des Haushaltsvorstandes</u> | | | | | | | | |
| Selbstständige einschl. Landwirte | 1864 | (54) | 552 | (2,9%) | 29,6% | 6,4% | (1,7%) | 18,6% |
| Arbeiter, Angestellte, Beamte | 15587 | 904 | 1800 | 5,8% | 11,5% | 53,2% | 28,8% | 60,6% |
| Rentner und Pensionäre | 8919 | 1031 | 548 | 11,6% | 6,1% | 30,5% | 32,8% | 18,4% |
| Arbeitslose | 1378 | 545 | (34) | 39,6% | (2,5%) | 4,7% | 17,3% | (1,1%) |
| Studenten | 438 | 233 | ((1)) | 53,2% | ((0,2%)) | 1,5% | 7,4% | ((0,0%)) |
| Sonstige | 1102 | 377 | (38) | 34,2% | (3,4%) | 3,8% | 12,0% | (1,3%) |

(...) weniger als 100 Fälle

((...)) weniger als 25 Fälle

Quelle: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998; Sonderauswertung des BMA

Anhangtabelle I.52

Kennzahlen zur Verteilung des Privatvermögens 1993 und 1998

| | | Nettogesamtvermögen | | | | | |
|--|---------|---------------------|-------|---------|---------|--------|---------|
| | | 1993 | | | 1998 | | |
| | | West | Ost | gesamt | West | Ost | gesamt |
| Anzahl der Datensätze (97% Unterstichprobe) | | 38.805 | 9.792 | 48.597 | 48.061 | 12.620 | 60.681 |
| Anzahl der Haushalte | Mio | 28,15 | 6,53 | 34,67 | 29,29 | 6,68 | 35,97 |
| Summe des Nettogesamtvermögens | Mrd. DM | 6.791,2 | 480,5 | 7.271,7 | 7.433,4 | 590,4 | 8.023,8 |
| Durchschnitt (Mittelwert, arithmetisches Mittel) | 1000 DM | 241,3 | 73,6 | 209,7 | 253,8 | 88,4 | 223,1 |
| Median (Zentralwert, 50%-Grenze) | 1000 DM | 114,2 | 20,3 | 69,3 | 110,4 | 29,7 | 77,1 |
| Gini-Koeffizient | | 0,629 | 0,730 | 0,661 | 0,650 | 0,692 | 0,672 |
| Variations-Koeffizient | | 1,409 | 2,226 | 1,531 | 1,539 | 1,614 | 1,630 |
| Durchschnittliche Abweichung vom Median | 1 | 1,113 | 2,625 | 2,026 | 1,299 | 1,976 | 1,894 |
| Durchschnittliche absolute Abweichung vom Median | 1 | 1,882 | 3,298 | 2,771 | 2,096 | 2,710 | 2,678 |
| Mittlerer Dezilabstand vom Median | 1, 2 | 2,578 | 5,842 | 3,860 | 2,926 | 4,640 | 3,826 |
| Mittlerer Quartilabstand vom Median | 1, 3 | 1,532 | 1,502 | 2,210 | 1,681 | 1,747 | 2,087 |

1 im Verhältnis zum Median

2 10%-Quantilgrenze und 90%-Quantilgrenze

3 25%-Quantilgrenze und 75%-Quantilgrenze

Quelle: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe; Sonderauswertung des BMA

Anhangtabelle I.53

Anzahl der Haushalte in 32 Gruppen nach Alter und Haushaltsgröße
1993 und 1998 in Westdeutschland

| Haushaltsgruppen | | | Anzahl der Haushalte | | | | Anteil an allen Haushalten | |
|------------------|-------------------------|----------------------|----------------------|--------|-------------------------------|-------|----------------------------|------|
| Lfd. Nr. | Alter der Bezugs-person | Personen je Haushalt | 1993 | 1998 | Veränderung von 1993 bis 1998 | | 1993 | 1998 |
| | | | Millionen | | Prozent | | | |
| 0 | alle Haushalte | | 28,176 | 29,288 | 1,112 | 3,9 | 100 | 100 |
| 1 | 18 bis 24 | 1 bis 6 | 0,620 | 0,721 | 0,101 | 16,2 | 2,2 | 2,5 |
| 2 | 25 bis 29 | 1 | 1,073 | 0,804 | -0,269 | -25,1 | 3,8 | 2,7 |
| 3 | 30 bis 39 | 1 | 1,476 | 1,918 | 0,442 | 29,9 | 5,2 | 6,5 |
| 4 | 40 bis 49 | 1 | 0,866 | 1,263 | 0,397 | 45,8 | 3,1 | 4,3 |
| 5 | 50 bis 59 | 1 | 1,259 | 1,422 | 0,163 | 13,0 | 4,5 | 4,9 |
| 6 | 60 bis 69 | 1 | 1,429 | 1,405 | -0,023 | -1,6 | 5,1 | 4,8 |
| 7 | 70 bis 74 | 1 | 1,492 | 1,250 | -0,242 | -16,2 | 5,3 | 4,3 |
| 8 | ab 75 | 1 | 1,606 | 2,068 | 0,462 | 28,8 | 5,7 | 7,1 |
| 9 | 25 bis 29 | 2 | 0,643 | 0,582 | -0,061 | -9,4 | 2,3 | 2,0 |
| 10 | 30 bis 39 | 2 | 1,092 | 1,372 | 0,280 | 25,7 | 3,9 | 4,7 |
| 11 | 40 bis 49 | 2 | 0,916 | 1,095 | 0,179 | 19,5 | 3,3 | 3,7 |
| 12 | 50 bis 54 | 2 | 0,870 | 0,753 | -0,117 | -13,5 | 3,1 | 2,6 |
| 13 | 55 bis 59 | 2 | 1,251 | 1,361 | 0,110 | 8,8 | 4,4 | 4,6 |
| 14 | 60 bis 64 | 2 | 1,165 | 1,450 | 0,285 | 24,5 | 4,1 | 5,0 |
| 15 | 65 bis 69 | 2 | 1,207 | 1,095 | -0,112 | -9,2 | 4,3 | 3,7 |
| 16 | 70 bis 74 | 2 | 0,978 | 1,001 | 0,022 | 2,3 | 3,5 | 3,4 |
| 17 | ab 75 | 2 bis 6 | 0,749 | 0,990 | 0,241 | 32,1 | 2,7 | 3,4 |
| 18 | 25 bis 29 | 3 bis 6 | 0,532 | 0,399 | -0,133 | -24,9 | 1,9 | 1,4 |
| 19 | 30 bis 34 | 3 | 0,721 | 0,636 | -0,085 | -11,8 | 2,6 | 2,2 |
| 20 | 35 bis 39 | 3 | 0,619 | 0,617 | -0,002 | -0,3 | 2,2 | 2,1 |
| 21 | 40 bis 44 | 3 | 0,600 | 0,523 | -0,077 | -12,8 | 2,1 | 1,8 |
| 22 | 45 bis 49 | 3 | 0,524 | 0,570 | 0,047 | 9,0 | 1,9 | 1,9 |
| 23 | 50 bis 54 | 3 | 0,636 | 0,546 | -0,090 | -14,2 | 2,3 | 1,9 |
| 24 | 55 bis 59 | 3 | 0,472 | 0,500 | 0,029 | 6,1 | 1,7 | 1,7 |
| 25 | 60 bis 74 | 3 bis 6 | 0,889 | 0,517 | -0,372 | -41,8 | 3,2 | 1,8 |
| 26 | 30 bis 34 | 4 | 0,567 | 0,551 | -0,017 | -2,9 | 2,0 | 1,9 |
| 27 | 35 bis 39 | 4 | 0,822 | 0,881 | 0,058 | 7,1 | 2,9 | 3,0 |
| 28 | 40 bis 44 | 4 | 0,777 | 0,791 | 0,015 | 1,9 | 2,8 | 2,7 |
| 29 | 45 bis 49 | 4 | 0,515 | 0,575 | 0,060 | 11,6 | 1,8 | 2,0 |
| 30 | 50 bis 59 | 4 bis 6 | 0,717 | 0,581 | -0,136 | -19,0 | 2,5 | 2,0 |
| 31 | 30 bis 39 | 5 bis 6 | 0,539 | 0,452 | -0,087 | -16,1 | 1,9 | 1,5 |
| 32 | 40 bis 49 | 5 bis 6 | 0,555 | 0,596 | 0,041 | 7,4 | 2,0 | 2,0 |

Quelle: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe; Sonderauswertung des BMA

Anhangtabelle I.54

**Veränderung der Verteilung des Nettoprivatvermögens
westdeutscher Haushalte von 1993 bis 1998 innerhalb von 32 Gruppen**

| Haushaltsgruppen | | | absolut in 1000 DM je Haushalt | | | | | Rate in Prozent | | |
|---|-------------------------|----------------------|--------------------------------|-----|-----|-----|-----|-----------------|-----|-----|
| Lfd. Nr. | Alter der Bezugs-person | Personen je Haushalt | 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 3. | 4. | 5. |
| Fünftel der nach dem Nettoprivatvermögen geordneten Haushalte | | | | | | | | | | |
| 0 | alle Haushalte | | -5 | -4 | -4 | 10 | 66 | -3 | 3 | 9 |
| 1 | 18 bis 24 | 1 bis 6 | 1 | -2 | -4 | -5 | 196 | -52 | -26 | 182 |
| 2 | 25 bis 29 | 1 | 0 | -2 | -1 | 3 | 11 | -13 | 13 | 8 |
| 3 | 30 bis 39 | 1 | -1 | -2 | -2 | 7 | 53 | -11 | 14 | 21 |
| 4 | 40 bis 49 | 1 | -5 | -3 | -3 | 13 | 17 | -10 | 11 | 4 |
| 5 | 50 bis 59 | 1 | 1 | -4 | 1 | 6 | 31 | 3 | 3 | 5 |
| 6 | 60 bis 69 | 1 | -1 | -1 | 5 | -7 | 82 | 7 | -3 | 14 |
| 7 | 70 bis 74 | 1 | -2 | -4 | 8 | 26 | 59 | 17 | 13 | 12 |
| 8 | ab 75 | 1 | -1 | 0 | 1 | 9 | 109 | 5 | 6 | 23 |
| 9 | 25 bis 29 | 2 | -3 | -4 | -5 | -1 | -12 | -16 | -2 | -4 |
| 10 | 30 bis 39 | 2 | -37 | -3 | -7 | -25 | -49 | -12 | -15 | -9 |
| 11 | 40 bis 49 | 2 | -7 | -22 | -59 | -57 | -61 | -35 | -16 | -8 |
| 12 | 50 bis 54 | 2 | -6 | -6 | 6 | 24 | 165 | 2 | 5 | 19 |
| 13 | 55 bis 59 | 2 | -8 | 32 | 50 | 93 | 174 | 16 | 21 | 18 |
| 14 | 60 bis 64 | 2 | 2 | 41 | 66 | 97 | 180 | 23 | 23 | 20 |
| 15 | 65 bis 69 | 2 | 0 | 33 | 43 | 66 | 103 | 16 | 16 | 12 |
| 16 | 70 bis 74 | 2 | -3 | -5 | 25 | 63 | 110 | 10 | 16 | 13 |
| 17 | ab 75 | 2 bis 6 | 3 | 18 | 30 | 46 | 82 | 13 | 12 | 10 |
| 18 | 25 bis 29 | 3 bis 6 | 0 | -2 | 6 | 67 | 334 | 21 | 85 | 87 |
| 19 | 30 bis 34 | 3 | -6 | 1 | 15 | 28 | 74 | 26 | 16 | 16 |
| 20 | 35 bis 39 | 3 | -6 | -19 | -57 | -65 | -92 | -41 | -23 | -14 |
| 21 | 40 bis 44 | 3 | -5 | -19 | -28 | -15 | -23 | -15 | -4 | -3 |
| 22 | 45 bis 49 | 3 | -19 | -51 | -41 | -14 | -87 | -14 | -3 | -9 |
| 23 | 50 bis 54 | 3 | -11 | -14 | 12 | 47 | 68 | 3 | 10 | 7 |
| 24 | 55 bis 59 | 3 | -2 | 74 | 81 | 129 | 363 | 22 | 25 | 38 |
| 25 | 60 bis 74 | 3 bis 6 | -34 | -58 | -4 | 24 | 78 | -1 | 4 | 7 |
| 26 | 30 bis 34 | 4 | -5 | 1 | 7 | -3 | 1 | 9 | -1 | 0 |
| 27 | 35 bis 39 | 4 | -4 | -3 | 1 | 2 | 3 | 1 | 0 | 0 |
| 28 | 40 bis 44 | 4 | -13 | -41 | -34 | -10 | -16 | -11 | -2 | -2 |
| 29 | 45 bis 49 | 4 | -20 | -27 | -3 | -8 | 11 | -1 | -1 | 1 |
| 30 | 50 bis 59 | 4 bis 6 | -22 | 36 | 44 | 75 | 131 | 10 | 12 | 10 |
| 31 | 30 bis 39 | 5 bis 6 | -7 | -2 | 7 | 33 | 42 | 4 | 10 | 6 |
| 32 | 40 bis 49 | 5 bis 6 | 12 | 40 | 44 | 60 | 103 | 14 | 12 | 11 |

Quelle: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe; Sonderauswertung des BMA

Anhangtabelle I.55

Verteilung des Nettoprivatvermögens innerhalb von 32 Gruppen 1993
Westdeutsche Haushalte, gruppiert nach Alter und Haushaltsgröße

| Haushaltsgruppen | | | Durchschnitt je Haushalt in 1000 DM | | | | | Abstand des | | |
|------------------|-------------------------|----------------------|-------------------------------------|---|-----|-----|-----|-------------|-------------------------|--------|
| Lfd. Nr. | Alter der Bezugs-person | Personen je Haushalt | ge-samt | 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 2. | 5. |
| | | | | Fünftel der nach dem Nettoprivatvermögen geordneten Haushalte | | | | | Fünftels vom 3. Fünftel | |
| 0 | alle Haushalte | | 241 | 1 | 27 | 123 | 318 | 738 | -78% | 500% |
| 1 | 18 bis 24 | 1 bis 6 | 27 | -4 | 3 | 8 | 20 | 108 | -65% | 1.192% |
| 2 | 25 bis 29 | 1 | 33 | -4 | 3 | 10 | 22 | 136 | -67% | 1.325% |
| 3 | 30 bis 39 | 1 | 65 | -6 | 5 | 19 | 49 | 252 | -75% | 1.229% |
| 4 | 40 bis 49 | 1 | 120 | -6 | 6 | 30 | 115 | 453 | -82% | 1.408% |
| 5 | 50 bis 59 | 1 | 172 | -4 | 13 | 54 | 197 | 600 | -76% | 1.009% |
| 6 | 60 bis 69 | 1 | 183 | 0 | 14 | 69 | 245 | 585 | -80% | 751% |
| 7 | 70 bis 74 | 1 | 154 | 3 | 15 | 45 | 194 | 513 | -66% | 1.044% |
| 8 | ab 75 | 1 | 132 | 1 | 9 | 32 | 147 | 471 | -71% | 1.394% |
| 9 | 25 bis 29 | 2 | 80 | -5 | 11 | 29 | 69 | 296 | -62% | 936% |
| 10 | 30 bis 39 | 2 | 153 | -3 | 16 | 57 | 174 | 520 | -72% | 815% |
| 11 | 40 bis 49 | 2 | 269 | 2 | 43 | 166 | 354 | 782 | -74% | 372% |
| 12 | 50 bis 54 | 2 | 344 | 10 | 101 | 279 | 441 | 884 | -64% | 217% |
| 13 | 55 bis 59 | 2 | 373 | 24 | 140 | 313 | 443 | 946 | -55% | 202% |
| 14 | 60 bis 64 | 2 | 344 | 17 | 117 | 280 | 420 | 885 | -58% | 217% |
| 15 | 65 bis 69 | 2 | 330 | 14 | 83 | 265 | 406 | 883 | -68% | 234% |
| 16 | 70 bis 74 | 2 | 319 | 16 | 97 | 262 | 394 | 826 | -63% | 215% |
| 17 | ab 75 | 2 bis 6 | 300 | 13 | 60 | 226 | 383 | 819 | -74% | 262% |
| 18 | 25 bis 29 | 3 bis 6 | 100 | -7 | 10 | 31 | 79 | 383 | -68% | 1.149% |
| 19 | 30 bis 34 | 3 | 140 | -4 | 18 | 59 | 172 | 452 | -70% | 666% |
| 20 | 35 bis 39 | 3 | 228 | 2 | 36 | 137 | 287 | 675 | -74% | 391% |
| 21 | 40 bis 44 | 3 | 260 | 4 | 59 | 189 | 345 | 699 | -69% | 269% |
| 22 | 45 bis 49 | 3 | 369 | 20 | 129 | 291 | 446 | 956 | -56% | 229% |
| 23 | 50 bis 54 | 3 | 402 | 29 | 187 | 336 | 475 | 977 | -44% | 191% |
| 24 | 55 bis 59 | 3 | 422 | 36 | 214 | 373 | 524 | 958 | -43% | 157% |
| 25 | 60 bis 74 | 3 bis 6 | 489 | 63 | 269 | 404 | 560 | 1143 | -33% | 183% |
| 26 | 30 bis 34 | 4 | 180 | -1 | 28 | 84 | 236 | 550 | -67% | 552% |
| 27 | 35 bis 39 | 4 | 260 | 7 | 69 | 199 | 344 | 679 | -65% | 241% |
| 28 | 40 bis 44 | 4 | 341 | 22 | 146 | 298 | 426 | 810 | -51% | 172% |
| 29 | 45 bis 49 | 4 | 443 | 49 | 234 | 378 | 535 | 1016 | -38% | 169% |
| 30 | 50 bis 59 | 4 bis 6 | 543 | 89 | 287 | 441 | 617 | 1273 | -35% | 189% |
| 31 | 30 bis 39 | 5 bis 6 | 245 | 0 | 47 | 165 | 315 | 700 | -72% | 325% |
| 32 | 40 bis 49 | 5 bis 6 | 389 | 10 | 158 | 321 | 478 | 975 | -51% | 204% |

Quelle: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe; Sonderauswertung des BMA

Anhangtabelle I.56

Vermögenseinkommen in 32 Gruppen nach Alter und Haushaltsgröße
Durchschnitt je Haushalt 1993 und 1998 in Westdeutschland

| Haushaltsgruppen | | | Vermögenseinkommen | | | | Rangfolge (aufsteigend) | | |
|------------------|--------------------------------|----------------------------|--------------------|-------|----------------------------------|-----|----------------------------|------|----------------------|
| Lfd. Nr. | Alter der Bezugs- person | Personen je Haushalt | 1993 | 1998 | Veränderung von 1993 bis 1998 | | 1993 | 1998 | absolute Verändg. |
| | | | DM monatlich | | Prozent | | | | |
| 0 | alle Haushalte | | 702 | 858 | 156 | 22 | 15 | 16 | 16 |
| 1 | 18 bis 24 | 1 bis 6 | 92 | 206 | 114 | 124 | 1 | 2 | 9 |
| 2 | 25 bis 29 | 1 | 100 | 131 | 31 | 31 | 2 | 1 | 6 |
| 3 | 30 bis 39 | 1 | 204 | 214 | 11 | 5 | 3 | 3 | 3 |
| 4 | 40 bis 49 | 1 | 340 | 416 | 76 | 22 | 6 | 5 | 8 |
| 5 | 50 bis 59 | 1 | 505 | 565 | 59 | 12 | 12 | 8 | 7 |
| 6 | 60 bis 69 | 1 | 488 | 646 | 157 | 32 | 11 | 11 | 17 |
| 7 | 70 bis 74 | 1 | 472 | 618 | 146 | 31 | 10 | 10 | 13 |
| 8 | ab 75 | 1 | 381 | 532 | 152 | 40 | 7 | 7 | 14 |
| 9 | 25 bis 29 | 2 | 259 | 248 | -12 | -4 | 4 | 4 | 2 |
| 10 | 30 bis 39 | 2 | 457 | 488 | 31 | 7 | 8 | 6 | 5 |
| 11 | 40 bis 49 | 2 | 761 | 776 | 15 | 2 | 17 | 15 | 4 |
| 12 | 50 bis 54 | 2 | 902 | 1.163 | 261 | 29 | 20 | 22 | 25 |
| 13 | 55 bis 59 | 2 | 961 | 1.369 | 407 | 42 | 22 | 27 | 30 |
| 14 | 60 bis 64 | 2 | 978 | 1.318 | 340 | 35 | 23 | 26 | 28 |
| 15 | 65 bis 69 | 2 | 1.035 | 1.231 | 196 | 19 | 26 | 25 | 20 |
| 16 | 70 bis 74 | 2 | 1.023 | 1.219 | 196 | 19 | 24 | 24 | 19 |
| 17 | ab 75 | 2 bis 6 | 928 | 1.136 | 208 | 22 | 21 | 20 | 21 |
| 18 | 25 bis 29 | 3 bis 6 | 273 | 649 | 376 | 138 | 5 | 12 | 29 |
| 19 | 30 bis 34 | 3 | 459 | 611 | 153 | 33 | 9 | 9 | 15 |
| 20 | 35 bis 39 | 3 | 690 | 657 | -33 | -5 | 14 | 13 | 1 |
| 21 | 40 bis 44 | 3 | 755 | 876 | 120 | 16 | 16 | 17 | 10 |
| 22 | 45 bis 49 | 3 | 1.032 | 1.157 | 124 | 12 | 25 | 21 | 11 |
| 23 | 50 bis 54 | 3 | 1.101 | 1.403 | 301 | 27 | 28 | 28 | 26 |
| 24 | 55 bis 59 | 3 | 1.136 | 1.717 | 581 | 51 | 30 | 32 | 33 |
| 25 | 60 bis 74 | 3 bis 6 | 1.402 | 1.626 | 224 | 16 | 32 | 30 | 22 |
| 26 | 30 bis 34 | 4 | 516 | 756 | 240 | 46 | 13 | 14 | 24 |
| 27 | 35 bis 39 | 4 | 855 | 983 | 128 | 15 | 19 | 18 | 12 |
| 28 | 40 bis 44 | 4 | 1.041 | 1.209 | 169 | 16 | 27 | 23 | 18 |
| 29 | 45 bis 49 | 4 | 1.250 | 1.490 | 239 | 19 | 31 | 29 | 23 |
| 30 | 50 bis 59 | 4 bis 6 | 1.492 | 1.958 | 466 | 31 | 33 | 33 | 31 |
| 31 | 30 bis 39 | 5 bis 6 | 780 | 1.118 | 338 | 43 | 18 | 19 | 27 |
| 32 | 40 bis 49 | 5 bis 6 | 1.113 | 1.635 | 522 | 47 | 29 | 31 | 32 |

Quelle: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe; Sonderauswertung des BMA

Anhangtabelle I.57

Verteilung der Vermögenseinkommen innerhalb von 32 Gruppen 1993
Westdeutsche Haushalte, gruppiert nach Alter und Haushaltsgröße

| Haushaltsgruppen | | | Durchschnitt je Haushalt, DM monatlich | | | | | Abstand des | | |
|------------------|------------------------|----------------------|--|-----|-----|------|------|-------------------------|------|-------|
| Lfd. Nr. | Alter der Bezugsperson | Personen je Haushalt | gesamt | 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 2. | 5. |
| | | | Fünftel der nach dem Vermögenseinkommen geordneten Haushalte | | | | | Fünftels vom 3. Fünftel | | |
| 0 | alle Haushalte | | 702 | 6 | 61 | 390 | 887 | 2165 | -84% | 455% |
| 1 | 18 bis 24 | 1 bis 6 | 92 | 0 | 10 | 25 | 60 | 361 | -61% | 1371% |
| 2 | 25 bis 29 | 1 | 100 | 0 | 9 | 27 | 70 | 394 | -67% | 1375% |
| 3 | 30 bis 39 | 1 | 204 | 0 | 13 | 42 | 179 | 784 | -70% | 1750% |
| 4 | 40 bis 49 | 1 | 340 | 0 | 9 | 55 | 331 | 1301 | -85% | 2244% |
| 5 | 50 bis 59 | 1 | 505 | 1 | 21 | 138 | 579 | 1781 | -85% | 1187% |
| 6 | 60 bis 69 | 1 | 488 | 2 | 28 | 213 | 639 | 1553 | -87% | 629% |
| 7 | 70 bis 74 | 1 | 472 | 4 | 41 | 186 | 524 | 1602 | -78% | 760% |
| 8 | ab 75 | 1 | 381 | 2 | 21 | 94 | 411 | 1368 | -78% | 1355% |
| 9 | 25 bis 29 | 2 | 259 | 4 | 29 | 82 | 262 | 919 | -65% | 1024% |
| 10 | 30 bis 39 | 2 | 457 | 4 | 36 | 158 | 588 | 1497 | -77% | 849% |
| 11 | 40 bis 49 | 2 | 761 | 9 | 73 | 444 | 932 | 2344 | -84% | 428% |
| 12 | 50 bis 54 | 2 | 902 | 15 | 259 | 746 | 1114 | 2373 | -65% | 218% |
| 13 | 55 bis 59 | 2 | 961 | 28 | 330 | 752 | 1088 | 2604 | -56% | 246% |
| 14 | 60 bis 64 | 2 | 978 | 27 | 327 | 720 | 1080 | 2730 | -55% | 279% |
| 15 | 65 bis 69 | 2 | 1035 | 35 | 330 | 755 | 1153 | 2897 | -56% | 284% |
| 16 | 70 bis 74 | 2 | 1023 | 37 | 307 | 706 | 1080 | 2981 | -57% | 322% |
| 17 | ab 75 | 2 bis 6 | 928 | 28 | 229 | 634 | 983 | 2762 | -64% | 336% |
| 18 | 25 bis 29 | 3 bis 6 | 273 | 3 | 20 | 66 | 237 | 1033 | -70% | 1468% |
| 19 | 30 bis 34 | 3 | 459 | 5 | 40 | 176 | 603 | 1466 | -77% | 735% |
| 20 | 35 bis 39 | 3 | 690 | 8 | 84 | 500 | 944 | 1906 | -83% | 281% |
| 21 | 40 bis 44 | 3 | 755 | 14 | 130 | 654 | 997 | 1975 | -80% | 202% |
| 22 | 45 bis 49 | 3 | 1032 | 29 | 321 | 798 | 1179 | 2831 | -60% | 255% |
| 23 | 50 bis 54 | 3 | 1101 | 51 | 553 | 890 | 1276 | 2726 | -38% | 206% |
| 24 | 55 bis 59 | 3 | 1136 | 76 | 619 | 957 | 1310 | 2713 | -35% | 183% |
| 25 | 60 bis 74 | 3 bis 6 | 1402 | 211 | 760 | 1085 | 1515 | 3423 | -30% | 216% |
| 26 | 30 bis 34 | 4 | 516 | 7 | 48 | 277 | 789 | 1452 | -83% | 423% |
| 27 | 35 bis 39 | 4 | 855 | 18 | 216 | 733 | 1114 | 2194 | -71% | 199% |
| 28 | 40 bis 44 | 4 | 1041 | 38 | 481 | 936 | 1232 | 2504 | -49% | 168% |
| 29 | 45 bis 49 | 4 | 1250 | 93 | 689 | 1056 | 1414 | 2992 | -35% | 183% |
| 30 | 50 bis 59 | 4 bis 6 | 1492 | 204 | 846 | 1160 | 1602 | 3642 | -27% | 214% |
| 31 | 30 bis 39 | 5 bis 6 | 780 | 12 | 162 | 727 | 1097 | 1897 | -78% | 161% |
| 32 | 40 bis 49 | 5 bis 6 | 1113 | 23 | 540 | 1003 | 1345 | 2646 | -46% | 164% |

Quelle: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe; Sonderauswertung des BMA

Anhangtabelle I.58

Vermögensbildung in 32 Gruppen nach Alter und Haushaltsgröße
Durchschnitt je Haushalt 1993 und 1998 in Westdeutschland

| Haushaltsgruppen | | | Ersparnis | | | | Rangfolge (aufsteigend) | | |
|------------------|--------------------------------|----------------------------|-----------|-------|----------------------------------|---------|----------------------------|------|----------------------|
| Lfd. Nr. | Alter der Bezugs- person | Personen je Haushalt | 1993 | 1998 | Veränderung von 1993 bis 1998 | | 1993 | 1998 | absolute Verändg. |
| | | | | | DM monatlich | Prozent | | | |
| 0 | alle Haushalte | | 656 | 647 | -9 | -1 | 14 | 14 | 15 |
| 1 | 18 bis 24 | 1 bis 6 | 188 | 255 | 67 | 36 | 4 | 5 | 22 |
| 2 | 25 bis 29 | 1 | 232 | 340 | 108 | 46 | 5 | 8 | 24 |
| 3 | 30 bis 39 | 1 | 415 | 419 | 5 | 1 | 8 | 11 | 17 |
| 4 | 40 bis 49 | 1 | 493 | 545 | 52 | 10 | 11 | 12 | 20 |
| 5 | 50 bis 59 | 1 | 410 | 317 | -93 | -23 | 7 | 7 | 10 |
| 6 | 60 bis 69 | 1 | 117 | 112 | -5 | -5 | 2 | 2 | 16 |
| 7 | 70 bis 74 | 1 | 105 | 205 | 100 | 96 | 1 | 4 | 23 |
| 8 | ab 75 | 1 | 160 | 171 | 11 | 7 | 3 | 3 | 19 |
| 9 | 25 bis 29 | 2 | 750 | 602 | -149 | -20 | 17 | 13 | 6 |
| 10 | 30 bis 39 | 2 | 1.020 | 973 | -47 | -5 | 26 | 21 | 12 |
| 11 | 40 bis 49 | 2 | 967 | 1.020 | 53 | 5 | 23 | 23 | 21 |
| 12 | 50 bis 54 | 2 | 920 | 1.043 | 122 | 13 | 20 | 25 | 25 |
| 13 | 55 bis 59 | 2 | 782 | 788 | 5 | 1 | 18 | 18 | 18 |
| 14 | 60 bis 64 | 2 | 421 | 402 | -18 | -4 | 9 | 10 | 14 |
| 15 | 65 bis 69 | 2 | 316 | 101 | -215 | -68 | 6 | 1 | 3 |
| 16 | 70 bis 74 | 2 | 451 | 266 | -185 | -41 | 10 | 6 | 5 |
| 17 | ab 75 | 2 bis 6 | 501 | 384 | -117 | -23 | 12 | 9 | 8 |
| 18 | 25 bis 29 | 3 bis 6 | 514 | 682 | 168 | 33 | 13 | 15 | 27 |
| 19 | 30 bis 34 | 3 | 729 | 921 | 192 | 26 | 16 | 20 | 28 |
| 20 | 35 bis 39 | 3 | 883 | 738 | -145 | -16 | 19 | 17 | 7 |
| 21 | 40 bis 44 | 3 | 953 | 844 | -108 | -11 | 22 | 19 | 9 |
| 22 | 45 bis 49 | 3 | 1.351 | 1.161 | -190 | -14 | 31 | 27 | 4 |
| 23 | 50 bis 54 | 3 | 1.086 | 1.307 | 221 | 20 | 28 | 29 | 30 |
| 24 | 55 bis 59 | 3 | 926 | 1.458 | 533 | 58 | 21 | 31 | 33 |
| 25 | 60 bis 74 | 3 bis 6 | 1.019 | 702 | -317 | -31 | 25 | 16 | 1 |
| 26 | 30 bis 34 | 4 | 663 | 992 | 329 | 50 | 15 | 22 | 32 |
| 27 | 35 bis 39 | 4 | 1.065 | 1.026 | -39 | -4 | 27 | 24 | 13 |
| 28 | 40 bis 44 | 4 | 1.190 | 1.108 | -82 | -7 | 29 | 26 | 11 |
| 29 | 45 bis 49 | 4 | 1.584 | 1.292 | -292 | -18 | 33 | 28 | 2 |
| 30 | 50 bis 59 | 4 bis 6 | 1.560 | 1.765 | 205 | 13 | 32 | 33 | 29 |
| 31 | 30 bis 39 | 5 bis 6 | 997 | 1.308 | 311 | 31 | 24 | 30 | 31 |
| 32 | 40 bis 49 | 5 bis 6 | 1.324 | 1.479 | 156 | 12 | 30 | 32 | 26 |

Quelle: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe; Sonderauswertung des BMA

Anhangtabelle I.59

Verteilung der Vermögensbildung innerhalb von 32 Gruppen 1993
Westdeutsche Haushalte, gruppiert nach Alter und Haushaltsgröße

| Haushaltsgruppen | | | Durchschnitt je Haushalt, DM monatlich | | | | | Abstand des | | |
|------------------|------------------------|----------------------|---|--------|-----|-------|-------|-------------------------|-------|--------|
| Lfd. Nr. | Alter der Bezugsperson | Personen je Haushalt | gesamt | 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 2. | 5. |
| | | | Fünftel der nach der Ersparnis geordneten Haushalte | | | | | Fünftels vom 3. Fünftel | | |
| 0 | alle Haushalte | | 656 | -908 | 65 | 390 | 904 | 2.830 | -83% | 625% |
| 1 | 18 bis 24 | 1 bis 6 | 188 | -658 | -59 | 103 | 344 | 1.192 | -157% | 1.054% |
| 2 | 25 bis 29 | 1 | 232 | -549 | -38 | 152 | 405 | 1.187 | -125% | 680% |
| 3 | 30 bis 39 | 1 | 415 | -634 | 54 | 274 | 617 | 1.751 | -80% | 540% |
| 4 | 40 bis 49 | 1 | 493 | -616 | 36 | 293 | 678 | 2.057 | -88% | 602% |
| 5 | 50 bis 59 | 1 | 410 | -862 | 11 | 218 | 583 | 2.092 | -95% | 859% |
| 6 | 60 bis 69 | 1 | 117 | -921 | -27 | 98 | 291 | 1.138 | -127% | 1.058% |
| 7 | 70 bis 74 | 1 | 105 | -892 | -24 | 106 | 286 | 1.037 | -123% | 879% |
| 8 | ab 75 | 1 | 160 | -607 | -11 | 83 | 297 | 1.031 | -113% | 1.148% |
| 9 | 25 bis 29 | 2 | 750 | -691 | 124 | 578 | 1.146 | 2.588 | -79% | 348% |
| 10 | 30 bis 39 | 2 | 1.020 | -667 | 233 | 717 | 1.388 | 3.423 | -68% | 377% |
| 11 | 40 bis 49 | 2 | 967 | -1.015 | 206 | 680 | 1.334 | 3.626 | -70% | 433% |
| 12 | 50 bis 54 | 2 | 920 | -829 | 227 | 659 | 1.242 | 3.299 | -66% | 401% |
| 13 | 55 bis 59 | 2 | 782 | -1.048 | 157 | 544 | 1.068 | 3.183 | -71% | 485% |
| 14 | 60 bis 64 | 2 | 421 | -1.401 | -99 | 250 | 712 | 2.635 | -139% | 953% |
| 15 | 65 bis 69 | 2 | 316 | -1.521 | -80 | 219 | 620 | 2.337 | -136% | 967% |
| 16 | 70 bis 74 | 2 | 451 | -1.288 | 48 | 315 | 683 | 2.494 | -85% | 693% |
| 17 | ab 75 | 2 bis 6 | 501 | -1.008 | 73 | 361 | 759 | 2.315 | -80% | 541% |
| 18 | 25 bis 29 | 3 bis 6 | 514 | -1.073 | 63 | 428 | 807 | 2.319 | -85% | 442% |
| 19 | 30 bis 34 | 3 | 729 | -887 | 202 | 608 | 1.103 | 2.608 | -67% | 329% |
| 20 | 35 bis 39 | 3 | 883 | -882 | 203 | 652 | 1.216 | 3.213 | -69% | 392% |
| 21 | 40 bis 44 | 3 | 953 | -693 | 299 | 723 | 1.277 | 3.140 | -59% | 334% |
| 22 | 45 bis 49 | 3 | 1.351 | -722 | 428 | 983 | 1.625 | 4.429 | -56% | 350% |
| 23 | 50 bis 54 | 3 | 1.086 | -898 | 371 | 898 | 1.534 | 3.513 | -59% | 291% |
| 24 | 55 bis 59 | 3 | 926 | -1.231 | 192 | 720 | 1.335 | 3.600 | -73% | 400% |
| 25 | 60 bis 74 | 3 bis 6 | 1.019 | -1.163 | 232 | 702 | 1.435 | 3.865 | -67% | 450% |
| 26 | 30 bis 34 | 4 | 663 | -854 | 204 | 619 | 1.017 | 2.306 | -67% | 273% |
| 27 | 35 bis 39 | 4 | 1.065 | -775 | 336 | 800 | 1.387 | 3.573 | -58% | 347% |
| 28 | 40 bis 44 | 4 | 1.190 | -858 | 394 | 896 | 1.512 | 3.981 | -56% | 344% |
| 29 | 45 bis 49 | 4 | 1.584 | -969 | 528 | 1.138 | 1.910 | 5.294 | -54% | 365% |
| 30 | 50 bis 59 | 4 bis 6 | 1.560 | -860 | 488 | 1.111 | 1.982 | 5.073 | -56% | 357% |
| 31 | 30 bis 39 | 5 bis 6 | 997 | -769 | 389 | 820 | 1.280 | 3.255 | -53% | 297% |
| 32 | 40 bis 49 | 5 bis 6 | 1.324 | -776 | 393 | 918 | 1.642 | 4.422 | -57% | 381% |

Quelle: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe; Sonderauswertung des BMA

Anhangtabelle I.60

**Vergleich der Rangfolge bei Vermögensbestand, Vermögenseinkommen und Vermögensbildung für 32 Gruppen nach Alter und Haushaltsgröße
1993 und 1998 in Westdeutschland**

| Haushaltsgruppen | | | Rang Ersparnis | | Rang Vermögenseinkommen | | | |
|------------------|------------------------|----------------------|----------------|------|-------------------------|------|-----------|------|
| Lfd. Nr. | Alter der Bezugsperson | Personen je Haushalt | gegenüber Rang | | | | | |
| | | | Privatvermögen | | Privatvermögen | | Ersparnis | |
| | | | 1993 | 1998 | 1993 | 1998 | 1993 | 1998 |
| 0 | alle Haushalte | | -1 | -3 | 0 | -1 | 1 | 2 |
| 1 | 18 bis 24 | 1 bis 6 | 3 | 3 | 0 | 0 | -3 | -3 |
| 2 | 25 bis 29 | 1 | 3 | 7 | 0 | 0 | -3 | -7 |
| 3 | 30 bis 39 | 1 | 5 | 8 | 0 | 0 | -5 | -8 |
| 4 | 40 bis 49 | 1 | 5 | 7 | 0 | 0 | -5 | -7 |
| 5 | 50 bis 59 | 1 | -4 | -3 | 1 | -2 | 5 | 1 |
| 6 | 60 bis 69 | 1 | -11 | -12 | -2 | -3 | 9 | 9 |
| 7 | 70 bis 74 | 1 | -9 | -5 | 0 | 1 | 9 | 6 |
| 8 | ab 75 | 1 | -4 | -4 | 0 | 0 | 4 | 4 |
| 9 | 25 bis 29 | 2 | 13 | 9 | 0 | 0 | -13 | -9 |
| 10 | 30 bis 39 | 2 | 17 | 15 | -1 | 0 | -18 | -15 |
| 11 | 40 bis 49 | 2 | 4 | 8 | -2 | 0 | -6 | -8 |
| 12 | 50 bis 54 | 2 | -5 | 0 | -5 | -3 | 0 | -3 |
| 13 | 55 bis 59 | 2 | -9 | -12 | -5 | -3 | 4 | 9 |
| 14 | 60 bis 64 | 2 | -15 | -16 | -1 | 0 | 14 | 16 |
| 15 | 65 bis 69 | 2 | -16 | -23 | 4 | 1 | 20 | 24 |
| 16 | 70 bis 74 | 2 | -11 | -17 | 3 | 1 | 14 | 18 |
| 17 | ab 75 | 2 bis 6 | -8 | -13 | 1 | -2 | 9 | 11 |
| 18 | 25 bis 29 | 3 bis 6 | 8 | 3 | 0 | 0 | -8 | -3 |
| 19 | 30 bis 34 | 3 | 8 | 12 | 1 | 1 | -7 | -11 |
| 20 | 35 bis 39 | 3 | 5 | 4 | 0 | 0 | -5 | -4 |
| 21 | 40 bis 44 | 3 | 5 | 3 | -1 | 1 | -6 | -2 |
| 22 | 45 bis 49 | 3 | 5 | 6 | -1 | 0 | -6 | -6 |
| 23 | 50 bis 54 | 3 | -1 | 2 | -1 | 1 | 0 | -1 |
| 24 | 55 bis 59 | 3 | -9 | -1 | 0 | 0 | 9 | 1 |
| 25 | 60 bis 74 | 3 bis 6 | -7 | -15 | 0 | -1 | 7 | 14 |
| 26 | 30 bis 34 | 4 | 3 | 11 | 1 | 3 | -2 | -8 |
| 27 | 35 bis 39 | 4 | 9 | 6 | 1 | 0 | -8 | -6 |
| 28 | 40 bis 44 | 4 | 6 | 6 | 4 | 3 | -2 | -3 |
| 29 | 45 bis 49 | 4 | 2 | 0 | 0 | 1 | -2 | 1 |
| 30 | 50 bis 59 | 4 bis 6 | -1 | 0 | 0 | 0 | 1 | 0 |
| 31 | 30 bis 39 | 5 bis 6 | 8 | 11 | 2 | 0 | -6 | -11 |
| 32 | 40 bis 49 | 5 bis 6 | 2 | 3 | 1 | 2 | -1 | -1 |

Quelle: Einkommens- und Verbrauchsstichprobe; Sonderauswertung des BMA

Anhangtabelle I.61

Betriebe und betriebliche Beteiligungen privater Haushalte 1995

| Bereich/Rechtsform | Zahl |
|--|-----------|
| Enge Abgrenzung: Gewerbebetriebe sowie Vollerwerbs-Landwirte und -Freiberufler (Personenunternehmen) | |
| Gewerbebetriebe (natürliche Personen) ¹ | 1.552.100 |
| Einzelunternehmer | 1 302.800 |
| Personengesellschaften | 249.300 |
| Landwirte ² | 319.300 |
| Freiberufler ³ | 571.500 |
| Personenunternehmen insgesamt | 2.442.900 |
| Weite Abgrenzung: Steuerpflichtige mit Betriebseinkünften ⁴ | |
| Mit Einkünften aus Gewerbebetrieb | 3.300.900 |
| darunter: | |
| als Einzelunternehmer | 2.697.000 |
| mit Beteiligungen | 1.039.600 |
| Mit Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft | 588.000 |
| Mit Einkünften aus selbstständiger Tätigkeit | 1.400.800 |
| Mit betrieblichen Einkünften insgesamt | 5.021.400 |
| Nachrichtlich: Kapitalgesellschaften insgesamt ⁵ | |
| GmbHs | 606.600 |
| Aktiengesellschaften, Genossenschaften u.a. ⁶ | 13.500 |
| Kapitalgesellschaften insgesamt | 620.100 |

1 Soweit in der Gewerbesteuerstatistik 1995 nachgewiesen.

2 Schätzung auf Grundlage der Agrarberichte 1997 bis 1999 der Bundesregierung und der Fachstatistik des Statistischen Bundesamtes (Fachserie 3).

3 Freiberufler und sonstige Selbstständige mit positiven Einkünften von 40 000 DM und mehr sowie mit negativen Einkünften (steuerpflichtige Einkünfte um Steuervergünstigungen bereinigt); Schätzung auf Basis einer Sonderauswertung der Einkommensteuerstatistik 1995.

4 Schätzung auf Basis einer Sonderauswertung der Einkommensteuerstatistik 1995; bei Addition der Angaben zu einzelnen Einkünften ergeben sich Doppelzählungen, da einzelne Steuerpflichtige verschiedene Betriebseinkünfte aufweisen.

5 Nach der Gewerbesteuerstatistik 1995.

6 Bergrechtliche Gewerkschaften und Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit, ohne juristische Personen des öffentlichen Rechts.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Sonderaufbereitungen der Gewerbesteuerstatistik 1995 und der Einkommensteuerstatistik 1995, Fachserie 3: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei; Agrarberichte 1997 bis 1999 der Bundesregierung; Schätzungen des DIW.

Anhangtabelle I.62

Produktivvermögen der Unternehmen nach Rechtsformen

| Rechtsform | Steuerpflichtige/ Betriebe | Rohvermögen (Eigen- und Fremdkapital) | Reinvermögen (Eigen- kapital) | Zum Vergleich: Steuer- erpfl. in Um- satzst.-sta- tistik 1996 |
|--|-------------------------------|--|----------------------------------|--|
| | Zahl | Mrd. DM | | Zahl |
| Gewerbsteuerpflichtige Personenunternehmen | | | | |
| Einzelunternehmer | 1.302.800 | 416 | 213 | 1.749.000 |
| Personengesellschaften | 249.300 | 1.085 | 513 | 328.400 |
| Insgesamt | 1.552.100 | 1.501 | 726 | 2.077.400 |
| Landwirte (soweit nicht gewerbsteuerpflichtig) | 319.300 | 265 | 226 | 24.200 |
| Freiberufler (nicht gewerbsteuerpflichtig) | 571.500 | 119 | 71 | 198.100 |
| Personenunternehmen insgesamt | 2.442.900 | 1.885 | 1.023 | 2.299.700 |
| Nachrichtlich: Kapitalgesellschaften | | | | |
| GmbHs insgesamt | 606 600 | 1 884 | 582 | 413 300 |
| Aktiengesellschaften, Genossenschaften u.a. | 13 500 | 3 407 | 572 | 9 800 |
| Unternehmen insgesamt | 3 063 000 | 7 176 | 2 177 | 2 722 800 |
| davon in der Gewerbesteuersteuer erfasst | 2 172 200 | 6 792 | 1 880 | . |

Quellen: Statistisches Bundesamt, Sonderaufbereitungen der Gewerbesteuerstatistik 1995 und der Einkommensteuerstatistik 1995, Einheitswertstatistik gewerblicher Betriebe 1995; Agrarberichte 1997 bis 1999 der Bundesregierung; Schätzungen des DIW.

Anhangtabelle I.63

Humanvermögen je Person nach Altersgruppen und Geschlecht

| Altersgruppe | Personen in 1000 | | | Humanvermögen je Person in 1.000 DM | | |
|---------------------------|------------------|----------|----------|-------------------------------------|----------|----------|
| | Männlich | Weiblich | Zusammen | Männlich | Weiblich | Zusammen |
| Bevölkerung älter 5 Jahre | | | | | | |
| 6 bis u. 20 | 6.520 | 6.110 | 12.630 | 114 | 111 | 113 |
| 20 b. u. 35 | 9.440 | 9.040 | 18.480 | 507 | 443 | 475 |
| 35 b. u. 50 | 8.470 | 8.360 | 16.830 | 522 | 413 | 468 |
| 50 b. u. 65 | 8.690 | 8.810 | 17.500 | 464 | 322 | 393 |
| über 65 | 4.400 | 7.940 | 12.340 | 421 | 252 | 312 |
| Zusammen | 37.520 | 40.270 | 77.790 | 422 | 322 | 370 |
| Erwerbstätige | | | | | | |
| 6 bis u. 20 | 750 | 550 | 1.300 | 311 | 297 | 305 |
| 20 b. u. 35 | 7.520 | 5.850 | 13.370 | 490 | 453 | 474 |
| 35 b. u. 50 | 7.630 | 5.720 | 13.340 | 532 | 437 | 491 |
| 50 b. u. 65 | 5.080 | 3.230 | 8.300 | 505 | 380 | 456 |
| über 65 | 170 | 110 | 270 | 562 | 329 | 470 |
| Zusammen | 21.140 | 15.460 | 36.600 | 503 | 425 | 470 |
| Arbeitslose | | | | | | |
| 6 bis u. 20 | 50 | 40 | 90 | 248 | 231 | 241 |
| 20 b. u. 35 | 600 | 640 | 1.240 | 389 | 379 | 384 |
| 35 b. u. 50 | 550 | 600 | 1.150 | 426 | 373 | 399 |
| 50 b. u. 65 | 630 | 530 | 1.160 | 405 | 324 | 368 |
| über 65 | 0 | 0 | 0 | 415 | 195 | 250 |
| Zusammen | 1.830 | 1.810 | 3.640 | 402 | 358 | 380 |

Quelle: Mikrozensus 1995 und Berechnungen von Prognos

Anhangtabelle I.64

Verteilungsmaße des Humanvermögens 1995

| | | Personen in Ausbildung | | |
|------------------|-----|-------------------------------------|------------|-----------|
| Merkmal | | öff. Aufw. | ent. Eink. | zusammen |
| Gini-Koeffizient | (%) | 36.79% | 79.72% | 57.96% |
| Minimum | DM | 9.430 | 0 | 9.430 |
| Maximum | DM | 823.350 | 1.095.860 | 1.913.250 |
| Median | DM | 108.430 | 0 | 108.430 |
| Mittelwert | DM | 112.790 | 109.820 | 222.610 |
| | | Personen nicht (mehr) in Ausbildung | | |
| Merkmal | | öff. Aufw. | ent. Eink. | zusammen |
| Gini-Koeffizient | (%) | 13.05% | 43.51% | 30.21% |
| Minimum | DM | 122.570 | 0 | 122.570 |
| Maximum | DM | 752.200 | 799.290 | 1.551.490 |
| Median | DM | 174.210 | 210.430 | 384.640 |
| Mittelwert | DM | 173.170 | 234.450 | 407.620 |
| | | Zusammen | | |
| Merkmal | | öff. Aufw. | ent. Eink. | zusammen |
| Gini-Koeffizient | (%) | 19.01% | 51.16% | 36.83% |
| Minimum | DM | 9.430 | 0 | 9.430 |
| Maximum | DM | 823.350 | 1.095.860 | 1.913.250 |
| Median | DM | 174.210 | 210.430 | 384.640 |
| Mittelwert | DM | 160.690 | 209.640 | 370.330 |

Quelle: Mikrozensus 1995 und Berechnungen von Prognos

Anhangtabelle I.65

**Vermögensteuerpflichtige ¹
mit einem steuerlichen Gesamtvermögen ²
von 1 Million DM und mehr**

| Jahr ³ | Anzahl | |
|-------------------|---------|---|
| 1953 | 1.586 | |
| 1957 | 3.600 | |
| 1960 | 9.217 | |
| 1963 | 11.714 | |
| 1966 | 15.247 | |
| 1969 | 19.107 | |
| 1972 | 22.196 | |
| 1974 | 41.945 | 4 |
| 1977 | 55.494 | |
| 1980 | 67.311 | |
| 1983 | 81.888 | |
| 1986 | 102.792 | 5 |
| 1989 | 121.129 | |
| 1993 | 153.779 | |
| 1995 | 176.920 | |

- 1 Private Haushalte, d.h. unbeschränkt vermögensteuerpflichtige natürliche Personen
- 2 Land- und forstwirtschaftliches Vermögen, Grundvermögen, Betriebsvermögen und sonstiges Vermögen abzüglich Schulden; vor Abzug persönlicher Freibeträge
- 3 Hauptveranlagung zum 1. Januar; früheres Bundesgebiet einschl. Berlin (West); Ab 1960 einschließlich Saarland
- 4 Zahlen ab 1974 mit Zahlen vor 1974 nicht vergleichbar wegen neuer Einheitswerte für Grundstücke und Vermögensteuerreform 1974
- 5 m Gesamtvermögen ist ab 1986 Betriebsvermögen vor der Begünstigung gem. § 117a Bewertungsgesetz enthalten (fiktiv entsprechend der Rechtslage bis 1983)

Quelle: Vermögensteuerstatistik des Statistischen Bundesamtes

I.3 Überschuldung privater Haushalte

Daten und Fakten

Anhangtabelle I.66

Auslösende Faktoren der Überschuldung - Bundesgebiet 1999

| | |
|---|------|
| Arbeitslosigkeit | 38 % |
| Trennung / Scheidung | 22 % |
| Unerfahrenheit gegenüber Kredit- u. Konsumangebot | 20 % |
| Dauerhaftes Niedrigeinkommen | 19 % |
| Missverhältnis Kredithöhe-Einkommen | 14 % |
| Suchtverhalten | 10 % |
| Krankheit / Unfall / Tod | 9 % |
| Suchtartiges Kaufverhalten | 7 % |
| Geburt eines Kindes | 6 % |
| Nichtinanspruchnahme von Sozialleistungen | 3 % |

Datenbasis: Erhebung bei Schuldnerberatungsstellen 2000

Quelle: Korczak, D. u. a: Überschuldung in Deutschland zwischen 1988 und 1999

Anhangtabelle I.67

Anteile der Familien an den überschuldeten Haushalten - Ost- und Westdeutschland 1999 -

| Familientyp | Anteil an überschuldeten Haushalten in den neuen Ländern in Prozent | Anteil an überschuldeten Haushalten im früheren Bundesgebiet in Prozent |
|-------------------------------------|---|---|
| Männliche allein Erziehende | 2 | 1 |
| Weibliche allein Erziehende | 12 | 11 |
| Unverheiratet zusammenlebende Paare | 11 | 4 |
| Verheiratete Paare | 17,5 | 27 |
| Familienhaushalte gesamt | 42,5 | 43 |

Datenbasis: Erhebung bei Schuldnerberatungsstellen 2000

Quelle: Korczak, D. u. a: Überschuldung in Deutschland zwischen 1988 und 1999

Anhangtabelle I.68

Einkommensquellen überschuldeter Haushalte 1999 in %

| Überwiegende Einkommensquelle | Haushalte in den neuen Ländern | Haushalte im früheren Bundesgebiet | Haushalte in Deutschland |
|-----------------------------------|--------------------------------|------------------------------------|--------------------------|
| Lohn/Gehalt | 27 | 52 | 43 |
| Sozialhilfe | 17 | 17 | 17 |
| Arbeitslosengeld | 22 | 11 | 15 |
| Arbeitslosenhilfe | 25 | 10 | 15 |
| Unterhalts- und Transferzahlungen | 8 | 11 | 10 |
| Rente | 9 | 10 | 10 |

Datenbasis: Erhebung bei Schuldnerberatungsstellen 2000

1 Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit wurde in die Erhebung nicht einbezogen.

Quelle: Korczak, D. u. a: Überschuldung in Deutschland zwischen 1988 und 1999

Anhangtabelle I.69

**Gläubiger der überschuldeten Haushalte
- Ost- und Westdeutschland 1999 -**

| Gläubigergruppen | Anteile im früheren Bundesgebiet | Anteile in den neuen Ländern |
|-----------------------|----------------------------------|------------------------------|
| Kreditinstitute | 72 % | 56 % |
| Inkasso-Unternehmen | 40 % | 50 % |
| Versandhäuser | 32 % | 42 % |
| Versicherungen | 24 % | 30 % |
| Finanzämter | 18 % | 21 % |
| Vermieter | 16 % | 32 % |
| Justizbehörden | 18 % | 19 % |
| Telefongesellschaften | 27 % | 25 % |
| Energieversorger | 13 % | 24 % |

Datenbasis: Erhebung bei Schuldnerberatungsstellen 2000

Quelle: Korczak, D. u. a: Überschuldung in Deutschland zwischen 1988 und 1999

Anhangtabelle I.70

Schuldenhöhe überschuldeter Haushalte (1999)

| Schuldenhöhe (in DM) | Anteil der überschuldeten Haushalte (in %) |
|----------------------|--|
| Unter 5.000 | 10 |
| 5.000 bis 10.000 | 12 |
| 10.000 bis 20.000 | 15 |
| 20.000 bis 30.000 | 12 |
| 30.000 bis 40.000 | 9 |
| 40.000 bis 50.000 | 9 |
| 50.000 bis 100.000 | 16 |
| Über 100.000 | 17 |

Datenbasis: Erhebung bei Schuldnerberatungsstellen 2000

Quelle: Korczak, D. u. a: Überschuldung in Deutschland zwischen 1988 und 1999

II. Sozialhilfe

II.1 Maßnahmen der „Hilfe zur Arbeit“

Neben der Vermittlung durch die Arbeitsverwaltung und der Verpflichtung des Hilfebedürftigen, seine Arbeitskraft zur Beschaffung des Lebensunterhalts für sich und seine unterhaltsberechtigten Angehörigen einzusetzen, sollen Sozialhilfeträger darauf hinwirken, dass der Hilfesuchende sich um Arbeit bemüht und Arbeit findet. Die Kommunen wurden durch das BSHG im Rahmen der „Hilfe zur Arbeit“ (§§ 18-20 BSHG) verpflichtet, für Hilfesuchende, insbesondere für junge Menschen, die keine Arbeit finden können, Arbeitsgelegenheiten zu schaffen. Für die Schaffung und Erhaltung solcher Arbeitsgelegenheiten anfallende Aufwendungen können von den Sozialhilfeträgern übernommen werden. Diese Maßnahmen sind in der Regel zeitlich befristet und dienen einer (Wieder-) Eingliederung des Hilfeempfängers in das Arbeitsleben. Die Hilfeempfänger sind seit jeher verpflichtet, angebotene zumutbare Arbeit oder Arbeitsgelegenheiten anzunehmen.

„Hilfe zur Arbeit“ ist wichtig

- für die Hilfeempfänger, denen Wege zu einem in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt integrierten selbstbestimmten Leben aufgezeigt werden können. Wissenschaftliche Untersuchungen haben zudem ergeben, dass sich Maßnahmen der Hilfe zur Arbeit positiv auf das Wohlbefinden der Teilnehmer auswirken und Gefühle der Isolierung und Wertlosigkeit beseitigen, zumindest aber begrenzen können.
- für die Kommunen, die durch die Erfüllung dieser Aufgabe Menschen helfen und soziale Notlagen beseitigen, Konfliktpotential entschärfen und gleichzeitig ihren Sozialhilfeetat entlasten können. Beispiele belegen, dass es besser ist, in Beschäftigung zu investieren als in passive Sozialhilfe.
- aus gesamtgesellschaftlicher Sicht: Ein aktivierender Sozialstaat kann erwarten, dass Bürger, die auf Sozialhilfe angewiesen, aber grundsätzlich erwerbsfähig sind, ihre Arbeitskraft zur Überwindung der Hilfebedürftigkeit einsetzen - so wie es das Sozialhilferecht auch schon immer vorgesehen hat.

Im einzelnen kommen als Maßnahmen der „Hilfe zur Arbeit“ nach dem BSHG in Betracht:

- **Schaffung von Arbeitsgelegenheiten (§ 19 BSHG)**

Das Gesetz verpflichtet die Kommunen in § 19 Abs. 1 BSHG, für Hilfesuchende, insbesondere für junge Menschen, die keine Arbeit finden können, Arbeitsgelegenheiten zu schaffen.

Dazu werden in der Regel sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse mit üblichem Arbeitsentgelt vereinbart. Werden Gelegenheiten zu gemeinnütziger und zusätzlicher Arbeit geschaffen, können ebenfalls sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse mit üblichem Arbeitsentgelt (§ 19 Abs. 2, 1. Alt. BSHG) vereinbart werden; möglich ist aber auch der weitere Bezug laufender Hilfe zum Lebensunterhalt zzgl. einer angemessenen Entschädigung für Mehraufwendungen (§ 19 Abs. 2, 2. Alt. BSHG).

- **Besondere Arbeitsgelegenheiten (§ 20 BSHG)**

Ist es im Einzelfall erforderlich, die Gewöhnung des Hilfesuchenden an eine berufliche Tätigkeit besonders zu fördern oder seine Bereitschaft zur Arbeit zu prüfen, soll ihm für eine notwendige Dauer eine hierfür geeignete Tätigkeit oder Maßnahme angeboten werden. In diesem Fall wird ebenfalls Hilfe zum Lebensunterhalt zuzüglich einer angemessenen Entschädigung für Mehraufwendungen gewährt.

- **Zuschüsse an den Arbeitgeber (§ 18 Abs.4 BSHG)**

Durch Zuschüsse an den Arbeitgeber sowie durch sonstige geeignete Maßnahmen (z.B. Leiharbeitsverhältnisse, Förderung der beruflichen Qualifikation) kann die Eingliederung von Hilfeempfängern in den allgemeinen Arbeitsmarkt gefördert werden.

- **Zuschüsse an den Hilfeempfänger (§ 18 Abs. 5 BSHG)**

Bei Aufnahme einer Tätigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt können dem Hilfeempfänger Zuschüsse gewährt werden. Damit stehen den Kommunen Möglichkeiten zur Verfügung, zusammen mit interessierten Arbeitgebern Lohnzuschuss-Modelle zu erproben. So kann dem Hilfeempfänger bei Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen oder selbstständigen Erwerbstätigkeit ein Zuschuss bis zur Höhe des Regelsatzes für einen Haushaltsvorstand und bis zur Dauer von 12 Monaten gewährt werden. Eine bis 31. Dezember 2002 befristete Experimentier- und Öffnungsklausel ermöglicht befristete Zuschüsse an Hilfeempfänger über diese gesetzlichen Maßgaben hinsichtlich der Höhe und der zeitlichen Begrenzung hinaus. Die Möglichkeiten, nach § 18 Abs. 5 BSHG Vorhaben zu erproben, um den Arbeitsanreiz für und die Eigeninitiative von Hilfeempfängern zu stärken, finden zunehmend Anwendung. So führen beispielsweise Baden-Württemberg und Hessen seit Ende 1999 Modellversuche durch, um die Wirksamkeit von Zuschüssen an Hilfeempfänger bei der Arbeitsmarktintegration zu erproben.

Wirksamkeit der Maßnahmen

In den vergangenen Jahren war eine stetige Zunahme des Engagements der Kommunen in der

Beschäftigungsförderung zu beobachten. Seit 1994 (erstmalige statistische Erfassung) haben sich die Ausgaben der Kommunen für Maßnahmen der „Hilfe zur Arbeit“ mehr als verdoppelt und beliefen sich 1999 auf rd. 2 Mrd. DM. Der Bundesregierung liegen zur Wirksamkeit der kommunalen Beschäftigungsförderung keine umfassenden Angaben vor, da die Sozialhilfeträger und die Länder der Bundesregierung gegenüber nicht berichtspflichtig sind. Nach der letzten Umfrage des Deutschen Städtetags aus dem Jahr 1999, an der sich 209 von den 262 unmittelbaren Mitgliedstädten beteiligten, wurden 1998 mehr als 300.000 Sozialhilfeempfänger allein nach §§ 19 und 20 BSHG beschäftigt. Aus der Untersuchung ergibt sich des Weiteren, dass 50% der Beschäftigungsverhältnisse sozialversicherungspflichtig abgesichert waren. In 16% der Fälle erfolgte die Beschäftigung nach §19 (1) BSHG, in 34% nach §19 (2) 1. Alt. und 44% der Beschäftigungen erfolgten im Rahmen des §19 (2) 2. Alt., 6% nach § 20 BSHG.

Die Wirksamkeit der Maßnahmen der „Hilfe zur Arbeit“ ist auch in der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion „Zur Effizienz von Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen vom 18.01.2000“ (Drs.-Nr. 14/2531) dokumentiert. Hiernach ergab sich bei einer Reihe von Ländern eine Übergangsquote von gut 20% der Teilnehmer an Maßnahmen der „Hilfe zur Arbeit“ in den ersten Arbeitsmarkt. Sowohl Modellrechnungen im Auftrag der Bundesregierung als auch Beispiele aus den Kommunen belegen die positiven finanziellen und sozialintegrativen Effekte der kommunalen Beschäftigungsförderung für die Sozialhilfeträger und die beschäftigten Sozialhilfeempfänger.

Das BSHG sieht vor, dass die von den Kommunen zu schaffenden Arbeitsgelegenheiten in der Regel nur von vorübergehender Dauer sein sollen, gemeinnützig und zusätzlich sein können. Insoweit ist „Hilfe zur Arbeit“ immer nur das Instrument eines Übergangsarbeitsmarktes. Gleichwohl ist Kritik an der kommunalen Beschäftigungsförderung laut geworden, dass sie eine Konkurrenz zur gewerblichen Wirtschaft sei und dort Arbeitsplätze bedrohe, insbesondere im Handwerk. Von kommunaler Seite wird hingegen angeführt, dass von der Beschäftigungsförderung im Gegenteil sogar positive Impulse für die privaten Wirtschaftsunternehmen ausgehen, weil z.B. Handwerksunternehmen gebraucht werden, um wenig qualifizierte Sozialhilfeempfänger bei ihrer Beschäftigung anzuleiten. Außerdem hätten viele Hilfeempfänger den Kontakt zum Arbeitsmarkt seit längerem verloren und benötigten daher für eine erfolgreiche (Wieder-) Eingliederung in den Arbeitsmarkt die speziellen Betreuungs- und Motivationshilfen, die in der kommunalen Beschäftigungsförderung - im Gegensatz zum 1. Arbeitsmarkt - begleitend angeboten werden (sozialintegrative Aufgabe der Maßnahmen der „Hilfe zur Arbeit“). Nach den bisherigen Erkenntnissen der Bundesregierung führen die Maßnahmen der „Hilfe zur Arbeit“ nicht zu Verdrängungseffekten für die Privatwirtschaft.

Für die Hilfeempfänger gibt es zwischen Arbeitsaufnahme und Sozialhilfebezug kein Wahlrecht. Sie sind seit jeher verpflichtet, angebotene zumutbare Arbeit oder Arbeitsgelegenheiten anzunehmen. Sozialhilfe ist gemäß § 1 (2) BSHG in erster Linie Hilfe zur Selbsthilfe: „Die Hilfe soll ihn soweit wie möglich befähigen, unabhängig von ihr zu leben; hierbei muss er nach seinen Kräften mitwirken.“ Die von manchen Hilfeempfängern in diesem Zusammenhang als „Bestrafung“ empfundenen Regelungen der §§ 18 und 25 Abs. 1 BSHG setzen genau dieses „Selbsthilfe-Prinzip“ um. Die Regelungen der „Hilfe zur Arbeit“ und des § 25 (1) verstoßen weder gegen das Verbot von Arbeitszwang und Zwangsarbeit nach Artikel 12 Grundgesetz, noch gegen die Übereinkommen Nr. 29 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 28. Juni 1930 über Zwangs- oder Pflichtarbeit sowie Nr. 105 vom 1. Juni 1956 über die Abschaffung der Zwangsarbeit (so die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts 5 B 114/78 vom 23. Februar 1979).

Forschungsprojekte

1999 hat die Bundesregierung das Forschungsvorhaben „Zu den Anreizwirkungen der Sozialhilfe - das Angebotsverhalten arbeitsfähiger Sozialhilfeempfänger“ an das IWH Halle vergeben. Mit diesem Projekt sollen die aktiven und passiven Maßnahmen zur Erhöhung der Arbeitsanreize evaluiert werden. Der Abschlussbericht soll im ersten Halbjahr 2001 vorliegen.

Die Bertelsmann Stiftung hat zur kommunalen Beschäftigungspolitik 1999 die Studie „Beschäftigungsorientierte Sozialpolitik in Kommunen - Strategien zur Integration von Sozialhilfeempfängern in das Erwerbsleben“ und im Jahr 2000 eine Studie über die Zusammenarbeit von Arbeits- und Sozialämtern „Kooperation statt Konkurrenz“ vorgelegt. Dabei handelt es sich vor allem um Best-Practices-Recherchen, die das Ziel haben, anhand der analysierten Beispiele Wege zu einer noch effizienteren beschäftigungsorientierten kommunalen Sozialpolitik aufzuzeigen. Beide Studien belegen den wachsenden Stellenwert der „Hilfe zur Arbeit“ bei den beteiligten Sozialämtern und die zunehmend erfolgreiche Kooperation zwischen Arbeits- und Sozialämtern. Mit dem Projekt „BIK - Beschäftigungsförderung in den Kommunen“, das 1999 gestartet wurde und Ende 2002 abgeschlossen sein soll, will die Bertelsmann Stiftung einen pragmatischen Beitrag zur Professionalisierung der Beschäftigungsförderung leisten. Seit November 2000 erarbeiten die 25 ausgewählten Kommunen in einem Reformnetzwerk Lösungsstrategien zu verschiedenen Problemfeldern der lokalen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, die ab Herbst 2001 in Modellprojekten umgesetzt werden sollen.

II.2 Daten und Fakten

Anhangtabelle II.1

**Regelsätze für die Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Bundessozialhilfegesetz
in DM/Monat
(gültig vom 1.7.2000 bis 30.6.2001)**

| | Eckregelsatz für den Haus- haltsvorstand bzw. allein Lebende | Haushaltsangehörige | | | | |
|----------------------------|--|---------------------|---|--------------|---------------|--------|
| | | bis unter 7 Jahren | | von 7 bis 13 | von 14 bis 17 | ab 18 |
| | | 50% | im Haushalt von allein Er- ziehenden 55% | Jahren | Jahren | Jahren |
| | | des Eckregelsatzes | | | | |
| Früheres Bundesgebiets | | | | | | |
| Baden-Württemberg | 551 | 276 | 303 | 358 | 496 | 441 |
| Bayern * | 533 | 267 | 293 | 346 | 480 | 426 |
| Berlin (West) | 550 | 275 | 303 | 358 | 495 | 440 |
| Bremen | 550 | 275 | 303 | 358 | 495 | 440 |
| Hamburg | 550 | 275 | 303 | 358 | 495 | 440 |
| Hessen | 551 | 276 | 303 | 358 | 495 | 441 |
| Niedersachsen | 550 | 275 | 303 | 358 | 495 | 440 |
| Nordrhein-Westfalen | 550 | 275 | 303 | 358 | 495 | 440 |
| Rheinland-Pfalz | 550 | 275 | 303 | 358 | 495 | 440 |
| Saarland | 550 | 275 | 303 | 358 | 495 | 440 |
| Schleswig-Holstein | 550 | 275 | 303 | 358 | 495 | 440 |
| Durchschnitt | 549 | 275 | 302 | 357 | 494 | 439 |
| Neue Länder und Berlin-Ost | | | | | | |
| Berlin (Ost) | 550 | 275 | 303 | 358 | 495 | 440 |
| Brandenburg | 527 | 264 | 290 | 343 | 474 | 422 |
| Mecklenburg-Vorpommern | 525 | 263 | 289 | 341 | 473 | 420 |
| Sachsen | 525 | 263 | 289 | 341 | 473 | 420 |
| Sachsen-Anhalt | 530 | 265 | 292 | 345 | 477 | 424 |
| Thüringen | 525 | 263 | 289 | 341 | 473 | 420 |
| Durchschnitt | 530 | 265 | 292 | 345 | 477 | 424 |

* In Bayern handelt es sich um den Mindestregelsatz.

Quelle: Grundinformationen und Daten zur Sozialhilfe (BMA)

Anhangtabelle II.2

**Durchschnittlicher Bedarf im Rahmen der Hilfe zum Lebensunterhalt
(Stand 1.7.2000)**

| Typ der Bedarfsgemeinschaft | Regelsätze | Mehrbedarf | Kaltniete | Heizkosten | einmalige Leistungen* | Summe |
|---|------------|------------|-----------|------------|-----------------------|-------|
| Früheres Bundesgebiet | | | | | | |
| Allein Lebende/r | 549 | - | 497 | 76 | 88 | 1.210 |
| Ehepaar ohne Kind | 988 | - | 649 | 104 | 163 | 1.904 |
| Ehepaar mit einem Kind | 1.343 | - | 766 | 115 | 234 | 2.458 |
| zwei Kindern | 1.698 | - | 859 | 116 | 305 | 2.978 |
| drei Kindern | 2.053 | - | 951 | 139 | 376 | 3.519 |
| Allein Erziehende/r mit einem Kind unter 7 Jahren | 851 | 220 | 649 | 104 | 148 | 1.972 |
| zwei Kindern zw. 7 u. 13 J. | 1.263 | 220 | 766 | 115 | 230 | 2.594 |
| Neue Länder und Berlin-Ost | | | | | | |
| Allein Lebende/r | 530 | - | 385 | 71 | 85 | 1.071 |
| Ehepaar ohne Kind | 954 | - | 834 | 95 | 157 | 1.740 |
| Ehepaar mit einem Kind | 1.297 | - | 627 | 110 | 226 | 2.260 |
| zwei Kindern | 1.640 | - | 702 | 124 | 295 | 2.761 |
| drei Kindern | 1.983 | - | 776 | 129 | 364 | 3.252 |
| Allein Erziehende/r mit einem Kind unter 7 Jahren | 822 | 212 | 534 | 95 | 143 | 1.806 |
| zwei Kindern zw. 7 u. 13 J. | 1.220 | 212 | 627 | 110 | 223 | 2.392 |

- = nichts vorhanden

*) Für einmalige Leistungen, die je nach individuellem Bedarf gewährt werden, sind Durchschnittswerte nicht ohne weiteres ermittelbar. In einer Erhebung des Stat. Bundesamtes im Jahr 1991 wurden durchschnittliche einmalige Leistungen ermittelt, die beim Haushaltsvorstand 16%, bei weiteren erwachsenen Haushaltsmitgliedern 17% und bei Kindern 20% des jeweiligen Regelsatzes betragen.

Quelle: Grundinformationen und Daten zur Sozialhilfe (BMA)

Anhangtabelle II.3

Entwicklung des Nominal- und Realwerts der Eckregelsätze

| Jahr | Eckregelsatz der Hilfe zum Lebensunterhalt | | Preisindex* für die Lebenshaltung ohne Wohnungsmieten (1991 = 100) | Realwert des Regelsatzes | |
|----------------------------|--|-----------------------------------|--|--------------------------|------------------|
| | Jahresdurchschnitt | Veränderung gegenüber dem Vorjahr | | in Preisen von 1991 | Index 1991 = 100 |
| Früheres Bundesgebiet | | | | | |
| 1963 | 108 | X | 41,1 | 262,8 | 57,1 |
| 1964 | 110 | 1,9% | 42,0 | 261,9 | 56,9 |
| 1965 | 117 | 6,4% | 43,6 | 268,3 | 58,3 |
| 1966 | 124 | 6,0% | 44,8 | 276,8 | 60,2 |
| 1967 | 129 | 4,0% | 45,0 | 286,6 | 62,3 |
| 1968 | 131 | 1,6% | 45,2 | 289,7 | 63,0 |
| 1969 | 134 | 2,3% | 45,9 | 291,9 | 63,5 |
| 1970 | 147 | 9,7% | 47,4 | 310,2 | 67,4 |
| 1971 | 174 | 18,4% | 49,4 | 352,2 | 76,6 |
| 1972 | 196 | 12,6% | 52,2 | 375,5 | 81,6 |
| 1973 | 213 | 8,7% | 56,0 | 380,2 | 82,7 |
| 1974 | 237 | 11,3% | 60,3 | 393,1 | 85,4 |
| 1975 | 254 | 7,2% | 63,8 | 398,2 | 86,6 |
| 1976 | 270 | 6,3% | 66,8 | 404,3 | 87,9 |
| 1977 | 287 | 6,3% | 69,2 | 414,7 | 90,1 |
| 1978 | 290 | 1,0% | 70,5 | 411,4 | 89,4 |
| 1979 | 297 | 2,4% | 72,9 | 407,3 | 88,5 |
| 1980 | 310 | 4,4% | 76,9 | 403,1 | 87,6 |
| 1981 | 328 | 5,8% | 82,0 | 400,0 | 87,0 |
| 1982 | 338 | 3,0% | 86,7 | 389,9 | 84,8 |
| 1983 | 342 | 1,2% | 89,0 | 384,2 | 83,5 |
| 1984 | 351 | 2,6% | 90,9 | 386,1 | 83,9 |
| 1985 | 370 | 5,4% | 92,2 | 401,3 | 87,2 |
| 1986 | 389 | 5,1% | 91,9 | 423,3 | 92,0 |
| 1987 | 398 | 2,3% | 91,1 | 436,8 | 95,0 |
| 1988 | 407 | 2,3% | 91,6 | 444,2 | 96,6 |
| 1989 | 419 | 2,9% | 94,1 | 445,2 | 96,8 |
| 1990 | 436 | 4,1% | 96,7 | 450,8 | 98,0 |
| 1991 | 460 | 5,5% | 100,0 | 460,0 | 100,0 |
| 1992 | 491 | 6,7% | 103,5 | 474,4 | 103,1 |
| 1993 | 511 | 4,1% | 106,6 | 479,4 | 104,2 |
| 1994 | 519 | 1,6% | 109,2 | 475,3 | 103,3 |
| 1995 | 522 | 0,6% | 110,5 | 472,4 | 102,7 |
| 1996 | 528 | 1,1% | 110,9 | 476,1 | 103,5 |
| 1997 | 534 | 1,1% | 114,0 | 468,4 | 101,8 |
| 1998 | 539 | 0,9% | 114,3 | 471,4 | 102,5 |
| 1999 | 543 | 0,7% | 115,4 | 470,4 | 102,3 |
| 2000 | 548 | 0,9% | 116,5 | 470,3 | 102,2 |
| Neue Länder und Berlin-Ost | | | | | |
| 1991 | 423 | 5,8% | 100,0 | 423,0 | 100,0 |
| 1992 | 468 | 10,5% | 105,9 | 441,5 | 104,4 |
| 1993 | 495 | 5,9% | 109,7 | 451,2 | 106,7 |
| 1994 | 502 | 1,3% | 112,1 | 447,4 | 105,8 |
| 1995 | 504 | 0,5% | 113,6 | 443,7 | 104,9 |
| 1996 | 510 | 1,2% | 114,8 | 444,3 | 105,0 |
| 1997 | 516 | 1,2% | 117,6 | 438,8 | 103,7 |
| 1998 | 520 | 0,8% | 119,5 | 435,1 | 102,9 |
| 1999 | 524 | 0,8% | 119,9 | 437,0 | 103,3 |
| 2000 | 529 | 1,0% | 121,3 | 436,1 | 103,1 |

X Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll

* Jahresdurchschnitt 2000 geschätzt anhand des Indexes zur Jahresmitte; Deutschland insgesamt. Bis 1998: Preisindex für die Lebenshaltung eines 2-Personen-Haushalts von Renten- und Sozialhilfeempfängern.

Quelle: Grundinformationen und Daten zur Sozialhilfe (BMA)

Anhangtabelle II.4

Empfänger/-innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt zum Jahresende (1963-1998)

| Jahr | Lfd. Hilfe zum Lebens- unterhalt | Davon | | Lfd. Hilfe zum Lebens- unterhalt | Davon | |
|-----------------------------------|--|-----------------------|-------------------------------------|--|-----------------------|-------------------------------------|
| | | in Einrichtun- gen | Außerhalb von Einrich- tungen | | in Einrichtun- gen | außerhalb von Einrich- tungen |
| Anzahl in 1.000 | | | | Veränderung zum Vorjahr in % | | |
| Früheres Bundesgebiet | | | | | | |
| 1963 | - | - | 584 | x | x | x |
| 1964 | - | - | 560 | - | - | - 4 |
| 1965 | - | - | 522 | - | - | - 7 |
| 1966 | - | - | 540 | - | - | + 3 |
| 1967 | - | - | 544 | - | - | + 1 |
| 1968 | - | - | 521 | - | - | - 4 |
| 1969 | - | - | 510 | - | - | - 2 |
| 1970 | - | - | 528 | - | - | + 4 |
| 1971 | - | - | 582 | - | - | + 10 |
| 1972 | - | - | 625 | - | - | + 7 |
| 1973 | - | - | 676 | - | - | + 8 |
| 1974 | - | - | 768 | - | - | + 14 |
| 1975 | - | - | 852 | - | - | + 11 |
| 1976 | - | - | 905 | - | - | + 6 |
| 1977 | - | - | 948 | - | - | + 5 |
| 1978 | - | - | 908 | - | - | - 4 |
| 1979 | - | - | 852 | - | - | - 6 |
| 1980 | - | - | 851 | - | - | 0 |
| 1981 ¹ | - | - | 847 | - | - | - 1 |
| 1982 | - | - | 1.025 | - | - | + 21 |
| 1983 ¹ | - | - | 1.141 | - | - | + 11 |
| 1984 | - | - | 1.217 | - | - | + 7 |
| 1985 ¹ | - | - | 1.398 | - | - | + 15 |
| 1986 | - | - | 1.468 | - | - | + 5 |
| 1987 | - | - | 1.552 | - | - | + 6 |
| 1988 | 1.671 | 51 | 1.619 | x | x | + 4 |
| 1989 | 1.795 | 57 | 1.737 | + 7 | + 12 | + 7 |
| 1990 | 1.832 | 60 | 1.772 | + 2 | + 4 | + 2 |
| 1991 | 1.875 | 57 | 1.819 | + 2 | - 5 | + 3 |
| 1992 | 2.108 | 58 | 2.050 | + 12 | + 3 | + 13 |
| 1993 | 2.208 | 46 | 2.162 | + 5 | - 21 | + 6 |
| 1994 ² | 2.052 | 35 | 2.017 | - 7 | - 25 | - 7 |
| 1995 ³ | 2.270 | 29 | 2.241 | + 11 | - 17 | + 11 |
| 1996 | 2.403 | 21 | 2.382 | + 6 | - 27 | + 6 |
| 1997 | 2.530 | 19 | 2.511 | + 5 | - 11 | + 5 |
| 1998 | 2.485 | 18 | 2.467 | - 2 | - 3 | - 2 |
| Neue Länder und Berlin-Ost | | | | | | |
| 1991 | 254 | 37 | 217 | x | x | x |
| 1992 | 330 | 41 | 289 | + 30 | + 12 | + 33 |
| 1993 | 321 | 33 | 288 | - 3 | - 20 | - 1 |
| 1994 ² | 257 | 16 | 241 | - 20 | - 51 | - 16 |
| 1995 ³ | 286 | 11 | 275 | + 11 | - 32 | + 14 |
| 1996 | 314 | 8 | 306 | + 10 | - 30 | + 11 |
| 1997 | 389 | 7 | 382 | + 24 | - 9 | + 25 |
| 1998 | 418 | 6 | 412 | + 7 | - 15 | + 8 |

- Fortsetzung der Tabelle auf der nächsten Seite -

| Jahr | Lfd. Hilfe zum Lebens- unterhalt | Davon | | Lfd. Hilfe zum Lebens- unterhalt | Davon | |
|--------------------|--|-----------------------|-------------------------------------|--|-----------------------|-------------------------------------|
| | | in Einrichtun- gen | Außerhalb von Einrich- tungen | | in Einrichtun- gen | außerhalb von Einrich- tungen |
| | Anzahl in 1.000 | | | Veränderung zum Vorjahr in % | | |
| Deutschland | | | | | | |
| 1991 | 2.129 | 93 | 2.036 | x | x | x |
| 1992 | 2.438 | 99 | 2.339 | + 14 | + 6 | + 15 |
| 1993 | 2.529 | 79 | 2.450 | + 4 | - 20 | + 5 |
| 1994 ² | 2.308 | 51 | 2.258 | - 9 | - 36 | - 8 |
| 1995 ³ | 2.555 | 40 | 2.516 | + 11 | - 21 | + 11 |
| 1996 | 2.717 | 29 | 2.689 | + 6 | - 28 | + 7 |
| 1997 | 2.919 | 26 | 2.893 | + 7 | - 11 | + 8 |
| 1998 | 2.903 | 24 | 2.879 | - 1 | - 6 | 0 |

- Angaben nicht vorhanden

X Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll

- 1 Die Hilfeempfänger wurden aufgrund einer 20% Stichprobe ermittelt.
- 2 Aufgrund des Asylbewerberleistungsgesetzes sind die Sozialhilfeempfängerzahlen gesunken. Die Neustrukturierung der Sozialhilfestatistik hat darüber hinaus zu einer Untererfassung geführt. Während die Untererfassung für die HLU-Empfänger korrigiert wurde, war eine entsprechende Hochrechnung für die HbL-Empfänger nicht möglich.
- 3 Hilfe zum Lebensunterhalt: Die Daten weisen eine geringfügige Untererfassung auf. Hilfe in besonderen Lebenslagen: Es liegen keine Daten für Bremen vor.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Sozialhilfestatistik

Anhangtabelle II.5

**Entwicklung der Sozialhilfe- und der Arbeitslosenquote
(Zeitreihe 1963 - 1998) - Deutschland ¹**

| Jahr | Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen am Jahresende | | | Arbeits- losenquote ³ | |
|-------------------|---|---|-----------------|-------------------------------------|------|
| | Insgesamt | | Deutsche | Ausländer | % |
| | Anzahl 1.000 | Sozialhilfe- quote ² in % | Anzahl 1.000 | | |
| 1963 | 584 | 1,0 | - | - | 0,8 |
| 1964 | 560 | 1,0 | - | - | 0,8 |
| 1965 | 522 | 0,9 | - | - | 0,7 |
| 1966 | 540 | 0,9 | - | - | 0,7 |
| 1967 | 544 | 0,9 | - | - | 2,1 |
| 1968 | 521 | 0,9 | - | - | 1,5 |
| 1969 | 510 | 0,8 | - | - | 0,9 |
| 1970 | 528 | 0,9 | - | - | 0,7 |
| 1971 | 582 | 0,9 | - | - | 0,8 |
| 1972 | 625 | 1,0 | - | - | 1,1 |
| 1973 | 676 | 1,1 | - | - | 1,2 |
| 1974 | 768 | 1,2 | - | - | 2,6 |
| 1975 | 852 | 1,4 | - | - | 4,7 |
| 1976 | 905 | 1,5 | - | - | 4,6 |
| 1977 | 948 | 1,5 | - | - | 4,5 |
| 1978 | 908 | 1,5 | - | - | 4,3 |
| 1979 | 852 | 1,4 | - | - | 3,8 |
| 1980 | 851 | 1,4 | 781 | 71 | 3,8 |
| 1981 | 847 | 1,4 | 760 | 87 | 5,5 |
| 1982 | 1.025 | 1,7 | 917 | 109 | 7,5 |
| 1983 | 1.141 | 1,9 | 1.023 | 118 | 9,1 |
| 1984 | 1.217 | 2,0 | 1.092 | 126 | 9,1 |
| 1985 | 1.398 | 2,3 | 1.214 | 184 | 9,3 |
| 1986 | 1.468 | 2,4 | 1.229 | 239 | 9,0 |
| 1987 | 1.552 | 2,5 | 1.275 | 278 | 8,9 |
| 1988 | 1.619 | 2,6 | 1.271 | 348 | 8,7 |
| 1989 | 1.737 | 2,8 | 1.324 | 414 | 7,9 |
| 1990 | 1.772 | 2,8 | 1.289 | 483 | 7,2 |
| 1991 | 2.036 | 2,5 | 1.469 | 567 | 7,3 |
| 1992 | 2.339 | 2,9 | 1.581 | 758 | 8,5 |
| 1993 ⁴ | 2.450 | 3,0 | 1.705 | 745 | 9,8 |
| 1994 | 2.258 | 2,8 | 1.813 | 445 | 10,6 |
| 1995 | 2.516 | 3,1 | 1.995 | 520 | 10,4 |
| 1996 | 2.689 | 3,3 | 2.052 | 636 | 11,5 |
| 1997 | 2.893 | 3,5 | 2.228 | 665 | 12,7 |
| 1998 | 2.879 | 3,5 | 2.215 | 665 | 12,3 |

- Angaben nicht vorhanden

1 Bis einschl. 1990: Früheres Bundesgebiet, ab 1991: Deutschland.

2 Anteil der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen an der Bevölkerung in %

3 Arbeitslose in % der abhängigen Erwerbspersonen (ohne Soldaten). Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

4 Einführung des Asylbewerberleistungsgesetzes im November 1993.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Sozialhilfestatistik

Anhangtabelle II.6

**Empfänger/-innen von Hilfe in besonderen Lebenslagen
im Laufe des Jahres (1963 - 1998)**

| Jahr | Hilfe in besonderen Lebenslagen insgesamt ¹ | darunter | | | Hilfe in besonderen Lebenslagen insgesamt ¹ | darunter | | |
|-----------------------------------|--|------------------|------------------------------------|--|--|------------------|------------------------------------|--|
| | | Hilfe zur Pflege | Eingliederungshilfe für Behinderte | Krankenhilfe, sonstige Hilfen ² | | Hilfe zur Pflege | Eingliederungshilfe für Behinderte | Krankenhilfe, sonstige Hilfen ² |
| Anzahl in 1.000 | | | | | Veränderung zum Vorjahr in % | | | |
| Früheres Bundesgebiet | | | | | | | | |
| 1963 | 814 | 165 | 58 | 293 | x | x | x | x |
| 1964 | 832 | 195 | 75 | 288 | + 2,3 | + 18,2 | + 29,8 | - 1,5 |
| 1965 | 862 | 209 | 84 | 304 | + 3,6 | + 7,1 | + 12,5 | + 5,6 |
| 1966 | 895 | 218 | 98 | 320 | + 3,7 | + 4,3 | + 16,2 | + 5,2 |
| 1967 | 925 | 226 | 101 | 343 | + 3,4 | + 3,4 | + 2,7 | + 7,3 |
| 1968 | 942 | 233 | 105 | 357 | + 1,7 | + 3,1 | + 4,6 | + 3,9 |
| 1969 | 946 | 239 | 109 | 347 | + 0,4 | + 2,8 | + 3,6 | - 2,7 |
| 1970 | 965 | 260 | 120 | 349 | + 2,1 | + 8,6 | + 9,9 | + 0,5 |
| 1971 | 979 | 289 | 120 | 360 | + 1,5 | + 11,2 | - 0,2 | + 3,1 |
| 1972 | 1.025 | 315 | 129 | 384 | + 4,7 | + 9,1 | + 7,8 | + 6,8 |
| 1973 | 1.064 | 335 | 135 | 400 | + 3,8 | + 6,1 | + 4,5 | + 4,0 |
| 1974 | 1.126 | 366 | 138 | 425 | + 5,8 | + 9,3 | + 2,7 | + 6,4 |
| 1975 | 1.147 | 402 | 128 | 433 | + 1,9 | + 9,9 | - 7,9 | + 1,8 |
| 1976 | 1.123 | 413 | 140 | 414 | - 2,1 | + 2,7 | + 9,4 | - 4,3 |
| 1977 | 1.098 | 425 | 154 | 390 | - 2,2 | + 2,9 | + 10,7 | - 5,9 |
| 1978 | 1.079 | 429 | 169 | 371 | - 1,8 | + 0,9 | + 9,7 | - 4,9 |
| 1979 | 1.080 | 442 | 180 | 364 | + 0,2 | + 3,1 | + 6,1 | - 1,6 |
| 1980 | 1.125 | 463 | 194 | 377 | + 4,1 | + 4,7 | + 8,1 | + 3,3 |
| 1981 ³ | 1.080 | 451 | 191 | 353 | - 4,0 | - 2,6 | - 1,6 | - 6,3 |
| 1982 | 1.061 | 469 | 196 | 328 | - 1,7 | + 4,0 | + 2,4 | - 6,9 |
| 1983 ³ | 1.016 | 461 | 194 | 297 | - 4,2 | - 1,7 | - 1,2 | - 9,6 |
| 1984 | 1.047 | 459 | 209 | 305 | + 3,0 | - 0,4 | + 8,0 | + 2,9 |
| 1985 ³ | 1.108 | 467 | 224 | 343 | + 5,8 | + 1,8 | + 7,3 | + 12,4 |
| 1986 | 1.196 | 491 | 235 | 393 | + 8,0 | + 5,1 | + 4,9 | + 14,5 |
| 1987 | 1.256 | 507 | 246 | 432 | + 5,1 | + 3,3 | + 4,7 | + 9,8 |
| 1988 | 1.348 | 525 | 263 | 491 | + 7,3 | + 3,6 | + 6,7 | + 13,7 |
| 1989 | 1.404 | 535 | 277 | 526 | + 4,1 | + 1,8 | + 5,5 | + 7,2 |
| 1990 | 1.510 | 546 | 290 | 618 | + 7,6 | + 2,0 | + 4,5 | + 17,5 |
| 1991 | 1.544 | 543 | 302 | 651 | + 2,2 | - 0,5 | + 4,4 | + 5,3 |
| 1992 | 1.630 | 528 | 312 | 737 | + 5,5 | - 2,8 | + 3,3 | + 13,3 |
| 1993 | 1.661 | 518 | 323 | 772 | + 1,9 | - 1,8 | + 3,3 | + 4,7 |
| 1994 ⁴ | 1.083 | 436 | 297 | 306 | - 34,8 | - 15,8 | - 7,8 | - 60,4 |
| 1995 ⁵ | 1.256 | 456 | 334 | 426 | + 16,0 | + 4,6 | + 12,2 | + 39,3 |
| 1996 | 1.211 | 339 | 343 | 474 | - 3,6 | - 25,8 | + 2,8 | + 11,3 |
| 1997 | 1.233 | 277 | 371 | 539 | + 1,9 | - 18,3 | + 8,3 | + 13,7 |
| 1998 | 1.200 | 248 | 405 | 507 | - 2,8 | - 10,4 | + 9,1 | - 6,0 |
| Neue Länder und Berlin-Ost | | | | | | | | |
| 1991 | 167 | 112 | 22 | 12 | x | x | x | x |
| 1992 | 240 | 147 | 33 | 39 | + 43,4 | + 31,1 | + 52,4 | +211,1 |
| 1993 | 255 | 142 | 54 | 55 | + 6,1 | - 3,4 | + 63,7 | + 40,9 |
| 1994 ⁴ | 223 | 127 | 63 | 40 | - 12,3 | - 10,5 | + 16,3 | - 26,1 |
| 1995 ⁵ | 229 | 117 | 71 | 46 | + 2,4 | - 7,8 | + 13,2 | + 15,2 |
| 1996 | 198 | 88 | 77 | 34 | - 13,2 | - 25,1 | + 7,6 | - 26,6 |
| 1997 | 178 | 52 | 81 | 43 | - 10,3 | - 41,2 | + 6,2 | + 25,9 |
| 1998 | 179 | 41 | 90 | 47 | + 0,5 | - 19,9 | + 10,0 | + 9,7 |

- Fortsetzung der Tabelle auf der nächsten Seite -

| Jahr | Hilfe in besonderen Lebenslagen insgesamt ¹ | darunter | | | Hilfe in besonderen Lebenslagen insgesamt ¹ | darunter | | |
|--------------------|--|------------------|------------------------------------|--|--|------------------|------------------------------------|--|
| | | Hilfe zur Pflege | Eingliederungshilfe für Behinderte | Krankenhilfe, sonstige Hilfen ² | | Hilfe zur Pflege | Eingliederungshilfe für Behinderte | Krankenhilfe, sonstige Hilfen ² |
| Anzahl in 1.000 | | | | | Veränderung zum Vorjahr in % | | | |
| Deutschland | | | | | | | | |
| 1991 | 1.711 | 655 | 324 | 663 | x | x | x | x |
| 1992 | 1.870 | 675 | 346 | 776 | + 9,3 | + 3,0 | + 6,6 | + 17,0 |
| 1993 | 1.915 | 660 | 377 | 827 | + 2,4 | - 2,1 | + 9,1 | + 6,5 |
| 1994 ⁴ | 1.306 | 563 | 360 | 346 | - 31,8 | - 14,7 | - 4,4 | - 58,1 |
| 1995 ⁵ | 1.485 | 574 | 405 | 473 | + 13,7 | + 1,8 | + 12,4 | + 36,5 |
| 1996 | 1.409 | 426 | 420 | 508 | - 5,1 | - 25,7 | + 3,6 | + 7,5 |
| 1997 | 1 411 | 328 | 453 | 582 | + 0,2 | - 23,0 | + 7,9 | + 14,5 |
| 1998 | 1 378 | 289 | 495 | 554 | - 2,3 | - 11,9 | + 9,3 | - 4,8 |

X Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll.

- 1 Mehrfachzählungen sind nur insoweit ausgeschlossen, als sie aufgrund von Meldungen erkennbar waren.
- 2 Sonstige Hilfen: Hilfe bei Sterilisation, Hilfe zur Familienplanung; vor 1996 auch: Hilfe bei Schwangerschaft.
- 3 Die Hilfeempfänger wurden aufgrund einer 20% Stichprobe ermittelt.
- 4 Aufgrund des Asylbewerberleistungsgesetzes sind die Sozialhilfeempfängerzahlen gesunken. Die Neustrukturierung der Sozialhilfestatistik hat darüber hinaus zu einer Untererfassung geführt. Während die Untererfassung für die HLU-Empfänger korrigiert wurde, war eine entsprechende Hochrechnung für die HbL-Empfänger nicht möglich.
- 5 Hilfe zum Lebensunterhalt: Die Daten weisen eine geringfügige Untererfassung auf.
Hilfe in besonderen Lebenslagen: Es liegen keine Daten für Bremen vor.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Sozialhilfestatistik

Anhangtabelle II.7

Empfänger/-innen von Hilfe in besonderen Lebenslagen nach Art der Unterbringung und Hilfearten * während des Jahres 1998 - Deutschland

| Hilfeart | Insgesamt | Außerhalb von Einrichtungen | In Einrichtungen |
|--|-----------|-----------------------------|------------------|
| Hilfe in besonderen Lebenslagen insgesamt ¹ | 1.378.267 | 769.322 | 678.242 |
| Hilfe zum Aufbau o zur Sicherung der Lebensgrundlage | 1.005 | 1.005 | - |
| Vorbeugende Gesundheitshilfe | 55.807 | 53.817 | 24.890 |
| Krankenhilfe; Hilfe bei Sterilisation; Hilfe zur Familienplanung | 554.076 | 498.109 | 86.292 |
| Hilfe für werdende Mütter und Wöchnerinnen | 2.007 | 1.261 | 1.007 |
| Hilfe zur Pflege zusammen ¹ | 289.299 | 85.387 | 204.882 |
| Und zwar: | | | |
| ambulant ¹ | 85.387 | 85.387 | - |
| und zwar in Form von: | | | |
| Pflegegeld bei erheblicher Pflegebedürftigkeit | 22.018 | 22.018 | - |
| Pflegegeld bei schwerer Pflegebedürftigkeit | 19.414 | 19.414 | - |
| Pflegegeld bei schwerster Pflegebedürftigkeit | 14.776 | 14.776 | - |
| Anderen Leistungen | 41.924 | 41.924 | - |
| Teilstationär | 1.952 | - | 1.952 |
| Vollstationär | 203.238 | - | 203.238 |
| Blindenhilfe | 5.257 | 3.789 | 1.487 |
| Hilfe zur Weiterführung des Haushaltes | 9.434 | 9.372 | 80 |
| Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten | 26.003 | 7.638 | 18.677 |
| Altenhilfe | 12.028 | 8.042 | 4.007 |
| Hilfe in anderen besonderen Lebenslagen | 13.381 | 7.986 | 5.427 |
| Eingliederungshilfe für Behinderte zusammen ¹ | 494.925 | 126.736 | 372.260 |
| Und zwar: | | | |
| Ärztliche Behandlung; Körperersatzstücke; Hilfsmittel | 41.330 | 16.378 | 25.167 |
| Heilpädagogische Maßnahmen für Kinder | 93.469 | 56.708 | 37.455 |
| Hilfe zu einer angemessenen Schulbildung | 44.349 | 7.171 | 37.243 |
| Berufsausbildung, Fortbildung, Arbeitsplatzbeschaffung | 5.701 | 2.183 | 3.528 |
| Beschäftigung in einer Werkstatt für Behinderte | 165.354 | - | 165.354 |
| Suchtkrankenhilfe | 22.474 | 2.393 | 20.174 |
| Sonstige Eingliederungshilfe | 178.868 | 44.631 | 135.395 |

- Angaben nicht vorhanden

* Empfänger(innen) mehrerer verschiedener Hilfen werden bei jeder Hilfeart gezählt

1 Mehrfachzählungen sind nur insoweit ausgeschlossen, als sie aufgrund der Meldungen erkennbar waren.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Sozialhilfestatistik

Anhangtabelle II.8

Empfänger/-innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen nach Staatsangehörigkeit, Geschlecht und Altersgruppen zum Jahresende 1998 - Deutschland

| Alter von ... bis unter ... Jahren | Insgesamt | | | Deutsche | | | Ausländer | | |
|---------------------------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|----------------|------------------|----------------|----------------|----------------|
| | Insgesamt | männlich | weiblich | zusammen | männlich | weiblich | zusammen | männlich | weiblich |
| Anzahl | | | | | | | | | |
| unter 7 | 478.326 | 245.770 | 232.556 | 374.859 | 191.939 | 182.920 | 103.467 | 53.831 | 49.636 |
| 7-11 | 247.540 | 127.286 | 120.254 | 189.285 | 96.845 | 92.440 | 58.255 | 30.441 | 27.814 |
| 11-15 | 212.546 | 108.925 | 103.621 | 162.505 | 82.651 | 79.854 | 50.041 | 26.274 | 23.767 |
| 15-18 | 134.773 | 67.635 | 67.138 | 100.381 | 49.703 | 50.678 | 34.392 | 17.932 | 16.460 |
| 18-21 | 112.926 | 45.523 | 67.403 | 87.470 | 33.886 | 53.584 | 25.456 | 11.637 | 13.819 |
| 21-25 | 162.291 | 56.790 | 105.501 | 125.500 | 41.594 | 83.906 | 36.791 | 15.196 | 21.595 |
| 25-30 | 227.112 | 81.770 | 145.342 | 165.892 | 54.199 | 111.693 | 61.220 | 27.571 | 33.649 |
| 30-40 | 492.647 | 187.032 | 305.615 | 380.603 | 133.760 | 246.843 | 112.044 | 53.272 | 58.772 |
| 40-50 | 311.609 | 141.662 | 169.947 | 245.015 | 110.326 | 134.689 | 66.594 | 31.336 | 35.258 |
| 50-60 | 220.091 | 102.411 | 117.680 | 168.503 | 78.508 | 89.995 | 51.588 | 23.903 | 27.685 |
| 60-65 | 104.965 | 47.325 | 57.640 | 77.839 | 33.628 | 44.211 | 27.126 | 13.697 | 13.429 |
| 65 und älter | 174.496 | 50.143 | 124.353 | 136.890 | 33.361 | 103.529 | 37.606 | 16.782 | 20.824 |
| Insgesamt | 2.879.322 | 1.262.272 | 1.617.050 | 2.214.742 | 940.400 | 1.274.342 | 664.580 | 321.872 | 342.708 |
| Durchschnittsalter | 29,1 | 26,9 | 30,8 | 29,1 | 26,5 | 31,0 | 28,9 | 28,1 | 29,7 |
| Sozialhilfequote | | | | | | | | | |
| Anteil an der Bevölkerung in % | | | | | | | | | |
| unter 7 | 8,6 | 8,6 | 8,5 | 7,7 | 7,7 | 7,7 | 14,7 | 14,9 | 14,5 |
| 7-11 | 6,7 | 6,7 | 6,6 | 5,7 | 5,7 | 5,7 | 14,4 | 14,6 | 14,2 |
| 11-15 | 5,8 | 5,8 | 5,8 | 4,9 | 4,9 | 4,9 | 14,0 | 14,2 | 13,8 |
| 15-18 | 4,9 | 4,8 | 5,0 | 4,0 | 3,9 | 4,2 | 12,2 | 12,0 | 12,4 |
| 18-21 | 4,1 | 3,2 | 5,1 | 3,6 | 2,8 | 4,6 | 7,6 | 6,7 | 8,6 |
| 21-25 | 4,5 | 3,1 | 6,0 | 4,2 | 2,7 | 5,7 | 6,3 | 5,1 | 7,6 |
| 25-30 | 4,1 | 2,8 | 5,4 | 3,5 | 2,3 | 4,8 | 6,9 | 5,8 | 8,2 |
| 30-40 | 3,5 | 2,6 | 4,5 | 3,0 | 2,1 | 4,0 | 7,6 | 6,3 | 9,4 |
| 40-50 | 2,7 | 2,4 | 3,0 | 2,3 | 2,0 | 2,6 | 6,6 | 5,9 | 7,4 |
| 50-60 | 2,1 | 2,0 | 2,3 | 1,8 | 1,7 | 1,9 | 6,8 | 5,5 | 8,5 |
| 60-65 | 2,0 | 1,8 | 2,1 | 1,5 | 1,4 | 1,7 | 11,8 | 9,9 | 14,7 |
| 65 und älter | 1,3 | 1,0 | 1,5 | 1,1 | 0,7 | 1,3 | 12,7 | 11,3 | 14,1 |
| Insgesamt | 3,5 | 3,2 | 3,8 | 3,0 | 2,6 | 3,3 | 9,1 | 8,2 | 10,2 |

Quelle: Statistisches Bundesamt, Sozialhilfestatistik

Anhangtabelle II.9

Langfristige Entwicklung der Sozialhilfeausgaben - Hilfe zum Lebensunterhalt
(Zeitreihe 1963 - 1998)

| Jahr | Ausgaben insgesamt | | | Davon | | | | | |
|-----------------------------------|--------------------|-----------|-----------------|---------------------------------|-----------|-------------------------------------|-----------|---|-----------|
| | | | | Hilfe in besonderen Lebenslagen | | Hilfe zum Lebensunterhalt insgesamt | | darunter lfd. HLU außerhalb von Einrichtungen | |
| | Mio. DM | % ggü.Vj. | DM je Einwohner | Mio. DM | % ggü.Vj. | Mio. DM | % ggü.Vj. | Mio. DM | % ggü.Vj. |
| Früheres Bundesgebiet | | | | | | | | | |
| 1963 | 1.860 | X | 32 | 1.003 | X | 857 | X | 531 | X |
| 1964 | 1.943 | + 4,4 | 34 | 1.121 | + 11,8 | 822 | - 4,2 | 532 | + 0,3 |
| 1965 | 2.106 | + 8,4 | 36 | 1.272 | + 13,5 | 834 | + 1,5 | 546 | + 2,6 |
| 1966 | 2.318 | + 10,0 | 39 | 1.412 | + 10,9 | 906 | + 8,7 | 611 | + 12,0 |
| 1967 | 2.550 | + 10,0 | 43 | 1.575 | + 11,6 | 975 | + 7,6 | 664 | + 8,5 |
| 1968 | 2.671 | + 4,7 | 45 | 1.682 | + 6,8 | 989 | + 1,5 | 669 | + 0,8 |
| 1969 | 2.859 | + 7,0 | 48 | 1.821 | + 8,3 | 1.038 | + 5,0 | 685 | + 2,4 |
| 1970 | 3.335 | + 16,6 | 55 | 2.154 | + 18,3 | 1.181 | + 13,7 | 765 | + 11,6 |
| 1971 | 4.017 | + 20,4 | 66 | 2.582 | + 19,9 | 1.435 | + 21,5 | 939 | + 22,7 |
| 1972 | 4.817 | + 19,9 | 78 | 3.053 | + 18,2 | 1.764 | + 23,0 | 1.174 | + 25,0 |
| 1973 | 5.656 | + 17,4 | 91 | 3.583 | + 17,4 | 2.073 | + 17,5 | 1.361 | + 16,0 |
| 1974 | 7.136 | + 26,2 | 115 | 4.486 | + 25,2 | 2.650 | + 27,9 | 1.746 | + 28,2 |
| 1975 | 8.405 | + 17,8 | 136 | 5.380 | + 19,9 | 3.025 | + 14,1 | 1.988 | + 13,8 |
| 1976 | 9.597 | + 14,2 | 156 | 6.146 | + 14,2 | 3.451 | + 14,1 | 2.293 | + 15,4 |
| 1977 | 10.452 | + 8,9 | 170 | 6.744 | + 9,7 | 3.708 | + 7,5 | 2.596 | + 13,2 |
| 1978 | 11.349 | + 8,6 | 185 | 7.533 | + 11,7 | 3.816 | + 2,9 | 2.674 | + 3,0 |
| 1979 | 12.129 | + 6,9 | 198 | 8.208 | + 9,0 | 3.921 | + 2,8 | 2.702 | + 1,1 |
| 1980 | 13.266 | + 9,4 | 216 | 8.927 | + 8,8 | 4.339 | + 10,7 | 2.979 | + 10,2 |
| 1981 | 14.783 | + 11,4 | 240 | 9.987 | + 11,9 | 4.795 | + 10,5 | 3.332 | + 11,9 |
| 1982 | 16.329 | + 10,5 | 265 | 10.808 | + 8,2 | 5.521 | + 15,1 | 3.989 | + 19,7 |
| 1983 | 17.569 | + 7,6 | 286 | 11.447 | + 5,9 | 6.123 | + 10,9 | 4.536 | + 13,7 |
| 1984 | 18.746 | + 6,7 | 307 | 11.996 | + 4,8 | 6.749 | + 10,2 | 5.013 | + 10,5 |
| 1985 | 20.846 | + 11,2 | 342 | 12.821 | + 6,9 | 8.025 | + 18,9 | 5.912 | + 17,9 |
| 1986 | 23.197 | + 11,3 | 380 | 13.801 | + 7,6 | 9.395 | + 17,1 | 7.021 | + 18,8 |
| 1987 | 25.199 | + 8,6 | 413 | 14.929 | + 8,2 | 10.270 | + 9,3 | 7.779 | + 10,8 |
| 1988 | 27.010 | + 7,2 | 440 | 16.047 | + 7,5 | 10.962 | + 6,7 | 8.376 | + 7,7 |
| 1989 | 28.775 | + 6,5 | 464 | 16.964 | + 5,7 | 11.811 | + 7,7 | 9.072 | + 8,3 |
| 1990 | 31.782 | + 10,5 | 502 | 18.805 | + 10,9 | 12.976 | + 9,9 | 10.031 | + 10,6 |
| 1991 | 34.119 | + 7,4 | 532 | 20.853 | + 10,9 | 13.265 | + 2,2 | 10.230 | + 2,0 |
| 1992 | 38.120 | + 11,7 | 588 | 23.794 | + 14,1 | 14.327 | + 8,0 | 10.988 | + 7,4 |
| 1993 | 43.035 | + 12,9 | 657 | 26.551 | + 11,6 | 16.485 | + 15,1 | 12.758 | + 16,1 |
| 1994 | 43.197 | + 0,4 | 656 | 27.800 | + 4,7 | 15.397 | - 6,6 | 11.943 | - 6,4 |
| 1995 | 45.115 | + 4,4 | 682 | 28.094 | + 1,1 | 17.021 | + 10,5 | 13.339 | + 11,7 |
| 1996 | 43.321 | - 4,0 | 652 | 25.776 | - 8,3 | 17.545 | + 3,1 | 13.886 | + 4,1 |
| 1997 | 39.031 | - 9,9 | 586 | 21.103 | - 18,1 | 17.928 | + 2,2 | 14.511 | + 4,5 |
| 1998 | 39.396 | + 0,9 | 591 | 21.250 | + 0,7 | 18.146 | + 1,2 | 14.969 | + 3,2 |
| Neue Länder und Berlin-Ost | | | | | | | | | |
| 1991 | 3.219 | X | 202 | 2.239 | X | 980 | X | 386 | X |
| 1992 | 4.482 | + 39,2 | 285 | 3.084 | + 37,8 | 1.398 | + 42,6 | 663 | + 71,6 |
| 1993 | 5.884 | + 31,3 | 376 | 4.351 | + 41,1 | 1.532 | + 9,6 | 837 | + 26,2 |
| 1994 | 6.536 | + 11,1 | 420 | 4.983 | + 14,5 | 1.553 | + 1,3 | 942 | + 12,6 |
| 1995 | 7.045 | + 7,8 | 454 | 5.281 | + 6,0 | 1.764 | + 13,6 | 1.126 | + 19,5 |
| 1996 | 6.470 | - 8,2 | 419 | 4.602 | - 12,9 | 1.868 | + 5,9 | 1.260 | + 11,9 |
| 1997 | 5.515 | - 14,8 | 358 | 3.263 | - 29,1 | 2.252 | + 20,6 | 1.624 | + 28,9 |
| 1998 | 5.647 | + 2,4 | 368 | 3.174 | - 2,7 | 2.473 | + 9,8 | 1.914 | + 17,9 |
| Deutschland | | | | | | | | | |
| 1991 | 37.337 | X | 467 | 23.092 | X | 14.246 | X | 10.616 | X |
| 1992 | 42.603 | + 14,1 | 529 | 26.878 | + 16,4 | 15.725 | + 10,4 | 11.651 | + 9,7 |
| 1993 | 48.919 | + 14,8 | 603 | 30.902 | + 15,0 | 18.017 | + 14,6 | 13.595 | + 16,7 |
| 1994 | 49.732 | + 1,7 | 611 | 32.783 | + 6,1 | 16.950 | - 5,9 | 12.885 | - 5,2 |
| 1995 | 52.161 | + 4,9 | 639 | 33.375 | + 1,8 | 18.785 | + 10,8 | 14.465 | + 12,3 |
| 1996 | 49.791 | - 4,5 | 608 | 30.378 | - 9,0 | 19.413 | + 3,3 | 15.146 | + 4,7 |
| 1997 | 44.546 | - 10,5 | 543 | 24.366 | - 19,8 | 20.180 | + 4,0 | 16.135 | + 6,5 |
| 1998 | 45.043 | + 1,1 | 549 | 24.424 | + 0,2 | 20.619 | + 2,2 | 16.883 | + 4,6 |

X Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll

Hinweis: Es ist zu beachten, dass ab 1994 die Ausgaben und Einnahmen für Asylbewerber nicht mehr in der Sozialhilfestatistik enthalten sind. Asylbewerber erhalten seit Einführung des Asylbewerberleistungsgesetzes am 01. November 1993 anstelle der Sozialhilfe Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Sozialhilfestatistik

Anhangtabelle II.10

Entwicklung der Ausgaben und Einnahmen der Sozialhilfe 1998 nach Hilfearten - Deutschland

| Hilfeart | Insgesamt | | | Außerhalb von Einrichtungen | | | In Einrichtungen | | |
|--|---------------------|----------------|-------------------|-----------------------------|----------------|-------------------|---------------------|----------------|-------------------|
| | Brutto- ausgaben | Ein- nahmen | Reine Ausgaben | Brutto- ausgaben | Ein- nahmen | Reine Ausgaben | Brutto- ausgaben | Ein- nahmen | Reine Ausgaben |
| Millionen DM | | | | | | | | | |
| Hilfe zum Lebensunterhalt | 20.619,4 | 2.435,9 | 18.183,6 | 19.857,3 | 2.204,0 | 17.653,3 | 762,1 | 231,9 | 530,2 |
| Hilfe in besonderen Lebenslagen | 24.423,6 | 2.940,3 | 21.483,3 | 3.060,0 | 73,0 | 2.987,1 | 21.363,6 | 2.867,3 | 1.896,3 |
| Hilfe zur Pflege | 5.870,0 | 1.411,4 | 4.458,6 | 788,8 | 25,5 | 763,3 | 5.081,2 | 1.386,0 | 3.695,3 |
| Eingliederungshilfe für Behinderte | 15.545,8 | 1.448,3 | 14.097,5 | 849,2 | 18,4 | 830,7 | 14.696,7 | 1.429,9 | 13.266,8 |
| Krankenhilfe ¹ | 2.381,5 | 37,5 | 2.344,0 | 1.198,5 | 20,1 | 1.178,4 | 1.183,1 | 17,5 | 1.165,6 |
| Sonstige Hilfen | 626,2 | 43,0 | 583,2 | 223,6 | 9,0 | 214,6 | 402,6 | 34,0 | 368,6 |
| Insgesamt | 45.043,0 | 5.376,1 | 39.666,9 | 22.917,3 | 2.276,9 | 20.640,4 | 22.125,7 | 3.099,2 | 19.026,5 |
| Veränderung gegenüber 1997 in % | | | | | | | | | |
| Hilfe zum Lebensunterhalt | + 2,2 | - 5,3 | + 3,3 | + 3,6 | - 1,5 | + 4,3 | - 25,3 | - 30,7 | - 22,7 |
| Hilfe in besonderen Lebenslagen | + 0,2 | - 10,8 | + 2,0 | + 9,7 | - 11,2 | + 10,3 | - 1,0 | - 10,8 | + 0,7 |
| Hilfe zur Pflege | - 14,2 | - 27,2 | - 9,1 | + 2,7 | - 23,6 | + 3,9 | - 16,4 | - 27,2 | - 11,4 |
| Eingliederungshilfe für Behinderte | + 5,5 | + 13,2 | + 4,7 | + 6,6 | - 11,6 | + 7,1 | + 5,4 | + 13,6 | + 4,6 |
| Krankenhilfe ¹ | + 8,2 | - 2,7 | + 8,4 | + 16,2 | + 4,7 | + 16,5 | + 1,1 | - 9,9 | + 1,3 |
| Sonstige Hilfen | + 8,2 | + 3,8 | + 8,5 | + 14,8 | + 2,5 | + 15,4 | + 4,8 | + 4,2 | + 4,9 |
| Insgesamt | + 1,1 | - 8,4 | + 2,6 | + 4,4 | - 1,8 | + 5,1 | - 2,1 | - 12,7 | - 0,1 |

¹ einschließlich Hilfe bei Sterilisation und Hilfe zur Familienplanung

Quelle: Statistisches Bundesamt, Sozialhilfestatistik

Anhangtabelle II.11

Erwerbsstatus der Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen 1998

| Erwerbsstatus | Früheres Bundesgebiet | | | | | | Neue Länder und Berlin-Ost | | | | | |
|---|-----------------------|--------|---------------------------|--------|---------------------------|--------|----------------------------|--------|---------------------------|--------|---------------------------|--------|
| | Empfänger insgesamt | Anteil | davon: Empfänger männlich | Anteil | davon: Empfänger weiblich | Anteil | Empfänger insgesamt | Anteil | davon: Empfänger männlich | Anteil | davon: Empfänger weiblich | Anteil |
| Hilfeempfänger im Alter von 15 bis 64 Jahren zusammen | 1.505.307 | 100% | 616 137 | 100% | 889 170 | 100% | 261 107 | 100% | 114 011 | 100% | 147 096 | 100% |
| darunter: | | | | | | | | | | | | |
| Erwerbstätig | 129.802 | 8,6% | 49.021 | 8,0% | 80.781 | 9,1% | 18.825 | 7,2% | 8.476 | 7,4% | 10.349 | 7,0% |
| in Vollzeitverhältnis | 55.457 | 3,7% | 31.424 | 5,1% | 24.033 | 2,7% | 13.965 | 5,3% | 7.185 | 6,3% | 6.780 | 4,6% |
| in Teilzeitverhältnis | 74.345 | 4,9% | 17.597 | 2,9% | 56.748 | 6,4% | 4.860 | 1,9% | 1.291 | 1,1% | 3.569 | 2,4% |
| Arbeitslos gemeldet | 563.040 | 37,4% | 324.268 | 52,6% | 238.772 | 26,9% | 146.286 | 56,0% | 75.508 | 66,2% | 70.778 | 48,1% |
| mit Lohnersatzleistung | 230.226 | 15,3% | 139.572 | 22,7% | 90.654 | 10,2% | 54.634 | 20,9% | 24.297 | 21,3% | 30.337 | 20,6% |
| ohne Lohnersatzleistung | 332.814 | 22,1% | 184.696 | 30,0% | 148.118 | 16,7% | 91.652 | 35,1% | 51.211 | 44,9% | 40.441 | 27,5% |
| Nicht erwerbstätig | 812.465 | 54,0% | 242.848 | 39,4% | 569.617 | 64,1% | 95.996 | 36,8% | 30.027 | 26,3% | 65.969 | 44,8% |
| wegen häuslicher Bindung | 242.989 | 16,1% | 3.792 | 0,6% | 239.197 | 26,9% | 33.477 | 12,8% | 465 | 0,4% | 33.012 | 22,4% |
| wegen Krankheit, Behinderung oder Arbeitsunfähigkeit | 123.904 | 8,2% | 59.235 | 9,6% | 64.669 | 7,3% | 11.631 | 4,5% | 6.052 | 5,3% | 5.579 | 3,8% |
| wegen Aus- und Fortbildung | 90.355 | 6,0% | 42.950 | 7,0% | 47.405 | 5,3% | 17.186 | 6,6% | 7.859 | 6,9% | 9.327 | 6,3% |
| aus Altersgründen | 26.447 | 1,8% | 9.176 | 1,5% | 17.271 | 1,9% | 2.384 | 0,9% | 791 | 0,7% | 1.593 | 1,1% |
| aus sonstigen Gründen | 328.770 | 21,8% | 127.695 | 20,7% | 201.075 | 22,6% | 31.318 | 12,0% | 14.860 | 13,0% | 16.458 | 11,2% |

Quelle: Statistisches Bundesamt, Sozialhilfestatistik

Anhangtabelle II.12

**Empfänger/-innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen
nach Altersgruppen und Geschlecht zum Jahresende
Quoten (Zeitreihe 1980 - 1998)**

| Jahres- ende | Weiblich | | | | Männlich | | | |
|-----------------------------------|----------------|------------------------------|---------|------------------------------|-----------|------------------------------|---------|---------------------------|
| | insge- samt | davon im Alter von Jahren | | | insgesamt | davon im Alter von Jahren | | |
| | | unter 18 | 18 - 65 | bis unter 65 und älter | | unter 18 | 18 - 65 | bis unter 65 und älter |
| % | | | | | | | | |
| Früheres Bundesgebiet | | | | | | | | |
| 1978 | 1,8 | 2,5 | 1,3 | 2,5 | 1,1 | 2,4 | 0,6 | 1,0 |
| 1979 | 1,7 | 2,3 | 1,3 | 2,3 | 1,0 | 2,2 | 0,6 | 0,9 |
| 1980 | 1,7 | 2,1 | 1,3 | 2,3 | 1,1 | 2,1 | 0,7 | 0,9 |
| 1981 ¹ | 1,6 | 2,1 | 1,3 | 2,2 | 1,1 | 2,0 | 0,8 | 0,8 |
| 1982 | 1,9 | 2,6 | 1,6 | 2,2 | 1,4 | 2,6 | 1,1 | 0,8 |
| 1983 ¹ | 2,1 | 3,1 | 1,8 | 2,1 | 1,6 | 3,0 | 1,2 | 0,8 |
| 1984 | 2,3 | 3,4 | 2,0 | 2,0 | 1,7 | 3,3 | 1,3 | 0,8 |
| 1985 ¹ | 2,6 | 4,0 | 2,3 | 2,0 | 2,0 | 3,9 | 1,6 | 0,8 |
| 1986 | 2,7 | 4,3 | 2,4 | 1,9 | 2,1 | 4,2 | 1,7 | 0,8 |
| 1987 | 2,8 | 4,7 | 2,6 | 1,9 | 2,2 | 4,6 | 1,8 | 0,8 |
| 1988 | 2,9 | 5,0 | 2,6 | 1,8 | 2,3 | 4,9 | 1,9 | 0,8 |
| 1989 | 3,0 | 5,3 | 2,8 | 1,8 | 2,5 | 5,2 | 2,0 | 0,9 |
| 1990 | 3,0 | 5,3 | 2,7 | 1,9 | 2,6 | 5,3 | 2,0 | 1,0 |
| 1991 | 3,1 | 5,5 | 2,7 | 1,8 | 2,6 | 5,5 | 2,0 | 0,9 |
| 1992 | 3,3 | 6,1 | 3,0 | 1,9 | 2,9 | 6,1 | 2,3 | 1,0 |
| 1993 | 3,5 | 6,4 | 3,2 | 1,9 | 3,0 | 6,4 | 2,4 | 1,1 |
| 1994 ² | 3,4 | 6,1 | 3,2 | 1,7 | 2,7 | 6,0 | 2,0 | 1,0 |
| 1995 ³ | 3,7 | 6,5 | 3,5 | 1,7 | 2,9 | 6,5 | 2,2 | 1,0 |
| 1996 | 3,9 | 6,8 | 3,7 | 1,7 | 3,1 | 6,8 | 2,4 | 1,0 |
| 1997 | 4,2 | 7,3 | 4,1 | 1,8 | 3,3 | 7,0 | 2,6 | 1,1 |
| 1998 | 4,1 | 7,1 | 3,9 | 1,8 | 3,3 | 7,1 | 2,6 | 1,2 |
| Neue Länder und Berlin-Ost | | | | | | | | |
| 1991 | 1,4 | 2,6 | 1,4 | 0,2 | 1,3 | 2,5 | 1,1 | 0,1 |
| 1992 | 1,8 | 3,4 | 1,7 | 0,3 | 1,9 | 3,4 | 1,6 | 0,2 |
| 1993 | 1,9 | 3,6 | 1,8 | 0,3 | 1,8 | 3,5 | 1,5 | 0,3 |
| 1994 ² | 1,7 | 3,3 | 1,6 | 0,2 | 1,4 | 3,2 | 1,0 | 0,2 |
| 1995 ³ | 2,1 | 4,1 | 2,0 | 0,2 | 1,8 | 4,0 | 1,4 | 0,2 |
| 1996 | 2,3 | 4,4 | 2,2 | 0,3 | 2,1 | 4,4 | 1,6 | 0,2 |
| 1997 | 2,4 | 4,6 | 2,4 | 0,5 | 2,6 | 5,4 | 2,1 | 0,3 |
| 1998 | 2,9 | 5,7 | 2,8 | 0,5 | 2,5 | 5,6 | 2,0 | 0,3 |
| Deutschland | | | | | | | | |
| 1991 | 2,7 | 4,8 | 2,5 | 1,5 | 2,3 | 4,8 | 1,8 | 0,8 |
| 1992 | 3,0 | 5,5 | 2,8 | 1,6 | 2,7 | 5,5 | 2,2 | 0,9 |
| 1993 | 3,2 | 5,8 | 3,0 | 1,6 | 2,8 | 5,8 | 2,2 | 0,9 |
| 1994 ² | 3,1 | 5,5 | 2,9 | 1,4 | 2,4 | 5,5 | 1,8 | 0,9 |
| 1995 ³ | 3,4 | 6,1 | 3,2 | 1,5 | 2,7 | 6,0 | 2,1 | 0,9 |
| 1996 | 3,6 | 6,4 | 3,4 | 1,5 | 2,9 | 6,3 | 2,3 | 0,9 |
| 1997 | 3,9 | 6,8 | 3,7 | 1,5 | 3,2 | 6,8 | 2,5 | 1,0 |
| 1998 | 3,8 | 6,8 | 3,7 | 1,5 | 3,2 | 6,8 | 2,5 | 1,0 |

1 Die Daten wurden aufgrund einer 20% Stichprobe ermittelt

2 Abweichungen in der Summe ergeben sich durch Runden der Zahlen Aufgrund des Asylbewerberleistungsgesetzes ergeben sich für das Berichtsjahr 1994 in der Sozialhilfestatistik rückläufige Empfängerzahlen

3 Die Daten weisen eine geringfügige Untererfassung auf

Quelle: Statistisches Bundesamt, Sozialhilfestatistik

Anhangtabelle II.13

Sozialhilfequoten von Frauen und Männern (Empfängerinnen und Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen) - Deutschland

| | HLU-Empfänger Dez 1998 | | Bevölkerung Dez 1998 | | HLU-Quote |
|-----------------------|------------------------|--------|----------------------|--------|-----------|
| | Anzahl | Anteil | Anzahl | Anteil | |
| Personen insgesamt | 2.879.322 | 100,0% | 82.037.011 | 100,0% | 3,5% |
| darunter: | | | | | |
| Frauen | 1.617.050 | 56,2% | 42.032.869 | 51,2% | 3,8% |
| 18 bis 20 Jahre | 67.403 | 2,3% | 1.333.801 | 1,6% | 5,1% |
| 21 bis 24 Jahre | 105.501 | 3,7% | 1.750.065 | 2,1% | 6,0% |
| 60 bis 69 Jahre | 94.746 | 3,3% | 4.794.154 | 5,8% | 2,0% |
| 70 bis 79 Jahre | 55.396 | 1,9% | 3.941.748 | 4,8% | 1,4% |
| 80 Jahre und älter | 31.851 | 1,1% | 2.147.875 | 2,6% | 1,5% |
| Männer | 1.262.272 | 43,8% | 40.004.142 | 48,8% | 3,2% |
| 18 bis 20 Jahre | 45.523 | 1,6% | 1.401.375 | 1,7% | 3,2% |
| 21 bis 24 Jahre | 56.790 | 2,0% | 1.827.300 | 2,2% | 3,1% |
| 60 bis 69 Jahre | 72.920 | 2,5% | 4.415.823 | 5,4% | 1,7% |
| 70 bis 79 Jahre | 20.118 | 0,7% | 2.301.737 | 2,8% | 0,9% |
| 80 Jahre und älter | 4.430 | 0,2% | 761.017 | 0,9% | 0,6% |
| Haushalte insgesamt | 1.487.650 | 100,0% | 37.532.000 | 100,0% | 4,0% |
| darunter: | | | | | |
| allein lebende Frauen | 332.945 | 22,4% | 7.778.000 | 20,7% | 4,4% |
| unter 25 Jahren | 38.734 | 2,6% | 515.000 | 1,4% | 7,5% |
| 25 bis 64 Jahre | 201.202 | 13,5% | 3.132.000 | 8,3% | 6,4% |
| ab 65 Jahren | 93.009 | 6,3% | 4.131.000 | 11,0% | 2,3% |
| allein lebende Männer | 291.814 | 19,6% | 5.519.000 | 14,7% | 5,3% |
| unter 25 Jahren | 39.365 | 2,6% | 511.000 | 1,4% | 7,7% |
| 25 bis 64 Jahre | 233.791 | 15,7% | 4.144.000 | 11,0% | 5,6% |
| ab 65 Jahren | 18.658 | 1,3% | 864.000 | 2,3% | 2,2% |

Quelle: Statistisches Bundesamt, Sozialhilfestatistik, Bevölkerungsstatistik, Statistisches Jahrbuch 1999 sowie eigene Berechnungen

Anhangtabelle II.14

Allein Erziehende Empfänger/-innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen zum Jahresende (Zeitreihe 1975 - 1998)

| Jahr | Allein Erziehende insgesamt | | | Allein Erziehende Männer | | | Allein Erziehende Frauen | | |
|-----------------------------------|-----------------------------|---------------------------------------|-------------------------------|--------------------------|---------------------------------------|-------------------------------|--------------------------|---------------------------------------|-------------------------------|
| | insgesamt | Anteil an allen Sozialhilfehaushalten | Sozialhilfequote ¹ | insgesamt | Anteil an Allen Sozialhilfehaushalten | Sozialhilfequote ¹ | insgesamt | Anteil an allen Sozialhilfehaushalten | Sozialhilfequote ¹ |
| | Anzahl | % | | Anzahl | % | | Anzahl | % | |
| Früheres Bundesgebiet | | | | | | | | | |
| 1975 | 105.834 | 16,7 | 15,2 | . | . | . | . | . | . |
| 1980 | 134.563 | 17,7 | 16,7 | 4 150 | 0,5 | 3,2 | 130 413 | 17,2 | 19,2 |
| 1985 | 152.322 | 18,7 | 17,5 | 5 461 | 0,7 | 4,3 | 146 861 | 18,0 | 19,7 |
| 1989 | 181.670 | 18,6 | 21,6 | 7 130 | 0,7 | 6,1 | 174 540 | 17,8 | 24,1 |
| 1990 | 184.232 | 18,5 | 22,1 | 7 551 | 0,8 | 6,7 | 176 681 | 17,7 | 24,5 |
| 1991 | 193.405 | 19,2 | 23,4 | 7 097 | 0,7 | 6,1 | 186 308 | 18,5 | 26,2 |
| 1992 | 210.390 | 18,8 | 25,2 | 8 224 | 0,7 | 7,6 | 202 166 | 18,1 | 27,8 |
| 1993 | 227.638 | 19,8 | 26,3 | 8 349 | 0,7 | 7,1 | 219 289 | 19,1 | 29,3 |
| 1994 | 238.300 ² | 22,9 | 26,8 | 7 200 ² | 0,7 | 5,9 | 231 100 ² | 22,2 | 30,1 |
| 1995 | 258.906 | 22,5 | 27,6 | 8 019 | 0,7 | 5,7 | 250 887 | 21,8 | 31,4 |
| 1996 | 272.249 | 22,2 | 28,1 | 8 306 | 0,7 | 6,3 | 263 943 | 21,5 | 31,5 |
| 1997 | 286.327 | 22,1 | 28,5 | 8 980 | 0,7 | 6,4 | 277 347 | 21,4 | 32,2 |
| 1998 | 288.569 | 22,5 | 28,7 | 8 880 | 0,7 | 6,5 | 279 689 | 21,8 | 32,1 |
| Neue Länder und Berlin-Ost | | | | | | | | | |
| 1991 | 30.933 | 30,2 | 9,6 | 936 | 0,9 | 2,6 | 29.997 | 29,3 | 10,5 |
| 1992 | 39.658 | 28,2 | 12,6 | 1.282 | 0,9 | 3,5 | 38.376 | 27,3 | 13,7 |
| 1993 | 38.985 | 28,3 | 11,9 | 1.151 | 0,8 | 3,0 | 37.834 | 27,5 | 13,1 |
| 1994 | 35.600 ² | 32,4 | 10,7 | 900 ² | 0,8 | 2,6 | 34.700 ² | 31,5 | 11,6 |
| 1995 | 39.300 | 30,6 | 11,5 | 1.010 | 0,8 | 2,8 | 38.290 | 29,8 | 12,6 |
| 1996 | 41.112 | 27,4 | 12,3 | 1.108 | 0,7 | 3,3 | 40.004 | 26,7 | 13,3 |
| 1997 | 48.996 | 25,5 | 14,5 | 1.432 | 0,7 | 4,3 | 47.564 | 24,8 | 15,6 |
| 1998 | 54.795 | 26,5 | 15,8 | 1.519 | 0,7 | 4,7 | 53.276 | 25,8 | 17,0 |
| Deutschland | | | | | | | | | |
| 1991 | 224 338 | 20,3 | 19,5 | 8.033 | 0,7 | 5,3 | 216.305 | 19,5 | 21,7 |
| 1992 | 250 048 | 19,9 | 21,7 | 9.506 | 0,8 | 6,6 | 240.542 | 19,1 | 23,9 |
| 1993 | 266 623 | 20,7 | 22,3 | 9.500 | 0,7 | 6,1 | 257.123 | 20,0 | 24,8 |
| 1994 | 273 900 ² | 23,8 | 22,4 | 8.000 ² | 0,7 | 5,2 | 265.800 ² | 23,1 | 24,9 |
| 1995 | 298 206 | 23,3 | 23,3 | 9.029 | 0,7 | 5,2 | 289.177 | 22,6 | 26,1 |
| 1996 | 313 361 | 22,7 | 24,0 | 9.414 | 0,7 | 5,7 | 303.947 | 22,1 | 26,7 |
| 1997 | 335 323 | 22,5 | 25,0 | 10.412 | 0,7 | 6,0 | 324.911 | 21,8 | 27,8 |
| 1998 | 343 364 | 23,1 | 25,4 | 10.399 | 0,7 | 6,2 | 332.965 | 22,4 | 28,1 |

. unbekannt

1 Anteil an allen Privathaushalten von allein Erziehenden; ab 1996 genaues Ergebnis; frühere Berechnungen enthalten Schätzwerte

2 hochgerechnetes Ergebnis, auf volle hundert gerundet

Quelle: Statistisches Bundesamt, Sozialhilfestatistik

Anhangtabelle II.15

Bedeutung des Unterhalts für Haushalte von allein Erziehenden mit Bezug von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt zum Jahresende 1998 nach Haupteinkommensart ¹ und Zahl der Kinder - Deutschland

| Allein Erziehende mit als Haupteinkommen | und mit Kind(ern) unter 18 Jahren | Durchschnittliche Höhe des insgesamt angerechneten Einkommens (DM) | Anzahl Haushalt | Anzahl Empfänger |
|--|-----------------------------------|--|-----------------|------------------|
| Unterhaltsvorschuss oder -ausfalleistungen | 1 | 704 | 11.768 | 23.536 |
| | 2 | 1.342 | 5.912 | 17.736 |
| | 3 und mehr | 2.005 | 1.660 | 7.012 |
| | insgesamt | 1.011 | 19.340 | 48.284 |
| Private Unterhaltsleistungen | 1 | 931 | 21.212 | 42.424 |
| | 2 | 1.567 | 15.036 | 45.108 |
| | 3 und mehr | 2.229 | 3.388 | 13.976 |
| | insgesamt | 1.283 | 39.636 | 101.508 |
| keiner dieser beiden Einkommensarten | 1 | 908 | 158.408 | 316.816 |
| | 2 | 1.335 | 85.492 | 256.476 |
| | 3 und mehr | 1.876 | 40.488 | 177.992 |
| | insgesamt | 1.175 | 284.388 | 751.284 |

1 Bei den Einkommensarten sind Mehrfachnennungen zulässig. Es wird aber auch die Haupteinkommensart angegeben. Bei mehreren Einkommensarten ist dies die betragsmäßig höchste Einkommensart.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Auswertung der 25%-Stichprobe der Sozialhilfeempfängerstatistik

Anhangtabelle II.16

**Erwerbstätige Bezieher von Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen
1994 - 1998**

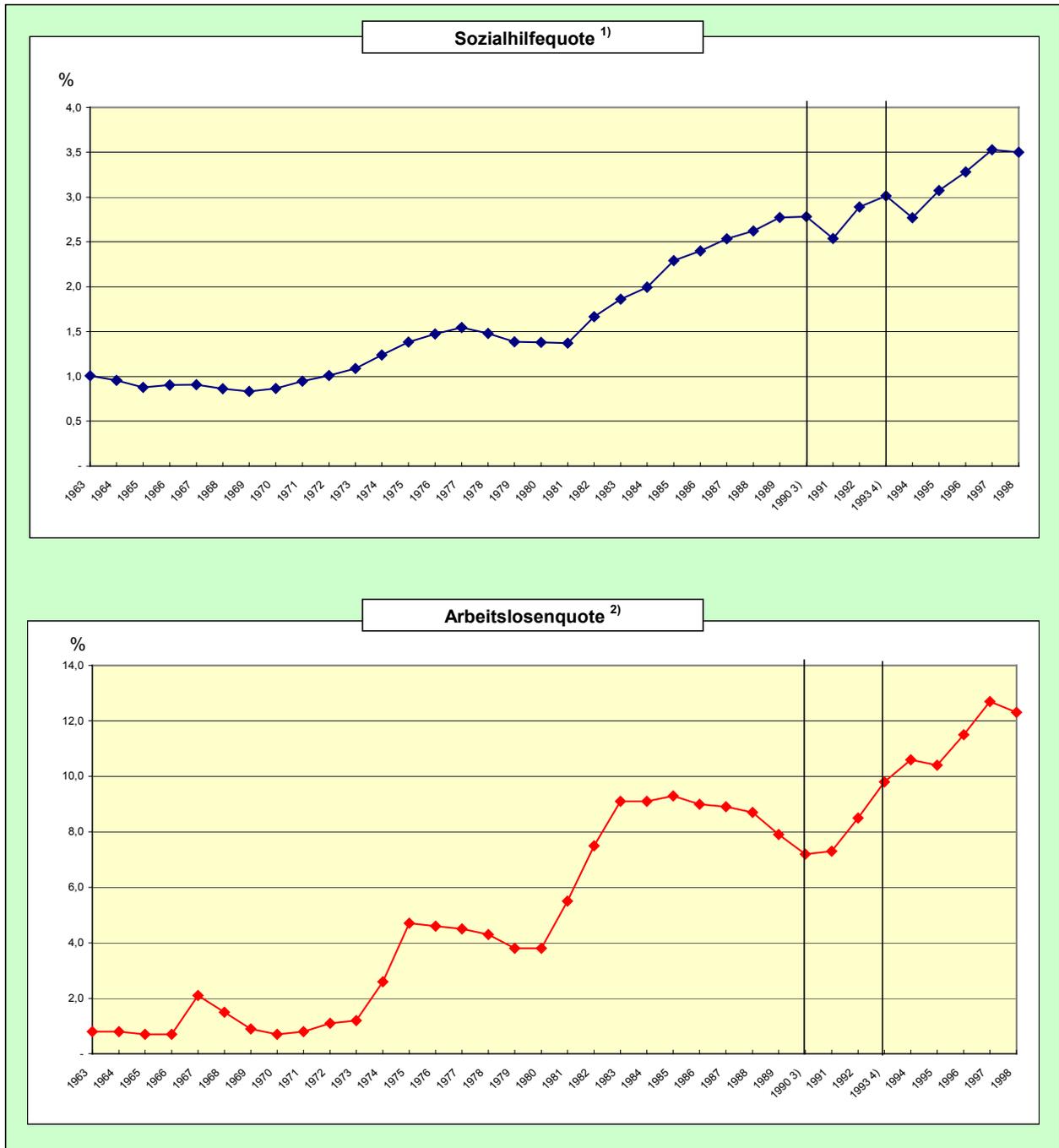
| Jahr | Hilfeempfänger 15-64 Jahre Insgesamt | darunter: Erwerbstätige | | davon: Erwerbstätigkeit in | | Anteil Teilzeit |
|-----------------------------------|--|----------------------------|--------|-------------------------------|----------|--------------------|
| | | Anzahl | Anteil | Vollzeit | Teilzeit | |
| Früheres Bundesgebiet | | | | | | |
| 1994 ¹ | 1.167.160 | 77.154 | 6,6% | 31.713 | 45.441 | 58,9% |
| 1995 | 1.346.479 | 95.131 | 7,1% | 39.018 | 56.113 | 59,0% |
| 1996 | 1.449.835 | 107.420 | 7,4% | 46.910 | 60.510 | 56,3% |
| 1997 | 1.537.955 | 120.534 | 7,8% | 51.000 | 69.534 | 57,7% |
| 1998 | 1.505.307 | 129.802 | 8,6% | 55.457 | 74.345 | 57,3% |
| davon: Männer | | | | | | |
| 1994 ¹ | 465.523 | 27.291 | 5,9% | 17.364 | 9.927 | 36,4% |
| 1995 | 544.911 | 34.592 | 6,3% | 22.096 | 12.496 | 36,1% |
| 1996 | 594.342 | 39.750 | 6,7% | 25.989 | 13.761 | 34,6% |
| 1997 | 634.978 | 44.557 | 7,0% | 28.674 | 15.883 | 35,6% |
| 1998 | 616.137 | 49.021 | 8,0% | 31.424 | 17.579 | 35,9% |
| Frauen | | | | | | |
| 1994 ¹ | 701.637 | 49.863 | 7,1% | 14.349 | 35.514 | 71,2% |
| 1995 | 801.568 | 60.539 | 7,6% | 16.922 | 43.617 | 72,0% |
| 1996 | 855.493 | 67.670 | 7,9% | 20.921 | 46.749 | 69,1% |
| 1997 | 902.977 | 75.977 | 8,4% | 22.326 | 53.651 | 70,6% |
| 1998 | 889.170 | 80.781 | 9,1% | 24.033 | 56.748 | 70,2% |
| Neue Länder und Berlin-Ost | | | | | | |
| 1994 | 138.597 | 12.489 | 9,0% | 10.028 | 2.461 | 19,7% |
| 1995 | 165.151 | 14.057 | 8,5% | 11.215 | 2.842 | 20,2% |
| 1996 | 191.184 | 13.692 | 7,2% | 10.431 | 3.261 | 23,8% |
| 1997 | 244.117 | 16.954 | 6,9% | 12.643 | 4.311 | 25,4% |
| 1998 | 261.107 | 18.825 | 7,2% | 13.965 | 4.860 | 25,8% |
| davon: Männer | | | | | | |
| 1994 | 57.442 | 4.950 | 8,6% | 4.479 | 471 | ..9,5% |
| 1995 | 69.833 | 5.572 | 8,0% | 5.029 | 543 | ..9,7% |
| 1996 | 84.109 | 5.420 | 6,4% | 4.712 | 708 | 13,1% |
| 1997 | 107.866 | 7.075 | 6,6% | 6.076 | 999 | 14,1% |
| 1998 | 114.011 | 8.476 | 7,4% | 7.185 | 1.291 | 15,2% |
| Frauen | | | | | | |
| 1994 | 81.155 | 7.539 | 9,3% | 5.549 | 1.990 | ..2,5% |
| 1995 | 95.318 | 8.485 | 8,9% | 6.186 | 2.299 | 27,1% |
| 1996 | 107.075 | 8.272 | 7,7% | 5.719 | 2.553 | 30,9% |
| 1997 | 136.251 | 9.879 | 7,3% | 6.567 | 3.312 | 33,5% |
| 1998 | 147.096 | 10.349 | 7,0% | 6.780 | 3.569 | 34,5% |

1 Die Daten für das Jahr 1994 weisen eine geringfügige Untererfassung auf.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Sozialhilfestatistik

Anhangschaubild II.1

Entwicklung der Sozialhilfe¹⁾- und der Arbeitslosenquote²⁾ 1963 - 1998 Deutschland³⁾



¹⁾ Anteil der Sozialhilfebezieher an der Bevölkerung.

²⁾ Arbeitslose in % der abhängigen Erwerbspersonen (ohne Soldaten). Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

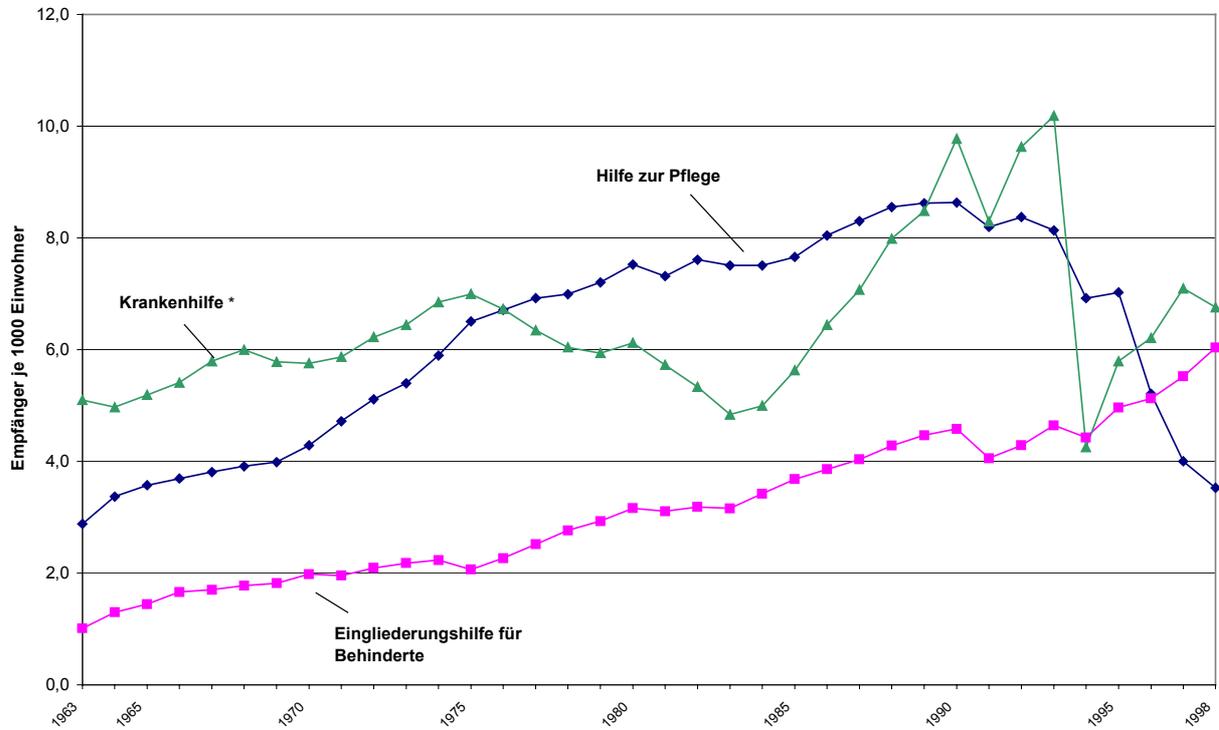
³⁾ Bis einschl. 1990: Früheres Bundesgebiet, ab 1991: Deutschland.

⁴⁾ Einführung des Asylbewerberleistungsgesetzes im November 1993.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Sozialhilfestatistik

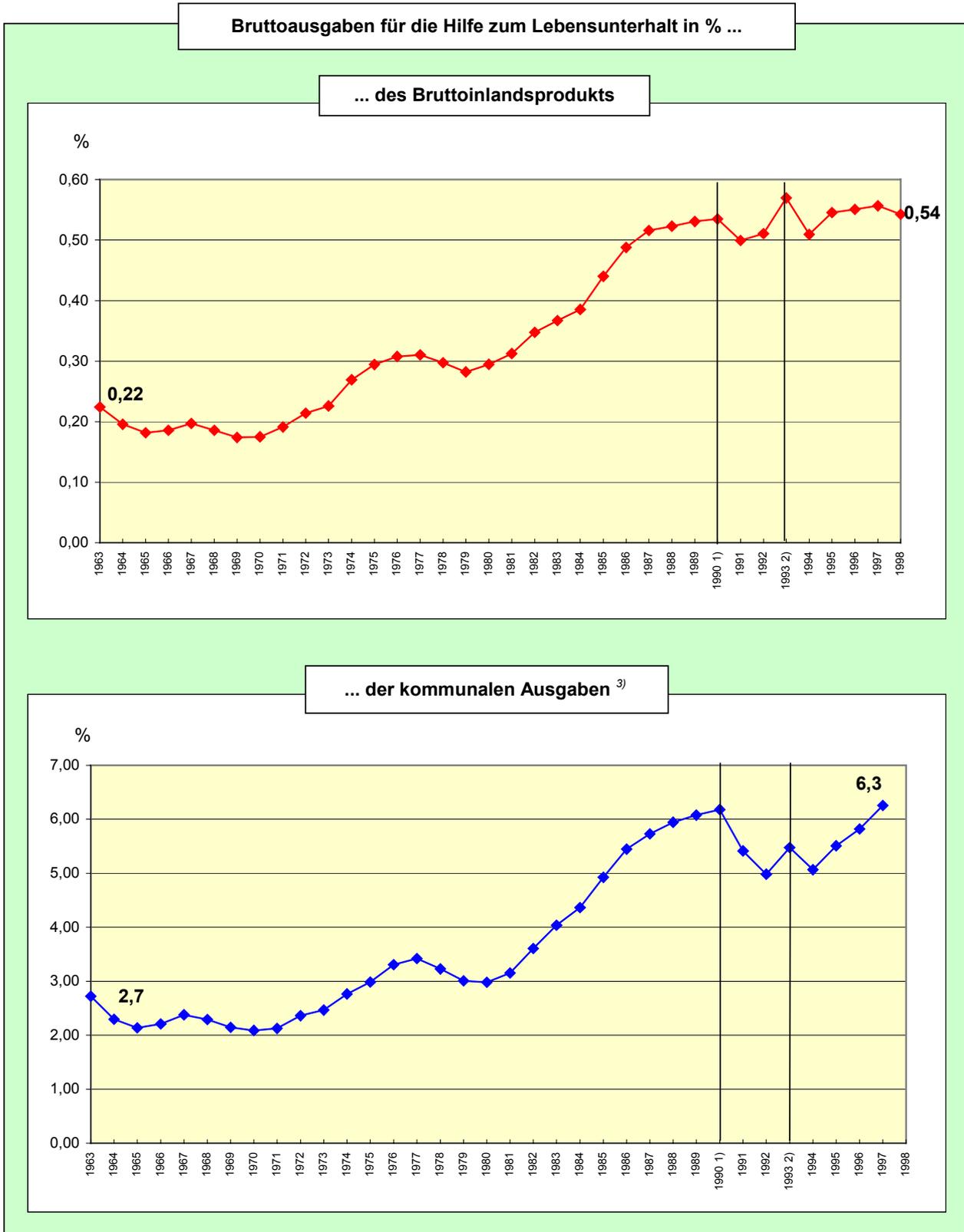
Anhangschaubild II.2

Entwicklung der Sozialhilfequoten der Empfänger/-innen von Hilfe in besonderen Lebenslagen für ausgewählte Hilfearten während des Jahres (1963-1998) Deutschland ¹



Quelle: Statistisches Bundesamt

Anhangschaubild II.3: Entwicklung der Bruttoausgaben für die Hilfe zum Lebensunterhalt in Relation zum Bruttoinlandsprodukt sowie zu den kommunalen Ausgaben³ 1963 - 1998 in jeweiligen Preisen - Deutschland¹



¹⁾ Bis einschl. 1990: Früheres Bundesgebiet, ab 1991: Deutschland.

²⁾ Einführung des Asylbewerberleistungsgesetzes im November 1993.

³⁾ Ausgaben von Gemeinden und Gemeindeverbänden einschl. kaufmännisch buchende Krankenhäuser.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Anhangschaubild II.4

Schätzung des Arbeitskräftepotentials der Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt zum Jahresende 1998 Deutschland - für 18 - 59-Jährige

| | |
|---|------------------|
| Männliche Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt | 1 262 000 |
| ./. Minderjährige | ./. 550 000 |
| ./. Personen über 60 Jahre | ./. 97 000 |
| = Personen im Alter von 18 - 59 Jahren | 615 000 |
| ./. Nichterwerbstätige wegen häuslicher Bindung | ./. 4 000 |
| ./. Nichterwerbstätige wegen Krankheit, Behinderung, Arbeitsunfähigkeit | ./. 54 000 |
| = (Brutto)Arbeitskräftepotential | = 557 000 |
| ./. Erwerbstätige (Voll- und Teilzeit) | ./. 55 000 |
| ./. Nichterwerbstätige wegen Aus- und Fortbildung | ./. 21 000 |
| = (Netto)Arbeitskräftepotential | = 480 000 |
| bestehend aus | |
| Arbeitslosen | 382 000 |
| Nichterwerbstätigen aus sonstigen Gründen | 99 000 |

Quelle: Statistisches Bundesamt

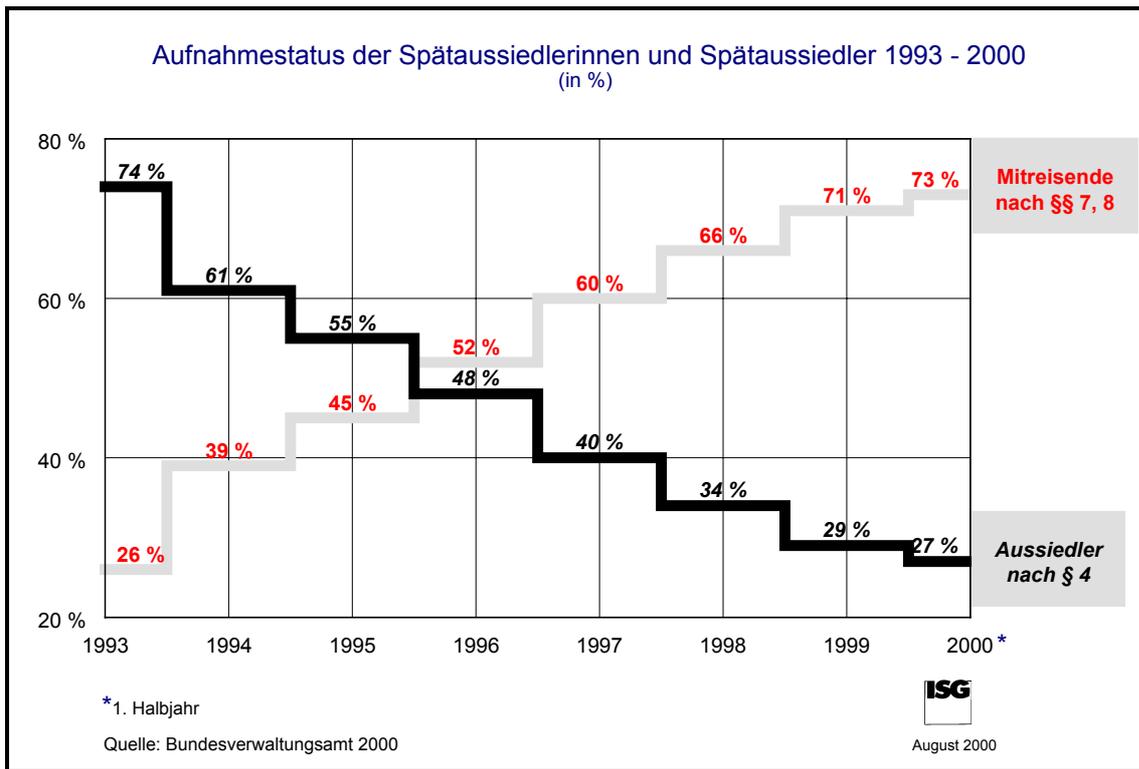
Anhangschaubild II.5

Schätzung des Arbeitskräftepotentials der Empfängerinnen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt zum Jahresende 1998 Deutschland - für 18 - 59-Jährige

| | | |
|---|-----|------------------|
| Empfängerinnen von Hilfe zum Lebensunterhalt | | 1 617 000 |
| ./. Minderjährige | ./. | 524 000 |
| ./. Personen über 60 Jahre | ./. | 182 000 |
| = Personen im Alter von 18 - 59 Jahren | | 911 000 |
| ./. Nichterwerbstätige wegen häuslicher Bindung | ./. | 270 000 |
| ./. Nichterwerbstätige wegen Krankheit, Behinderung, Arbeitsunfähigkeit | ./. | 58 000 |
| = (Brutto)Arbeitskräftepotential | | = 584 000 |
| ./. Erwerbstätige (Voll- und Teilzeit) | ./. | 88 000 |
| ./. Nichterwerbstätige wegen Aus- und Fortbildung | ./. | 27 000 |
| = (Netto)Arbeitskräftepotential | | = 468 000 |
| bestehend aus | | |
| Arbeitslosen | | 298 000 |
| Nichterwerbstätigen aus sonstigen Gründen | | 171 000 |

Quelle: Statistisches Bundesamt

Anhangschaubild II.6



Quelle: Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG)

III. Lebenslagen von Familien und Kindern

III.1 Einkommensschichtungen von Familien im Familienlasten- bzw. Familienleistungsausgleich (FLA)

Ein Strukturbild über die Einkommensverhältnisse von Familien liefern insbesondere die Einkommensschichtungen der im Familienlasten- bzw. Familienleistungsausgleich (FLA) befindlichen Familien mit Kindern im Alter bis zu 27 Jahren. Eine Strukturierungsmöglichkeit bietet hierbei die Besteuerungsgrenze der Einkommensteuer mit einer Untersuchung der Besetzungstärken der Einkommensschichten der Familienhaushalte oberhalb und unterhalb der Besteuerungsgrenze. Eine solche Betrachtung kann in keinem Fall Einkommensarmut abgreifen. Die Besteuerungsgrenze der Einkommensteuer kann als eine gesetzlich fixierte Konvention über diejenige Höhe des Familieneinkommens verstanden werden, bis zu der der Gesetzgeber eine steuerliche Leistungsfähigkeit eines Familienhaushalts als nicht gegeben ansieht und deshalb ein steuerlicher Zugriff aus Gründen der Sicherung einer einfachen Lebenshaltung nicht erfolgt. In diesem Sinne kann man bei Familieneinkommen bis zur Besteuerungsgrenze von Niedrigeinkommen sprechen. Es ist anzunehmen, dass Familien in diesem Bereich ihre Lebenshaltung zu einem Teil normal bewältigen – insbesondere wenn ergänzende Einkommens-transfers mit einbezogen werden –, zu einem anderen Teil dagegen nur knapp bewältigen können und sich insoweit in prekären wirtschaftlichen Verhältnissen befinden, schließlich aber zu einem weiteren Teil in einer Unterversorgung bewirkenden Einkommensarmut leben, die die Bedeutung kompensierender Transferleistungen unterstreicht.

Eine Analyse der Niedrigeinkommen bestätigt, dass sich die Einkommensverhältnisse der allein erziehenden Eltern im Vergleich zu denjenigen der Ehepaare mit Kindern außerordentlich deutlich unterscheiden. Der weit überwiegende Teil der allein Erziehenden lebte in Umständen steuerlicher Niedrigeinkommen. Im Vergleich der Jahre 1993 und 1998 wird deutlich, dass deren Einkommensverhältnisse sich auch relativ verschlechtert haben (so auch EVS, s. dazu Bericht Teil A Kap. I.1). Darin spiegeln sich u. a. der schwierige Stand allein erziehender Mütter in den 90er Jahren auf dem Arbeitsmarkt wider wie die Zeitbudgetbelastungen durch Familienarbeit und die Defizite an familiengerechter Kindertagesbetreuung. Angesichts eingeschränkter Möglichkeiten der Erwerbsbeteiligung und der in den 90er Jahren bestehenden Defizite an familiengerechter Kindertagesbetreuung überrascht es auch nicht, dass die Niedrigeinkommensanteile kinderreicher Familien deutlich stiegen (vor Transferleistungen).

Überraschend ist dagegen auf den ersten Blick, dass die Niedrigeinkommensanteile der Familien in den neuen Länder trotz eines verhaltenen Einkommensanstiegs und einer deutlichen

Anhebung der Besteuerungsgrenze im Verlauf der 90er Jahre fielen. Ausschlaggebend dürfte hierfür sein, dass die Lohnersatzleistungen in den neuen Länder im Verlauf der 90er Jahre eine vergleichsweise größere Bedeutung erlangten und deshalb der Anteil steuerbelasteter Familien zunahm.

Die Niedrigeinkommensanalyse unterstreicht die Bedeutung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und das Erfordernis eines Familienleistungsausgleichs, der insbesondere auch Familien mit Niedrigeinkommen erreicht.

Die Einkommensumverteilung durch den einkommensteuerrechtlichen Familienleistungsausgleich sowie durch private und öffentliche Transferleistungen stabilisiert die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Familien mit niedrigem Eigeneinkommen. Familien verlassen sich auf die Zuverlässigkeit des langfristigen Systems des einkommensteuerrechtlichen Familienleistungsausgleichs. Dieses wird durch inhaltlich gezielte und zeitlich begrenzte lebenslagen- und lebensphasenbezogene Transferleistungen verstärkt. Hierzu gehören das Grundnetz der Sozialhilfe, aber auch beispielsweise das Wohngeld und die staatlichen Unterhaltsvorschüsse. Typische lebensphasenbezogene Transferleistungen sind zum Beispiel das Erziehungsgeld und die Ausbildungsförderung. Die nachfolgenden Tabellen weisen die finanziellen Verlaufsdaten zum einen der Familienkomponenten des Einkommenssteuerrechts, zum anderen der familienbezogenen Transferleistungen (s. zur Sozialhilfe auch Bericht Teil A Kap. II) in den 90er Jahren aus.

III.2 Daten und Fakten

Anhangtabelle III.1

**Anteile der nicht steuerbelasteten FLA - Familien in den alten und neuen Ländern
1993 und 1998 in Prozent**

| | APF- Einkommens- schichtung 1993* | APF- Einkommens- schichtung 1998** | Differenz 1998/1993 |
|------------------------------|--------------------------------------|---------------------------------------|------------------------|
| Früheres Bundesgebiet | | | |
| Ehepaare mit | | | |
| 1 Kind | 16,9 % | 23,8 % | 6,8 % |
| 2 Kindern | 15,7 % | 21,6 % | 5,8 % |
| 3+ Kindern | 31,5 % | 39,4 % | 7,9 % |
| Insgesamt | 18,7 % | 25,4 % | 6,7 % |
| Allein Erziehende mit | | | |
| 1 Kind | 46,5 % | 54,0 % | 7,6 % |
| 2+ Kindern | 56,1 % | 67,0 % | 10,9 % |
| Insgesamt | 49,4 % | 58,5 % | 9,1 % |
| Familien insgesamt | 23,2 % | 31,1 % | 7,9 % |
| Neue Länder | | | |
| Ehepaare mit | | | |
| 1 Kind | 26,5 % | 20,8 % | -5,7 % |
| 2 Kindern | 28,9 % | 19,4 % | -9,5 % |
| 3+ Kindern | 49,0 % | 38,9 % | -10,1 % |
| Insgesamt | 30,4 % | 22,4 % | -8,0 % |
| Allein Erziehende mit | | | |
| 1 Kind | 66,7 % | 61,6 % | -5,2 % |
| 2+ Kindern | 69,6 % | 68,5 % | -1,2 % |
| Insgesamt | 67,7 % | 64,1 % | -3,6 % |
| Familien insgesamt | 39,0 % | 34,6 % | -4,5 % |

* APF-Einkommensschichtung 1993: EStG 1993 und FLA 1993

** APF-Einkommensschichtung 1998: EStG 1998 und FLA 1998

Quelle: Quinke u. a.: GMD – Forschungszentrum Informationstechnik, St. Augustin, Analyse- und Planungssystem für Familien (APF) des BMFSFJ

Anhangtabelle III.2

Steuermindereinnahmen durch Familienkomponenten des Einkommensteuerrechts (in Mrd. DM)

| | 1990 | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 |
|--|-------|--------|--------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|
| § 10 Abs. 1 Nr. 8: Höchstbeträge/Jahr für rentenversicherte Haushaltshilfe ab 90: 12.000 DM - allein Erziehende; Ehe-paare mit mind. 2 K., jeweils unter 10 J. ab 97: 18.000 DM - alle Haushalte mit und ohne Kinder. | 0,225 | 0,225 | 0,225 | 0,225 | 0,080 | 0,040 | 0,050 | 0,050 | 0,070 | 0,090 |
| § 32 Abs. 7 Nr. 1: Haushaltsfreibetrag für allein Erziehende - 5.616 DM | 0,950 | 1,250 | 1,350 | 1,350 | 1,350 | 1,400 | 1,500 | 1,800 | 1,800 | 1,900 |
| § 33 a Abs. 1: Unterhaltsleistungen für nahe Angehörige Höchstbeträge: ab 92: bis 18 J.: 4.104 DM, über 18 J.: 6.300 DM ab 96: 12.000 DM anrechnungsfreie Einkünfte und Bezüge der unterhaltenden Person: 1.200 DM | 1,130 | 0,720 | 0,770 | 0,790 | 0,790 | 0,800 | 1,150 | 1,160 | 1,170 | 1,190 |
| § 33 a Abs. 2: Ausbildungsfreibeträge für Kinder ab 88: bis 18 J.: 1.800 DM extern, über 18 J.: 2.400 DM zuhause, 4.200 DM extern | 1,130 | 1,130 | 1,150 | 1,195 | 1,230 | 1,130 | 1,270 | 1,270 | 1,280 | 1,300 |
| § 33 a Abs. 3: Höchstbeträge/Jahr bei pflegebedürftigen Haushaltsangehörigen für Haushaltshilfe bzw. Heimunterbringung Höchstbetrag ab 90: 1.200 DM , a) ab 60. Lebensj., b) bei Krankh.; 1.800 DM bei Krankheit und zusätzlich hilflos oder schwer behindert | 0,230 | 0,240 | 0,250 | 0,260 | 0,270 | 0,205 | 0,235 | 0,240 | 0,240 | 0,250 |
| § 33 b Abs. 6: Pflegepauschbetrag f. Pflegende v. Schwerstbehinderten 1.800 DM | 0,120 | 0,130 | 0,140 | 0,150 | 0,160 | 0,125 | 0,140 | 0,140 | 0,140 | 0,140 |
| § 33 c Abs. 3 u. 4: Kinderbetreuungskosten erwerbst. Alleinerz. (o. krank., behind. Eltern); Pauschbetr.: mind. pro Kind 480 DM, Höchstbetr. f. 1. K. 4.000 DM, für jedes weitere Kind 2.000 DM bei Nachweis | 0,080 | 0,110 | 0,120 | 0,130 | 0,140 | 0,145 | 0,175 | 0,190 | 0,200 | 0,210 |
| § 34 f: 1 Kinderkomponente Eigenheimförderung – Baukindergeld , 90 : 750DM , ab 91: Steuerabzug pro Kind 1.000 DM Bundesanteil: | 0,630 | 0,975 | 1,255 | 1,650 0,700 | 1,900 0,808 | 2,340 0,995 | 2,310 0,982 | 2,140 0,910 | 1,900 0,808 | 1,540 0,655 |
| § 62 ff Kindergeld (ab 96: nach EStG) | - | - | - | - | - | - | 43,304 | 49,764 | 49,980 | 57,576 |
| § 32 Abs. 6: Kinderfreibetrag (ab 92: 4.104 DM, ab 96: 6.264 DM, ab 97: 6.912 DM) nachrichtlich: Ehegattensplitting (§ 26 b) | 9,500 | 11,400 | 16,300 | 16,400 | 16,300 | 17,400 | 0,200 | 0,200 | 0,200 | 1,400 |
| | 23,3 | 27,1 | 29,4 | 29,4 | 31,1 | 32,4 | 41,1 | 35,8 | 37,2 | 40,0 |

1 Ab 1996 Ablösung durch Eigenheimzulagengesetz (jährliche Kinderzulage 1.500 DM) und Auslaufen der Förderung nach § 34 f.

Quelle: Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend

Anhangtabelle III.3

Haushaltswirkungen familienbezogener Transferleistungen bei Bund und Ländern (in Mrd. DM)

| | 1990 | 1991 | 1992 | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1999 |
|---|--------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------------|----------------------------------|----------------------------------|----------------------------------|-----------------------------------|
| Stiftung "Mutter und Kind - Schutz des ungeborenen Lebens" (ab 7/84) | 0,140 | 0,140 | 0,140 | 0,180 | 0,180 | 0,200 | 0,200 | 0,200 | 0,180 | 0,180 |
| Mutterschutzgesetz Mutterschaftsgeld <u>Leistungen:</u> - Krankenkassen - § 200 RVO, max. 25 DM/Tag, 6 W. vor und 8 W. nach Entbindung - § 200b RVO einmaliges Entbindungsgeld 150 DM - Bund (einmaliges Mutterschaftsgeld bis zu 400 DM, BVA) | | 1,213 | 1,227 | 1,249 | 1,199 | 1,206 | 1,245 | 1,284 | 1,241 | 1,213 |
| | | 0,038 | 0,036 | 0,034 | 0,032 | 0,031 | 0,034 | 0,035 | 0,034 | 0,032 |
| | 0,160 | 0,223 | 0,207 | 0,200 | 0,02 | 0,008 | 0,006 | 0,006 | 0,006 | 0,004 |
| Bundeserziehungsgeldgesetz (BErzGG) ab 86: | 4,590 | 5,906 | 7,222 | 6,823 | 6,670 | 7,232 | 6,950 | 7,118 | 7,144 | 6,878 |
| Unterhaltsvorschussgesetz (§ 8 Abs. 2) (davon: Länder 50%) | 0,232 | 0,234 | 0,298 | 0,928 | 1,326 | 1,582 | 1,557 | 1,616 | 1,668 | 1,535 |
| Kindergeld nach BKGG ¹ bis 95: <u>darunter:</u> Kindergeldzuschlag | 14,610 | 20,477 | 21,987 | 21,689 | 21,242 | 21,303 | 0,765 | 0,166 | 0,046 | -0,004 |
| | 0,870 | 1,337 | 1,195 | 1,271 | 1,439 | 1,540 | 0,488 | 0,173 | 0,021 | -0,001 |
| Kindergeld nach BKGG ab 96: | | | | | | | 0,1 | 0,112 | 0,116 | 0,170 |
| Wohngeldgesetz ² - nur alte BL bis 96 , alte u. neue BL ab 97: Wohngeldsondergesetz bis 96: Wohngeldüberleitungsgesetz ab 97 bis 98: (davon: Länder 50%) | 3,611 | 3,828 0,744 | 3,742 3,067 | 3,813 2,648 | 4,017 1,699 | ca. 4,48 ca. 1,27 | ca. 4,85 ca. 1,3 | 6,7 1,4 | 7,0 1,6 | 7,0 |
| Eigenheimzulagengesetz ab 1996 <u>darunter:</u> - Grundförderung - Kinderkomponente (1.500 DM pro Kind) - Ökolog. Komponente | - | - | - | - | - | - | 0,571 0,386 0,182 0,023 | 3,507 2,375 1,118 0,014 | 7,049 4,773 2,247 0,029 | 10,376 7,025 3,308 0,043 |
| Bund:Länder:Gemeinden=42,5:42,5:15 | | | | | | | | | | |
| Bundesausbildungsförderungsgesetz (davon: Länder 35%) <u>darunter:</u> - Darlehen - Zuschüsse | 2,517 | 3,920 | 3,892 | 3,517 | 3,105 | 2,851 | 2,721 | 2,411 | 2,348 | 2,393 |
| | 1,745 | 1,457 | 1,528 | 1,391 | 1,243 | 1,086 | 1,033 | 0,886 | 0,854 | 0,831 |
| | 0,772 | 2,463 | 2,364 | 2,126 | 1,862 | 1,765 | 1,688 | 1,525 | 1,494 | 1,562 |
| Kindererziehungszeiten in gesetzlichen Rentenversicherung ³ Volle Erstattung durch den Bund bis 91: 1 J.: Finanz. dr. Rentenversicherungsträger u. Bundesanteil ab 92: 3 J.: | 4,107 | 4,840 | 4,845 | 5,023 | 5,243 | 6,759 | 6,869 | 6,973 | 7,255 | 9,380 |

1 Ab 1996 FLA-Systemwechsel von dualem FLA-System zum FLA-Verrechnungssystem, 1996 folgende Nachzahlungen.

2 Mit Ausnahme Wohngeldgesetz § 34 Abs. 2 (Krankenhausfinanzierung).

3 Bis einschl. 1991 gesonderte Erstattung aus Bundeshaushalt, ab 1992 Pauschalerstattung über Bundeszuschüsse (genannt sind bis einschl. 1991 die Erstattungen des Bundes, ab 1992 die Aufwendungen der Rentenversicherung); ab 1995 einschl. neue Länder (zuvor keine statistische Erfassung).

Quelle: Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend

Anhangtabelle III.4

Erwerbstätigenquote bei Eltern nach Familientyp und Alter des jüngsten minderjährigen Kindes 1998

| Alter des jüngsten Kindes (in Jahren) | Familientyp | | | | | |
|--|------------------------------------|------------------------------|--------------------------------------|---------------------------------------|--|---------------------------------------|
| | allein erzie- hende Müt- ter | allein erzie- hende Väter | Ehepaare mit Kindern | | Nichteheliche Lebensge- meinschaften mit Kindern | |
| | | | beide Part- ner er- werbstätig | max. 1 Part- ner er- werbstätig | beide Part- ner er- werbstätig | max. 1 Part- ner er- werbstätig |
| Erwerbstätigenquote* (in %) | | | | | | |
| unter 3 | 27 | / | 25 | 75 | 29 | 71 |
| 3 – 5 | 52 | 62 | 46 | 54 | 59 | 41 |
| 6 – 17 | 70 | 78 | 60 | 40 | 66 | 34 |

*) Mütter im Erziehungsurlaub werden als nicht erwerbstätig gezählt
/ = keine Angabe, da Hochrechnung wegen geringer Besetzung zu unsicher

Quelle: Eigene Zusammenstellung aus Schneider, N. F. u.a.: Wie leben die Deutschen? Lebensformen, Familien- und Haushaltsstrukturen in Deutschland - Sonderauswertungen mit Daten des Mikrozensus 1998. Materialien zur Familienpolitik Nr. 10, herausgegeben vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin

Anhangtabelle III.5

Geschätzte endgültige Kinderzahl der 1901 bis 1965 geborenen Frauen

| Geburtsjahr der Frau | Frauenanteil mit ... Kindern | | | | Mittlere Kinderzahl je Frau | Mittlere Kinderzahl je Mutter | Anteil ge- schwisterlos gebliebener ¹ Erstkinder |
|--|------------------------------|------|------|------------|-----------------------------------|-------------------------------------|--|
| | 0 | 1 | 2 | 3 und mehr | | | % |
| | % | | | | | | % |
| Früheres Bundesgebiet | | | | | | | |
| 1901/05 | 26 | 26 | 23 | 25 | 1,83 | 2,47 | 35 |
| 1911/15 | 19 | 28 | 28 | 25 | 1,87 | 2,31 | 35 |
| 1921/25 | 17 | 29 | 29 | 25 | 1,84 | 2,22 | 35 |
| 1931/35 | 10 | 24 | 33 | 33 | 2,17 | 2,41 | 27 |
| 1940 | 10,1 | 23,6 | 39,4 | 27,0 | 1,97 | 2,19 | 26,2 |
| 1945 | 13,3 | 26,9 | 39,4 | 20,4 | 1,78 | 2,05 | 31,1 |
| 1950 | 14,9 | 27,2 | 39,5 | 18,5 | 1,70 | 2,00 | 31,9 |
| 1955 | 19,4 | 24,3 | 38,5 | 17,8 | 1,62 | 2,00 | 30,1 |
| 1960 | 23,3 | 21,6 | 37,4 | 17,8 | 1,57 | 2,05 | 28,1 |
| 1965 | 31,2 | - | - | - | 1,42 | 2,06 | - |
| Ehemalige DDR / Neue Länder und Berlin-Ost | | | | | | | |
| 1940 | 8,9 | 33,2 | 47,4 | 10,5 | 1,98 | 2,17 | 36,4 |
| 1945 | 8,5 | 33,0 | 47,7 | 10,8 | 1,86 | 2,03 | 36,1 |
| 1950 | 8,0 | 29,3 | 49,6 | 13,1 | 1,79 | 1,95 | 31,9 |
| 1955 | 6,0 | 25,7 | 53,7 | 14,6 | 1,82 | 1,94 | 27,3 |
| 1960 | 10,6 | 20,7 | 54,0 | 14,8 | 1,77 | 1,98 | 23,1 |
| 1965 | 26,4 | - | - | - | 1,42 | 1,93 | - |

¹ Dieser entspricht dem Anteil der Frauen mit mehr als einem Kind an allen Frauen mit Kindern.

Quelle: Engstler, H.: Der Wandel der Lebens- und Familienformen im Spiegel der amtlichen Statistik, in: Maywald, J. u.a. (Hrsg.): Familien haben Zukunft, Reinbek, 2000, S. 232

Anhangtabelle III.6

Wohntfernung zum nächstwohnenden Kind und nächstwohnenden Elternteil - 1996

| | 40-54 Jahre | 55-69 Jahre | 70-85 Jahre | Gesamt (40-85 J.) |
|--|----------------|----------------|----------------|----------------------|
| | in % | | | |
| Entfernung zum nächstwohnenden Kind: | | | | |
| im gleichen Haus oder Haushalt | 79,1 | 36,0 | 26,7 | 54,2 |
| im gleichen Ort* | 10,8 | 38,7 | 41,1 | 26,3 |
| in einem anderen Ort, max. zwei Stunden entfernt | 7,7 | 18,9 | 22,8 | 14,4 |
| weiter entfernt | 2,4 | 6,4 | 9,4 | 5,1 |
| Entfernung zum nächstwohnenden Elternteil: | | | | |
| im gleichen Haus oder Haushalt | 12,1 | 17,1 | (14,7) | 13,1 |
| im gleichen Ort* | 36,1 | 36,0 | (32,8) | 36,1 |
| in einem anderen Ort, max. zwei Stunden entfernt | 34,9 | 28,2 | (12,3) | 33,4 |
| weiter entfernt | 16,9 | 18,7 | (40,2) | 17,4 |

*) außerhalb des Hauses oder Haushalts

In Klammern gesetzte Angaben: ungewichtete Fallzahl ≤ 35

Quelle: Kohli, M. u.a.: Generationenbeziehungen, in: Kohli, M. und Künemund, H. (Hrsg.): Die zweite Lebenshälfte. Gesellschaftliche Lage und Partizipation im Spiegel des Alters-Survey, Opladen, 2000, S. 186; eigene Berechnungen

Anhangtabelle III.7

Kontakthäufigkeit zum nächstwohnenden Kind und nächstwohnenden Elternteil außerhalb des eigenen Haushalts - 1996

| | 40-54 Jahre | 55-69 Jahre | 70-85 Jahre | Gesamt (40-85 J.) |
|--|----------------|----------------|----------------|----------------------|
| | in % | | | |
| Kontakt mit nächstwohnendem Kind: | | | | |
| Täglich | 35,7 | 38,0 | 42,2 | 38,4 |
| ein- bis mehrmals pro Woche | 49,7 | 45,5 | 44,0 | 46,3 |
| ein- bis mehrmals im Monat | 8,9 | 10,4 | 7,1 | 9,2 |
| Seltener | 4,5 | 5,1 | 5,6 | 5,0 |
| nie | 1,2 | 1,0 | 1,1 | 1,1 |
| Kontakt mit nächstwohnendem Elternteil: | | | | |
| täglich | 22,5 | 28,5 | / | 23,7 |
| ein- bis mehrmals pro Woche | 52,3 | 48,3 | / | 51,4 |
| ein- bis mehrmals im Monat | 14,0 | 12,9 | / | 13,8 |
| seltener | 9,2 | 9,4 | / | 9,4 |
| Nie | 2,0 | 0,9 | / | 1,7 |

/ = ungewichtete Fallzahl ≤ 10.

Quelle: Kohli, M. u.a.: Generationenbeziehungen, in: Kohli, M./Künemund, H. (Hrsg.): Die zweite Lebenshälfte. Gesellschaftliche Lage und Partizipation im Spiegel des Alters-Survey, Opladen 2000; eigene Berechnungen.

III.3 Verzeichnis der Expertisen

Enders-Drägässer, Uta: Armut in Familien unter besonderer Berücksichtigung von Alleinerziehenden und ihren Kindern, Frankfurt am Main, 2000

Geier, Hanna: Beratungserfahrungen zum Thema Armut bei Schwangeren, Expertise des Deutschen Roten Kreuzes, Bonn, 2000

Heinkel, Claudia: Beratungserfahrungen zu Armut bei Schwangeren, Expertise des Diakonischen Werks der EKD, Stuttgart, 2000

Höft-Dzemski, Reiner: Situation von Familien, Alleinerziehenden und Kindern in sozialen Notlagen – Synopse aus den Armutsuntersuchungen der Freien Wohlfahrtspflege, mit ergänzenden Hinweisen und Kommentaren, Frankfurt am Main, 2000

Kettschau, Irmhild: Armut in Familien – haushaltswirtschaftliche und haushaltswissenschaftliche Aspekte, Münster, 2000

Korczak, Dieter: Differenzierte Lebensverhältnisse von Familien unter besonderer Berücksichtigung sozialer Notlagen, Weiler, 2000

Krappmann, Lothar: Kinderarmut, Berlin, 2000

Maier, Angelika: Beratungserfahrungen zum Thema Armut bei Schwangeren, Expertise des Deutschen Caritasverbandes, Freiburg i. Br., 2000

Meier, Uta: Zur Situation von Familien, Alleinerziehenden und Kindern in sozialen Notlagen, Gießen 2000

Ostner, Ilona: Zur gesellschaftlichen Relevanz von „Armut“, Göttingen, 2000

Ott, Notburga und Conze, Kristina: Einkommens- und Wohlfahrtsentwicklung von Familien und Alleinerziehenden, Bochum, 2000

Piorkowsky, Michael-Burkhard: Verarmungsgründe und Armutsprävention bei Privathaushalten, Bonn, 2000

Quinke, Hermann, Grub, Martin und Wurch, Gerhard: Entwicklung der Familieneinkommen in den 90er Jahren, Sankt Augustin, 2000

Reifner, Udo: Armut in der Kreditgesellschaft, Hamburg, 2000

Richter, Antje: Armutsprägungen bei Kindern, Jugendlichen, Frauen und Familien, Oldenburg, 2000

Rosendorfer, Tatjana: Umgang mit Geld in der Familie als Armutsfaktor für Kinder, München, 2000

Weidacher, Alois: Armut in Familien - Armutssituation und Armutsentwicklung in Elternhaushalten, München, 2000

IV. Bildung

IV.1 Zur Definition von Bildungsarmut und -reichtum

Nachfolgend wird ein Auszug aus dem Gutachten von Prof. Dr. Gernot Weißhuhn „Gutachten zur Bildung in Deutschland“ wörtlich wiedergegeben, das im Auftrag der Bundesregierung für den Armuts- und Reichtumsbericht erstellt wurde.

„Die gesellschaftspolitische Diskussion über das **Ausmaß von Armut und Reichtum** sollte auf umfassende Informationen über die gesamtgesellschaftliche Situation und die Lebenslage der Bevölkerung in Teilbereichen (Soziales, Bildung, Wirtschaft, Umwelt, usw.) zurückgreifen können. Während in früheren Betrachtungsweisen eher der Wohlstand in Form von Wirtschaftswachstum und – allerdings weniger häufig – die Verteilung von Einkommen und Vermögen im Vordergrund standen, so hat sich in der Folgezeit die Erkenntnis durchgesetzt, dass es zur Beurteilung der Lebenslage der Bevölkerung weiterer Indikatoren bedarf. In diesem Zusammenhang wurden breit angelegte Systeme „sozialer Indikatoren“ als Ergänzung der rein ökonomischen Maßstäbe entwickelt (vgl. z.B. das OECD-System sozialer Indikatoren, Sozialberichterstattungskonzept). Dabei sollen die verschiedenen Lebensbereiche mittels einer Vielzahl einzelner Indikatoren erfasst bzw. dargestellt werden. Diese sollen Aufschluss über Entwicklungen in der **Gesamtwohlfahrt eines Landes** geben.

Eine der Hauptschwierigkeiten solcher Systeme liegt jedoch darin, dass die zu erfassende „Wohlfahrt“ in ökonomischer Sichtweise eine „Outputvariable“ darstellt, die sich aus den einzelnen gesellschaftlichen und ökonomischen Aktivitäten ergibt. Viele der vorgeschlagenen Indikatoren stellen aber „Input“-Größen in Bezug auf die „Wohlfahrt“ (z.B. Schüler¹¹/Lehrer-Relationen, Ärztedichte, Wohnfläche je Einwohner, Durchschnittseinkommen) dar, die zusammengenommen dann zu einem „Wohlfahrtsoutput“ führen. Um das Zustandekommen dieses Outputs zu erfassen, müssten die einzelnen Indikatoren in einem einzigen Gesamtindikator zusammengefasst werden, wobei dann aber nicht zu lösende Gewichtungprobleme auftreten. Vor diesem Hintergrund bleibt nur der Weg, einzelne „Module“ der unterschiedlichen Lebensbereiche der Gesellschaft möglichst homogen abzugrenzen und mit Hilfe geeigneter Lebenslagenindikatoren¹² darzustellen und gegebenenfalls mit politisch vorgegebenen „benchmarks“ zu konfrontieren.

11 Die benutzten männlichen Formen implizieren selbstverständlich auch die weiblichen Formen (z.B. Schülerinnen, Lehrerinnen usw.).

12 S. dazu z.B. Land, K.C.: Social Indicators and the Quality of Life: Where do we stand in the Mid-1990's?, in: SINET, 1996, S. 5-8. Veenhoven, R.: Lebenszufriedenheit der Bürger: ein Indikator für die „Lebbarkeit“ von Gesellschaften, in: Noll, H.-H. (Hrsg.): Sozialberichterstattung in Deutschland, München, 1997.

Allerdings zeigt sich beim Blick in die einschlägige Literatur, dass die Euphorie der 70er Jahre bezüglich der Sozialindikatoren und der Sozialberichterstattung in den 80er Jahren spürbar verfliegen war. Jedoch ist seit Mitte der 90er Jahre ein gewisser Aufschwung erkennbar. Dieser dokumentiert sich im Erscheinen einer Reihe von **nationalen Sozialberichten**¹³ („Social Trends“, „Données Sociales“). Hinzu treten Publikationen zu sozialen Indikatoren auf internationaler Ebene (World Bank, EUROSTAT, UNDP-Programm). Diese Berichterstattungen sind in der Regel jedoch sehr umfassend in Bezug auf die einzelnen Lebenslagenbereiche und die statistische Darstellung von Wirtschaft und Gesellschaft. Dabei werden häufig Bestandszahlen und deren Verteilung auf verschiedene Kategorien ausgewiesen, ohne aber **das Zustandekommen solcher Verteilungen** (z.B. Struktur der Schüler nach Klassenstufen und Schultypen, Bruttomonatseinkommen nach Bildungsabschlüssen; vgl. im Datenreport S. 54 bzw. S. 484) mit Hilfe geeigneter Methoden zu erklären. So wäre es z.B. interessant, die sozioökonomischen Ursachen des weiter anhaltenden Zustroms zu Gymnasien im Einzelnen zu erfassen (z.B. in Abhängigkeit vom Bildungsstand der Eltern und deren Einkommen) oder z.B. darzustellen, inwieweit bildungsinduzierte Einkommensdifferenzen nach wie vor von Bestand sind. Allerdings sind solche weitergehenden Analysen von der Verfügbarkeit entsprechender komplexer Datensätze abhängig.

Zielsetzung des vorliegenden Beitrags ist daher, für den Bereich Bildung in der Armuts- und Reichtumsberichterstattung neben der systematischen Darstellung **statistischer Kennzahlen** (in der Regel sind dies „statische“, d.h. auf Bestände bezogene Größen) sowie **dynamischer Indikatoren** (z.B. Übergangsverhalten von Schülern auf weiterführende Bildungseinrichtungen) für die einzelnen Teilaspekte im Bereich Bildung auch Möglichkeiten anhand verfügbarer Daten aufzufinden, relevante Einflussfaktoren auf bestimmte Lebenslagenindikatoren herauszuarbeiten. Darüber hinaus sollen aber auch **Sachverhalte** aufgenommen werden, deren empirische Belegung für eine adäquate Berichterstattung **erforderlich** wäre, aber wegen fehlender Daten bislang nicht dargestellt werden können.

Zurückgegriffen werden kann für den bildungsbezogenen Teil des Armuts- und Reichtumsberichts z.T. auch auf Ergebnisse der OECD-Arbeit: Education at a Glance (EAG) – Bildung auf einen Blick. Dennoch kann und soll das hier vorgelegte Konzept noch breiter aufgebaut werden, zumal die Bildungsindikatoren von EAG für Deutschland für den internationalen Vergleich angelegt und z.T. anders definiert sind, da vor allem die einbezogenen Schwellenländer nur solche begrenzte Indikatoren liefern können.

13 Für die Bundesrepublik s. z.B. Datenreport. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Statistisches Bundesamt (Hrsg.), 1997 und 1999.

Ferner stellt sich die zentrale Frage, inwieweit das Kapitel Bildung vornehmlich auf die Erfassung von „**Bildungsarmut**“ ausgerichtet sein sollte. Diese Tendenz wird besonders deutlich im **Bericht der Staatsregierung zur sozialen Lage in Bayern**.¹⁴ Dort sollen **Bildungsdefizite** (in der allgemeinen und beruflichen Bildung) bestimmt werden, obwohl offen bleibt, an welchem Standard diese gemessen werden sollen. Ferner sollen Indikatoren für den Grad der Aufholung von Bildungsdefiziten gewonnen werden. Allerdings wird dann dort eingeräumt, dass die Wirksamkeit einer nachholenden Höherqualifizierung aufgrund fehlender Verlaufsstatistiken nicht dargestellt werden kann.

Die **Position des hier vorgelegten Entwurfs** ist, dass zwar einerseits „Bildungsarmut“ in Form bestimmter Indikatoren (z.B. Anteile in der Bevölkerung ohne schulische Abschlüsse) mit erfasst und dargestellt werden kann, aber andererseits deutlich gemacht wird, dass auch ein erheblicher „**Bildungsreichtum**“ in Deutschland zu verzeichnen ist (beispielsweise hat sich der Bildungsstand der Folgegeneration im Vergleich zu deren Eltern außerordentlich gesteigert, und ferner führte die starke Expansion der beruflichen Qualifizierung zu erheblich höheren Arbeitsmarktchancen dieser Gruppen und damit zu einer Verbesserung der Lebenslage).

Konzeptionell sollte eine **armuts- und reichumsbezogene Darstellung des Bildungsbereichs** auf einem umfassenden **theoretischen Konzept** beruhen. Als wesentliches Element eines solchen Theorierahmens müsste eine Sichtweise enthalten sein, die den Einfluss der Ausbildung der Individuen auf deren zukünftige Lebensgestaltung, differenziert nach vielerlei Aspekten, wie allgemeine Lebensbewältigung, Erreichung spezifischer Lebenspositionen (gesellschaftliche, berufliche, ökonomische Positionierung), erklärt. Dabei wird aber deutlich, dass die einer solchen Betrachtungsweise inhärente **Längsschnittperspektive** eines solchen Hypothesengebäudes bei der empirischen Überprüfung von Zusammenhängen erhebliche Probleme mit sich bringt. Diese bestehen darin, dass entsprechende Längsschnittdatensätze über die Individuen und deren jeweiligen Lebensverläufe in Abhängigkeit vom Bildungsverhalten vorhanden sein müssten. Anhand solcher Informationen ließen sich dann kausale Zusammenhänge zwischen Bildung und Lebenslage empirisch testen. Darüber hinaus sollte auch geschlechtsspezifischen Differenzierungen in den Lebensverläufen Rechnung getragen werden. Solche umfassenden Daten sind jedoch derzeit nicht in Sicht, höchstens in partiellem Ausmaß für bestimmte Aspekte zur Untersuchung von Zusammenhängen von Ausbildung und spezifischen Lebenspositionen. Daher kann die Konzeption des Kapitels „Bildung“ nur versuchen, den **Längsschnittaspekt approximativ** zu berücksichtigen. Dies soll dadurch erfolgen, dass zunächst die Entwicklung der **Bildungsbeteiligung der Individuen** untersucht wird. Ferner wird dabei auch die

14 S. Allmendinger, J. und Hinz, T.: Bereich Bildung im Bericht der Staatsregierung zur sozialen Lage in Bayern, München, 1998, S. 237-270.

sozioökonomische Differenzierung der Bildungsbeteiligung einzubeziehen sein, um das Ausmaß der **Gleichheit oder Ungleichheit von Startchancen** zu erfassen. Damit zusammenhängend ist in einem weiteren Abschnitt der **Grad der Bildungsversorgung** als weiterer **Ausdruck von Bildungsarmut bzw.-reichtum** zu analysieren. Schließlich sind in einem weiteren Abschnitt die wesentlichen **Beziehungen zwischen Bildung und Erwerbstätigkeit, Einkommen und beruflicher Positionierung** als Ergebnis der gesellschaftlichen Bildungsanstrengungen darzustellen, vor allem Auswirkungen von Bildung auf die Beschäftigung, auf das Arbeitseinkommen, auf den beruflichen Status sowie auf die Arbeitsplatzsituation.

Formal wird der Bericht für die **alten und neuen Länder** noch weitgehend in getrennter Form aufgebaut. Dafür spricht, dass in vielen Bereichen des Bildungssystems und angrenzenden Bereichen (z.B. Übergänge ins Beschäftigungssystem) noch erhebliche Unterschiede im Verhalten zu beobachten sind. Darüber hinaus werden **Ost-West-Vergleiche** bezüglich des „Aufholungsgrades“ möglich.

Ferner werden **Indikatorenwerte** für **zurückliegende Zeitpunkte** ermittelt, um Entwicklungen aufzeigen zu können. Dabei wird versucht, die Daten **legislaturbezogen** (Regierungswechsel) auszuweisen, um gegebenenfalls **bildungspolitische Zyklen** zu erfassen. Dies bedeutet, dass in der Regel die Ergebnisse ab 1973 über 1982, 1990, 1998 dargestellt werden. In den Tabellen, in denen dieses Zeitraster nicht erscheint, ist ein solcher Ausweis nicht möglich bzw. erfordert einen Zeitaufwand, der den hier gesetzten Zeitrahmen für die Berichterstellung überschreiten würde. Allerdings steigt der Aufwand zur Erarbeitung solcher langen Reihen in erheblichem Ausmaß. Darüber hinaus sind die betreffenden Erhebungen z.T. zeitlich nicht immer verfügbar (z.B. wird die Ausbildungsfrage mit Mikrozensus (MZ)) nur zweijährig erhoben oder im SOEP werden bestimmte Sachverhalte in unregelmäßigen Abständen erfasst) oder die Merkmale haben sich im Zeitablauf inhaltlich verändert. Dabei wird man um „sparsame“ Kompromisslösungen in der Konzeption nicht herumkommen. Prinzipiell sollte jedoch versucht werden, die Entwicklungen zumindest ab 1990/91 (Wiedervereinigung) möglichst bis zum aktuellen Rand zu erfassen, um die Entwicklung in Gesamtdeutschland – wenn auch noch separat für die alten und neuen Länder – zu erfassen und nachzuzeichnen.“

IV.2 Zusammenfassung von zukünftigen Datenerfordernissen für die Armuts- und Reichtumsberichterstattung im Bereich „Bildung“

Nachfolgend wird ein Auszug aus dem Gutachten von Prof. Dr. Gernot Weißhuhn „Bericht für Modul ‚Bildung‘ im Rahmen des Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung“ wörtlich wiedergegeben.

„Im letzten Abschnitt des Berichts des Bildungsmoduls sollen die derzeit sichtbar gewordenen **Lücken in den verfügbaren Daten zusammenfassend** dargestellt werden. Dabei handelt es sich nicht nur um Defizite in der amtlichen Statistik, vornehmlich in der Bildungs- und Bevölkerungsstatistik, sondern auch um Erfordernisse bei zusätzlichen Erhebungen und sekundären Berechnungen. Damit sollen Hinweise bzw. Empfehlungen gegeben werden, die für die zukünftige Fortführung des Armuts- und Reichtumsberichts auf einer erweiterten empirischen Basis gelten sollen. Diese Empfehlungen sollten auch nicht als Kritik an dem bestehenden Beobachtungsinstrumentarium aufgefasst werden, sondern wollen dazu beitragen, dass der Aussagegehalt zukünftiger Berichte noch ausgeweitet werden kann. Ein solcher Erweiterungsbedarf bei den Datengrundlagen ist naturgemäß gegeben, da die **vorhandenen Statistiken nicht speziell** auf die sozioökonomischen Fragestellungen des Armuts- und Reichtumsberichterstattungskonzepts **ausgerichtet** sind.

Vorauszuschicken ist auch, dass die nachfolgenden Anforderungen, soweit möglich, geschlechtsspezifische Differenzierungen enthalten sollten.

In der Darstellung des **Elementarbereichs** wird deutlich, dass der Versorgungsgrad mit Plätzen kontinuierlich und aktuell erfasst werden sollte. Ferner sollte die **Nachfrage nach Plätzen** (als Beteiligungsgrad) in Abhängigkeit vom **sozioökonomischen Status der Eltern** regelmäßig analysiert werden. Schließlich gibt es auch „weiße Flecken“ in der Erfassung der **Qualität der Einrichtungen** im Elementarbereich sowie des sozialisationswirksamen Zeitbedarfs der Betreuung.

Im **Sekundarbereich** zeigen sich noch erhebliche **Lücken** in der regelmäßigen Erfassung von **Chancengleichheitsindikatoren beim Schulbesuch** im Hinblick auf die unterschiedlichen Schultypen. Die amtliche Statistik liefert keinerlei Informationen über den sozioökonomischen Hintergrund der Eltern/Schüler, besonders auch nicht über den materiellen Hintergrund, in den einzelnen Schularten bzw. Klassenstufen. Dies wäre auch besonders wichtig für den Bereich der Sonderschulen. Lediglich im SOEP lassen sich solche Informationen herausfiltern, jedoch ist in Anbetracht der Fallzahlen eine **Hochrechnung** in ihrem Aussagegehalt mit Unsicherheiten behaftet.¹⁵ Deshalb wird an dieser Stelle vorgeschlagen, den **Stichprobenumfang** des sozioökonomischen Panels in Deutschland, der allerdings kürzlich erst ausgeweitet wurde, noch weiter zu vergrößern, um Hochrechnungen sicherer zu machen.

Ferner liefert die amtliche Bildungsstatistik fast keine Informationen über das **Übergangsver-**

halten der Schüler (Verlaufsdaten) **innerhalb des allgemeinbildenden Schulsystems, zwischen dem allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulsystem** (einschl. Übergänge ins duale System). Glücklicherweise ist durch die frühzeitige Förderung durch das BMBF im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung das **Instrument der Bildungsgesamtrechnung** entwickelt worden, das auf Bundesebene diese Übergangs- und Abgangsströme von 1975 bis 1995 (derzeitiger Stand) in einem äußerst umfangreichen Modellsystem berechnet und bereitstellt. Aufgrund des erheblichen Aufwandes gelingt es leider nicht, die Ergebnisse bis zum aktuellen Rand zu erarbeiten, und hier wäre eine Ressourcenverstärkung erforderlich, um dies zu gewährleisten. Außerdem ist die **länderspezifische Zulieferung** der entsprechenden Daten zu verbessern und zu beschleunigen.

Fehlend sind auch Informationen über den **Stundenausfall** sowie dessen Differenzierung nach Schultypen. Solche Informationen wären notwendig, um eventuelle Versorgungsbenachteiligungen sichtbar zu machen.

Auch die **Qualität der schulischen Abschlüsse** und deren Entwicklung im Zeitverlauf (allgemeinbildende Schulen und berufliche Schulen) wird in der amtlichen Bildungsstatistik nicht erfasst. Lediglich in Sondererhebungen (z.B. HIS, MPI) werden solche Informationen punktuell erhoben. Lücken gibt es aber auch in der Erfassung der sozioökonomischen Verteilung des Aufwandes für Nachhilfeunterricht.

Darüber hinaus fehlen weitgehend Informationen über den Zusammenhang zwischen erworbenem Wissen, vermittelt über die Bildungsinhalte, und dem Wandel des Wissens in der Arbeits- und Gesellschaftswelt.

Für die Darstellung der Ausbildungsförderung wäre es wünschenswert, den sozioökonomischen Hintergrund der Geförderten auf Länderebene genauer zu erfassen.

Im Bereich der **Weiterbildungsstatistik** gibt es zwar bereits eine umfangreiche Berichterstattung (vor allem veranlasst durch das BMBF), jedoch fehlt es an kontinuierlichen Maßstäben zur **Beurteilung des Weiterbildungserfolges**. Es ist nach wie vor offen, inwieweit Weiterbildungsmaßnahmen zu einer Stabilisierung des Erwerbs- und Einkommensverlaufs führen (Evaluation von Weiterbildungsmaßnahmen¹⁶).

15 Es ist aber darauf hinzuweisen, dass im Falle multivariater Analysen bei signifikanten Zusammenhängen der Stichprobenumfang keine Rolle spielt, d.h. empirisch geschätzte Einflüsse, z.B. des Familienhintergrundes, auf die Art des Schulbesuchs aussagekräftig sind.

16 S. aber exemplarisch die Studie von Pannenberg, M.: Weiterbildungsaktivitäten und Erwerbsbiographie. Frankfurt a.M., New York, 1995 ferner: Schömann, K. und Becker, P.: Participation in Further Education over

Im Bereich der **Darstellung der Beziehungen zwischen Bildung, Erwerbstätigkeit, Einkommen und beruflicher Positionierung** gibt es eine Reihe von Themenbereichen, die in Zukunft einer intensiveren statistischen Belegung bedürften.

Der **Bildungsstand der Bevölkerung** (Allgemeinbildung und berufliche Bildung) wird in der amtlichen Statistik (MZ) nur unzureichend erfasst, da z.T. Freiwilligkeit bei der Beantwortung der entsprechenden Fragen gegeben ist. Dies führt zu Unschärfen im Ausweis besonders der Fälle, bei denen **Defizite in der Ausbildung** bestehen. Daher sollte die Beantwortung der Ausbildungsfragen wieder zur Pflicht gemacht werden. Ferner fehlen Konzepte zur Messung des Analphabetismus.

Entsprechende Probleme bestehen auch in der adäquaten **Erfassung der beruflichen Qualifikation der Erwerbstätigen und Erwerbslosen**.

Unbefriedigend ist auch die Erfassung der Qualifikationshöhe der Erwerbstätigen in den einzelnen **Wirtschaftsbereichen**. Zwar liefert der Mikrozensus solche Daten, jedoch wird dort der inzwischen äußerst wichtige **Dienstleistungsbereich zusammengefasst**, indem privatwirtschaftliche, öffentliche und non-profit (Organisationen ohne Erwerbscharakter) Dienstleistungen nicht getrennt ausgewiesen werden. In Anbetracht äußerst unterschiedlicher Bestimmungsgründe der Beschäftigung in diesen drei Dienstleistungsbereichen ist diese Trennung aber erforderlich.

Lücken bestehen auch in der Erfassung der **fachlichen Qualifikation der Erwerbstätigen**. Zwar werden die Hochschulabsolventen nach ihrer **erworbenen Fachrichtung** erfasst (nicht aber die Lehrlinge nach ihrem **erlernten Ausbildungsberuf**), jedoch bleibt offen, ob diese auch in den erworbenen Fachrichtungen bzw. erlernten Ausbildungsberufen tätig sind. Damit sind bundesweite detaillierte Informationen über die Nachfrageentwicklung nach bestimmten Fachrichtungen bzw. beruflichen Tätigkeitsfeldern nur in äußerst grober Aggregation verfügbar.

Ein weiteres Feld für die Erarbeitung zukünftiger zusätzlicher Informationen liegt in der Erfassung des **Verbleibs der Absolventen des Bildungssystems** nach der Erstausbildung. In der amtlichen Statistik gibt es dazu keine Daten.¹⁷ Im SOEP sind zwar solche Längsschnittinformationen verfügbar, aber die Fallzahlen sind z.T. zu klein, um zu validen Analysen über die **Ein-**

the live Course: A Longitudinal Study of Three Birth Cohorts in the FRG, in: Oxford University Press, Vol. 11, No. 2, 1995.

17 Punktuelle Erhebungen dazu gibt es bei HIS: Holkamp, R., Minks, K.-H. und Schaeper, H.: Der Übergang von Fachhochschulabsolventen in den Beruf, Vergleich von Absolventenkohorten 1989 und 1992, Hannover, 1997.

mündungen der Absolventen in Erwerbstätigkeit, Arbeitslosigkeit, freiwillige Nichterwerbstätigkeit, Rückkehr ins Bildungssystem, „Brain Drain“ (d.h. Abwanderung von Hochqualifizierten ins Ausland) zu gelangen. Allerdings erarbeitet die **Bildungsgesamtrechnung des IAB** solche Informationen, wobei aber auch wegen des Fehlens geeigneter Daten teilweise Schätzungen erforderlich werden. Eine Ausweitung des SOEP würde dazu beitragen, hier breitere Informationsgrundlagen zu liefern.

Im Hinblick auf den längerfristigen **sozioökonomischen Erfolg der Absolventen des Bildungssystems** liegen einige Informationen in Form von Querschnitts- bzw. Bestandsdaten vor. Es gibt zureichende Informationen über die **qualifikationsspezifische Arbeitslosigkeit** (Auswertungen der Bundesanstalt für Arbeit und Auswertungen des Mikrozensus), über die **erreichte Stellung im Beruf nach Qualifikationshöhe (MZ)**, über die **Arbeitsplatzbedingungen und berufliche Qualifikationen** sowie über **Zusammenhänge zwischen Qualifikationshöhe und erzieltm Einkommen**. Diese Informationen sind jedoch eher querschnittsbezogen, d.h. es können nur **indirekte Schlüsse auf den Lebenslagenverlauf** von Individuen gezogen werden. Beispielsweise sind aber bildungsinduzierte Einkommens- und Statuskarrieren nur äußerst begrenzt verfolgbar. Ferner sind auch die Auswirkungen von **Bildungsdefiziten bei Jugendlichen** in ihren langfristigen Effekten auf den Einkommens- und Beschäftigungsverlauf, allgemein auf deren zukünftige Lebenslage, nicht zureichend darstellbar. Es ist zwar einleuchtend, dass solche erforderlichen Längsschnittinformationen nicht bundesweit in einem Stichprobenumfang wie z.B. beim Mikrozensus (1%) erhoben werden können¹⁸, jedoch sollte daran gedacht werden, vorhandene Längsschnitterhebungen – wie bereits erwähnt – noch stärker auszuweiten.

Schließlich sollte insgesamt gesehen über alle Themenbereiche des Moduls „Bildung“ in zukünftigen Berichten überlegt werden, inwieweit **internationale Vergleiche** (innerhalb der EU, aber auch außerhalb z. B. mit den USA und Japan) vorgenommen werden sollen (und können).“

18 Zu fragen ist auch, inwieweit nicht Teile des Mikrozensus in eine Längsschnittstichprobe umgewandelt werden sollten.

V. Arbeitsmarkt

Daten und Fakten

Anhangtabelle V.1

Entwicklung der Zahl der Erwerbspersonen und der Erwerbstätigkeit nach Erwerbsstatus

| Jahr | Bevölkerung in 1000 | Erwerbspersonen | Von den Erwerbspersonen waren | | Von den Erwerbstätigen waren | | |
|------------------------------|------------------------|-----------------|-------------------------------|-------------|---|----------------------------|---|
| | | | Erwerbstätige | Erwerbslose | Selbstständige und mithelfende Familienangehörige | Beamte (einschl. Soldaten) | Arbeiter und Angestellte (einschl. Auszubildende) |
| Früheres Bundesgebiet | | | | | | | |
| 1975 | 61.886 | 26.878 | 96,6% | 3,4% | 14,2% | 8,3% | 77,5% |
| 1980 | 61.516 | 27.640 | 97,2% | 2,8% | 12,1% | 8,4% | 79,5% |
| 1985 | 60.987 | 29.012 | 91,8% | 8,2% | 11,8% | 8,9% | 79,3% |
| 1990 | 63.062 | 31.305 | 93,7% | 6,3% | 10,8% | 8,5% | 80,8% |
| 1991 | 63.889 | 31.360 | 94,7% | 5,3% | 10,8% | 8,2% | 81,1% |
| 1992 | 64.706 | 31.882 | 94,4% | 5,6% | 10,7% | 7,9% | 81,4% |
| 1993 | 65.433 | 32.104 | 92,8% | 7,2% | 10,8% | 7,9% | 81,3% |
| 1994 | 65.790 | 32.088 | 91,6% | 8,4% | 11,2% | 7,9% | 80,9% |
| 1995 | 66.064 | 31.924 | 91,6% | 8,4% | 11,3% | 7,7% | 81,0% |
| 1996 | 66.376 | 31.878 | 91,8% | 8,2% | 11,2% | 7,7% | 81,1% |
| 1997 | 66.612 | 32.112 | 90,9% | 9,1% | 11,5% | 7,6% | 80,9% |
| 1998 | 66.668 | 32.081 | 91,4% | 8,6% | 11,7% | 7,3% | 81,0% |
| 1999 | 66.760 | 32.349 | 91,9% | 8,1% | 11,3% | 7,1% | 81,7% |
| Neue Länder | | | | | | | |
| 1991 | 15.941 | 8.727 | 88,9% | 11,1% | 4,6% | 1,2% | 94,3% |
| 1992 | 15.732 | 8.243 | 83,1% | 16,9% | 5,9% | 1,6% | 92,5% |
| 1993 | 15.667 | 8.075 | 81,7% | 18,3% | 6,7% | 2,0% | 91,4% |
| 1994 | 15.579 | 8.148 | 82,0% | 18,0% | 7,2% | 2,3% | 90,5% |
| 1995 | 15.506 | 8.159 | 83,4% | 16,6% | 7,4% | 2,8% | 89,8% |
| 1996 | 15.456 | 8.107 | 82,7% | 17,3% | 7,5% | 3,3% | 89,2% |
| 1997 | 15.417 | 8.168 | 80,9% | 19,1% | 8,0% | 3,7% | 88,3% |
| 1998 | 15.346 | 8.182 | 80,0% | 20,0% | 8,6% | 3,9% | 87,5% |
| 1999 | 15.264 | 8.159 | 81,8% | 18,2% | 8,4% | 4,2% | 87,4% |

Quelle: Statistisches Bundesamt, Ergebnisse des Mikrozensus im April bzw. Mai des jeweiligen Jahres)

Anhangtabelle V.2

Entwicklung der abhängigen Beschäftigung in Teilzeit

| Jahr | alle abhängig Beschäftigten | | | Abhängig beschäftigte Frauen | | |
|------|------------------------------|--|---------------|------------------------------|--|---------------|
| | insgesamt | darunter: in Teilzeitbe- schäftigung | Teilzeitquote | Insgesamt | darunter: in Teilzeitbe- schäftigung | Teilzeitquote |
| | in 1.000 | | | in 1.000 | | |
| | Früheres Bundesgebiet | | | | | |
| 1985 | 23.491 | 2.819 | 12,0 % | 9.062 | 2.621 | 28,9 % |
| 1990 | 26.176 | 3.934 | 15,0 % | 10.632 | 3.596 | 33,8 % |
| 1991 | 26.479 | 4.075 | 15,4 % | 10.851 | 3.720 | 34,3 % |
| 1992 | 26.877 | 4.299 | 16,0 % | 11.140 | 3.910 | 35,1 % |
| 1993 | 26.562 | 4.396 | 16,5 % | 11.065 | 3.998 | 36,1 % |
| 1994 | 26.099 | 4.461 | 17,1 % | 11.012 | 4.026 | 36,6 % |
| 1995 | 25.932 | 4.570 | 17,6 % | 10.985 | 4.096 | 37,3 % |
| 1996 | 25.985 | 4.720 | 18,2 % | 11.206 | 4.187 | 37,4 % |
| 1997 | 25.840 | 4.995 | 19,3 % | 11.225 | 4.387 | 39,1 % |
| 1998 | 25.896 | 5.181 | 20,0 % | 11.303 | 4.521 | 40,0 % |
| 1999 | 26.384 | 5.582 | 21,2 % | 11.683 | 4.870 | 41,7 % |
| | Neue Länder | | | | | |
| 1985 | | | | | | |
| 1990 | | | | | | |
| 1991 | 7.407 | 661 | 8,9 % | 3.502 | 614 | 17,5 % |
| 1992 | 6.443 | 465 | 7,2 % | 2.946 | 430 | 14,6 % |
| 1993 | 6.160 | 505 | 8,2 % | 2.787 | 460 | 16,5 % |
| 1994 | 6.201 | 661 | 10,7 % | 2.815 | 575 | 20,4 % |
| 1995 | 6.298 | 691 | 11,0 % | 2.850 | 591 | 20,7 % |
| 1996 | 6.204 | 620 | 10,0 % | 2.849 | 541 | 19,0 % |
| 1997 | 6.076 | 663 | 10,9 % | 2.791 | 571 | 20,5 % |
| 1998 | 5.983 | 703 | 11,7 % | 2.764 | 598 | 21,6 % |
| 1999 | 6.113 | 742 | 12,1 % | 2.833 | 622 | 22,0 % |

Quelle: Statistisches Bundesamt, Ergebnisse des Mikrozensus (Stand der Erhebungswoche im April, bzw. Mai des jeweiligen Jahres)

Anhangtabelle V.3

Entwicklung der Erwerbsbeteiligung nach Altersgruppen
- Früheres Bundesgebiet -

| Jahr | Erwerbsquoten (Erwerbspersonen in % der Bevölkerung) im Alter von ... Jahren | | | | | | | | | |
|------|--|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|
| | 15-19 | 20-24 | 25-29 | 30-34 | 35-39 | 40-44 | 45-49 | 50-54 | 55-59 | 60-64 |
| | Frauen | | | | | | | | | |
| 1975 | 50,6 | 68,4 | 56,7 | 51,4 | 50 | 51 | 51,6 | 47,4 | 38,4 | 16,4 |
| 1980 | 41,4 | 71,1 | 62,5 | 56,2 | 55,4 | 54,9 | 52,2 | 47,1 | 38,7 | 13,0 |
| 1985 | 41,9 | 73,8 | 67,0 | 61,6 | 61,9 | 61,6 | 57,1 | 50,2 | 37,8 | 10,9 |
| 1990 | 37,3 | 75,7 | 71,6 | 66,9 | 68,0 | 69,4 | 66,7 | 57,8 | 43,8 | 12,5 |
| 1991 | 34,8 | 73,4 | 70,8 | 66,5 | 68,8 | 70,5 | 67,2 | 58,6 | 44,4 | 12,2 |
| 1992 | 34,3 | 72,5 | 72,5 | 67,7 | 70,2 | 72,6 | 68,7 | 60,8 | 45,5 | 11,9 |
| 1993 | 33,0 | 70,7 | 72,1 | 68,1 | 69,9 | 73,3 | 69,5 | 61,7 | 46,9 | 11,7 |
| 1994 | 30,5 | 70,9 | 73,0 | 69,3 | 70,7 | 73,7 | 70,4 | 62,7 | 47,1 | 12,0 |
| 1995 | 28,2 | 68,7 | 72,5 | 68,6 | 70,5 | 74,4 | 71,7 | 63,8 | 48,8 | 13,0 |
| 1996 | 26,1 | 66,9 | 72,6 | 69,8 | 71,3 | 74,2 | 71,9 | 63,7 | 48,9 | 13,5 |
| 1997 | 26,6 | 66,6 | 73,7 | 70,9 | 71,9 | 75,3 | 73,6 | 65,4 | 50,7 | 13,7 |
| 1998 | 26,2 | 66,7 | 73,2 | 72,5 | 72,8 | 75,8 | 74,6 | 66,3 | 51,1 | 13,8 |
| 1999 | 27,7 | 68,1 | 74,4 | 74,3 | 74,4 | 77,2 | 75,8 | 68,4 | 53,1 | 14,4 |
| | Männer | | | | | | | | | |
| 1975 | 57,2 | 79,9 | 90,6 | 97,3 | 98,2 | 98,0 | 96,8 | 93,1 | 85,7 | 58,3 |
| 1980 | 48,5 | 82,0 | 90,2 | 97,3 | 98,3 | 98,1 | 96,8 | 93,5 | 82,3 | 44,2 |
| 1985 | 47,9 | 80,1 | 87,9 | 96,4 | 97,7 | 97,6 | 96,6 | 93,2 | 79,1 | 33,0 |
| 1990 | 43,2 | 79,8 | 87,4 | 95,8 | 97,5 | 97,4 | 96,5 | 93,2 | 81,1 | 35,0 |
| 1991 | 40,7 | 77,8 | 86,8 | 95,7 | 97,4 | 97,2 | 95,9 | 92,9 | 81,4 | 35,0 |
| 1992 | 39,4 | 77,7 | 86,9 | 95,6 | 97,4 | 97,3 | 95,8 | 92,9 | 81,5 | 34,8 |
| 1993 | 38,1 | 77,0 | 86,0 | 95,8 | 97,1 | 97,1 | 96,0 | 92,7 | 80,5 | 34,4 |
| 1994 | 36,5 | 76,7 | 86,1 | 95,7 | 97,1 | 97,4 | 96,1 | 92,4 | 79,8 | 33,4 |
| 1995 | 34,8 | 75,7 | 86,0 | 94,4 | 96,8 | 97,1 | 96,1 | 92,2 | 79,0 | 33,0 |
| 1996 | 33,2 | 76,2 | 85,3 | 95,0 | 96,2 | 96,3 | 95,3 | 91,1 | 78,0 | 32,5 |
| 1997 | 32,8 | 75,9 | 86,5 | 95,4 | 96,5 | 96,5 | 95,5 | 91,0 | 78,2 | 32,8 |
| 1998 | 33,1 | 76,5 | 86,7 | 95,4 | 96,5 | 96,2 | 95,1 | 90,8 | 78,4 | 32,9 |
| 1999 | 34,5 | 76,6 | 87,6 | 95,8 | 97,1 | 96,1 | 95,2 | 91,2 | 78,6 | 33,7 |

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus (Stand der Erhebungswoche im Frühjahr des jeweiligen Jahres)

Anhangtabelle V.4

**Entwicklung der Erwerbstätigkeit nach Altersgruppen
- Früheres Bundesgebiet -**

| Jahr | Erwerbstätigenquoten (Erwerbstätige in % der Bevölkerung) im Alter von ... bis unter ...Jahren | | | | | | | | | |
|------|--|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|
| | 15-20 | 20-25 | 25-30 | 30-35 | 35-40 | 40-45 | 45-50 | 50-55 | 55-60 | 60-65 |
| | Frauen | | | | | | | | | |
| 1975 | 47,3 | 65,5 | 54,5 | 49,3 | 48,5 | 49,5 | 50,1 | 46,2 | 37,2 | 16,2 |
| 1980 | 38,9 | 67,9 | 59,6 | 54,2 | 53,8 | 53,4 | 50,9 | 45,9 | 37,2 | 12,6 |
| 1985 | 35,2 | 64,8 | 58,0 | 54,5 | 55,8 | 56,7 | 52,7 | 46,3 | 34,1 | 10,4 |
| 1990 | 34,5 | 70,6 | 64,8 | 60,1 | 62,7 | 65,0 | 62,4 | 53,4 | 38,3 | 11,5 |
| 1991 | 32,6 | 69,6 | 66,0 | 61,4 | 64,5 | 66,9 | 63,5 | 54,8 | 39,6 | 11,4 |
| 1992 | 31,9 | 68,5 | 67,7 | 62,6 | 65,6 | 68,6 | 65,2 | 57,0 | 40,4 | 11,1 |
| 1993 | 30,4 | 65,4 | 66,4 | 62,0 | 64,4 | 68,2 | 65,5 | 57,0 | 40,7 | 10,9 |
| 1994 | 27,6 | 65,0 | 66,8 | 62,6 | 64,4 | 68,0 | 65,2 | 57,6 | 40,5 | 11,1 |
| 1995 | 25,2 | 62,8 | 66,6 | 62,6 | 64,3 | 68,9 | 65,8 | 58,5 | 41,5 | 12,0 |
| 1996 | 23,3 | 61,2 | 67,6 | 64,6 | 66,2 | 69,4 | 67,0 | 58,7 | 42,3 | 12,5 |
| 1997 | 23,0 | 60,2 | 68,1 | 65,0 | 65,7 | 69,7 | 67,8 | 59,3 | 43,2 | 12,6 |
| 1998 | 23,0 | 61,0 | 68,0 | 66,7 | 67,0 | 70,3 | 68,9 | 60,3 | 43,7 | 12,9 |
| 1999 | 24,7 | 62,8 | 69,3 | 69,1 | 69,1 | 71,9 | 70,5 | 62,3 | 45,5 | 13,5 |
| | Männer | | | | | | | | | |
| 1975 | 53,5 | 75,8 | 86,9 | 94,3 | 95,7 | 95,3 | 94,5 | 91,3 | 83,6 | 56,5 |
| 1980 | 46,5 | 79,8 | 87,5 | 95,1 | 96,6 | 96,6 | 95,3 | 91,8 | 80,1 | 42,7 |
| 1985 | 43,0 | 72,6 | 81,0 | 89,6 | 92,3 | 92,9 | 91,9 | 88,3 | 72,9 | 31,4 |
| 1990 | 41,0 | 75,9 | 82,7 | 90,9 | 92,9 | 93,4 | 92,7 | 88,9 | 73,6 | 32,9 |
| 1991 | 38,7 | 74,3 | 82,7 | 91,6 | 93,2 | 93,8 | 92,2 | 89,2 | 74,8 | 32,9 |
| 1992 | 37,1 | 73,7 | 82,5 | 91,2 | 93,0 | 93,5 | 92,2 | 89,1 | 74,5 | 32,2 |
| 1993 | 35,2 | 70,6 | 79,7 | 89,8 | 91,5 | 92,1 | 91,5 | 87,9 | 71,4 | 31,0 |
| 1994 | 33,4 | 68,9 | 78,5 | 88,7 | 90,6 | 91,3 | 90,0 | 86,5 | 69,0 | 30,1 |
| 1995 | 31,8 | 68,9 | 79,1 | 88,9 | 90,5 | 90,9 | 90,0 | 85,5 | 67,5 | 29,6 |
| 1996 | 29,9 | 68,1 | 78,0 | 88,2 | 89,9 | 90,1 | 89,2 | 84,2 | 66,3 | 29,4 |
| 1997 | 29,2 | 66,8 | 78,3 | 87,7 | 89,4 | 89,4 | 88,8 | 83,5 | 66,0 | 29,9 |
| 1998 | 29,8 | 68,3 | 79,3 | 88,3 | 89,8 | 89,4 | 88,2 | 83,3 | 66,1 | 29,9 |
| 1999 | 31,5 | 69,2 | 80,4 | 89,4 | 91,1 | 89,9 | 88,9 | 83,9 | 66,4 | 29,9 |

Quelle: Statistisches Bundesamt, Ergebnisse des Mikrozensus (im April bzw. Mai des jeweiligen Jahres)

Anhangtabelle V.5

**Entwicklung der Erwerbsbeteiligung nach Altersgruppen
- Neue Länder -**

| Jahr | Erwerbsquoten (Erwerbspersonen in % der Bevölkerung) im Alter von ... Jahren | | | | | | | | | |
|------|--|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|
| | 15-19 | 20-24 | 25-29 | 30-34 | 35-39 | 40-44 | 45-49 | 50-54 | 55-59 | 60-64 |
| | Frauen | | | | | | | | | |
| 1991 | 46,3 | 87,2 | 96,2 | 97,3 | 97,7 | 96,9 | 95,7 | 91,4 | 37,2 | 4,8 |
| 1992 | 42,7 | 84,8 | 95,1 | 97,1 | 97,3 | 96,6 | 95,7 | 90,3 | 27,1 | 2,7 |
| 1993 | 37,4 | 82,9 | 93,7 | 96,0 | 96,7 | 96,5 | 94,9 | 90,6 | 26,4 | 2,7 |
| 1994 | 32,7 | 82,5 | 92,3 | 96,0 | 96,3 | 95,9 | 95,2 | 90,4 | 41,1 | 3,2 |
| 1995 | 30,4 | 81,0 | 90,7 | 94,8 | 96,3 | 96,2 | 93,9 | 89,8 | 53,7 | 3,3 |
| 1996 | 30,0 | 78,5 | 88,6 | 94,0 | 95,1 | 95,1 | 92,6 | 87,9 | 64,8 | 4,0 |
| 1997 | 31,7 | 75,1 | 86,4 | 92,6 | 94,9 | 95,0 | 93,0 | 88,4 | 71,8 | 5,1 |
| 1998 | 31,5 | 74,3 | 86,0 | 93,2 | 94,9 | 94,8 | 92,8 | 88,2 | 74,7 | 5,6 |
| 1999 | 31,1 | 73,8 | 87,2 | 92,6 | 93,2 | 95,1 | 92,9 | 88,2 | 74,6 | 6,3 |
| | Männer | | | | | | | | | |
| 1991 | 59,6 | 88,9 | 96,2 | 98,8 | 99,1 | 99,2 | 98,6 | 95,3 | 72,8 | 26,8 |
| 1992 | 50,7 | 87,6 | 94,9 | 98,5 | 98,6 | 98,6 | 98,2 | 94,7 | 44,0 | 16,0 |
| 1993 | 43,9 | 86,4 | 93,4 | 98,3 | 98,3 | 98,2 | 97,7 | 94,2 | 39,5 | 12,3 |
| 1994 | 41,6 | 86,7 | 92,3 | 98,0 | 98,1 | 98,5 | 97,2 | 94,0 | 52,4 | 14,7 |
| 1995 | 40,5 | 86,5 | 93,1 | 98,1 | 98,3 | 97,7 | 96,3 | 94,0 | 62,4 | 15,7 |
| 1996 | 40,5 | 85,8 | 91,4 | 97,1 | 97,0 | 96,9 | 95,4 | 93,2 | 69,8 | 17,0 |
| 1997 | 41,8 | 83,2 | 92,2 | 96,4 | 96,7 | 96,8 | 95,8 | 92,9 | 77,7 | 17,5 |
| 1998 | 42,2 | 83,6 | 91,4 | 96,5 | 97,1 | 97,0 | 95,7 | 93,0 | 82,2 | 18,2 |
| 1999 | 42,5 | 84,2 | 90,8 | 96,8 | 97,2 | 96,7 | 96,0 | 93,2 | 83,3 | 21,4 |

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus (Stand der Erhebungswoche im Frühjahr des jeweiligen Jahres)

Anhangtabelle V.6

**Entwicklung der Erwerbstätigkeit nach Altersgruppen
- Neue Länder -**

| Jahr | Erwerbsquoten (Erwerbspersonen in % der Bevölkerung) im Alter von ... Jahren | | | | | | | | | |
|------|--|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|
| | 15-19 | 20-24 | 25-29 | 30-34 | 35-39 | 40-44 | 45-49 | 50-54 | 55-59 | 60-64 |
| | Frauen | | | | | | | | | |
| 1991 | 40,0 | 73,2 | 81,1 | 83,4 | 87,4 | 85,5 | 85,1 | 79,6 | 29,3 | 4,3 |
| 1992 | 38,6 | 63,5 | 71,3 | 74,6 | 77,4 | 76,2 | 75,0 | 67,2 | 18,7 | 2,0 |
| 1993 | 33,7 | 61,1 | 69,5 | 72,5 | 75,5 | 75,0 | 72,7 | 64,8 | 16,4 | 2,3 |
| 1994 | 30,5 | 62,1 | 68,7 | 73,8 | 75,4 | 76,0 | 72,9 | 65,6 | 26,0 | 2,7 |
| 1995 | 27,3 | 63,9 | 69,7 | 75,1 | 77,0 | 78,4 | 73,5 | 67,0 | 34,5 | 2,8 |
| 1996 | 27,1 | 63,2 | 69,7 | 75,1 | 76,7 | 77,3 | 73,2 | 67,4 | 40,1 | 3,3 |
| 1997 | 28,8 | 62,0 | 67,9 | 74,0 | 74,0 | 76,4 | 73,1 | 66,0 | 42,2 | 4,2 |
| 1998 | 28,7 | 62,3 | 68,1 | 74,2 | 73,8 | 74,9 | 73,5 | 64,9 | 43,1 | 4,8 |
| 1999 | 28,7 | 62,9 | 71,4 | 75,3 | 76,1 | 77,1 | 76,1 | 67,9 | 44,5 | 5,3 |
| | Männer | | | | | | | | | |
| 1991 | 53,9 | 78,8 | 87,5 | 90,6 | 91,6 | 91,1 | 91,6 | 87,8 | 65,4 | 23,0 |
| 1992 | 47,2 | 75,1 | 82,7 | 88,6 | 88,8 | 88,0 | 87,9 | 83,7 | 36,0 | 12,3 |
| 1993 | 40,9 | 72,4 | 81,5 | 87,7 | 87,7 | 88,1 | 87,0 | 81,6 | 30,4 | 9,5 |
| 1994 | 39,2 | 73,7 | 80,7 | 87,0 | 87,2 | 87,7 | 85,1 | 81,1 | 41,4 | 11,3 |
| 1995 | 37,9 | 77,5 | 87,8 | 94,8 | 93,0 | 90,8 | 87,7 | 82,4 | 50,3 | 12,6 |
| 1996 | 38,1 | 74,2 | 78,4 | 86,8 | 86,2 | 85,8 | 83,2 | 78,6 | 52,0 | 14,5 |
| 1997 | 38,6 | 70,5 | 78,6 | 84,6 | 83,5 | 84,2 | 81,5 | 77,3 | 52,7 | 15,0 |
| 1998 | 38,7 | 69,2 | 76,8 | 82,9 | 83,0 | 82,2 | 80,0 | 76,2 | 55,6 | 14,9 |
| 1999 | 39,3 | 71,9 | 76,7 | 82,8 | 84,6 | 83,4 | 81,8 | 77,4 | 57,6 | 16,6 |

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus (Stand der Erhebungswoche im Frühjahr des jeweiligen Jahres)

Anhangtabelle V.7

**Struktur der Arbeitslosen (Ende September)
- Früheres Bundesgebiet -**

| Merkmal | Bestand an Arbeitslosen | | | | | Anteile in % | | | | |
|--------------------------------------|-------------------------|-----------|-----------|---------|---------|--------------|------|------|------|------|
| | 1999 | 1998 | 1992 | 1980 | 1973 | 1999 | 1998 | 1992 | 1980 | 1973 |
| Arbeitslose insgesamt | 2.622.324 | 2.733.415 | 1.783.608 | 822.565 | 219.271 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 |
| Männer | 1.425.384 | 1.498.879 | 952.705 | 367.797 | 106.513 | 54,4 | 54,8 | 53,4 | 44,7 | 48,6 |
| Frauen | 1.196.940 | 1.234.536 | 830.903 | 454.768 | 112.758 | 45,6 | 45,2 | 46,6 | 55,3 | 51,4 |
| Deutsche | 2.172.266 | 2.259.785 | 1.527.246 | 722.476 | 722.476 | 82,8 | 82,8 | 85,6 | 87,8 | 92,9 |
| Ausländer | 450.058 | 473.630 | 256.362 | 100.089 | 15.657 | 17,2 | 17,3 | 14,4 | 12,2 | 7,1 |
| Angestelltenberufe | 1.047.067 | 1.072.574 | 641.395 | 315.765 | 86.158 | 39,9 | 39,2 | 36,0 | 38,4 | 39,3 |
| Übrige Berufe (Arbeiter) | 1.575.257 | 1.660.841 | 1.142.213 | 506.936 | 132.947 | 60,1 | 60,8 | 64,0 | 61,6 | 60,6 |
| Arbeitszeit | | | | | | | | | | |
| Vollzeit | 2.311.023 | 2.432.563 | 1.585.988 | | | 88,1 | 89 | 88,9 | | |
| Teilzeitarbeit | 311.301 | 300.852 | 197.620 | 161.906 | 47.900 | 11,9 | 11 | 11,1 | 19,7 | 21,8 |
| dar. Heimarbeit | 385 | 482 | 1.625 | | | 0 | 0 | 0,1 | | |
| Berufsausbildung | | | | | | | | | | |
| ohne abgeschl. Berufsausbildung | 1.193.777 | 1.260.706 | 850.048 | 443.947 | 126.076 | 45,5 | 46,1 | 47,7 | 54,0 | 57,5 |
| mit abgeschlossener Berufsausbildung | 1.428.547 | 1.472.709 | 933.560 | 378.560 | 93.029 | 54,5 | 53,9 | 52,3 | 46,0 | 42,4 |
| dar. Betriebliche Ausbildung | 1.151.516 | 1.185.033 | 728.041 | 290.803 | 72.534 | 43,9 | 43,4 | 40,8 | 35,4 | 33,1 |
|Berufsfach/Fachschule | 136.077 | 142.189 | 88.220 | 46.061 | 10.412 | 5,2 | 5,2 | 4,9 | 5,6 | 4,7 |
|Fachhochschule | 41.371 | 43.546 | 34.423 | 13.627 | 4.566 | 1,6 | 1,6 | 1,9 | 1,7 | 2,1 |
|Universität/Hochschule | 99.583 | 101.941 | 82.876 | 28.263 | 5.517 | 3,8 | 3,7 | 4,6 | 3,4 | 2,5 |
| Alter | | | | | | | | | | |
| unter 20 Jahren | 74.709 | 80.414 | 60.643 | 81.055 | 20.960 | 2,8 | 2,9 | 3,4 | 9,9 | 9,6 |
| 20 bis unter 25 Jahren | 216.063 | 239.941 | 204.073 | 143.526 | 30.041 | 8,2 | 8,8 | 11,4 | 17,4 | 13,7 |
| 25 bis unter 30 Jahren | 238.076 | 265.281 | 252.730 | 121.526 | 25.543 | 9,1 | 9,7 | 14,2 | 14,8 | 11,6 |
| 30 bis unter 35 Jahren | 314.366 | 336.523 | 232.739 | 85.277 | 24.017 | 12,0 | 12,3 | 13,0 | 10,4 | 11,0 |
| 35 bis unter 40 Jahren | 320.744 | 327.328 | 182.870 | 71.367 | 19.867 | 12,2 | 12,0 | 10,3 | 8,7 | 9,1 |
| 40 bis unter 45 Jahren | 280.256 | 281.519 | 154.675 | 71.636 | 16.692 | 10,7 | 10,3 | 8,7 | 8,7 | 7,6 |
| 45 bis unter 50 Jahren | 269.353 | 276.547 | 134.408 | 58.159 | 17.551 | 10,3 | 10,1 | 7,5 | 7,1 | 8,0 |
| 50 bis unter 55 Jahren | 272.406 | 271.564 | 196.473 | 62.641 | 18.677 | 10,4 | 9,9 | 11,0 | 7,6 | 8,5 |
| 55 bis unter 60 Jahren | 515.858 | 546.520 | 288.162 | 93.574 | 17.038 | 19,7 | 20,0 | 16,2 | 11,4 | 7,8 |
| 60 bis unter 65 Jahren | 120.493 | 107.778 | 76.835 | 33.940 | 27.252 | 4,6 | 3,9 | 4,3 | 4,1 | 12,2 |

- Fortsetzung der Tabelle auf der nächsten Seite -

| Merkmal | Bestand an Arbeitslosen | | | | | Anteile in % | | | | |
|--|-------------------------|-----------|---------|---------|--------|--------------|------|------|------|------|
| | 1999 | 1998 | 1992 | 1980 | 1973 | 1999 | 1998 | 1992 | 1980 | 1973 |
| In Arbeitslosigkeit seit | | | | | | | | | | |
| unter 1 Monat | 311.887 | 330.010 | 258.260 | 145.278 | 62.192 | 11,9 | 12,1 | 14,5 | 17,7 | 28,4 |
| 1 bis unter 3 Monaten | 480.699 | 521.469 | 416.380 | 226.281 | 63.091 | 18,3 | 19,1 | 23,3 | 27,5 | 28,8 |
| 3 Monate bis unter ½ Jahr | 401.299 | 394.365 | 308.170 | 153.195 | 35.292 | 15,3 | 14,4 | 17,3 | 18,6 | 16,1 |
| ½ Jahr bis unter 1 Jahr | 465.125 | 455.718 | 326.483 | 157.845 | 39.827 | 17,7 | 16,7 | 18,3 | 19,2 | 18,2 |
| 1 bis unter 2 Jahren | 411.320 | 471.740 | 239.330 | 79.241 | 14.543 | 15,7 | 17,3 | 13,4 | 9,6 | 6,6 |
| 2 Jahre und länger | 551.994 | 560.113 | 234.985 | 60.861 | 4.160 | 21,0 | 20,5 | 13,2 | 7,4 | 1,9 |
| Gesundheitliche Einschränkungen | | | | | | | | | | |
| Schwerbehindert | 729.590 | 727.782 | 512.121 | | | 27,8 | 26,6 | 28,7 | | |
| | 154.250 | 157.377 | 125.381 | 66.404 | | 5,9 | 5,8 | 7,0 | 8,1 | |
| Familienstand | | | | | | | | | | |
| verheiratet | 1.411.322 | 1.470.159 | 927.808 | | | 53,8 | 53,8 | 52,0 | | |
| nicht verheiratet | 1.211.002 | 1.263.256 | 855.801 | | | 46,2 | 46,2 | 48,0 | | |

Quelle: Strukturanalyse der Bundesanstalt für Arbeit

Anhangtabelle V.8

**Struktur der Arbeitslosen (Ende September)
- Neue Länder -**

| Merkmal | Bestand an Arbeitslosen | | | Anteile in % | | |
|--|-------------------------|------------------|------------------|--------------|-------------|-------------|
| | 1999 | 1998 | 1992 | 1999 | 1998 | 1992 |
| Arbeitslose insgesamt | 1.320.912 | 1.231.913 | 1.110.570 | 100 | 100 | 100 |
| Männer | 587.638 | 547.900 | 391.917 | 44,5 | 44,5 | 35,3 |
| Frauen | 733.274 | 684.013 | 718.653 | 55,5 | 55,5 | 64,7 |
| Deutsche | 1.289.032 | 1.202.511 | | 97,6 | 97,6 | |
| Ausländer | 31.880 | 29.402 | | 2,4 | 2,4 | |
| Angestelltenberufe | 513.179 | 474.868 | 388.131 | 38,9 | 38,5 | 34,9 |
| Übrige Berufe (Arbeiter) | 807.733 | 757.045 | 722.439 | 61,1 | 61,5 | 65,1 |
| Arbeitszeit | | | | | | |
| Vollzeit | 1.281.984 | 11.194.396 | | 97,1 | 97,0 | |
| Teilzeitarbeit | 38.928 | 37.517 | | 2,9 | 3,0 | |
| dar. Heimarbeit | 34 | 24 | | 0 | 0 | |
| Berufsausbildung | | | | | | |
| ohne abgeschl. Berufsausbildung | 288.175 | 270.329 | 263.834 | 21,8 | 21,9 | 23,8 |
| mit abgeschlossener Berufsausbildung | 1.032.737 | 961.584 | 846.736 | 78,2 | 78,1 | 76,2 |
| dar. Betriebliche Ausbildung | 893.972 | 828.536 | 711.602 | 67,7 | 67,3 | 64,1 |
|Berufsfach/Fachschuleschule | 81.787 | 80.236 | | 6,2 | 6,5 | |
|Fachhochschule | 14.128 | 12.501 | | 1,1 | 1,0 | |
|Universität/Hochschule | 72.850 | 40.311 | 39.667 | 3,2 | 3,3 | 3,6 |
| Alter | | | | | | |
| unter 20 Jahren | 46.396 | 45.987 | 28.014 | 3,5 | 3,7 | 2,5 |
| 20 bis unter 25 Jahren | 109.628 | 108.340 | 120.906 | 8,3 | 8,8 | 10,9 |
| 25 bis unter 30 Jahren | 105.719 | 108.186 | 154.290 | 8,0 | 8,8 | 13,9 |
| 30 bis unter 35 Jahren | 143.612 | 140.476 | 163.692 | 10,9 | 11,4 | 14,7 |
| 35 bis unter 40 Jahren | 171.052 | 156.152 | 147.884 | 12,9 | 12,7 | 13,3 |
| 40 bis unter 45 Jahren | 160.058 | 143.460 | 129.235 | 12,1 | 11,6 | 11,6 |
| 45 bis unter 50 Jahren | 168.337 | 145.713 | 117.722 | 12,7 | 11,8 | 10,6 |
| 50 bis unter 55 Jahren | 128.610 | 115.140 | 198.212 | 9,7 | 9,3 | 17,8 |
| 55 bis unter 60 Jahren | 257.964 | 246.497 | 44.554 | 19,5 | 20,0 | 4,0 |
| 60 bis unter 65 Jahren | 29.536 | 21.962 | 6.061 | 2,2 | 1,8 | 0,5 |
| In Arbeitslosigkeit seit | | | | | | |
| unter 1 Monat | 142.786 | 135.169 | 111.986 | 10,8 | 11,0 | 10,1 |
| 1 bis unter 3 Monaten | 242.196 | 228.279 | 229.538 | 18,3 | 18,5 | 20,7 |
| 3 Monate bis unter ½ Jahr | 241.771 | 178.289 | 174.566 | 18,3 | 14,5 | 15,7 |
| ½ Jahr bis unter 1 Jahr | 278.777 | 266.728 | 323.351 | 21,1 | 21,7 | 29,1 |
| 1 bis unter 2 Jahren | 210.147 | 246.375 | 216.386 | 15,9 | 20,0 | 19,5 |
| 2 Jahre und länger | 205.235 | 177.073 | 54.073 | 15,5 | 14,4 | 4,9 |
| Gesundheitliche Einschränkungen | 256.929 | 223.839 | 111.388 | 19,5 | 18,2 | 10,0 |
| Schwerbehindert | 36.916 | 32.256 | 29.277 | 2,8 | 2,6 | 2,6 |
| Familienstand | | | | | | |
| verheiratet | 719.248 | 676.923 | | 54,5 | 54,9 | |
| nicht verheiratet | 601.664 | 554.990 | | 45,5 | 45,1 | |

Quelle: Strukturanalyse der Bundesanstalt für Arbeit

Anhangtabelle V.9

Höhe der Arbeitslosenhilfe

| | Höhe der Arbeitslosenhilfe | | | | | | | | |
|----------------------|----------------------------|--------|--------|-----------------------|--------|--------|-------------|--------|--------|
| | Gesamt | | | Früheres Bundesgebiet | | | Neue Länder | | |
| | Männer | Frauen | Gesamt | Männer | Frauen | Gesamt | Männer | Frauen | Gesamt |
| Spalte % | | | | | | | | | |
| Arbeitslosenhilfe | | | | | | | | | |
| Unter 600 DM | 10,1 | 30,9 | 20,7 | 9,1 | 31,3 | 16,5 | 11,8 | 30,7 | 25,1 |
| 600 bis 899 DM | 30,3 | 42,3 | 36,4 | 24,1 | 37,5 | 28,6 | 47,1 | 44,7 | 45,4 |
| 900 bis 1.199 DM | 34,0 | 19,2 | 26,5 | 35,2 | 21,9 | 30,7 | 31,4 | 17,6 | 21,7 |
| 1.200 DM und mehr | 25,6 | 7,6 | 16,4 | 31,6 | 9,4 | 24,1 | 9,8 | 7,0 | 7,8 |
| Durchschnitt (DM) | 973 | 714 | 845 | 1.027 | 752 | 935 | 838 | 694 | 737 |
| Es haben....*) | | | | | | | | | |
| den vollen Betrag | 80,9 | 71,7 | 76,3 | 81,5 | 73,1 | 78,9 | 80,9 | 71,0 | 74,2 |
| Abzüge wg. | | | | | | | | | |
| eigener Einkünfte | 2,3 | 5,2 | 3,8 | (3,4) | 10,4 | 5,6 | 0,0 | (2,8) | (1,9) |
| Einkünfte and. Pers. | 9,3 | 15,6 | 12,4 | 8,9 | (4,4) | 7,5 | 10,1 | 21,4 | 17,8 |
| Vermögen | (0,5) | 0,0 | (0,2) | (0,7) | 0,0 | (0,5) | 0,0 | 0,0 | 0,0 |

Quelle: infas „Arbeitslosenhilfe als Teil des soziale Sicherungssystems“; Befragung von 2.995 Arbeitslosen und ehemals Arbeitslosen, 1997, gewichtete Daten, Basis: 790 Arbeitslosenhilfeempfänger (Bestandsstichprobe*) An 100% Fehlende: „weiß nicht“ oder „keine Angabe“

Anhangtabelle V.10

Durchschnittliches, monatliches Haushaltsnettoeinkommen der Arbeitslosenhilfeempfänger (DM)

Nur Arbeitslosenhilfeempfänger (Bestandsstichprobe)

| Haushaltsgröße | Früheres Bundesgebiet | Neue Länder | Gesamt |
|--------------------|-----------------------|--------------|--------------|
| | in DM pro Monat | | |
| Eine Person | 1.023 | 869 | 981 |
| Zwei Personen | 2.025 | 1.872 | 1.950 |
| Drei u.m. Personen | 2.679 | 2.611 | 2.638 |
| Gesamt | 1.852 | 2.106 | 1.972 |

Quelle: infas „Arbeitslosenhilfe als Teil des sozialen Sicherungssystems“, Befragung von 2.995 Arbeitslosen und ehemals Arbeitslosen, 1997, gewichtete Daten, Basis: 790 Arbeitslosenhilfeempfänger (Bestandsstichprobe)

Anhangtabelle V.11

Struktur der Erwerbstätigen in Deutschland 1985 - 1998

| Jahr | Verteilung in % aller Erwerbstätigen | | | Summe |
|-----------------------|--------------------------------------|--------------------------------|--|-------|
| | Normalarbeitnehmer | Sonstige abhängig Beschäftigte | Selbstständige und mithelf. Angehörige | |
| Früheres Bundesgebiet | | | | |
| 1985 | 61,0 | 25,7 | 13,2 | 100 |
| 1988 | 61,4 | 25,3 | 13,3 | 100 |
| 1991 | 60,1 | 28,8 | 11,0 | 100 |
| 1992 | 60,7 | 29,1 | 10,3 | 100 |
| 1993 | 60,3 | 28,3 | 11,4 | 100 |
| 1994 | 59,7 | 29,5 | 10,8 | 100 |
| 1995 | 58,2 | 30,2 | 11,6 | 100 |
| 1996 | 58,6 | 29,5 | 11,9 | 100 |
| 1997 | 57,7 | 31,1 | 11,3 | 100 |
| 1998 | 58,3 | 31,7 | 10,1 | 100 |
| Neue Länder | | | | |
| 1991 | 56,4 | 38,2 | 5,5 | 100 |
| 1992 | 69,0 | 24,8 | 6,2 | 100 |
| 1993 | 66,3 | 26,7 | 7,0 | 100 |
| 1994 | 63,8 | 28,5 | 7,7 | 100 |
| 1995 | 62,0 | 29,7 | 8,3 | 100 |
| 1996 | 62,0 | 29,2 | 8,9 | 100 |
| 1997 | 61,3 | 29,6 | 9,1 | 100 |
| 1998 | 61,7 | 30,2 | 8,1 | 100 |

Datenbasis: Sozio-Ökonomisches Panel

Quelle: Hanesch, W.: Einkommenslage von Erwerbstätigen und Erwerbslosen

Anhangtabelle V.12

Verteilung der monatlichen Bruttoerwerbseinkommen 1985 - 1998*

| Jahr | Verteilung der Bruttoerwerbseinkommen in % des arithmetischen Mittels | | | | | | | | | | | | | | | | |
|-----------------------|---|------|-----|-----------|----------|-----|-------|-----------|-----------|-------|-------|-----------|---------------|-----|-------|-----------|-----|
| | Bis 50% | | | | 51 - 75% | | | | 76 - 100% | | | | 101% und mehr | | | | Sum |
| | NAB | SAB | SEL | Alle Erw. | NAB | SAB | SEL | Alle Erw. | NAB | SAB | SEL | Alle Erw. | NAB | SAB | SEL | Alle Erw. | me |
| Früheres Bundesgebiet | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 85 | 1,5 | 15,5 | 3,2 | 20,1 | 10,3 | 3,8 | (1,1) | 15,1 | 18,7 | 1,6 | (1,1) | 21,4 | 36,6 | 2,0 | 4,8 | 43,4 | 100 |
| 88 | 1,8 | 15,9 | 2,6 | 20,3 | 9,5 | 3,5 | (1,4) | 14,4 | 17,8 | 1,3 | () | 19,6 | 39,8 | 1,9 | 4,0 | 45,7 | 100 |
| 91 | 1,3 | 16,0 | 2,3 | 19,6 | 9,4 | 3,9 | (1,2) | 14,5 | 19,4 | 1,8 | (0,9) | 22,1 | 38,1 | 2,3 | 3,5 | 43,9 | 100 |
| 92 | 1,2 | 15,2 | 2,0 | 18,4 | 8,0 | 4,3 | (1,0) | 13,2 | 20,8 | 2,3 | (0,7) | 23,8 | 38,7 | 2,1 | 3,8 | 44,6 | 100 |
| 93 | 1,9 | 15,5 | 1,9 | 19,2 | 9,3 | 3,7 | () | 13,9 | 22,3 | 1,9 | (1,1) | 25,3 | 36,0 | 2,0 | 3,6 | 41,5 | 100 |
| 94 | 1,6 | 14,5 | 1,7 | 17,8 | 8,3 | 4,4 | (1,2) | 13,9 | 22,7 | 2,4 | (0,8) | 25,8 | 35,9 | 2,3 | 4,4 | 42,5 | 100 |
| 95 | 1,3 | 15,2 | 1,9 | 18,4 | 8,6 | 4,0 | 1,8 | 14,4 | 22,0 | 2,2 | (1,3) | 25,5 | 35,6 | 2,2 | 4,0 | 41,7 | 100 |
| 96 | 1,4 | 15,0 | 2,0 | 18,4 | 9,5 | 4,0 | (1,6) | 15,1 | 22,1 | 1,7 | (1,1) | 24,9 | 35,5 | 2,0 | 4,2 | 41,6 | 100 |
| 97 | 1,0 | 15,6 | 1,8 | 18,5 | 8,4 | 3,8 | (1,4) | 13,6 | 21,1 | 2,0 | 1,6 | 24,7 | 37,4 | 2,5 | 3,4 | 43,3 | 100 |
| 98 | 1,4 | 16,2 | 1,3 | 18,9 | 9,8 | 3,7 | 1,8 | 15,3 | 18,9 | 2,1 | 1,4 | 22,4 | 37,6 | 2,2 | 3,7 | 43,4 | 100 |
| Neue Länder | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 91 | () | 7,7 | () | 9,1 | 6,9 | 7,8 | () | 15,5 | 23,4 | 9,6 | () | 34,2 | 31,9 | 7,3 | (2,1) | 41,3 | 100 |
| 92 | (1,7) | 6,5 | () | 9,0 | 10,7 | 4,9 | () | 16,1 | 27,4 | 4,5 | () | 32,8 | 36,1 | 3,8 | (2,3) | 42,1 | 100 |
| 93 | (1,2) | 7,7 | () | 9,6 | 13,7 | 4,8 | () | 19,4 | 23,2 | 5,0 | () | 29,2 | 35,5 | 3,7 | 2,6 | 41,8 | 100 |
| 94 | (1,9) | 8,7 | () | 11,7 | 12,1 | 4,3 | () | 17,2 | 22,1 | 4,5 | () | 27,4 | 36,6 | 4,4 | 2,7 | 43,6 | 100 |
| 95 | (1,9) | 8,7 | () | 11,8 | 10,7 | 4,1 | () | 16,0 | 25,1 | 4,4 | () | 30,7 | 34,4 | 4,3 | 2,9 | 41,6 | 100 |
| 96 | (1,3) | 9,6 | () | 12,6 | 11,6 | 3,5 | () | 15,7 | 21,8 | 3,7 | () | 26,5 | 38,1 | 3,4 | 3,7 | 45,2 | 100 |
| 97 | (1,9) | 9,7 | () | 13,1 | 13,8 | 3,8 | () | 18,7 | 21,9 | (2,9) | () | 26,1 | 35,3 | 3,3 | 3,5 | 42,1 | 100 |
| 98 | (2,2) | 10,7 | () | 13,7 | 14,1 | 4,7 | () | 20,9 | 20,6 | (2,3) | () | 24,0 | 35,1 | 3,4 | 2,8 | 41,4 | 100 |

Datenbasis: Sozio-Ökonomisches Panel

NAB: Vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer

SAB: Sonstige abhängig Beschäftigte

SEL: Selbstständige einschl. Familienangehörige

() = Fallzahl 0 - 30

(X) = Fallzahl 31 - 50

* Getrennter Mittelwert für Ost- und Westdeutschland

Quelle: Hanesch, W.: Einkommenslage von Erwerbstätigen und Erwerbslosen

Anhangtabelle V.13

Armuts- und Niedrigeinkommensquoten in Erwerbstätigenhaushalten * und allen Haushalten 1985 bis 1998

Alte OECD-Skala und 50% des arithmetischen Mittels

| Jahr | Normaler- erwerbstätigen- haushalte | Sonstige Er- werbstätigen- haushalte | Selbstständi- genhaushalte | Alle Erwerbstä- tigenhaushalte | Alle Haushalte |
|-----------------------|---|--|-------------------------------|-----------------------------------|----------------|
| Früheres Bundesgebiet | | | | | |
| 1985 | 6,5% | 20,4% | 16,4% | 9,4% | 11,2% |
| 1988 | 6,0% | 16,3% | 13,7% | 8,2% | 10,1% |
| 1991 | 6,2% | 15,0% | 12,3% | 8,0% | 8,8% |
| 1992 | 5,8% | 18,8% | 6,2% | 7,3% | 8,7% |
| 1993 | 6,3% | 16,1% | 10,7% | 8,0% | 10,1% |
| 1994 | 5,2% | 13,2% | 10,1% | 6,9% | 9,4% |
| 1995 | 6,1% | 22,5% | 13,8% | 9,5% | 11,5% |
| 1996 | 4,5% | 18,9% | 11,6% | 7,4% | 9,5% |
| 1997 | 5,3% | 19,4% | 8,8% | 7,9% | 9,1% |
| 1998 | 5,7% | 17,2% | 13,6% | 8,4% | 9,5% |
| Neue Länder | | | | | |
| 1991 | 2,1% | (6,1%) | () | 3,2% | 4,1% |
| 1992 | 3,5% | (12,9%) | () | 4,7% | 5,9% |
| 1993 | 2,6% | (15,1%) | () | 4,3% | 5,8% |
| 1994 | 3,3% | 15,2% | (7,1%) | 5,0% | 7,5% |
| 1995 | 2,9% | (12,7%) | (11,3%) | 4,8% | 6,3% |
| 1996 | 2,1% | (5,7%) | (9,4%) | 3,3% | 4,6% |
| 1997 | 2,6% | (9,9%) | (8,1%) | 4,2% | 6,3% |
| 1998 | 2,1% | (11,0%) | () | 3,5% | 4,6% |

Datenbasis: Sozio-Ökonomisches Panel

() = Fallzahl 0 - 30

(X) = Fallzahl 31 - 50

* Getrennter Mittelwert für Ost- und Westdeutschland

Quelle: Hanesch, W.: Einkommenslage von Erwerbstätigen und Erwerbslosen

Anhangtabelle V.14

Personen in Arbeitslosenhaushalten nach Erwerbskonstellationen 1985 bis 1998*

| | Personen in Arbeitslosenhaushalten des Typs (in % der Personen in allen Arbeitslosenhaushalten) | | | | | | |
|------|---|-------------------------------------|---|------------------------------|-----------------|--|-------|
| | Arbeitsloser alleine | Zwei arbeitslose Haushaltsvorstände | Ein arbeitsloser und ein erwerbstätiger Haushaltsvorstand | | | Ein arbeitsl. ein nicht erwerbstätiger Haushaltsv. | Summe |
| | | | Normalerw. | Sonstiger abhängig Erwerbst. | Selbstständiger | | |
| | Früheres Bundesgebiet | | | | | | |
| 1985 | 19,2 | 9,4 | 30,3 | 11,7 | 5,2 | 24,2 | 100 |
| 1988 | 16,5 | 3,6 | 32,4 | 11,9 | (3,8) | 31,9 | 100 |
| 1991 | 23,1 | (2,5) | 34,4 | 12,7 | () | 25,5 | 100 |
| 1992 | 16,5 | (5,3) | 39,0 | 10,1 | () | 26,9 | 100 |
| 1993 | 20,6 | 2,9 | 36,9 | 14,7 | () | 23,2 | 100 |
| 1994 | 17,7 | 5,0 | 35,7 | 14,1 | () | 26,7 | 100 |
| 1995 | 18,9 | 6,8 | 25,2 | 15,6 | 6,0 | 27,5 | 100 |
| 1996 | 18,3 | 6,8 | 26,5 | 12,6 | 5,2 | 30,6 | 100 |
| 1997 | 20,6 | 3,7 | 28,8 | 14,6 | 3,1 | 29,3 | 100 |
| 1998 | 19,4 | 2,0 | 28,9 | 16,8 | 5,5 | 27,4 | 100 |
| | Neue Länder | | | | | | |
| 1991 | 10,6 | 8,2 | 47,9 | 23,2 | () | 8,3 | 100 |
| 1992 | 10,7 | 10,3 | 54,6 | 10,2 | 4,0 | 10,3 | 100 |
| 1993 | 13,0 | 11,3 | 49,2 | 10,0 | 4,1 | 12,4 | 100 |
| 1994 | 12,6 | 16,0 | 49,5 | 8,0 | (2,8) | 11,1 | 100 |
| 1995 | 15,7 | 11,2 | 45,3 | 8,7 | 3,7 | 15,4 | 100 |
| 1996 | 15,2 | 9,2 | 47,7 | 12,2 | 3,0 | 12,7 | 100 |
| 1997 | 17,1 | 10,1 | 43,6 | 9,8 | (5,5) | 13,8 | 100 |
| 1998 | 18,1 | 12,6 | 39,3 | 12,6 | 4,2 | 13,2 | 100 |

Datenbasis: Sozio-Ökonomisches Panel

() = Fallzahl 0 - 30
 (X) = Fallzahl 31 - 50

Quelle: Hanesch, W.: Einkommenslage von Erwerbstätigen und Erwerbslosen

Anhangtabelle V.15

Armutsquoten in Arbeitslosenhaushalten nach Erwerbskonstellationen 1985 - 1998*
 Alte OECD-Skala und 50% des arithmetischen Mittels

| | Arbeitsloser alleine | Zwei arbeitslose Haushaltsvorstände | Ein arbeitsloser und ein erwerbstätiger Haushaltsvorstand | | | Ein arbeitsloser, ein nicht erwerbstätiger Haushaltsvorstand | Armutsquote in Arbeitslosenhaushalten gesamt |
|-----------------------|----------------------|-------------------------------------|---|-----------------------------------|-----------------|--|--|
| | | | Normaler-erwerbstätiger | Sonstiger abhängig Erwerbstätiger | Selbstständiger | | |
| | Typ 1 | Typ 2 | Typ 3 | | | Typ 4 | |
| Früheres Bundesgebiet | | | | | | | |
| 1985 | 33,9 | 38,1 | 8,6 | 16,9 | 43,3 | 54,2 | 29,8 |
| 1988 | 44,8 | 47,5 | 11,8 | 27,6 | (8,6) | 44,9 | 31,2 |
| 1991 | 30,3 | (45,9) | 13,9 | 33,1 | () | 35,5 | 26,3 |
| 1992 | 28,5 | (85,8) | 16,1 | 29,3 | () | 41,9 | 28,6 |
| 1993 | 31,5 | 60,6 | 13,8 | 33,3 | () | 43,6 | 30,7 |
| 1994 | 34,6 | 39,2 | 9,6 | 39,7 | () | 32,2 | 24,8 |
| 1995 | 40,7 | 56,0 | 16,3 | 47,9 | 33,0 | 31,3 | 33,4 |
| 1996 | 35,7 | 64,2 | 6,2 | 39,6 | 0,0 | 25,9 | 25,6 |
| 1997 | 30,5 | 43,7 | 15,4 | 30,7 | 45,4 | 33,9 | 28,1 |
| 1998 | 25,8 | (42,5) | 17,3 | 45,9 | 77,6 | 34,2 | 31,6 |
| Neue Länder | | | | | | | |
| 1991 | 35,2 | 28,8 | 2,6 | 4,7 | () | 17,0 | 9,6 |
| 1992 | 30,5 | 21,5 | 6,1 | 20,1 | 9,0 | 23,0 | 13,5 |
| 1993 | 37,5 | 8,1 | 2,9 | 33,2 | 11,2 | 7,2 | 11,9 |
| 1994 | 37,9 | 39,5 | 5,3 | 25,1 | (3,3) | 9,1 | 16,6 |
| 1995 | 40,2 | 23,9 | 5,1 | 21,8 | 37,5 | 9,0 | 16,2 |
| 1996 | 37,3 | 15,5 | 4,2 | 11,2 | 10,6 | 4,6 | 11,8 |
| 1997 | 34,9 | 34,3 | 4,2 | 18,8 | (22,8) | 9,4 | 16,1 |
| 1998 | 22,6 | 20,5 | 6,2 | 9,2 | (20,6) | 4,0 | 12,5 |

Datenbasis: Sozio-Ökonomisches Panel

() = Fallzahl 0 - 30

(X) = Fallzahl 31 - 50

* Getrennter Mittelwert für Ost- und Westdeutschland

Quelle: Hanesch, W.: Einkommenslage von Erwerbstätigen und Erwerbslosen

Anhangtabelle V.16

**Armutsquoten von Erwerbstätigenhaushalten nach Haushaltstyp
und Erwerbskonstellation 1998***

Alte OECD-Skala und 50% des arithmetischen Mittels

| | Armutsquoten in Erwerbstätigenhaushalten | | |
|------------------------------------|--|-----------------------------|--|
| | Alleinlebender erwerbstätiger HHV | Zwei erwerbstä- tige HHV | Ein erwerbstäti- ger und ein nicht erwerbstätiger HHV |
| | Früheres Bundesgebiet | | |
| Singlehaushalte | 3,7 | - | - |
| Paarhaushalte ohne Kinder | - | 1,6 | 5,6 |
| Paarhaushalte mit minderj. K. | - | 3,5 | 29,6 |
| Einelternhaushalte mit minderj. K. | 14,5 | - | - |
| Familien mit erwachsenen K. | 5,6 | 5,1 | 12,2 |
| | Neue Länder | | |
| Singlehaushalte | 4,9 | - | - |
| Paarhaushalte ohne Kinder | - | 0,3 | 3,7 |
| Paarhaushalte mit minderj. K. | - | 1,2 | 7,6 |
| Einelternhaushalte mit minderj. K. | 3,7 | - | - |
| Familien mit erwachsenen K. | (0,0) | 1,7 | 0,0 |

Datenbasis: Sozio-Ökonomisches Panel

() = Fallzahl 0 - 30

(X) = Fallzahl 31 - 50

* Getrennter Mittelwert für Ost- und Westdeutschland

Quelle: Hanesch, W.: Einkommenslage von Erwerbstätigen und Erwerbslosen

VI. Wohnen

VI.1 Datengrundlage Wohngeldstatistik

Damit einkommensschwächere Haushalte die Wohnkosten für angemessenes und familiengerechtes Wohnen tragen können, wird Wohngeld gewährt. Die in diesem Zusammenhang durchgeführte Wohngeldstatistik eignet sich in besonderer Weise für die Analyse der Wohnungsversorgung unterer Einkommensgruppen. Sie liefert jährlich Daten zur Wohnungsversorgung von derzeit knapp drei Mio. einkommensschwachen Haushalten in Deutschland. Sie unterscheidet neben den alten Ländern einschließlich Berlin-West und den neuen Ländern einschließlich Berlin-Ost noch nach der Art der Wohngeldgewährung zwischen Tabellenwohngeld und Pauschalwohngeld (für Sozialhilfe- und Kriegsopferfürsorgebezieher).¹⁹ Die Statistik des pauschalierten Wohngeldes eignet sich deshalb zur Ableitung von Aussagen über die Gruppe mit den niedrigsten verfügbaren Einkommen, während die Tabellenwohngeldempfänger i.d.R. knapp oberhalb des Sozialhilfeniveaus eine zweite, untere Einkommensgruppe bilden.²⁰

Der Vorteil der Wohngeldstatistik gegenüber anderen Statistiken liegt neben der regelmäßigen, zeitnahen Bereitstellung sachlich tief gegliederten Datenmaterials zur Wohnungsversorgung vor allem in der verlässlichen Erfassung von Haushaltseinkommen (sehr differenzierte amtliche Einkommensermittlung als Voraussetzung für die Wohngeldbewilligung) und daraus abgeleiteter Mietbelastung. Zu beachten ist allerdings, dass die Wohngeldstatistik nur Informationen über einkommensschwache Haushalte ausweist, die bereits über Wohnraum verfügen und die für die Wohnkosten einen vergleichsweise hohen Anteil ihres verfügbaren Einkommens aufwenden müssen. Diese Statistik liefert folglich weder Informationen über die aktuell von Wohnungslosigkeit betroffenen Haushalte (s. Bericht Teil A Kap. VI.5), noch werden Haushalte knapp oberhalb des Sozialhilfeniveaus mit geringer Wohnkostenbelastung nachgewiesen (Beispiel: einkommensschwacher Rentnerhaushalt im entschuldeten Eigenheim). Da mehr als 96% aller Wohngeldempfänger Mieterhaushalte sind und Eigentümerhaushalte aufgrund ihres höheren Einkommens zu fast 99,5% kein Wohngeld erhalten, beziehen sich die Ausführungen im Bericht Teil A Kap. VI nur auf die Wohnungsversorgung einkommensschwacher Mieterhaushalte.²¹

VI.2 Zur Definition von Wohnungsnotfällen

19 Zu den Arten der Wohngeldgewährung vgl. im Einzelnen: Wohngeld- und Mietenbericht 1999, Bundestagsdrucksache 14/3070, Ziff. 50. Nach Inkrafttreten der wesentlichen Elemente der Wohngeldnovelle zum 1.1.2001 wurde das Tabellenwohngeld durch das allgemeine Wohngeld und das Pauschalwohngeld durch den besonderen Mietzuschuss abgelöst.

20 Knapp 11% aller Tabellenwohngeldempfänger in Deutschland beziehen neben dem Tabellenwohngeld auch Sozialhilfe; sie haben aus rechtlichen Gründen keinen Anspruch auf Pauschalwohngeld. S. hierzu Wohngeld- und Mietenbericht 1999, a.a.O., S.43, Tabelle 18 und Ziff. 53

Die Begriffe „Wohnungsnotfälle“, „Obdachlosigkeit“ und „Wohnungslosigkeit“ werden für verschiedene Personengruppen und Problemsituationen verwendet. Das in der Gesellschaft vorherrschende Bild ist geprägt durch die offen sichtbare Obdachlosigkeit von Personen, die ohne eigene Wohnung oder sonstige Unterkunft „auf der Straße“ leben. In der Terminologie des Polizei- und Ordnungsrechts sind „Obdachlose“ jedoch die Personen, die amtlich registriert und aufgrund ordnungsrechtlicher Verfügung, Einweisung oder sonstiger Maßnahmen der zuständigen Behörden in kommunalen Obdachlosenunterkünften, in Einrichtungen freier Träger oder gewerblichen Unterkünften (z. B. Hotels oder Pensionen) untergebracht sind, die also ein - wenn auch behelfsmäßiges - Obdach haben. Personen, die ohne jedes Obdach im Freien übernachten, werden traditionell als „Nichtsesshafte“ oder „Wohnungslose“ bezeichnet.

Der Deutsche Städtetag hat den weitergefassten Begriff der Wohnungsnotfälle in die Fachdiskussion eingeführt. Zu den in Wohnungsnot lebenden Menschen und damit zu den sogenannten „Wohnungsnotfällen“ zählen nach der Definition des Deutschen Städtetages von 1987 Personen, die

1. unmittelbar von Obdachlosigkeit bedroht sind, d. h.

- denen der Verlust ihrer derzeitigen Wohnung unmittelbar bevorsteht, und die dabei ohne institutionelle Hilfe nicht in der Lage sind, ihren Wohnraum zu erhalten oder sich ausreichenden Ersatzwohnraum zu beschaffen, oder
- denen die Entlassung aus einem Heim, einer Anstalt oder gleichartigen Einrichtung unmittelbar bevorsteht, und die ohne institutionelle Hilfe nicht in der Lage sind, sich ausreichenden Ersatzwohnraum zu beschaffen;

2. aktuell von Obdachlosigkeit betroffen sind, d. h.

- die ohne Wohnung sind und nicht in einem Heim, einer Anstalt oder ähnlichem untergebracht sind, oder
- die aufgrund ihrer Wohnungslosigkeit z. B. gemäß § 14 OBG/NW („die Behörden können die notwendigen Maßnahmen treffen, um eine im einzelnen Falle bestehende Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung ... abzuwehren“) in eine Unterkunft oder in eine Normalwohnung eingewiesen worden sind;

3. aus sonstigen Gründen in unzumutbaren Wohnverhältnissen leben, d. h. beispielsweise

21 Zur Versorgungslage einkommensschwacher Eigentümerhaushalte s. Wohngeld- und Mietenbericht 1999, a.a.O., Teil C, Kap. III.4. und Kap. IV.4

- die unzumutbaren oder außergewöhnlich beengten Wohnraum bewohnen oder
- die untragbar hohe Mieten zu zahlen haben oder
- die eskalierte Konflikte im Zusammenleben mit anderen (z. B. Vermieter, Mitbewohnern) haben.

Die Vielschichtigkeit der damit angesprochenen Lebenssituationen und Notlagen erschwert die statistische Abgrenzung und damit eine exakte Bezifferung von Wohnungsnotfällen. Die allgemeine Versorgungssituation einkommensschwacher Haushalte, insbesondere die verfügbaren Wohnflächen, die Ausstattung von Wohnungen mit Bad/Dusche, WC und Sammelheizung und die Wohnkostenbelastung ist im Bericht Teil A in den Kap. VI.1 und VI.3 auf Grundlage haushalts- und wohnungsbezogener Statistiken (insbesondere Wohnungsstichproben, Mikrozensus, Wohngeldstatistik) beschrieben. Daraus wird im Ergebnis deutlich, dass unzumutbare Wohnverhältnisse in Folge von Überbelegung und/oder mangelhafter Wohnungsausstattung sich in den letzten Jahren signifikant verringert haben. Eine Erfassung schwieriger Wohnverhältnisse in Folge von konfliktbelasteten Familien- oder Partnerschaftsbeziehungen ist im Rahmen einer amtlichen Statistik methodisch und praktisch nicht möglich.

Allgemein hängen Umfang und Entwicklung von Wohnungsnot wesentlich von der Situation am Wohnungsmarkt ab: Die Zahl unzureichend mit Wohnraum versorgter Haushalte steigt, wenn das Wohnungsangebot knapp ist, wie zuletzt von Ende der achtziger bis Mitte der neunziger Jahre, und sinkt mit zunehmender Entspannung der Wohnungsmärkte, die eine Versorgung auch von finanziell oder sozial benachteiligten Haushalten erleichtert. Diese Korrelation und Entwicklung spiegelt sich in vorliegenden Schätzungen und statistischen Angaben zur Zahl von Wohnungslosen als einer besonders benachteiligten Gruppe.

So weist die jährliche statistische Erhebung zur Obdachlosigkeit in Nordrhein-Westfalen, in der die ordnungsrechtlich, z. B. in Notunterkünften, untergebrachten Personen jeweils zum Stichtag 30. Juni erfasst werden, für den Zeitraum 1988 bis 1994 einen Anstieg von 37.882 auf 62.396 Personen und seit 1995 einen stetigen Rückgang aus: 1998 wurden noch 36.063, 1999 29.707 und 2000 25.619 Personen gezählt.

Auch die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e. V. (BAG-W), die eine breite Definition von Wohnungslosigkeit zugrunde legt, geht in ihren bundesweiten jährlichen Schätzungen zur Gesamtzahl aller wohnungslosen Personen in den letzten Jahren von einer quantitativen Verminderung der Probleme aus. Für 1995 wurde die Jahresgesamtzahl aller wohnungslosen Personen auf 580.000 geschätzt, zusätzlich 340.000 mit Wohnraum zu versorgende Aussiedler. Für 1999 belief sich die Jahresgesamtschätzung auf 440.000 Wohnungslose sowie

110.000 Aussiedler. Die Jahresgesamtzahl der Wohnungslosen hat sich nach Angaben der BAG-W allein von 1998 bis 1999 um ca. 19% reduziert (s. Anhangtabelle VI.14).

Die BAG-W stellt in ihrer Pressemitteilung vom 11. Juli 2000 fest, dass nunmehr auch in Ostdeutschland ein deutlicher Rückgang bei der Zahl der Wohnungslosen zu verzeichnen sei. Während bis 1997 in Ostdeutschland noch ansteigende Zahlen geschätzt wurden, würden die Zahlen auch hier seit 1998 stetig fallen. Der Frauenanteil unter den Wohnungslosen (ohne Aussiedler) insgesamt liege bei 23%, das sind nach Schätzungen der BAG-W ca. 100.000 Frauen. Die Teilgruppe der Personen, die ohne jedes Obdach auf der Straße lebten, wurde für das gesamte Jahr 1999 auf ca. 26.000, in den Vorjahren auf ca. 35.000 Personen geschätzt. Die sichtbar auf der Straße lebenden Frauen bilden lediglich eine kleine Gruppe innerhalb der sehr viel größeren Gruppe von armen und wohnungslosen Frauen, die in der Öffentlichkeit unsichtbar bleiben.

Ein wichtiger Unterschied gegenüber der Wohnungslosigkeit von Männern besteht in dem hohen Anteil verdeckter weiblicher Wohnungslosigkeit, daher wird bei der Einschätzung der Größe dieser weiblichen Armutsguppe von einer hohen Dunkelziffer ausgegangen. Sie versuchen ihre schwierige Lebenssituation meist selbst zu meistern und unauffällig zu bleiben. Wohnungslose Frauen sind in einem besonderen Ausmaß von männlicher Gewalt bedroht. Nicht nur auf der Straße, sondern auch in gemischten Unterkünften des Hilfesystems sind sie Übergriffen und Belästigungen ausgesetzt.

Die BAG-W geht bei ihren Schätzzahlen insgesamt von einer „Bandbreite“ der Schätzung von +/- 10% aus, ohne dies genauer zu belegen.

Aus diesen Zahlen kann nicht auf einen möglichen Wohnungsfehlbestand in gleicher Höhe geschlossen werden, da - abgesehen von den Unterschieden einer personen- oder haushaltsbezogenen Betrachtung - in der Schätzung alle Personen berücksichtigt sind, die während des gesamten Jahres zumindest zeitweise nicht über eigenen, mietvertraglich abgesicherten Wohnraum verfügten; also sind auch diejenigen mit umfasst, die im Jahresverlauf mit Wohnraum versorgt worden sind.

VI.2.1 Hilfsinstrumente zur Bekämpfung der Wohnungslosigkeit

Wohngeld wird als „verlorener“ Zuschuss an einkommensschwächere Haushalte gezahlt, um angemessenes und familiengerechtes Wohnen wirtschaftlich zu sichern (§ 1 Wohngeldgesetz WoGG). Der Charakter des Wohngeldes als Zuschuss macht bereits deutlich, dass der Be-

rechtigte (Mieter, selbstnutzender Eigentümer) einen Teil - in der Regel den überwiegenden Teil - der Wohnkosten selbst tragen muss. Der Staat übernimmt durch Wohngeld also nicht die Miete, sondern er unterstützt die vorhandene eigene Leistungsfähigkeit des Mieters. Ist die Leistungsfähigkeit auch unter Berücksichtigung des Wohngeldes nicht oder nicht ausreichend vorhanden, sind zur Deckung der Wohnkosten wie des übrigen notwendigen Lebensunterhalts (ergänzende) laufende Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem BSHG erforderlich. Bei der Sozialhilfeberechnung wird ein zustehendes Wohngeld als vorrangige Leistung berücksichtigt.

Das geltende Mietrecht lässt Mieterhöhungen nicht unbegrenzt zu, sondern sieht eine Kappungsgrenze von 30% vor. Das bedeutet, dass die Miete für Wohnraum innerhalb von drei Jahren grundsätzlich nur um maximal 30% steigen darf. Obergrenze ist aber immer die ortsübliche Vergleichsmiete. Mit dieser Regelung wird ein zu starkes Ansteigen der Mieten verhindert. Damit ist sie gerade für einkommensschwächere Mieter von besonderer Bedeutung.

Ist der Mieter zwei Monate hintereinander mit der Zahlung der gesamten Miete oder einem nicht unerheblichem Teil in Verzug, so kann der Vermieter ihm fristlos kündigen. In dem in der Regel auf die Kündigung folgenden Räumungsprozess hat der Mieter die Möglichkeit, innerhalb eines Monats nach Eintritt der Rechtshängigkeit die fällige Miete an den Vermieter nachzuzahlen. Das hat zur Folge, dass die Kündigung nicht mehr wirksam ist. Gleiches gilt, wenn sich innerhalb dieser Frist eine öffentliche Stelle zur Zahlung an den Vermieter verpflichtet (sog. Schonfrist), so dass auch in diesen Fällen der Verlust der Wohnung abgewendet werden kann.

In Bezug auf die geplanten Änderungen im Mietrecht auch hinsichtlich der Kappungsgrenze und der Schonfrist wird auf den Bericht Teil B Kap. VI verwiesen.

Die in § 12 Abs. 1 Satz 1 BSHG vorgesehene Übernahme der Kosten der Unterkunft in angemessener Höhe bemisst die Angemessenheit des Unterkunftsbedarfs nach den besonderen Lebensumständen des einzelnen Hilfeempfängers, z. B. nach der Zahl der Haushaltsangehörigen, dem Alter der Kinder, einem besonderen Wohnbedarf z. B. wegen Behinderung. Vor diesem Hintergrund sind die Zahl der vorhandenen Räume, das örtliche Mietniveau und die Möglichkeiten des örtlichen Wohnungsmarktes zu prüfen. Für die Angemessenheit der Miethöhe werden in der Sozialhilfepraxis als Anhaltspunkte im Wesentlichen die zulässigen Mieten im sozialen Wohnungsbau, der Mietwertspiegel oder die im Rahmen des Wohngeldgesetzes höchstens zu berücksichtigenden Mieten herangezogen. Abgestellt wird danach regelmäßig auf Wohnfläche und Mietpreis.

Wohnungsbeschaffungskosten und Mietkautionen können bei vorheriger Zustimmung des Sozialhilfeträgers übernommen werden. Eine Zustimmung soll erteilt werden, wenn der Umzug durch den Träger der Sozialhilfe veranlasst wird oder aus anderen Gründen notwendig ist, und wenn ohne die Zustimmung eine Unterkunft in einem angemessenen Zeitraum nicht gefunden werden kann.

Die Bundesregierung hat im August 2000 ein Forschungsvorhaben ausgeschrieben, um sowohl die Verwaltungspraxis als auch die Wirkung des im Rahmen des Gesetzes zur Reform des Sozialhilferechts vom 23. Juli 1996 geänderten § 15 a BSHG im Zusammenhang mit der Wohnungsnotfallproblematik in den Kommunen untersuchen zu lassen. Gegebenenfalls können dessen Ergebnisse in den nächsten Bericht einfließen. Mittelpunkt des Vorhabens soll eine Vorher- / Nachher - Bestandsaufnahme der Verwaltungspraxis sowie eine Wirkungsanalyse der präventiven Vorgehensweise im Zusammenhang mit der Wohnungsnotfallproblematik in den Kommunen sein.

Der überörtliche Träger der Sozialhilfe ist für die Maßnahmen gemäß § 72 BSHG sachlich zuständig (§ 100 Abs. 1 Nr. 5 BSHG), soweit nicht nach Landesrecht der örtliche Träger sachlich zuständig ist. Sofern es sich um die Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten nach § 72 BSHG handelt und wenn es erforderlich ist, ist die Hilfe in einer Anstalt, einem Heim oder einer gleichartigen Einrichtung oder in einer Einrichtung zur teilstationären Betreuung zu gewähren. Nach § 3a BSHG ist jedoch der Vorrang der offenen Hilfe zu beachten. Demnach ist die erforderliche Hilfe so weit wie möglich außerhalb von Anstalten, Heimen oder gleichartigen Einrichtungen zu gewähren. Dies gilt nicht, wenn eine geeignete stationäre Hilfe zumutbar und eine ambulante Hilfe mit unverhältnismäßigen Mehrkosten verbunden ist. Bei der Prüfung der Zumutbarkeit sind die persönlichen, familiären und örtlichen Umstände angemessen zu berücksichtigen.

Zur Durchführung der Maßnahmen, die notwendig sind, um die Schwierigkeiten abzuwenden, zu beseitigen, zu mildern oder ihre Verschlimmerung zu verhüten, vor allem in Fällen notwendiger Beratung und intensiver persönlicher Betreuung für den Hilfesuchenden und seine Angehörigen, d.h. unter anderem bei den Hilfen zur Ausbildung, Erlangung und Sicherung eines Arbeitsplatzes sowie bei Maßnahmen zur Erhaltung und Beschaffung einer Wohnung, ist in geeigneten Fällen ein Gesamtplan zu erstellen. Die nach § 72 BSHG gewährten Hilfearten haben somit ihren Schwerpunkt in der Beratung und persönlichen Hilfe. Grundsätzlich ist zu beachten, dass die Hilfe zum Lebensunterhalt (Abschnitt 2 BSHG), die Eingliederungshilfe für Behinderte nach §§ 39ff BSHG sowie die Erziehungshilfen nach dem SGB VIII und die Hilfen für junge Volljährige nach § 41 SGB VIII der Hilfe nach § 72 BSHG vorgehen.

Die zum 1. August 2001 in Kraft tretende Verordnung zu § 72 BSHG hat die teilweise als diskriminierend empfundenen Begriffe (Landfahrer, Nichtsesshafte, aus Freiheitsentziehung Entlassene und verhaltensgestörte junge Menschen, denen Hilfe zur Erziehung oder Hilfe für junge Volljährige nicht gewährt werden kann) zugunsten einer allgemeinen Lebenslagenbeschreibung ersetzt.

Art und Umfang der Maßnahmen beziehen sich nach der Verordnung zur Durchführung des § 72 BSHG unter anderem auf

- Beschaffung und Erhaltung einer Wohnung,
- Beratung, persönliche Betreuung,
- Erlangung und Sicherung eines Platzes im Arbeitsleben, der wiederum Mietzahlungen aus eigener Kraft ermöglicht.

Anhand dieser Aufzählung der erforderlichen Hilfen wird deutlich, dass die persönliche Hilfe vor allem darauf gerichtet sein muss,

- die Ursachen der sozialen Schwierigkeiten des Hilfeempfängers festzustellen, sie ihm bewusst zu machen und auf die Inanspruchnahme der für ihn in Betracht kommenden Sozialleistungen hinzuwirken,
- die Bereitschaft und Fähigkeit des Hilfeempfängers zu entwickeln und zu festigen, bei der Überwindung seiner Schwierigkeiten nach seinen Kräften mitzuwirken und soweit wie möglich unabhängig von der Hilfe am Leben in der Gemeinschaft teilzunehmen.

Soweit es im Einzelfall erforderlich ist, erstreckt sich die persönliche Betreuung auch auf die Umgebung des Hilfeempfängers, z.B. auf das Wohnumfeld.

Inhalte der Hilfsangebote zur Überwindung der besonderen sozialen Schwierigkeiten nach § 72 BSHG können insbesondere sein :

- Hilfestellung bei der Suche nach der im Einzelfall geeigneten Wohnform einschließlich der Unterstützung bei lebenspraktischen und besonderen sozialen Schwierigkeiten,
- Hilfestellung bei der Wohnungserhaltung und Wohnungsbeschaffung,
- Sozialberatung einschließlich Unterstützung im Umgang mit Behörden und bei Geltendmachung von Ansprüchen gegenüber Sozialleistungsträgern, Motivation zur Überwindung der sozialen Schwierigkeiten,

- Unterstützung bei der Behebung von Bildungsdefiziten, bei der Aufnahme bzw. dem Erhalt von Arbeit / Beschäftigung (z. B. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nach dem SGB III, Hilfe zur Arbeit nach §§ 18 ff. BSHG),
- Entwicklung einer der sozialen Eingliederung und Gesunderhaltung förderlichen Lebensweise und Freizeitgestaltung,
- Unterstützung zur Bewältigung finanzieller Probleme,
- Hilfe zur Vermeidung rechtlicher, sozialer Konflikte,
- Beratung, Information, Motivation bei der Bewältigung gesundheitlicher Probleme,
- Vermittlung therapeutischer, rehabilitativer und pflegerischer Hilfen.

Die Hilfen können insbesondere in Form von

- ambulanten (offenen) Angeboten (z. B. Fachberatungsstellen, Streetwork, ambulanten Wohngemeinschaften etc),
- stationären Angeboten (z. B. Übernachtungsheime, Resozialisierungsheime teilweise mit dem Angebot von Beschäftigungswerkstätten mit dem Ziel der Integration in das geregelte Arbeitsleben, Wohnheime etc.)

erfolgen.

Wohnungslose Frauen benötigen oftmals spezifische auf ihre Lebensverhältnisse zugeschnittene Hilfen. Der vielleicht wichtigste Unterschied gegenüber der Wohnungslosigkeit von Männern besteht in dem hohen Anteil verdeckter weiblicher Wohnungsnot. Sie versuchen ihre schwierige Lebenssituation selbst zu meistern und unauffällig zu bleiben. Oftmals flüchten sie vor Konflikten und Gewalt in neue Abhängigkeitsverhältnisse. Wohnungslose Frauen sind in einem besonderen Ausmaß von männlicher Gewalt bedroht. Nicht nur auf der Straße, sondern auch in gemischten Unterkünften des Hilfesystems sind sie Übergriffen und Belästigungen ausgesetzt.

Von 1995 bis 1998 hat die Bundesregierung daher das Modellprojekt „Hilfen für alleinstehende wohnungslose Frauen“ gefördert, um ein umfassendes Hilfenkonzept für die von Wohnungslosigkeit betroffenen Frauen zu erarbeiten. An vier Standorten wurden sowohl offene Angebote wie Frauentreffs und Frauentagesstätten als auch betreute Wohnungen in Frauenpension bzw. angemieteter Wohnung erprobt. Ziel war die Erarbeitung eines umfassenden Handlungskonzeptes ambulanter Hilfen, in dessen Mittelpunkt der Bedarf und die Fähigkeiten der Frauen standen. Neben der Versorgung mit Wohnraum wurden speziell für Frauen entwickelte Qualifizierungsmaßnahmen angeboten, die den Einstieg in die Erwerbsarbeit und somit ein von Sozi-

Altenhilfe unabhängiges Leben ermöglichen sollen. Die Ergebnisse des Projektes wurden in einem Handbuch „Frauen ohne Wohnung - Handbuch für die ambulante Wohnungslosenhilfe für Frauen“ (Schriftenreihe des BMFSFJ Band 186) zusammengestellt. Es soll zur Weiterbildung der in der Wohnungslosenhilfe tätigen Fachkräfte anregen und nützliche Hinweise vermitteln, wie im Rahmen des bestehenden Hilfesystems Angebote für Frauen geschaffen werden können.

Anknüpfend an die vielversprechenden Ergebnisse dieses Projektes wurde am 1. Januar 1998 das ebenfalls von der Bundesregierung geförderte Projekt „Berufliche Förderung alleinstehender wohnungsloser Frauen“ begonnen. Die Laufzeit endet am 01. März 2001. Ziel dieses Projektes ist die systematische praktische Erprobung der Verknüpfung von Leistungen des BSHG (der 1996 reformierte § 72 insbesondere „Hilfe zur Ausbildung und zur Erlangung und Sicherung eines Arbeitsplatzes“ i. R. der VO zu § 72) und des SGB III (§ 8 „Frauenförderung“). Der bisherige Verlauf des Projektes ist erfolversprechend. Die Zwischenergebnisse belegen eine gute Inanspruchnahme der Qualifizierungsmaßnahmen, die durch Öffnung des Systems der Wohnungslosenhilfe angeboten werden konnten. Eine effektive Öffentlichkeitsarbeit bewirkte eine Sensibilisierung von Qualifizierungs- und Beschäftigungsträgern für die Zielgruppe, so dass die Vermittlung von zahlreichen Praktikumsplätzen möglich wurde. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass dadurch eine erfolgreiche Vermittlung der Teilnehmerinnen auf dem 1. Arbeitsmarkt gelingen kann bzw. in etlichen Fällen bereits gelungen ist.

VI.2.2 Zur gesundheitlichen Versorgung von Wohnungslosen

Seit Herbst 1999 existiert beim Bundesministerium für Gesundheit die ressortübergreifende Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Armut und Gesundheit“, in der mit Experten der Zusammenhang von Armut und gesundheitlicher Situation und Versorgung mit dem Ziel analysiert wird, Handlungsempfehlungen für eine Verbesserung der Situation auf den verschiedenen Handlungsebenen zu entwickeln. Dazu werden verschiedene besondere Lebenslagen betrachtet - unter anderem die Lebenssituation wohnungsloser Menschen.

Am Beispiel des Modellprojekts „Aufsuchende Gesundheitsfürsorge für Obdachlose“ der Ärztekammer Westfalen-Lippe, das in den Städten Bielefeld, Bochum, Dortmund und Münster durchgeführt wurde, wird deutlich, dass neben formalen Hürden subjektive Motive wie Angst, Scham, Misstrauen, negative Erfahrungen im Kontakt mit dem Arzt und der Pflegeperson und das Gefühl, gesund zu sein, ausschlaggebend dafür sind, dass wohnungslose Menschen vom Regelversorgungssystem nur sehr unzureichend erreicht werden. So gaben von den Projekt-nutzern nur 8,8% an, in regelmäßiger medizinischer Behandlung bei einem niedergelassenen

Arzt zu sein. 43,1% nahmen keinerlei medizinische Versorgung durch niedergelassene Ärzte wahr und 38,6% besuchten den Arzt unregelmäßig.²²

Die aufsuchende Versorgung durch Ärzte vor Ort beinhaltet Erstkontakte auf der Strasse (medical-street-work) und Betreuung in Beratungsstellen, Notunterkünften und in offenen Tagestreffs. In diesen Versorgungsmodellen arbeiten Ärzte, Pflegekräfte und Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter interdisziplinär zusammen.

Im Folgenden ein Überblick über die Versorgungsmodelle:

- Arzt mit Praxis im sozialen Brennpunkt (z.B. München)
- Arzt mit Praxis und speziellen Sprechstunden „vor Ort“ (z.B. Koblenz, Münster, Bremen)
- Arzt mit spezieller Ermächtigung zur ärztlichen Versorgung von wohnungslosen Menschen, z.B. Sprechstunden in Wohnheimen, Tagesaufenthaltsstätten, Teestuben, Arztmobil (z. B. Hamburg, Mainz, Frankfurt)
- Ärzte als Angestellte der Wohlfahrtsverbände (z.B. Berlin, Bielefeld)
- Ärzte als Angestellte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (z. B. Köln, Bremen)
- Ärzte als Angestellte oder Mitglieder von Vereinen, gegen Honorar oder ehrenamtlich (z.B. Köln, Hamburg, Mainz, Bochum, Essen, Düsseldorf)
- Ärzte angestellt im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmassnahmen (z.B. Duisburg, Berlin)

VI.2.3 Erkenntnisse und Erfahrungen zu Wohnungsnotfällen aus einigen Ländern und Kommunen

In allen 16 Ländern hat die Vermeidung und Behebung von Wohnungsnotfällen durch präventive bzw. nachgehende Hilfemaßnahmen einen hohen Stellenwert. Eine exakte Bezifferung von Wohnungsnotfällen bzw. eine statistische Erfassung ist aufgrund der vielschichtigen Lebenssituationen und Notlagen bis heute nicht möglich. Beispielhaft werden daher an dieser Stelle fünf Länder angeführt, die sich auf verschiedenste Weise mit der Datenerfassung von Wohnungsnotfällen beschäftigen.

Nordrhein-Westfalen

Die jährliche Erhebung des Landes Nordrhein-Westfalen über die Zahl der Menschen, die in

22 Abschlussbericht Modellprojekt „Aufsuchende Gesundheitsfürsorge für Obdachlose“ der Ärztekammer Westfa-

Notunterkünften untergebracht sind, hat zum 30. Juni 1999 29.707 Personen und zum 30. Juni 2000 25.619 Personen in der Statistik als obdachlos ausgewiesen (s. Materialband Kap. VI.2); dies ist der niedrigste Stand seit Beginn der statistischen Erfassung im Jahr 1965 und gegenüber dem jüngsten Höchststand Mitte der 90er Jahre ein Rückgang von über 50%. So konnte beispielsweise die Obdachlosenzahl in Duisburg binnen zwei Jahren um 80% gesenkt werden.

Das Sozialministerium Nordrhein-Westfalen unterstützt die Städte und Gemeinden, die überörtlichen Träger der Sozialhilfe und die Träger der freien Wohlfahrtspflege seit 1996 mit dem Landesprogramm „Wohnungslosigkeit vermeiden - dauerhaftes Wohnen sichern“, um Wohnungsnot und Obdachlosigkeit gezielt zu bekämpfen.

Das Landesprogramm hat drei Schwerpunkte:

- Wohnungslosigkeit vermeiden,
- bedarfsgerechte Wohnraumversorgung für Wohnungsnotfälle sicherstellen,
- aufsuchende Hilfe- und Beratungsangebote für Wohnungsnotfälle entwickeln, um sie mit wirkungsvollen Maßnahmen der sozialen Arbeit tatsächlich zu erreichen.

Die verstärkte Ausrichtung auf die Prävention von Wohnungslosigkeit in Nordrhein-Westfalen zeigt Wirkung, wie auch die Zahlen der Obdachlosenstatistik belegen. In Nordrhein-Westfalen konnten zwischen 1997 und 1999 rund 37% (=4.004) der betroffenen Menschen innerhalb eines halben Jahres wieder die Notunterkunft verlassen und in eine eigene Mietwohnung ziehen. Als beispielhaft gilt in Nordrhein-Westfalen auch das Grundkonzept der Zentralen Fachstelle. Hier werden alle Produkte und Leistungen zur Vermeidung und Bekämpfung von Wohnungslosigkeit unter einer Leitungsverantwortung zusammengefasst. Dies betrifft insbesondere Produkte bzw. Leistungen, die bisher in den Bereichen Soziales, Wohnungswesen und Ordnung angesiedelt waren.

An die Stelle mehrerer Fachbereiche bzw. Ämter tritt die Zentrale Fachstelle, die

- Mietschulden nach § 15a BSHG übernehmen kann,
- direkt auf Wohnungen zurückgreifen kann,
- Betroffene ordnungsrechtlich unterbringen, die eigene Wohnung beschlagnahmen bzw. in die eigene Wohnung wieder einweisen kann,
- die Verantwortung für die Unterkünfte für Wohnungslose innehat, sowie
- weitergehende Hilfen auslösen und sicherstellen kann.

Zielgruppe der Zentralen Fachstelle sind alle Wohnungsnotfälle.

Ein Beispiel für integrierte Aktivitäten auf diesem Helfesektor bietet die Stadt Köln. Das Kölner Hilfesystem mit seiner großen Anzahl stationärer und ambulanter Hilfemöglichkeiten ist danach konzeptionell und von der Kapazität her in der Lage, alle auf der Straße lebenden Personen gemäß den individuellen Erfordernissen wohnungs- und / oder betreuungsmäßig zu versorgen. Es gibt unter anderen einen „Kölner-Betten-Service“ (KöBeS), der die Unterbringung obdachloser Personen 24 Stunden täglich garantiert.

So wurde beispielsweise in Köln mit der Umsetzung einer Konzeption zur „Weiterentwicklung der Hilfe für Nichtsesshafte“ vom Mai 1994 in den letzten Jahren das Angebot der ambulanten Hilfen erheblich erweitert, z. B. um Streetwork, Wohnen für seelisch behinderte Menschen, zielgruppenorientierte Wohnangebote, insbesondere für Drogenabhängige, junge Trebegänger, sowie durch den Ausbau niedrigschwelliger Hilfen in Kontakt- und Beratungsstellen, zugehende hauswirtschaftliche Hilfen im eigenen Wohnraum, Versorgung der Zielgruppe durch den mobilen medizinischen Dienst des Gesundheitsamtes und durch die Einrichtung einer Krankenwohnung bei einem freien Träger.

Mit der Einrichtung der aktuell rund 500 Plätze in zielgruppenorientierten Wohnprojekten in ambulanten Hilfeformen konnten stationäre Unterbringungen zunehmend vermieden werden. Bei den Trägern der freien Wohlfahrtspflege sind in Köln über 60 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im ambulanten Hilfesegment nach § 72 BSHG tätig (aufsuchende Streetwork, Wohngruppen, Wohnhilfeangebote und auch zugehende hauswirtschaftliche Hilfe). In enger Zusammenarbeit mit dem überörtlichen Träger der Sozialhilfe wurden die notwendigen stationären Hilfen neu strukturiert und auf die bestehenden Bedarfslagen zugeschnitten. Das bedeutet z. B. Umwandlung von nicht mehr erforderlichen Heimplätzen für Personen nach § 72 BSHG in kleine Heime, z.B. für seelisch Behinderte gem. §§ 39 ff. BSHG.

Das ambulante Hilfesystem beginnt im Rahmen der aufsuchenden Streetworktätigkeit über kleinräumige betreute Wohngruppen bis hin zu zielgruppenorientierten Wohnhilfeprojekten. Die ambulanten und die stationären Hilfsangebote sind Teil eines komplementären Kölner Gesamthilfesystems. Hierzu gehören neben den bereits obengenannten stationären und ambulanten Hilfeformen auch die Fachberatungsstellen, ein Restaurantbetrieb, Einrichtungen für die körperliche Hygiene, ambulante medizinische Dienste sowie eine angeschlossene Krankenstation.

Nach dem Ausbau der letzten sechs Jahre besteht für Köln die Perspektive, das vorhandene System der Koordinierungs- und Steuerungsstelle für den Personenkreis zwischen dem betroffenen Amt für Wohnungswesen und dem Sozialamt weiter zu stärken und die eingeleiteten Synergieeffekte zu stabilisieren. Als notwendig hat sich darüber hinaus die intensivere Zusammenarbeit mit dem Bereich der Jugendhilfe und dem Bereich der Hilfen in Beschäftigungs-, Qualifizierungs- und Arbeitsmaßnahmen sowie eine inhaltliche Ausrichtung innerhalb der Kommune erwiesen.

Durch die Bildung der Koordinations- und Steuerungsstelle konnten die reinen ordnungsrechtlich veranlassten Unterbringungen nach dem OBG/NW, also die Unterbringungen in Hotels ohne jede Betreuung deutlich zugunsten der individuell erforderlichen und häufig notwendigen Hilfen nach § 72 BSHG reduziert werden. Personen, die nicht bereit oder in der Lage sind, Hilfen nach § 72 BSHG zu akzeptieren, werden allerdings weiterhin als „OBG-Fälle“ untergebracht.

Derzeit erhalten dort 1.500 Menschen Hilfe nach § 72 BSHG in Form von persönlicher oder wirtschaftlicher Hilfe. 300 Menschen sind im Rahmen des OBG in Hotels untergebracht.

Rheinland-Pfalz

Der Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit des Landes Rheinland-Pfalz, Florian Gerster, beschreibt im Vorwort zu der Studie „Wohnungslose Menschen in Rheinland Pfalz“ die Situation in Rheinland-Pfalz wie folgt: „Die öffentliche Diskussion über Armut in Rheinland-Pfalz und die regelmäßige Armutsberichterstattung der Landesregierung haben gezeigt, dass verlässliche Daten über die auf der Straße lebenden Menschen fehlen. Das Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit gab daher im Jahre 1998 die Studie „Wohnungslose Menschen in Rheinland-Pfalz“ in Auftrag.

Zweck des Forschungsauftrages war es, auf dem Wege einer Stichtagserhebung festzustellen, wie hoch die tatsächliche Anzahl der Wohnungslosen in Rheinland-Pfalz ist. Gleichzeitig wurden ihre soziodemographische Struktur und ihre sozialräumliche Verteilung untersucht. Erfasst wurden Wohnungslose, die entsprechend der gesetzlichen Begrifflichkeit als Nichtsesshafte einzustufen waren.

Die Ergebnisse des Forschungsauftrags lassen sich wie folgt zusammenfassen: Die Erhebung bei den Kommunen ergab, dass sich die Zahl der Sozialhilfe beziehenden Wohnungslosen in Rheinland-Pfalz auf 738 Personen belief. Hierunter waren 671 Männer und 67 Frauen. Als

Gründe für Wohnungslosigkeit stehen Arbeitslosigkeit, Scheidung und Trennung sowie Alkohol- und Suchtprobleme im Vordergrund. Sie bilden schwerpunktmäßig die biografischen Brüche, die zur Wohnungslosigkeit führen können.

Die Studie zeigt, dass der Beschaffung von Wohnraum durch öffentliche Stellen zentrale Bedeutung zukommt, auch wenn fehlende Wohnungen allein nicht die Ursache für die Lage der Wohnungslosen sind. Die Vielfalt an Einrichtungen und betreutem Wohnen biete dabei ein differenziertes Angebot für die unterschiedlichsten Problemlagen, welches dort greife, wo die Vermittlung in eigenen Wohnraum nicht ohne weiteres möglich ist. Aber nicht nur das Dach über dem Kopf sei ein Schlüssel für die Integration. Besonders wichtig sei auch die Strukturierung des Alltags durch Arbeit. Die Studie ergänzt insofern die positiven Erfahrungen, die das Land mit der modellhaften Forderung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen gesammelt hat.

Dass die festgestellte Anzahl der Wohnungslosen in Rheinland-Pfalz niedriger ausfällt als befürchtet wurde, sei sicherlich auch auf die intensive Tätigkeit der Freien Wohlfahrtsverbände in Rheinland-Pfalz auf dem Gebiet der Wohnungslosenhilfe zurückzuführen. Die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Land und Einrichtungsträgern habe sich bewährt. Die Untersuchung habe aber auch gezeigt, dass in Zukunft verstärkt auf niedrigschwellige Angebote und aufsuchende Sozialarbeit geachtet werden müsse.

Brandenburg

Das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen des Landes Brandenburg hat zur Problematik der Wohnungslosigkeit eine Stichtagserhebung zum 30. September 1997 bei allen Sozialämtern und Ordnungsämtern durchführen lassen. Von den 219 Gemeinden, in denen solche Behörden ihren Sitz hatten, stellten 128 (58%) Angaben zu Wohnungsnotfällen in ihrem Bereich zur Verfügung. Sie meldeten insgesamt 2.461 aktuell von Wohnungslosigkeit betroffene Personen. Bei einem Rücklauf von 58% und einer Hochrechnung auf 100% und gleichzeitiger Unterstellung analoger Verhältnisse in den Gemeinden des Landes Brandenburg, die sich an der Befragung nicht beteiligt haben, ist davon auszugehen, dass am 30. September 1997 im Land Brandenburg ca. 3.300 Personen aktuell von Wohnungslosigkeit betroffen waren.

Nach dieser Hochrechnung waren

- 63,9% Männer
- 19,1% Frauen

- 17,0% Kinder

von Wohnungslosigkeit betroffen. (Zahlenangaben ohne Dunkelfeldschätzung, ohne Spätaussiedler in Aussiedlerunterkünften und wohnungslose Flüchtlinge mit längerfristigem Aufenthaltsstatus/Duldung)

Aus den 128 Gemeinden, die sich an der Stichtagserhebung beteiligt haben, wurde bekannt, dass gegen 1.354 Haushalte im Zeitraum 01. Januar - 30. September 1997 Räumungsklagen durchgeführt wurden.

Auf der Grundlage des durch das Zweite Funktionalreformgesetz geänderten AG - BSHG ist das Land als überörtlicher Träger der Sozialhilfe seit dem 01. Januar 1995 für die Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten zuständig, soweit die Hilfe dazu bestimmt ist, Nichtsesshafte sesshaft zu machen. Die Zuständigkeit betrifft dabei sowohl die Hilfen innerhalb einer Anstalt, einem Heim oder gleichartigen Einrichtungen oder einer Einrichtung zur teilstationären Betreuung als auch ambulante Hilfen außerhalb von Einrichtungen. Diese Ausführungsbestimmung zu § 100 BSHG hilft Zuständigkeitsprobleme, die oft zu Lasten der Betroffenen gehen, vermeiden.

Durch das Landesamt für Soziales und Versorgung Cottbus, als der für das Land Brandenburg zuständigen Behörde für den überörtlichen Sozialhilfeträger werden landesweit in fünf Einrichtungen insgesamt 69 Plätze für stationäre Maßnahmen der Sesshaftmachung bei Bedarf über Entgelte finanziert. Daneben werden Maßnahmen der ambulanten Sesshaftmachung über Entgelte an freie Träger bzw. örtliche Träger der Sozialhilfe sichergestellt. Einen Überblick über stationäre bzw. ambulante Hilfen zur Sesshaftmachung gibt Anhangschaubild VI.2.

Berlin

Die Statistik zur Wohnungslosigkeit in Berlin umfasst entsprechend den unterschiedlichen Erkenntnisinteressen des Aufgabengebietes jeweils zum Ende des Quartals (Stichtagserhebung)

- die sogenannte „Personenstatistik“, d.h. Zahl der untergebrachten wohnungslosen Personen, differenziert nach Haushaltstypen, Alter, Dauer der Wohnungslosigkeit und früherem Wohnsitz,
- die sogenannte „Haushaltsstatistik“, d. h. Zahl der untergebrachten wohnungslosen Haushalte, differenziert nach Haushaltstypen und Ort der Unterbringung,
- die Zahl der Mitteilungen über Kündigungen des Mietverhältnisses,

- die Zahl der Haushalte mit Hilfen nach § 15a BSHG.

Der Kreis der *untergebrachten Wohnungslosen* umfasste nach der Statistik zur Wohnungslosigkeit in Berlin zum Jahresende 1999 insgesamt 6.653 Personen bzw. 5.923 Haushalte. Die Daten werden von den Berliner Bezirksämtern auf freiwilliger Basis gemeldet. Indirekt wird dort aus der sogenannten „Haushaltsstatistik“ abgeleitet, dass die Zahl derjenigen, die qualifizierte Hilfen nach § 72 BSHG in Anspruch nehmen (stationäre und ambulante Hilfen) rd. 1.501 Haushalte umfasst (= 25% aller untergebrachten wohnungslosen Haushalte). Die Zahl derjenigen Wohnungslosen, die lediglich Hilfe zum Lebensunterhalt beziehen, ist in der Zahl von 4.422 Haushalten (Differenz zu 5.923 Haushalten) enthalten. Allerdings ist diese Zahl zu reduzieren um diejenigen mit eigenem Einkommen und ohne Anspruch auf Sozialhilfe (sogenannte „Selbstzahler“ in den Einrichtungen). Diese Zahl wird nicht erhoben und ist daher unbekannt.

Der Umfang der auf der Straße lebenden Menschen (18 Jahre und älter), die keinen oder nur einen sporadischen Kontakt zum Sozialamt haben und daher nicht nach der Statistik zur Wohnungslosigkeit in Berlin erfasst werden, wird in Berlin auf ca. 2.000 bis 4.000 Personen geschätzt. Diese nehmen sogenannte niedrigschwellige Einrichtungen in Anspruch, die mittels Zuwendungen (Leistungen auf freiwilliger Basis) von den Bezirken oder von der Senatsverwaltung gefördert werden. Hilfe zum Lebensunterhalt oder Hilfe in besonderen Lebenslagen nach dem BSHG wird von diesem Personenkreis in der Regel nicht beantragt, da der Kontakt zum Sozialamt überwiegend gemieden wird.

Freistaat Sachsen

Um dem Problem der Obdachlosigkeit wirksam begegnen zu können, hat das Sächsische Staatsministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend und Familie wie bereits in den vergangenen Jahren eine Erhebung zur Obdachlosigkeit im Freistaat Sachsen zum Stichtag 31. Dezember 1999 durchgeführt.

Nach der Stichtagserhebung des Freistaats Sachsen gelten Menschen als obdachlos, die ohne ausreichende eigene Unterkunft (z. B. bei Verwandten oder Freunden) oder in Obdachlosen- und sonstigen Unterkünften ohne Mietvertrag als Nutzungsberechtigte leben. Der Begriff Obdachlosigkeit geht bei der Erhebung weiter als die Definition, bei der davon ausgegangen wird, die betreffende Person habe „kein Dach über dem Kopf“.

Im Freistaat Sachsen waren demnach am 31. Dezember 1999 insgesamt 2.193 Bürgerinnen und Bürger obdachlos gemeldet. Gegenüber dem Vorjahr mit 2.765 Obdachlosen bedeutet dies

einen Rückgang um 572 Personen. Dies entspricht einer Abnahme (von ca. 20%) von 61 auf nur noch 49 Personen je 100.000 Einwohner. Von den insgesamt 2.193 Betroffenen sind 1.464 Männer (minus 318 zum Vorjahr), 416 Frauen (minus 111) und 313 Kinder (minus 143). Von den 2.193 Betroffenen sind jedoch nur 1.089 Personen im Sozialhilfebezug. Wie die Umfrage ergeben hat, sorgen die Kommunen jedoch dafür, dass Familien mit Kindern nicht in Obdachlosenheimen, sondern in normalem Wohnraum untergebracht werden.

Die Ursachen für die Obdachlosigkeit sind dort u.a. Mietschulden (50,6%), mietwidriges Verhalten (8,9%), Scheidung (5,3%), Arbeitslosigkeit (7,8%) und Sucht (14,7%). Gerade bei der Ursache „Sucht“ ist nach Jahren mit gleichbleibender Prozentzahl nun im Jahr 1999 eine Steigerung festzustellen.

VI.3 Daten und Fakten

Anhangtabelle VI.1

Gebäudestruktur des Wohnungsbestandes

| | Alte Länder | | Neue Länder | Deutschland |
|---|---------------|---------------|--------------|---------------|
| | 1978 | 1998 | 1998 | 1998 |
| Wohneinheiten in Wohngebäuden in Tsd. | 22.895 | 29.257 | 7.290 | 36.548 |
| davon nach Zahl der Wohneinheiten im Gebäude und nach Baualter in Prozent: | | | | |
| 1 und 2 Wohneinheiten | 47,3 | 47,9 | 34,2 | 45,2 |
| bis 1918 | 11,9 | 6,9 | 12,6 | 8,0 |
| 1919 bis 1948 | 8,3 | 5,9 | 9,8 | 6,7 |
| 1949 bis 1978 | 27,2 | 24,1 | 4,9 | 20,3 |
| 1979 bis 1990 | | 7,5 | 3,1 | 6,6 |
| 1991 bis 1998 | | 3,6 | 3,8 | 3,6 |
| 3 und mehr Wohneinheiten | 52,7 | 52,1 | 65,8 | 54,8 |
| bis 1918 | 10,7 | 6,4 | 13,7 | 7,9 |
| 1919 bis 1948 | 6,4 | 6,0 | 9,7 | 6,8 |
| 1949 bis 1978 | 35,6 | 29,6 | 22,8 | 28,2 |
| 1979 bis 1990 | | 5,6 | 14,4 | 7,4 |
| 1991 bis 1998 | | 4,4 | 5,2 | 4,5 |

Quelle: Eigene Berechnungen des BMVBW aus der Wohnungsstichprobe 1978 und der Zusatzerhebung zum Mikrozensus 1998

Anhangtabelle VI.2

Größenstruktur des Wohnungsbestandes 1998

| | Wohneinheiten mit einer Fläche von ... bis unter ... qm in % | | | | | | qm je Wohneinheit |
|-------------------------------------|--|---------|---------|----------|-----------|----------|-------------------|
| | unter 40 | 40 - 60 | 60 - 80 | 80 - 100 | 100 - 120 | 120 u.m. | |
| Alte Länder | 4,6 | 16,0 | 25,4 | 18,5 | 13,1 | 22,4 | 90,1 |
| nach Nutzung | | | | | | | |
| Eigentümerwohneinheiten | 0,5 | 3,6 | 12,8 | 18,8 | 20,2 | 44,0 | 115,2 |
| Mietwohneinheiten | 7,8 | 25,4 | 34,9 | 18,3 | 7,7 | 5,9 | 71,1 |
| n. Zahl d. Wohneinheiten im Gebäude | | | | | | | |
| 1 und 2 Wohneinheiten | 1,1 | 5,5 | 14,1 | 18,3 | 19,8 | 41,3 | 111,6 |
| davon nach Baualter | | | | | | | |
| bis 1948 | 1,4 | 7,8 | 19,3 | 22,0 | 18,3 | 31,3 | 103,2 |
| 1949 bis 1978 | 0,9 | 5,1 | 14,7 | 19,9 | 20,6 | 38,8 | 109,7 |
| 1979 bis 1990 | 1,2 | 3,5 | 6,7 | 10,7 | 20,0 | 57,9 | 124,7 |
| 1991 bis 1998 | 0,6 | 3,2 | 7,3 | 10,8 | 19,5 | 58,5 | 126,6 |
| 3 und mehr Wohneinheiten | 8,0 | 25,9 | 36,0 | 18,8 | 6,7 | 4,6 | 69,8 |
| davon nach Baualter | | | | | | | |
| bis 1948 | 8,4 | 27,7 | 30,5 | 17,3 | 8,4 | 7,7 | 71,9 |
| 1949 bis 1978 | 8,4 | 27,0 | 38,9 | 17,6 | 5,3 | 2,8 | 67,4 |
| 1979 bis 1990 | 6,2 | 20,6 | 32,9 | 24,9 | 9,5 | 5,8 | 74,5 |
| 1991 bis 1998 | 6,0 | 21,2 | 36,4 | 23,3 | 7,5 | 5,6 | 74,6 |
| davon nach Nutzung | | | | | | | |
| Eigentümerwohneinheiten | 1,9 | 10,4 | 29,6 | 28,9 | 15,1 | 14,2 | 86,0 |
| Mietwohneinheiten | 9,1 | 28,9 | 37,2 | 16,8 | 5,1 | 2,8 | 66,4 |
| Neue Länder | 6,8 | 30,8 | 29,8 | 13,1 | 9,7 | 9,7 | 73,4 |
| nach Nutzung | | | | | | | |
| Eigentümerwohneinheiten | 0,6 | 7,3 | 18,5 | 22,0 | 23,7 | 27,8 | 100,3 |
| Mietwohneinheiten | 9,6 | 41,5 | 34,9 | 9,1 | 3,3 | 1,6 | 61,2 |
| n. Zahl d. Wohneinheiten im Gebäude | | | | | | | |
| 1 und 2 Wohneinheiten | 1,8 | 10,6 | 20,4 | 21,3 | 21,6 | 24,1 | 96,0 |
| davon nach Baualter | | | | | | | |
| bis 1948 | 2,2 | 13,2 | 24,2 | 22,6 | 18,5 | 19,5 | 90,4 |
| 1949 bis 1978 | 1,8 | 8,3 | 19,8 | 25,4 | 24,0 | 20,7 | 94,5 |
| 1979 bis 1990 | 0,0 | 2,5 | 5,9 | 14,3 | 34,0 | 43,3 | 116,5 |
| 1991 bis 1998 | 0,0 | 4,4 | 7,4 | 10,9 | 30,6 | 46,7 | 114,3 |
| 3 und mehr Wohneinheiten | 9,6 | 42,4 | 35,3 | 8,4 | 2,7 | 1,4 | 60,6 |
| davon nach Baualter | | | | | | | |
| bis 1948 | 7,3 | 38,4 | 31,6 | 13,8 | 5,8 | 3,1 | 64,6 |
| 1949 bis 1978 | 7,8 | 52,1 | 35,7 | 3,4 | 0,0 | 0,0 | 57,3 |
| 1979 bis 1990 | 14,5 | 37,8 | 41,5 | 6,2 | 0,0 | 0,0 | 57,9 |
| 1991 bis 1998 | 7,5 | 35,0 | 38,2 | 16,4 | 2,9 | 0,0 | 68,8 |
| davon nach Nutzung | | | | | | | |
| Eigentümerwohneinheiten | 0,0 | 20,8 | 36,6 | 18,8 | 12,9 | 10,9 | 78,3 |
| Mietwohneinheiten | 10,1 | 43,7 | 35,3 | 7,8 | 2,3 | 0,8 | 59,6 |

- Fortsetzung der Tabelle auf der nächsten Seite -

| | Wohneinheiten mit einer Fläche von ... bis unter ... qm in % | | | | | | qm je Wohneinheit |
|-------------------------------------|--|---------|---------|----------|-----------|----------|-------------------|
| | unter 40 | 40 - 60 | 60 - 80 | 80 - 100 | 100 - 120 | 120 u.m. | |
| Deutschland | 5,0 | 18,8 | 26,2 | 17,5 | 12,4 | 20,0 | 86,9 |
| nach Nutzung | | | | | | | |
| Eigentümerwohneinheiten | 0,5 | 4,1 | 13,7 | 19,3 | 20,7 | 41,7 | 113,0 |
| Mietwohneinheiten | 8,2 | 28,9 | 34,9 | 16,3 | 6,7 | 5,0 | 68,9 |
| n. Zahl d. Wohneinheiten im Gebäude | | | | | | | |
| 1 und 2 Wohneinheiten | 1,2 | 6,2 | 15,0 | 18,7 | 20,1 | 38,7 | 109,2 |
| davon nach Baualter | | | | | | | |
| bis 1948 | 1,6 | 9,4 | 20,8 | 22,1 | 18,3 | 27,7 | 99,4 |
| 1949 bis 1978 | 1,0 | 5,2 | 15,0 | 20,1 | 20,7 | 38,0 | 109,0 |
| 1979 bis 1990 | 1,2 | 3,7 | 6,7 | 11,3 | 21,2 | 56,2 | 123,4 |
| 1991 bis 1998 | 0,8 | 4,1 | 7,9 | 11,3 | 21,2 | 54,8 | 123,9 |
| 3 und mehr Wohneinheiten | 8,4 | 29,6 | 35,8 | 16,5 | 5,9 | 3,9 | 67,8 |
| davon nach Baualter | | | | | | | |
| bis 1948 | 8,3 | 30,4 | 30,6 | 16,4 | 7,8 | 6,6 | 70,2 |
| 1949 bis 1978 | 8,3 | 30,9 | 38,4 | 15,4 | 4,6 | 2,4 | 65,8 |
| 1979 bis 1990 | 10,0 | 26,7 | 35,4 | 17,8 | 6,3 | 3,9 | 68,2 |
| 1991 bis 1998 | 6,2 | 23,3 | 36,2 | 21,6 | 7,4 | 5,5 | 72,9 |
| davon nach Nutzung | | | | | | | |
| Eigentümerwohneinheiten | 1,9 | 11,2 | 30,1 | 28,1 | 14,9 | 13,8 | 87,2 |
| Mietwohneinheiten | 9,4 | 32,5 | 36,7 | 14,6 | 4,4 | 2,3 | 64,7 |

Quelle: Eigene Berechnungen des BMVBW aus der Zusatzerhebung zum Mikrozensus 1998

Anhangtabelle VI.3

Eigentümerquote¹ nach Haushaltsgröße

| | Alte Länder | | | Neue Länder | | Deutschland | |
|---------------------|-------------|------|------|-------------|------|-------------|-------|
| | 1978 | 1993 | 1998 | 1993 | 1998 | 1993 | 1998 |
| Haushalte insgesamt | 37,2 | 41,8 | 43,6 | 26,1 | 31,6 | 38,8% | 41,4% |
| Zahl der Personen | | | | | | | |
| 1 Person | 20,3 | 23,4 | 27,2 | 13,2 | 14,8 | 21,6% | 25,1% |
| 2 Personen | 35,6 | 44,7 | 50,1 | 28,5 | 32,6 | 41,6% | 46,8% |
| 3 Personen | 41,6 | 51,2 | 51,6 | 29,6 | 41,1 | 46,5% | 49,3% |
| 4 Personen | 50,5 | 58,0 | 57,6 | 34,9 | 49,6 | 52,9% | 56,0% |
| 5 u.m. Personen | 62,0 | 61,0 | 58,4 | 44,7 | 55,4 | 58,6% | 58,0% |

1 Eigentümerhaushalte in % der Wohnungsinhaberhaushalte (Eigentümer- und Hauptmieter); bezieht man auch die Untermieter ein, ergeben sich 1998 für Haushalte insgesamt Eigentümerquoten von 42,6% / 31,0% / 40,5% (alte / neue Länder / Deutschland)

Quelle: Eigene Berechnungen des BMVBW aus den Wohnungsstichproben 1978 und 1993 sowie der Zusatzerhebung zum Mikrozensus 1998

Anhangtabelle VI.4

Wohnflächenversorgung nach Haushaltsgröße

| | qm Wohnfläche je Haushalt | | | | | | |
|------------------------------|---------------------------|--------------|--------------|-------------|--------------|--------------|--------------|
| | Alte Länder | | | Neue Länder | | Deutschland | |
| | 1978 | 1993 | 1998 | 1993 | 1998 | 1993 | 1998 |
| Eigentümer-Haushalte | 104 | 113,1 | 115,4 | 97,6 | 100,3 | 111,1 | 113,2 |
| Zahl der Personen | | | | | | | |
| 1 Person | 75 | 87,4 | 91,4 | 78,9 | 80 | 86,5 | 90,2 |
| 2 Personen | 92 | 105,5 | 111,2 | 89,3 | 92,7 | 103,5 | 108,7 |
| 3 Personen | 106 | 119,2 | 124,7 | 102,3 | 106,2 | 116,9 | 121,3 |
| 4 Personen | 117 | 130,2 | 134,6 | 110,6 | 114,4 | 127,4 | 131,0 |
| 5 u.m. Personen | 132 | 146,7 | 148,3 | 123,6 | 125,3 | 144,2 | 145,4 |
| Hauptmieter-Haushalte | 67 | 70,1 | 71,3 | 60,4 | 61,3 | 67,9 | 69,1 |
| Zahl der Personen | | | | | | | |
| 1 Person | 52 | 57,3 | 58,7 | 48,4 | 50,7 | 55,6 | 57,2 |
| 2 Personen | 67 | 72,8 | 75,4 | 60,8 | 62,8 | 70 | 72,4 |
| 3 Personen | 76 | 81,7 | 84,2 | 66,8 | 70,2 | 77,4 | 80,6 |
| 4 Personen | 83 | 89,3 | 91,4 | 73,9 | 78,0 | 84,7 | 88,4 |
| 5 u.m. Personen | 90 | 96,1 | 98,5 | 85,4 | 89,5 | 94 | 97,2 |

Quelle: Eigene Berechnungen des BMVBW aus den Wohnungsstichproben 1978 und 1993 sowie der Zusatzerhebung zum Mikrozensus 1998

Anhangtabelle VI.5

Wohnungsversorgung von Familien und Senioren 1998

| | Eigentümerquote | qm Wohnfläche je Haushalt | |
|--|-----------------|---------------------------|--------|
| | | Eigentümer | Mieter |
| Alte Länder | | | |
| Haushalte insgesamt | 43,6 | 115,4 | 71,3 |
| Haushalte mit Kindern zusammen ¹ | 46,4 | 132,0 | 86,9 |
| davon nach Zahl der Kinder ¹ | | | |
| 1 Kind | 42,4 | 127,0 | 82,1 |
| 2 Kinder | 50,3 | 133,4 | 90,3 |
| 3 u.m. Kinder | 49,8 | 144,0 | 98,0 |
| darunter allein Erziehende | 20,7 | / ² | 74,8 |
| Haushalte mit einem Haushaltsvorstand 65 Jahre und älter | 49,9 | 103,1 | 67,6 |
| Neue Länder | | | |
| Haushalte insgesamt | 31,8 | 100,3 | 61,3 |
| Haushalte mit Kindern zusammen ¹ | 38,4 | 113,2 | 73,2 |
| davon nach Zahl der Kinder ¹ | | | |
| 1 Kind | 36,5 | 110,0 | 69,2 |
| 2 Kinder | 41,3 | 115,3 | 77,2 |
| 3 u.m. Kinder | 40,5 | 125,2 | 90,7 |
| darunter allein Erziehende | 18,2 | / ² | 62,4 |
| Haushalte mit einem Haushaltsvorstand 65 Jahre und älter | 27,0 | 85,2 | 56,0 |
| Deutschland | | | |
| Haushalte insgesamt | 41,4 | 113,2 | 69,1 |
| Haushalte mit Kindern zusammen ¹ | 44,8 | 129,7 | 83,8 |
| davon nach Zahl der Kinder ¹ | | | |
| 1 Kind | 41,0 | 123,4 | 78,8 |
| 2 Kinder | 48,6 | 130,4 | 87,5 |
| 3 u.m. Kinder | 48,6 | 142,1 | 96,5 |
| darunter allein Erziehende | 20,0 | / ² | 71,0 |
| Haushalte mit einem Haushaltsvorstand 65 Jahre und älter | 45,7 | 101,2 | 72,1 |

1 Kinder bis unter 18 Jahre

2 Wegen zu geringer Fallzahl keine Angaben möglich

Quelle: Eigene Berechnungen des BMVBW aus der Zusatzerhebung zum Mikrozensus 1998

Anhangtabelle VI.6

Ausstattung mit Sammelheizung 1998

| | bewohnte Wohneinheiten mit Sammelheizung in Prozent | | |
|--|--|-------------|-------------|
| | Alte Länder | Neue Länder | Deutschland |
| insgesamt | 87,9 | 81,8 | 86,9 |
| nach Nutzung | | | |
| Eigentümerwohneinheiten | 88,8 | 84,1 | 88,1 |
| Mietwohneinheiten | 87,2 | 81,7 | 86,0 |
| nach Zahl der Wohneinheiten im Gebäude | | | |
| 1 und 2 Wohneinheiten | 87,3 | 81,6 | 86,5 |
| davon nach Baualter | | | |
| bis 1948 | 75,2 | 76,6 | 75,6 |
| 1949 bis 1978 | 89,8 | 85,2 | 89,6 |
| 1979 bis 1990 | 94,6 | 94,9 | 94,5 |
| 1991 bis 1998 | 97,5 | 96,2 | 97,1 |
| 3 und mehr Wohneinheiten | 88,4 | 83,1 | 87,2 |
| davon nach Baualter | | | |
| bis 1948 | 79,9 | 63,6 | 75,5 |
| 1949 bis 1978 | 89,2 | 87,4 | 88,9 |
| 1979 bis 1990 | 95,0 | 96,4 | 95,5 |
| 1991 bis 1998 | 97,9 | 98,8 | 98,2 |
| davon nach Nutzung | | | |
| Eigentümerwohneinheiten | 92,3 | 90,4 | 92,1 |
| Mietwohneinheiten | 87,6 | 82,8 | 86,4 |

Quelle: Eigene Berechnungen des BMVBW aus der Zusatzerhebung zum Mikrozensus 1998

Anhangtabelle VI.7

Mietenstruktur 1998

| | Wohneinheiten nach Bruttokaltmiete 1998 von ... bis unter ... DM je qm in % | | | | | | | |
|-------------|---|-------|-------|--------|---------|---------|---------|---------------|
| | unter 7 | 7 - 8 | 8 - 9 | 9 - 10 | 10 - 12 | 12 - 14 | 14 - 17 | 17 u. mehr |
| Alte Länder | 6,1 | 5,4 | 8,3 | 10,8 | 24,9 | 19,3 | 15,1 | 10,1 |
| Neue Länder | 15,4 | 10,2 | 12,9 | 14,5 | 25,9 | 12,4 | 6,2 | 2,4 |
| Deutschland | 8,2 | 6,5 | 9,4 | 11,6 | 25,1 | 17,7 | 13,0 | 8,3 |

Quelle: Eigene Berechnungen des BMVBW aus der Zusatzerhebung zum Mikrozensus 1998

Anhangtabelle VI.8

Miethöhe nach Baualter 1998

| | Bruttokaltmiete in DM je qm | | |
|------------------------|-----------------------------|-------------|-------------|
| | Alte Länder | Neue Länder | Deutschland |
| insgesamt ¹ | 11,28 | 9,43 | 10,90 |
| nach Baualter: | | | |
| bis 1948 | 10,33 | 8,60 | 9,91 |
| 1949 bis 1978 | 11,18 | 9,47 | 10,33 |
| 1979 bis 1990 | 12,42 | 9,10 | 11,26 |
| 1991 bis 1998 | 13,30 | 12,93 | 13,22 |

1 Alle Mietwohnungen einschließlich Untervermietungen. Für Hauptmieter allein betragen die Mieten 11,11 / 9,35 / 10,75

Quelle: Eigene Berechnungen des BMVBW aus der Zusatzerhebung zum Mikrozensus 1998

Anhangtabelle VI.9

Eigentümerquote reicher Haushalte 1998

| | Haushalte insgesamt | Personen im Haushalt | | | | |
|---------------------------------|---------------------|----------------------|------|------|------|-----------|
| | | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 u. mehr |
| Alte Länder | | | | | | |
| alle Haushalte | 43,6 | 27,2 | 50,1 | 51,6 | 57,6 | 58,4 |
| oberstes "Quintil" ¹ | 60,3 | 38,2 | 61,8 | 74,8 | 78,8 | 79,8 |
| Neue Länder | | | | | | |
| Alle Haushalte | 31,6 | 14,8 | 32,6 | 41,1 | 49,6 | 55,4 |
| Oberstes "Quintil" ¹ | 47,4 | 8,0 | 42,5 | 58,2 | 64,4 | 75,0 |
| Deutschland | | | | | | |
| Alle Haushalte | 41,4 | 25,1 | 46,8 | 49,3 | 56,0 | 58,0 |
| Oberstes "Quintil" ¹ | 59,3 | 36,8 | 60,5 | 72,9 | 77,2 | 79,4 |

1 Oberstes Einkommensfünftel innerhalb der jeweiligen Haushaltsgrößengruppe (abgegrenzt für Deutschland insgesamt)

Quelle: Eigene Berechnungen des BMVBW aus der Zusatzerhebung zum Mikrozensus 1998

Anhangtabelle VI.10

Wohnflächenversorgung reicher Haushalte 1998

| | m ² - Wohnfläche reicher Haushalte | | | | | |
|---------------------------------|---|----------------------|-------|-------|-------|-----------|
| | Haushalte insgesamt | Personen im Haushalt | | | | |
| | | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 u. mehr |
| Alte Länder | | | | | | |
| alle Haushalte | 90,5 | 67,6 | 93,4 | 105,1 | 116,3 | 127,6 |
| oberstes "Quintil" ¹ | 111,6 | 80,4 | 111,4 | 129,4 | 139,8 | 153,0 |
| Neue Länder | | | | | | |
| alle Haushalte | 71,3 | 58,7 | 75,4 | 84,2 | 91,4 | 98,5 |
| oberstes "Quintil" ¹ | 95,9 | 66,0 | 88,9 | 103,7 | 112,0 | 131,3 |
| Deutschland | | | | | | |
| alle Haushalte | 87,4 | 65,5 | 89,4 | 100,6 | 112,3 | 125,1 |
| oberstes "Quintil" ¹ | 110,4 | 79,7 | 109,9 | 126,4 | 136,6 | 151,0 |

1 Oberstes Einkommensfünftel innerhalb der jeweiligen Haushaltsgrößengruppe (abgegrenzt für Deutschland insgesamt)

Quelle: Eigene Berechnungen des BMVBW aus der Zusatzerhebung zum Mikrozensus 1998

Anhangtabelle VI.11

Mietbelastung reicher Haushalte ¹ 1998

| | Bruttokaltmiete in % des Haushaltsnettoeinkommens | | | | | |
|---------------------------------|---|----------------------|------|------|------|-----------|
| | Haushalte insgesamt | Personen im Haushalt | | | | |
| | | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 u. mehr |
| Alte Länder | | | | | | |
| alle Haushalte | 24,5 | 28,5 | 22,0 | 23,3 | 23,3 | 24,4 |
| oberstes "Quintil" ² | 19,0 | 21,2 | 16,9 | 16,8 | 18,1 | 17,9 |
| Neue Länder | | | | | | |
| alle Haushalte | 19,9 | 25,4 | 18,7 | 17,3 | 17,6 | 19,5 |
| oberstes "Quintil" ² | 13,8 | 16,8 | 12,9 | 11,8 | 12,6 | 12,2 |
| Deutschland | | | | | | |
| alle Haushalte | 23,5 | 28,0 | 21,2 | 21,7 | 22,0 | 23,7 |
| oberstes "Quintil" ² | 18,1 | 20,8 | 16,5 | 15,8 | 17,0 | 16,5 |

1 Hauptmieterhaushalte in reinen Mietwohneinheiten

2 oberstes Einkommensfünftel innerhalb der jeweiligen Haushaltsgrößengruppe (abgegrenzt für Deutschland insgesamt)

Quelle: Eigene Berechnungen des BMVBW aus der Zusatzerhebung zum Mikrozensus 1998

Anhangtabelle VI.12

Wohnungsversorgung einkommensschwacher Haushalte mit und ohne Kinder 1998

| Haushaltsgröße (Personen) | Haushalte mit Kindern | | | | Haushalte ohne Kinder | | | |
|------------------------------|-----------------------|--------------------------------|------------------------|--------------------------|-----------------------|--------------------------------|------------------------|--------------------------|
| | durchschn. | Ausstattung | Wohnkostenbelastung | | durchschn. | Ausstattung | Wohnkostenbelastung | |
| | Wohnfläche in qm | mit SH u. Bad o. Du in % | vor Wohn- geld in % | nach Wohngeld in % | Wohnfläche in qm | mit SH u. Bad o. Du in % | vor Wohn- geld in % | nach Wohngeld in % |
| | Alte Länder | | | | | | | |
| 1 | - | - | - | - | 48 | 90 | 44,2 | 35,0 |
| 2 | 66 | 94 | 42,9 | 32,2 | 63 | 90 | 39,9 | 32,1 |
| 3 | 75 | 94 | 38,0 | 29,0 | 69 | 90 | 39,0 | 30,0 |
| 4 | 83 | 95 | 32,8 | 24,4 | 75 | 92 | 37,1 | 26,4 |
| 5 u. m. | 95 | 94 | 28,8 | 20,4 | 86 | 90 | 34,8 | 23,7 |
| insg. | 81 | 95 | 34,6 | 25,7 | 52 | 90 | 43,2 | 34,2 |
| | Neue Länder | | | | | | | |
| 1 | - | - | - | - | 46 | 81 | 39,5 | 26,3 |
| 2 | 57 | 87 | 36,2 | 21,1 | 59 | 86 | 35,4 | 25,1 |
| 3 | 65 | 89 | 30,9 | 18,8 | 68 | 88 | 34,8 | 23,2 |
| 4 | 75 | 89 | 26,8 | 16,4 | 79 | 89 | 32,0 | 20,2 |
| 5 u. m. | 88 | 84 | 24,3 | 13,3 | 91 | 89 | 29,2 | 17,4 |
| Insg. | 67 | 88 | 31,1 | 18,4 | 48 | 82 | 38,9 | 26,0 |

Quelle: Wohngeldstatistik 1998

Anhangtabelle VI.13

Ausstattung einkommensschwacher Mieter mit Sammelheizung und Bad 1998

| Haushaltsgröße (Personen) | Alte Länder | | Neue Länder | |
|------------------------------|---|----------------|-------------|----------------|
| | Tabellen- | pauschaliertes | Tabellen- | pauschaliertes |
| | Wohngeld | | Wohngeld | |
| | Anteil der Haushalte mit Sammelheizung und Bad/Dusche * | | | |
| 1 | 90 | 85 | 81 | 67 |
| 2 | 92 | 87 | 87 | 79 |
| 3 | 94 | 88 | 88 | 82 |
| 4 | 95 | 89 | 89 | 85 |
| 5 und mehr | 93 | 88 | 85 | 82 |
| Insgesamt | 92 | 86 | 84 | 75 |

* beim pauschalierten Wohngeld: Anteil der Haushalte mit Sammelheizung

Quelle: Wohngeldstatistik 1998

Anhangtabelle VI.14

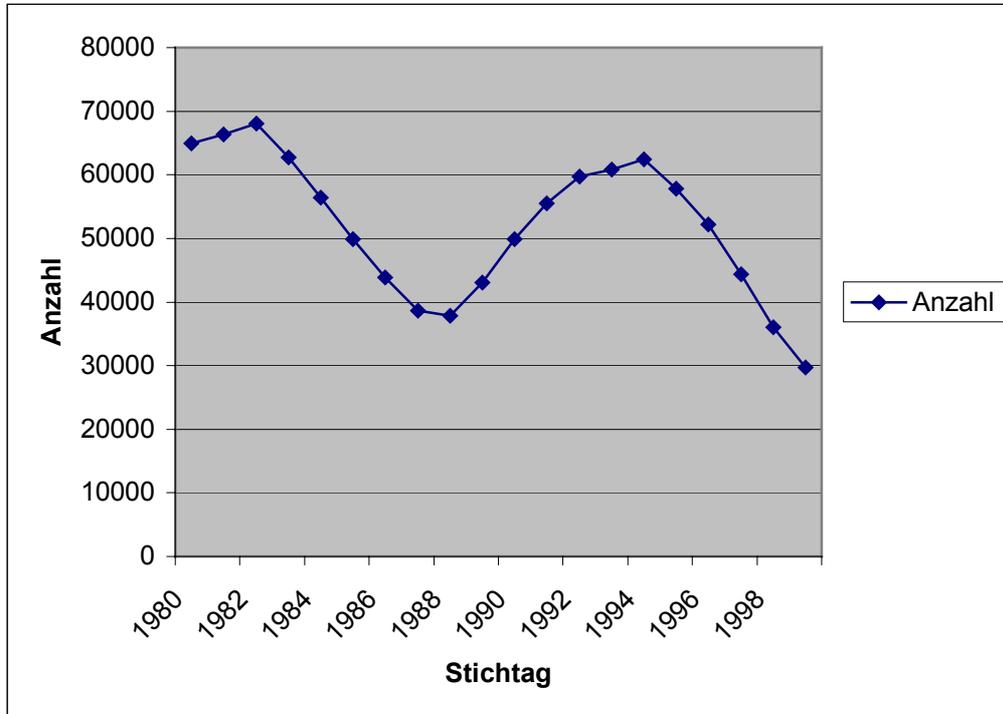
Schätzung der Zahl der Wohnungslosen 1994 - 1999 durch die BAG-W

| Haushaltsstruktur | Schätzung 1994 | Schätzung 1995 | Schätzung 1996 | Schätzung 1997 | Schätzung 1998 | Schätzung 1999 |
|--|---------------------------|---------------------------|---------------------------|---------------------------|---------------------------|---------------------------|
| Wohnungslose in Mehrpersonenhaus- halten | 370.000 | 390.000 | 380.000 | 370.000 | 330.000 | 260.000 |
| wohnungslose Ein- personenhaushalte | 180.000 | 190.000 | 210.000 | 220.000 | 200.000 | 180.000 |
| Wohnungslose (ohne wohnungslose Aussiedler) | 550.000 | 580.000 | 590.000 | 590.000 | 530.000 | 440.000 |
| wohnungslose Aus- siedler | 330.000 | 340.000 | 340.000 | 270.000 | 150.000 | 110.000 |
| Alle Wohnungslosen | 880.000 | 920.000 | 930.000 | 860.000 | 680.000 | 550.000 |

Quelle: Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe, Bielefeld, 11. Juli 2000

Anhangschaubild VI.1

**In nordrhein-westfälischen Obdachlosenunterkünften untergebrachte Personen
1980 - 1999**

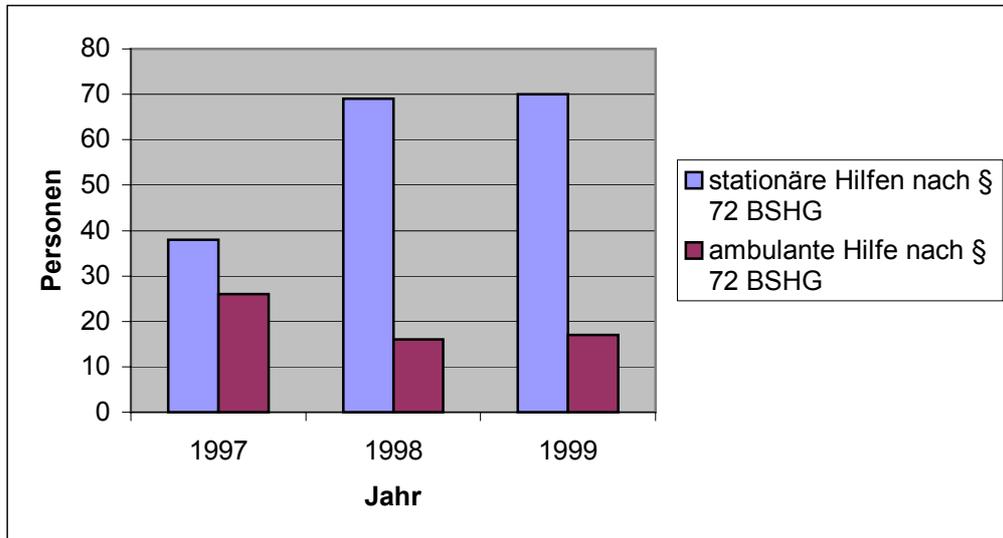


Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik (LDS) NW

Anhangschaubild VI.2

Anzahl der Personen, die stationäre Hilfe bzw. ambulante Hilfe gem. § 72 BSHG vom überörtlichen Träger der Sozialhilfe erhalten haben

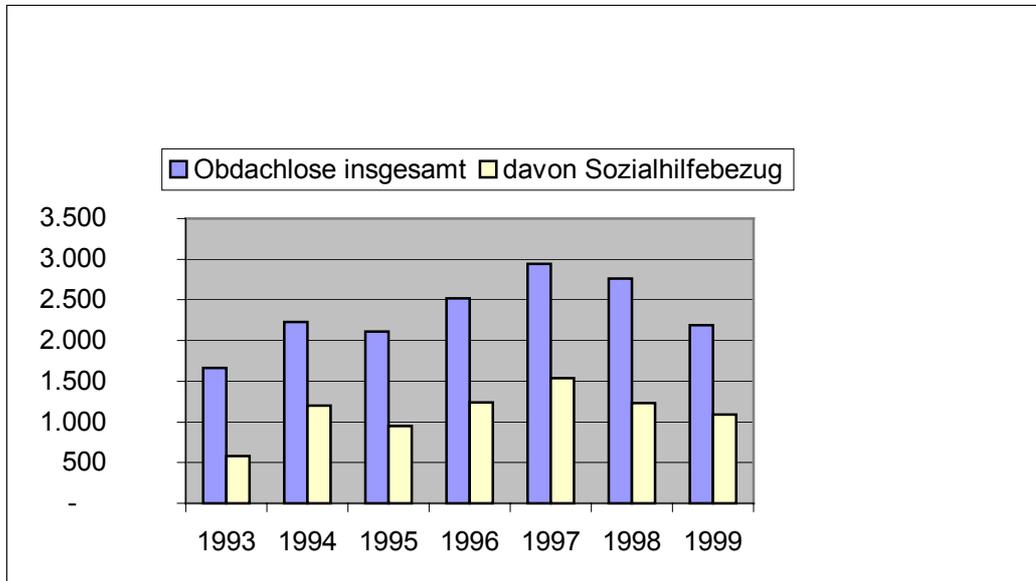
Im Rahmen dieser Zuständigkeit nach dem AG-BSHG Brandenburg wurden in den nachfolgenden Hilfefällen stationäre bzw. ambulante Hilfen zur Sesshaftmachung geleistet



Quelle: Angaben vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen des Landes Brandenburg

Anhangschaubild VI.3

Anzahl der obdachlosen Sozialhilfebezieher von 1993 - 1999 Vergleich zur Zahl der Obdachlosen insgesamt Stichtag 31.12. im Freistaat Sachsen

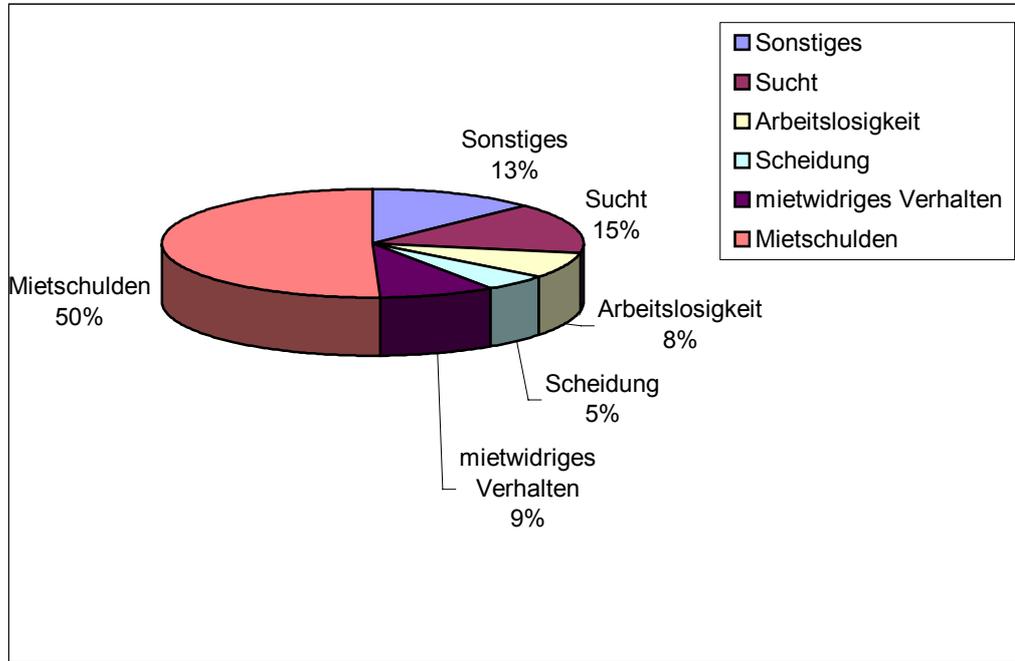


Quelle: (Aus „Tischvorlage zur Regierungspressekonferenz am 24.02.2000 in Dresden des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales, Gesundheit, Jugend und Familie (SMS, Ref.43/Obdachlosenbericht 1999))

Hinweis: Obdachlose haben teilweise vorrangige Leistungsansprüche gegen Dritte; persönliche Hilfen nach § 72 BSHG werden im übrigen ohne Rücksicht auf Einkommen und Vermögen gemäß § 72 (3) BSHG

Anhangschaubild VI.4

**Darstellung der häufigsten Ursachen für
Obdachlosigkeit 1999 in % im Freistaat Sachsen**



Quelle: Aus „Tischvorlage zur Regierungspressekonferenz am 24.02.2000 in Dresden des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales, Gesundheit, Jugend und Familie SMS,)Ref.43/Obdachlosenbericht 1999)

VII. Gesundheitliche Situation und Pflegebedürftigkeit

VII.1 Die Gesetzliche Krankenversicherung

Die Bundesrepublik Deutschland verfügt über ein bewährtes und funktionsfähiges System gesundheitlicher Sicherung. Den entscheidenden Anteil an diesem System hat die gesetzliche Krankenversicherung (GKV). Rund 90% der Bevölkerung, das sind 72 Millionen Bürger, sind in der GKV versichert. Prägendes Kennzeichen der GKV ist das Solidaritätsprinzip. Die Beiträge, die der Versicherte für seinen Krankenversicherungsschutz zu entrichten hat, richten sich nach seiner finanziellen Leistungsfähigkeit; sie werden bemessen nach einem vom Hundertsatz des Arbeitsentgelts. Alter, Geschlecht und das gesundheitliche Risiko des Versicherten sind für die Beitragshöhe unerheblich. Der Anspruch auf die medizinischen Leistungen der Krankenkasse ist unabhängig von der Höhe der gezahlten Beiträge: Man bekommt nach dem Maße seiner Bedürfnisse und gibt nach dem Maße seiner Leistungskraft.

Das Versicherungsverhältnis in der GKV ist in der Regel an ein Arbeitsverhältnis geknüpft. Anknüpfungspunkt kann aber auch der Bezug von anderem Einkommen (z.B. Arbeitslosengeld, Rente, Versorgungsbezüge) oder die freiwillige Zahlung von Beträgen sein. Schließlich sind besondere Personengruppen (z.B. Landwirte, Studenten, behinderte Menschen) unter bestimmten Voraussetzungen ebenfalls in den Schutz der Krankenversicherung einbezogen. Familienangehörige ohne eigenes oder geringfügiges Einkommen werden beitragsfrei mitversichert. Wenn das versicherte Risiko der „Krankheit“ eintritt, ist es Aufgabe der GKV, ihren Versicherten alle erforderlichen Gesundheitsleistungen zu erbringen. Prinzipiell entscheidet der Gesetzgeber über den Umfang des Leistungskataloges. Welche Leistungen im Einzelfall medizinisch erforderlich sind, entscheidet aber der behandelnde Arzt unter Beachtung des Prinzips der Wirtschaftlichkeit und der Qualität.

VII.2 Die Private Krankenversicherung

Die Absicherung im Krankheitsfall für rd. 10% der Bevölkerung, die nicht in der GKV versichert sind, erfolgt weitgehend im Rahmen der privaten Krankenversicherung (PKV) und in (z.T. ergänzenden) Sondersystemen für bestimmte Berufsgruppen, wie z.B. im Rahmen des Beihilfesystems für Beamte und deren beihilfeberechtigte Angehörige. Die Beiträge in der PKV werden nach dem Anwartschaftsdeckungsprinzip kalkuliert und unter Berücksichtigung von Alter, Geschlecht, Gesundheitszustand und gewünschten Versicherungsleistungen nach dem individuellen tariflichen Risiko der zu versichernden Person festgesetzt.

Die Leistungen der substitutiven PKV entsprechen im Kernbereich (ambulante ärztliche und zahnärztliche Versorgung, allgemeine Krankenhausleistungen) grundsätzlich denen der GKV. Es können jedoch sowohl Selbstbehalte als auch zusätzliche Leistungspakete (z.B. Wahlleistungen im Krankenhaus) vereinbart werden. Vor dem Hintergrund der mit zunehmendem Alter bei PKV-Versicherten nicht selten ansteigenden Prämien wurde aufgrund gesetzlicher Vorschriften ein brancheneinheitlicher PKV-Standardtarif geschaffen, dessen Leistungsumfang der Art nach dem der GKV vergleichbar ist (ohne Wahlleistungen), dessen Prämie auf den Höchstbeitrag der GKV begrenzt ist und den PKV-Versicherte unter bestimmten Voraussetzungen ab dem 55. Lebensjahr in Anspruch nehmen können.

VII.3 Krankenhilfe

Personen, die nicht in der gesetzlichen Krankenversicherung versichert bzw. nicht als Familienangehörige mitversichert oder nicht Mitglied einer privaten Krankenversicherung sind, wird im Krankheitsfall bei Vorliegen der einkommens- und vermögensmäßigen Voraussetzungen Krankenhilfe nach dem Bundessozialhilfegesetz gewährt (§ 37 BSHG). Die Krankenhilfe hat im wesentlichen eine Ersatzfunktion zur gesetzlichen Krankenkasse. Ihre Leistungen sollen denjenigen der gesetzlichen Krankenversicherung entsprechen. Schließt die vorrangige gesetzliche Krankenversicherung eine Leistung aus, kann auch der Träger der Sozialhilfe grundsätzlich diese Leistung nicht als Regelleistung erbringen. Der Sozialhilfeträger muss aber entsprechend dem in der Sozialhilfe geltenden Individualisierungs- und Bedarfsdeckungsprinzip dann über den Leistungsrahmen der gesetzlichen Krankenversicherung hinaus die Hilfe sicherstellen, wenn dies in besonders gelagerten Einzelfällen aufgrund besonderer Umstände geboten und eine Hilfe nicht abweisbar ist.

Auch Versicherte können bei Vorliegen der sozialhilferechtlichen Voraussetzungen Anspruch auf „aufstockende“ Leistungen der Krankenhilfe haben. Das kann der Fall sein, wenn Leistungen der gesetzlichen Krankenkassen nur die Zahlung von Zuschüssen, die Übernahme nur eines Teils der Kosten oder eine Zuzahlung der Versicherten vorsehen und Härtefallregelungen nicht greifen. Die „Krankenhilfe“ mit Bruttoausgaben von 2,4 Mrd. DM (1998) steht unter Ausgabengesichtspunkten an dritter Stelle der Hilfen in besonderen Lebenslagen, wenn auch mit deutlich geringerem Stellenwert als die „Eingliederungshilfe für Behinderte“ und die „Hilfe zur Pflege“. Sie kam am Jahresende 1998 einem Personenkreis von 301.608 Hilfeempfängern zugute, der zu 58% aus Deutschen und zu 42% aus Ausländern besteht. Während die Zahl der deutschen Bezieher von Krankenhilfe (im früheren Bundesgebiet) seit Ende der achtziger Jahre rückläufig war, stieg die der ausländischen Empfänger bis 1993 stark an. Insbesondere die gesundheitliche Versorgung von Asylbewerbern fand hier ihren Niederschlag, die unterdessen

allerdings aus dem Bereich der Sozialhilfe ausgegliedert ist und in Form des Asylbewerberleistungsgesetzes geregelt wird. Asylbewerber erhalten hiernach zur Behandlung akuter Erkrankungen und Schmerzzustände die erforderliche ärztliche und zahnärztliche Behandlung.

VII.4 Schutz vor finanzieller Überforderung in der GKV

Die Härtefallregelungen in der gesetzlichen Krankenversicherung sorgen dafür, dass die Kranken und behinderten Menschen die medizinisch notwendige Versorgung in vollem Umfang erhalten und durch gesetzliche Zuzahlungen (s. Anhangtabelle VII.1) nicht unzumutbar belastet werden. Versicherte mit geringem Einkommen sind deshalb auf Antrag von Zuzahlungen vollständig oder teilweise zu befreien.

Zu den Härtefallregelungen im einzelnen:

Vollständige Befreiung (Sozialklausel)

Die Krankenkasse hat Versicherte von der Zuzahlung zu Arznei-, Verband-, Heil- und Hilfsmitteln, Fahrkosten sowie zu stationären Vorsorge- und Rehabilitationskuren und dem Eigenanteil beim Zahnersatz zu befreien, wenn die Versicherten unzumutbar belastet würden. Eine Befreiung von der Zuzahlung bei Krankenhausbehandlung ist nicht vorgesehen, da die Zuzahlung auf höchstens 14 Tage im Jahr begrenzt ist.

Eine unzumutbare Belastung liegt bei Versicherten vor, deren monatliche Bruttoeinnahmen zum Lebensunterhalt 2001 1.792,- DM nicht überschreiten. Die Einkommensgrenze erhöht sich für im gemeinsamen Haushalt lebende Angehörige. Dabei werden nur Ehegatten und familienversicherte Kinder mitgezählt. Für ein Ehepaar sind dies 2.464,- DM, für ein Ehepaar mit einem Kind 2.912,- DM. Für jeden weiteren Angehörigen kommen 448,- DM hinzu. Die Einkommensgrenze ist dynamisiert, d.h. sie steigt jedes Jahr mit der allgemeinen Einkommensentwicklung. Zugrunde zu legen ist das Familienbruttoeinkommen.

Bei Versicherten, die

- laufende Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Bundessozialhilfegesetz (§§ 11, 21, 22 BSHG),
- ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt im Rahmen der Kriegsopferfürsorge nach dem Bundesversorgungsgesetz,
- Arbeitslosenhilfe nach dem Recht der Arbeitsförderung,

- Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG),
- Ausbildungsförderung nach dem Recht der Arbeitsförderung,
- Ausbildungsförderung nach den Regelungen für die Arbeits- und Berufsförderung Behinderter (Bundesanstalt für Arbeit)

erhalten oder

- in einem (Senioren-, Pflege-) Heim oder einer ähnlichen Einrichtung zu Lasten der Sozialhilfe oder der Kriegsopferversorgung versorgt werden,

wird von Gesetzes wegen unterstellt, dass sie unzumutbar belastet sind. Sie sind unabhängig von ihren individuellen Einkommensverhältnissen von der Zuzahlungspflicht zu befreien und haben Anspruch auf volle Kostenübernahme.

Kinder unter 18 Jahren sind ebenfalls von Zuzahlungen für Arznei-, Verband-, Heil- und Hilfsmittel und zu stationären Vorsorge- und Rehabilitationskuren und außerdem von der 14-tägigen Zuzahlung im Krankenhaus befreit.

Teilweise Befreiung (Überforderungsklausel)

Die teilweise Befreiung erstreckt sich auf Zuzahlungen zu Arznei-, Verband- und Heilmitteln sowie Fahrkosten. Dadurch sollen auch die Versicherten, die nicht unter die vollständige Befreiung fallen, vor einer finanziellen Überforderung geschützt werden. Wer die Einkommensgrenzen für die vollständige Befreiung überschreitet, dem werden Eigenbeteiligungen in Höhe von höchstens 2 v.H. des zu berücksichtigenden Bruttoeinkommens zugemutet. Der Gesetzgeber geht dabei von einem Familienbruttoeinkommen aus. Deshalb kommt es auch darauf an, wie viele Personen dem gemeinsamen Haushalt angehören und von dem Familienbruttoeinkommen leben müssen - denn für jeden Familienangehörigen wird auch ein Freibetrag berücksichtigt. Er beträgt 2001 für den ersten Angehörigen 8.064,- DM und für jeden weiteren Angehörigen 5.376,- DM jährlich. Diese Freibeträge werden vom Familienbruttoeinkommen abgezogen. So macht der zumutbare Eigenanteil je nach Familiengröße einen anderen Betrag aus. Im Rahmen der Überforderungsklausel ist eine besondere Regelung für chronisch Kranke vorgesehen.

Für Versicherte, die wegen derselben Krankheit in Dauerbehandlung sind und ein Kalenderjahr lang Zuzahlungen in Höhe von mindestens 1 v.H. der jährlichen Bruttoeinnahmen zum Lebensunterhalt aufbringen mussten, entfallen die Zuzahlungen zu notwendigen Fahrkosten sowie zu Arznei-, Verband- und Heilmitteln nach Ablauf des ersten Jahres für die weitere Dauer dieser

Behandlung. Der Wegfall der Zuzahlungspflicht gilt nur für den chronisch Kranken. Für die übrigen Familienangehörigen gelten die allgemeinen Regelungen über die Zusammenrechnung der Zuzahlungen bis zu der Belastungsgrenze von 2 v.H. der jährlichen Bruttoeinnahmen zum Lebensunterhalt.

Beim Zahnersatz gibt es eine gleitende Härtefallregelung. Danach übernimmt die Krankenkasse den Betrag des Eigenanteils des Versicherten, der das Dreifache der Differenz zwischen den monatlichen Bruttoeinnahmen zum Lebensunterhalt nach § 62 Fünftes Buch Sozialgesetzbuch (SGB V) und der zur vollständigen Befreiung nach § 61 SGB V maßgebenden Einnahmegränze übersteigt.

VII.5 Die gesetzliche Unfallversicherung

Bei Eintritt eines Arbeitsunfalls oder einer Berufskrankheit ist es Aufgabe der gesetzlichen Unfallversicherung, die Gesundheit und die Leistungsfähigkeit der Versicherten mit allen geeigneten Mitteln wiederherzustellen und sie oder ihre Hinterbliebenen durch Geldleistungen zu entschädigen. Um dem Eintritt eines Versicherungsfalles entgegenzuwirken und arbeitsbedingte Gesundheitsgefahren zu verhüten, haben die Unfallversicherungsträger einen umfassenden Präventionsauftrag (SGB VII). Dabei arbeiten sie mit den Krankenkassen zusammen.

VII.6 Das Pflegeversicherungssystem

Im Mai 1994 hat das deutsche Parlament eine fast 20-jährige Diskussion über die soziale Absicherung der Bürgerinnen und Bürger im Pflegefall zum Abschluss gebracht und nach einem schwierigen Gesetzgebungsverfahren die Einführung einer Pflegeversicherung zum 1. Januar 1995 beschlossen. Mit der Einführung der Pflegeversicherung wurde die letzte große Lücke in der sozialen Versorgung in der Bundesrepublik Deutschland geschlossen. Die Leistungen aus der Versicherung wurden stufenweise eingeführt: Seit 1. April 1995, also drei Monate nach dem Start der Pflegeversicherung, haben Pflegebedürftige, die zu Hause gepflegt werden, Ansprüche auf Leistungen der häuslichen Pflege; seit 1. Juli 1996 bestehen auch für Pflegebedürftige in stationärer Pflege Leistungsansprüche gegen die Pflegeversicherung.

Ziele der Pflegeversicherung

Mit der Pflegeversicherung werden vor allem folgende Ziele verfolgt

- Das Risiko der Pflegebedürftigkeit wird vergleichbar den Versicherungen gegen Krankheit, Unfall und Arbeitslosigkeit sowie zur Sicherung des Alterseinkommens sozial abgesichert.

- Die aus der Pflegebedürftigkeit entstehenden physischen, psychischen und finanziellen Belastungen werden abgemildert. Die Pflegeversicherung soll eine Grundversorgung sicherstellen, die im Regelfall ausreicht, die pflegebedingten Aufwendungen abzudecken, und dadurch gewährleisten, dass in der weit überwiegenden Zahl der Fälle die Betroffenen aufgrund der Pflegebedürftigkeit nicht mehr auf Sozialhilfe angewiesen sind.
- Die Pflegeversicherung soll der künftigen demographischen Entwicklung, die durch steigende Lebenserwartung und die Zunahme des Anteils der älteren Menschen gekennzeichnet ist, Rechnung tragen.
- Den Pflegebedürftigen soll möglichst lange das Verbleiben in der gewohnten häuslichen und familiären Umgebung ermöglicht werden. Die Pflegeversicherung stellt daher vorrangig Hilfen zur häuslichen Pflege zur Verfügung.
- Die soziale Sicherung der nicht erwerbsmäßigen Pflegepersonen (z.B. Angehörige, Nachbarn) soll verbessert werden, um die Pflegebereitschaft im häuslichen Bereich zu fördern. Damit soll der hohe Einsatz der Pflegepersonen anerkannt werden, die wegen der Pflegetätigkeit auch häufig auf eine eigene Berufstätigkeit ganz oder teilweise verzichten.
- Die Pflegeversicherung und ihre Leistungen sollen dazu beitragen, dass die Pflegeinfrastruktur in der Bundesrepublik Deutschland weiter auf- und ausgebaut wird.

Organisation der Pflegeversicherung/Sozialhilfe als Auffangnetz

Die Pflegeversicherung wird als neuer eigenständiger Zweig der Sozialversicherung (5. Säule) und im Rahmen einer privaten Pflege-Pflichtversicherung durchgeführt. Dabei gilt der Grundsatz: Wer in der gesetzlichen Krankenversicherung versichert ist, gehört der sozialen Pflegeversicherung an. Wer in einer privaten Krankenversicherung mit Anspruch auf allgemeine Krankenhausleistungen versichert ist, muss seit dem 1. Januar 1995 eine private Pflegeversicherung abschließen. Da auch weitere Personengruppen, die über Sondersysteme gegen das Risiko Krankheit versichert sind, entweder der sozialen oder der privaten Pflege-Pflichtversicherung zugewiesen sind, erfasst der Versicherungsschutz der Pflegeversicherung nahezu die gesamte Bevölkerung. Damit haben die rund 80 Mio. Bundesbürger einen Versicherungsschutz bei Pflegebedürftigkeit, den es vorher nicht gab. Wenn im Einzelfall keine oder nicht ausreichende Leistungen der Pflegeversicherung erbracht werden und der Pflegebedürftige oder seine unterhaltspflichtigen Angehörigen nicht über genügend Eigenmittel verfügen, um die verbleibenden Kosten für einen notwendigen und angemessenen Pflege- und Betreuungsbedarf zu tragen, können zur individuellen Bedarfsdeckung nach wie vor die Leistungen der Sozialhilfe in Anspruch genommen werden. Die Sozialhilfe ist im bewährten System der sozialen Sicherung das

Auffangnetz für die Gewährleistung eines menschenwürdigen Lebens, wenn der Einzelne nicht mehr in der Lage ist, für sich selbst zu sorgen (s. Bericht Teil A Kap. II).

Pflegebedürftigkeit im Sinne der Pflegeversicherung

Pflegebedürftig im Sinne der Pflegeversicherung sind diejenigen Menschen, die bei den gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen des täglichen Lebens dauerhaft, voraussichtlich für mindestens sechs Monate, in erheblichem oder höherem Maße auf Hilfe angewiesen sind. Die Feststellung der Pflegebedürftigkeit erstreckt sich auf die vier Bereiche:

- die Körperpflege,
- Ernährung,
- Mobilität und
- hauswirtschaftliche Versorgung.

Für die Leistungsgewährung werden die pflegebedürftigen Personen einer der drei folgenden Pflegestufen zugeordnet.

- Pflegebedürftige der Pflegestufe I (erheblich Pflegebedürftige) sind Personen, die bei der Körperpflege, der Ernährung oder der Mobilität für wenigstens zwei Verrichtungen aus einem oder mehreren Bereichen mindestens einmal täglich der Hilfe bedürfen und zusätzlich mehrfach in der Woche Hilfen bei der hauswirtschaftlichen Versorgung benötigen.
- Pflegebedürftige der Pflegestufe II (Schwerpflegebedürftige) sind Personen, die bei der Körperpflege, der Ernährung oder der Mobilität mindestens dreimal täglich zu verschiedenen Tageszeiten der Hilfe bedürfen und zusätzlich mehrfach in der Woche Hilfen bei der hauswirtschaftlichen Versorgung benötigen.
- Pflegebedürftige der Pflegestufe III (Schwerstpflegebedürftige) sind Personen, die bei der Körperpflege, der Ernährung oder der Mobilität täglich rund um die Uhr, auch nachts, der Hilfe bedürfen und zusätzlich mehrfach in der Woche Hilfen bei der hauswirtschaftlichen Versorgung benötigen. Ausschlaggebend für die Zuordnung zu einer der drei Pflegestufen ist der Hilfebedarf bzw. der Zeitaufwand, den ein Familienangehöriger oder eine andere nicht als Pflegekraft ausgebildete Pflegeperson für die erforderlichen Leistungen in den Bereichen Körperpflege, Ernährung, Mobilität (Grundpflege) sowie der hauswirtschaftlichen Versorgung benötigt.

Der Zeitaufwand muss wöchentlich im Tagesdurchschnitt

1. in der Pflegestufe I mindestens 90 Minuten betragen; hierbei müssen auf die Grundpflege mehr als 45 Minuten entfallen,

2. in der Pflegestufe II mindestens drei Stunden betragen; hierbei müssen auf die Grundpflege mindestens zwei Stunden entfallen,
3. in der Pflegestufe III mindestens fünf Stunden betragen; hierbei müssen auf die Grundpflege mindestens vier Stunden entfallen.

Pflegebedürftige der Pflegestufe III können darüber hinaus in besonders gelagerten Einzelfällen als Härtefall anerkannt werden, wenn

- die Grundpflege für den Pflegebedürftigen auch des Nachts nur von mehreren Pflegekräften gemeinsam (zeitgleich) erbracht werden kann oder
- Hilfe bei der Körperpflege, der Ernährung oder der Mobilität mindestens sieben Stunden täglich, davon wenigstens zwei Stunden in der Nacht, erforderlich ist.

Ob und in welchem Umfang ein Mensch pflegebedürftig ist, wird im Rahmen einer Begutachtung durch den Medizinischen Dienst der Krankenversicherung festgestellt. Hierzu führt dieser eine Untersuchung des Pflegebedürftigen in dessen Wohnbereich durch.

Leistungen bei ambulanter oder stationärer Pflege

Durch die Beitragszahlungen erwirbt jeder Versicherte einen Rechtsanspruch darauf, dass er die nach dem Recht der Pflegeversicherung vorgesehenen Hilfen bei Eintritt der Pflegebedürftigkeit erhält. Dabei spielen die Einkommens- und Vermögensverhältnisse sowie das Alter des Versicherten keine Rolle.

Die Leistungen der Pflegeversicherung richten sich nach der Pflegestufe und danach, ob jemand ambulant oder stationär gepflegt werden muss. Dabei gilt vorrangig der Grundsatz „ambulante Pflege vor stationärer Pflege“.

In der sozialen Pflegeversicherung steht dem Pflegebedürftigen bei häuslicher Pflege ein Wahlrecht zwischen Pflegeeinsätzen durch einen professionellen Pflegedienst oder eine Geldleistung, mit der der Pflegebedürftige die erforderliche Pflege in geeigneter Weise selbst sicherstellt, zu. Auch eine Kombination von Sach- und Geldleistungen ist möglich.

Die Geldleistung beträgt je nach Pflegestufe 400 DM, 800 DM oder 1.300 DM monatlich. Für die Inanspruchnahme von Pflegediensten, die mit der Pflegeversicherung direkt abrechnen, stehen je nach Pflegestufe bis zu 750 DM, 1.800 DM oder 2.800 DM, in Härtefällen bis zu 3.750 DM monatlich zur Verfügung.

Das Leistungsangebot für die häusliche Pflege enthält darüber hinaus noch weitere Leistungen wie die Finanzierung einer Ersatzpflege im Falle der Verhinderung oder Erkrankung der Pflegeperson, die Übernahme von Kosten für den Besuch einer Tagespflegeeinrichtung, sowie unentgeltliche Pflegekurse für Angehörige.

Wenn stationäre Pflege erforderlich ist, zahlt die Pflegeversicherung für die Aufwendungen der Grundpflege, der sozialen Betreuung und der medizinischen Behandlungspflege je nach Pflegestufe 2.000 DM, 2.500 DM oder 2.800 DM, in Härtefällen 3.300 DM monatlich. Die Kosten für Unterkunft und Verpflegung muss der Versicherte allerdings - wie bei der häuslichen Pflege auch - selbst tragen.

In der privaten Pflege-Pflichtversicherung gibt es nur Geldleistungen oder eine der Höhe des Wertes der Sachleistung nach gleiche Kostenerstattung bei Inanspruchnahme von zugelassenen Pflegediensten.

Beiträge

Die Ausgaben der sozialen Pflegeversicherung werden durch Beiträge der Mitglieder und der Arbeitgeber, der Rentenversicherungs- oder anderer Sozialleistungsträger finanziert. Wie hoch die Beiträge sind, hängt von den beitragspflichtigen Einkommen (Lohn, Gehalt, Rente etc.) ab. Dabei gilt die Beitragsbemessungsgrenze der Krankenversicherung. Diese lag im Jahr 2000 bei monatlich 6.450 DM in den alten und 5.325 DM in den neuen Länder.

Der Beitragssatz beträgt zur Zeit 1,7% der beitragspflichtigen Einnahmen.

Die Beitragszahlung erfolgt wie in der gesetzlichen Krankenversicherung: Der Arbeitgeber behält den Pflegeversicherungsbeitrag vom Lohn oder Gehalt ein und überweist ihn an die Krankenkassen. In allen Bundesländern (außer in Sachsen) wurde zur Kompensation der Belastungen der Arbeitgeber der Buß- und Betttag als gesetzlicher Feiertag abgeschafft. Vor diesem Hintergrund gilt der Grundsatz der hälftigen Beitragstragung, das heißt von den 1,7% tragen Arbeitnehmer und Arbeitgeber jeweils 0,85%. In Sachsen, wo kein Feiertag gestrichen wurde, trägt der Arbeitnehmer 1,35% und der Arbeitgeber 0,35%.

Bei Rentnern übernimmt der Rentenversicherungsträger die Hälfte des Beitrags. Privat krankenversicherte Rentner erhalten einen Beitragszuschuss nach ihrem Rentenzahlbetrag.

Wer als Beschäftigter freiwillig in der gesetzlichen Krankenversicherung versichert ist, erhält von seinem Arbeitgeber als Beitragszuschuss die Hälfte des Beitrages, den er aus dem Arbeitsent-

gelt zur sozialen Pflegeversicherung zahlen muss. Einen Beitragszuschuss in gleicher Höhe erhalten auch die Beschäftigten, die in der privaten Pflegeversicherung pflichtversichert sind jedoch begrenzt auf die Hälfte des Betrages, den der Beschäftigte für seine private Pflegeversicherung zu zahlen hat.

Unterhaltsberechtigter Kinder und Ehegatten sind im Rahmen der Familienversicherung beitragsfrei mitversichert, wenn ihr monatliches Gesamteinkommen höchstens 630 DM beträgt.

Bei Beziehern von Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Eingliederungsgeld, Eingliederungshilfe für Spätaussiedler, Unterhaltsgeld und Altersübergangsgeld übernimmt die Bundesanstalt für Arbeit, bei Rehabilitanden der Rehabilitationsträger, bei Behinderten in Einrichtungen der Träger der jeweiligen Einrichtung und bei Empfängern von sonstigen Sozialleistungen zum Lebensunterhalt der zuständige Sozialhilfeträger die Beiträge.

Private Pflege-Pflichtversicherung

Die Prämien zur privaten Pflege-Pflichtversicherung richten sich nicht nach dem Einkommen. Sie sind vom Lebensalter beim Eintritt in die Versicherung abhängig. Die Höchstprämie ist gesetzlich festgelegt. Sie darf nicht höher sein als der Höchstbeitrag in der sozialen Pflegeversicherung (ab 01. Januar 2000 109,65 monatlich). In den neuen Ländern gilt entsprechend der dort niedrigeren Beitragsbemessungsgrenze auch ein niedrigerer Höchstbeitrag (ab 01. Januar 2000 90,53 DM monatlich). Für Personen, die erst nach dem 1. Januar 1995 Mitglied eines privaten Krankenversicherungsunternehmens wurden bzw. werden, gilt die Begrenzung auf die Höchstprämie nach einer Vorversicherungszeit von fünf Jahren in der privaten Kranken- oder Pflegeversicherung. Beamte, die im Pflegefall auch Anspruch auf Beihilfeleistungen haben, zahlen nicht mehr als die Hälfte dieses Höchstbetrages.

Die Beiträge gelten einheitlich für Männer und Frauen. Für Verheiratete, bei denen nur ein Ehepartner erwerbstätig ist oder ein Ehepartner mit seiner Erwerbstätigkeit die Geringfügigkeitsgrenze nicht überschreitet, darf der Beitrag zur privaten Pflegeversicherung nicht mehr als 150 vom Hundert des Höchstbeitrages zur sozialen Pflegeversicherung betragen, wenn sie bei Einführung der Pflegeversicherung privat krankenversichert waren. Kinder sind wie in der sozialen Pflegeversicherung beitragsfrei mitversichert.

Hilfe zur Pflege nach dem Bundessozialhilfegesetz

Mit der Einführung der Pflegeversicherung am 1. Januar 1995 wurde die Absicherung des Risikos der Pflegebedürftigkeit auf eine neue Grundlage gestellt. Durch dieses vorrangige Versiche-

nungssystem werden seit dem 1. April 1995 Leistungen bei häuslicher Pflege, teilstationärer Pflege und Kurzzeitpflege und seit 1. Juli 1996 auch Leistungen für stationäre Pflege gewährt. Bis zum Eintritt der Leistungen der Pflegeversicherung hatte die Sozialhilfe die Hauptlast für die Absicherung des Risikos der Pflegebedürftigkeit zu tragen. Die Pflegeversicherung stellt ihrem Wesen nach allerdings nur eine Grundabsicherung dar. Wenn die betragsmäßig begrenzten Leistungen der Pflegeversicherung zur Sicherstellung der Pflege nicht ausreichen, sichert die Sozialhilfe bei Bedürftigkeit sowohl im ambulanten als auch im stationären Bereich in Ergänzung zur Pflegeversicherung den gesamten pflegerischen Bedarf einschließlich der Kosten für Unterkunft und Verpflegung sowie Investitionskosten des Hilfesuchenden ab. Darüber hinaus kommen auch für Pflegebedürftige, die nicht den Grad der erheblichen Pflegebedürftigkeit der Pflegestufe I erreichen und deswegen keine Leistungen der Pflegeversicherung erhalten können, unter bestimmten Voraussetzungen Leistungen der Hilfe zur Pflege nach dem Bundessozialhilfegesetz in Betracht, da diese zum Teil bei geringerer Pflegebedürftigkeit einsetzen.

Die Sozialhilfe unterstützt pflegebedürftige Personen, indem sie die mit der Pflege verbundenen Kosten übernimmt oder abmildert. "Pflegebedürftigkeit" bedeutet häufig die langfristige Angewiesenheit auf Hilfe in der täglichen Lebensführung infolge einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit oder Behinderung (§ 68 Abs. 1 BSHG). Das Risiko der Pflegebedürftigkeit steigt mit zunehmendem Alter rapide an. In der Regel übernehmen Angehörige einen erheblichen Teil der Pflege und hauswirtschaftlichen Versorgung, zum Teil unter Nutzung professioneller ambulanter Dienste und Einrichtungen der Tages- oder Kurzzeitpflege. Ein Wechsel zu vollstationärer Pflege wird in der Regel dann erforderlich, wenn sich der Pflegebedarf erheblich erhöht oder wenn Angehörige nicht zur Verfügung stehen bzw. sich durch die Pflege überlastet fühlen.

Die Hilfe zur Pflege unterstützt (unter Berücksichtigung der Einkommensgrenzen nach § 79 bzw. § 81 BSHG) vorrangig die häusliche Pflege (§ 69 in Verbindung mit § 3a BSHG), und zwar in Form von Pflegegeld oder der Übernahme angemessener Kosten für (private oder professionelle) Pflegepersonen sowie durch Hilfsmittel und Beitragszahlungen für eine angemessene Alterssicherung der Pflegeperson, wenn diese nicht anderweitig gesichert ist. Wenn häusliche Pflege nicht mehr ausreicht (oder gegenüber zumutbarer stationärer Unterbringung mit unverhältnismäßigen Mehrkosten verbunden wäre; vgl. § 3a Satz 2 BSHG), übernimmt die Hilfe zur Pflege die Aufwendungen für die stationäre Pflege.

Parallel zum Inkrafttreten der Pflegeversicherung wurden die Pflegebedürftigkeitskriterien und die Höhe des Pflegegeldes in § 69a BSHG mit den entsprechenden Bestimmungen des SGB XI harmonisiert, sodass den Leistungsempfängern nach SGB XI vor allem in häuslichen Pflege-

fällen häufig keine Hilfe zur Pflege mehr zusteht. Diese ist nun - abgesehen von einer vorübergehend wirksamen Besitzstandswahrung beim Pflegegeld - im Wesentlichen nur noch zuständig

- für Kranke und Behinderte, die voraussichtlich für weniger als sechs Monate der Pflege bedürfen oder einen geringeren Hilfebedarf (als nach Pflegestufe I des § 15 SGB XI vorausgesetzt) haben oder die der Hilfe für andere Verrichtungen als nach § 68 Abs. 5 BSHG bedürfen,
- in Fällen kostenintensiver (Schwerst-)Pflege, für die die nach oben hin begrenzten Leistungen der Pflegeversicherung nicht ausreichend sind,
- für die Finanzierung der nicht von der Pflegeversicherung übernommenen Kosten für Unterkunft und Verpflegung sowie Investitionskosten bei der Pflege in Einrichtungen sowie
- für nicht pflegeversicherte Personen.

Durch die vorrangig gewährten Leistungen der Pflegeversicherung sind die Sozialhilfeträger erheblich entlastet worden.

Die Kosten bei Pflegebedürftigkeit wiesen bis zur Einführung der Pflegeversicherung hohe, teilweise zweistellige Steigerungsraten auf. Das Inkrafttreten der Pflegeversicherung (SGB XI) im Jahre 1995 führte daher zu einem deutlichen Rückgang der Aufwendungen in diesem Hilfebereich. Unmittelbare Auswirkungen werden weiterhin von strukturellen Maßnahmen zur Kostendämpfung im stationären Bereich erwartet: An Stelle des früheren Kostendeckungsprinzips ist seit Januar 1999 die Übernahme von Vergütungen für stationäre Leistungen durch den Sozialhilfeträger an eine dreifache Leistungs-, Vergütungs- und Prüfungsvereinbarung geknüpft (vgl. § 93 Abs. 2 sowie § 93a BSHG). Die Neuregelung der Pflegesatzbemessung hat inzwischen auch zu einer deutlichen Dämpfung der Kostenentwicklung in diesem Bereich geführt.

Mit Bruttoausgaben in Höhe von 5,7 Mrd. bzw. 12,6% der Gesamtausgaben stellte die Hilfe zur Pflege im Jahre 1999 immer noch einen nennenswerten Kostenfaktor der Sozialhilfe dar - wenn auch die Zahl der Leistungsempfänger in diesem Bereich (bundesweit 222.231 Empfänger am Jahresende 1998) nicht in gleicher Weise ins Gewicht fällt. Die Empfängerzahlen der Hilfe zur Pflege waren im Vergleich zu den Ausgaben in der Vergangenheit in deutlich geringem Maße gestiegen. Sie sind jedoch ebenfalls infolge der Pflegeversicherung zurückgegangen, obwohl die Zahl der Pflegebedürftigen auf Grund der demografischen Entwicklung tendenziell steigt.

VII.7 Daten und Fakten

Anhangtabelle VII.1

Zuzahlungen auf einen Blick

| Krankenkassenleistungen | Zuzahlungshöhe | Befreiungsmöglichkeiten |
|---|--|---|
| Arzneimittel | DM 8,- DM 9,- DM 10,- je Medikament, gestaffelt nach Packungsgröße | a) Sozialklausel b) Überforderungsklausel - 2% - für Dauerkranke vollständig nach 1 Jahr 1% Zuzahlungen c) Kinder |
| Verbandmittel | DM 8,- für jedes Mittel | a) Sozialklausel b) Überforderungsklausel - 2% - für Dauerkranke vollständig nach 1 Jahr 1% Zuzahlungen c) Kinder |
| Fahrkosten • zu und von stationären Behandlungen • zur ambulanten Behandlung, wenn dadurch eine Krankenhausbehandlung vermieden wird • bei einem Transport in Rettungsfahrzeugen oder Krankenwagen | DM 25,- pro Fahrt | a) Sozialklausel b) Überforderungsklausel - 2% - für Dauerkranke vollständig nach 1 Jahr 1% Zuzahlungen |
| Heilmittel (z.B. Massagen, Krankengymnastik) auch bei Abgabe in der Arztpraxis | 15% der Kosten | a) Sozialklausel b) Überforderungsklausel - 2% - für Dauerkranke vollständig nach 1 Jahr 1% Zuzahlungen c) Kinder |
| Hilfsmittel: Bandagen, Einlagen, Kompressionstherapie | 20% der Kosten, die die Krankenkasse übernimmt | a) Sozialklausel c) Kinder |
| Krankenhausbehandlung | DM 17,- pro Kalendertag für höchstens 14 Tage | Keine Härtefallregelung; Kinder befreit |
| Stationäre Vorsorge- und Rehabilitationsmaßnahmen | DM 17,- pro Kalendertag | a) Sozialklausel c) Kinder |
| Anschlussrehabilitation einschl. stationärer Rehabilitationsmaßnahmen mit Indikationskatalog | DM 17,- pro Kalendertag für höchstens 14 Tage | a) Sozialklausel c) Kinder |
| Mütterkuren | DM 17,- pro Kalendertag | a) Sozialklausel c) Kinder |
| Zahnersatz: | 50% der Kosten ohne Bonus 40% der Kosten mit Bonus 35% der Kosten bei Nachweis langjähriger Pflege | |

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit

Anhangtabelle VII.2

Unterschicht und Risikofaktoren sowie ausgewählte Krankheiten und Inanspruchnahmeverhalten (Referenzgruppe OR=1: Oberschicht)

| | M ä n n e r | | | F r a u e n | | |
|--|--------------------|--------------------------|------|--------------------|--------------------------|------|
| | Odds Ratio | (95% Konfidenzintervall) | | Odds Ratio | (95% Konfidenzintervall) | |
| | | u. Signifikanz | | | u. Signifikanz | |
| Starkes Übergewicht (BMI \geq 30 kg/m ²) | 1,62 | (1,24-2,10) | xxx | 3,32 | (2,46-4,47) | xxx |
| Rauchen | 1,80 | (1,45-2,25) | xxx | 1,72 | (1,35-2,18) | xxx |
| Sportliche Inaktivität (< 1h/Woche) | 2,33 | (1,87-2,91) | xxx | 3,04 | (2,43-3,80) | xxx |
| Hypertonie | 0,92 | (0,71-1,19) | n.s. | 0,98 | (0,74-1,30) | n.s. |
| Hypercholesterinämie (>250 mg/dl) | 1,02 | (0,81-1,29) | n.s. | 0,83 | (0,65-1,06) | n.s. |
| Psychische Krankheiten | 1,35 | (0,84-2,17) | n.s. | 1,16 | (0,87-1,57) | n.s. |
| Nicht insulinpflichtiger Diabetes mell. | 2,50 | 1,42-4,40) | xx | 2,87 | (1,46-5,66) | xx |
| Chronische Bronchitis | 2,29 | (1,50-3,50) | xxx | 2,32 | (1,42-3,80) | xxx |
| Ulcus ventriculi et duodeni | 2,23 | (1,53-3,26) | xxx | 1,39 | (0,90-2,15) | n.s. |
| Gastritis | 1,15 | (0,90-1,47) | n.s. | 0,59 | (0,46-0,74) | xxx |
| Allergische Rhinitis | 0,45 | (0,33-0,61) | xxx | 0,53 | (0,40-0,70) | xxx |
| Anerkannte Behinderung | 2,26 | (1,63-3,13) | xxx | 0,98 | (0,68-1,40) | n.s. |
| Schlechter Gesundheitszustand | 2,44 | (1,81-3,29) | xxx | 2,43 | (1,83-3,26) | xxx |
| Teilnahme am Gesundheits-Check-up ¹ | 0,80 | (0,62-1,05) | n.s. | 0,80 | (0,63-1,03) | n.s. |
| Teilnahme an Krebsvorsorgeunters. ² | 0,54 | (0,40-0,74) | xxx | 0,31 | (0,22-0,43) | xxx |

xxx p < 0,001

xx p < 0,005

x p < 0,05

n.s. p \geq 0,05

1 für Männer und Frauen ab 35 Jahren

2 für Frauen ab 19 Jahren, für Männer ab 44 Jahren

Quelle: Bundesgesundheitsurvey 1998

Anhangtabelle VII.3

**Arbeitslosigkeit und Risikofaktoren sowie ausgewählte Krankheiten
(Referenzgruppe OR=1: Voll Erwerbstätige)**

| | M ä n n e r | | | F r a u e n | | |
|-------------------------------------|--------------------|--|------|--------------------|--|------|
| | Odds Ratio | 95% Konfidenzintervall u. Signifikanz | | Odds Ratio | 95% Konfidenzintervall u. Signifikanz | |
| Starkes Übergewicht | 1,09 | 0,77-1,57 | n.s. | 1,21 | 0,85-1,71 | n.s. |
| Rauchen | 1,75 | 1,30-2,34 | xxx | 1,26 | 0,93-1,70 | n.s. |
| Sportliche Inaktivität | 1,13 | 0,83-1,52 | n.s. | 1,25 | 0,92-1,69 | n.s. |
| Hypertonie | 1,01 | 0,72-1,49 | n.s. | 0,92 | 0,61-1,38 | n.s. |
| Hypercholesterinämie | 1,01 | 0,74-1,38 | n.s. | 0,99 | 0,71-1,40 | n.s. |
| Medikamenten- u. Drogenabhängigkeit | 7,63 | 2,20-26,47 | xx | 17,98 | 1,76-183,26 | n.s. |
| Psychische Krankheiten | 2,36 | 1,41-3,95 | xx | 1,45 | 0,99-2,12 | n.s. |
| Migräne | 1,52 | 0,90-2,58 | n.s. | 1,35 | 0,98-1,85 | n.s. |
| Chronische Bronchitis | 2,13 | 1,21-3,76 | x | 1,66 | 0,96-1,85 | n.s. |
| Anerkannte Behinderung | 2,11 | 1,36-3,29 | xxx | 1,07 | 0,59-1,93 | n.s. |
| Schlechter Gesundheitszustand | 2,00 | 1,38-2,89 | xxx | 1,71 | 1,17-2,52 | x |

Quelle: Bundesgesundheitsurvey 1998

Anhangtabelle VII.4

Arbeitslosigkeit, gesundheitliche Merkmale und Zufriedenheit

| Variable | M ä n n e r | | F r a u e n | |
|---|----------------------|-------------------------|-----------------------|-------------------------|
| | Arbeitslos (8,8%) | Erwerbstätig (62,3%) | Arbeitslos (11,1%) | Erwerbstätig (25,7%) |
| Allgemeiner Gesundheitszustand (%) | | | | |
| • Weniger gut | 19,9 | 10,6 | 18,6 | 11,1 |
| • Schlecht | 3,1 | 0,5 | 2,3 | 1,0 |
| Beschwerdenniveau (v. Zerrscore, Mittelwert) | 16,4 | 13,9 | 18,5 | 17,8 |
| Zufriedenheitsscore (Mittelwert) | | | | |
| • Arbeit | 3,1 | 5,2 | 3,4 | 5,2 |
| • Wohnung | 5,5 | 5,8 | 5,6 | 5,8 |
| • Wohngebiet | 5,5 | 5,7 | 5,5 | 5,6 |
| • Wohnort | 5,5 | 5,7 | 5,7 | 5,7 |
| • Finanzielle Lage | 3,5 | 4,9 | 3,6 | 5,0 |
| • Freizeit | 5,3 | 4,9 | 5,3 | 4,9 |
| • Gesundheit | 4,7 | 5,3 | 4,9 | 5,2 |
| • Familie | 5,6 | 5,8 | 5,7 | 5,7 |
| • Soziale Kontakte | 5,6 | 5,7 | 5,9 | 5,9 |
| • Leben im Allgemeinen | 5,0 | 5,6 | 5,3 | 5,6 |
| Anerkannte Behinderung (%) | 14,9 | 7,2 | 7,4 | 6,1 |
| Ärztlich verordnete Kur (%) | 25,2 | 15,1 | 20,9 | 19,5 |

Quelle: Bundesgesundheitsurvey 1998

Anhangtabelle VII.5

**Häufigkeit somatischer Erkrankungen bei stationär-psychiatrischen Patienten
in Baden-Württemberg 1984-1986**

| Krankheitsgruppe (ICD) | absolute Häufigkeit (n) | relative Häufigkeit (%) |
|-------------------------------------|-------------------------|-------------------------|
| Neubildungen (140-239) | 177 | 1,22 |
| Stoffwechsel/Endokrinium(240-279) | 748 | 5,17 |
| Nervensystem (320-359) | 767 | 5,30 |
| Herz-Kreislauf (390-459) | 1.220 | 8,43 |
| Atmungsorgane (460-519) | 173 | 1,20 |
| Verdauungsorgane (520-579) | 639 | 4,42 |
| Bewegungsapparat (710-739) | 212 | 1,46 |
| Verletzungen, Vergiftungen(800-999) | 303 | 2,09 |
| Sonstige | 564 | 3,90 |

Quelle: Hewer u.a. 1991

Anhangtabelle VII.6

**Entwicklung der Zahl der Vollarbeiter, der meldepflichtigen Arbeitsunfälle,
der tödlichen Arbeitsunfälle und der Häufigkeiten von Arbeitsunfällen und
tödlichen Arbeitsunfällen**

| Jahr | Vollarbeiter in 1.000 | Meldepflichtige Arbeitsunfälle | Meldepflichtige Arbeitsunfälle je 1.000 Vollarbeiter | Tödliche Arbeitsunfälle | Tödliche Arbeitsunfälle je 1.000 Vollarbeiter |
|------|--------------------------|-----------------------------------|--|----------------------------|---|
| 1982 | 24.967 | 1.593.446 | 64 | 2.196 | 0,09 |
| 1984 | 25.072 | 1.517.008 | 61 | 1.918 | 0,08 |
| 1986 | 28.532 | 1.581.423 | 55 | 1.536 | 0,05 |
| 1988 | 29.168 | 1.578.995 | 54 | 1.605 | 0,06 |
| 1990 | 30.717 | 1.672.480 | 54 | 1.558 | 0,05 |
| 1992 | 37.456 | 2.069.422 | 55 | 1.752 | 0,05 |
| 1994 | 37.015 | 1.903.557 | 51 | 1.712 | 0,05 |
| 1996 | 38.442 | 1.657.556 | 43 | 1.523 | 0,04 |
| 1997 | 38.074 | 1.598.972 | 42 | 1.403 | 0,04 |
| 1998 | 37.587 | 1.585.364 | 42 | 1.287 | 0,03 |
| 1999 | 37.759 | 1.560.063 | 41 | 1.293 | 0,02 |

Quelle: Bericht der Bundesregierung über den Stand von Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit und über das Unfall- und Berufskrankheitsgeschehen in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1998

Anhangtabelle VII.7

Entwicklung der Zahl der Vollarbeiter, der Anzeigen auf Verdacht einer Berufskrankheit, der anerkannten Berufskrankheiten und der neuen Rentenfälle

| Jahr | Vollarbeiter in 1.000 | Anzeigen auf Verdacht einer Berufskrankheit | Anerkannte Berufskrankheiten | Neue Rentenfälle |
|------|-----------------------|---|------------------------------|------------------|
| 1982 | 24.967 | 37.366 | 12.740 | 5.652 |
| 1984 | 25.072 | 35.413 | 9.277 | 4.407 |
| 1986 | 28.532 | 44.708 | 8.346 | 3.779 |
| 1988 | 29.168 | 51.747 | 8.152 | 4.048 |
| 1990 | 30.717 | 57.751 | 10.384 | 4.452 |
| 1992 | 37.456 | 85.721 | 13.507 | 5.918 |
| 1994 | 37.015 | 97.923 | 21.008 | 7.237 |
| 1996 | 38.442 | 93.861 | 24.274 | 8.005 |
| 1997 | 38.074 | 88.797 | 23.432 | 7.867 |
| 1998 | 37.587 | 85.787 | 20.734 | 6.379 |
| 1999 | 37.759 | 83.738 | 19.402 | 5.993 |

Quelle: Bericht der Bundesregierung über den Stand von Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit und über das Unfall- und Berufskrankheitsgeschehen in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1998

Anhangtabelle VII.8

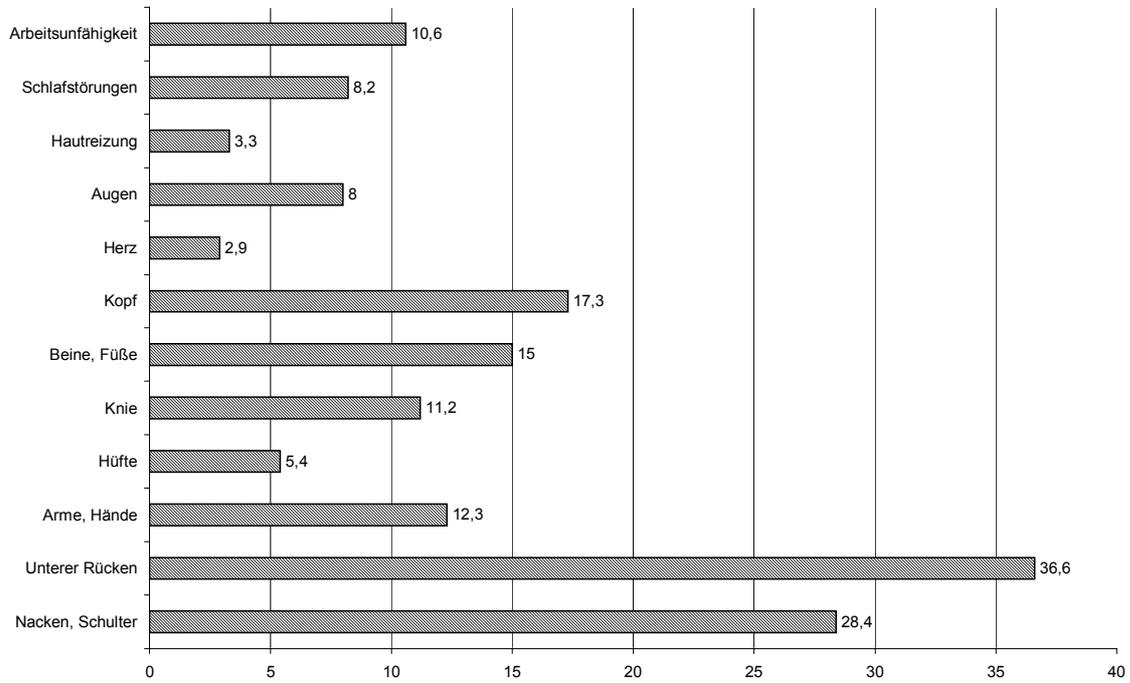
Ausgewählte Arbeitsbelastungen an Arbeitsplätzen nach Wirtschaftsabteilungen in Deutschland (Schwerpunkte) in % je Wirtschaftsabteilung und Gesamt

| Wirtschafts-abteilungen Belastungen | Land-, Forst | Energie, Bergbau, Abfall | Verarb. Gewerbe | Bauge- werbe | Verkehr | Gesamt |
|-------------------------------------|--------------|--------------------------|-----------------|--------------|---------|--------|
| Im Stehen arbeiten | 78,9 | 57,9 | 65,0 | 78,7 | 36,8 | 60,8 |
| Schwere Lasten heben | 54,6 | 28,1 | 30,7 | 64,9 | 22,3 | 27,2 |
| Rauch, Gase, Staub, | 21,6 | 28,2 | 25,4 | 37,3 | 8,4 | 15,1 |
| Kälte, Hitze, Nässe | 62,6 | 40,2 | 22,3 | 61,5 | 27,9 | 20,6 |
| Öl, Schmutz | 41,3 | 38,4 | 29,7 | 44,1 | 12,5 | 18,1 |
| Zwangshaltungen | 42,8 | 25,0 | 20,9 | 54,0 | 10,9 | 18,7 |
| Erschütterungen | 19,2 | 14,0 | 8,2 | 20,9 | 13,1 | 6,5 |
| Beleuchtung | 7,2 | 17,9 | 11,1 | 15,2 | 13,0 | 9,0 |
| Gefährliche Stoffe | 5,6 | 11,0 | 9,3 | 6,4 | 3,6 | 5,7 |
| Schutzkleidung | 19,3 | 38,3 | 28,4 | 34,1 | 10,1 | 17,1 |
| Lärm | 29,6 | 36,0 | 35,2 | 41,1 | 18,2 | 20,6 |
| Anzahl der Befragten | 719 | 580 | 9.722 | 2.564 | 1.541 | 34.335 |

Quelle: Bundesinstitut für berufliche Bildung (BIBB) und Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB): Erwerb und Verwertung beruflicher Qualifikationen, Repräsentativerhebung 1998 und 1999.

Anhangtabelle VII.9

Schwerpunktmäßige Beschwerden betroffener Erwerbstätiger in % aller Befragten



(n = 34 335)

Quelle: Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) und Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Repräsentativerhebung „Erwerb und Verwertung beruflicher Qualifikationen, 1998/1999

Anhangtabelle VII.10

Leistungsempfänger der sozialen Pflegeversicherung in Deutschland am Jahresende nach Pflegestufen

| Jahr | ambulant | | | | stationär ¹⁾ | | | | insgesamt | | | |
|-------------------|--------------------|---------------------|----------------------|---------------|-------------------------|---------------------|----------------------|---------------|--------------------|-------------------|----------------------|-----------|
| | Pflege- stufe I | Pflege- stufe II | Pflege- stufe III | zusam- men | Pflege- stufe I | Pflege- stufe II | Pflege- stufe III | zusam- men | Pflege- stufe I | Pflegestufe II | Pflege- stufe III | zusammen |
| a) absolut | | | | | | | | | | | | |
| 1995 | . | . | . | 1 061 418 | - | - | - | - | . | . | . | 1 061 418 |
| 1996 | 508.462 | 507.329 | 146.393 | 1.162.184 | 111.856 | 162.818 | 109.888 | 384.562 | 620.318 | 670.147 | 256.281 | 1.546.746 |
| 1997 | 568.768 | 486.338 | 142.997 | 1.198.103 | 159.467 | 189.862 | 113.278 | 462.607 | 728.235 | 676.200 | 256.275 | 1.660.710 |
| 1998 | 616.506 | 471.906 | 138.303 | 1.226.715 | 187.850 | 210.525 | 113.028 | 511.403 | 804.356 | 682.431 | 251.331 | 1.738.118 |
| 1999 | 668.314 | 472.189 | 139.876 | 1.280.379 | 203.950 | 226.657 | 115.376 | 545.983 | 872.264 | 698.846 | 255.252 | 1.826.362 |
| b) in v.H. | | | | | | | | | | | | |
| 1995 | . | . | . | 100,0 | - | - | - | - | . | . | . | 100,0 |
| 1996 | 43,8 | 43,7 | 12,6 | 100,0 | 29,1 | 42,3 | 28,6 | 100,0 | 40,1 | 43,3 | 16,6 | 100,0 |
| 1997 | 47,5 | 40,6 | 11,9 | 100,0 | 34,5 | 41,0 | 24,5 | 100,0 | 43,9 | 40,7 | 15,4 | 100,0 |
| 1998 | 50,3 | 38,5 | 11,3 | 100,0 | 36,7 | 41,2 | 22,1 | 100,0 | 46,3 | 39,3 | 14,5 | 100,0 |
| 1999 | 52,2 | 36,9 | 10,9 | 100,0 | 37,4 | 41,5 | 21,1 | 100,0 | 47,8 | 38,3 | 14,0 | 100,0 |

1 stationäre Leistungen erst ab 1.7.1996 eingeführt

- . Zahlenwert unbekannt
- nichts vorhanden

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit, PV-Statistik

Anhangtabelle VII.11

**Leistungsempfänger der sozialen Pflegeversicherung in Deutschland im Jahresdurchschnitt nach Leistungsarten
(errechnet aus Leistungstagen) ^{1,2}**

| Jahr | Leistungsart | | | | | | | | |
|--------------------|--------------|--------------------|----------------------|----------------|-------------------------|-----------------|-----------------------|---|-----------|
| | Pflegegeld | Pflegesachleistung | Kombinationsleistung | Urlaubs-pflege | Tages- und Nacht-pflege | Kurzzeit-pflege | Vollstationäre Pflege | Vollstationäre Pflege in Behinder-tenheimen | insgesamt |
| a) absolut | | | | | | | | | |
| 1995 | 887.403 | 82.790 | 82.293 | 10.783 | 1.777 | 3.649 | - | - | 1.068.695 |
| 1996 ² | 943.878 | 105.879 | 135.305 | 6.805 | 3.639 | 5.731 | 355.142 | 5.711 | 1.562.088 |
| 1997 | 971.939 | 119.428 | 157.543 | 3.716 | 5.065 | 5.633 | 425.682 | 38.408 | 1.727.414 |
| 1998 | 962.669 | 133.895 | 171.764 | 4.070 | 6.774 | 6.199 | 452.750 | 56.543 | 1.794.664 |
| 1999 | 982.877 | 152.648 | 192.556 | 5.716 | 8.673 | 7.146 | 485.014 | 53.875 | 1.888.505 |
| b) in v. H. | | | | | | | | | |
| 1995 | 83,0 | 7,7 | 7,7 | 1,0 | 0,2 | 0,3 | - | - | 100,0 |
| 1996 ³ | 60,4 | 6,8 | 8,7 | 0,4 | 0,2 | 0,4 | 22,7 | 0,4 | 100,0 |
| 1997 | 56,3 | 6,9 | 9,1 | 0,2 | 0,3 | 0,3 | 24,6 | 2,2 | 100,0 |
| 1998 | 53,6 | 7,5 | 9,6 | 0,2 | 0,4 | 0,3 | 25,2 | 3,2 | 100,0 |
| 1999 | 52,0 | 8,1 | 10,2 | 0,3 | 0,5 | 0,4 | 25,7 | 2,9 | 100,0 |

1 Abweichungen in den Summen durch Rundungen

2 Einschließlich Mehrfachzählungen durch den gleichzeitigen Bezug mehrerer Leistungen

3 2. Halbjahr wegen Beginn der stationären Leistungen ab 1.7.96

. Zahlenwert unbekannt

- nichts vorhanden

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit, PV-Statistik

Anhangtabelle VII.12

**Pflegebedürftige in Privathaushalten
- Haushaltsnettoeinkommen von Pflegehaushalten im Vergleich zur Gesamtbevölkerung**

| | West | | Ost | |
|---------------------|----------------|----------------------------------|----------------|----------------------------------|
| | Pflegehaushalt | Haushalte insgesamt ¹ | Pflegehaushalt | Haushalte insgesamt ¹ |
| unter 1.000 DM | 4% | 1% | 1% | 4% |
| 1.000 b.u. 1.500 DM | 7% | 6% | 10% | 11% |
| 1.500 b.u. 2.000 DM | 9% | 10% | 9% | 13% |
| 2.000 b.u. 2.500 DM | 12% | 14% | 13% | 15% |
| 2.500 b.u. 3.000 DM | 10% | 11% | 12% | 12% |
| 3.000 b.u. 4.000 DM | 26% | 22% | 34% | 22% |
| 4.000 b.u. 5.000 DM | 14% | 18% | 11% | 11% |
| 5.000 b.u. 8.000 DM | 11% | 14% | 3% | 10% |
| 8.000 DM und mehr | 2% | 3% | 3% | 1% |
| Keine Angabe | 6% | 1% | 3% | 2% |
| Durchschnitt in DM | 3.322 | . | 2.971 | . |

1 Repräsentativergebnisse der Infratest -Mehrthemenbefragungen 1998

. Zahlenwert unbekannt

Quelle: Infratest-Repräsentativerhebung 1998

Anhangtabelle VII.13

Empfänger von Hilfe zur Pflege nach dem BSHG am Jahresende

| Jahr | Insgesamt ¹ | Außerhalb von Einrichtungen | In Einrichtungen |
|-----------------------------------|------------------------|--------------------------------|------------------|
| Früheres Bundesgebiet | | | |
| 1994 | 352.798 | 156.554 | 200.067 |
| 1995 | 295.193 | 73.666 | 221.934 |
| 1996 | 235.807 | 56.970 | 178.984 |
| 1997 | 211.463 | 54.950 | 156.636 |
| 1998 | 190.003 | 53.424 | 136.759 |
| Neue Länder und Berlin-Ost | | | |
| 1994 | 100.815 | 32.700 | 68.315 |
| 1995 | 77.635 | 11.426 | 66.265 |
| 1996 | 49.533 | 9.417 | 40.152 |
| 1997 | 39.448 | 9.446 | 30.036 |
| 1998 | 32.228 | 8.778 | 23.579 |
| Deutschland | | | |
| 1994 | 453.613 | 189.254 | 268.382 |
| 1995 | 372.828 | 85.092 | 288.199 |
| 1996 | 285.340 | 66.387 | 219.136 |
| 1997 | 250.911 | 64.396 | 186.672 |
| 1998 | 222.231 | 62.202 | 160.238 |

1 Mehrfachzählungen wurden soweit erkennbar ausgeschlossen

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 13, Reihe 2 Sozialhilfe, 1994 ff.

Anhangtabelle VII.14

Empfänger/-innen von Hilfe zur Pflege nach dem BSHG außerhalb und innerhalb von Einrichtungen während des Jahres

| Jahr | gewährte Hilfen | |
|-----------------------------------|-----------------|---|
| | Insgesamt | dar. mit zusätzlichen Pflegeleistungen eines Sozialversicherungsträgers |
| Früheres Bundesgebiet | | |
| 1994 * | 436.327 | 76.557 |
| 1995 ** | 456.394 | 71.881 |
| 1996 | 338.550 | 87.555 |
| 1997 | 276.676 | 83.526 |
| 1998 | 247.958 | 87.601 |
| Neue Länder und Berlin-Ost | | |
| 1994 | 127.125 | 19.508 |
| 1995 | 117.242 | 15.080 |
| 1996 | 87.815 | 29.245 |
| 1997 | 51.604 | 23.258 |
| 1998 | 41.341 | 19.413 |
| Deutschland | | |
| 1994 * | 563.452 | 96.065 |
| 1995 ** | 573.636 | 86.961 |
| 1996 | 426.365 | 116.800 |
| 1997 | 328.280 | 106.784 |
| 1998 | 289.299 | 107.014 |

* Für das Berichtsjahr 1994 fehlen die Angaben von Hamburg und Bremen; die aus Niedersachsen waren lückenhaft.

** Für das Berichtsjahr 1995 fehlen die Daten aus Bremen

Quelle: Statistisches Bundesamt: Fachserie 13, Reihe 2, Sozialhilfe 1994 ff.

Anhangtabelle VII.15

Ausgaben der Sozialhilfe für Hilfe zur Pflege

| Jahr | Insgesamt | In Einrichtungen | Außerhalb von Einrichtungen | Davon (Sp. 3) | |
|-----------------------------------|----------------|------------------|-----------------------------------|-----------------|------------------------------|
| | | | | Pflege- geld | sonstige Hilfe zur Pflege |
| in DM | | | | | |
| Früheres Bundesgebiet | | | | | |
| 1991 | 11.055.197.380 | 9.761.532.651 | 1.293.664.727 | 972.044.399 | 321.620.327 |
| 1992 | 12.631.714.697 | 11.357.469.928 | 1.274.244.768 | 915.266.825 | 358.977.941 |
| 1993 | 13.756.277.547 | 12.374.280.642 | 1.381.996.881 | 973.424.020 | 408.572.830 |
| 1994 | 14.581.531.279 | 13.126.994.660 | 1.454.536.619 | 1.001.644.670 | 452.891.949 |
| 1995 | 14.336.309.576 | 13.361.589.570 | 974.720.006 | 495.195.512 | 479.524.494 |
| 1996 | 11.653.109.538 | 10.920.547.670 | 732.561.868 | 261.906.523 | 470.655.345 |
| 1997 | 6.094.697.937 | 5.390.847.686 | 703.850.251 | 239.721.328 | 464.128.923 |
| 1998 | 5.389.720.625 | 4.667.995.288 | 721.725.337 | 229.456.655 | 492.268.682 |
| 1999 | 5.230.798.978 | 4.503.206.620 | 727.592.358 | 219.070.283 | 508.522.075 |
| Neue Länder und Berlin-Ost | | | | | |
| 1991 | 1.642.991.473 | 1.597.923.302 | 45.068.170 | 37.442.346 | 7.625.823 |
| 1992 | 2.051.951.994 | 1.915.021.352 | 136.930.642 | 114.498.074 | 22.432.567 |
| 1993 | 2.725.111.011 | 2.549.594.717 | 175.516.294 | 144.965.482 | 30.550.810 |
| 1994 | 3.141.709.488 | 2.962.667.198 | 179.042.290 | 144.274.993 | 34.767.297 |
| 1995 | 3.136.834.020 | 3.043.252.421 | 93.581.599 | 59.690.730 | 33.890.869 |
| 1996 | 2.233.414.398 | 2.165.014.274 | 68.400.124 | 31.928.030 | 36.472.094 |
| 1997 | 749.732.653 | 685.888.237 | 63.844.416 | 24.969.518 | 38.874.898 |
| 1998 | 480.305.740 | 413.247.672 | 67.058.068 | 25.661.626 | 41.396.442 |
| 1999 | 442.439.919 | 371.192.241 | 71.247.678 | 24.288.604 | 46.959.074 |
| Deutschland | | | | | |
| 1991 | 12.698.188.853 | 11.359.455.953 | 1.338.732.897 | 1.009.486.745 | 329.246.150 |
| 1992 | 14.683.666.691 | 13.272.491.280 | 1.411.175.410 | 1.029.764.899 | 381.410.508 |
| 1993 | 16.481.388.558 | 14.923.875.359 | 1.557.513.175 | 1.118.389.502 | 439.123.640 |
| 1994 | 17.723.240.767 | 16.089.661.858 | 1.633.578.909 | 1.145.919.663 | 487.659.246 |
| 1995 | 17.473.143.596 | 16.404.841.991 | 1.068.301.605 | 554.886.242 | 513.415.363 |
| 1996 | 13.886.523.936 | 13.085.561.944 | 800.961.992 | 293.834.553 | 507.127.439 |
| 1997 | 6.844.430.590 | 6.076.735.923 | 767.694.667 | 264.690.846 | 503.003.821 |
| 1998 | 5.870.026.365 | 5.081.242.960 | 788.783.405 | 255.118.281 | 533.665.124 |
| 1999 | 5.673.238.897 | 4.874.398.861 | 798.840.036 | 243.358.887 | 555.481.149 |

Hinweis: Es ist zu beachten, dass ab 1994 die Ausgaben für Asylbewerber nicht mehr in der Sozialhilfestatistik enthalten sind. Asylbewerber erhalten seit Einführung des Asylbewerberleistungsgesetzes am 01. November 1993 anstelle der Sozialhilfe Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 13, Reihe 2 Sozialhilfe, 1994 ff.

Anhangschaubild VII.1

Klassenunterteilung nach Bildungsstand aus den Angaben der Studienteilnehmer zu Schul- und Berufsbildung

| | |
|---|---|
| Sehr niedrig (ca. 15,1% der Befragten) | Kein Schulabschluss und keine Berufsausbildung oder Volksschul-/Hauptschulabschluss und keine Berufsausbildung |
| Niedrig (ca. 23,8% der Befragten) | Volksschul-/Hauptschulabschluss und Lehre oder Berufsschule |
| Mittel (ca. 40,8% der Befragten) | Abschluss Realschule oder POS und Berufsschule oder Abschluss Realschule oder POS oder Fachhochschulreife und Lehre oder Fachschule |
| Hoch (ca. 20,4% der Befragten) | Abitur und alle anderen Berufsausbildungen ohne Universität oder Fachhochschule oder jeglicher Schulabschluss und Fachhochschule oder Universität |

Quelle: Bundesgesundheitsurvey 1998

VIII. Behinderung

VIII.1 Rechtsgrundlagen für behinderte Menschen

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland sichert allen Menschen unabhängig von Ursache, Art und Schwere einer eventuellen Behinderung in gleicher Weise die Beachtung ihrer Menschenwürde, das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, die freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit, die Beachtung des Sozialstaatsgrundsatzes und die gleiche Behandlung durch die öffentliche Gewalt zu. Das allgemeine Gleichbehandlungsgebot des Artikels 3 Abs. 1 des Grundgesetzes (GG), das die Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz gewährleistet, wurde durch eine im November 1994 in Kraft getretene spezielle Regelung zugunsten behinderter Menschen ergänzt, indem Artikel 3 Abs. 3 folgender Satz angefügt wurde: „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“

Nach § 10 des Ersten Buches Sozialgesetzbuch hat jeder, der körperlich, geistig oder seelisch behindert ist oder dem eine solche Behinderung droht, unabhängig von der Ursache seiner Behinderung ein "soziales Recht" auf die Hilfe, die notwendig ist, um

- die Behinderung abzuwenden, zu beseitigen, zu bessern, ihre Verschlimmerung zu verhüten oder ihre Folgen zu mildern, und um
- ihm einen seinen Neigungen und Fähigkeiten entsprechenden Platz in der Gemeinschaft, insbesondere im Arbeitsleben, zu sichern.

Dies „soziale Recht" ist nicht nur als Rechtsgrundsatz zur Auslegung und Anwendung des Sozialrechts, sondern darüber hinaus als Leitlinie der Rehabilitations- und Behindertenpolitik in der Bundesrepublik Deutschland allgemein anerkannt. Unter den Grundsätzen, die aus ihm abzuleiten sind, sind hervorzuheben

- das Ziel der Integration der behinderten Menschen in die Gesellschaft,
- der Grundsatz der Finalität, nach dem die notwendigen Hilfen jedem behinderten und von Behinderung bedrohten Menschen unabhängig von der Ursache der Behinderung geleistet werden müssen, auch wenn für diese Hilfen unterschiedliche Träger und Institutionen mit unterschiedlichen Leistungsvoraussetzungen zuständig sind,
- der Grundsatz einer möglichst frühzeitigen Intervention, nach dem entsprechend den im Einzelfall gegebenen Möglichkeiten und Notwendigkeiten Ausmaß und Auswirkungen der Behinderung möglichst gering zu halten und nicht vermeidbare Auswirkungen so gut wie möglich auszugleichen sind, und

- der Grundsatz der individuellen Hilfe, die auf die konkrete Bedarfssituation jedes einzelnen behinderten und von Behinderung bedrohten Menschen zugeschnitten und dieser Bedarfssituation mit geeigneten Mitteln gerecht werden muss.

Ähnlich formulierte Zielsetzungen wie in § 10 des Ersten Buches Sozialgesetzbuch finden sich auch in den Gesetzen, die Leistungen zur Eingliederung behinderter Menschen im einzelnen regeln, so in §§ 10 und 11 des Gesetzes über die Angleichung der Leistungen zur Rehabilitation und in § 39 des Bundessozialhilfegesetzes. Für die Kranken-, Unfall- und Pflegeversicherung sowie für die Sozialhilfe ist außerdem als Ziel gesetzlich festgelegt, Pflegebedürftigkeit zu vermeiden oder zu mindern. Der Grundsatz „Rehabilitation vor Pflege“ sowie der Grundsatz „Rehabilitation vor Rente“ gelten nicht nur dann, wenn der Bedarf von Pflegebedürftigkeit bzw. Rente eingetreten ist, sondern bereits im Vorfeld.

VIII.2 Leistungen für behinderte Menschen

Hilfen zur Eingliederung behinderter oder von Behinderung bedrohter Menschen ins Arbeitsleben und in die Gesellschaft insgesamt werden oft zusammenfassend als „Rehabilitation“ bezeichnet. In einem weiten Verständnis umfassen diese Hilfen alle Vorgänge, Leistungen und Gestaltungen von Lebensumständen, die auf die in § 10 des Ersten Buches Sozialgesetzbuch genannten Ziele gerichtet sind. Den Kern der Rehabilitation bilden die besonderen Sozialleistungen, die wegen Art oder Schwere einer Behinderung an behinderte oder von Behinderung bedrohte Menschen zum Zwecke ihrer Rehabilitation und Eingliederung geleistet werden.

Die Übernahme des dreistufig aufgebauten Behindertenbegriffs der Weltgesundheitsorganisation in das deutsche Recht verdeutlicht die unterschiedlichen Ansatzpunkte für Hilfen

- im Bereich der drohenden oder vorliegenden Schädigungen durch Prävention wie zum Beispiel gesundheitsgerechtes Verhalten, Unfallverhütung und andere Formen der Vermeidung oder Senkung von Risiken, durch Vorsorgemaßnahmen, durch Rettungsdienste oder durch Maßnahmen der medizinischen Behandlung und Rehabilitation,
- im Bereich der Funktionsbeeinträchtigungen durch Hilfen zur Kompensation der Beeinträchtigungen, zum Beispiel orthopädische Hilfsmittel, Funktionstraining oder technische Hilfen zur Arbeitsplatzausstattung,
- im Bereich der Behinderungen selbst etwa dadurch, dass Barrieren vermieden oder abgebaut werden oder dass ein Beruf gewählt wird, der trotz Funktionseinschränkungen die Berufsausübung ermöglicht oder erleichtert.

Die Sozialleistungen zur Rehabilitation und Eingliederung behinderter und von Behinderung bedrohter Menschen sind in der Bundesrepublik Deutschland nicht einem eigenständigen Sozialleistungsbereich übertragen, sondern eingebettet in die sonstigen Aufgaben einer Vielzahl von Sozialleistungsträgern mit teils gleichen, teils unterschiedlichen Rehabilitationszielen. Insbesondere werden die in § 29 des Ersten Buches Sozialgesetzbuch zusammenfassend aufgeführten Sozialleistungen erbracht, und zwar

- medizinische Leistungen durch die Kranken-, die Renten- und die Unfallversicherung sowie die Träger der sozialen Entschädigung bei Gesundheitsschäden,
- berufsfördernde Leistungen durch die Bundesanstalt für Arbeit, die Renten- und die Unfallversicherung sowie die Träger der sozialen Entschädigung bei Gesundheitsschäden,
- Leistungen zur allgemeinen sozialen Eingliederung durch die Unfallversicherung, die Träger der sozialen Entschädigung bei Gesundheitsschäden und die Jugend- und die Sozialhilfe.

Auf eine Darstellung des teilweise abweichenden Rechts der Alterssicherung der Landwirte wird aus Gründen der Übersichtlichkeit in diesem Bericht verzichtet.

Die Sozialhilfe - und für psychisch behinderte Kinder und Jugendliche die Jugendhilfe - treten aufgrund ihrer umfassenden Aufgabenstellung dann als „Ausfallbürge“ ein, wenn behinderte Menschen zu dem im Bundessozialhilfegesetz und in der Eingliederungshilfe-Verordnung näher bezeichneten Personenkreis der wesentlich behinderten Menschen gehören, keine Ansprüche gegen vorrangige Sozialleistungsträger bestehen und die Aufbringung der Mittel aus eigenem Einkommen und Vermögen nicht zumutbar ist.

Schwerbehinderte Menschen können zu ihrer beruflichen Eingliederung - außer berufsfördernden Leistungen zur Rehabilitation, wenn deren Voraussetzungen gegeben sind - auch besondere zusätzliche Leistungen erhalten, zum Beispiel technische Hilfsmittel oder Arbeitsplatzausstattungen; diese werden aus der Ausgleichsabgabe bestritten, die beschäftigungspflichtige Arbeitgeber abführen, wenn sie ihrer Pflicht zur Beschäftigung schwerbehinderter Menschen nicht oder nur unzureichend nachkommen. Insbesondere bei der Aufgabe, die Ausgliederung schwerbehinderter Menschen aus dem Berufsleben zu vermeiden, kommt den Hauptfürsorgestellen eine wichtige Rolle zu.

Obwohl das Gesetz über die Angleichung der Leistungen zur Rehabilitation (Rehabilitations-Angleichungsgesetz) aus dem Jahr 1974, das die Träger der Kranken-, der Pflege-, der Renten- und der Unfallversicherung, der sozialen Entschädigung sowie die Bundesanstalt für Arbeit erfasst (derzeit jedoch nicht die Sozialhilfe), die von den einzelnen Trägern im Rahmen ihrer Zu-

ständigkeit nach den verschiedenen Leistungsgesetzen zu erbringenden Leistungen in vielen Punkten einander angleicht, sind doch noch viele Probleme ungelöst.

Nachteile des gegliederten Systems sind die

- ungleichen Leistungen der einzelnen Träger sowohl dem Gegenstand als auch dem Umfang nach;
- Schwierigkeiten, den zuständigen Träger im gegliederten System herauszufinden und sich in diesem System zu orientieren;
- Verzögerungen in der Leistungsgewährung, insbesondere beim Zusammenwirken mehrerer Leistungsträger.

Die Bundesregierung hat deshalb in ihrer Koalitionsvereinbarung vom 20. Oktober 1998 beschlossen, das Recht der Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen in einem Sozialgesetzbuch IX zusammenzufassen und weiterzuentwickeln (s. dazu im Bericht Teil B Kap. VIII.1).

VIII.3 Daten und Fakten

Anhangtabelle VIII.1

Schwerbehinderte Menschen nach dem Alter, dem Geschlecht und der Art der Behinderung (Dezember 1999)

| Alter und Geschlecht | insgesamt | Verlust oder Funktionseinschränkung v. Gliedmaßen, Wirbelsäule, Rumpf oder Brustkorb | Blindheit, Sehbehinderung | Sprachstörungen, Schwerhörigkeit, Taubheit, | Beeinträchtigung der Funktion innerer Organe | Querschnittslähmung zerebrale Störungen, geistige-seelische Behinderungen, Sucht | Sonstige Behinderungen | |
|----------------------|---------------|--|---------------------------|---|--|--|------------------------|------------------|
| unter 18 | männlich | 94.099 | 7.571 | 3.546 | 5.624 | 15.075 | 37.892 | 24.394 |
| | weiblich | 69.446 | 6.065 | 2.842 | 4.541 | 11.856 | 25.865 | 18.277 |
| | gesamt | 163.545 | 13.636 | 6.388 | 10.165 | 26.931 | 63.757 | 42.671 |
| 18 bis unter 60 | männlich | 1.197.325 | 291.970 | 43.078 | 49.285 | 291.688 | 300.723 | 220.581 |
| | weiblich | 944.121 | 274.714 | 34.506 | 37.153 | 193.365 | 225.529 | 178.855 |
| | gesamt | 2.141.446 | 566.684 | 77.584 | 86.438 | 485.053 | 526.252 | 399.436 |
| 60 und älter | männlich | 2.206.034 | 703.456 | 88.852 | 86.318 | 691.400 | 194.698 | 441.310 |
| | weiblich | 2.122.441 | 766.347 | 157.929 | 70.571 | 527.397 | 205.325 | 394.872 |
| | gesamt | 4.328.475 | 1.469.803 | 246.781 | 156.889 | 1.218.797 | 400.023 | 836.182 |
| Insgesamt | männlich | 3.497.458 | 1.002.997 | 135.476 | 141.227 | 998.163 | 533.313 | 686.285 |
| | weiblich | 3.136.008 | 1.047.126 | 195.277 | 112.265 | 732.618 | 456.719 | 592.004 |
| | gesamt | 6.633.466 | 2.050.123 | 330.753 | 253.492 | 1.730.781 | 990.032 | 1.278.289 |

Quelle: Statistisches Bundesamt; Fachserie 13, R 5.1, 1999
nach § 53 Abs. 1 SchwbG wird die Statistik nur alle 2 Jahre durchgeführt

Anhangtabelle VIII.2

Schwerbehinderte Menschen am 31.12.1999 nach Ursache der schwersten Behinderung, Grad der Behinderung und Geschlecht

| Ursachen der schwersten Behinderung | Insgesamt | | Grad der Behinderung | | | | | |
|--|-----------|------|----------------------|-----------|---------|---------|---------|-----------|
| | Anzahl | % | 50 | 60 | 70 | 80 | 90 | 100 |
| männlich | | | | | | | | |
| angeborene Behinderung | 162.457 | 4,7 | 20.355 | 10.398 | 9.857 | 19.321 | 5.029 | 97.497 |
| Arbeitsunfall, Berufskrankheit | 71.278 | 2,0 | 25.407 | 13.965 | 9.958 | 7.990 | 3.465 | 10.493 |
| Verkehrsunfall | 30.319 | 0,9 | 8636 | 4.675 | 4.025 | 4.156 | 1.547 | 7.280 |
| häuslicher Unfall | 5437 | 0,2 | 2.093 | 910 | 587 | 551 | 211 | 1.085 |
| sonstiger oder nicht näher bezeichneter Unfall | 20.358 | 0,6 | 7.173 | 3.299 | 2.489 | 2.274 | 854 | 4.269 |
| anerkannte Kriegs-, Wehrdienst- oder Zivildienstbeschädigung | 159.165 | 4,6 | 31.322 | 22.116 | 23.781 | 24.442 | 14.811 | 42.693 |
| allgemeine Krankheit (einschl. Impfschaden) | 2.895.386 | 82,8 | 957.715 | 482.860 | 336.761 | 352.530 | 143.156 | 622.364 |
| sonstige, mehrere oder ungenügend bezeichnete Ursachen | 153.058 | 4,4 | 48.083 | 25.973 | 19.177 | 19.469 | 8.190 | 32.166 |
| gesamt | 3.497.458 | 100 | 1.100.784 | 564.196 | 406.635 | 430.733 | 177.263 | 817.847 |
| Weiblich | | | | | | | | |
| angeborene Behinderung | 135.768 | 4,3 | 17.397 | 9237 | 8326 | 15199 | 4451 | 81158 |
| Arbeitsunfall, Berufskrankheit | 11.043 | 0,4 | 3.760 | 2.207 | 1.569 | 1.325 | 516 | 1.666 |
| Verkehrsunfall | 11.913 | 0,4 | 3.473 | 1.880 | 1.512 | 1.630 | 576 | 2.842 |
| häuslicher Unfall | 3.354 | 0,1 | 1.112 | 582 | 396 | 403 | 147 | 714 |
| sonstiger oder nicht näher bezeichneter Unfall | 9.092 | 0,3 | 3.018 | 1.528 | 1.144 | 1.149 | 430 | 1.823 |
| anerkannte Kriegs-, Wehrdienst- oder Zivildienstbeschädigung | 7.431 | 0,2 | 1.419 | 1.079 | 1.117 | 1.191 | 680 | 1.945 |
| allgemeine Krankheit (einschl. Impfschaden) | 2.820.024 | 89,9 | 774.061 | 462.304 | 337.835 | 385.300 | 163.751 | 696.773 |
| sonstige, mehrere oder ungenügend bezeichnete Ursachen | 137.383 | 4,4 | 37.309 | 22.070 | 17.356 | 18.794 | 8.155 | 33.699 |
| gesamt | 3.136.008 | 100 | 841.549 | 500.887 | 369.255 | 424.991 | 178.706 | 820.620 |
| Insgesamt | | | | | | | | |
| angeborene Behinderung | 298.225 | 4,5 | 37.752 | 19.635 | 18.183 | 34.520 | 9.480 | 178.655 |
| Arbeitsunfall, Berufskrankheit | 82.321 | 1,2 | 29.167 | 16.172 | 11.527 | 9.315 | 3.981 | 12.159 |
| Verkehrsunfall | 42.232 | 0,6 | 12.109 | 6.555 | 5.537 | 5.786 | 2.123 | 10.122 |
| häuslicher Unfall | 8.791 | 0,1 | 3.205 | 1.492 | 983 | 954 | 358 | 1.799 |
| sonstiger oder nicht näher bezeichneter Unfall | 29.450 | 0,4 | 10.191 | 4.827 | 3.633 | 3.423 | 1.284 | 6.092 |
| Anerkannte Kriegs-, Wehrdienst- oder Zivildienstbeschädigung | 166.596 | 2,5 | 32.741 | 23.195 | 24.898 | 25.633 | 15.491 | 44.638 |
| Allgemeine Krankheit (einschl. Impfschaden) | 5.715.410 | 86,2 | 1.731.776 | 945.164 | 674.596 | 737.830 | 306.907 | 1.319.137 |
| Sonstige, mehrere oder ungenügend bezeichnete Ursachen | 290.441 | 4,4 | 85.392 | 48.043 | 36.533 | 38.263 | 16.345 | 65.865 |
| Zusammen | 6.633.466 | 100 | 1.942.333 | 1.065.083 | 775.890 | 855.724 | 355.969 | 1.638.467 |

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 13, R 5.1, 1999

Anhangtabelle VIII.3

**Persönliches Nettoeinkommen von behinderten Frauen nach Region
in den Jahren 1996 bis 1998**

| Persönliche Nettoeinkommen (DM/Monat) im Befragungsjahr (1996 - 1998) | Früheres Bundesgebiet | | Neue Länder | |
|---|-----------------------|------------|----------------------|------------|
| | Frauen | | | |
| | Anzahl ¹⁾ | in % | Anzahl ¹⁾ | in % |
| Bis 500 | 59 | 10,7 | 7 | 5,3 |
| Über 500 - 1000 | 108 | 19,6 | 22 | 16,8 |
| Über 1000 - 1500 | 116 | 21,1 | 45 | 34,4 |
| Über 1500 - 2000 | 82 | 14,9 | 35 | 26,7 |
| Über 2000 - 2500 | 67 | 12,2 | 11 | 8,4 |
| Über 2500 - 3000 | 50 | 9,1 | 7 | 5,3 |
| Über 3000 - 3500 (Ost: über 3000) | 24 | 4,4 | 4 | 3,1 |
| Über 3500 - 4000 | 20 | 3,6 | - | - |
| Über 4000 - 4500 | 8 | 1,5 | - | - |
| Über 4500 - 5000 | 9 | 1,6 | - | - |
| Über 5000 | 7 | 1,3 | - | - |
| Gesamt | 550 | 100 | 131 | 100 |

1) Im Tableau werden nur die tatsächlich erhobenen Fallzahlen ausgewiesen.

Quelle: Live - Frauen mit Behinderung, 1999; S. 90

IX. Zuwanderung

IX.1 Das Sozio-ökonomische Panel als Datenbasis zur Einkommensverteilung bei Ausländerinnen und Ausländern

Einige amtliche Statistiken (Bevölkerungsstatistik, Todesursachenstatistik und Statistik der meldepflichtigen Erkrankungen) sind zwar nach Nationalität der Merkmalsträger gegliedert, unterscheiden aber nur zwischen deutsch und nicht deutsch. Defizite in der migrationsbezogenen Gesundheitsstatistik erschweren Aussagen zu der gesundheitlichen Situation von Migranten.

Im Sozio-ökonomischen Panel (SOEP) wurden bereits für die Ausgangsstichprobe im Jahr 1984 in den alten Ländern die Ausländer und Ausländerinnen in die Längsschnittbefragung einbezogen. Damit wird das Gros der Mitte der 80er Jahre in Deutschland lebenden Ausländer repräsentiert, die meist infolge der gezielten Anwerbung der 60er und 70er Jahre in die Bundesrepublik kamen, und zwar aus den Ländern Italien, Griechenland, Spanien, Jugoslawien und der Türkei. Andere Nationalitäten wurden im Rahmen der zufälligen Kontaktierung innerhalb der deutschen Stichprobe erfasst.

Demographische Veränderungen werden im SOEP bei der ansässigen Bevölkerung durch ein Weiterverfolgungskonzept abgebildet, indem alle in bestehenden Befragungshaushalten und deren Abspaltungen (infolge Trennung oder Auszug aus dem elterlichen Haushalt) lebenden Personen direkt befragt beziehungsweise (bei Geburt oder Zuzug von Kindern) aufgenommen werden. Auf diese Weise werden natürliche Bevölkerungsbewegungen innerhalb der SOEP-Haushalte sowie Wanderungen innerhalb des Erhebungsgebiets automatisch registriert. Allerdings werden mit diesem Weiterverfolgungskonzept Zuwanderungen nur insoweit angemessen erfasst, sofern sie mit bestehenden SOEP-Haushalten auch in Kontakt kommen. Dies ist für große Teile der umfangreichen Zuwanderungen von Aussiedlern und Asylbewerbern, die gegen Ende der 80er und zu Beginn der 90er Jahre vor allem in die alten Länder eingewandert sind, nicht gewährleistet.

Um auch diese Gruppen angemessen zu erfassen, wurde in den Jahren 1994/95 eine eigene Zuwandererstichprobe für das SOEP gezogen, so dass ab Mitte der 90er Jahre Ausländer und Migranten auch in ihrer inzwischen gegenüber den 80er Jahren stark veränderten Struktur wieder angemessen repräsentiert sind. Zuzügler aus Spanien und Griechenland, die Mitte der 80er Jahre einen durchaus nennenswerten Umfang innerhalb der Ausländerpopulation ausmachten, sind vielfach zurückgewandert. Die Gruppe der ebenfalls von vornherein im SOEP überproportional erfassten Haushalte aus Jugoslawien hat zur Zeit der Balkankonflikte und des Kosovo-

Krieges meist kurzfristig erhebliche Zuwanderungen erlebt. Ähnliches gilt für die innerhalb der türkischen Teilstichprobe erfasste kurdische Bevölkerung in Deutschland. Zuwanderungen aus Osteuropa waren bis Mitte der 80er Jahre empirisch kaum vertreten, sie stellen heute aber einen erheblichen Teil der in Deutschland lebenden Zuwanderungen dar.

Um die Veränderung der Lebensbedingungen der ausländischen Bevölkerung auf Grundlage des SOEP angemessen zu beschreiben, wird folgende Vorgehensweise gewählt: Die grundlegenden Auswertungen beziehen sich auf Ausländerhaushalte, d.h. Haushalte in denen mindestens eine Person im Alter von 17 und mehr Jahren mit ausländischer Nationalität lebt. Diesen so definierten Ausländerhaushalten werden die autochthonen Haushalte der deutschen Bevölkerung gegenüber gestellt, in denen alle erwachsenen Haushaltsmitglieder die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Die so definierten Ausländerhaushalte schließen sowohl Zuzüge aus westlichen Industrienationen wie auch osteuropäische Zuwanderungen oder Zuzüge aus Entwicklungsländern gleichermaßen ein. Umgekehrt werden Zuwanderungen von Aussiedlern innerhalb der deutschen Haushalte gezählt.

Aus den genannten erhebungstechnischen Gründen konzentrieren sich die Auswertungen auf die beiden Zeitpunkte, in denen die heterogene ausländische Bevölkerung im SOEP jeweils am besten repräsentiert wird: das ist zu Beginn der Erhebung in der Mitte der 80er Jahre sowie nach Einbeziehen der Zuwandererstichproben in der zweiten Hälfte der 90er Jahre.

IX.2 Rechtsgrundlagen für die Aufnahme von Spätaussiedlern

Eine Aufnahme nach dem Bundesvertriebenengesetz (BVFG in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Juni 1993 - BGBl. I S. 829) erfolgt seit 1990 ausschließlich durch Erteilung von Aufnahmebescheiden und ist seit 1993 nur noch als Spätaussiedler möglich. Nichtdeutsche Ehegatten und Abkömmlinge können seit 1993 in den Aufnahmebescheid des Spätaussiedlers einbezogen werden. Sie erwerben dann mit ihrer Aufnahme – wie die Spätaussiedler selbst – zunächst den Deutschen-Status im Sinne von Art. 116 Abs. 1 GG und mit Erteilung der Bescheinigung nach § 15 BVFG die deutsche Staatsangehörigkeit.

Eine Aufnahme von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern kommt grundsätzlich nur in Betracht, wenn die Antragstellerin oder der Antragsteller ununterbrochen bis zur Entscheidung über seinen Antrag in einem Aussiedlungsgebiet lebt.

Als Spätaussiedler finden gem. § 4 BVFG nur deutsche Volkszugehörige im Sinne von § 6 BVFG Aufnahme. Wer nach dem 31. Dezember 1923 geboren ist, ist deutscher Volkszuge-

höriger im Sinne dieser Vorschrift regelmäßig nur, wenn er von einem deutschen Staatsangehörigen oder deutschen Volkszugehörigen abstammt,

1. ihm die Eltern, ein Elternteil oder andere Verwandte bestätigende Merkmale, wie Sprache, Erziehung, Kultur vermittelt haben und
2. er sich bis zum Verlassen der Aussiedlungsgebiete zur deutschen Nationalität erklärt, sich bis dahin auf andere Weise zum deutschen Volkstum bekannt hat oder nach dem Recht des Herkunftsstaates zur deutschen Nationalität gehörte.

Die deutsche Volkszugehörigkeit setzt voraus, dass dem Betroffenen bereits in der Familie deutsche Sprachkenntnisse vermittelt wurden. Dabei ist es unschädlich, wenn die deutsche Sprache nur in Form eines Dialektes beherrscht wird. Am Bekenntnis zum deutschen Volkstum fehlt es regelmäßig, wenn sich der Betroffene mit einer anderen als der deutschen Nationalität in seinem Inlandspass hat verzeichnen lassen. Antragsteller aus anderen Staaten als den Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion oder den baltischen Staaten müssen nach § 4 Abs. 2 BVFG neben ihrer deutschen Volkszugehörigkeit zusätzlich nachweisen, dass sie speziell wegen ihrer deutschen Volkszugehörigkeit noch fortwirkenden Benachteiligungen unterliegen.

Die Aufnahme des nichtdeutschen Ehegatten oder der Abkömmlinge eines Spätaussiedlers durch Einbeziehung in dessen Aufnahmebescheid ist von engen, gesetzlich zugelassenen Ausnahmen abgesehen nur vor der Ausreise der beteiligten Personen aus dem Herkunftsgebiet möglich. Die Möglichkeit der gemeinsamen Aufnahme von Ehegatten und Abkömmlingen zusammen mit den Spätaussiedlern wird noch ergänzt durch die ausländerrechtlichen Regelungen zum Familiennachzug, die es dem mit einem Aufnahmebescheid einreisenden Spätaussiedlerbewerber erlauben, im Regelfall auch seine minderjährigen Stiefkinder, die minderjährigen Stiefkinder eines einbezogenen Abkömmlings und seine Schwiegerkinder nach Deutschland mitzubringen.

Nach der Aufnahme der Betroffenen ist der Nachzug von Angehörigen grundsätzlich nur noch nach dem Ausländerrecht möglich, das generell den Zuzug von ausländischen Angehörigen zu einem Deutschen regelt.

IX.3 Regelungen des Bundessozialhilfegesetzes für Ausländer/-innen

In der Bundesrepublik Deutschland lebende bedürftige Ausländer und Ausländerinnen haben auch grundsätzlich Anspruch auf Sozialhilfe; dieser ist in § 120 Bundessozialhilfegesetz (BSHG) geregelt, soweit sie nicht dem Personenkreis angehören, für den das Asylbewerberleistungsgesetz gilt.

Danach ist Ausländern, die sich in der Bundesrepublik Deutschland tatsächlich aufhalten, Hilfe zum Lebensunterhalt, Krankenhilfe, Hilfe für werdende Mütter und Wöchnerinnen und Hilfe zur Pflege nach dem BSHG zu gewähren, sofern sie nicht in der Lage sind, sich aus eigenen Kräften oder mit Unterstützung von anderen wie z.B. von Unterhaltspflichtigen oder von Trägern anderer Sozialleistungen selbst zu helfen.

Auf andere Leistungen wie z.B. auf Eingliederungshilfe für Behinderte haben Ausländer in der Regel keinen Rechtsanspruch. Im übrigen kann Sozialhilfe gewährt werden, soweit dies im Einzelfall gerechtfertigt ist. Auch Ausländer müssen, wie deutsche Sozialhilfeempfänger, ihre persönlichen und finanziellen Verhältnisse offen legen. Ebenfalls müssen sie ihren Lebensunterhalt vorrangig durch eigene Arbeit sichern, soweit nicht gesetzliche Regelungen dem entgegenstehen.

Des weiteren bestimmt das Bundessozialhilfegesetz, dass Ausländer, die sich in die Bundesrepublik Deutschland begeben haben, um Sozialhilfe zu erlangen, keinen Anspruch auf Sozialhilfe haben. Im Falle einer Krankheit soll ihnen aber Krankenhilfe gewährt werden, wenn dies zur Behebung eines lebensbedrohlichen Zustandes oder für die dringend gebotene Behandlung einer schweren Krankheit erforderlich ist.

IX.4 Das Asylbewerberleistungsgesetz - gesetzliche Rahmenbedingungen

In der Bundesrepublik Deutschland lebende Ausländerinnen und Ausländer haben grundsätzlich wie Deutsche bei Bedürftigkeit Anspruch auf Sozialhilfe, dies galt, wenn auch eingeschränkt, bis 1993 auch für Asylbewerber. Seit dem 1. November 1993 erhalten jedoch Asylbewerber und andere Ausländer/-innen, die nicht über einen verfestigten Aufenthaltsstatus verfügen, anstelle der Sozialhilfe Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG). Auch diese Leistungen werden einkommensabhängig gewährt, d.h. Anspruchsberechtigte, die über Einkommen und Vermögen verfügen, haben dieses vorrangig einzusetzen.

Die Grundleistungen nach dem AsylbLG sind gegenüber den Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz abgesenkt, weil sich Leistungsberechtigte nach dem AsylbLG typischerweise in der Bundesrepublik Deutschland nur vorübergehend aufhalten, so dass ihnen keine Leistungen zur Integration in die deutsche Gesellschaft gewährt werden müssen. Die darüber hinaus gehenden besonderen Leistungen sind gegenüber der Hilfe in besonderen Lebenslagen eingeschränkt: Bei akuten Erkrankungen und Schmerzzuständen erhalten sie im wesentlichen Leistungen wie Versicherte, weitere Hilfen in besonderen Lebenslagen stehen ihnen aber nur ausnahmsweise zu.

Der berechnigte Personenkreis und die Form der Leistungen wurden durch das erste Gesetz (vom 26. Mai 1997) und das zweite Gesetz (vom 25. August 1998) zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes modifiziert; seit dem 1. September 1998 beinhaltet das Asylbewerberleistungsgesetz folgende Kernpunkte:

- Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten Asylbewerber, Bürgerkriegsflüchtlinge und vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer/-innen (auch wenn sie im Besitz einer Duldung sind; § 1 AsylbLG).
- Die Sicherung des Lebensunterhalts erfolgt für die Dauer von drei Jahren vorrangig durch Sachleistungen. Bei einer Unterbringung außerhalb von Aufnahmeeinrichtungen können die Leistungen, soweit es nach den Umständen erforderlich ist, auch in Form von Wertgutscheinen, von anderen vergleichbaren unbaren Abrechnungen oder von Geldleistungen gewährt werden. Zusätzlich erhalten die Leistungsberechtigten zur Deckung persönlicher Bedürfnisse des täglichen Lebens einen monatlichen Geldbetrag (§ 3 AsylbLG).
- Auch der Umfang der Leistungen im Krankheitsfall ist, verglichen mit den Leistungen der Sozialhilfe, eingeschränkt. So werden erforderliche ärztliche und zahnärztliche Behandlungen nur bei akuten Erkrankungen und Schmerzzuständen gewährt; eine Versorgung mit Zahnersatz erfolgt nur, soweit dies im Einzelfall aus medizinischen Gründen unaufschiebbar ist (§ 4 AsylbLG).
- In besonderen Fällen werden Asylbewerbern, Bürgerkriegsflüchtlingen und vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländern Leistungen entsprechend der Sozialhilfe gewährt. Vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer/-innen, die aus von ihnen zu vertretenden Gründen nicht abgeschoben werden können (z. B. wegen Passvernichtung), erhalten nur die im Einzelfall nach den Umständen unabweisbar gebotenen Leistungen.

Für den berechtigten Personenkreis sieht das Asylbewerberleistungsgesetz folgende Leistungen vor:

- Ein Asylbewerber kann nach § 3 Asylbewerberleistungsgesetz Grundleistungen erhalten: Der notwendige Bedarf an Ernährung, Unterkunft, Heizung, Kleidung, Gesundheits- und Körperpflege und Gebrauchs- und Verbrauchsgütern des Haushalts wird grundsätzlich durch Sachleistungen gedeckt. Zusätzlich erhalten Leistungsberechtigte bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres 40 DM, vom Beginn des 15. Lebensjahres an 80 DM monatlich als Geldbetrag zur Deckung persönlicher Bedürfnisse des täglichen Lebens. Kommen Sachleistungen nicht in Betracht, so kann eine Gutschein- oder Geldleistung erbracht werden. Sie beträgt für den Haushaltsvorstand 360 DM, für Haushaltsangehörige bzw. Kinder bis zur Vollendung des 7. Lebensjahres 220 DM und für Haushaltsangehörige vom Beginn des 8. Lebensjahres an 310

DM im Monat. Die Höhe dieser Geldleistungen ist seit 1993 unverändert. Zusätzlich werden die notwendigen Kosten für. Miete, Heizung und Hausrat übernommen.

In speziellen Bedarfssituationen werden gemäß §§ 4 bis 6 AsylbLG folgende Leistungen gewährt:

- Zur Behandlung akuter Erkrankungen und Schmerzzustände sind die erforderliche ärztliche und zahnärztliche Behandlung einschließlich der Versorgung mit Arznei- und Verbandmitteln sowie sonstiger zur Genesung, zur Besserung oder zur Linderung von Krankheiten oder Krankheitsfolgen erforderlichen Leistungen zu gewähren. Eine Versorgung mit Zahnersatz erfolgt nur, soweit dies im Einzelfall aus medizinischen Gründen unaufschiebbar ist.
- Werdenden Müttern und Wöchnerinnen sind ärztliche und pflegerische Hilfe und Betreuung, Hebammenhilfe, Arznei-, Verband- und Heilmittel zu gewähren.
- In Aufnahmeeinrichtungen und in vergleichbaren Einrichtungen sollen Arbeitsgelegenheiten zur Verfügung gestellt werden. Für die zu leistende Arbeit wird eine Aufwandsentschädigung von 2 DM je Stunde ausgezahlt.
- Sonstige Leistungen können insbesondere gewährt werden, wenn sie im Einzelfall zur Sicherung des Lebensunterhalts oder der Gesundheit unerlässlich, zur Deckung besonderer Bedürfnisse von Kindern geboten oder zur Erfüllung einer verwaltungsrechtlichen Mitwirkungspflicht erforderlich sind. Die Leistungen sind als Sachleistungen, bei Vorliegen besonderer Umstände als Geldleistung zu gewähren.
- Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in seiner seit dem 1. Juni 1997 geltenden Fassung erhalten unter bestimmten Voraussetzungen Leistungen entsprechend dem Bundessozialhilfegesetz anstelle der Leistungen nach dem AsylbLG. Hierfür ist erforderlich, dass sie über eine Dauer von insgesamt 36 Monaten, frühestens beginnend am 1. Juni 1997, Grundleistungen erhalten haben, dass ihre Ausreise nicht erfolgen kann und dass aufenthaltsbeendende Maßnahmen nicht vollzogen werden können, weil humanitäre, rechtliche oder persönliche Gründe oder das öffentliche Interesse entgegenstehen (§ 2 AsylbLG). Hier geht es um Fälle, in denen sich Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz für eine längere Zeit in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten, ohne dass sie die Gründe, die für die Dauer ihres Aufenthaltes sprechen, selber zu vertreten haben. Der Gesetzgeber trägt solchen Situationen Rechnung und erkennt für sie die Erforderlichkeit von Integrationsleistungen an. Sofern sie auch Hilfe in besonderen Lebenslagen benötigen, wird diese entsprechend § 120 Abs. 1 BSHG gewährt, d.h. in Form von Krankenhilfe, Hilfe für werdende Mütter und Wöchnerin-

nen und Hilfe zur Pflege. Im übrigen kann Sozialhilfe gewährt werden, soweit dies im Einzelfall gerechtfertigt ist.

IX.5 Integrationsleistungen

Maßnahmen

Die Bundesregierung gewährt finanzielle Unterstützung für Maßnahmen zur Förderung der sprachlichen, beruflichen und sozialen Integration ausländischer Arbeitnehmer und deren Familienangehöriger. Die finanziellen Unterstützungen der Bundesregierung stellen eine Ergänzung dar zu den beruflichen und arbeitsmarktlichen Integrationsmaßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit (BA) sowie zu den Integrationsmaßnahmen der Länder, der Kommunen und auch privater Organisationen.

Zielgruppe der Integrationsmaßnahmen sind grundsätzlich:

- ausländische Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen aus den ehemaligen Anwerbestaaten der Bundesrepublik Deutschland (Griechenland, Italien, ehemaliges Jugoslawien, Korea, Marokko, Philippinen, Portugal, Spanien, Türkei, Tunesien),
- ehemalige Vertragsarbeitnehmer/-innen der DDR aus Angola, Mosambik und Vietnam,
- Ausländer/-innen, die über einen auf Dauer angelegten Aufenthaltsstatus verfügen (Aufenthaltsberechtigung, Aufenthaltserlaubnis) und
- Familienangehörige der genannten Personengruppen.

Schwerpunkte der geförderten Maßnahmen sind:

- Förderung der Ausländersozialberatung;
- Vermittlung von Deutschkenntnissen;
- berufliche Integration, insbesondere die Förderung junger Ausländer beim Übergang von der Schule in den Beruf;
- soziale und berufliche Integration von ausländischen Frauen;
- Verbesserung des Zusammenlebens von Deutschen und Ausländern;
- Schulung von Multiplikatoren;
- Informationsmaßnahmen;

Ausländersozialberatung

Gemeinsam mit den Ländern finanziert die Bundesregierung einen Sozialberatungsdienst für ausländische Arbeitnehmer/-innen und deren Familienangehörige in Trägerschaft von Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege. Die meisten der etwa 890 Sozialberater stammen aus den Herkunftsländern der ausländischen Arbeitnehmer. Mit dieser Arbeit wird ein wichtiger Beitrag zur sozialen Integration der Ausländer und zur Lösung von Problemen im Zusammenleben mit der einheimischen Bevölkerung geleistet. Schwerpunkte der Beratungstätigkeit sind: Arbeit und soziale Versorgung, individuelle Lebensprobleme, Integration und Rückkehr ins Heimatland, Erziehung und Ausbildung von Kindern und Jugendlichen, Familien- und Generationskonflikte und Bewahrung der kulturellen Identität.

Ergänzend unterstützt die Bundesregierung Modellprojekte, um eine engere Kooperation und Vernetzung der Ausländersozialberatung mit anderen Sozialdiensten zu erreichen und deren interkulturelle Kompetenz zu fördern, aber auch um die Ausländer und Ausländerinnen zur eigenständigen Inanspruchnahme dieser anderen Sozialdienste zu motivieren.

Sprachliche Integration

Die Beherrschung der deutschen Sprache ist Basisqualifikation und entscheidende Voraussetzung für die berufliche und soziale Integration wie auch für eine bessere Akzeptanz durch die deutsche Bevölkerung. Sprachliche Kompetenz ermöglicht erst den erfolgreichen Abschluss von Schul- und Berufsausbildung, die erfolgreiche Bewerbung um einen Ausbildungs- und Arbeitsplatz, das vollwertige Ausfüllen eines Arbeitsplatzes, die Teilnahme an beruflicher Weiterbildung und die Möglichkeiten zum beruflichen Aufstieg.

Die Bundesregierung fördert über den 1974 auf seine Initiative gegründeten Sprachverband Deutsch für ausländische Arbeitnehmer e.V. Deutsch-Sprachkurse für ausländische Arbeitnehmer und deren Familienangehörige. Die Sprachkurse werden in ihren Inhalten kontinuierlich an die sich wandelnden Bedürfnisse der Zielgruppe und die gesellschaftliche Entwicklung angepasst. Der Sprachunterricht wird handlungsorientiert ausgestaltet, damit die Teilnehmer die Sprache sofort in ihrem unmittelbaren Lebenszusammenhang einsetzen können.

Angesichts der Entwicklungen am Arbeitsmarkt (Abbau von Arbeitsplätzen für un- und angelernte Arbeitnehmer/-innen, Verstärkung der Nachfrage nach qualifizierten Fachkräften) gewinnen berufsorientierte Inhalte in diesen Sprachkursen eine immer größere Bedeutung. Der

Sprachverband hat auf Veranlassung der Bundesregierung einen Modellkurs „Berufsorientiertes Deutsch“ entwickelt und ein zugehöriges Lehrwerk „Arbeitssprache Deutsch“ erarbeitet.

Der Sprachverband bietet folgende Kurstypen an:

- Allgemeine Sprachkurse (bis zu 320 Stunden),
- Intensivsprachkurse (bis zu 640 Stunden),
- Alphabetisierungskurse (bis zu 240 Stunden).

Im Anschluss an einen Allgemein- oder Intensivsprachkurs kann ein spezieller Sprachkurs mit Grundbausteinprüfung zum „Zertifikat Deutsch als Fremdsprache“ durchgeführt werden. In Intensiv- und Alphabetisierungskursen sind team-teaching sowie eine sozialpädagogische Begleitung möglich. Alle Sprachkurstypen können auch als reine Frauenkurse durchgeführt werden. In allen Sprachkurstypen besteht die Möglichkeit der Kinderbetreuung.

Weiterhin erfolgen aus Mitteln der Bundesregierung auch die Qualifizierung von Sprachkursleitern sowie die institutionelle Förderung des Sprachverbandes Deutsch für ausländische Arbeitnehmer e.V.

Seit 1975 wurden dem Sprachverband fast 500 Millionen DM zur Verfügung gestellt. Seit der Gründung des Sprachverbandes im Jahre 1974 bis 1999 haben rd. 1,4 Millionen Ausländer und Ausländerinnen an den Deutschkursen teilgenommen.

Gegenwärtig wird ein Gesamtsprachkonzept entwickelt, das ein einheitliches Sprachförderungssystem für alle Zuwanderer mit einem auf Dauer angelegten Aufenthaltsstatus (Ausländer **und** Aussiedler) anstrebt.

Je besser ein Mensch die Sprache des Landes beherrscht, in dem er auf Dauer leben wird, desto größer ist seine Chance, sich in angemessener Zeit zu integrieren. Es liegt daher sowohl im Interesse des Zuwanderers als auch des Aufnahmelandes, dass alle neu eingereisten Zuwanderer, bei denen ein dauerhafter Aufenthalt zu erwarten ist, Kurse zum Erlangen der deutschen Sprache in Wort und Schrift nach einheitlichen Qualitätskriterien und kontrollierten Lernzielen besuchen.

Berufliche Integration

1. Berufliche Ausbildung

- Ausländerspezifische praktische Berufsvorbereitungsmaßnahmen, ausbildungsbegleitende Hilfen und außerbetriebliche Ausbildungsmaßnahmen

Die Bundesanstalt für Arbeit bietet im Rahmen ihrer Regelangebote der Berufsvorbereitung ausländerspezifische praktische berufsvorbereitende Maßnahmen an. Dabei kann die Beseitigung von Defiziten in den Bereichen Sprache, Fachsprache und Allgemeinbildung bis zu 50% der Ausbildungszeit umfassen. Nach Abschluss einer berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme erhalten ausländische Jugendliche, unabhängig von Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes, eine Arbeitserlaubnis für eine betriebliche Ausbildung oder für eine Arbeitsstelle.

Weitere Fördermaßnahmen richten sich an ausländische Jugendliche sowie an deutsche lernbeeinträchtigte oder sozial benachteiligte Jugendliche, die auch während einer betrieblichen Ausbildung zur Vermeidung eines Ausbildungsabbruchs noch zusätzliche Unterstützung in Form von ausbildungsbegleitenden Hilfen (abH) benötigen. Eine außerbetriebliche Ausbildung können diese Jugendlichen erhalten, wenn ihnen trotz Teilnahme an einer berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme und trotz abH kein betrieblicher Ausbildungsplatz vermittelt werden konnte.

Auch das Dritte Buch Sozialgesetzbuch (SGB III) sieht weiterhin u.a. die Förderung junger Ausländer als wesentliche Aufgabe der Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik vor. Berufsvorbereitung und Benachteiligtenförderung werden für diesen Personenkreis auch weiterhin auf hohem Niveau fortgeführt.

Von Seiten der Bundesregierung werden bewährte Maßnahmen zur Förderung der Ausbildungsbeteiligung junger Ausländer, der Ausbildung in bestimmten Berufen und für bestimmte Zielgruppen, der Berufsvorbereitung und der Ausbildungsbereitschaft ausländischer Betriebe fortgesetzt bzw. initiiert. Dabei werden in der Projektarbeit die Erfahrungen der Migranten selbst, insbesondere der türkischen Community, und ihr besserer Zugang zu ihren Landsleuten genutzt.

Die Jugendlichen ausländischer Herkunft werden beim Übergang von der Schule in den Beruf unterstützt. Sie werden für eine Ausbildung motiviert und erhalten durch zusätzliche

Maßnahmen gleiche Chancen wie deutsche Jugendliche auf dem Arbeitsmarkt. Besondere Kompetenzen ausländischer Jugendlicher (Zwei- bzw. Mehrsprachigkeit und biculturelle Kompetenzen) werden genutzt und gestärkt. Gute Beispiele sind:

- Binationale Berufsausbildungsprojekte mit Griechenland, Spanien, Italien, der Türkei und Portugal. Zielgruppe sind in Deutschland lebende Jugendliche aus den genannten Herkunftsländern. Die Jugendlichen erhalten eine Ausbildung im Rahmen des dualen Ausbildungssystems. Zusätzlich wird über den gesamten Ausbildungszeitraum muttersprachlicher Fachunterricht erteilt und während der Ausbildungszeit ein fünfwöchiges Betriebspraktikum im jeweiligen Herkunftsland absolviert. Die Betriebspraktika werden vom jeweiligen Herkunftsland finanziert, größtenteils unter Beteiligung des Europäischen Sozialfonds. Die in Deutschland erworbenen Berufsbildungsabschlüsse sowie die Zertifikate über die Projektteilnahme werden in den Partnerstaaten anerkannt. Die Jugendlichen erhalten nicht nur eine Qualifikation für den deutschen Arbeitsmarkt und den des jeweiligen Herkunftslandes, sondern auch für den europäischen Arbeitsmarkt.
- Kurse zur Verbesserung der Integrationschancen ausländischer Jugendlicher: Die Bundesregierung fördert in Ergänzung zu den Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit seit Anfang der 80er Jahre Kurse zur Verbesserung der Integrationschancen spät eingereister ausländischer Jugendlicher, die aufgrund besonders großer Bildungsdefizite nicht an den Regelangeboten der BA teilnehmen können. Ihnen wird die Möglichkeit gegeben, in Internatsunterbringung den deutschen Hauptschulabschluss nachzuholen und durch zusätzliche Berufsorientierung und -motivierung berufliche Fertigkeiten und Kenntnisse zu erwerben, um damit Zugang zu einer qualifizierten beruflichen Ausbildung zu finden.
- Schaffung von Ausbildungsplätzen in ausländischen Betrieben. Die Bundesregierung hat eine bundesweite Koordinierungsstelle „Ausbildung in ausländischen Unternehmen“ (KAUSA) eingerichtet. Sie soll die bisherigen Aktivitäten intensivieren, indem sie u.a. Informations- und Servicefunktionen für bestehende und geplante Initiativen vor Ort übernimmt und die verschiedenen Zielgruppen in der Öffentlichkeit für das Thema sensibilisiert.
- Community- und stadtteilorientierte Projekte zur Motivierung für eine Berufsausbildung und Integration in den Arbeitsmarkt.
- Die Bundesregierung unterstützt Projekte, um ausländische Jugendliche, insbesondere türkischer Herkunft, zu motivieren und darauf vorzubereiten, eine berufliche Ausbildung aufzunehmen. Die Besonderheit dieser Projekte besteht in der Zugangsweise zu den Jugendlichen: In die arbeitsmarktorientierte Sozialarbeit werden das gewohnte Stadtteilmilieu mit den dort gegebenen Strukturen und Rahmenbedingungen sowie vor allem ausländische

Selbsthilfeorganisationen, Vereine und wichtige Einzelpersonen einbezogen, um die ausländischen Jugendlichen und ihre Eltern anzusprechen und mit den Jugendlichen projektbezogene Maßnahmen durchzuführen.

- Mit einer besonderen zugewandertenspezifischen Ansprache sollen mehr ausländische Jugendliche in Ausbildung und ausländische Arbeitslose wieder ins Arbeitsleben integriert werden. Hemmschwellen gegenüber den Einrichtungen der Arbeitsverwaltung sollen abgebaut werden und dazu angeregt werden, deren Berufsberatung- und Qualifizierungsangebote besser wahrzunehmen.
- Die Bedeutung einer beruflichen Ausbildung für ausländische Jugendliche in Deutschland wird auch in den von der Bundesregierung geförderten sogenannten Multiplikatorenseminaren häufig thematisiert, um z.B. über ausländische Multiplikatoren den Eltern, aber auch den Jugendlichen selbst die Wichtigkeit einer guten Ausbildung vor Augen zu führen.

2. Berufliche Weiterbildung

Die Beteiligung ausländischer Arbeitnehmer an beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen - sowohl in betrieblichen als auch in überbetrieblichen und in solchen der Bundesanstalt für Arbeit - ist trotz aller Fortschritte immer noch unzureichend. Um die Voraussetzungen für die berufliche Qualifizierung ausländischer Arbeitnehmer zu verbessern, fördert die Bundesregierung seit 1997 - zunächst im Kölner Raum und seit dem Jahr 2000 als bundesweit tätige Koordinierungsstelle - das Projekt „Pro Qualifizierung“ für ausländische Arbeitnehmer zwischen 25 und 45 Jahren, Fachkräfte sowie an- und ungelernte Arbeitskräfte, die in einem Beschäftigungsverhältnis stehen oder zur Zeit arbeitslos sind oder den Wunsch haben, in den Beruf zurückzukehren. Das Projekt informiert ausländische Arbeitnehmer über die vielfältigen beruflichen Qualifizierungsangebote, gerade auch auf betrieblicher Ebene. Es motiviert ausländische Arbeitnehmer zur Teilnahme an beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen, regt Betriebe zur stärkeren Einbeziehung ausländischer Arbeitnehmer in innerbetriebliche Qualifizierungsmaßnahmen an und unterstützt Betriebe, Kammern, Weiterbildungseinrichtungen, Arbeitsämter etc. dabei, Qualifizierungsmaßnahmen insbesondere im betrieblichen und außerbetrieblichen Bereich stärker für ausländische Arbeitnehmer zugänglich zu machen.

Die Bundesregierung fördert (gemeinsam mit dem Bundesinstitut für Berufsbildung) eine Reihe von Modellvorhaben zur berufsbegleitenden Nachqualifizierung an- und ungelernter junger ausländischer Erwachsener.

Erfolgreich waren Projekte zur Förderung der beruflichen Qualifizierung ehemaliger Vertragsarbeitnehmer der DDR, in denen berufliche Qualifizierung mit sprachlicher Weiterbildung und so-

zialpädagogischer Begleitung verbunden wurde. Zudem werden berufliche Qualifizierungsmaßnahmen für ausländische Frauen und Mädchen gefördert.

Integrationskurse für ausländische Frauen, berufliche Integration

In Deutschland leben rd. 3,3 Millionen Frauen und Mädchen ausländischer Herkunft. Sie stellen damit rd. 45% aller Ausländer in Deutschland. Die Integration ausländischer Frauen stellt eine besondere Herausforderung dar. Ein Teil dieser Frauen hat sich bisher der Familie gewidmet und deshalb keine ausreichenden Deutschkenntnisse erworben. Viele ausländische Frauen sind erst in den 90er Jahren im Rahmen des Familiennachzugs nach Deutschland gekommen. Um die Zugangsproblematik und die Barrieren aufzuzeigen, die einer Inanspruchnahme von Maßnahmen zur sozialen Integration entgegenstehen, hat die Bundesregierung eine repräsentative Untersuchung „Situation der ausländischen Mädchen und Frauen sowie der Aussiedlerinnen in Deutschland“ in Auftrag gegeben. Die Untersuchung soll Integrationserfahrungen und -wahrnehmungen aus der Sicht und Einschätzung der Betroffenen erheben, mit dem Ziel, aufgetretene Probleme und Versuche zu deren Bewältigung sowie Voraussetzungen zur sozialen Integration zu analysieren und Lösungswege aufzuzeigen. Neben der quantitativen Untersuchung mit dem Schwerpunkt „junge Frauen“ wird auch eine qualitative Studie zur Lebenssituation älterer alleinstehender Frauen durchgeführt. Bei diesen Frauen handelt es sich um eine Gruppe, deren zahlenmäßiges Gewicht in den nächsten Jahren z.B. durch Verwitwung, Scheidung usw. deutlich ansteigen wird.

Besondere Integrationsmaßnahmen der Bundesregierung, die eine Kombination von verschiedenen frauenspezifischen Programmteilen darstellen, sollen zur Verminderung der immer noch anzutreffenden Benachteiligung ausländischer Frauen und Mädchen beitragen. Durch diese sogenannten Frauenkurse sollen die ausländischen Frauen aus ihrer Isolation geholt, an Deutsch-Sprachkurse herangeführt werden, einen Einblick in die berufliche Bildung vermittelt und Berufsorientierung angeboten bekommen sowie für eine Teilnahme an beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen motiviert werden.

Die Schulabschlüsse ausländischer Mädchen der zweiten oder dritten Ausländergeneration in Deutschland sind in den letzten Jahren besser geworden. Das spiegelt sich jedoch noch nicht in einer höheren Ausbildungsbeteiligung wider. Nachgezogene Ehepartnerinnen bringen häufig mittlere und höhere Schul- und Berufsabschlüsse aus ihren Heimatländern mit nach Deutschland.

In den Bereichen Kranken-, Alten- und Familienpflege und Hauswirtschaft sowie Büroberufe

reichen die Maßnahmen von beruflicher Orientierung über berufsvorbereitende Qualifizierung bis zur kulturspezifischen Ausbildung. Hierbei können die Frauen ihre Erfahrungen im Umgang mit ihren Landsleuten und anderen Personen aus ihrem Kulturkreis einbringen.

Daneben werden durch die Bundesregierung auch Projekte zur Verbesserung der Chancen ausländischer Frauen auf dem Arbeitsmarkt gefördert. Dies geschieht im Rahmen der laufenden Maßnahmen und Programme zur Förderung von Mädchen und Frauen im Bereich des Bildungswesens. So gibt es im Bereich der sogenannten „Wirtschaftsmodellversuche“, die über das Bundesinstitut für Berufsbildung durchgeführt werden, eine Reihe von Vorhaben zur Verbesserung der beruflichen Bildung und Arbeitsmarktchancen ausländischer Frauen.

Im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative New Opportunities for Women (NOW) der Europäischen Union (EU) sind in der Bundesrepublik Deutschland ebenfalls eine Reihe von Vorhaben zur Verbesserung der beruflichen Bildung und der Arbeitsmarktchancen ausländischer Frauen durchgeführt worden.

Auch in den neuen Gemeinschaftsinitiativen der EU „Beschäftigung“ und „ADAPT“ stellen ausländische Frauen eine besondere Zielgruppe dar. Dadurch werden transnationale und innovative Projekte mit Mitteln des Sozialfonds der EU finanziert.

Integration älterer Ausländer und Ausländerinnen

Die Bundesregierung fördert Maßnahmen und Projekte, die der Integration und Partizipation älterer Ausländer und Ausländerinnen dienen. Neben Tagungen, Modellprojekten und deren wissenschaftlicher Auswertung entsteht derzeit eine bundesweite Sammlung von Projekten von und für Migranten und Migrantinnen, die „Datenbank Migration“. Weiterhin wird ein Projekt zur Vernetzung der Altenhilfe und Migrationsarbeit in Deutschland mit dem Titel „Älter werden in Deutschland“ erarbeitet. Die Modellprojekte sowie wissenschaftlichen Begleitungen „Deutsche und Ausländer gemeinsam: Aktiv im Alter“ und „Adendrol: spanisch sprechende Seniorinnen und Senioren mischen sich ein“ wurden unterstützt und der bereits seit Ende 1995 verfügbare Film „Älter werden in der Fremde“, der sich vor allem an in der Altenhilfe und Migrationsarbeit Tätige wendet, wurde nachproduziert.

Maßnahmen zur Verbesserung des Zusammenlebens

Die sprachliche, berufliche und soziale Integration ist eine entscheidende Voraussetzung für eine bessere Akzeptanz durch die deutsche Bevölkerung und wichtige Prävention gegen Dis-

kriminierung. Neben der Unterstützung von Maßnahmen, die dieser Integration dienen, verbindet die Bundesregierung auch Projekte der beruflichen Integration mit Maßnahmen zur Förderung des Zusammenlebens von Deutschen und Ausländern und zur Überwindung von Fremdenfeindlichkeit.

Ferner wurde der Aufbau von lokalen und regionalen Koordinierungszentren unterstützt, die Konzeptionen und Netzwerke zur Verbesserung des Zusammenlebens von Deutschen und Ausländern sowie zur Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit entwickelt haben. Aktuelle Beispiele sind:

- das Modellprojekt „Interkulturelles Konfliktmanagement“ im Ruhrgebiet. Seine Aufgaben sind interkulturelle Konfliktlösung im Betrieb, im christlich-islamischen Zusammenleben und im Bereich Gesundheit und Sport sowie die Erarbeitung von Strategien gegen die Abschottung von Migranten gegenüber der Mehrheitsgesellschaft.
- das Modellprojekt „Integration von Muslimen und muslimischen Organisationen in Deutschland“ zur Verbesserung des Dialogs mit muslimischen Organisationen, das die Kooperation zwischen deutschen und muslimischen Einrichtungen zur sozialen Integration und deren Vernetzung zum Ziel hat. Das dient sowohl der Verbesserung der sozialen Versorgung der muslimischen Klientel als auch der Verbesserung des Zusammenlebens.

Wichtige Beiträge zur Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit sowie zur Verbesserung des Zusammenlebens von Deutschen und Ausländern werden auch im Rahmen der von der Bundesregierung finanziell geförderten Multiplikatorenschulungen und Informationsmaßnahmen geleistet.

Multiplikatorenschulungen

Die Bundesregierung unterstützt als eine wirksame Maßnahme zur Integrationsförderung die Schulung von in der Ausländerarbeit tätigen Personen (Sprachlehrer, Berufsberater in den Arbeitsämtern, Mitarbeiter von Ausländerämtern und anderen kommunalen Dienststellen etc.). Diese Multiplikatoren können dabei ihre jeweiligen Erfahrungen im Ausländerbereich an andere Personen weitergeben, das Bewusstsein für die Notwendigkeit der Ausländerintegration verbreiten und damit wichtige Multiplikationseffekte erreichen.

- Länderkundeseminare für deutsche Multiplikatoren: Vermittlung von soziokulturellen Hintergrundinformationen über die Herkunftsländer der Ausländer mit dem Schwerpunkt ehemalige Anwerbeländer der Bundesrepublik Deutschland.

- Themenbezogene Multiplikatorenseminare: Vermittlung von Grundlagenwissen der Ausländerpolitik und von Erfahrungen mit Integrationsansätzen sowie Aufzeigen von Wegen zur Verbesserung des Zusammenlebens von Deutschen und Ausländern.
- Informationsseminar für Arbeits- und Sozialattachés der türkischen Botschaft und der Generalkonsulate zur Verbesserung der Integration türkischer Arbeitnehmer und ihrer Familien.

Informationsmaßnahmen

Die Bundesregierung unterstützt Informationsmaßnahmen, um über Themen der Ausländerpolitik und Ausländerintegration sowie über das Miteinander von Deutschen und Ausländern zu berichten. Wichtige Maßnahmen sind:

- Informationsdienst „Ausländer in Deutschland“, (4 Ausgaben jährlich - ab 3/1999 auch als Internetversion);
- Redaktionsdienst „Gemeinsam - Über das Zusammenleben von Deutschen und Ausländern“ für Lokalredaktionen in Form druckbereiter Vorlagen (Maternseiten);
- Zuschuss an Radio SFB 4 MultiKulti für die Berichterstattung zu arbeitsmarkt-, sozial- und ausländerpolitischen Themen;
- Poster „Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland“ und „Ausländer in der Europäischen Union“;
- Informationsmaterialien in türkischer Sprache (Faltblatt „Erstinformation für türkische Neuzuwanderer“, Übersetzung der Broschüre „Soziale Sicherung“ ins Türkische);
- Unterstützung der bundesweiten Verbreitung von Erfahrungsberichten erfolgreicher Projekte der Bundesregierung.

IX.6 Daten und Fakten

Anhangtabelle IX.1

Bevölkerung insgesamt und ausländische Bevölkerung

| Stichtag | Bevölkerung | Ausländer | |
|---|-------------|----------------------|---|
| | in 1.000 | in 1.000 | % |
| Früheres Bundesgebiet | | | |
| 31.12.1973 | 62.101,4 | 3.991,4 | 6,4 |
| 31.12.1974 | 61.991,5 | 4.051,0 | 6,5 |
| 31.12.1975 | 61.644,7 | 4.900,5 | 6,3 |
| 31.12.1976 | 61.442,0 | 3.852,2 | 6,3 |
| 31.12.1977 | 61.352,7 | 3.892,2 | 6,3 |
| 31.12.1978 | 61.321,7 | 4.005,8 | 6,5 |
| 31.12.1979 | 61.439,3 | 4.250,6 | 6,9 |
| 31.12.1980 | 61.657,9 | 4.566,2 | 7,4 |
| 31.12.1981 | 61.712,7 | 4.721,1 | 7,7 |
| 31.12.1982 | 61.546,1 | 4.671,8 | 7,6 |
| 31.12.1983 | 61.306,7 | 4.574,2 | 7,5 |
| 31.12.1984 | 61.049,3 | 4.405,5 | 7,2 |
| 31.12.1985 | 61.020,5 | 4.378,9 | 7,2 |
| 31.12.1986 | 61.140,5 | 4.512,7 | 7,4 |
| 31.12.1987 | 61.238,1 | 4.240,5 ¹ | 6,9 ¹ |
| 31.12.1988 | 61.715,1 | 4.489,1 ¹ | 7,3 ¹ |
| 31.12.1989 | 62.679,0 | 4.845,9 ¹ | 7,7 ¹ |
| 31.12.1990 | 63.725,7 | 5.342,5 | 8,4 |
| Deutschland | | | |
| 31.12.1991 | 80.274,6 | 5.882,3 | 7,3 |
| 31.12.1992 | 80.974,6 | 6.495,8 | 8,0 |
| 31.12.1993 | 81.338,1 | 6.878,1 | 8,5 |
| 31.12.1994 | 81.409,5 | 6.990,5 | 8,6 |
| 31.12.1995 | 81.817,5 | 7.173,9 | 8,8 |
| 31.12.1996 | 82.012,2 | 7.314,0 | 8,9 |
| 31.12.1997 | 82.057,4 | 7.365,8 | 9,0 |
| 31.12.1998 | 82.037,0 | 7.319,6 | 8,9 |
| Ausländische Bevölkerung nach Geschlecht | | | |
| | männlich | weiblich | weibliche Pers. je 1.000 männliche |
| 30.09.1975 | 2.439.800 | 1.649.800 | 676 |
| 30.09.1980 | 2.619.200 | 1.834.100 | 700 |
| 31.12.1985 | 2.504.900 | 1.874.100 | 748 |
| 31.12.1990 | 3.011.800 | 2.330.700 | 774 |
| 31.12.1995 | 4.024.400 | 3.149.500 | 783 |
| 31.12.1998 | 4.025.900 | 3.293.700 | 818 |

¹ An die Volkszählung vom 25. Mai 1987 angepasste Zahlen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Ausländerzentralregister

Anhangtabelle IX.2

**Übersicht über die Zahl der eingetroffenen Aussiedler einschließlich der Vertriebenen,
die über das Ausland in die Bundesrepublik Deutschland gekommen sind
1950 - 1998**

| Aussiedlungsgebiet | 1950 bis 1992 | 1993 | 1994 | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 | 1950 bis 1998 |
|--|---------------------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------------------|
| Ehem. UDSSR | 746.147 | 201.347 | 213.214 | 209.409 | 172.181 | 131.895 | 101.550 | 1.781.783 |
| Republik Polen | 1.430.059 | 5.481 | 2.440 | 1.677 | 1.175 | 687 | 488 | 1.441.957 |
| Ehem. CSFR | 104.691 | 134 | 97 | 62 | 14 | 8 | 16 | 105.022 |
| Ungarn | 21.236 | 37 | 40 | 43 | 14 | 18 | 4 | 21.392 |
| Rumänien | 401.800 | 5.811 | 6.615 | 6.519 | 4.284 | 1.777 | 1.005 | 427.811 |
| Ehem. Jugoslawien | 89.717 | 120 | 182 | 178 | 77 | 34 | 14 | 90.322 |
| Sonst. Gebiete | 3.048 | 2 | 2 | 19 | 6 | 0 | 3 | 3.071 |
| A) Aussiedler: | 2.796.698 | 218.882 | 222.590 | 217.89 | 177.751 | 134.419 | 103.080 | 3.871.308 |
| B) Über freies Aus- land aufgenommene Vertriebene: | 52.625 | 6 | 1 | 0 | 0 | 0 | 0 | 52.632 |
| A und B)Zusammen: | 2.849.324 | 218.888 | 222.591 | 217.898 | 177.751 | 134.419 | 103.080 | 3.923.950 |

Quelle: Bundesverwaltungsamt

Anhangtabelle IX.3

Alters- und Geschlechtsstruktur der Aussiedler 1995 - 1998

| Altersgruppe | Berichtszeitraum | | | |
|-----------------|------------------|----------------|----------------|----------------|
| | 1995 | 1996 | 1997 | 1998 |
| Männlich | | | | |
| Bis unter 6 | 9.259 | 7.057 | 4.980 | 3.611 |
| 6 bis unter 18 | 29.228 | 23.342 | 17.321 | 13.193 |
| 18 bis unter 20 | 3.738 | 2.970 | 2.443 | 1.955 |
| 20 bis unter 25 | 7.797 | 6.891 | 5.715 | 4.293 |
| 25 bis unter 45 | 36.104 | 29.271 | 21.190 | 16.482 |
| 45 bis unter 60 | 11.040 | 9.493 | 7.673 | 5.914 |
| 60 bis unter 65 | 3.148 | 2.657 | 2.183 | 1.730 |
| 65 und älter | 5.507 | 4.237 | 3.505 | 2.486 |
| Insgesamt: | <i>105.821</i> | <i>85.918</i> | <i>65.010</i> | <i>49.664</i> |
| Weiblich | | | | |
| Bis unter 6 | 8.799 | 6.759 | 4.917 | 3.517 |
| 6 bis unter 18 | 27.536 | 22.406 | 16.224 | 12.516 |
| 18 bis unter 20 | 3.646 | 3.192 | 2.465 | 1.915 |
| 20 bis unter 25 | 8.281 | 7.335 | 5.905 | 4.610 |
| 25 bis unter 45 | 37.691 | 30.886 | 22.393 | 17.522 |
| 45 bis unter 60 | 12.355 | 10.803 | 8.607 | 6.874 |
| 60 bis unter 65 | 3.784 | 3.103 | 2.622 | 2.046 |
| 65 und älter | 9.985 | 7.349 | 6.276 | 4.416 |
| Insgesamt: | <i>112.077</i> | <i>91.833</i> | <i>69.409</i> | <i>53.416</i> |
| Gesamt | | | | |
| Bis unter 6 | 18.058 | 13.816 | 9.897 | 7.128 |
| 6 bis unter 18 | 56.764 | 45.748 | 33.545 | 25.709 |
| 18 bis unter 20 | 7.384 | 6.162 | 4.908 | 3.870 |
| 20 bis unter 25 | 16.078 | 14.226 | 11.620 | 8.903 |
| 25 bis unter 45 | 73.795 | 60.157 | 43.583 | 34.004 |
| 45 bis unter 60 | 23.395 | 20.296 | 16.280 | 12.788 |
| 60 bis unter 65 | 6.932 | 5.760 | 4.805 | 3.776 |
| 65 und älter | 15.492 | 11.586 | 9.781 | 6.902 |
| Insgesamt: | <i>217.898</i> | <i>177.751</i> | <i>134.419</i> | <i>103.080</i> |

Quelle: Bundesverwaltungsamt

Anhangtabelle IX.4

Berufsstruktur der Aussiedler

| Berufsstruktur der Aussiedler | 1998 |
|---------------------------------------|-------|
| Land- und forstwirtschaftliche Berufe | 8,4% |
| Bergbauberufe | 0,5% |
| Industrielle und handwerkliche Berufe | 36,6% |
| Technische Berufe | 8,6% |
| Dienstleistungsberufe | 43,2% |
| Sonstige | 2,6% |

Quelle: Bundesverwaltungsamt

Anhangtabelle IX.5

Ausländer/-innen nach Staatsangehörigkeit 1994 - 1998

| Staatsangehörigkeit | 31.12.1994 | | 31.12.1995 | | 31.12.1996 | | 31.12.1997 | | 31.12.1998 | |
|--------------------------------------|----------------|-------------|----------------|-------------|----------------|-------------|----------------|-------------|----------------|-------------|
| | 1.000 | % | 1.000 | % | 1.000 | % | 1.000 | % | 1.000 | % |
| Insgesamt | 6.990,5 | 100 | 7.173,9 | 100 | 7.314,0 | 100 | 7.365,8 | 100 | 7.319,6 | 100 |
| Europa¹ | 5.780,2 | 82,7 | 5.920,3 | 82,5 | 6.000,8 | 82,1 | 6.001,8 | 81,5 | 5.879,9 | 80,3 |
| EU-Staaten² | 1.564,6 | 22,4 | 1.808,4 | 25,5 | 1.836,6 | 25,1 | 1.847,0 | 25,1 | 1.851,5 | 25,3 |
| Darunter: | | | | | | | | | | |
| Frankreich | 97,0 | 1,4 | 99,1 | 1,4 | 101,7 | 1,4 | 103,9 | 1,4 | 105,8 | 1,4 |
| Griechenland | 355,6 | 5,1 | 359,6 | 5,0 | 362,5 | 5,0 | 363,2 | 4,9 | 363,5 | 5,0 |
| Großbritannien und Nordirland | 113,8 | 1,6 | 112,5 | 1,6 | 113,4 | 1,6 | 112,1 | 1,5 | 111,2 | 1,5 |
| Italien | 571,9 | 8,2 | 586,1 | 8,2 | 599,4 | 8,2 | 607,8 | 8,3 | 612,0 | 8,4 |
| Niederlande | 112,9 | 1,6 | 113,1 | 1,6 | 113,3 | 1,6 | 112,8 | 1,5 | 112,0 | 1,5 |
| Portugal | 117,5 | 1,7 | 125,1 | 1,7 | 130,8 | 1,8 | 132,3 | 1,8 | 132,5 | 1,8 |
| Spanien | 132,4 | 1,9 | 132,3 | 1,8 | 132,5 | 1,8 | 131,6 | 1,8 | 131,1 | 1,8 |
| Österreich | 185,1 | 2,6 | 184,5 | 2,6 | 184,9 | 2,6 | 185,0 | 2,5 | 185,1 | 2,5 |
| Türkei | 1.965,6 | 28,1 | 2.014,3 | 28,1 | 2.049,1 | 28,0 | 2.107,4 | 28,6 | 2.110,2 | 28,8 |
| Polen | 263,4 | 3,8 | 276,8 | 3,9 | 284,4 | 3,9 | 283,3 | 3,8 | 283,6 | 3,9 |
| Ehem. Jugoslawien | 1.298,0 | 18,6 | 1.350,2 | 18,8 | 1.353,3 | 18,5 | 1.269,6 | 17,2 | 1.183,1 | 16,2 |
| Davon aus: | | | | | | | | | | |
| BRep. Jugoslawien | 834,8 | 11,9 | 797,8 | 11,1 | 754,3 | 10,3 | 721,0 | 9,8 | 719,5 | 9,8 |
| Bosnien-Herzegowina | 249,4 | 3,6 | 316,0 | 4,4 | 340,5 | 4,7 | 281,4 | 3,8 | 190,1 | 2,6 |
| Kroatien | 176,3 | 2,5 | 185,1 | 2,6 | 202,0 | 2,8 | 206,6 | 2,8 | 208,9 | 2,9 |
| Slowenien | 16,2 | 0,2 | 17,3 | 0,2 | 17,8 | 0,2 | 18,1 | 0,2 | 18,4 | 0,3 |
| Mazedonien | 22,3 | 0,3 | 34,0 | 0,5 | 38,8 | 0,5 | 42,6 | 0,6 | 46,2 | 0,6 |
| Afrika | 292,1 | 4,2 | 291,2 | 4,1 | 298,7 | 4,1 | 305,6 | 4,1 | 349,5 | 4,8 |
| Darunter: | | | | | | | | | | |
| Marokko | 82,4 | 1,2 | 81,9 | 1,1 | 82,9 | 1,1 | 83,9 | 1,1 | 82,7 | 1,1 |
| Tunesien | 27,4 | 0,4 | 26,4 | 0,4 | 25,7 | 0,4 | 25,4 | 0,3 | 24,5 | 0,3 |
| Amerika | 179,7 | 2,6 | 183,1 | 2,6 | 189,6 | 2,6 | 194,4 | 2,6 | 199,4 | 2,7 |
| Darunter: | | | | | | | | | | |
| Brasilien | 15,7 | 0,2 | 16,8 | 0,2 | 18,4 | 0,3 | 19,6 | 0,3 | 21,0 | 0,3 |
| Vereinigte Staaten | 108,3 | 1,5 | 108,4 | 1,5 | 109,6 | 1,5 | 110,1 | 1,5 | 110,7 | 1,5 |
| Asien³ | 662,4 | 9,5 | 705,4 | 9,8 | 745,8 | 10,2 | 763,2 | 10,4 | 808,0 | 11,0 |
| Darunter | | | | | | | | | | |
| Afghanistan | 51,4 | 0,7 | 58,5 | 0,8 | 63,1 | 0,98 | 66,4 | 0,9 | 68,3 | 0,9 |
| Iran | 104,1 | 1,5 | 107,0 | 1,5 | 111,1 | 1,5 | 113,8 | 1,5 | 115,1 | 1,6 |
| Japan | 27,1 | 0,4 | 27,3 | 0,4 | 28,1 | 0,4 | 28,4 | 0,4 | 29,3 | 0,4 |
| Libanon | 54,3 | 0,8 | 54,8 | 0,8 | 55,6 | 0,8 | 55,9 | 0,8 | 55,1 | 0,8 |
| Pakistan | 34,5 | 0,5 | 36,9 | 0,5 | 37,9 | 0,5 | 38,05 | 0,5 | 38,1 | 0,5 |
| Sri Lanka | 49,4 | 0,7 | 54,6 | 0,8 | 58,3 | 0,8 | 60,3 | 0,8 | 58,3 | 0,8 |
| Vietnam | 96,7 | 1,4 | 96,0 | 1,3 | 92,3 | 1,3 | 87,9 | 1,2 | 85,5 | 1,2 |
| Australien und Ozeanien | 8,9 | 0,1 | 9,9 | 0,1 | 10,1 | 0,1 | 10,3 | 0,1 | 10,6 | 0,1 |
| Staatenlos | 20,1 | 0,3 | 19,9 | 0,3 | 18,6 | 0,3 | 18,2 | 0,2 | 18,1 | 0,2 |
| Ungeklärt/ohne Angabe | 47,2 | 0,7 | 48,0 | 0,7 | 50,4 | 0,7 | 52,3 | 0,7 | 54,1 | 0,7 |

- 1 Einschl. des Gebiets der ehem. Sowjetunion ohne nähere Angaben.
- 2 Finnland, Österreich und Schweden seit 1. Januar 1995 Voll-Mitglied der EU.
- 3 Einschl. der in Asien gelegenen Nachfolgestaaten der ehem. Sowjetunion.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Anhangtabelle IX.6

Ausländeranteil nach Bundesländern 31.12.1998

| Stand: 31. Dez. 1998 | Wohnbevölkerung | Ausländer | Ausländeranteil in % |
|-----------------------------|------------------------|------------------|-----------------------------|
| Baden-Württemberg | 10.426.040 | 1.266.507 | 12,1 |
| Bayern | 12.086.548 | 1.096.498 | 9,1 |
| Berlin | 3.398.822 | 482.004 | 14,2 |
| Brandenburg | 2.590.375 | 54.330 | 2,1 |
| Bremen | 667.965 | 81.866 | 12,3 |
| Hamburg | 1.700.089 | 318.655 | 18,7 |
| Hessen | 6.035.137 | 841.743 | 13,9 |
| Mecklenburg-Vorpommern | 1.798.689 | 25.802 | 1,4 |
| Niedersachsen | 7.865.840 | 474.125 | 6,0 |
| Nordrhein-Westfalen | 17.975.516 | 1.995.169 | 11,1 |
| Rheinland-Pfalz | 4.024.969 | 299.165 | 7,4 |
| Saarland | 1.074.223 | 79.703 | 7,4 |
| Sachsen | 4.489.415 | 82.625 | 1,8 |
| Sachsen-Anhalt | 2.674.490 | 47.387 | 1,8 |
| Schleswig-Holstein | 2.766.057 | 142.687 | 5,2 |
| Thüringen | 2.462.836 | 31.327 | 1,3 |
| Deutschland ges. | 82.037.011 | 7.319.593 | 8,9 |

Quellen: Ausländerzentralregister und Statistisches Bundesamt

Anhangtabelle IX.7

Ausländer/-innen nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten und nach der Aufenthaltsdauer am 31.12.1998

| Kontinent/ Staatsangehörigkeit | Insgesamt | Aufenthaltsdauer in Jahren | | | | | | | |
|-----------------------------------|------------------|----------------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|------------------|----------------|
| | | 0 bis < 4 | 4 bis < 6 | 6 bis < 8 | 8 bis < 10 | 10 bis < 15 | 15 bis < 20 | 20 bis < 30 | 30 + mehr |
| EUROPA | 5.935.923 | 1.028.641 | 560.564 | 651.137 | 424.347 | 568.693 | 572.485 | 1.585.740 | 544.316 |
| davon aus | | | | | | | | | |
| Italien | 612.048 | 81.160 | 31.542 | 28.277 | 30.520 | 63.783 | 68.832 | 184.397 | 123.537 |
| Griechenland | 363.514 | 42.181 | 20.939 | 27.475 | 29.416 | 34.355 | 25.066 | 117.944 | 66.138 |
| Portugal | 132.578 | 29.518 | 14.699 | 12.358 | 7.297 | 7.761 | 8.123 | 44.936 | 7.886 |
| Spanien | 131.121 | 14.161 | 4.750 | 4.237 | 3.434 | 6.558 | 7.659 | 49.475 | 40.847 |
| Summe EU | 1.851.514 | 274.391 | 112.887 | 111.409 | 105.464 | 175.033 | 167.141 | 537.189 | 368.000 |
| Türkei | 2.110.223 | 299.795 | 152.439 | 168.927 | 163.032 | 247.960 | 303.098 | 692.023 | 82.949 |
| Jugoslawien | 719.474 | 133.817 | 104.464 | 145.702 | 37.323 | 39.435 | 36.302 | 188.704 | 33727 |
| Polen | 283.604 | 72.896 | 28.304 | 36.457 | 52.969 | 54.778 | 22.548 | 6.707 | 8.945 |
| Kroatien | 208.909 | 17.733 | 12.717 | 23.637 | 7.631 | 12.358 | 17.697 | 92.575 | 24.561 |
| Bosnien-Herzegowina | 190.119 | 29.057 | 59.359 | 60.519 | 4.242 | 4.606 | 5.316 | 25.369 | 1.651 |
| Österreich | 185.159 | 19.588 | 7.313 | 7.756 | 8.585 | 16.426 | 17.539 | 56.863 | 51.089 |
| Europa ohne EU | 4.084.409 | 754.250 | 447.677 | 539.728 | 318.883 | 393.660 | 405.344 | 1.048.551 | 176.316 |
| AFRIKA | 303.313 | 84.849 | 38.109 | 48.721 | 33.428 | 38.531 | 24.671 | 27.433 | 7.571 |
| AMERIKA | 199.356 | 58.178 | 19.700 | 20.510 | 17.022 | 24.334 | 15.776 | 29.517 | 14.319 |
| ASIEN | 798.226 | 269.912 | 90.195 | 93.234 | 103.223 | 138.027 | 53.989 | 37.660 | 11.986 |
| AUSTRALIEN/OZEAN. | 10.594 | 2.874 | 978 | 1.030 | 1.088 | 912 | 587 | 2.402 | 723 |
| STAATENLOS | 18.080 | 1.652 | 849 | 1.174 | 2.162 | 2.283 | 2.136 | 2.136 | 5.688 |
| UNGEKLÄRT/OHNE AN- GABE | 54.101 | 15.064 | 4.578 | 5.381 | 9.234 | 8.506 | 2.979 | 2.926 | 5.433 |
| SUMME | 7.319.593 | 1.461.170 | 714.973 | 821.187 | 590.504 | 781.286 | 672.623 | 1.687.814 | 590.036 |

Quelle: Ausländerzentralregister

Anhangtabelle IX.8

Verteilung der ausländischen Schüler und Schülerinnen nach Schularten (%)

| | Grund- und Hauptschulen | Schularten mit mehreren Bildungsgängen | Sonderschulen | Realschulen | Gymnasien | Integr. Gesamtschulen, Freie Waldorfschulen | Abend- und Kollegs | Insgesamt |
|-------------------|-------------------------|--|---------------|-------------|-----------|---|--------------------|-----------|
| 1980/81 | Alte Länder | | | | | | | |
| Schüler - 1.000 - | 526,6 | . | 27,7 | 29,0 | 40,0 | 10,5 | 1,2 | 635,0 |
| Anteile - % - | 82,8 | . | 4,4 | 4,6 | 6,3 | 1,7 | 0,2 | 100 |
| 1997/98 | Deutschland | | | | | | | |
| Schüler - 1.000 - | 630,9 | 4,6 | 58,6 | 78,4 | 87,8 | 64,8 | 8,4 | 933,5 |
| Anteile - % - | 67,7 | 0,5 | 6,2 | 8,4 | 9,4 | 6,9 | 0,9 | 100 |

. Zahlenwert unbekannt

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bildung im Zahlenspiegel.

Anhangtabelle IX.9

Anteil der ausländischen Schulabgänger/-innen an allen Abgängern nach Art des Abschlusses (%)

| | Ohne Hauptschulabschluss | Mit Hauptschulabschluss | Mit Realschulabschluss ¹ | Mit Fachhochschulreife ² | Mit allg. Hochschulreife |
|----------------------------------|--------------------------|-------------------------|-------------------------------------|-------------------------------------|--------------------------|
| | Alte Länder | | | | |
| 1983 | | | | | |
| Absolventen - 1000 - | 17,7 | 25,8 | 11,3 | 0,9 | 2,3 |
| Anteile an allen Abgängern - % - | 19,5 | 7,2 | 2,5 | 1,2 | 1,0 |
| 1994³ | | | | | |
| Absolventen - 1000 - | 16,2 | 34,8 | 25,5 | 4,2 | 8,2 |
| Anteile an allen Abgängern - % - | 29,6 | 17,8 | 9,0 | 6,5 | 4,5 |
| | Deutschland | | | | |
| 1997 | | | | | |
| Absolventen - 1000 - | 16,8 | 37,0 | 30,0 | 5,3 | 9,1 |
| Anteile an allen Abgängern - % - | 20,9 | 15,0 | 7,1 | 6,9 | 3,7 |

1 oder gleichwertiger Abschluss.

2 Aus allgemeinbildenden und beruflichen Schulen.

3 Einschl. Berlin-Ost.

Quelle: Grund- und Strukturdaten. 1982 nicht verfügbar.

Anhangtabelle IX.10

Marktäquivalenz- und Nettoäquivalenzeinkommen von Deutsche und Ausländer/-innen* (Früheres Bundesgebiet, Alte OECD-Skala, in DM)

| Jahr | Median | | | Arithmetische Mittel | | | Gini-Koeffizient | | |
|--------------------------|--------|--------|--------|----------------------|--------|--------|------------------|--------|--------|
| | Total | D | Ausl. | Total | D | Ausl. | Total | D | Ausl. |
| Marktäquivalenzeinkommen | | | | | | | | | |
| 85 | 18.617 | 18.750 | 17.687 | 21.446 | 21.624 | 19.567 | 0,4502 | 0,4591 | 0,3359 |
| 88 | 21.315 | 21592 | 19.250 | 23.905 | 24.119 | 21.734 | 0,4327 | 0,4396 | 0,3420 |
| 92 West | 25.981 | 26.697 | 23.700 | 29.695 | 30.206 | 25.724 | 0,4268 | 0,4351 | 0,3301 |
| 96 West | 28.838 | 30.500 | 23.360 | 34.045 | 35.120 | 26.754 | 0,4550 | 0,4564 | 0,4185 |
| 98 West | 28.447 | 29.416 | 24.090 | 34.058 | 34.902 | 28.744 | 0,4671 | 0,4736 | 0,4000 |
| Nettoäquivalenzeinkommen | | | | | | | | | |
| 85 | 17.120 | 17.384 | 14.145 | 19.395 | 19.756 | 15.576 | 0,2792 | 0,2798 | 0,2458 |
| 88 | 19.228 | 19.675 | 15.707 | 21.754 | 22.200 | 17.217 | 0,2690 | 0,2678 | 0,2513 |
| 92 West | 23.892 | 24.944 | 18.218 | 26.915 | 27.750 | 20.433 | 0,2770 | 0,2744 | 0,2503 |
| 96 West | 26.441 | 27.675 | 18.875 | 29.796 | 30.999 | 21.639 | 0,2918 | 0,2845 | 0,2960 |
| 98 West | 27.061 | 28.116 | 19.792 | 30.683 | 31.871 | 23.194 | 0,2918 | 0,2875 | 0,2782 |

Datenbasis: SOEP August 2000; 1995 ohne Zuwanderer Stichprobe und 1998 ohne E-Stichprobe; gewichtet in Tsd., Einkommen des Vorjahres / 1% Bottomcoding

* Haushalte mit erwachsenen Ausländern (ab 16 Jahren)

Quelle: Wagner, G. und Krause, P.: Einkommensverteilung und Einkommensmobilität

Anhangtabelle IX.11

Marktäquivalenz- und Nettoäquivalenzeinkommen von Deutsche und Ausländer/-innen* (Früheres Bundesgebiet, Neue OECD-Skala, in DM)

| Jahr | Median | | | Arithmetische Mittel | | | Gini-Koeffizient | | |
|--------------------------|--------|--------|--------|----------------------|--------|--------|------------------|--------|--------|
| | Total | D | Ausl. | Total | D | Ausl. | Total | D | Ausl. |
| Marktäquivalenzeinkommen | | | | | | | | | |
| 85 | 23.038 | 23.247 | 21.972 | 25.542 | 25.710 | 23.761 | 0,4413 | 0,4508 | 0,3222 |
| 88 | 26.086 | 26.312 | 23.964 | 28.363 | 28.561 | 26.349 | 0,4233 | 0,4311 | 0,3252 |
| 92 West | 31.627 | 32.320 | 30.266 | 35.049 | 35.510 | 31.470 | 0,4159 | 0,4254 | 0,3156 |
| 96 West | 35.483 | 36.533 | 29.043 | 39.898 | 40.986 | 32.520 | 0,4449 | 0,4470 | 0,4079 |
| 98 West | 34.795 | 36.190 | 30.005 | 39.863 | 40.650 | 34.906 | 0,4582 | 0,4662 | 0,3868 |
| Nettoäquivalenzeinkommen | | | | | | | | | |
| 85 | 20.554 | 20.967 | 17.374 | 22.872 | 23.245 | 18.923 | 0,2736 | 0,2753 | 0,2324 |
| 88 | 22.964 | 23.418 | 19.397 | 25.563 | 26.016 | 20.954 | 0,2633 | 0,2634 | 0,2366 |
| 92 West | 28.226 | 28.997 | 22.634 | 31.514 | 32.346 | 25.051 | 0,2700 | 0,2693 | 0,2392 |
| 96 West | 31.001 | 32.235 | 23.641 | 34.666 | 35.894 | 26.345 | 0,2843 | 0,2785 | 0,2887 |
| 98 West | 31.488 | 32.644 | 25.116 | 35.608 | 36.775 | 28.257 | 0,2846 | 0,2826 | 0,2674 |

Datenbasis: SOEP August 2000; 1995 ohne Zuwanderer Stichprobe und 1998 ohne E-Stichprobe; gewichtet in Tsd., Einkommen des Vorjahres / 1% Bottomcoding

* Haushalte mit erwachsenen Ausländern (ab 16 Jahren)

Quelle: Wagner, G. und Krause, P.: Einkommensverteilung und Einkommensmobilität

Anhangtabelle IX.12

**Armuts- und Wohlstandsraten für Deutsche und Ausländer/-innen*
Früheres Bundesgebiet
Arithmetisches Mittel**

| Jahr | 50% | | | 60% | | | 150% | | | 200% | | |
|--------------------------|----------------------------|------|-------|-------|------|-------|-------|------|-------|-------|------|-------|
| | des Arithmetischen Mittels | | | | | | | | | | | |
| | Total | D | Ausl. | Total | D | Ausl. | Total | D | Ausl. | Total | D | Ausl. |
| Alte OECD-Skala | | | | | | | | | | | | |
| Marktäquivalenzeinkommen | | | | | | | | | | | | |
| 85 | 28,6 | 29,3 | 21,8 | 34,2 | 34,4 | 31,8 | 20,0 | 20,7 | 13,5 | 8,7 | 9,2 | 4,1 |
| 88 | 28,1 | 28,9 | 20,1 | 32,4 | 32,9 | 28,3 | 20,9 | 21,5 | 14,6 | 9,2 | 9,7 | 4,5 |
| 92 West | | | | | | | | | | | | |
| 95 West | 30,7 | 30,8 | 30,2 | 35,4 | 35,1 | 38,6 | 21,6 | 22,5 | 14,5 | 10,4 | 11,1 | 4,1 |
| 96 West | 31,2 | 30,7 | 34,7 | 35,9 | 34,9 | 42,2 | 21,2 | 22,4 | 12,9 | 10,9 | 11,8 | 5,2 |
| 98 West | 32,1 | 32,2 | 31,2 | 36,9 | 36,6 | 39,2 | 22,4 | 23,5 | 15,6 | 10,5 | 11,6 | 3,2 |
| Nettoäquivalenzeinkommen | | | | | | | | | | | | |
| 85 | 11,5 | 10,6 | 20,9 | 20,8 | 19,5 | 34,7 | 12,1 | 12,9 | 3,9 | 4,4 | 4,8 | 0,7 |
| 88 | 11,0 | 10,1 | 19,7 | 19,0 | 17,6 | 34,0 | 12,8 | 13,7 | 3,3 | 4,6 | 4,9 | 1,3 |
| 92 West | | | | | | | | | | | | |
| 95 West | 15,5 | 13,7 | 30,2 | 22,8 | 20,2 | 44,8 | 14,4 | 15,5 | 5,1 | 5,2 | 5,6 | 1,3 |
| 96 West | 14,5 | 11,8 | 33,1 | 22,7 | 19,3 | 45,3 | 14,2 | 15,3 | 6,6 | 5,3 | 6,0 | 1,1 |
| 98 West | 13,2 | 11,2 | 26,4 | 22,4 | 19,1 | 43,3 | 14,5 | 15,7 | 6,4 | 5,0 | 5,7 | 0,8 |
| Neue OECD-Skala | | | | | | | | | | | | |
| Marktäquivalenzeinkommen | | | | | | | | | | | | |
| 85 | 27,9 | 28,8 | 19,1 | 32,2 | 32,7 | 27,7 | 19,8 | 20,2 | 14,6 | 8,4 | 8,9 | 3,3 |
| 88 | 27,4 | 28,4 | 17,8 | 31,6 | 32,2 | 25,6 | 20,5 | 21,1 | 13,8 | 9,0 | 9,6 | 3,7 |
| 92 West | 26,6 | 27,6 | 18,8 | 31,0 | 31,3 | 28,2 | 20,8 | 22,1 | 11,1 | 8,8 | 9,7 | 2,2 |
| 95 West | 30,3 | 30,8 | 26,0 | 34,3 | 34,2 | 35,0 | 22,4 | 23,0 | 16,5 | 9,9 | 10,6 | 3,7 |
| 96 West | 30,4 | 30,2 | 31,8 | 34,7 | 33,9 | 39,9 | 21,4 | 22,7 | 12,7 | 10,0 | 10,6 | 6,0 |
| 98 West | 31,1 | 31,7 | 27,7 | 35,9 | 35,7 | 37,7 | 21,7 | 22,7 | 15,8 | 10,2 | 11,1 | 4,5 |
| Nettoäquivalenzeinkommen | | | | | | | | | | | | |
| 85 | 11,4 | 11,1 | 15,0 | 20,0 | 19,2 | 28,5 | 11,9 | 12,7 | 3,5 | 4,1 | 4,4 | 0,7 |
| 88 | 10,5 | 10,1 | 15,2 | 18,0 | 17,2 | 26,7 | 12,2 | 13,0 | 3,2 | 4,3 | 4,6 | 1,1 |
| 92 West | 11,4 | 10,3 | 20,1 | 19,7 | 18,2 | 31,5 | 13,6 | 14,7 | 5,0 | 4,4 | 4,8 | 0,7 |
| 95 West | 13,8 | 12,7 | 23,5 | 22,0 | 20,2 | 37,3 | 14,6 | 15,4 | 8,1 | 4,8 | 5,2 | 1,3 |
| 96 West | 13,2 | 11,0 | 28,1 | 21,2 | 18,4 | 40,4 | 13,7 | 14,8 | 6,2 | 5,0 | 5,6 | 1,2 |
| 98 West | 12,4 | 11,0 | 20,9 | 21,0 | 18,7 | 35,4 | 14,3 | 15,7 | 4,9 | 5,2 | 5,9 | 0,8 |

Datenbasis: SOEP August 2000; 1995 ohne Zuwandererstichprobe und 1998 ohne E-Stichprobe; gewichtet in Tsd., Einkommen des Vorjahres / 1% Bottomcoding

* Haushalte mit erwachsenen Ausländern (ab 16 Jahren)

Quelle: Wagner, G. und Krause, P.: Einkommensverteilung und Einkommensmobilität

Anhangtabelle IX.13

**Armuts- und Wohlstandsraten für Deutsche und Ausländer/-innen*
Früheres Bundesgebiet
Median**

| Jahr | 50% | | | 60% | | | 150% | | | 200% | | |
|--------------------------|-------|------|-------|-------|------|-------|-------|------|-------|-------|------|-------|
| | Total | D | Ausl. |
| des Medians | | | | | | | | | | | | |
| Alte OECD-Skala | | | | | | | | | | | | |
| Marktäquivalenzeinkommen | | | | | | | | | | | | |
| 85 | 26,6 | 26,9 | 17,5 | 29,9 | 30,4 | 23,8 | 27,2 | 27,8 | 20,2 | 13,5 | 14,1 | 6,9 |
| 88 | 25,6 | 26,4 | 17,0 | 29,6 | 30,2 | 23,7 | 25,9 | 21,5 | 18,2 | 13,2 | 13,7 | 7,3 |
| 92 West | | | | | | | | | | | | |
| 95 West | 27,7 | 28,2 | 24,3 | 31,1 | 31,1 | 30,9 | 30,2 | 31,3 | 20,9 | 15,5 | 16,5 | 6,7 |
| 96 West | 27,7 | 27,5 | 28,9 | 31,4 | 30,9 | 35,2 | 29,5 | 31,2 | 18,6 | 16,7 | 17,9 | 8,6 |
| 98 West | 27,8 | 28,5 | 23,2 | 32,1 | 32,2 | 31,2 | 31,2 | 32,7 | 21,7 | 17,1 | 18,5 | 8,7 |
| Nettoäquivalenzeinkommen | | | | | | | | | | | | |
| 85 | 7,7 | 7,2 | 13,3 | 14,0 | 13,1 | 23,6 | 18,6 | 19,5 | 9,3 | 7,0 | 7,6 | 0,8 |
| 88 | 7,1 | 6,6 | 12,5 | 13,4 | 12,3 | 23,9 | 18,5 | 19,5 | 7,8 | 7,2 | 7,7 | 1,8 |
| 92 West | | | | | | | | | | | | |
| 95 West | 10,3 | 9,2 | 19,4 | 17,0 | 15,1 | 32,9 | 21,1 | 22,4 | 10,2 | 8,5 | 9,3 | 1,7 |
| 96 West | 10,1 | 7,9 | 24,6 | 16,7 | 13,8 | 36,2 | 19,6 | 21,3 | 8,4 | 8,0 | 8,9 | 2,4 |
| 98 West | 9,5 | 8,2 | 17,3 | 16,0 | 13,6 | 31,3 | 20,9 | 23,0 | 8,1 | 8,3 | 9,3 | 1,6 |
| Neue OECD-Skala | | | | | | | | | | | | |
| Marktäquivalenzeinkommen | | | | | | | | | | | | |
| 85 | 26,1 | 27,0 | 16,6 | 29,5 | 30,2 | 22,1 | 25,3 | 26,0 | 18,1 | 11,5 | 12,1 | 5,3 |
| 88 | 25,9 | 26,9 | 16,4 | 29,6 | 30,5 | 20,2 | 25,0 | 25,6 | 18,5 | 11,8 | 12,4 | 6,3 |
| 92 West | 25,0 | 26,1 | 16,4 | 27,9 | 28,8 | 21,4 | 25,9 | 27,2 | 15,6 | 12,5 | 13,4 | 4,9 |
| 95 West | 28,4 | 29,1 | 22,9 | 31,5 | 31,6 | 30,2 | 27,7 | 28,7 | 19,1 | 14,0 | 14,5 | 9,8 |
| 96 West | 28,0 | 28,0 | 27,6 | 31,6 | 31,2 | 34,6 | 27,7 | 29,1 | 18,3 | 13,7 | 14,6 | 7,3 |
| 98 West | 28,6 | 29,7 | 21,6 | 32,3 | 32,6 | 30,5 | 28,6 | 30,2 | 18,9 | 15,1 | 16,3 | 8,1 |
| Nettoäquivalenzeinkommen | | | | | | | | | | | | |
| 85 | 8,1 | 7,9 | 10,6 | 14,4 | 13,8 | 21,8 | 17,3 | 18,1 | 9,1 | 6,3 | 6,8 | 1,1 |
| 88 | 7,4 | 7,0 | 11,2 | 13,5 | 13,0 | 19,0 | 17,7 | 18,5 | 9,3 | 6,7 | 7,2 | 2,0 |
| 92 West | 8,1 | 7,7 | 11,4 | 14,0 | 12,6 | 24,6 | 19,4 | 20,8 | 8,5 | 7,0 | 7,6 | 2,0 |
| 95 West | 9,7 | 9,0 | 15,9 | 16,5 | 15,1 | 28,0 | 21,3 | 22,3 | 12,9 | 8,0 | 8,7 | 2,4 |
| 96 West | 10,3 | 8,6 | 21,9 | 16,1 | 13,6 | 33,2 | 19,4 | 20,8 | 9,7 | 7,5 | 8,3 | 1,8 |
| 98 West | 9,0 | 8,2 | 14,4 | 14,7 | 13,0 | 25,4 | 20,4 | 22,2 | 9,6 | 7,7 | 8,7 | 1,4 |

Datenbasis: SOEP August 2000; 1995 ohne Zuwandererstichprobe und 1998 ohne E-Stichprobe; gewichtet in Tsd., Einkommen des Vorjahres / 1% Bottomcoding

* Haushalte mit erwachsenen Ausländern (ab 16 Jahren)

Quelle: Wagner, G. und Krause, P.: Einkommensverteilung und Einkommensmobilität

Anhangtabelle IX.14

**Empfänger/-innen von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen
am Jahresende - Deutschland ¹
Zeitreihe 1980 - 1998**

| Jahres- ende | Empfänger insgesamt | | Davon | | | | | |
|-----------------|---------------------|---|-----------|-----------------------|------------------------------------|-----------|-----------------------|-----------------------|
| | insgesamt | Sozial- Hilfe- quote ³ | Deutsche | | | Ausländer | | |
| | | | zusammen | Anteil an Spalte 1 | Sozialhilfe- quote ² | zusammen | Anteil an Spalte 1 | Sozial- hilfequote |
| | Anzahl | v.H. | Anzahl | v.H. | | Anzahl | v.H. | |
| 1980 | 851.152 | 1,4 | 780.629 | 91,7 | 1,4 | 70.523 | 8,3 | 1,5 |
| 1981 | 846.821 | 1,4 | 759.698 | 89,7 | 1,3 | 87.123 | 10,3 | 1,8 |
| 1982 | 1.025.317 | 1,7 | 916.512 | 89,4 | 1,6 | 108.805 | 10,6 | 2,3 |
| 1983 | 1.140.877 | 1,9 | 1.022.871 | 89,7 | 1,8 | 118.006 | 10,3 | 2,6 |
| 1984 | 1.217.468 | 2,0 | 1.091.542 | 89,7 | 1,9 | 125.926 | 10,3 | 2,9 |
| 1985 | 1.397.783 | 2,3 | 1.213.933 | 86,8 | 2,1 | 183.850 | 13,2 | 4,1 |
| 1986 | 1.468.186 | 2,4 | 1.228.977 | 83,7 | 2,2 | 239.209 | 16,3 | 5,1 |
| 1987 | 1.552.210 | 2,5 | 1.274.529 | 82,1 | 2,2 | 277.681 | 17,9 | 6,5 |
| 1988 | 1.619.229 | 2,6 | 1.271.194 | 78,5 | 2,2 | 348.035 | 21,5 | 7,5 |
| 1989 | 1.737.273 | 2,8 | 1.323.539 | 76,2 | 2,3 | 413.734 | 23,8 | 8,3 |
| 1990 | 1.772.481 | 2,8 | 1.289.139 | 72,7 | 2,2 | 483.342 | 27,3 | 8,9 |
| 1991 | 2.036.087 | 2,5 | 1.469.095 | 72,2 | 2,0 | 566.992 | 27,8 | 9,3 |
| 1992 | 2.338.902 | 2,9 | 1.580.708 | 67,6 | 2,1 | 758.194 | 32,4 | 11,4 |
| 1993 | 2.450.371 | 3,0 | 1.705.255 | 69,6 | 2,3 | 745.116 | 30,4 | 10,7 |
| 1994 | 2.257.800 | 2,8 | 1.812.600 | 80,3 | 2,4 | 445.200 | 19,7 | 6,3 |
| 1995 | 2.515.693 | 3,1 | 1.995.494 | 79,3 | 2,7 | 520.199 | 20,7 | 7,1 |
| 1996 | 2.688.805 | 3,3 | 2.052.461 | 76,3 | 2,8 | 636.344 | 23,7 | 8,5 |
| 1997 | 2.893.178 | 3,5 | 2.228.442 | 77,0 | 3,0 | 664.736 | 23,0 | 9,0 |
| 1998 | 2.879.322 | 3,5 | 2.214.742 | 76,9 | 3,0 | 664.580 | 23,1 | 9,1 |

1 bis 1990 früheres Bundesgebiet

2 Anteil aller Empfänger an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 13 Sozialleistungen, Reihe 2 Sozialhilfe

Anhangtabelle IX.15

**Empfänger/- innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen am Jahresende nach Altersgruppen
Zeitreihe 1980 - 1998
Nichtdeutsche**

| Jahr | Ausländische Empfänger/-innen insgesamt | Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren | | | | | | | | | | | |
|-----------------------------------|---|---|--------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|--------------|
| | | unter 7 | 7 - 11 | 11 - 15 | 15 - 18 | 18 - 21 | 21 - 25 | 25 - 50 | 50 - 60 | 60 - 65 | 65 - 70 | 70 - 75 | 75 und älter |
| Früheres Bundesgebiet | | | | | | | | | | | | | |
| 1980 | 70.523 | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . | |
| 1981 | 87.123 | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . | |
| 1982 | 108.805 | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . | |
| 1983 | 118.006 | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . | |
| 1984 | 125.926 | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . | |
| 1985 | 183.772 | 25.357 | 12.619 | 11.899 | 7.888 | 10.841 | 19.561 | 78.918 | 9.172 | 2.861 | 1.750 | 1.257 | 1.649 |
| 1986 | 239.209 | 34.685 | 16.741 | 16.305 | 10.965 | 13.058 | 26.822 | 100.926 | 10.979 | 3.587 | 2.056 | 1.368 | 1.717 |
| 1987 | 277.681 | 42.895 | 21.541 | 19.809 | 13.427 | 13.646 | 26.652 | 115.928 | 13.426 | 4.322 | 2.669 | 1.428 | 1.938 |
| 1988 | 348.035 | 57.063 | 29.224 | 24.868 | 17.231 | 17.252 | 30.914 | 142.843 | 16.048 | 5.316 | 3.417 | 1.555 | 2.304 |
| 1989 | 413.734 | 69.960 | 34.863 | 29.222 | 21.500 | 21.577 | 36.532 | 165.856 | 19.032 | 6.515 | 4.166 | 1.743 | 2.768 |
| 1990 | 483.342 | 82.138 | 39.744 | 33.623 | 24.830 | 26.781 | 46.084 | 190.203 | 21.089 | 8.044 | 5.225 | 2.383 | 3.198 |
| 1991 | 553.517 | 98.606 | 46.474 | 40.739 | 29.022 | 30.239 | 52.219 | 209.166 | 24.177 | 9.552 | 6.499 | 3.288 | 3.536 |
| 1992 | 713.235 | 125.592 | 58.457 | 51.623 | 36.768 | 42.938 | 73.281 | 266.868 | 29.315 | 11.940 | 8.033 | 4.192 | 4.228 |
| 1993 | 710.566 | 126.316 | 58.308 | 53.015 | 36.615 | 38.799 | 63.515 | 266.254 | 33.760 | 14.472 | 9.592 | 5.111 | 4.809 |
| 1994 | 436.400 | 79.000 | 37.900 | 35.300 | 24.400 | 18.700 | 28.400 | 153.300 | 29.400 | 13.200 | 8.500 | 4.400 | 3.800 |
| 1995 | 506.757 | 89.449 | 44.407 | 39.654 | 28.430 | 21.176 | 32.504 | 180.231 | 34.997 | 15.448 | 10.485 | 5.461 | 4.515 |
| 1996 | 616.832 | 103.883 | 54.476 | 46.412 | 34.117 | 24.202 | 38.479 | 220.884 | 45.154 | 20.594 | 13.760 | 7.750 | 7.121 |
| 1997 | 642.385 | 105.300 | 56.846 | 47.797 | 35.029 | 24.952 | 38.769 | 230.702 | 48.242 | 23.350 | 15.348 | 8.522 | 7.528 |
| 1998 | 640.043 | 100.888 | 56.885 | 48.793 | 33.608 | 24.613 | 34.809 | 227.745 | 50.173 | 26.267 | 17.577 | 9.904 | 8.781 |
| Neue Länder und Berlin-Ost | | | | | | | | | | | | | |
| 1991 | 13.475 | 1.432 | 573 | 476 | 371 | 791 | 2.282 | 6.928 | 374 | 114 | 63 | 23 | 48 |
| 1992 | 44.959 | 4.551 | 2.101 | 1.843 | 1.542 | 3.686 | 8.378 | 21.371 | 879 | 266 | 172 | 72 | 98 |
| 1993 | 34.550 | 4.206 | 1.896 | 1.598 | 1.168 | 1.948 | 4.899 | 16.914 | 1.041 | 345 | 281 | 110 | 144 |
| 1994 | 8.800 | 1.100 | 600 | 500 | 300 | 300 | 700 | 4.200 | 500 | 200 | 200 | 100 | 100 |
| 1995 | 13.442 | 1.747 | 760 | 759 | 520 | 539 | 1.100 | 6.432 | 768 | 296 | 212 | 145 | 164 |
| 1996 | 19.512 | 2.362 | 1.140 | 1.003 | 699 | 746 | 1.670 | 9.642 | 1.055 | 422 | 343 | 224 | 206 |
| 1997 | 22.351 | 2.461 | 1.201 | 1.071 | 715 | 793 | 1.969 | 11.328 | 1.177 | 610 | 410 | 292 | 324 |
| 1998 | 24.537 | 2.579 | 1.370 | 1.248 | 784 | 843 | 1.982 | 12.113 | 1.415 | 859 | 520 | 392 | 432 |
| Deutschland | | | | | | | | | | | | | |
| 1991 | 566.992 | 100.038 | 47.047 | 41.215 | 29.393 | 31.030 | 54.501 | 216.094 | 24.551 | 9.666 | 6.562 | 3.311 | 3.584 |
| 1992 | 758.194 | 130.143 | 60.558 | 53.466 | 38.310 | 46.624 | 81.659 | 288.239 | 30.194 | 12.206 | 8.205 | 4.264 | 4.326 |
| 1993 | 745.116 | 130.522 | 60.204 | 54.613 | 37.783 | 40.747 | 68.414 | 283.168 | 34.801 | 14.817 | 9.873 | 5.221 | 4.953 |
| 1994 | 445.200 | 80.100 | 38.400 | 35.800 | 24.700 | 19.100 | 29.200 | 157.500 | 29.900 | 13.400 | 8.700 | 4.500 | 3.900 |
| 1995 | 520.199 | 91.196 | 45.167 | 40.413 | 28.950 | 21.715 | 33.604 | 186.663 | 35.765 | 15.744 | 10.697 | 5.606 | 4.679 |
| 1996 | 636.344 | 106.245 | 55.616 | 47.415 | 34.816 | 24.948 | 40.149 | 230.526 | 40.209 | 21.016 | 14.103 | 7.974 | 7.327 |
| 1997 | 664.736 | 107.761 | 58.047 | 48.868 | 35.744 | 25.745 | 40.738 | 242.030 | 49.419 | 23.960 | 15.758 | 8.814 | 7.852 |
| 1998 | 664.580 | 103.467 | 58.255 | 50.041 | 34.392 | 25.456 | 36.791 | 239.858 | 51.588 | 27.126 | 18.097 | 10.296 | 9.213 |

. = Zahlenwert unbekannt

- 1 Ergebnisse sind jeweils hochgerechnet und auf volle Hundert gerundet. Abweichungen in der Summe ergeben sich durch Runden der Zahlen. Aufgrund des Asylbewerberleistungsgesetzes ergeben sich für das Berichtsjahr 1994 in der Sozialhilfestatistik rückläufige Empfängerzahlen.
- 2 Die Daten für das Berichtsjahr 1995 weisen folgende Unterfassung auf:
In Berlin fehlen ca. 27.000 Fälle,
in Bremen fehlen die Angaben für Bremerhaven (ca. 16.000 Fälle).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Sozialhilfestatistik

Anhangtabelle IX.16

**Empfänger/- innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen
am Jahresende nach Altersgruppen je 1 000 Einwohner
Zeitreihe 1980 - 1998
Nichtdeutsche**

| Jahr | Ausländische Empfänger/- innen insgesamt | Davon im Alter von ... bis unter ... Jahren | | | | | | | | | | | |
|-----------------------------------|---|---|--------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|-----------------|
| | | unter 7 | 7 - 11 | 11 - 15 | 15 - 18 | 18 - 21 | 21 - 25 | 25 - 50 | 50 - 60 | 60 - 65 | 65 - 70 | 70 - 75 | 75 und älter |
| Früheres Bundesgebiet | | | | | | | | | | | | | |
| 1980 | 15 | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . | |
| 1981 | 18 | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . | |
| 1982 | 23 | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . | |
| 1983 | 26 | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . | |
| 1984 | 29 | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . | |
| 1985 | 41 | 57 | 45 | 35 | 34 | 45 | 57 | 39 | 28 | 33 | 40 | 34 | 27 |
| 1986 | 51 | 76 | 60 | 48 | 44 | 53 | 70 | 48 | 31 | 39 | 41 | 37 | 26 |
| 1987 | 65 | 97 | 82 | 68 | 60 | 63 | 79 | 59 | 36 | 55 | 63 | 61 | 58 |
| 1988 | 75 | 119 | 103 | 83 | 70 | 71 | 84 | 68 | 39 | 61 | 68 | 65 | 62 |
| 1989 | 83 | 134 | 116 | 94 | 82 | 79 | 90 | 74 | 42 | 67 | 71 | 67 | 66 |
| 1990 | 89 | 143 | 126 | 104 | 89 | 88 | 102 | 78 | 41 | 72 | 80 | 77 | 68 |
| 1991 | 93 | 156 | 142 | 119 | 100 | 90 | 102 | 79 | 44 | 77 | 90 | 88 | 70 |
| 1992 | 110 | 181 | 173 | 142 | 123 | 115 | 122 | 92 | 49 | 86 | 103 | 94 | 79 |
| 1993 | 106 | 175 | 167 | 143 | 124 | 103 | 101 | 88 | 54 | 93 | 113 | 99 | 84 |
| 1994 | 64 | 109 | 104 | 96 | 84 | 52 | 46 | 50 | 45 | 77 | 92 | 76 | 61 |
| 1995 | 72 | 122 | 115 | 109 | 95 | 60 | 52 | 57 | 51 | 84 | 102 | 88 | 65 |
| 1996 | 86 | 142 | 135 | 129 | 113 | 71 | 63 | 68 | 64 | 104 | 125 | 116 | 94 |
| 1997 | 91 | 148 | 141 | 137 | 120 | 76 | 66 | 72 | 66 | 111 | 132 | 124 | 92 |
| 1998 | 92 | 148 | 145 | 142 | 124 | 77 | 63 | 72 | 68 | 117 | 139 | 138 | 99 |
| Neue Länder und Berlin-Ost | | | | | | | | | | | | | |
| 1991 | 94 | 200 | 137 | 122 | 159 | 160 | 130 | 76 | 48 | 57 | 44 | 27 | 36 |
| 1992 | 220 | 345 | 307 | 284 | 361 | 469 | 331 | 173 | 88 | 106 | 97 | 63 | 63 |
| 1993 | 141 | 239 | 208 | 187 | 199 | 202 | 171 | 116 | 88 | 118 | 131 | 78 | 81 |
| 1994 | 32 | 58 | 60 | 54 | 45 | 29 | 25 | 25 | 37 | 60 | 84 | 63 | 50 |
| 1995 | 43 | 81 | 66 | 71 | 63 | 46 | 37 | 33 | 47 | 77 | 75 | 78 | 69 |
| 1996 | 57 | 101 | 92 | 87 | 75 | 57 | 53 | 46 | 57 | 94 | 105 | 98 | 75 |
| 1997 | 66 | 105 | 98 | 92 | 71 | 59 | 64 | 55 | 60 | 123 | 121 | 121 | 106 |
| 1998 | 71 | 113 | 109 | 103 | 76 | 57 | 64 | 59 | 68 | 154 | 153 | 152 | 127 |
| Deutschland | | | | | | | | | | | | | |
| 1991 | 93 | 157 | 142 | 119 | 100 | 91 | 103 | 79 | 44 | 77 | 89 | 86 | 69 |
| 1992 | 114 | 184 | 175 | 144 | 127 | 123 | 131 | 96 | 50 | 87 | 103 | 93 | 79 |
| 1993 | 107 | 176 | 168 | 144 | 125 | 106 | 104 | 90 | 55 | 93 | 113 | 98 | 84 |
| 1994 | 63 | 107 | 103 | 95 | 83 | 51 | 45 | 49 | 45 | 77 | 92 | 76 | 61 |
| 1995 | 71 | 121 | 114 | 108 | 94 | 59 | 52 | 55 | 51 | 84 | 101 | 88 | 65 |
| 1996 | 85 | 141 | 134 | 128 | 112 | 70 | 62 | 67 | 64 | 103 | 124 | 115 | 93 |
| 1997 | 90 | 147 | 139 | 136 | 118 | 76 | 66 | 71 | 66 | 111 | 132 | 124 | 92 |
| 1998 | 91 | 147 | 144 | 140 | 122 | 76 | 63 | 71 | 68 | 118 | 139 | 139 | 100 |

. = Zahlenwert unbekannt

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 13 Sozialleistungen, Reihe 2 Sozialhilfe

Anhangtabelle IX.17 Ausgaben und Einnahmen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)

| Jahr | Bruttoausgaben | | | | | | | | Einnahmen | | Reine Ausgaben | | |
|--|---------------------------|---|---------------------------------|--------|---------|-----------------------------|--|--------------------------------|-----------|-----------------------------------|----------------|---------------------------|---------------------------------|
| | insgesamt | davon | | | | | | | insgesamt | Anteil an den Bruttoausgaben in % | insgesamt | je Einwohner ¹ | |
| | | Leistungen in besonderen Fällen § 2 AsylbLG | | | | Grundleistungen § 3 AsylbLG | Leistungen bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt § 4 AsylbLG | Arbeitsgelegenheit § 5 AsylbLG | | | | | Sonstige Leistungen § 6 AsylbLG |
| | | zusammen | davon | | | | | | | | | | |
| | Hilfe zum Lebensunterhalt | | Hilfe in besonderen Lebenslagen | | | | | | | | | | |
| Früheres Bundesgebiet (Mill. DM) | | | | | | | | | | | | | |
| 1994 | 5.033,8 | 3.554,8 | 3.115,1 | 439,7 | 1.116,4 | 323,9 | 12,5 | 26,1 | 134,4 | 2,7 | 4.899,4 | 74,39 | |
| 1995 | 4.882,7 | 3.565,4 | 3.075,6 | 489,8 | 970,4 | 303,8 | 13,6 | 29,4 | 160,7 | 3,3 | 4.722,0 | 71,38 | |
| 1996 | 4.971,6 | 3.506,8 | 3.013,7 | 493,1 | 1.076,1 | 339,8 | 15,0 | 33,9 | 179,3 | 3,6 | 4.792,2 | 72,12 | |
| 1997 | 4.557,7 | 1.582,6 | 1.295,4 | 287,2 | 2.325,8 | 561,7 | 37,3 | 50,3 | 201,4 | 4,4 | 4.356,3 | 65,56 | |
| 1998 | 3.753,4 | - | - | - | 2.919,0 | 734,9 | 28,8 | 70,7 | 191,9 | 5,1 | 3.561,6 | 53,40 | |
| Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % | | | | | | | | | | | | | |
| 1995 | - 3,0 | + 0,3 | - 1,3 | + 11,4 | - 13,1 | - 6,2 | + 9,1 | + 12,8 | + 19,6 | X | - 3,6 | - 4,0 | |
| 1996 | + 1,8 | - 1,6 | - 2,0 | + 0,7 | + 10,9 | + 11,8 | + 10,3 | + 15,0 | + 11,6 | X | + 1,5 | + 1,0 | |
| 1997 | - 8,3 | - 54,9 | - 57,0 | - 41,8 | + 116,1 | + 65,3 | + 148,3 | + 48,6 | + 12,3 | X | - 9,1 | - 9,1 | |
| 1998 | - 17,6 | - | - | - | + 25,5 | + 30,8 | - 22,9 | + 40,6 | - 4,7 | X | - 18,2 | - 18,5 | |
| Neue Länder und Berlin-Ost (Mill. DM) | | | | | | | | | | | | | |
| 1994 | 547,8 | 281,3 | 263,7 | 17,6 | 212,6 | 48,8 | 2,4 | 2,7 | 5,8 | 1,1 | 542,0 | 34,83 | |
| 1995 | 594,0 | 326,2 | 297,1 | 29,1 | 213,8 | 47,3 | 2,9 | 3,9 | 1,8 | 0,3 | 592,2 | 38,20 | |
| 1996 | 659,4 | 326,7 | 320,6 | 36,1 | 240,8 | 53,2 | 3,2 | 5,4 | 2,8 | 0,4 | 656,6 | 42,49 | |
| 1997 | 630,6 | 124,5 | 110,2 | 14,2 | 416,1 | 79,2 | 4,1 | 6,7 | 6,0 | 0,9 | 624,6 | 40,42 | |
| 1998 | 625,1 | - | - | - | 520,8 | 93,1 | 3,8 | 7,4 | 5,0 | 0,8 | 620,1 | 40,44 | |
| Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % | | | | | | | | | | | | | |
| 1995 | + 8,4 | + 16,0 | + 12,7 | + 65,5 | + 0,6 | - 3,1 | + 18,3 | + 41,5 | - 69,8 | X | + 9,3 | + 9,7 | |
| 1996 | + 11,0 | + 9,4 | + 7,9 | + 24,3 | + 12,6 | + 12,5 | + 13,2 | + 39,8 | + 59,5 | X | + 10,9 | + 11,2 | |
| 1997 | - 4,4 | - 65,1 | - 65,6 | - 60,6 | + 72,8 | + 48,9 | + 27,5 | + 22,8 | + 113,7 | X | - 4,9 | - 4,9 | |
| 1998 | - 0,9 | - | - | - | + 25,2 | + 17,6 | - 8,3 | + 11,5 | - 16,2 | X | - 0,7 | + 0,0 | |
| Deutschland (Mill. DM) | | | | | | | | | | | | | |
| 1994 | 5.581,6 | 3.836,1 | 3.378,8 | 457,3 | 1.329,0 | 372,7 | 14,9 | 28,8 | 140,2 | 2,5 | 5.441,4 | 66,83 | |
| 1995 | 5.476,7 | 3.891,6 | 3.372,7 | 518,9 | 1.184,2 | 351,1 | 16,5 | 33,3 | 162,5 | 3,0 | 5.314,2 | 65,08 | |
| 1996 | 5.631,0 | 3.863,5 | 3.334,3 | 529,2 | 1.316,9 | 393,0 | 18,3 | 39,3 | 182,1 | 3,2 | 5.448,8 | 66,53 | |
| 1997 | 5.188,3 | 1.707,1 | 1.405,7 | 301,4 | 2.742,0 | 640,8 | 41,5 | 57,0 | 207,4 | 4,0 | 4.980,9 | 60,82 | |
| 1998 | 4.378,6 | - | - | - | 3.439,8 | 828,0 | 32,6 | 78,2 | 196,9 | 4,5 | 4.181,7 | 50,98 | |
| Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % | | | | | | | | | | | | | |
| 1995 | - 1,9 | + 1,4 | - 0,2 | + 13,5 | - 10,9 | - 5,8 | + 10,6 | + 15,5 | + 15,9 | X | - 2,3 | - 2,6 | |
| 1996 | + 2,8 | - 0,7 | - 1,1 | + 2,0 | + 11,2 | + 11,9 | + 10,8 | + 17,9 | + 12,1 | X | + 2,5 | + 2,2 | |
| 1997 | - 7,9 | - 55,8 | - 57,8 | - 43,1 | + 108,2 | + 63,1 | + 126,8 | + 45,0 | + 13,9 | X | - 8,6 | - 8,6 | |
| 1998 | - 15,6 | - | - | - | + 25,5 | + 29,2 | - 21,4 | + 37,2 | - 5,1 | X | - 16,0 | - 16,2 | |

1 Bevölkerungsstand: Jahresdurchschnitt

Quelle: Statistisches Bundesamt, Sozialhilfestatistik

Anhangtabelle IX.18

Bruttoausgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

| Berichtsjahr | insgesamt - | Davon | |
|--|----------------|-----------------------------|------------------|
| | | außerhalb von Einrichtungen | in Einrichtungen |
| Mill. DM | | | |
| Früheres Bundesgebiet | | | |
| 1994 | 5.033,8 | 3.900,5 | 1.133,3 |
| 1995 | 4.882,7 | 3.870,9 | 1.011,8 |
| 1996 | 4.971,6 | 4.044,5 | 927,1 |
| 1997 | 4.557,7 | 3.579,9 | 977,9 |
| 1998 | 3.753,4 | 2.930,7 | 822,8 |
| Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % | | | |
| 1995 | - 3,0 | - 0,8 | - 10,7 |
| 1996 | + 1,8 | + 4,5 | - 8,4 |
| 1997 | - 8,3 | - 11,5 | + 5,5 |
| 1998 | - 17,6 | - 18,1 | - 15,9 |
| Neue Länder und Berlin-Ost | | | |
| 1994 | 547,8 | 137,6 | 410,2 |
| 1995 | 594,0 | 138,1 | 455,9 |
| 1996 | 659,4 | 171,7 | 487,7 |
| 1997 | 630,6 | 163,7 | 466,9 |
| 1998 | 625,1 | 143,2 | 482,0 |
| Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % | | | |
| 1995 | + 8,4 | + 0,3 | + 11,2 |
| 1996 | + 11,0 | + 24,4 | + 7,0 |
| 1997 | - 4,4 | - 4,7 | - 4,3 |
| 1998 | - 0,9 | - 12,5 | + 3,2 |
| Deutschland | | | |
| 1994 | 5.581,6 | 4.038,1 | 1.543,5 |
| 1995 | 5.476,7 | 4.008,9 | 1.467,8 |
| 1996 | 5.631,0 | 4.216,2 | 1.414,8 |
| 1997 | 5.188,3 | 3.743,6 | 1.444,7 |
| 1998 | 4.378,6 | 3.073,8 | 1.304,7 |
| Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % | | | |
| 1995 | - 1,9 | - 0,7 | - 4,9 |
| 1996 | + 2,8 | + 5,2 | - 3,6 |
| 1997 | - 7,9 | - 11,2 | + 2,1 |
| 1998 | - 15,6 | - 17,9 | - 9,7 |

Quelle: Statistisches Bundesamt, Asylbewerberleistungsstatistik

Anhangtabelle IX.19

**Ausgaben und Einnahmen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz nach Hilfearten
Deutschland**

| Ausgaben nach Hilfearten ----- Einnahmen | 1998 | | 1997 | 1998 gegenüber 1997 |
|---|----------------|-------------|----------------|---------------------------|
| | Mill. DM | % | Mill. DM | % |
| Ausgaben | | | | |
| Regelleistungen | 3.439,8 | 78,6 | 4.147,6 | - 17,1 |
| Grundleistungen: | 3.439,8 | 78,6 | 2.742,0 | + 25,5 |
| Sachleistungen | 1.087,1 | 24,8 | 941,4 | + 15,5 |
| Wertgutscheine | 265,0 | 6,1 | 253,8 | + 4,4 |
| Geldleistungen für persönliche Bedürfnisse | 290,3 | 6,6 | 297,5 | - 2,4 |
| Geldleistungen für den Lebensunterhalt | 1.797,4 | 41,0 | 1.249,4 | + 43,9 |
| Hilfe zum Lebensunterhalt | - | - | 1.405,7 | - |
| Besondere Leistungen | 938,7 | 21,4 | 1.040,7 | - 9,8 |
| Andere Leistungen: | 938,7 | 21,4 | 739,3 | + 27,0 |
| Leistungen bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt | 828,0 | 18,9 | 640,8 | + 29,2 |
| Arbeitsgelegenheiten | 32,6 | 0,7 | 41,5 | - 21,4 |
| Sonstige Leistungen | 78,2 | 1,8 | 57,0 | + 37,2 |
| Hilfe in besonderen Lebenslagen | - | - | 301,4 | - |
| Insgesamt | 4.378,6 | 100 | 5.188,3 | - 15,6 |
| Einnahmen | 196,9 | 4,5 | 207,4 | - 5,1 |
| Reine Ausgaben | 4.181,7 | 95,5 | 4.980,9 | - 16,0 |

Quelle: Statistisches Bundesamt, Asylbewerberleistungsstatistik

Anhangtabelle IX.20

Empfänger und Empfängerinnen von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz jeweils am Jahresende

| Berichtsjahr | Empfänger von Asylbewerberleistungen | | | Davon | | | | | |
|--|--------------------------------------|----------|----------|-------------------------|----------|----------|--|----------|----------|
| | insgesamt | männlich | weiblich | Regelleistungsempfänger | | | Empfänger ausschließlich besonderer Leistungen | | |
| | | | | zusammen | männlich | weiblich | zusammen | männlich | weiblich |
| Früheres Bundesgebiet | | | | | | | | | |
| 1994 | 421.483 | 246.184 | 175.299 | 405.700 | 237.400 | 168.300 | 15.783 | 8.784 | 6.999 |
| 1995 | 454.318 | 262.101 | 192.217 | 436.689 | 252.120 | 184.569 | 17.629 | 9.981 | 7.648 |
| 1996 | 452.539 | 259.656 | 192.883 | 433.384 | 249.034 | 184.350 | 19.155 | 10.622 | 8.533 |
| 1997 | 441.764 | 254.582 | 187.182 | 429.130 | 247.513 | 181.617 | 12.634 | 7.069 | 5.565 |
| 1998 | 393.816 | 230.409 | 163.407 | 382.444 | 223.996 | 158.448 | 11.372 | 6.413 | 4.959 |
| Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % | | | | | | | | | |
| 1995 | + 7,8 | + 6,5 | + 9,7 | + 7,6 | + 6,2 | + 9,7 | + 11,7 | + 13,6 | + 9,3 |
| 1996 | - 0,4 | - 0,9 | + 0,3 | - 0,8 | - 1,2 | - 0,1 | + 8,7 | + 6,4 | + 11,6 |
| 1997 | - 2,4 | - 2,0 | - 3,0 | - 1,0 | - 0,6 | - 1,5 | - 34,0 | - 33,4 | - 34,8 |
| 1998 | - 10,9 | - 9,5 | - 12,7 | - 10,9 | - 9,5 | - 12,8 | - 10,0 | - 9,3 | - 10,9 |
| Neue Länder und Berlin-Ost | | | | | | | | | |
| 1994 | 40.896 | 26.850 | 14.046 | 40.800 | 26.800 | 14.000 | 96 | 50 | 46 |
| 1995 | 52.370 | 35.931 | 16.439 | 52.285 | 35.885 | 16.400 | 85 | 46 | 39 |
| 1996 | 56.434 | 38.603 | 17.831 | 56.358 | 38.554 | 17.804 | 76 | 49 | 27 |
| 1997 | 57.606 | 39.636 | 17.970 | 57.513 | 39.588 | 17.925 | 93 | 48 | 45 |
| 1998 | 56.438 | 39.104 | 17.334 | 56.429 | 39.097 | 17.332 | 9 | 7 | 2 |
| Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % | | | | | | | | | |
| 1995 | + 28,1 | + 33,8 | + 17,0 | + 28,1 | + 33,9 | + 17,1 | - 11,5 | - 8,0 | - 15,2 |
| 1996 | + 7,8 | + 7,4 | + 8,5 | + 7,8 | + 7,4 | + 8,6 | - 10,6 | + 6,5 | - 30,8 |
| 1997 | + 2,1 | + 2,7 | + 0,8 | + 2,0 | + 2,7 | + 0,7 | + 22,4 | - 2,0 | + 66,7 |
| 1998 | - 2,0 | - 1,3 | - 3,5 | - 1,9 | - 1,2 | - 3,3 | - 90,3 | - 85,4 | - 95,6 |
| Deutschland | | | | | | | | | |
| 1994 | 462.379 | 273.034 | 189.345 | 446.500 | 264.200 | 182.300 | 15.879 | 8.834 | 7.045 |
| 1995 | 506.688 | 298.032 | 208.656 | 488.974 | 288.005 | 200.969 | 17.714 | 10.027 | 7.687 |
| 1996 | 508.973 | 298.259 | 210.714 | 489.742 | 287.588 | 202.154 | 19.231 | 10.671 | 8.560 |
| 1997 | 499.370 | 294.218 | 205.152 | 486.643 | 287.101 | 199.542 | 12.727 | 7.117 | 5.610 |
| 1998 | 450.254 | 269.513 | 180.741 | 438.873 | 263.093 | 175.780 | 11.381 | 6.420 | 4.961 |
| Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % | | | | | | | | | |
| 1995 | + 9,6 | + 9,2 | + 10,2 | + 9,5 | + 9,0 | + 10,2 | + 11,6 | + 13,5 | + 9,1 |
| 1996 | + 0,5 | + 0,1 | + 1,0 | + 0,2 | - 0,1 | + 0,6 | + 8,6 | + 6,4 | + 11,4 |
| 1997 | - 1,9 | - 1,4 | - 2,6 | - 0,6 | - 0,2 | - 1,3 | - 33,8 | - 33,3 | - 34,5 |
| 1998 | - 9,8 | - 8,4 | - 11,9 | - 9,8 | - 8,4 | - 11,9 | - 10,6 | - 9,8 | - 11,6 |

- 1994 Aufgrund unvollständiger Angaben der Berichtsstellen liegt eine Untererfassung vor; für die Zahlen der Regelleistungsempfänger/-innen wurde eine Hochrechnung vorgenommen; die Zahlen sind gerundet.
- 1995 Ohne Bremerhaven.
- 1994-1998 Im Land Rheinland-Pfalz wurden delegationsbedingt bei den Empfängern/-innen ausschließlich besonderer Leistungen zum Teil auch Regelleistungsempfänger/-innen erhoben.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Asylbewerberleistungsstatistik

Anhangtabelle IX.21

Empfänger/-innen von Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz am 31.12.1998 nach Altersgruppen und Geschlecht - Deutschland -

| Alter von...bis unter...Jahren | Regelleistungsempfänger | | | |
|--------------------------------------|-------------------------|------------|----------------|----------------|
| | insgesamt | | männlich | weiblich |
| | Anzahl | % | Anzahl | |
| unter 7 | 76.774 | 17,5 | 39.674 | 37.100 |
| 7 - 11 | 39.174 | 8,9 | 20.414 | 18.760 |
| 11 - 15 | 31.121 | 7,1 | 16.654 | 14.467 |
| 15 - 18 | 24.786 | 5,6 | 15.553 | 9.233 |
| 18 - 21 | 28.164 | 6,4 | 20.261 | 7.903 |
| 21 - 25 | 39.681 | 9,0 | 28.292 | 11.389 |
| 25 - 30 | 57.074 | 13,0 | 36.745 | 20.329 |
| 30 - 40 | 90.232 | 20,6 | 55.773 | 34.459 |
| 40 - 50 | 34.099 | 7,8 | 21.181 | 12.918 |
| 50 - 60 | 9.825 | 2,2 | 5.318 | 4.507 |
| 60 - 65 | 3.085 | 0,7 | 1.378 | 1.707 |
| 65 und älter | 4.858 | 1,1 | 1.850 | 3.008 |
| Insgesamt | 438.873 | 100 | 263.093 | 175.780 |
| Durchschnittsalter in Jahren | 23,2 | X | 23,6 | 22,4 |

Quelle: Statistisches Bundesamt, Asylbewerberleistungsstatistik

Anhangtabelle IX.22

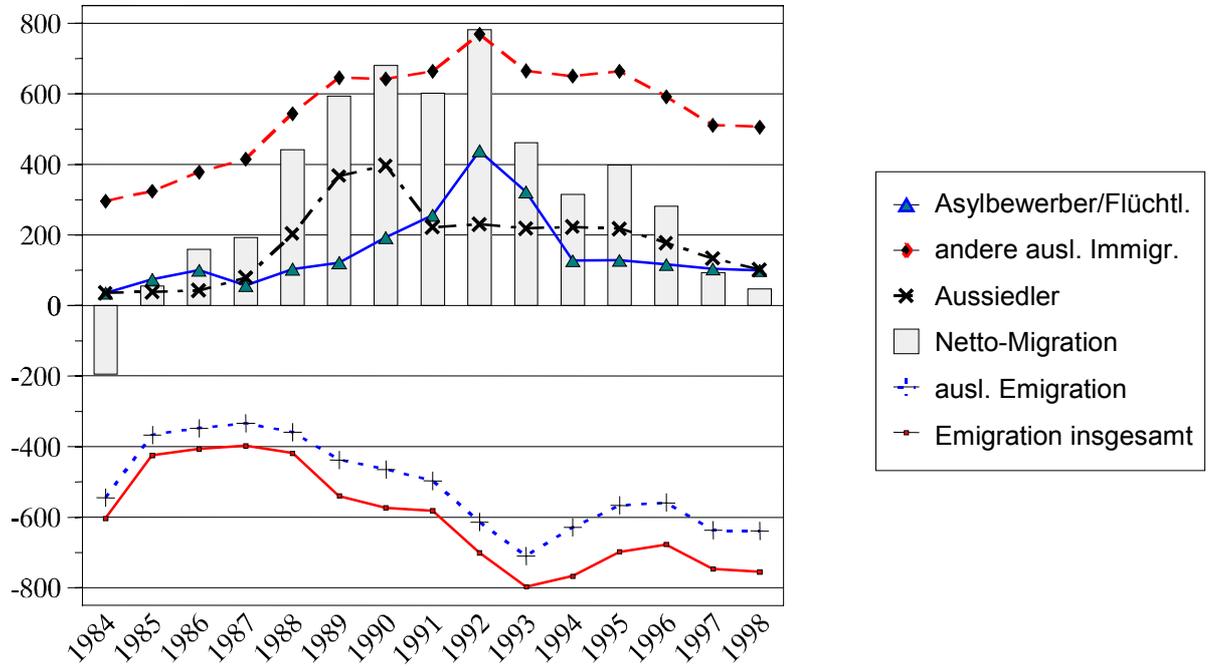
Heimatüberweisungen ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Mio. DM

| Jahr | Insgesamt | darunter nach | | | | | |
|-------------|-----------|---------------|---------|-------------------|--------|----------------------|----------|
| | | Italien | Spanien | Griechen- land | Türkei | ehem. Jugoslawien | Portugal |
| 1960 - 1969 | 16.800 | 6.850 | 2.950 | 2.450 | 2.300 | 1.700 | 300 |
| 1970 | 5.000 | 1.100 | 550 | 600 | 1.250 | 1.150 | 150 |
| 1975 | 7.400 | 800 | 600 | 900 | 2.500 | 1.800 | 300 |
| 1980 | 8.050 | 1.350 | 300 | 600 | 3.100 | 1.600 | 200 |
| 1985 | 7.950 | 1.500 | 250 | 650 | 2.900 | 1.400 | 250 |
| 1990 | 7.060 | 1.250 | 350 | 700 | 2.010 | 1.350 | 200 |
| 1995 | 7.600 | 1.200 | 400 | 800 | 3.000 | 500 | 270 |
| 1996 | 7.401 | 1.320 | 420 | 840 | 2.640 | 540 | 300 |
| 1997 | 7.519 | 950 | 600 | 750 | 2.600 | 600 | 300 |
| 1998 | 6.936 | 850 | 400 | 720 | 2.400 | 550 | 300 |

Quelle: Deutsche Bundesbank

Anhangschaubild IX.1

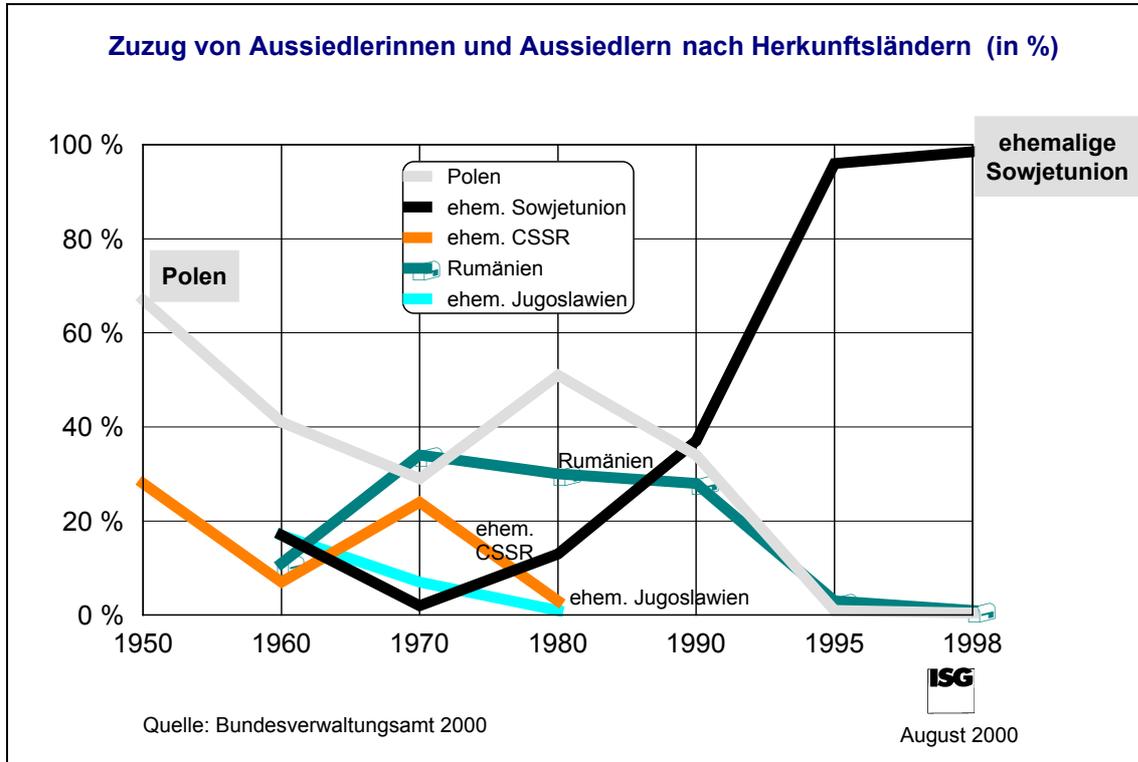
Wanderungsverläufe zwischen Deutschland und dem Ausland, 1984 – 1998 *



* 1984-1990 Früheres Bundesgebiet

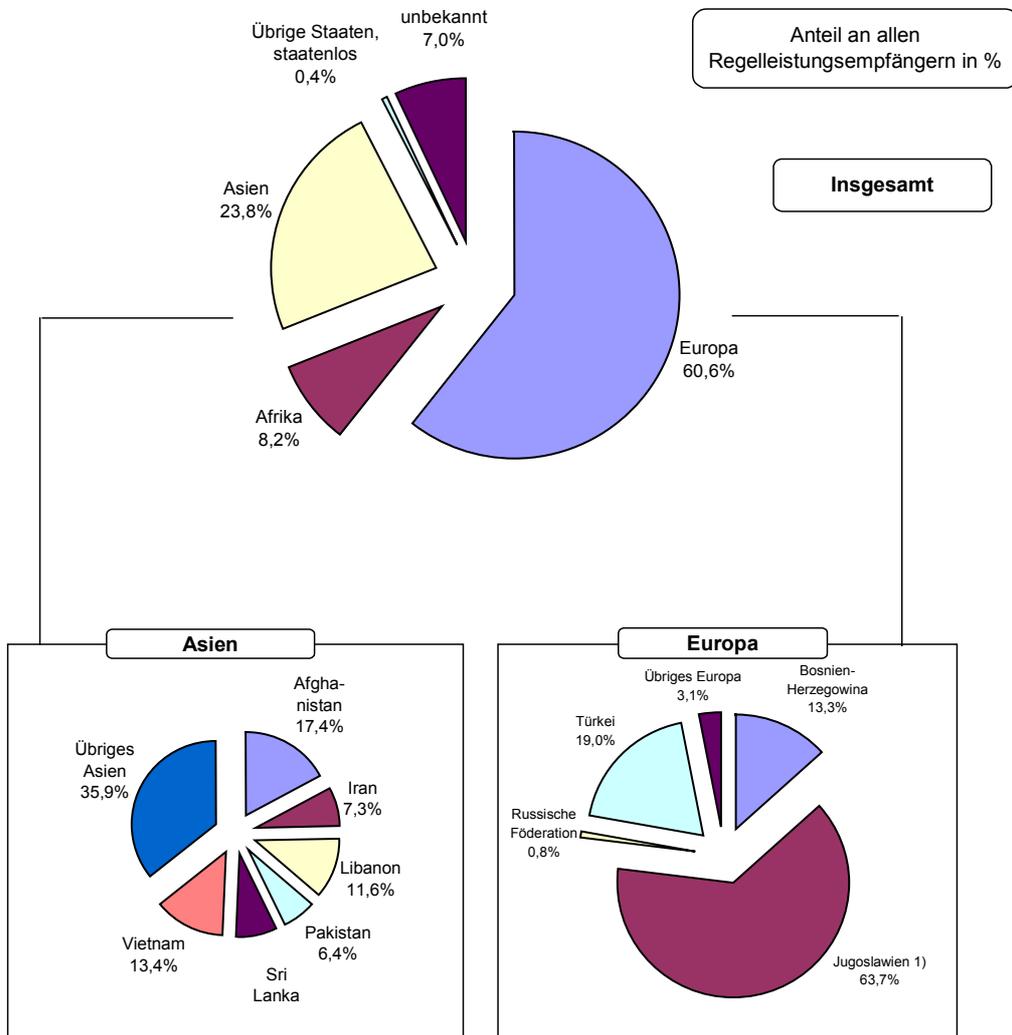
Quelle: Statistisches Bundesamt 1999; Enquête-Kommission „Demographischer Wandel“ 1998

Anhangschaubild IX.2



Anhangschaubild IX.3

**Empfänger/-innen von Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz am
31.12.1998 nach Staatsangehörigkeit, Deutschland**



1) Serbien und Montenegro.

Teil B: Die Zukunft gestalten - Deutschland erneuern

Ziele der Europäischen Gemeinschaft bei der Bekämpfung der Armut und der Sozialen Ausgrenzung

Nachfolgend werden die Ziele der Europäischen Gemeinschaft bei der Bekämpfung der Armut und der sozialen Ausgrenzung wiedergegeben. Das zugrunde liegende Ratsdokument (14110/00) wurde vom Rat Beschäftigung und Sozialpolitik am 17. Oktober 2000 erstellt und vom Europäischen Rat bei seiner Tagung in Nizza vom 7. bis 9. Dezember 2000 gebilligt.

Ziele bei der Bekämpfung der Armut und der Sozialen Ausgrenzung - einleitende Aufzeichnung

1. Vom Europäischen Rat festgelegte politische Leitlinien

Auf den Tagungen des Europäischen Rates in Lissabon und in Feira sind die Mitgliedstaaten der Europäischen Union einen entscheidenden Schritt vorangekommen, indem sie die Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung und der Armut zu einem zentralen Element der Modernisierung des europäischen Sozialmodells erklärten. Die Staats- und Regierungschefs waren sich darin einig, dass etwas unternommen werden muss, um die Beseitigung der Armut entscheidend voranzubringen, indem vom Rat bis Ende des Jahres zu vereinbarende geeignete Ziele gesetzt werden. Sie kamen ferner überein, dass die Maßnahmen zur Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung auf einer Methode der offenen Koordinierung beruhen sollten, bei der nationale Aktionspläne und ein von der Kommission zur Förderung der Zusammenarbeit auf diesem Gebiet vorgelegtes Aktionsprogramm kombiniert werden.

Der Europäische Rat hat auf seinen Tagungen in Lissabon und Feira die Förderung der sozialen Integration in den Mittelpunkt der globalen Strategie der Union gestellt, mit der ihr strategisches Ziel für das kommende Jahrzehnt, nämlich der wettbewerbsfähigste und dynamischste wissensbasierte Wirtschaftsraum der Welt zu werden, ein Wirtschaftsraum der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erreichen. Der Europäische Rat hat außerdem in der sich herausbildenden neuen Gesellschaft, die Frauen und Männern bessere individuelle Wahlmöglichkeiten bietet, das Ziel der Vollbeschäftigung in Europa gesetzt.

Dieses Konzept ist darauf zurückzuführen, dass die Bekämpfung der Ausgrenzung durch den Vertrag von Amsterdam in die Bestimmungen über die Sozialpolitik der Union (Artikel 136 und 137 des Vertrags) eingeführt wurde.

2. Mehrdimensionales Konzept

Die komplexen und vielschichtigen Formen der Armut und der sozialen Ausgrenzung machen den Einsatz einer breit gefächerten Politik im Rahmen dieser globalen Strategie erforderlich. Neben der Beschäftigungspolitik kommt dem Sozialschutz hierbei eine besonders wichtige Rolle zu; zudem ist auch die Bedeutung anderer Faktoren anzuerkennen wie etwa Wohnung, Bildung, Gesundheit, Information und Kommunikation, Mobilität, Sicherheit und Justiz, Freizeit und Kultur.

Es ist daher angebracht, das Ziel der Bekämpfung der Armut und der sozialen Ausgrenzung auf nationaler und gemeinschaftlicher Ebene in die verschiedenen politischen Maßnahmen einzu- beziehen ("mainstreaming").

Der beste Schutz gegen soziale Ausgrenzung ist ein Arbeitsplatz. Um einen guten Arbeitsplatz zu erhalten, muss die Beschäftigungsfähigkeit insbesondere durch die Aneignung von Fähigkeiten und durch lebenslange Weiterbildung gefördert werden. Die Umsetzung der Ziele, die sich die Europäische Union im Rahmen der europäischen Beschäftigungsstrategie gesetzt hat, trägt so entscheidend zur Bekämpfung der Ausgrenzung bei. Wirtschaftliches Wachstum und sozialer Zusammenhalt verstärken sich gegenseitig. Eine Gesellschaft mit stärkerem sozialen Zusammenhalt und geringerer Ausgrenzung ist die Voraussetzung für eine leistungsfähigere Wirtschaft.

Die Sozialschutzsysteme spielen ebenfalls eine strategische Rolle. In diesem Zusammenhang sind die nationalen Systeme der Sozialfürsorge und zur Gewährleistung ausreichender Einkünfte wichtige sozialpolitische Instrumente. Im Rahmen eines aktiven Sozialstaates müssen moderne Sozialschutzsysteme gefördert werden, die den Zugang zur Beschäftigung erleichtern. Die Altersversorgung und der Zugang zur medizinischen Versorgung spielen ebenfalls eine wichtige Rolle bei der Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung.

Die neue Wissensgesellschaft bietet ein beträchtliches Potential zur Verringerung der sozialen Ausgrenzung, indem sie die wirtschaftlichen Voraussetzungen für größeren Wohlstand schafft und neue Möglichkeiten der Teilhabe an der Gesellschaft eröffnet. Die Entwicklung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien eröffnet außerordentliche Möglichkeiten, sofern vermieden werden kann, dass die Kluft zwischen denen, die Zugang zum neuen Wissen haben und denen, die davon ausgeschlossen sind, immer breiter wird. Der Europäische Rat (Lissabon) hat erklärt, dass vermieden werden müsse, dass Menschen aus der Informationsgesellschaft ausgeschlossen werden, und dass behinderten Menschen besondere Aufmerksamkeit

gebührt. Die Umsetzung des Aktionsplans der Kommission "e-Europe 2002 - Eine Informationsgesellschaft für alle", den der Europäische Rat in Feira angenommen hat, soll zur Erreichung dieses Ziels beitragen.

Gemäß den Leitlinien des Europäischen Rates (Lissabon) müssen die geeigneten Ziele es ferner erlauben, ein besseres Verständnis der sozialen Ausgrenzung zu fördern, dafür zu sorgen, dass die Förderung der sozialen Integration in der Beschäftigungs-, Bildungs- und Ausbildungs- sowie der Gesundheits- und der Wohnungspolitik der Mitgliedstaaten durchgängig Berücksichtigung findet, und prioritäre Maßnahmen für bestimmte Zielgruppen (z.B. Minderheiten, Kinder, alte Menschen und Behinderte) zu entwickeln, wobei die Mitgliedstaaten je nach ihrer besonderen Situation unter diesen Maßnahmen wählen können.

3. Durchführungsmodalitäten

In den Artikeln 2 und 3 des Vertrags erhält die Gemeinschaft den Auftrag, die Gleichstellung von Männern und Frauen zu fördern; es wird festgeschrieben, dass die Gemeinschaft bei allen ihren Tätigkeiten versucht, Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen zu beseitigen und deren Gleichstellung zu begünstigen. Die Gleichstellung von Männern und Frauen muss in allen Maßnahmen ihren Niederschlag finden, die zur Erreichung der genannten Ziele durchgeführt werden, insbesondere indem bei den verschiedenen Stufen der Planung, der Beschlussfassung und der Begleitung der Maßnahmen die Konsequenzen, die sich daraus für Männer und Frauen ergeben, bedacht werden.

Die Durchführung dieses Konzepts muss im Einklang mit dem Subsidiaritätsprinzip erfolgen. Die Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung fällt weitgehend in den Zuständigkeitsbereich der Mitgliedstaaten und ihrer nationalen, regionalen und lokalen Behörden in Verbindung mit allen Akteuren, insbesondere den Sozialpartnern und den Nichtregierungsorganisationen. Sie ist außerdem von den nationalen Besonderheiten der Sozialschutzsysteme und der Sozialpolitik abhängig.

Die Anwendung der Methode der offenen Koordinierung bei der Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung gemäß den in den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates (Lissabon) formulierten Grundsätzen ermöglicht es, Kohärenz und nationale Vielfalt miteinander in Einklang zu bringen. Die Durchführung der Ziele der Bekämpfung der Armut und der sozialen Ausgrenzung kann je nach Art, nach den Auswirkungen für die Mitgliedstaaten und nach den Begünstigten unterschiedlich ausfallen. Ferner werden sich die Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten

bei den hier behandelten Problemen in Lösungen und Prioritäten niederschlagen, die auf die Situation des einzelnen Mitgliedstaates zugeschnitten sind.

Die Methode der offenen Koordinierung umfasst nationale Aktionspläne und ein Hilfsprogramm. In diesem Zusammenhang wäre es wünschenswert, dass die Mitgliedstaaten ihre nationalen Aktionspläne bis Juni 2001 vorlegen. Der Ausschuss für Sozialschutz spielt eine zentrale Rolle bei der Verfolgung dieses Konzepts. Er wird im Bereich Beschäftigung eng mit dem Ausschuss für Beschäftigung zusammenarbeiten.

4. Durchführung der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Lissabon

Der Rat schlägt dem Europäischen Rat auf seiner Tagung in Nizza unter Berücksichtigung der vom Europäischen Rat in Lissabon und Feira festgelegten Leitlinien Folgendes vor:

- die nachstehenden Ziele, die in der Anlage näher definiert sind:
 - Förderung der Teilnahme am Erwerbsleben und des Zugangs aller zu Ressourcen, Rechten, Gütern und Dienstleistungen,
 - Vermeidung der Risiken der Ausgrenzung,
 - Maßnahmen zugunsten der sozial am stärksten gefährdeten Personen,
 - Mobilisierung aller Akteure.
- folgende Modalitäten für die Umsetzung dieser Ziele:

Die Mitgliedstaaten

setzen die Bekämpfung der Armut und der sozialen Ausgrenzung als Ziele um,

heben hervor, dass die Gleichstellung von Frauen und Männern in alle Maßnahmen zur Erreichung der genannten Ziele einbezogen werden muss,

werden ersucht, ihre Prioritäten im Rahmen dieser Ziele festzulegen und bis Juni 2001 einen nationalen Aktionsplan für einen Zeitraum von 2 Jahren vorzulegen,

werden ferner, damit die eingangs vorgeschlagenen Ziele verfolgt werden können, aufgefordert, auf ihrer Ebene Indikatoren und Modalitäten für das weitere Vorgehen festzulegen, die eine Bewertung der Fortschritte bei jedem in ihrem nationalen Aktionsplan aufgestellten Ziel ermöglichen.

Die Kommission

wird im Hinblick auf die Erstellung eines gemeinsamen Berichts ersucht, auf der Grundlage der von den Mitgliedstaaten übermittelten nationalen Pläne einen Synthesebericht vorzulegen, in dem bewährte Verfahren und innovative Ansätze, die für alle Mitgliedstaaten von Interesse sind, aufgeführt werden.

Die Mitgliedstaaten und die Kommission

werden ersucht, die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene fortzusetzen, damit die Erkenntnisse über das Phänomen Ausgrenzung erweitert, der Austausch von bewährten Verfahren gefördert und eine Angleichung und Harmonisierung der Indikatoren erreicht werden können. Diese Zusammenarbeit wird durch das von der Kommission vorgeschlagene Aktionsprogramm unterstützt.

Ziele bei der Bekämpfung der Armut und der sozialen Ausgrenzung

1. Förderung der Teilnahme am Erwerbsleben und des Zugangs aller zu Ressourcen, Rechten, Gütern und Dienstleistungen

1.1. Förderung der Teilnahme am Erwerbsleben

Im Rahmen der europäischen Beschäftigungsstrategie und insbesondere der Umsetzung der Leitlinien

- a) Förderung des Zugangs zu einer langfristigen und qualifizierten Beschäftigung für alle arbeitsfähigen Frauen und Männer durch
 - die Erarbeitung von begleitenden Programmen für die Angehörigen der sozial schwächsten Bevölkerungsgruppen, bis diese eine Beschäftigung gefunden haben; dazu müssen die Möglichkeiten der Bildungspolitik ausgeschöpft werden,
 - eine Politik, die die Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben begünstigt; dazu gehört auch der Bereich der Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen,
 - die Nutzung der Eingliederungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten im sozialen Sektor
- b) Vermeidung von Unterbrechungen der beruflichen Laufbahn durch Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit, Verwaltung der Humanressourcen, Organisation des Arbeitsablaufs und lebensbegleitende Weiterbildung.

1.2. Förderung des Zugangs aller zu Ressourcen, Rechten, Gütern und Dienstleistungen

- c) Organisation der Sozialschutzsysteme, so dass sie insbesondere dazu beitragen, dass
 - gewährleistet ist, dass jedem die für ein menschenwürdiges Dasein notwendigen Mittel zur Verfügung stehen
 - die Hindernisse bei der Aufnahme einer Beschäftigung überwunden werden und sichergestellt ist, dass die Beschäftigungsaufnahme mit einem höheren Einkommen einhergeht und die Beschäftigungsfähigkeit gefördert wird
- d) Maßnahmen mit dem Ziel, jedem Zugang zu einer ordentlichen, die Gesundheit nicht beeinträchtigenden Wohnung und der für ein normales Leben in dieser Wohnung nach örtlichen Gegebenheiten erforderlichen Grundversorgung (Strom, Wasser, Heizung ...) zu gewähren
- e) Maßnahmen mit dem Ziel, jedem - auch im Pflegefall - Zugang zu der notwendigen medizinischen Versorgung zu gewähren
- f) Bereitstellung von Leistungen, Diensten oder begleitenden Maßnahmen für die Betroffenen, die ihnen tatsächlichen Zugang zu Ausbildung, Justiz und anderen öffentlichen und privaten Diensten wie Kultur, Sport und Freizeitbeschäftigungen ermöglichen

2. Den Risiken der Ausgrenzung vorbeugen

- a) Optimale Nutzung des Potentials der Gesellschaft des Wissens und der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien, wobei zu gewährleisten ist, dass niemand davon ausgeschlossen bleibt, wobei unter anderem die Bedürfnisse von Behinderten besonders zu beachten sind
- b) Politische Maßnahmen, damit gravierende Änderungen der Lebensbedingungen vermieden werden, die zu einer Ausgrenzung führen können, insbesondere bei Überschuldung, Verweis aus der Schule oder Verlust der Wohnung
- c) Maßnahmen zum Erhalt der Solidarität in der Familie in allen ihren Formen.

3. Für die sozial Schwachen handeln

- a) Förderung der sozialen Eingliederung von Frauen und Männern, die insbesondere aufgrund einer Behinderung oder ihrer Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe mit besonderen Eingliederungsschwierigkeiten Gefahr laufen, in dauerhafte Armut zu geraten

- b) Maßnahmen zur Vermeidung von Fällen sozialer Ausgrenzung von Kindern, die diesen Kindern die besten Chancen für eine reibungslose soziale Eingliederung bieten
- c) Erarbeitung umfassender Maßnahmen für Gebiete, die mit den Problemen der Ausgrenzung konfrontiert sind.

Diese Ziele können in alle übrigen Ziele integriert und/oder durch spezifische Politiken und Aktionen umgesetzt werden.

4. Alle Akteure mobilisieren

- a) Förderung - je nach nationalen Gepflogenheiten - der Beteiligung der ausgegrenzten Personen an den zu ihren Gunsten erarbeiteten Politiken und Maßnahmen und Förderung ihres Mitspracherechts
- b) Gewährleistung der Einbeziehung der Bekämpfung der Ausgrenzung in alle politischen Maßnahmen, insbesondere
 - durch gemeinsame Mobilisierung der nationalen, regionalen und lokalen Behörden im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten,
 - durch die Erarbeitung geeigneter Koordinierungsverfahren und -strukturen,
 - durch Anpassung der Verwaltungs- und Sozialdienste an die Bedürfnisse der ausgegrenzten Menschen und durch Sensibilisierung der Akteure vor Ort für diese Bedürfnisse.
- c) Förderung des Dialogs und der Partnerschaft zwischen allen beteiligten öffentlichen und privaten Stellen, insbesondere
 - durch die Beteiligung der Sozialpartner, der Nichtregierungsorganisationen und der Sozialdienste im Rahmen ihrer jeweiligen Zuständigkeiten an der Bekämpfung der Ausgrenzung,
 - durch Förderung der Verantwortung und des Handelns aller Bürger bei der Bekämpfung der Armut und der sozialen Ausgrenzung,
 - durch größere soziale Verantwortung der Unternehmen.